Zeitschrift: Beiträge zur Aargauergeschichte
Herausgeber: Historische Gesellschaft des Kantons Aargau
Band: 13 (2005)

Artikel: Philipp Albert Stapfer : Minister der Helvetischen Republik und Gesandter der Schweiz in Paris 1798-1803
Autor: Rohr, Adolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-111028

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 03.05.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

66.291 Exp 12

Philipp Albert Stapfer

Minister der Helvetischen Republik und Gesandter der Schweiz in Paris 1798–1803

ADOLF ROHR

Beiträge zur Aargauer Geschichte, Band 13

2005 hier + jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte, Baden

Publiziert mit Unterstützung
- des Regierungsrats des Kantons Aargau
- des Schweizerischen Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung
- der Aargauischen Kantonalbank, Aarau
- der Koch-Berner-Stiftung, Villmergen
- der Stiftung für Suchende, Luzern
- der Stadt Brugg

KANTON AARGAU

Dieses Buch ist nach den neuen Rechtschreiberegeln verfasst. Quellenzitate werden jedoch in originaler Schreibweise wiedergegeben. Hinzufügungen sind in [eckige Klammern] eingeschlossen, Auslassungen mit [...] gekennzeichnet.

Gestaltung nach einem Konzept von Bernet & Schönenberger, Zürich
Bildverarbeitung: Humm dtp, Matzingen
© 2005 hier + jetzt, Verlag für Kultur und Geschichte GmbH, Baden
ISBN 3-03919-000-8

Vorwort

1 Kultur- und Kultusminister der Helvetischen Republik 1798–1800 13

1.1 Stapfer im Kraftfeld der Helvetischen Revolution 15

Abschluss der Mission Lüthardt-Stapfer in Paris. Vorbereitung auf das Erziehungsministerium. Der Geschäftsbereich von Stapfers Departement. Amtsantritt und erste Amtshandlung. Die helvetischen Zentralbehörden in der Kleinstadt Aarau. Die Heirat.

1.2 Ideelle Grundsätze und politische Triebkräfte im Wechselspiel . 34

Stapfers ministerielle Organisationspläne. Der Mitarbeiterstab: Johann Georg Fisch, Johann Rudolf Fischer, Heinrich Zschokke, Franz Xaver Bronner, Grégoire Girard.

1.3 Stapfer als Erziehungsminister 1798–1800 55

Von der alten zur neuen Schule. Einleitung der helvetischen Schulreform: Die Einsetzung von Erziehungsräten. Appell an die Religionslehrer. Der Gang der Schulgesetzgebung 1798/99. Erziehungsplanerische Schlüsseldokumente. Stapfers Luzerner Rede vom 20. Januar 1799. Volkserziehung, höhere Bildung und das Projekt einer Nationaluniversität. Die Frage der Lehrerbildung. Stapfer und Pestalozzi. Der gehemmte Fortschritt im Kriegsjahr 1799.

1.4 Im Schatten des Kriegsjahres 1799 88

Aus Stapfers persönlichem Umfeld zu Luzern. Rückwirkungen der Kriegsereignisse. Die Geburt des Sohnes Charles-Louis. Die Verlegung des Regierungssitzes nach Bern. Krisenstimmung im Vorfeld des ersten Staatsstreichs und Stapfers Lagebeurteilung.

1.5 Helvetische Kulturpläne 96

Das Bureau für Nationalkultur. Literarisch-gemeinnützige Sozietäten. Die Presse als Medium. Archive, Bibliotheken, Sammlungen. Kunstförderung und Nationalfeste.

1.6 Das Kultusministerium 121

Voraussetzungen für die helvetische Kirchenpolitik. Stapfers theologischer Standpunkt. Seine diplomatische Demarche in Paris gegen die politische Diskriminierung des Klerus in der helvetischen Verfassung. Die Trennung von Kirche und Staat in Theorie und Praxis. Kirche und Schule. Appelle an die Religionslehrer. Bürgereid und Bettag. Kirchenpolitische Amtsgeschäfte Stapfers: Pfarrbesoldungen, Pfarrwahlwesen. Die katholische Kirche im helvetischen Staat. Die Klostergesetze. Folgen des politischen Kurswechsels 1800.

1.7 Die Krise Stapfers und das Ende der Ministertätigkeit 147

Die Kontroverse mit Dekan Ith und dem Berner Kirchenrat. Stapfers grosse Rechtfertigungsschrift über die helvetische Kirchenpolitik. Sein Erschöpfungszustand und die Beurlaubung. Reise nach Paris und diplomatischer Auftrag im Zusammenhang mit dem zweiten Staatsstreich vom August 1800. Interimistischer Geschäftsträger der Helvetischen Republik in Paris.

2 Gesandter der Schweiz in Paris 1800–1803 169

2.1 Der Wechsel auf den Gesandtenposten

Die allgemeinen Voraussetzungen für Stapfers Diplomatentätigkeit in Frankreich. Die innenpolitische Lage der Helvetischen Republik im Sommer 1800. Der zweite Staatsstreich. Stapfers politischer Standpunkt. Die Ablösung des Gesandten Jenner.

2.2 Helvetische Diplomatie im Schatten des französischen Konsularregimes 185

Stapfers Gesandtschaftsberichte und Korrespondenzen im Vorfeld von Lunéville und Malmaison 1801. Seine Mahnrufe zum nationalen Schulterschluss. Stapfer und Sieyès. Bonapartes Audienzen. Die Mission Glayre-Rengger nach Paris. Der Frieden von Lunéville und die helvetische Verfassungsfrage: Malmaison 1801. Rettung des Kantons Aargau.

2.3 Die innen- und aussenpolitische Relevanz der Experimente am Verfassungsprojekt von Malmaison bis zum dritten Staatsstreich 227

Stapfers Empfehlung zur Annahme der Verfassung von Malmaison als entwicklungsfähige konstitutionelle Grundlage. Funktion und Rolle der französischen Gesandten in der Schweiz und die Abhängigkeit der Helvetischen Republik von der Hegemonialmacht. Stapfers diplomatischer Mehrfrontenkampf und steter Appell zu nationaler Einigkeit. Der dritte Staatsstreich im Oktober 1801.

2.4 Gefährdungen der Position Stapfers als Folge des dritten Staatsstreichs, der Mission Redings nach Paris und der Zuspitzung der Walliser Frage 243

Einschätzung der Lage nach dem dritten Staatsstreich. Stapfers Hoffnungen auf Ausgleich der Parteispannungen. Die Enttäuschung über den föderalistischen Regierungskurs. Staatssekretär Thormann als Vorgesetzter. Redings Reise nach Paris. Gefährdung von Stapfers Stellung. Die Kontroverse mit Thormann. Bedrohliche Spannung mit Bonaparte und Talleyrand in der Walliser Frage.

2.5 Die Wahrung der Interessen der Schweiz bis zum Abzug der Franzosen im Sommer 1802 280

Vorspiel zum vierten Staatsstreich. Stapfers Anteil an der Unitarieraktion vom 17. April 1802. Stapfer und der neue Staatssekretär Müller-Friedberg. Erneute Verfassungsberatung. Mässigung und nationaler Zusammenschluss als dringliches Postulat des Gesandten. Das Werben um Bonapartes Rückendeckung für die unitarische Staatsführung. Die Mission Lezay in die Schweiz. Der französische Truppenabzug.

2.6 Das Ende der Gesandtschaft Stapfers: Insurrektion, Consulta, Mediation. Der Rückzug aus der Politik ins Privatleben 320

Der Einsatz für die helvetische Zentralregierung. Die undurchsichtige Politik der französischen Regierung. Insurrektion und Bürgerkrieg. Bonapartes Proklamation von St. Cloud. Stapfers Rolle als Koordinator an der Consulta. Bonapartes Entscheid zur Föderalisierung der Schweiz. Die Beratung der Mediationsakte. Die Ernennung Stapfers zum Präsidenten der Liquidationskommission. Das Ende seiner Gesandtschaft. Stapfer und Landammann d'Affry in Freiburg. Rücktritt und Rückkehr nach Paris. Abwendung von der Politik. Schlussbetrachtungen.

Anhang 386

Textbeilagen 389

Zur Bildungsplanung 389

I. Entwurf der Instruktionen für die neuerrichteten Erziehungsräthe, 1799.

II. Anrede Stapfers an die Erziehungsräte und Schulinspektoren des Kantons Luzern, 20. Januar 1799.

Zum Verhältnis von Kirche und Staat
in der Helvetischen Republik 400

III. Aus Stapfers Verteidigungsschrift gegen die vom bernischen Kirchenrat erhobenen Vorwürfe. «Einige Bemerkungen über den Zustand der Religion und ihrer Diener in Helvetien». Bern 1800, S. 3–21 und 60–62.

Stapfer als Gesandter der Helvetischen Republik in Paris 410

IV. Notenwechsel zum Widerstand gegen die französische Absicht, 1802 das Wallis zu annektieren.

Zur innern Krise der Helvetischen Republik im Jahr 1802 414

V. Aus dem Briefwechsel mit Aloys Reding

Zeittafel zu Philipp Albert Stapfers Leben 417

Anmerkungen 419

Bibliografie 447

Abkürzungen von Quellen, Nachschlagewerken,
viel zitierter Literatur
Verzeichnis der Druckschriften Stapfers
Quellen und Literatur

Bildnachweis 453

Personen- und Ortsregister 455

Vorwort

Der im 200. Gedenkjahr der Helvetik 1998 erschienene erste Teil der Stapfer-Biografie umfasst die vor dem historischen Einschnitt von 1798 liegende Lebensphase von 1766 bis zum Zusammenbruch des Alten Bern.[1] In der Einleitung kamen dort der Gang, die Aufgaben und Ergebnisse der bisherigen Stapfer-Forschung zur Sprache. Die seit der älteren Darstellung Rudolf Luginbühls erschlossenen Quellen ermöglichten nun eine vertiefte Erfassung namentlich des geistigen Werdegangs des Theologen und philosophisch gestimmten Gelehrten wie auch der Formung seines politischen Bewusstseins während der Studienjahre und der Tätigkeit als Lehrer an den höheren Berner Bildungsanstalten in der Spätphase des Ancien Régime.

Der vorliegende zweite Teil befasst sich mit Stapfers Übertritt vom akademischen Lehramt in die politische und diplomatische Praxis während der für die Schweiz tief einschneidenden Jahre des Umbruchs von 1798 bis 1803. Stapfers Wirken als Staatsmann und Diplomat macht seinen Rang im Rahmen der Schweizer Geschichte aus. Seinem Denken und Planen als Erziehungs- und Kulturminister der Helvetischen Republik kommt eine zukunftsweisende Funktion zu. Dies fasste anlässlich der vom Stapferhaus auf Schloss Lenzburg am 10. September 1966 zu Stapfers 200. Geburtstag veranstalteten Feier Bundesrat Hans Peter Tschudi als Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern in die knappe Formel: «Unsere nationalen Bildungsinstitute finden fast ausnahmslos in der Politik Stapfers ihren Ursprung.» Beizufügen wäre, dass der Diplomat Stapfer nachfolgend als Gesandter in Paris im Schatten der napoleonischen Hegemonialmacht als Mahner und Warner nicht wenig zur Stärkung des schweizerischen Nationalgefühls beitrug.

Auf das Ganze seines Lebensganges bezogen, hat diese zwar sehr bewegte Periode scheinbar den Charakter eines Intervalls von wenigen Jahren. Denn als Stapfer 1803 aus der Politik ausschied, stand er erst in der Mitte des Lebens. Dem Jahrfünft von 1798 bis 1803 allerdings eigens ein Werk zu widmen, entspricht dem Gewicht der historischen Ereignisse, in welche sein Dasein verwoben war. Inhaltlich setzt sich die Darstellung dabei deutlich ab vom Charakter der Schilderung des ersten Teils (1766–1798), denn der ausgesprochene Mangel an privat-familiären Lebenszeugnissen steht in eigenartigem Kontrast zur fast lückenlosen Dokumentation seiner Aktivität als Minister und Diplomat. So tritt gewissermassen fast nur die offizielle Seite seiner Existenz ins Licht. Der merkwürdige Umstand

dürfte sich damit erklären, dass zahlreiche persönliche Dokumente, namentlich Briefe, verloren gegangen sind, was umso mehr zu bedauern ist, wenn man an die Fülle persönlicher Informationen denkt, die nur schon sein Briefwechsel von 1789 bis 1791 erbrachte.[2] So fehlen auch die von ihm brieflich mehrfach erwähnten Ansätze zu Memoiren. Angesichts der intensiven öffentlichen Tätigkeit Stapfers ergab die Spurensuche nur wenig Aufschluss über sein Privatleben jener hektischen Jahre. Erst in der zweiten Lebenshälfte – den französischen Jahren von 1803 bis 1840 – gewinnt die Privatsphäre wieder ein deutlicheres Profil.

Der ältere Biograf Rudolf Luginbühl schuf für die Forschung durch seine unermüdliche Suche nach einschlägigem Briefmaterial eine wertvolle Grundlage, namentlich mit den in zwei Bänden der Quellen zur Schweizergeschichte 11 und 12 sowie in verschiedenen Jahrbüchern und Zeitschriften edierten Stapfer-Korrespondenzen. Dem Schweizerischen Bundesarchiv in Bern und verschiedenen Bibliotheken und Museen ist der Verfasser für ihre zuvorkommenden Dienstleistungen dankbar verpflichtet. Aus der monumentalen «Sammlung der Acten aus der Zeit der helvetischen Republik», basierend vorwiegend auf den Handschriftenbänden des Helvetischen Zentralarchivs im Schweizerischen Bundesarchiv in Bern, war immens viel zu schöpfen. Aus diesem Quellenbestand hatte bereits Albert Jahn Stapfers aufschlussreiche Gesandtenberichte zusammengetragen.[3] Aus diesen Materialien und anhand der persönlichen Korrespondenzen liess sich beispielsweise Stapfers hartnäckiger und zunächst erfolgreicher Widerstand gegen die Annexion des Wallis durch Napoleon erfassen oder seine Rolle bei der Bestandssicherung des helvetischen Neukantons Aargau gegen die bernischen Rückgliederungsversuche. Im Gedenkjahr der Helvetik 1998 bekam die Erforschung und Deutung der Umbruchszeit und ihrer Träger zahlreiche publizistische Impulse. Für den Verfasser liegt der Ansatz zur Stapfer-Biografie allerdings weiter zurück. Anlässlich des 150-Jahr-Jubiläums von Stapfers Heimatkanton Aargau im Jahr 1953 entstand für den Sammelband «Lebensbilder aus dem Aargau 1803–1953» eine erste Studie. Nachfolgende Einzelstudien und die Edition der im Bundesarchiv eruierten Briefserie von 1789 bis 1791 aus Stapfers Nachlass auf Schloss Talcy leiteten schliesslich zum Projekt einer neuen Biografie über. Es schien allerdings geboten, im Unterschied zu Luginbühls Werk, wie schon gesagt, auch die Entwicklungsjahre des bedeutenden Helvetikers von 1766 bis 1798 aufgrund der neu erschlossenen Quellen darzustellen. Diesem 1998 erschienenen ersten Teil reiht sich nun die Schilderung des bewegten Jahrfünfts von 1798 bis 1803 im Leben des Staatsmanns und Diplomaten an.

Was bisher in knappen biografischen Übersichten, etwa für das entstehende Historische Lexikon der Schweiz, über die Zeit nach 1803 bloss summarisch gestreift werden konnte, soll hier noch als Ausblick auf Stapfers in Frankreich verbrachte Jahre angedeutet werden: der Lebenskreis seiner Gattin hugenottischer Herkunft, die Erziehung seiner zwei Söhne, die literarische Tätigkeit in Paris in einem Kreis von Schriftstellern und Gelehrten europäischen Ranges und schliess-

lich das selbstlose Wirken im kirchlichen und sozialen Bereich der französischen Hauptstadt, aus deren Hektik er sich zeitweise auf stille ländliche Sitze, zuletzt auf Schloss Talcy im Loiregebiet, zurückzog.

Abschliessend kann der Verfasser nur wiederholen, was er im ersten Band aussprach: den aufrichtigen Dank an alle die Persönlichkeiten im In- und Ausland, die ihm wertvolle Handreichungen boten. Im Besondern seien aber hier nochmals Doris und Peter Walser-Wilhelm, Herausgeber der Bonstettiana, genannt, sowie Martin Meyer, ehemaliger Leiter des Stapferhauses auf Schloss Lenzburg.

Adolf Rohr

1
Kultur- und Kultusminister der Helvetischen Republik 1798–1800

1.1 Stapfer im Kraftfeld der Helvetischen Revolution

Abschluss der Mission Lüthardt-Stapfer in Paris. Vorbereitung auf das Erziehungsministerium. Der Geschäftsbereich von Stapfers Departement. Amtsantritt und erste Amtshandlung. Die helvetischen Zentralbehörden in der Kleinstadt Aarau. Die Heirat.

I Als Philipp Albert Stapfer sich am 7. März 1798, zwei Tage nach der Kapitulation des alten Bern, dem durch die provisorische Regierung eilig nach Paris abgeordneten Unterhändler Samuel Friedrich Lüthardt als Sekretär anschloss, konnte er noch nicht ahnen, welch tiefgreifende Veränderungen ihm persönlich in den kommenden Monaten bevorstanden: die Loslösung aus einer gesicherten Stellung als akademischer Lehrer in Bern durch den Wechsel in den Dienst der revolutionären Helvetischen Republik sowie in seinen Privatverhältnissen die Bindung an die zukünftige Gattin aus einer reichen Hugenottenfamilie in Paris.[1] Mitten im hektischen Treiben der Diplomatie hatte er also auch einen lebensbestimmenden persönlichen Entscheid zu treffen, während es im Grossen um das Schicksal des bernischen Staatsvermögens, die erdrückenden Besetzungslasten und die Staatsverträge zwischen der Siegermacht Frankreich und der Schweiz ging. Zusammen mit den Schweizer Vertretern Lüthardt, Jenner, Zeltner und Laharpe setzte sich Stapfer bei den französischen Machthabern mit aller Kraft und Beredsamkeit für die vaterländischen Interessen ein. Das inzwischen am provisorischen helvetischen Regierungssitz in Aarau konstituierte Vollziehungsdirektorium berief nun mit Schreiben vom 2. Mai den interimistischen Legationssekretär in Paris als Minister der Künste und Wissenschaften, der öffentlichen Gebäude, Brücken und Strassen[2] in die Regierung. Dass für dieses Amt noch andere befähigte Bewerber als der knapp 32-jährige Theologieprofessor Stapfer zur Auswahl standen, ist bekannt. Offen bekundete sein Interesse der im reifen Mannesalter stehende Berner Schulreformer Johann Samuel Ith (1747–1813), ehemaliger Philosophielehrer, ja Mentor des nun Gewählten. Dem Vorgezogenen attestierte das Direktorium im Ernennungsschreiben «sein ausgezeichnetes Talent und vielfältige gründliche Kenntnisse» und hob besonders hervor: «und mehr noch der bekannte Eifer, mit dem Sie an der höhern Cultur Ihres Vaterlandes an öffentlichen Lehranstalten und als Privatmann gearbeitet haben». Fachliche Qualitäten, nicht etwa eine bestimmte politisch-ideologische Haltung oder Handlung empfahlen ihn demnach zum Kulturminister. Am Schluss steht die Anweisung, sich vor

Amtsantritt noch vierzehn Tage in Paris über seinen Fachbereich zu orientieren, «von Männern, die sich um die Wissenschaften verdient gemacht haben, das Wichtigste von demjenigen benutzen, was dieser Mittelpunkt litterarischer Cultur und vorzüglicher Bildungsanstalten in Eurem Fache darbieten kann». Damit waren die seit Beginn der Französischen Revolution von führenden Köpfen getragenen Bestrebungen gemeint, einen für alle Citoyens gemeinsamen öffentlichen Unterricht zu organisieren und bereits auf der Elementarstufe mit «Unterricht in den Grundlagen der republikanischen Moral» das staatsbürgerliche Bewusstsein zu fördern.

Der Philosoph Condorcet beispielsweise forderte 1792 im Konvent anlässlich der Debatte über den Entwurf zur allgemeinen Organisation des Unterrichts im Sinne der Aufklärung: «Durch Erziehung sollen alle Fähigkeiten und Begabungen entwickelt und dadurch eine wirkliche Gleichheit zwischen den Citoyens geschaffen werden.»[3] Nach ihm sollte die Revolution dazu beitragen, die menschliche Gattung stufenweise zur allgemeinen Vollendung emporzuheben, dem höchsten Ziel, auf das hin jede gesellschaftliche Institution zu führen sei. Bei Stapfer und den Schweizer Helvetikern wird dieses Ziel, auch im Sinne Kants, in den Leitbegriff der «Veredlung» gefasst. Nach dem Sturz der Jakobiner normierten die Thermidorianer diese Bestrebungen in dem bekannten Gesetz vom 3. Brumaire IV (25. Oktober 1795) über die Organisation des öffentlichen Unterrichts, indem sie die verschiedenen Einrichtungen zu Volksbildung und höherem Unterricht, Primarschulen, Zentralschulen, Spezialinstitute und das Institut national – das berühmte Institut national des sciences et des arts in Paris – formell in eine grosse Einheit verfassten. Allerdings ist festzuhalten, dass dem Direktorium gerade zur Organisation der Elementarschulen Geld und Personal fehlten, während die mittleren und höheren Stufen zur Vorbereitung der neuen Eliten auf die freien Berufe, im Dienste der Naturwissenschaft und zur Forschungsförderung, ins Zentrum rückten. Paris sollte zur Hauptstadt des Wissens werden. Im revolutionären und nachrevolutionären Paris sollte das Wissen von der Welt in neue Zirkulationsbahnen gebracht und symbolisch repräsentiert werden. Da hierbei die Förderung des staatlichen öffentlichen Elementarschulwesens hintangestellt wurde, traten freie Primar- und Mittelschulen, meist konfessionellen Charakters, in die Lücke. Von Frauenbildung war kaum die Rede.[4]

In seinem am 10. Mai 1798 abgefassten und eine Woche später bei der Regierung in Aarau eintreffenden Schreiben zur Annahme der Wahl versicherte Stapfer: «Ihrem Befehl zufolge, Bürger Direktoren, werde ich hier noch vierzehn Tage verweilen, und diese Zeit dazu benutzen, Erkundigungen über die mannigfachen Gegenstände des mir gütig anvertrauten Faches einzuziehen, theils auf die Ausarbeitung eines Organisationsplans für mein Departement zu verwenden.»[5] Im Hinblick auf seine künftige Tätigkeit fügte er hinzu: «So hoffe ich dann gleich nach meiner Ankunft in Aarau, die ich möglichst beschleunigen werde, Ihnen, Bürger Direktoren, mit der Versicherung meiner unbegrenzten Ergebenheit ei-

nen Entwurf über die Einrichtung dieses Theils der öffentlichen Verwaltung vorlegen zu können, den Sie durch fruchtbare Winke und lehrreichen Tadel zu berichtigen, zu erweitern, der Reife näher zu bringen und den Bedürfnissen der Helvetischen Nation anzupassen geruhen werden.» Seine Kontakte zur Erkundung der französischen Schulverhältnisse sind nicht näher belegt. Denkbar ist eine Fühlungnahme mit dem Innenminister und Schriftsteller François de Neufchâteau (1750–1828), der sich gerade damals intensiv um das öffentliche Bildungswesen bemühte und dabei statistische Bestandesaufnahmen anordnete. Mit dem Staatsdenker Sieyès (1748–1838) dürften daneben auch aktuelle Verfassungsfragen ein Thema gewesen sein. Der zukünftige helvetische Erziehungsminister nahm das oben skizzierte Bild des französischen Bildungswesens der Direktorialzeit mit, bevor er zuhause in sein Amt trat. Seine eigenen Bildungspläne konnten sich aber auch auf das reiche philanthropische und patriotisch-aufklärerische Ideengut des schweizerischen 18. Jahrhunderts beziehen. Auch besass er eine eigene, mehrjährige Lehrerfahrung vom bernischen Politischen Institut und von der Akademie her.

Während des dreimonatigen Aufenthalts vom März bis Juni 1798 war Stapfer in der französischen Metropole zunächst in das hektische diplomatische Treiben um den Berner Staatsschatz und das Ringen um die Erleichterung von den Besetzungslasten einbezogen. Die zuletzt auftragsgemäss angestellten bildungspolitischen Erkundungen verschafften ihm zweifellos wichtige Anregungen, auch wenn er sich vom Glanz der neuen zentralen Pariser Kulturinstitute nicht allzu sehr blenden liess. Er hätte sonst, wie in der Folge zu zeigen sein wird, als helvetischer Minister «der Künste und Wissenschaften» nicht gerade der Elementarbildung des Volkes den Vorrang gegeben. Das schloss nicht aus, dass ihm ebenfalls eine oberste zentrale Bildungsanstalt als Nationaluniversität vorschwebte mit einer auf die mehrsprachige Nation ausgerichteten Zwecksetzung. Seine vorläufige Planung konnte sich allerdings lediglich auf die schmale Basis einer allgemeinen Grundsatzerklärung in der ersten Verfassung der Helvetischen Republik abstützen, die besagte: «Die zwei Grundlagen des öffentlichen Wohls sind Sicherheit und Aufklärung. Aufklärung ist besser als Reichthum und Pracht.»[6]

Aus den oben geschilderten Umständen ergab sich, dass Stapfer sein Ministeramt erst etwa Mitte Juni 1798 antreten konnte. Zum Zeitpunkt, da am vorläufigen Regierungssitz Aarau die neuen Zentralbehörden ihre Tätigkeit aufnahmen und der helvetische Parlamentarismus die ersten unbeholfenen Schritte tat, betreute zunächst einer der fünf Direktoren, der Luzerner Alphons Pfyffer (1753–1822), die anfallenden Geschäfte im Ressort «instruction et formation de l'esprit public». Hierauf übertrug er es interimistisch dem zum Justizminister ernannten Franz Bernhard Meyer von Schauensee (1763–1848) bis zur Rückkehr Stapfers aus Paris. Er hatte über Pfarrwahlfragen im Kanton Bern zu entscheiden, was das in der neuen Staatsordnung noch ungeklärte Verhältnis der Kirche zum Staat tangierte.

Auch der Innenminister Albrecht Rengger (1764–1835) wurde zur Stellvertretung Stapfers beigezogen. Anderseits wünschte der eben in Paris eingetroffene offizielle Gesandte der Helvetischen Republik Peter Joseph Zeltner (1765–1830), als er die schwierige Verhandlungsposition der Schweizer Delegierten Lüthardt, Stapfer, Jenner und Laharpe im Ringen um die Interessen ihres Landes feststellte, eine weitere Mitarbeit des diplomatisch gewandten Stapfer mit seinen persönlichen Beziehungen in französische Kreise hinein. Doch das helvetische Direktorium gab über seinen Aussenminister dem Gesandten den Bescheid: «Que le citoyen Stapfer doit se rendre promptement au nouveau poste qui vient de lui être confié et où sa présence est indispensablement nécessaire».[7] Bis zur Abreise Anfang Juni hatte er sich, wie bereits gesagt, mit Informationen über das französische Erziehungswesen zu befassen. Was ihn allerdings ganz allgemein tief beeindruckt haben muss, das war die Art, wie die in der Revolution aufgestiegene französische Machtelite mit dem ihr ausgelieferten, besetzten Vaterland umging. Daraus erklärt sich der ausgeprägte nationalpatriotische Akzent bei ihm wie bei den besten Köpfen der so genannten Helvetiker. Bereits am 24. April, also kurz vor der Berufung ins Ministeramt, mahnte er in einem Brief den befreundeten Rengger, man möge mit der zwar im Grunde untauglichen Verfassung doch nur möglichst rasch eine Normalisierung der politischen Verhältnisse anstreben, sonst falle die Schweiz noch einem Teilungsprojekt der Grossmächte zum Opfer. Also Schluss mit den Konstitutionswehen!

> «Solange man in Aarau meisselt und schnitzelt und schnörkelt, so lange kömmt der schweizerische Staatskörper zu keiner Kraft, der Rest seiner Säfte geht in den Konstitutionswehen verloren, Faktionen haben Zeit sich zu bilden und Stoff sich zu nähren, und die Regierung ist nicht stark genug, eine Nationalmacht zu organisiren, unsere Unabhängigkeit zu schützen und Gerechtigkeit zu handhaben und Respekt einzuflössen. Wir werden nachher das Versäumte wieder einholen, die lang verhaltene Flamme bricht desto mächtiger wieder aus.»

Stapfer schloss mit den beschwörenden Worten:

> «Leben Sie wohl, bester Freund. Predigen Sie Energie, Kraftentwicklung von Anfang her, denn jetzt wird das Horoskop unserer Republik genommen und unbestimmte oder flache Züge in der Physiognomie ihrer ersten Regierung degradieren uns in der öffentlichen Meinung unwiederbringlich.»[8]

Ein Streiflicht auf die Stimmungslage in der Heimat wirft auch ein persönliches Schreiben eines der helvetischen Direktoren an Stapfer. Der ebenfalls aus Bern stammende Ludwig Bay (1749–1832) beglückwünschte ihn zur Wahl am 21. Mai 1798 fast überschwänglich mit den Worten:

> «Im ersten Sturm einer Revolution nemmen Sie es doch einem armen Wicht von Directoren nicht übel, wenn er Ihre verbindlichen Zusicherungen blos mit einem herzlichen Bruderkuss und Handschlag ad vitam

erwiedert. Wir sehen alle Ihrer Rückkunft mit Sehnsucht entgegen, schon Ihre Wahl wird durchgehend als das günstigste Omen angesehen und Ihre Gegenwart wird durch Wiederaufleben von Hoffnung und Muth wirklicher Seegen seyn. – Reissen Sie sich aber darum nicht allzuschnell los, wenn Sie glauben, dass Ihr längerer Aufenthalt zur Besänftigung des Cerbers erforderlich seye. Wir fünf Ehrliche Leute thun unterdessen alles, was Israel an die neuwe Bundeslade attachieren kann und stellen uns auch mit Entschlossenheit Rapinis entgegen. – Es ist aber hohe Zeit, Helvetiens Leiden zu mildern, wenn nicht Empfindung von Mangel und Schmach in grässliche Wuth ausbrechen soll.»[9]

Am 3. Juni meldeten sich der bernische Abgesandte Lüthardt und sein Legationssekretär Stapfer beim französischen Aussenminister Talleyrand ab. «N'étant plus nécessaires à Paris depuis que Zeltner s'y est établi comme ministre plénipotentiaire de Suisse, ils retournent à Berne et prennent congé de Talleyrand».[10] Acht Tage später erstatteten die beiden in Aarau dem helvetischen Direktorium Bericht über ihre zusammen mit Jenner und Laharpe, zuletzt auch noch Zeltner und Fellenberg geführten schwierigen Verhandlungen in Paris. Aus dem knappen Sitzungsprotokoll vom 11. Juni liest man heraus, dass sie rapportierten, wie sie die Maximalziele, namentlich hinsichtlich einer Reduktion der französischen Besetzungstruppen und der Oktroyierung der Einheitsverfassung, auf eine Linderung der brutalen Requisitionsprozeduren durch die französischen Regierungskommissare und Generäle reduzieren mussten, um zuletzt wenigstens das diesbezügliche Abkommen vom 8. Floréal (27. April) zu erlangen.[11] Allerdings werde dessen Beachtung vom Kommissar Rapinat verweigert. Man hoffe, die Regierung in Paris werde sich aber gegenüber ihrem Untergebenen durchsetzen, sodass sich die Bestimmungen über die Besetzungslasten für die ganze Schweiz auswirken dürften. Eine vage Andeutung am Schluss dieses Berichts hinsichtlich einer möglichen Gefahr für den Fortbestand der Schweiz als Staat lässt aufhorchen: «[...] qu'il paraît que le Directoire français n'a pas encore pris une détermination positive relativement à l'Helvétie, pas même relativement à son indépendance, [...] que selon toute apparence cependant la décision de notre sort ne tardera pas à être prononcée.» Frankreich hielt, wie man heute weiss, den Druck der Ungewissheit auf die Helvetische Republik so lange aufrecht, bis es im August 1798 die geforderte Defensiv- und Offensivallianz, das heisst die politisch-militärische Satellisierung der Schweiz, erreicht hatte. Gleichsam zur Demonstration seiner Machtbefugnis holte der berüchtigte Zivilkommissär Rapinat – im oben zitierten Brief des Direktors Bay ominös zu «Rapinis» verschlüsselt – zu einem Gewaltstreich wider Recht und Verfassung aus, indem er die ihm missliebigen Direktoren Bay und Pfyffer samt dem mit Stapfer befreundeten Generalsekretär Steck zum Rücktritt zwang. Gleichzeitig liess er seinen Ärger aus über die eben aus Paris zurückgekehrten Delegierten, indem er Stapfer und die Übrigen als Oligarchenfreunde denunzierte: «Ce sont les amis de l'oligarchie qui ont dépêché à Pa-

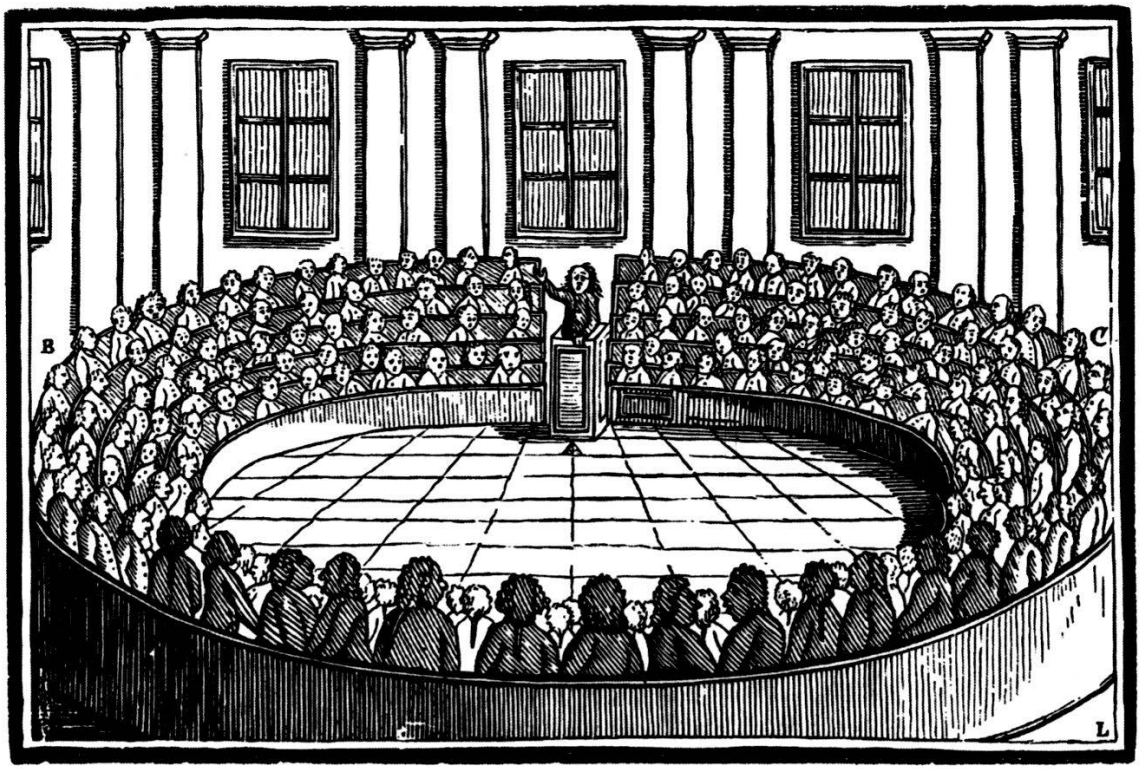
ris les Stapfer, les Jenner, les Luthard, et nonobstant que l'Helvétic ait un envoyé près le Directoire de France, vous avouez les opérations impolitiques, les manœuvres artificieuses de ces députés, qui ne le sont que du canton Berne.» So apostrophierte der französische Kommissär die oberste helvetische Behörde.[12] Das war ein Vorgeschmack. Unter solchen Auspizien trat Stapfer Mitte Juni 1798 in sein Ministeramt.

II Vor der Aufnahme seiner Amtsgeschäfte in Aarau erhielt er laut einer protokollarischen Notiz ein paar Tage Urlaub. Dies wahrscheinlich zur Regelung persönlicher Angelegenheiten in Bern, da ihn ja im März die überstürzte Abreise mit Lüthardt nach Paris mitten aus seiner bisherigen Berufstätigkeit herausgerissen hatte. Nun bot sich ihm auch noch Gelegenheit zu Besprechungen mit dem ehemaligen Lehrer und Kollegen Professor Johann Samuel Ith, dem erfahrenen Berner Schulreformer und zum Zeitpunkt Pfarrer in Siselen. An diese Begegnung knüpfte sich bis Anfang 1799 ein ziemlich reger Briefwechsel, allerdings nur einseitig überliefert, weil Stapfers Schreiben verloren sind.[13] So begleitete der frühere Mentor den angehenden Staatsmann nochmals ein Stück Weges, bis zur Trübung des Freundschaftsverhältnisses über der Frage der Stellung der Kirche zum Staat. Dass Iths Werben um den Bildungsminister nicht ganz selbstlos war, erklärt sein Drängen nach einer Nationaluniversität, mit der zwar uneingestandenen Hoffnung, zu deren Leitung berufen zu sein, wenn ihm schon das Ministerium nicht zugefallen sei. Die bald darauf erfolgte Berufung zum Dekan der bernischen Kirche rückte ihn dafür auf einem andern Feld ins Rampenlicht.

Wie Stapfer dem Direktorium von Paris aus versichert hatte, wollte er sich sogleich mit Plänen für die Organisation seines Departements befassen. Dies kam ihm beim Amtsantritt zustatten, da auch bereits zahlreiche Tagesgeschäfte anstanden. Für heutige Begriffe war ihm ein ausserordentlich weiter Fachbereich zugewiesen. Das Ernennungsschreiben sprach von «Ministerium der Wissenschaften und Künste, der öffentlichen Gebäude, Brücken und Strassen». Und das helvetische Parlament debattierte sogar über die Frage, ob sich die Zentralverwaltung aus finanziellen Gründen nicht mit vier statt der sechs geplanten Ministerien begnügen sollte. Doch drang der weitsichtige Senator Paul Usteri durch, der vor kurzsichtigen Einschränkungen warnte mit dem Argument, «der Umfang der Geschäfte sei jetzt, wo alles gleichsam neu erschaffen werden muss, für sechs Minister noch gross genug». Am 2. Juli regelte dann ein Gesetz die Verteilung der Verwaltungsfächer und setzte für das «Ministerium der öffentlichen Erziehung» fest: «Öffentlicher Unterricht, sowohl Verbal-Unterricht als Unterricht durch Schriften. Normal- und Trivialschulen. National-Institute für schöne Künste und Wissenschaften. Aufmunterung derselben. Bibliotheken, Museen und andere National-Sammlungen. National-Druckerei. Bürgerliche Feste. Aufsicht über die National-Gebäude und überhaupt die ganze Civil-Architektur».[14] Seltsamerweise werden Kirchenwesen und Kultus nicht einmal am Rand berührt, obgleich

Stapfer sich schon zu Beginn mit kirchlichen Fragen zu befassen hatte und die in der Folge auftretenden Spannungen im Verhältnis zwischen Kirche und Staat gerade für ihn als Theologen eine seelische Zerreissprobe bedeuteten. Ausgangspunkt der helvetischen Kirchenpolitik war nämlich der Grundsatz des religionslosen Staates und damit ein radikaler Bruch mit der früheren staatskirchlichen Tradition sowie der Verflechtung zwischen Kirche und Erziehungswesen. Die helvetische Verfassung legte nach französischem Vorbild Gewissens- und Kultusfreiheit fest und schloss mit Artikel 26 die Geistlichen von den politischen Rechten aus.[15] Das zeitigte unabsehbare Folgen, denn mit diesem Traditionsbruch rührten die aufklärerischen Helvetiker an Wesentliches der Volksseele. Der helvetische Staat schüttelte die Religion von sich ab, soweit sie ihm nicht als Moral dienlich war. Als Minister der öffentlichen Erziehung trat Stapfer gewissermassen in eine Lücke und bezog, wie nachher anhand seines departementalen Organisationsplans zu zeigen sein wird, die kirchlich-religiösen Angelegenheiten in seinen Amtsbereich ein. Unterschied man damals zwischen so genannter «industrieller» und moralischer Erziehung, so galt ihm diese als das Wichtigste. Da sie religiöse Ideen nötig hatte, gehörte der Kultus zur Sphäre seines Ministeriums.

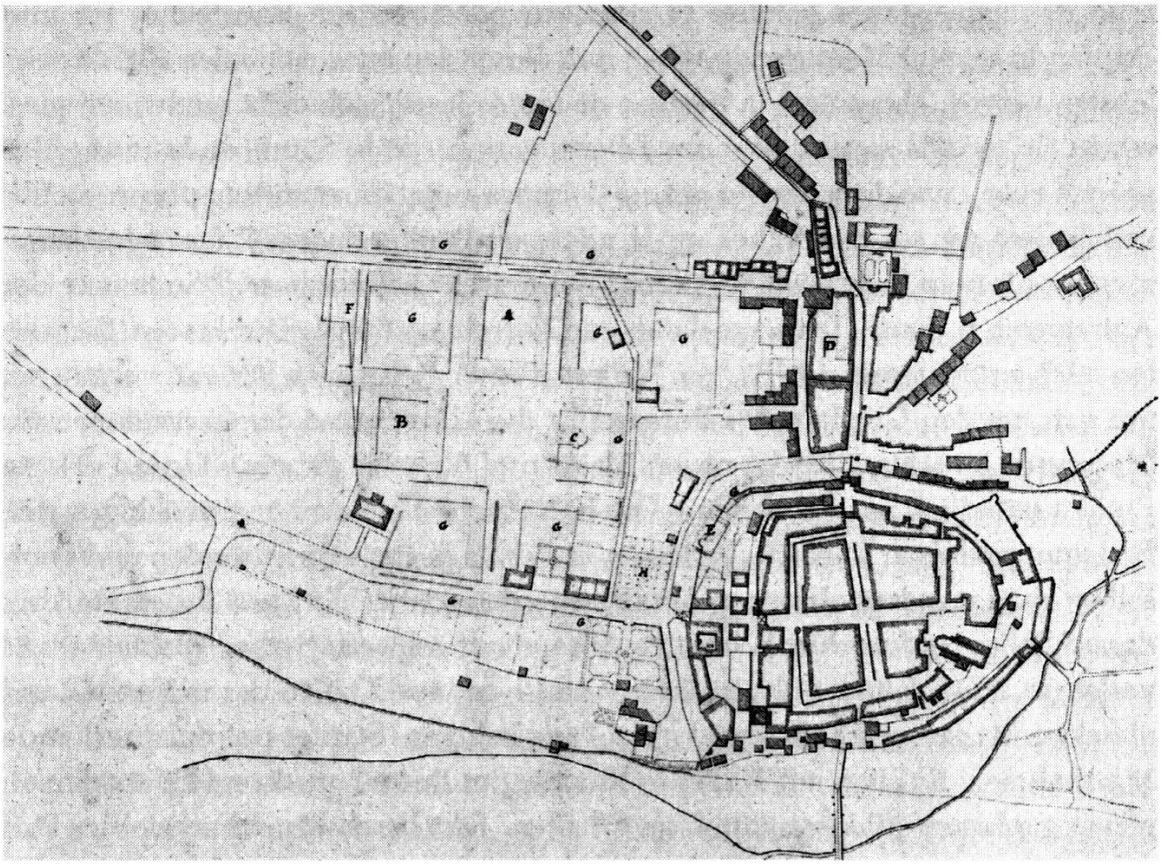
Haus zum Schlossgarten in Aarau, Sitz des helvetischen Direktoriums und der Minister 1798.



Eröffnung der ersten helvetischen Nationalversammlung in Aarau am 12. April 1798.

Paul Wernle stellt dazu aus der Sicht des Religionshistorikers fest: «Auf diese sonderbare Weise wuchs Stapfer in die Rolle des helvetischen Kultusministers hinein, ungewollt und ungewählt.»[16] Und dies, obwohl es, wie oben erwähnt, laut Verfassung kein Kultusministerium gab. Für den von Hause aus tiefgläubig auf die Gestalt Jesu zentrierten Theologen wurde die undankbare Rolle des Vermittlers in den Spannungen zwischen Kirche und Staat schliesslich zur fast untragbaren Belastung, stand doch die geplante Neuschöpfung des schweizerischen Bildungssystems und eines zukunftsträchtigen Kulturprogramms für die junge Republik als Hauptaufgabe vor ihm. Schon einen Monat bevor er ins Amt trat, waren dem Justizminister als seinem Stellvertreter kirchliche Angelegenheiten zur Erledigung zugewiesen worden. Selbst wenn das Ziel der Helvetik die Trennung von Kirche und Staat war oder eben eine selbständige Kirche im selbständigen Staat, so blieb in der Übergangsphase doch der Staat der Kirche übergeordnet und übte wie selbstverständlich entsprechende Kontrollrechte aus.

III Die erste aktenkundige Amtshandlung Minister Stapfers war kulturpolitischer Art. Sie datiert von jenem 11. Juni 1798, da er den ersten persönlichen Kontakt aufnahm mit seinen Vorgesetzten, den fünf helvetischen Direktoren, im so genannten Bundesratshaus am Schlossgarten in Aarau. Er hatte, frisch im Amt, Stellung zu nehmen zur Frage, ob man der Einladung des französischen Aussen-



Der Zentralstaat braucht ein Zentrum. Mit diesem Erweiterungsprojekt sollte das einstige Untertanenstädtchen Aarau zur zukünftigen «Helvetio-Polis» entwickelt werden. Plan von Johann Daniel Osterrieth, 26. April 1798.

ministers Talleyrand Folge leisten wolle zur Mitarbeit bei den Beratungen auf einem Gelehrtenkongress über die Vereinheitlichung des metrischen Systems, was später internationale Folgen hatte. Seit 1790 plante man in Paris nämlich die Vereinheitlichung der Masse und Gewichte. Im Mai hatte der zuerst angegangene helvetische Aussenminister Bégoz eine Teilnahme kleinmütig abgelehnt unter Hinweis auf die niedergeschlagene Stimmung und die Finanznot im Land.[17] Stapfer hingegen griff den Vorschlag eifrig auf, weil die Schweiz nach seiner Ansicht mit dem hervorragenden, an der Berner Akademie wirkenden Mathematiker und Physiker Johann Georg Tralles (1763–1822) nicht nur einen wichtigen Beitrag leisten konnte, sondern mit der Präsenz einer wissenschaftlichen Koryphäe in Paris für die Helvetische Republik auch Ehre einlegen werde. Er schätzte die Lage richtig ein und hatte den Blick für eine Sache von weittragender Bedeutung. Der hoch begabte, aus Hamburg stammende Deutsche war 1785 als 22-Jähriger auf Veranlassung des Berner Patriziers Karl Viktor von Bonstetten und durch Vermittlung des Geschichtsschreibers Johannes Müller von der Universität Göttingen an die bernische Akademie berufen worden und wurde bald zur treibenden Kraft bei der Begründung der Naturwissenschaft in Bern. Wäh-

rend der 1790er-Jahre gehörte er zum Freundeskreis um Bonstetten, Ith und Stapfer. In seinem Memorandum hob nun dieser den internationalen Ruf des Gelehrten hervor, «homme à la hauteur de toutes les spéculations mathématiques, connu du monde savant pour ses déterminations de la figure de la terre, plus précise qu'aucune de celles qui ont été données avant lui, et surtout propre au travail projeté par ses recherches sur le mètre ou l'unité, duquel il faut nécessairement partir pour la fixation de toutes les mesures quelconques».[18] So lautete der Antrag vom 11. Juni: «Ich wage daher den Vorschlag, Bürger Direktoren, Sie wollen mich autorisieren, den Bürger Tralles zu einer Reise nach Paris zu vermögen, um sich mit den Gliedern des Bureaus für die Längen und der Commission für Mass und Gewichte über die neuen Masse und über die dabei zu Grund gelegte Einheit mündlich zu unterreden.» Das helvetische Direktorium ermächtigte den Erziehungsminister sogleich, Professor Tralles nach Paris zu entsenden und demselben 100 Louisdors als ersten Vorschuss anzuweisen. Übrigens insistierte kurz darauf Talleyrand nochmals auf der Absendung schweizerischer Fachleute und verlangte, diese sollten sich vor ihrer Abreise genaue Kopien der in ihrem Land üblichen Masse verschaffen und nach Paris bringen. Stapfer traf entsprechende Massnahmen. Er blieb mit Tralles in Kontakt, im Bestreben, dieses Talent den eigenen geplanten Bildungsstätten zu erhalten. Fast beschwörend schrieb er ihm am 11. Juli 1798 zum Abschied:

> «Es ist für die helvetischen Gelehrten und wissenschaftlichen Anstalten ebenso ehrenvoll als für das Gelingen einer nähern Verbindung derselben mit den fränkischen Instituten von guter Vorbedeutung, dass dieser thätigere Verkehr und Hülfstausch durch einen Mann von Ihren Verdiensten eingeleitet und belebt werden soll. Da Sie nun aber bei diesem Geschäfte der Repräsentant der helvetischen Gelehrten sind, so hoffet die Regierung mit Zuversicht, Sie werden sich und Ihre grossen Talente niemals einem Vaterlande entreissen lassen, dessen Lehrer und Erzieher Sie so vorteilhaft bei denen der fränkischen Nation vertreten werden. Alle Ideen zur Verpflanzung ausländischer oder Verbesserung und Erweiterung einheimischer Anstalten, welche Sie mir für unsere Regierung mittheilen möchten, werden von derselben mit derjenigen Überlegung und Vorliebe in Betrachtung gezogen werden, welche die Vorschläge eines so vorzüglichen und patriotisch gesinnten Gelehrten mit Recht fordern. Brudergruss und Hochachtung.»[19]

Die hier eingehender behandelte Einzelfrage eröffnet bereits Einsichten in Stapfers kulturpolitische Bestrebungen.

IV Mit der geschilderten Amtsübernahme reihte sich Stapfer unter jene Staatsmänner ein, die vom provisorischen Regierungssitz in einer aargauischen Kleinstadt aus einen modernen Verfassungs- und Verwaltungsstaat nach zentralistischem Modell in Gang zu setzen suchten. Einige allgemeine Bemerkungen mö-

gen die sich diesem Entwicklungsprozess bald stellenden Probleme andeuten. Der Blick auf die fast unübersehbare Flut der archivalischen Schriftquellen vermag heute eine Vorstellung zu geben von den auf die Exekutive zukommenden Aufgaben sowie für die in Permanenz tagenden zwei Kammern der Legislative.[20] Neben den Regierungsstatthaltern und Regierungskommissären, die der Aufrechterhaltung der helvetischen Staatsordnung dienten, schuf das fünfköpfige Direktorium einen fachtechnischen Vollzugsapparat, dem die eigentliche Staatsverwaltung oblag: ursprünglich vier, dann auf sechs erweiterte Ministerien, worunter dasjenige «der Wissenschaften, schönen Künste, der öffentlichen Gebäude, Brücken und Strassen», anderswo kurz als «Ministerium der Künste und Wissenschaften» benannt oder noch knapper als «Ministerium der öffentlichen Erziehung».[21] Mit zweien seiner Ministerkollegen fühlte Stapfer sich besonders verbunden, mit dem kraftvoll tätigen Innenminister Albrecht Rengger (1764–1835) und dem reformgesinnten Luzerner Patrizier Franz Bernhard Meyer von Schauensee (1763–1848).[22] Die helvetischen Akten belegen, wie sich das Direktorium mit allzu vielen Kleinigkeiten befasste und dementsprechend die Befugnisse seiner Minister einschränkte, um die Verwaltung nicht allzu stark werden zu lassen. Dies bedeutete eine Hemmung initiativer Beamter. Stapfer war beispielsweise bei seiner Bildungsplanung nicht ermächtigt, ohne Erlaubnis der Regierung mit den kantonalen Verwaltungskammern zu korrespondieren. Bald wuchs dieser jedoch der administrative Aufwand über den Kopf. Eine Senatskommission stellte die chronische Überlastung der Direktoren im kritischen Kriegsjahr 1799 drastisch dar:

> «Das Direktorium fasst in seinen alltäglichen, gewöhnlich acht Stunden dauernden Sitzungen fünfzig bis achtzig Beschlüsse mit Inbegriff der Depeschen. Viele dieser Beschlüsse und Depeschen sind dringend und müssen also auf der Stelle oder im Laufe des Tages, alle aber innert vierundzwanzig Stunden verfertigt werden [...] Vier Secretärs sind gewöhnlich den ganzen Tag, von sieben Uhr Morgens bis acht Uhr Abends, nicht selten auch einen Theil der Nacht hindurch beschäftigt.»[23]

Es wurde zu Recht bemerkt, die Überlastung der helvetischen Regierung sei nicht zuletzt daraus zu erklären, dass sich ein Staat von der Grösse der Helvetischen Republik mit seinen mannigfachen Problemen nicht mehr wie ein Stadtort der untergegangenen Eidgenossenschaft regieren liess, und dies schon gar nicht in der Enge einer Kleinstadt mit 2400 Einwohnern und 300 Häusern, wo sich Deputierte, Beamte, Diplomaten, Militär und Dienstpersonal zu drängen begannen. Unter solchen Bedingungen verlief nun auch für Stapfer der tägliche Geschäftsgang, während er zugleich die Gesamtplanungen für Bildung und Kultur der Nation entwarf.

An dieser Stelle mag ein Blick auf die noch nicht endgültig gelöste Frage eines helvetischen Regierungssitzes nicht unangebracht sein. Dass nach der Vorentscheidung durch die französische Besetzungsmacht die helvetische Legislative am 3. Mai 1798 die kleine, ehemals bernische Untertanenstadt Aarau der aufnah-

mefähigen Infrastruktur Berns vorzog, war im Wesentlichen ideologisch begründet. Durch ihren beim Umsturz bezeigten jakobinischen Eifer symbolisierte sie für die revolutionäre Patriotenpartei eine Art Anti-Bern.[24] Entsprach diese Wahl der Euphorie der frisch ernannten Volksvertretung vorwiegend ländlicher Herkunft, so zeigte sich bereits nach zwei Monaten, dass der Wille zu spartanischer Einfachheit und republikanisch-revolutionärer Haltung eben nicht allein genügte, um ein funktionierendes Verwaltungs- und Regierungssystem aufzubauen. Angesichts der zunehmenden Raumnot seufzte ein Senator: «Schon ist alles angefüllt, und dennoch kaum der vierte Theil des Personals beisammen.» So dauerte es nicht lange, bis die Hauptstadtfrage erneut aufgerollt und nach emotionalen Debatten am 7. August, wiederum knapp an Bern vorbei, für Luzern entschieden wurde. Der nach dem früher berichteten Gewaltstreich des französischen Kommissars Rapinat zusammen mit Peter Ochs ins Direktorium eingetretene Frédéric-César de Laharpe (1754–1838) schilderte einem Freund damals die Lebens- und Arbeitsbedingungen der helvetischen Zentralbehörden in Aarau:

> «Accumulés, j'ignore pourquoi, dans une petite ville dénuée de ressources, nous sommes détestablement logés et tenus. Nul d'entre nous peut tenir ménage. Nous sommes en pension bourgeoise, comme à l'université, et vivant fort mal. Ces incommodités intolérables ont poussé à bout les plus stoïques, mais au lieu de transporter le siège du gouvernement à Berne ou à Zurich, qui offraient des établissements tout faits et des ressources en tout genre, on vient de choisir Lucerne.»[25]

Es fehlen Hinweise, ob auch Minister Stapfer zu diesen «stoïques» zu zählen war. Die Aarauer Munizipalität verzeichnet bei den Unterkünften der Chefbeamten, dass Laharpe und Stapfer «bey Bürger Gottlieb Hunziker» logierten, einem zuverlässigen helvetischen Patrioten, der provisorisch das Amt des «Commissairs des Nationalschatzamtes» bekleidete.[26]

So stand es mit der Realität des Aarauer Hauptstadttraums. Das hinderte allerdings auf der andern Seite einen für die Helvetik charakteristischen geistigen Hochflug keineswegs. Die Gemeindebehörde oder Munizipalität, wie sie damals hiess, unternahm nämlich gleich zu Beginn mit einem «Projet d'Agrandissement» den überaus kühnen Schritt zur Schaffung einer republikanischen Hauptstadt als Zentrum der regenerierten Schweiz. Ohne Rücksicht auf die finanziellen Risiken berief sie in geradezu rührendem patriotischen Eifer den in Bern tätigen 30-jährigen Strassburger Architekten Johann Daniel Osterrieth (1768–1839) aus klassizistischer Schule als Planer. Dieser legte nach knapp dreiwöchiger Arbeit am 26. April statt einer blossen Studie für einen Parlamentsbau ein grosszügiges Stadterweiterungsprojekt vor. Unter Einsatz aller verfügbaren finanziellen und technischen Mittel beschloss Aarau sofort dessen Realisierung. Der beeindruckende Vorschlag des Planers sah ein modernes Viertel mit Zentrumsfunktion vor, bezogen auf den Raum östlich der engen Altstadt, zwischen der heutigen Laurenzenvorstadt und der Bahnhofstrasse. Osterrieth sah neben Regierungs-

und Wohngebäuden auch militärische Einrichtungen wie Kaserne und Zeughaus vor, aber auch eine katholische Kirche, ein Theater und eine Parkanlage. Eine rechtwinklig angeordnete Überbauung im Umfang von etwa neun Hektaren, mit einem ausgedehnten Platz im Zentrum, die öffentlichen Bauten auf drei Seiten, hätte damit ziemlich genau die Fläche der schon bestehenden Stadt ausgemacht. Als Erstes begann Aarau Anfang Mai den Bau einer Anzahl bürgerlicher Wohnhäuser in der Laurenzenvorstadt. Als jedoch der Umzug nach Luzern beschlossen wurde, fiel der gross angelegte Plan dahin. Es blieb bei einer Zeile halbfertiger Häuser vor dem Laurenzentor längs einer grosszügig angelegten Chaussee, bescheidenes Fragment des zum Ausbau der helvetischen Hauptstadt verfassten Projekts im Sinne eines modernen städtebaulichen Konzepts, eine der helvetischen Utopien. Es fehlen Hinweise dafür, dass auch Stapfer sich mit Osterrieths Hauptstadtplanung befasste. Da seinem Ministerium allerdings die öffentlichen Gebäude, Brücken und Strassen unterstanden, wäre die Einschaltung der Zentralbehörden denkbar gewesen. Es wird zu zeigen sein, dass er im Herbst 1798 für die Organisation eines zentralen Baudepartements wegweisende Ideen entwickelte. Vorläufig ging es in Aarau lediglich um Provisorien. So wird aktenkundig, dass gerade im Zeitpunkt seines Amtsantritts der Innenminister Rengger von der Munizipalität Bericht bekam, das Spitalgebäude (Bürgerasyl) in der Laurenzenvorstadt sei geleert und stehe zum Umbau bereit mit dem Vorschlag, «den Bürgern Ministern ihre Wohnungen und Büreau daselbst einzurichten».

Wie erscheint nun Stapfer persönlich im Kreis der höheren helvetischen Amtsträger? Keines der etwa zeitlich in diese Lebensphase weisenden Porträts zeigt ihn in dem jedem Beamten genau vorgeschriebenen Kostüm. Das Posieren im Federhut mit Kokarde und Schärpe lag ihm offenbar nicht. Zwar hatten Direktorium und Legislative bereits im Mai nichts Dringenderes zu beraten, als weitschweifige Kleidervorschriften für die Amtsträger zu erlassen, worunter: «Costume der Minister: Ein blauer Rock, geschnitten wie ihn die obersten Gewalten tragen, mit gelben Knöpfen, Hosen oder Pantalons von gleicher Farbe und Tuche; die Aufschläge der Ermel nur mit einer einfachen Brodure in Gold bestickt; eine weisse Weste en gilet, eine dreifarbige Schärpe um den Leib.»[27] Ein zwar nicht datiertes, aber vermutlich in diesen Zeitraum gehörendes Porträt von Jeanne Louise Amélie Munier-Romilly zeigt ihn in bürgerlicher Tracht mit weisser Halsbinde.[28] Der Gesichtsausdruck mit warmen Augen und dem fein geschnittenen Mund wirkt offen. Für die persönlich einnehmende Art des Ministers kann auf die treffende Charakteristik in den Tagebuchnotizen der Schriftstellerin Friederike Brun aus den Jahren 1796/97 verwiesen werden.[29] Fragt man sich, wie ein helvetischer Minister in jener unsicheren Zeit materiell gestellt war, so findet man die Besoldung gemäss Parlamentsbeschluss festgesetzt auf jährlich 400 neue Dublonen – damalige Rechnungseinheit zu 16 alten Franken – und «eine freie Wohnung, die zum Ausmöblieren fertig ist».[30] In der ausgiebigen Debatte des Grossen Rates wurde den Direktoren der doppelte Betrag samt freier

Philipp Albert Stapfer (1766–1840) um 1800. Unsigniertes Ölbild (Toile 93) aus Schloss Talcy sur Mer (F). «Sans doute au moment de son mariage» (Mme. L. Méha, Présidente des «Amis du Château de Talcy»).

Wohnung zugesprochen. Der Zürcher Hans Konrad Escher (1767–1823) warnte im Hinblick auf die sich abzeichnende Finanznot eindringlich vor zu hoch angesetzten Beamtengehältern, «denn die Nation kann sich jetzt nicht mit der Erbauung von Directorialpalästen abgeben». Im Senat hiess es: «Alle Autoritäten unserer Republik sollen gleiche Einfachheit der Sitten beobachten; alle sollen zu leben haben, wie der Anstand es erheischt, mehr aber nicht.» Die Parlamentarier hatten aber bereits vorher ihre eigenen Diäten nicht etwa allzu knapp festgelegt, wobei sich allerdings einzelne Stimmen erhoben, ja den Staat nicht zu teuer zu machen. In geradezu klassische Form kleidete ein Waadtländer Senator die Forderung, mit den Staatsausgaben Mass zu halten, in die Worte:

> «Wir müssen vor allem den Zustand unserer Finanzen kennen; der Staat kann so wenig als ein Particular Ordnung in seinen Haushalt bringen, ohne seine Ausgaben in das gehörige Gleichgewicht mit den Einnahmen gebracht zu haben. Das Volk hat uns hierher gesandt, um seinen Wohlstand zu befördern und ihm Erleichterung zu verschaffen.»[31]

Marie-Madeleine-Pierrette Stapfer, née Vincens (1778–1854), Tochter aus hugenottischer Familie in Paris. Unsigniertes Ölbild (Toile 94) aus Schloss Talcy sur Mer. Es könnte sein, dass die beiden Porträts anlässlich der Ziviltrauung im Juni 1798 entstanden sind.

So das Votum von Daniel-Louis Frossard (1752–1808), vor der helvetischen Revolution Oberstleutnant und Hofrat in russischen Diensten. Ein Seitenblick auf Finanzfragen mag hier nicht unangebracht sein, weil die leeren Kassen der Helvetischen Republik später auch Stapfers umfassende Planungen in Frage stellten und die Finanzkrise dann wesentlich zum Scheitern der Helvetik beitrug. Für den Minister, auf dessen Privatleben nachfolgend einzugehen ist, dürften sich zu einem standesgemässen Leben kaum Probleme gestellt haben, da er gerade zu diesem Zeitpunkt mit einer Tochter aus sehr wohlhabender Pariser Hugenottenfamilie die Ehe einging.[32]

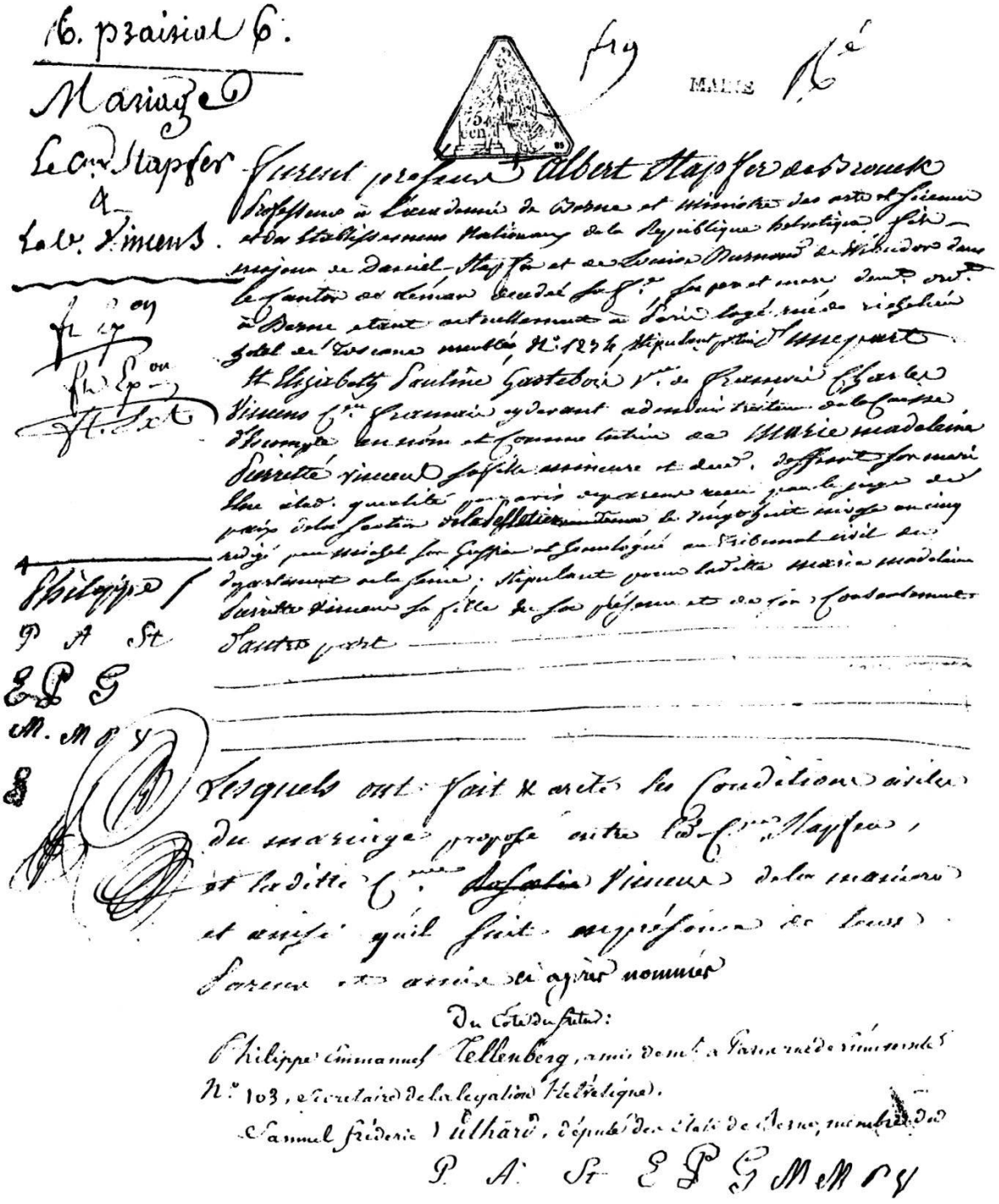
V Diese Privatangelegenheit des eben ins Amt getretenen Ministers hat ein besonderes Gewicht und rückt hier ins Blickfeld, weil ihn nach dem Ende der Helvetik die Rücksicht auf seine Gattin zur dauernden Übersiedlung nach Frankreich veranlasste. Dies also die eminente Bedeutung der Heirat mit der 19-jährigen Marie-Madeleine-Pierrette Vincens (1778–1854) aus Paris.[33] Die ältere Bio-

grafie berührte diesen Zusammenhang offenbar mangels Quellen bloss am Rand.[34] Die vorliegende Darstellung jedoch erhielt einen wesentlichen Impuls durch die Gedenkfeier zu Stapfers 200. Geburtstag auf Schloss Lenzburg im Jahr 1966. Die an seine weit verzweigte Nachkommenschaft in unserem westlichen Nachbarland ergangene Einladung schuf nämlich persönliche Kontakte und ermöglichte damit den Zugang zu verschiedenen bisher nicht bekannten Familiennachlässen. Die bis in die jüngste Zeit angestellten Nachforschungen in Frankreich gewähren einen genaueren Einblick in Stapfers Familienverhältnisse, die ganzen Lebensumstände daselbst und geben Aufschluss über seine zahlreichen Nachkommen. So erschloss sich auf seinem Alterssitz Schloss Talcy im Tal der Loire auch eine wahre ikonografische Fundgrube.[35]

Kommt man damit auch näher an seine Privatsphäre heran, so bleiben doch immer noch einige wichtige Fragen offen. So etwa, wann und in welchen Pariser Zirkeln er während der diplomatischen Mission im Frühjahr 1798 seiner zukünftigen Braut begegnete. So lebendig und offenherzig sich dieser sonst so begabte Briefschreiber in seinen Familienbriefen zeigt, in dem umfangreichen Corpus seiner Korrespondenzen findet sich keinerlei Hinweis darauf.[36] Immerhin liess sich bei den jüngsten Nachforschungen in Paris der unmittelbar vor der Rückreise in die Schweiz unter dem Datum 16. Prairial VI (4. Juni 1798) abgeschlossene Ehekontrakt eruieren. Aber seltsamerweise findet sich sonst für die nachfolgende Zeitspanne bis zur kirchlichen Trauung in der Kirche Meyriez bei Murten am 1. August kein zwischen den Verlobten ausgetauschtes Lebenszeichen. Und doch war zu diesem Zeitpunkt die Braut in Paris abzuholen. Erst spätere Zeugnisse gestatten den Rückschluss darauf, wie beglückend die Verbindung mit der jungen Französin für Stapfer war. Freilich traten damals private Ereignisse hinter dem bewegten Tagesgeschehen in den Hintergrund. Dennoch ermöglichte eine knappe Verfügung des Direktoriums vom 26. Juli, mindestens eine Lücke zu schliessen:

> «Das Directorium hat in Euer Begehren eingewilliget, Euch auf acht Tage von Aarau zu entfernen. Es wünscht, dass Ihr auf Euerer vorhabenden Reise auch über die noch bestehenden Anstalten des öffentlichen Unterrichts und der Erziehung Berichte einziehen möchtet.»[37]

Stapfer benötigte also diesen Urlaub, um seine Braut zur Trauung abzuholen. Der damit verbundene Dienstauftrag mutet etwas seltsam an. Der unter grossem Arbeitsdruck stehende Minister war darauf offenbar pünktlich wieder an seinem Platz. In einem Brief vom 6. August des väterlichen Freundes Johann Samuel Ith steht wie ein Geleitwort, er möge den Faden seiner Geschäfte wieder glücklich aufgenommen haben.[38] Dieser hatte von seiner Pfarrei Siselen im Amt Nidau her in Meyriez Stapfers Trauung vollzogen, hier und nicht im Familienkreis in Bern. Einen Monat später traf aus der Ferne noch ein ganz besonderer Glückwunsch ein von Seiten des befreundeten Karl Viktor von Bonstetten. Der ihm geistesverwandte, liberal gesinnte Berner Patrizier hatte sich aus den Wirren des Umsturzes zu einer befreundeten Familie in Dänemark zurückgezogen. Von hier aus



Ehekontrakt von Philipp Albert Stapfer mit Marie-Madeleine-Pierrette Vincens. Erste Seite des schwer lesbaren Dokuments vom 16. Prairial VI (4. Juni 1798). Die kirchliche Trauung durch Pfarrer Johann Samuel Ith fand am 1. August 1798 in der Kirche Meyriez bei Murten statt.

schrieb er: «Vous avez dit on une femme charmante toute digne de vous, il y a de quoi vous féliciter l'un et l'autre. Vous êtez Ministre, mais ici c'est la Nation qu'il faut féliciter.»[39]

Welche persönlichen Beziehungen bahnten sich damit für Stapfer in der Gegenwart und auf die Zukunft hin an? Marie-Madeleine-Pierrette Vincens, familiär kurz «Rosalie» geheissen, entstammte einer seit zwei Generationen in Paris ansässigen Hugenottenfamilie von Bankiers und Kaufleuten. Laut Pfarreiregister von St. Eustache wurde sie am 8. Oktober 1778 geboren und am 18. des Monats getauft.[40] Ihre Vorfahren kamen aus La Rochelle und Nîmes. Dort waren sie namentlich im Seehandel und durch Bankgeschäfte – «les bourgeois de la nef» genannt – reich geworden. Die Aufhebung des Edikts von Nantes durch Ludwig XIV. 1685 zwang einzelne Mitglieder dieser wohlhabenden Familien zur Auswanderung. Die Übrigen konnten sich irgendwie halten, waren aber Diskriminierungen ausgesetzt. Beispielsweise liessen sie sich deswegen ihre Ehen im Ausland einsegnen, damit ihre Kinder nicht als illegitim erklärt wurden. Die Verstorbenen hatten sie bei Nacht und Nebel in ungeweihter Erde zu bestatten. Szenen dieser Art aus dem Leben der Vorfahren von Stapfers zukünftiger Gattin liest man in den neuerdings verfassten chronikalischen Aufzeichnungen über die Bewohner von Schloss Talcy.[41] Ihr Vater François Charles Vincens (1757–1796) musste sich 1776 um ein königliches Brevet bemühen, das ihm die Trauung nach reformiertem Ritus mit Elisabeth Pauline Gastebois (1755–1830) in den benachbarten Niederlanden erlaubte. Der geschäftstüchtige Bankier konnte sich 1790 mit dem erheblichen Frauengut an zentraler Lage in Paris ein stattliches Haus einrichten. «En un mot, tout le comfort de l'époque.» Und: «Il devait avoir rue Saint-Marc de brillantes réceptions.» Doch 1796 verstarb Vincens erst 39-jährig und hinterliess seine Witwe mit vier Kindern, darunter die Tochter, die Stapfer zwei Jahre darauf kennen lernte. Offenbar führte von da an deren Grossmutter Elisabeth Gastebois-Dupont (1719–1811) bis ins hohe Alter in der Familie die Zügel. Sie war ebenfalls früh verwitwet und wurde von ihrem Bruder beraten, der in Paris Parlamentsadvokat war. Aus ihrem grossen Vermögen hatte sie 1780 das mehrfach erwähnte Schloss Talcy im Loiregebiet zusammen mit sieben Pachthöfen erworben.[42] Der nach aussen trutzige gotische Wehrbau mit dem idyllischen Innenhof wurde zum ländlichen Sommersitz für Madame Gastebois und ihre Familie, später zum Tusculum des alten Stapfer, als der Besitz im Erbgang an seine Schwiegermutter Elisabeth Pauline Vincens-Gastebois fiel. Nicht ohne Bedeutung wurde dann für Stapfer, dass die ältere Tochter der Grossmutter Gastebois 1767 den Berner Garde-Obersten in französischen Diensten Hieronymus Friedrich von Ernst (1736–1782) geheiratet hatte. Als die einzige Tochter aus dieser Ehe, also die Cousine von Stapfers Gattin, die Frau von Niklaus Rudolf von Wattenwyl (1760–1832) wurde, des späteren Generals und eidgenössischen Landammanns, eines patrizischen Berner Politikers, waren Spannungen mit dem Helvetiker unvermeidlich.[43] Doch davon später.

Als Stapfer im Frühjahr 1798 in diesem Personenkreis als Brautwerber auftrat, muss er vor dem prüfenden Blick der matriarchalisch waltenden Madame Gastebois bestanden haben. Was man an ihm bisher stets zu rühmen hatte, seine

feine Geistesart und die gewinnende Herzensbildung, sie taten wohl auch hier Wirkung. Der sprachgewandte bernische Legationssekretär, vor kurzem zum Minister der Helvetischen Republik nominiert, der protestantische Theologe insbesondere, muss bei den glaubenstreuen französischen Calvinisten auf Gegenliebe gestossen sein. Wie dem immer sei, am 4. Juni, einen Tag nach der Abschiedsaudienz der Delegation Lüthardt-Stapfer beim Aussenminister Talleyrand, versammelten sich etwa 20 Personen anlässlich der Unterzeichnung des Ehevertrags mit Marie-Madeleine-Pierrette Vincens.[44] Auf Seiten Stapfers figurieren Philipp Emanuel von Fellenberg, Legationssekretär des helvetischen Botschafters, Samuel Friedrich Lüthardt, der Delegationsleiter bei den Verhandlungen der Republik Bern mit Paris und helvetischer Senator, der Pariser Jurist Jean Pierre Demetz, Jean Luc Geymuller mit Gattin, ein mit Stapfer befreundeter Cousin seiner Braut, und am Schluss der vor kurzem eingetroffene helvetische Gesandte in Paris Peter Joseph Zeltner (nicht wie als Verschrieb: Philippe François). Für die 19-jährige Braut, die das Dokument am Schluss zusammen mit der Mutter und der Grossmutter unterzeichnete, handelte vormundschaftlich – «au nom et comme tutrice» – ihre Mutter, Witwe Elisabeth Pauline Gastebois-Vincens. Die Zeugenliste aber führt nicht zufällig der Name ihrer Grossmutter Elisabeth Dupont-Gastebois an. Danach folgen die ältere Schwester und die beiden jüngeren Brüder sowie vier Cousins und ein Freund der Familie. Nach den Unterschriften unter den elf Artikel umfassenden Ehevertrag zu schliessen, waren bei dem Rechtsakt etwa 20 Personen versammelt. Vermögensrechtlich war, ausser verschiedenen detaillierten Bestimmungen, die Gütergemeinschaft der beiden Partner von besonderer Bedeutung, zudem die Regelung der künftigen Anwartschaften. Stapfers Besitz an Mobiliar und Bibliothek wurde auf 10 000 Franken veranschlagt. Die Braut brachte ausser ihrer Aussteuer 6000 Franken Ersparnisse und 3000 Franken jährliche Rente in die Ehe. Stapfer wurde also bei dem wichtigen Akt unmittelbar vor der Abreise aus Paris von einigen mit ihm in diplomatischer Mission tätigen Schweizern sekundiert. Aber nun riefen ihn seine Amtspflichten an den Hauptort der Helvetischen Republik. Unterdessen erfolgte am 27. Juni noch die Registrierung seiner Ehe bei der Pariser Stadtverwaltung.[45] Die amtlichen Fakten über Stapfers Heirat liegen somit vor bis hin zur kirchlichen Trauung durch Pfarrer Ith am 1. August 1798. Doch über allen familiären und persönlichen Äusserungen zu diesem Lebensereignis liegt gewissermassen der Schleier der Diskretion. Ob man wohl in Bern so kurze Zeit nach der Niederlage nicht überall verstehen konnte, dass Philipp Albert Stapfer eine junge Französin heimführte?

1.2 Ideelle Grundsätze und politische Triebkräfte im Wechselspiel

Stapfers ministerielle Organisationspläne. Der Mitarbeiterstab: Johann Georg Fisch, Johann Rudolf Fischer, Heinrich Zschokke, Franz Xaver Bronner, Grégoire Girard.

I Nach der grundstürzenden Wende der Helvetik richteten manche Anhänger der philantropischen und nationalpatriotischen Reformideen des 18. Jahrhunderts ihre Hoffnungen auf den jungen Erziehungsminister Stapfer. Mit der ihm eigenen Bescheidenheit reagierte er nicht ohne leisen Selbstzweifel auf die überraschende Berufung, «[...] wenn mich schon die Furcht ängstiget, jugendliche Überschätzung meiner Fähigkeit [...] möchte mich vielleicht zu einem unbesonnenen Schritte hinreissen [...]».[1] Doch gleichzeitig anerbot er dem vorgesetzten Direktorium vertrauensvoll seinen Dienstwillen, indem er als Erstes die Ausarbeitung eines *Organisationsplans* für sein Departement in Aussicht stellte. Die kurze Zäsur des Hochzeitsurlaubs bedeutete kaum eine Unterbrechung des Einsatzes für diese Planungen. Während der Pariser Mission muss er sich des Ernstes der Lage für die Helvetische Republik angesichts des rücksichtslosen Länderschachers der grossen Mächte voll bewusst geworden sein. «Bilden wir uns nicht gleich zu einem gesunden Staatskörper, so werden wir immer das Spiel der Launen unserer Nachbarn und parasite Pflanzen auf fremdem Boden seyn», rief er von dort aus den Freunden zuhause zu. Vordringlich schien ihm daher jetzt im Erziehungsministerium die Förderung des so genannten esprit public, des schweizerischen Nationalgeistes. Hier ist ein Motiv zu fassen, welches sowohl das Wirken des Staatsmannes als auch die Haltung des Diplomaten im Schatten Bonapartes wesentlich mitbestimmt: die Einigung der vielgestaltigen Schweiz zur famille helvétique aus einem lebendigen Nationalbewusstsein heraus, dem Träger der nationalen Unabhängigkeit, frei von der französischen Vormundschaft in Umsetzung freiheitlicher politischer Grundsätze. Die Planungen des Ministers der Künste und Wissenschaften standen in diesem umfassenden Rahmen.

Seine Amtstätigkeit war, wie oben schon kurz berührt, eingebunden in das helvetische Direktorialsystem mit seiner strikten Trennung von Regierung und Verwaltung. Die fünf Mitglieder zählende oberste Exekutive mit starken Machtbefugnissen ernannte für die Verwaltungsfunktionen sechs Fachminister. Diese gehörten allerdings dem Regierungskollegium nicht an. Ja, sie bildeten nicht einmal ein der administrativen Koordination dienendes Verwaltungskabinett.[2] Die

wesentlichen politischen Entscheidungen gingen also vom Direktorium aus. Die ausserordentliche Machtfülle brachte ihm denn auch bald eine erdrückende Arbeitslast angesichts der immensen Probleme mit der Organisation des zentralistischen Staates und der Bürde der französischen Besatzungsarmee. Welcher Anteil an dieser Geschäftslast dem Minister Stapfer zufiel, wird zu zeigen sein. Verfassungsmässig fusste sein Auftrag ja auf der schmalen Basis eines Artikels der so genannten Haupt-Grundsätze, der lautete: «Die zwei Grundlagen des öffentlichen Wohls sind Sicherheit und Aufklärung. Aufklärung ist besser als Reichthum und Pracht».[3] Anfang Juli 1798 teilte ein Gesetz den Ministern ihre Aufgaben zu. Für Stapfer lautete es: «Ministerium der öffentlichen Erziehung. Öffentlicher Unterricht, sowohl Verbal-Unterricht als Unterricht durch Schriften. Normal- und Trivialschulen. National-Institute für schöne Künste und Wissenschaften. Aufmunterung derselben. Bibliotheken, Museen und andere Nationalsammlungen. National-Druckerei. Bürgerliche Feste. Aufsicht über die National-Gebäude und überhaupt die ganze Civil-Architektur.»[4] Aber die im amtlichen Verkehr auf die Formel «Ministerium der Künste und Wissenschaften» verkürzte Benennung ist insofern nicht zutreffend, als diesem ja zusätzlich noch der ganze Bereich des Kultus mit seiner besonderen Brisanz zuzurechnen war. Auf diesen gesamten Aufgabenkreis hatte Stapfer nun seine Organisationspläne auszurichten und einen geeigneten Mitarbeiterstab zu organisieren. Während er mit intensiver Planung die Übersicht über das Ganze anstrebte, häuften sich die Tagesgeschäfte und Korrespondenzen, und der Dringlichkeit wegen entstand schon im Juli der Entwurf zu einem Schulgesetz.

II In dem eigenhändig verfassten ersten *Organisationsplan* vom 8. August 1798 umschrieb er sein Kultur- und Bildungsprogramm.[5] Das, was offenbar vorerst nicht dringlich war, die nationalen Zivilbauten, streifte er eingangs nur mit wenigen Worten. Er benötige einen erfahrenen Architekten als Sekretär in seinem Ministerium und ersuche um die Kompetenz, diesem bei Bedarf einen Mitarbeiter beizugeben und des Weiteren einen Katasterbeamten einzustellen. Angesichts des dreimaligen Wechsels des Regierungssitzes innert kurzer Frist spielte dieser Verwaltungszweig allerdings für Stapfer bloss eine Nebenrolle. Dies hinderte ihn aber nicht, bald danach ein eigens auf den Bereich der nationalen Bauten bezogenes Organisationsprojekt mit grundsätzlichen Betrachtungen über praktisch-technische, ästhetische und wirtschaftliche Aspekte des Bauwesens ausarbeiten zu lassen, das eigentlich über den engeren Verwaltungsbereich hinausweist. Das interessante Dokument ist ein aufschlussreiches, bisher kaum beachtetes Zeugnis aus Stapfers hoher Zeit der Planungen.[6] Es wird noch zu betrachten sein.

Der vorliegende erste Plan widmet sich hingegen vornehmlich den Bildungsfragen, «la partie essentielle de mes fonctions ministérielles. Elle embrasse l'éducation et ses moyens.» Seine Gedanken gehen auf ein umfassendes Erziehungssystem, ja eröffnen Perspektiven eines nationalen Kulturprogramms:

«L'éducation est individuelle ou nationale. La première se rapporte à des individus sur lesquels on agit par l'instruction et l'encouragement. La seconde opère plus dans le vague et en grand. Elle n'a pas des individus d'un âge, d'un sexe ou d'une classe déterminés en vue, mais la masse de la nation sur laquelle elle agit par des moyens dont l'effet est aussi peu assuré que grand et décisif pour le bien ou pour le mal.»

Die Entwicklung der menschlichen Anlagen als Erwerb technischer Fähigkeiten bedarf indessen der zusätzlichen moralischen Erziehung. «Elle apprend à faire un bon usage des organes créés ou perfectionnés.» Dem Erziehungsminister wird hinsichtlich der Individualbildung die Organisation und Überwachung der Elementarschulen obliegen, dann diejenige der Gymnasien und technischen Institute, der Akademien und eines Zentralinstituts, schliesslich eines Büros der Messungen. Er plant eine regelmässige Korrespondenz mit den bestellten Erziehungsbehörden, mit Wissenschaftlern, Literaten und Künstlern zu deren Förderung. Verschiedenartige kulturelle Institutionen sind im Blick, die Schaffung, die Bewahrung und der Ausbau von Museen, Konservatorien, Sammlungen zu Kunst und Wissenschaft, ebenso die Einrichtung botanischer Gärten sowie solcher zur Nutzpflanzenforschung und schliesslich die Errichtung von Nationalbibliotheken. Die gesamte volkserzieherische Tätigkeit hat nach Stapfers Plan das Ziel, einen «esprit public» zu schaffen – Gemeingeist als Träger der öffentlichen Meinung – und zur Veredlung des Nationalcharakters beizutragen. Ebenso dürften Buchdruckereien, Nationalfeste, Denkmäler, republikanische Einrichtungen, Theater und Presse hierzu förderlich werden. Vielerlei mag die Stapfer'sche Vision einer schweizerischen Nationalkultur genährt haben. Seien es die Eindrücke aus den Studienjahren in Deutschland, den Niederlanden und England, sei es das frische Erlebnis der Kulturmetropole Paris, dies alles in Vergleich gesetzt zum Kulturstand in den Orten der Alten Eidgenossenschaft.[7] Denn nun strebte das Sendungsbewusstsein der jungen, zur politischen Führung berufenen Helvetikergeneration, wie hier Stapfer, zu neuen Ufern. Die praktischen Hindernisse auf seiner Bahn konnte es freilich noch nicht ermessen. Gerade das in den hier besprochenen Organisationsplan des Erziehungsministeriums einbezogene Kultuswesen und damit das Verhältnis von Kirche und Staat sollte sich als besonders problembeladen erweisen. Stapfer umschrieb darin mit einer knappen Formel, was man vielleicht als «Moralreligion» bezeichnen könnte und was sich bei ihm persönlich aus der Verschmelzung von Philosophie und Theologie erklären liesse.[8] Er fasste dies als ernste Verpflichtung: «mais la partie la plus importante de ses devoirs regarde sans doute l'éducation morale et comme celle-cy a besoin d'idées religieuses le culte appartient à la sphère du Ministre de l'éducation publique». Es kann hier im Hinblick auf das, was der Minister in der Folge noch erleben sollte, bereits grundsätzlich festgehalten werden, dass die durch die helvetische Verfassung mit den Artikeln über Gewissensfreiheit, Religion und die Stellung der Geistlichkeit angestrebte Trennung von Kirche und Staat einfacher

gesagt als in die politische Praxis umgesetzt war. Von daher erklärt sich «die eigentümliche Verworrenheit der schweizerischen Kirchengeschichte» während dieses Zeitabschnitts, wie Paul Wernle bemerkte.[9]

Stapfer setzte an den Schluss dieses vorläufigen ersten Organisationsplans für sein Ministerium einige Angaben über den aktuellen Mitarbeiterstab. Danach beschäftigte er drei Sekretäre, davon einen für das Bauwesen, dazu einen Bürodiener. Er beantragte beim Direktorium, seinen direkten Mitarbeiter – später wird vom ersten Sekretär oder Bürochef gesprochen – mit 150 Dublonen zu besolden, da dieser für seine Aufgaben, namentlich den Schriftverkehr mit den Lehrern aller Stufen, mit Gelehrten und Erziehungsräten einer guten Ausbildung bedürfe.[10] Er behielt sich vor, diesen Stab bei Bedarf zu vergrössern. Auch wenn hier noch kein Mitarbeiter mit Namen genannt ist, kann vorausgenommen werden, dass der Posten des Kanzleichefs von Ende Juli an für ein Vierteljahr ausgezeichnet besetzt war, und zwar mit einer Persönlichkeit, die Stapfer vom Politischen Institut in Bern her kollegial vertraut war, mit Johann Georg Fisch (1758–1799), zuletzt Stadtpfarrer in Aarau.[11]

III Im ersten Organisationsplan von Anfang August 1798 stehen Stapfers künftige Projekte zunächst in Umrissen vor unsern Augen. Die Vertiefung in die seinem Ministerium gestellten Aufgaben rief in der Folge nach einer erweiterten, an der Praxis orientierten Planung. Anregungen von aussen können dazu beigetragen haben. So lagen ein, zwei Monate später zwei neue Dokumente vor, das eine: *«Projet d'une Organisation du Département des bâtimens publics de la République hélvetique»* vom 6. September 1798, noch zu Aarau verfasst, doch am 29. September am neuen Regierungssitz Luzern erweitert; das zweite vom 30. Oktober, betitelt: *«Plan d'organisation du bureau du Ministre des Sciences».*[12]

Zunächst die Betrachtungen zur Aufgabe mit den *Nationalbauten*. Stapfer stellt grundsätzliche Überlegungen an über praktisch-technische, ästhetische und wirtschaftliche Aspekte der Architektur im neuen Staat. Ausdrücklich betont er deren wegleitende Bedeutung und Erziehungsfunktion. Möglicherweise stand ihm dabei auch der oben beschriebene Versuch der Kleinstadt Aarau vor Augen, mittels eines planerischen Kraftaktes die Stellung als helvetische Hauptstadt zu halten, indem sie den Architekten Johann Daniel Osterrieth zur Beratung berief, worauf dieser mit einem aufs Ganze zielenden städtebaulichen Projekt ein unübersehbares Zeichen setzte.[13] Zum hier in Frage stehenden Zeitpunkt war zwar der Aarauer Hauptstadttraum ausgeträumt, und es fehlen Hinweise darauf, dass sich die Zentralregierung in das Vorhaben jener Munizipalität eingeschaltet hätte. Ob die Aussichten auf Staatsbauten am neuen Hauptort Luzern in Hinsicht auf die Finanzen besser waren, musste sich noch weisen.

Welches waren aber nun Stapfers Ideen über die Funktion der Architektur im neuen Staat? Und welchen Platz hat diese in seinem kulturpolitischen Programm? Es verwundert zunächst, wie negativ der in Bern aufgewachsene Minis-

Plan d'organisation du bureau
du Ministre des Sciences.

55

Lucerne le 30 Oct. 1798

LIBERTÉ. ÉGALITÉ.

LE MINISTRE DES ARTS ET SCIENCES
DE LA RÉPUBLIQUE HELVÉTIQUE, UNE ET INDIVISIBLE
au Directoire Exécutif

Citoyens Directeurs!

Jusqu'ici j'ai tâché de suffire par mon zèle et par des soins redoublés aux occupations nombreuses de mon Ministère, et je me suis adjoint très peu de personnes qui les partageassent avec moi. Des réflexions sérieuses sur l'importance de mon département m'engagent à abandonner enfin un système de modération, qui seroit sans doute très déplacé dans ce moment. Je crois urgent de m'associer plusieurs aides, de donner plus de développement au travail de mon bureau et de vous en proposer un plan d'organisation qui embrasse toutes les branches de l'Instruction publique.

Nous devons former le peuple helvétique pour sa Constitution et lui apprendre à jouir des droits qu'elle lui assure. Ce soin demande une action soutenue, systématique et bien dirigée sur la jeunesse républicaine et sur ceux parmi nos Concitoyens qui par leurs lumières et par leurs talens gouvernent l'opinion publique ou que leurs places

Erste Seite des Organisationsplans von Stapfer für sein Ministerialbüro vom 30. Oktober 1798, aufgesetzt in Luzern.

ter die Architektur in den Kantonen des Ancien régime und somit auch die repräsentativen Staatsbauten der Aarestadt ausblendet, dies im Bestreben, der Helvetischen Republik Ziele zu setzen, die im Vergleich zum Ausland – er blickt vor allem nach England und Frankreich – bestehen könnten. Seine These:

> «L'état de l'architecture est à plusieurs égards l'échelle de la civilisation d'un pays, et surtout de ses progrès dans les beaux arts. C'est la commodité, la dignité et la perfection des monumens et d'édifices publics qui font sentir et qui an(n)oncent à l'étranger la présence d'un gouvernement instruit et éclairé; et c'est au goût et à la propreté dans les habitations, à l'ameublement et aux décorations qu'on reconnaît le caractère du perfectionnement de la civilisation et des mœurs domestiques. L'histoire et les monumens de tous les peuples civilisés commerçants de l'antiquité, et de nos temps l'exemple de la France et l'Angleterre prouvent d'ailleurs, que l'établissement, les progrès et la perfection de l'art architectonique ont été constamment l'occasion et la cause des progrès dans les branches d'industrie, comprises sous la dénomination des arts de goût et des décorations [...]»

So würden Fortschritte der Architektur auch allgemein das kulturelle und zivilisatorische Niveau fördern. Allerdings ist dabei auch dem praktischen Spielraum Rechnung zu tragen. Neben künstlerisch-ästhetischen Gesichtspunkten wären ebenso volkswirtschaftliche zu berücksichtigen. Dies bedeutet:

> «Dans tous les états bien organisés, l'organisation du Département des bâtimens publics doit avoir pour but fixe deux points d'économie politique. II faut 1° Que les édifices publics qui seront élevés, répondent pleinement et dans le sens le plus étendu, tant à leur destination propre, qu'au progrès de l'art et des connoissances en architecture, et que d'ailleurs une économie sage et bien entendue règne dans la conception des projets et dans le choix des moyens d'exécution. 2° Que l'architecture publique devienne une école de goût et de l'art pour l'architecture privée, un moyen d'établir et de perfectionner les arts et les métiers qui appartiennent à l'art de bâtir, un moyen enfin de favoriser l'exploitation et la consommation de toutes les productions naturelles du pays, propres à l'usage de cet art.»

Mit diesen grundsätzlichen Ausführungen verbindet Stapfer hierauf konkrete Vorschläge zur Umsetzung der genannten Ziele, nämlich die Schaffung von qualifizierten Architekturräten, wie folgt:

> «[...] conseils d'architectes, dans le sens propre de ce terme, c'est-à-dire d'artistes formés à l'architecture par une étude régulière et longue tant des principes de cet art que des monumens et productions des peuples anciennes et modernes qui s'y sont distingués.»

Die Parallelität zu den in Stapfers Bildungsplänen vorgesehenen und im Lauf des Jahres 1798 auch wirklich eingesetzten Erziehungsräten ist evident und weist auf

einen seiner organisatorischen Grundgedanken: die Schaffung von aktiven kulturellen Lebenszellen im Land. Im Bausektor sah er vorerst eine kleine Arbeitsgruppe vor mit einem Chefarchitekten und einem Sekretariat. Durch ein Gesetz müssten dann die öffentlichen Bauten der Munizipalitäten der Kontrolle dieser Instanz unterstellt sein. In den Schlussbemerkungen betont der Minister in seiner Eingabe an das Direktorium nochmals den Zusammenhang des Bauwesens mit der so genannten économie politique des helvetischen Staates:

> «La Suisse jouit de plusieurs avantages distingués, par rapport aux besoins de l'art de bâtir. L'établissement et l'organisation convenable du département des bâtimens publics contribuera efficacement à développer ces avantages tant pour les besoins de l'état et des particuliers que pour le commerce. L'état helvétique surpasse presque tous les pays de l'Europe tant pour la quantité, que pour la qualité des marbres, des pierres, des ardoises, des chaux, des plâtres, des bois de construction et de menuiserie, toutes matières de première nécessité et dont une partie peut devenir un objet d'exportation.»

Und schliesslich unterliess Stapfer nicht, den internationalen Ruf der Tessiner Bautradition ins Licht zu rücken:

> «La nouvelle Constitution helvétique, en rendant la liberté à ces contrées, et en réunissant tous les enfans de la patrie commune, servira à faire mieux convivre et à utiliser les talens distingués des citoyens de ces contrés.»

Blieb auch dieser Plan einer umfassenden Förderung von Architektur und Kunsthandwerk der bekannten äusseren Umstände wegen auf dem Papier stehen, so stellt er doch ein beachtenswertes Zeugnis für das Innovationsstreben der Helvetik dar.

IV Viel mehr als das eben entwickelte Projekt für ein nationales Baudepartement basiert der Ende Oktober am neuen Regierungssitz Luzern verfasste *Organisationsplan für das Erziehungsministerium* – «Plan d'organisation du bureau du Ministre des sciences» – auf den Erfahrungen der ersten Monate Amtstätigkeit. Auf ihnen fussten nun Stapfers Anträge an seine Vorgesetzten, namentlich für dringend benötigtes zusätzliches Personal. Der vorausgeschickte Lagebericht lässt erkennen, was von allen Seiten auf den Minister eindrang. In dem bedeutend weiter als jener erste Entwurf ausholenden Dokument ist ein Kulturprogramm auf lange Sicht entwickelt. Es steht gewissermassen im Hintergrund von Stapfers konkreten Massnahmen, Gesetzesanträgen, Memoranden und Aufrufen zur Förderung von Volksbildung, von Kunst und Wissenschaft, ganz allgemein zur Belebung des noch schlummernden Nationalgeistes. Ihrer wegweisenden Bedeutung wegen verdient diese Programmatik hier eine eingehendere Würdigung. Zu diesem Zeitpunkt schied sein erster enger und befähigter Mitarbeiter Johann Georg Fisch aus seinen Diensten und kehrte nach Aarau zurück. Ein junger Ber-

ner Theologe, Johann Rudolf Fischer (1772–1800), mit ausgesprochen pädagogischen Interessen füllte die Lücke und erwies sich in der Folge als ausgezeichneter, aktiver Bürochef. Stapfer benötigte aber weitere geeignete Hilfskräfte, um alle Zweige der öffentlichen Bildung zu erfassen. An das Stichwort «instruction publique» knüpfte er in seinem Projekt die folgende Zielsetzung:

> «Vous devons former le peuple helvétique pour sa Constitution et lui apprendre à jouir des droits qu'elle lui assure. Ce soin demande une action soutenue, systématique et bien dirigée sur la jeunesse républicaine et sur ceux parmi nos concitoyens qui par leurs lumières et par leurs talens gouvernent l'opinion publique ou que leurs places mettent à même d'exercer une influence intellectuelle et morale sur la nation.
>
> Il n'existe pas encore *d'esprit public:* c'est à le créer, Citoyens Directeurs, et mon Ministère doit être l'organe de ce grand ouvrage. Mais comment animer et diriger les forces morales de la nation, sans se saisir de tous ses établissemens d'instruction? Comment obtenir et conserver un ascendant salutaire sur les principes, les vœux et les sentimens de nos concitoyens, si nous n'entretenons un commerce intime et soutenu avec l'Elite du Peuple, avec les gens de lettres, les artistes et les hommes à talens de tout genre qui forment et dirigent l'opinion publique?[14]

Diese Frage meint er lösen zu können, indem er weiter unten den Plan einer eigentlichen kulturellen Zentralstelle, eines Büros der Nationalkultur entwickelt.

Wie um seine Forderungen zu unterstreichen, gibt er Einblick in seine Tagesgeschäfte mit den sich häufenden Korrespondenzen nach allen Seiten. Aber diese Anfragen und Vorschläge bloss mit einer trockenen Bestätigung zu quittieren, scheine ihm unwürdig. Stapfers Dialogbereitschaft und Offenheit spricht sich aus:

> «Il est d'une convenance absolue qu'il ne parte jamais de mon Bureau une réponse, qui ne porte l'empreinte de la réflexion, du bon goût, de l'amour des sciences, et qui surtout ne contienne quelques idées utiles pour le correspondant, même en lui donnant un refus.»

Der solcherweise in Gang gesetzte umfassende Bildungsprozess bedarf dieses Dialogs, bedarf der Mitwirkung aller Kräfte, die guten Willens sind. Er erfordert auch den Aufbau eines entsprechenden Mitarbeiterstabes. Wäre da nur nicht der Schatten des drohenden äusseren Kriegs! Aber dann käme nach Stapfer die Stunde jener Kräfte, die zu helfen, zu retten berufen wären – «qui opposeroient quelques digues à la licence et à la barbarie qui sont les suites inévitables de la guerre». Der 1799 auf dem Boden der Schweiz ausgetragene Konflikt der grossen Mächte mit der Verflechtung der zwangsalliierten Helvetischen Republik warf ja dann in der Tat einen tiefen Schatten auf Stapfers Werk. Es war, wie wenn er schon hier, im Herbst 1798, den Notstand des schrecklichen Folgejahres vorausgesehen hätte, als er in seinem Planungsdokument schrieb:

> «Il faut que le Ministre de l'instruction publique puisse encore avant le commencement des hostilités étendre au loin ses ramifications et semer

partout des germes d'établissemens utiles qui conservent les arts, les connoissances et les vertus au milieu des troubles de la guerre et qui ne demandent qu'à être développés dans des tems plus favorables.»

Da ist herauszuhören, dass Stapfer noch stets an dem aufklärerischen Fortschrittsglauben festhielt, den er in Anlehnung an Kant vor den jungen Berner Patriziern 1792 in der Rede über die fruchtbarste Entwicklungsmethode der Anlagen des Menschen dargelegt und zugleich die Rettungsfunktion der verantwortlichen Elite inmitten eines Kulturrückfalls verkündigt hatte. Jetzt lag die alte Ordnung in Trümmern, den Aufbau der neuen jedoch gefährdeten einerseits äussere Gefahren, anderseits Missverstand und Aberglauben im Innern. Dem gedachte der Kulturminister geistigen Widerstand entgegenzusetzen. Wie aber, wenn die Last der Alltagsgeschäfte seine Spannkraft zu lähmen begann? Davon sprach er hier in seinem Lagebericht ungeschminkt zu den Direktoren und hielt ihnen vor Augen, dass für ihn praktisch-politisches Handeln und Grundsatzreflexion in einem notwendigen Zusammenhang stünden. Darum müsse er sich vor der Gefahr der Routine eines mechanischen bürokratischen Geschäftsgangs sichern.

«Il faut donc que votre Ministre, s'il doit conserver l'elasticité d'esprit nécessaire à un fonctionnaire qui doit être disposé à accueillir et à favoriser tout ce qui sort de la routine héréditaire, et tout ce qui tient aux grandes vues, aux essais hardis dans les sciences, et aux vols du génie inventeur, il faut qu'il conserve pour les méditations générales et pour les opérations d'ensemble la vigueur d'esprit qu'elles demandent. Il ne doit pas être tellement enchaîné au travail journalier de son Bureau qu'il identifie avec des opérations administratives et que son esprit prenne peu à peu la rouille des affaires. D'ailleurs il est indispensable qu'il ait le tems de lire les ouvrages interéssans qui paroissent sur l'éducation et le perfectionnement des arts et des sciences ou qui contiennent des idées neuves, des indications de mines à exploiter encore dans le vaste (é)change des connoissances humaines. Il faut qu'il ait le tems de réfléchir sur les plans qu'on lui transmet, de méditer les mesures à prendre pour la régéneration et le perfectionnement des institutions nationales.»

Was Stapfer hier monierte, das galt für die ganze helvetische Zentralverwaltung unter dem Druck der Zeitlage, für die Direktoren wie für ihre Minister. Laharpe, die stärkste Gestalt in der Exekutive, drückte dies drastisch so aus:

«La vie d'un directeur est extrêmement laborieuse, [...] nous sommes à la lettre les serfs de la république et il faut réellement avoir le diable au corps pour y résister.»[15]

Vom Lagebericht zu den dringlichsten Massnahmen: Stapfer benötigt die unbehinderte Kompetenz, auf den nahenden Winter hin Schulen zu organisieren, wo diese in den Kantonen noch fehlen. Mit der detaillierten Darstellung der verschiedenen Aufgaben seines Ministeriums setzt er die Schwerpunkte seiner Tä-

tigkeit. Er gedenkt in Zukunft sein Departement in drei Zweige zu gliedern, erstens die Administration der Tagesgeschäfte, zweitens Erziehung und Nationalkultur mit einem eigens hierfür zu schaffenden «Bureau d'esprit public», drittens die Sparte des Archivwesens als spätere Informationsbasis für die gesamte Staatsverwaltung. Die laufenden Administrativaufgaben sind der Aufsicht je eines Sekretärs übertragen, und zwar für das Bau-, für das Kirchen- und für das Schulwesen. Der Aufbau der gesamten nationalen Bildungsstruktur werde zusätzliches Personal erfordern. Vorerst liege aber der Akzent auf dem Volksschulwesen, «dans la persuasion d'améliorer infiniment l'instruction publique». Im Bereich des Kultus müssen sich für den Minister Schwierigkeiten über das anfänglich erwartete Ausmass hinaus ergeben haben: bittere Klagen der Geistlichen über ihre geminderte Stellung – man denke an die schwer verständliche politische Diskriminierung – und Bedrohung der materiellen Existenz, die innere Kirchenordnung und das Zusammenwirken mit dem Staat im Erziehungswesen. Stapfer war persönlich davon überzeugt, dass die Mitwirkung der Geistlichkeit im Schulwesen unabdingbar sei. Deshalb appellierte er auch wiederholt öffentlich an den geistlichen Stand, kam er doch selber von dorther und fühlte sich mit ihm verbunden. Dies sei in diesem Zusammenhang vorausgenommen, und dass sich im Verlauf seines praktischen Tuns zeigen wird, wie er den an und für sich revolutionären Schritt, die Schule von einem kirchlichen in ein staatliches Institut zu verwandeln, ohne krassen Bruch zu vollziehen trachtete. Antiklerikal-aufklärerische Reflexe in der neuen politischen Führungsschicht schürten jedoch Konflikte, die dem Kultusminister, wie eben erwähnt, bereits schwer zu schaffen machten. Derartige Ausschliessungen standen im Widerspruch zu seiner Bildungsidee, der Sammlung aller vorhandenen geistigen Kräfte zur Emporbildung der Nation und zur Weckung des staatsbürgerlichen Bewusstseins, jenes mehrfach angesprochenen esprit public. Gerade zu diesem Zweck rückte er nun auch den Plan eines so genannten *Büros der Nationalkultur* oder *d'esprit public* in den Vordergrund. Dazu sein Wort: «L'éducation qui opère sur le peuple en général peut s'appeler formation de l'esprit public et annoblissement du caractère national.»

Man kann sich fragen, ob hier zur Absicherung der noch keineswegs verankerten revolutionären Prinzipien eine gelenkte Staatskultur beabsichtigt war. Man wird aus Stapfers Appellen immer wieder heraushören, welche Bedeutung er den geistigen Eliten zumass. Dies entsprach allgemein der Einstellung der führenden Helvetiker und deren Auffassung von Repräsentation in Leitfunktion für ein noch nicht genügend entwickeltes Volk. Allerdings mahnte der Minister zu weise überlegtem Einsatz der staatlichen Mittel. Nur die besten Köpfe, ausgewählt aufgrund einer Art Personenkatasters – un catastre des forces intellectuelles et morales – wären zu solchem Werk gut genug. Seine Absicht wäre, im Ministerium ein weit gespanntes Korrespondentennetz zu knüpfen. Vom Begründer der klassischen Nationalökonomie Adam Smith holte er dazu das Modell der Arbeitsteilung:

«Qu'on se rappelle les développemens lumineux de Smith sur les résultats de la division du travail, et on ne doutera pas qu'une classification telle que je la propose d'effectuer à l'aide d'un bureau de forces morales de notre nation, n'assure des avantages innombrables à la Patrie.»

Gemessen an den Realitäten, trägt allerdings die Mobilisierung und «Bewirtschaftung» aller Talente der Nation einen utopischen Zug. So ruft sich der Verfasser an diesem Punkt selber zur Ordnung mit den Worten:

«Je m'arrête, crainte qu'un sujet aussi riche m'entraîne beaucoup au delà des bornes de la discrétion. Il suffit de l'avoir effleuré pour justifier à vos yeux, Citoyens Directeurs, ma demande d'établissement d'un Bureau d'esprit public.»

Es kann hier vorausgenommen werden, dass gerade dieser Vorschlag Anklang fand und dass Stapfer in Heinrich Zschokke den dafür wie geschaffenen Organisator fand.

Im Bestreben, dort, wo es anging, an Bestehendes anzuknüpfen, richtete sich der Blick des Kulturministers auch auf die besonders in den Städten des Landes tätigen gemeinnützigen und kulturellen Sozietäten. Mittels eines Adjunkten gedachte er sie miteinander in Verbindung zu bringen und ihre Aktivitäten im Sinne der geplanten Zentralstelle zu bündeln. Als besonders geeignete kulturelle Schrittmacher betrachtete er *literarische Gesellschaften,* wie sie zunächst am Regierungssitz und dann auch in andern Städten zu gründen wären. Dann ist die Rede von der Schaffung einer sowohl für gehobene als auch einfache Ansprüche gedachten *Presse,* einem Volksblatt. Auch dem *Archivwesen* käme eine über die blosse Aufbewahrung der Staatsakten hinausgehende Funktion und Bedeutung zu. Würde diese Verwaltungsstelle eingerichtet, so enthielte sie eine Art nationale Statistik, mit einem Wort:

«Les archives du Ministre deviendroient une espèce de répertoire des richesses intellectuelles et des moyens d'éducation du peuple helvétique et en même tems, les archives de la République des lettres en Helvétie.»

Die vielfältigen Aspekte von Stapfers Organisationsplänen sind beeindruckend. Jedoch verhehlte er sich schon im Herbst 1798 den beschwerlichen Weg für seine idealistischen Kulturprojekte nicht. Er sprach dies auch offen an:

«La différence de cultes et de langues, en exigeant l'attention la plus scrupuleuse et la plus délicate, augmente considérablement et la difficulté et le nombre de mes devoirs. Il faut avoir égard aux différens degrés de lumières dans les différentes contrées de notre République, il faut les ménager, afin de ne hazarder des sauts, qui font plus de mal que de bien, et de ne pas allarmer les consciences timorées.»

Trotz allem, die visionären Richtpunkte des von ihm kraft der politischen Neuordnung erträumten helvetischen Kulturstaates waren gesetzt: Allem voran mit der umfassenden Elementarbildung eines geistig vernachlässigten Volkes, dann aber im hochstrebenden Aufbau zeitgemässer kultureller Institutionen:

«L'organisation de tant d'écoles d'industrie et des arts, de séminaires d'instituteurs et de Lycées littéraires exige des hommes instruits et infatigables. Que l'on y ajoute la correspondance avec des sociétés littéraires, économiques et patriotiques qui doit être suivie exactement, et la correspondance étendue avec l'étranger, qui doit nous mettre de niveau avec les progrès de nos voisins, surtout des Français qui deviennent de jour en jour plus entreprenants, que l'on calcule ces occupations, et ma proposition n'aura rien de surprenant.»

Soweit es die Umstände zuliessen, wollte er vorerst mit der unbedingt notwendigen Zahl von Mitarbeitern auskommen. Doch behielt er sich bei Bedarf eine Aufstockung vor. Seine wiederkehrende persönliche Sorge galt nach seinen Worten der erdrückenden Belastung mit den täglichen Routinegeschäften. Seine geistige Spannkraft müsste dem Wesentlichen, der Sicht auf das Ganze gelten. Die Hektik der Helvetik ist unverkennnbar:

«Les fonctions officielles du Ministre, les plans et projets à présenter au Directoire, les audiences et conférences de toute espèce augmentent tous les jours en nombre et importance, et plus la Capitale attirera l'affluence d'hommes distingués, plus ces distractions s'accroîtront.»

Stellt man sich abschliessend die Frage, wie das weit gespannte Kulturprojekt Stapfers beim vorgesetzten Direktorium aufgenommen wurde, so stösst man zunächst auf den raschen Bescheid des Generalsekretariats vom 1. November 1798: «Der von Euch dem D[irektorium] vorgelegte Plan zur Organisation Eueres Ministeriums ist bey den Mitgliedern desselben in Circulation gesetzt worden. Es wird zu seiner Zeit des ferneren hierüber behandelt werden.»[16] Ein ermutigendes Zeichen war die Bewilligung, zur Einrichtung des so dringend empfohlenen Büros der Nationalkultur den Bürger Heinrich Zschokke in Dienst zu nehmen. Beim Direktorium schien also der Elan des Kulturministers ungeachtet der Schatten des drohenden Kriegs Anerkennung zu finden. Wie die gesetzgebenden Räte seinen geistigen Hochflug aufnehmen würden, war im Hinblick auf die strukturbedingte Mentalität der Deputierten im Grossen Rat und im Senat eine andere Frage. Deren Beantwortung war den kommenden Debatten zur Gesetzgebung anheimgestellt.

V Es wird später eingehend zu behandeln sein, wie Stapfer bereits im Sommer 1798 aus der hier geschilderten Planungsarbeit heraus die praktische Umsetzung wichtiger Vorhaben ins Werk zu setzen begann. Dass hierbei ausser der Zustimmung der oberen Instanz und der Legislative auch Entscheidendes davon abhing, ob er für sein Ministerium geeignete Mitarbeiter fand, ist schon an Hinweisen in den Organisationsplänen abzulesen. Es spricht für ihn als Chef, dass er einige ausgezeichnete Persönlichkeiten gewann. Er suchte ja keine Bürokraten, sondern, wie dort zu lesen war: «un esprit libre qui puisse embrasser des idées neuves, des plans vastes, et les poursuivre avec chaleur et persévérance». Auch

auf diese Mitarbeiter einen Blick zu werfen scheint gerechtfertigt, kamen doch ebenfalls von ihrer Seite dem Minister Anregungen zu oder sind wichtige Texte verfasst worden.

Von dem Ende Juli 1798 bis Anfang November im Erziehungsministerium tätigen ehemaligen Theologen Johann Georg Fisch (1758–1799) war schon die Rede.[17] Der aus der bernaargauischen Munizipalstadt Aarau stammende und dort bis zum Umsturz wirkende Pfarrer verdankte seine ausgezeichnete klassische Schulung wie Stapfer der altbernischen Akademie. Er ging ebenfalls an die Universität Göttingen und gehörte nachher in Bern als Jungtheologe zu der Elite in Anwartschaft auf einen akademischen Lehrstuhl. Zusammen mit dem einige Jahre jüngeren Stapfer unterrichtete er am Politischen Institut und an der Akademie. Von 1794 an amtete er als zweiter Stadtpfarrer in seiner Heimatstadt. Reformerisch gesinnt, suchte er hier unter anderem mit einem volkstümlichen Zeitungsblatt Aufklärung und ökonomischen Fortschritt zu fördern. In vollem Bewusstsein des unausweichlich nahenden Umsturzes predigte er zu Neujahr und am 7. Januar 1798 vor den Gesandten der letzten eidgenössischen Tagsatzung in Aarau. Als diese Untertanenstadt sich Anfang Februar gegen Bern auflehnte, wurde Fisch als Sympathisant der Revolutionspartei in die Turbulenzen verwickelt. Der so genannte Revolutionspfarrer von Aarau hatte sich, Stapfer vergleichbar, aus der altbernischen Tradition gelöst und stand so auf der Grenzscheide zwischen Ancien régime und Helvetik. Nach dem Umsturz gab er sein Pfarramt auf. Stapfer holte ihn darauf als Bürochef in sein Ministerium. Als einfallsreicher Mitarbeiter und Berater folgte er ihm auch an den neuen Regierungsort Luzern, kehrte jedoch Anfang November 1798 in die Heimatstadt zurück, als er vom Direktorium zum Obersteuereinnehmer des Kantons Aargau ernannt wurde. Stapfer blieb in Verbindung mit ihm und übertrug ihm den Vorsitz des kantonalen Erziehungsrats. Fisch wurde damit wieder zu einem wichtigen Träger im helvetischen Erziehungssystem, starb aber frühzeitig am 18. März 1799.[18]

Einen Monat vor dem Ausscheiden dieses ausgezeichneten ersten Bürochefs gewann Stapfer einen von besonderem pädagogischem Tatendrang beflügelten protestantischen Theologen als Sekretär, den 27-jährigen Johann Rudolf Fischer (1772–1800). Er stammte aus einem Berner Pfarrhaus und wies sich mit einem vorzüglichen Bildungsgang an der Berner und Lausanner Akademie aus. Darauf hatte er bei Fichte in Jena studiert und war im Umkreis von Weimar mit den Geistesgrössen Deutschlands und dem zukünftigen Bildungsreformer Johann Friedrich Herbart in Kontakt gekommen. Während seiner Vikariatszeit im Aargau trat er mit Heinrich Pestalozzi auf dem Neuhof in Birr in Verbindung.[19] Seine Aufsätze über Erziehungsfragen fanden das Interesse Stapfers. Ein dem Minister zugeleitetes Exposé nahm diesen besonders ein, worin Fischer ausführte:

> «Ich erblicke in unserer Nation das Volk, welches die Zeitgenossen und die Nachwelt mit den Übeln der Revolution aussöhnen soll. Die geheiligte Sache der Freiheit ward bisher durch die Zügellosigkeit geschändet

und verhasst, welche jede edlere Blüte des Geistes zertrat; und das Zurücksinken in eine vielleicht lange dauernde Barbarei schreckt manchen ihrer Freunde zurück [...] Auf uns sind daher alle Augen gerichtet und man fragt sich begierig, was wir für Früchte besserer Kulturernten und auch andern Völkern verheissen werden.»

Stapfer zog den jungen Pädagogen in seinen Kreis, wo er bald als Chef de bureau, vom 1. Oktober 1798 an für ein halbes Jahr, aktiv beteiligt war an des Ministers Plänen und Massnahmen, vermutlich auch an der Formulierung des oben behandelten Organisationsplans. Bei dieser Tätigkeit muss er zur Überzeugung gelangt sein, die vernachlässigte Volksbildung sei nur dadurch zu verbessern, dass man das Übel an der Wurzel anpacke, das heisst bei der Lehrerbildung. Dieser Gedanke nahm ihn derart gefangen, dass er sich im Einverständnis mit Stapfer entschloss, seine ganze Kraft für ein Lehrerseminar einzusetzen. Der Minister liess ihn zwar im Frühsommer 1799 ungern ziehen, ebnete ihm aber den Weg für das geplante Institut auf Schloss Burgdorf. Es ist beklemmend zu verfolgen, wie der junge Idealist alles dafür aufbot und seine Kräfte dabei verzehrte, aber in jenem Kriegsjahr an der Finanznot der Helvetischen Republik scheiterte. Stapfer sicherte ihn zwar im Frühjahr 1800 vor materieller Not, indem er ihn in die frühere Stellung zurückholte. Doch raffte den enttäuschten Pionier im Mai 1800 eine schwere Krankheit hin. Gerade durch diesen Mitarbeiter empfing die helvetische Bildungs- und Kulturpolitik auch geistige Impulse aus dem Raum der deutschen Klassik.

Wie oben über die Entgegennahme von Stapfers Organisationsplan bemerkt, bewilligte ihm am 1. November 1798 das Direktorium zusätzlich die Einstellung von Heinrich Zschokke (1771–1848) als Sekretär, «pour la correspondance et la rédaction d'écrits qui ont pour but d'exciter et de nourrir l'esprit public». Auch dies ein junger Mann, aus Magdeburg gebürtig, Pädagoge und Publizist und erfüllt von schwärmerischer Begeisterung für sein Gastland. Er hatte das Philantropin auf Schloss Reichenau geleitet und musste 1798 als helvetischer Parteigänger aus Graubünden fliehen. Im Dienst der Helvetischen Republik erhielt der bisher eher unstete Lebensgang dieser vielseitig begabten Persönlichkeit nun eine bestimmte Zielrichtung. Stapfer übertrug ihm die Organisation des Büros der Nationalkultur. Zschokke begann übrigens aus eigenem Antrieb, wenige Tage nach seiner Berufung, mit einem der erfolgreichsten helvetischen Zeitungsblätter, «Der Schweizerbote», auf äusserst geschickte Art Aufklärung und Belehrung in breiteren Kreisen zu fördern und damit den so dringend geforderten esprit public anzuregen.[20] Von der Zusammenarbeit der beiden Männer geben Stapfers Ministerialakten Kenntnis. Bei den besprochenen Organisationsplänen findet sich namentlich in deutscher und französischer Fassung auch der Entwurf eines 19 Paragrafen umfassenden Reglements über die «Einrichtung des Bureau der National-Cultur/Formation d'un bureau de correspondance littéraire», vermutlich von Zschokkes Hand, die französische Version mit Korrekturen Stap-

Heinrich Zschokke (1771–1848) als Regierungsstatthalter in Basel 1800/01, unbekannter Maler.

fers.[21] Der von ihm in der Planung gesetzte Zweck wird hier folgendermassen umschrieben:

> § 2 «Die Bestimmung dieses Bureau ist diese: es soll die allgemeinen und besondern *Bedürfnisse* und *Mittel der Bildung, Aufklärung* und *Veredlung unserer Nation,* welche durch die vorhandenen Anstalten noch nicht befriedigt und veranstaltet sind, erforschen, und ihre Benutzung vorbereiten.
>
> § 3 Die Resultate dieser Erforschung sind *zunächst* darauf berechnet, die Operationen des Ministers der Künste und Wissenschaften vorzubereiten und ihren Erfolg zu sichern; *umgekehrt* wird die Autorität des Ministers der K. u. W. die Wirksamkeit des Bureau der Nationalkultur unterstützen. Hierinn besteht ihre *Wechselwirkung.*»

Aber einmal mehr ist auf die verheerenden Auswirkungen der 1799 auf Schweizer Boden ausgetragenen Kämpfe der Grossmächte hinzuweisen. Das namenlose Elend lähmte auch das kulturelle Aufbauwerk der Helvetik. Heinrich Zschokke blieb nur etwa ein halbes Jahr in Stapfers Dienst. In einem vom Direktorium an-

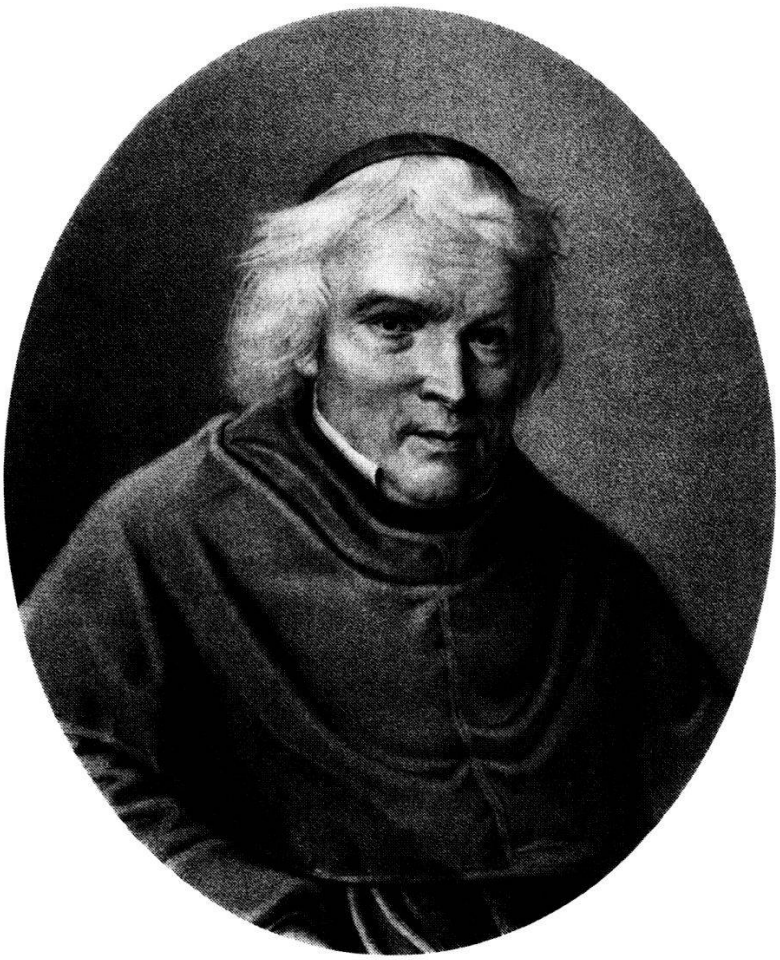
geforderten Rapport über den Mitarbeiterstab meldete dieser im April, Zschokkes Tätigkeit habe sich bisher auf die Redaktion des «Schweizerboten» und die Organisation verschiedener literarischer Gesellschaften beschränkt. Der Grund? «La stagnation de tout ce qui a rapport aux arts et aux sciences, en conséquence de la guerre, a beaucoup réduit ses occupations et diminué son utilité pour mon bureau.»[22] Er verschwieg nicht, dass man diese Stelle in seinem Büro durchaus streichen könnte, wenn die Einkünfte daraus für den mittellosen Zschokke nicht notwendig wären und eine Unterstützung der Republik für einen Patrioten darstellten, der sich um sie und um Graubünden verdient gemacht habe. Zudem sei er ein bedeutender Volksschriftsteller. Das Direktorium hatte es nicht zu bereuen, der Empfehlung Stapfers entsprochen zu haben. Der als Regierungskommissär in die von den Kriegswirren erschütterte Innerschweiz beorderte Zschokke bewährte sich schlichtend und ordnend, von seiner humanen Gesinnung geleitet, jedoch auch tatkräftig handelnd, wo es nötig war. So amtete er auch noch in anderen Landesteilen als Regierungsstatthalter, bis er 1801 den Staatsdienst verliess.[23]

Auch bei Franz Xaver Bronner (1758–1850), dem ausdauerndsten Sekretär und auch Bürochef Stapfers, stossen wir auf eine vielseitig begabte Persönlichkeit, geprägt von einem besondersartigen Schicksal.[24] Der Minister wurde offenbar unmittelbar nach der Einreichung seines bereinigten Organisationsplans von Ende Oktober vom Direktorium ermächtigt, ausser Zschokke noch weitere Sekretäre einzustellen. Er wählte den aus Deutschland eingewanderten und vor der helvetischen Revolution in Zürich als Idyllendichter und Zeitungsredaktor tätigen Ex-Benediktiner. Bei den süddeutschen Jesuiten geschult, dann jedoch aus dem beengenden Klosterleben ausgebrochen, hatte er in wissenschaftlich-aufklärerischem Drang und dichterisch begabt Zuflucht und Betätigung in der Schweiz gesucht. Ein Multitalent, pflegte er hier neben der Dichtung Mathematik und Physik, eine eigenartige Mischung von Rokokopoet und Aufklärer. Der Kantianer Stapfer fühlte sich auch von Bronners Hinneigung zum grossen deutschen Philosophen angesprochen. Den politischen Wechsel hatte Bronner als Redaktor der «Zürcher Zeitung» publizistisch begleitet und danach als Sekretär des zürcherischen Regierungsstatthalters Pfenninger dank seiner Kenntnisse, seiner Organisationsgabe und Schreibgewandtheit Einfluss erlangt. In Stapfers Ministerium nicht immer unbestritten, bisweilen sogar ein unbequemer Mitarbeiter, gewann er doch durch die länger dauernde Tätigkeit eine genaue Geschäftskenntnis. Er blieb an Stapfers Seite bis zu dessen Wechsel auf die Pariser Gesandtschaft und trat nach dem Staatsstreich vom 28. Oktober 1801 zurück. Als das Direktorium angesichts der unsicheren Lage im April 1799 die politische Haltung der Staatsbeamten überprüfte, charakterisierte Stapfer seinen Sekretär lakonisch mit: «patriotisch und aufgeklärt». Man nimmt an, dass gerade auch Bronner an manchen Massnahmen und Entscheiden des Erziehungsministers Anteil hatte. Er verbrachte die zweite Lebenshälfte wie Heinrich Zschokke in dem aufstrebenden

Franz Xaver Bronner (1758–1850), Sekretär in Stapfers Ministerialbüro.

neuen Kanton Aargau, wo der Geist der Helvetik spürbar nachwirkte und wohin ja auch Stapfer, hier heimatberechtigt, aus Frankreich zurückzukehren erwog.

Auf eindrückliche Weise unternahm es Stapfer, durch Appelle und weit gespannte Korrespondenzverbindungen die geistigen Kräfte im Land zu mobilisieren und so die Öffentlichkeit an seinen Plänen Anteil nehmen zu lassen. Ein derartiger Aufruf brachte ihn auch in Verbindung mit dem Freiburger Franziskanerpater Grégoire Girard (1765–1850). Der dort Philosophie lehrende Geistliche reichte ihm nämlich seine Erziehungsschrift ein, betitelt «Projet d'éducation pour la République helvétique». Von Grundsätzen wie dem folgenden fühlte der Minister sich angesprochen: «Il faut être homme pour devenir citoyen; car les vertus publiques reposent sur les vertus domestiques et se confondent avec elles.»[25] Der auf deutschen Hochschulen ausgebildete Franziskaner stand auch Kants Ideen nicht fern, betonte er doch das im Menschen verankerte moralische Gesetz und setzte es zum Christentum in Beziehung. Stapfer veranlasste die Aufnahme Girards in den kantonalen Erziehungsrat. Danach berief er ihn am 22. Februar 1799 als Archivar nach Luzern in sein Departement. Es ist daran zu erin-



Père Grégoire Girard (1765–1850), für kurze Zeit Mitarbeiter Stapfers. Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

nern, welche besondere Bedeutung er dieser Sekretariatsstelle in seinem Organisationsplan zumass. Hier sei nicht bloss das Schriftgut seines Ministeriums zu verwalten, sondern in Ausweitung auf eine allgemeine Statistik, auf Literatur, Kunst und Wissenschaft sowie ein Nationalmuseum eine eigentliche Sammelstelle für Geisteskultur zu schaffen.[26] Père Girard blieb allerdings zum Leidwesen Stapfers nur ein Vierteljahr im Amt. Am 25. Mai 1799 kehrte er nach Freiburg in sein Kloster zurück. Man vermutet, die religionsfeindliche Einstellung gewisser helvetischer Regierungskreise habe ihn abgestossen. Dazu kam das Klima des Misstrauens im Direktorium angesichts der sich zuspitzenden Kriegslage. Stapfer jedenfalls stellte sich in seinem Rapport an das Direktorium vor seinen geistlichen Mitarbeiter, nannte ihn »peut-être l'Ecclésiastique le plus éclairé de tout le clergé Catholique et fort attaché au nouvel ordre des choses» und zollte seinen Reformideen hohes Lob. Er gab aber zu erkennen, dass ihn zudem eine staatspolitische Überlegung zur Berufung des liberal und tolerant gesinnten Ordensmannes bewogen habe:

Heinrich Pestalozzi (1746–1827), für kurze Zeit Redaktor des «Helvetischen Volksblatts». Kupferstich von Johann Heinrich Lips nach einem Gemälde von Felix Maria Diogg.

> «Indépendamment de son mérite, de ses profondes connaissances qui m'étoient connues par quelques mémoires qu'il m'avoit envoyés, et du cas qu'en font les patriotes Fribourgeois, j'avoue que j'ai désiré avoir un Ecclésiastique Catholique dans mon bureau pour me concilier d'autant plus la confiance du Clergé Romain et pour lui donner une nouvelle preuve que le Gouvernement est bien éloigné de favoriser les Protestans et leur culte aux dépens du rite Catholique et de ses adhérens.»[27]

In der Folge nahm Stapfer den Pater Girard noch ein zweites Mal in Dienst, diesmal als Kultusminister. Vor den drohenden Kriegsereignissen verlegte man Ende Mai 1799 den Regierungssitz nämlich von Luzern nach Bern. Für den katholischen Gottesdienst wurde Girard hierher berufen und fand mit seiner zeitgemässen Seelsorge hohe Anerkennung. Seine versöhnliche Haltung gegenüber der anderen Konfession trug überdies wesentlich zum Abbau der gegenseitigen Schranken in Bern bei.[28]

Die Hinweise auf die bedeutendsten Mitarbeiter im helvetischen Erziehungsministerium blieben unvollständig, würde hier nicht noch derjenigen Persönlichkeit gedacht, der die Helvetik, und insbesondere auch Stapfer, recht eigentlich zur vollen Entfaltung ihrer Wirkungskraft verhalfen: Johann Heinrich Pestalozzi (1746–1827) redigierte zu Beginn das in den Organisationsplänen des Ministeriums als wichtiges Mittel zur Volksaufklärung eingestufte «Helvetische Volksblatt». Dass diese Aufgabe der eigentlichen Berufung des grossen Erziehers nicht entsprach, erklärt wohl seinen unvermittelten Rückzug nach etwa einem Monat im Herbst 1798. Der Minister liess jedoch diese viel verkannte Schlüsselfigur nicht einfach ziehen, sondern sorgte in nobler Anerkennung von Pestalozzis Einsatz für eine nachträglich ausgerichtete angemessene Entschädigung, indem er ihn folgendermassen würdigte:

> «Le citoyen Pestalozzi a été chargé pendant environ six semaines de la rédaction de la feuille populaire et quoiqu'il ne se soit acquitté de ce devoir à la satisfaction entière du gouvernement, il a cependant fourni plusieurs morceaux qui sont dignes de l'auteur de Lienhard et Gertrude et qui ont fait le plus grand bien là où ils ont été lus. Son nom seul, qui réveille les idées les plus favorables au perfectionnement du peuple et au soulagement des malheureux, a contribué à porter l'attention du public sur cette feuille [...] Il est des cas où il faut payer à un homme célèbre sa complaisance de vouloir prêter son nom pour favoriser une entreprise.»[29]

Solcherart strebte Stapfer danach, eine Anzahl bedeutender Persönlichkeiten, die für seine Zielsetzungen zu gewinnen waren, in sein Ministerium einzugliedern, auch wenn sie äusserer Umstände wegen mehrfach nach kürzerer Zeit wieder wechselten. Es widerspiegelt dies irgendwie das ungewiss Schwankende dieser historischen Übergangsperiode.

Aus einem Bericht von Anfang 1799 an das Direktorium geht hervor, dass zu jenem Zeitpunkt im Ministerialbüro, inbegriffen die unteren Chargen, etwa zwölf Personen beschäftigt waren, und zwar, ausser den vorgehend näher besprochenen Chefsekretären, bewusst aus verschiedenen Landesgegenden rekrutiert. Stapfer begründete diese staatspolitisch weise Massnahme mit den Worten:

> «Je crois avant de terminer devoir, citoyens Directeurs, appeler Votre attention sur une particularité dans la composition de mon bureau qui est l'effet du désir que j'ai eu d'associer à mes travaux des citoyens de toutes les contrées de l'Helvétie et de donner pour ainsi dire, à chacune sa part d'ouvrage et d'émolument dans les départemens de mon ministère. A l'exception de Zurich il n'y a pas un Canton qui m'ait fourni deux employés, et cette exception là même n'a été fait qu'en faveur du premier de nos savans Helvétiens, ce qui est bien naturel dans un Ministère consacré au progrès des arts et des sciences.»[30]

Wenn sich der Blick zuerst auf die Organisationspläne für sein Ministerium gerichtet hat, so deswegen, weil Stapfer darin die Grundlinien seiner Kultur- und

Bildungspolitik programmatisch festlegte. Sie waren wesentlich von ideellen Grundsätzen inspiriert und eröffneten dem neuen Staat zukunftsweisende Perspektiven. Das geplante nationale Erziehungswerk sollte alles umfassen, von der Stufe der Volksschule bis zu den höchsten Leistungen in Wissenschaft, Kunst und Literatur. Über die Mitwirkung verschiedener Institutionen gedachte er das Ziel einer vom öffentlichen Bewusstsein getragenen Nationalkultur anzustreben. So stand bereits im Sommer 1798 bei der Rückkehr aus Paris in der ersten Programmskizze zu lesen:

> «L'éducation qui opère sur le peuple en général, peut s'appeler formation de l'esprit public et annoblissement du caractère national.»

Sendungsbewusst charakterisierte er die öffentliche Erziehung als eine Gewalt im Staat und führte zum Zeugen den französischen Staatsmann Talleyrand an:

> «Talleyrand a dit que l'instruction publique étoit un *pouvoir,* et sans doute on a droit de l'appeler ainsi, puisqu'elle embrasse un ordre de fonctions distinctes qui doivent agir sans relâche sur le perfectionnement du corps politique et sur la prospérité générale. Elle doit être attachée, comme partie conservative et vivifiante à la Constitution pour la rendre complette et en assurer l'éxecution.»

Insbesondere ein dem Minister unterstelltes Büro für Nationalkultur sollte Mittel und Wege suchen, um Bildung, Aufklärung und Veredlung der helvetischen Nation zu befördern, jedoch nicht ohne eine ins Detail gehende Kenntnis der einheimischen Kultur in allen ihren Zweigen, Vorzügen, Mängeln. Unabdingbar schien aber dem Minister die Mitwirkung der Gebildeten unter der Nation. Allerdings war ihm auch bereits bewusst, dass nun zunehmend mit den konkreten politischen Triebkräften zu rechnen war. Sie traten ins Spiel bei der Lösung der ersten praktischen Aufgaben. Letztlich wurden sie zum Prüfstein für Stapfers staatsmännisches Wirken.

1.3 Stapfer als Erziehungsminister 1798–1800

Von der alten zur neuen Schule. Einleitung der helvetischen Schulreform: Die Einsetzung von Erziehungsräten. Appell an die Religionslehrer. Der Gang der Schulgesetzgebung 1798/99. Erziehungsplanerische Schlüsseldokumente. Stapfers Luzerner Rede vom 20. Januar 1799. Volkserziehung, höhere Bildung und das Projekt einer Nationaluniversität. Die Frage der Lehrerbildung. Stapfer und Pestalozzi. Der gehemmte Fortschritt im Kriegsjahr 1799.

I Keine historische Darstellung der helvetischen Periode kann das Wirken des Erziehungsministers Philipp Albert Stapfer unbeachtet lassen. Die Schul- und Bildungsgeschichte der modernen Schweiz zählt ihn zu ihren Gründervätern.[1] Was er anstrebte, persönlich ins Werk setzte, und wo sein Tun an Grenzen stiess, soll hier, auf die wichtigsten Aspekte konzentriert, zur Sprache kommen, ohne dass das in der älteren Biografie gehäufte Material nochmals ausgebreitet wird. Das von Rudolf Luginbühl aufgrund umfassender Quellenforschung gezeichnete Bild lässt sich indessen mittels seither gewonnener Erkenntnisse noch ergänzen. Insbesondere bot das Gedenkjahr 1998 Anlass, die Helvetik als Übergangsepoche nach verschiedenen Aspekten zu beleuchten. Doch in der Rückblende ist zunächst einmal der Frage nachzugehen, was Zeitgenossen damals vom Vorsteher des neu geschaffenen zentralstaatlichen Amtes erwarteten und erhofften. Zwei gewichtige Stimmen seien hier zu Gehör gebracht, der führende Kopf im Berner Schul- und Kirchenwesen Johann Samuel Ith und Heinrich Pestalozzi. Stapfers ehemaliger philosophischer Lehrer und Mentor der Studienjahre, Ith, begleitete diesen mit einer eifrigen Korrespondenz – Stapfers Antworten sind leider verloren – durch die erste Phase seiner Planungen. «Durch eine gute Einrichtung des öffentlichen Erziehungswesens wird das Gute, das man uns von unserer Revolution verspricht möglich und wahrscheinlich.» Zugleich postulierte er als Erstes unermüdlich die Schaffung eines «National-Instituts» und liess dabei sein Interesse an dessen Leitung durchblicken. Von diesem Mittelpunkt aus, meinte er, sei das gesamte öffentliche Erziehungswesen am geschwindesten und sichersten zu bewerkstelligen. Mit einer ausführlichen Erziehungsschrift gedachte er evident zu machen, «dass die Umschaffung des Erziehungswesens unmöglich gelingen kann, wenn die Organisation eine andere Richtung als *von oben abwärts* nimmt.»[2] Vermutlich vermisste er diese Ausrichtung in Stapfers Organisationsplänen. Der Erziehungsminister blieb nämlich keineswegs in den akademischen Sphären ver-

haftet, auch wenn er sich noch vor kurzem über die prestigeträchtigen kulturellen Institutionen der französischen Metropole ins Bild gesetzt hatte, sondern setzte von Anfang an den Akzent auf die Volksbildung im Rahmen eines umfassenden Bildungs- und Erziehungssystems. Damit stand er näher bei Pestalozzi, der den Sinn der grossen Umwälzung namentlich in ihrer weit tragenden Bedeutung für die erzieherische Hebung der Unterschichten erblickte. Dessen erster in den helvetischen Akten verzeichneter Vorschlag an das Erziehungsministerium ging denn auch auf einen sofortigen praktischen pädagogischen Versuch mit einer Schule für das niederste Volk:[3]

> «Überzeugt, dass das Vaterland eine wesentliche Verbesserung der Erziehung und der Schulen für das niederste Volk dringend bedarf – und gewüss dass durch 3 bis 4 Monath Versuche hierin die wichtigsten Resultate erheitert und bewiesen werden können, wende ich mich in Abwesenheit Minister Stampfer [sic] an den Bürger Minister Meyer, um durch ihn dem Vaterland meine dissfälligen Dienste zu anerbieten und ihn zu bitten bey dem Directorio diejenigen Schritte zu thun, welche zu Erzielung meiner vaterländischen Endzwecke nothwendig seyn mögen.»[4]

Pestalozzi wusste, wovon er sprach, wenn er anderswo den Zustand der alten Schule als «Schulerbärmlichkeit» charakterisierte. Was dieser Begriff treffend meint, das steht verzeichnet in einer Fülle von Tatsachenberichten aus dem 18. Jahrhundert über unzulängliche Volksschulen mangels Interesse der Regierenden, über die fehlende Ausbildung des gering geachteten und schlecht entlöhnten Lehrerstandes sowie die entsprechend primitiven Unterrichtsmethoden im blossen Auswendiglernen biblischer und kirchlicher Lehrstoffe. Statistisch erfasst, trat all dies dann in der berühmtem Schul-Enquête Stapfers ans Licht. Pestalozzis bildkräftige Charakterisierung des vorrevolutionären Bildungsaufbaus steht als Kontrapunkt da zu Iths akademischem Projekt, der zwar die Notwendigkeit der Volksbildung keineswegs übersah, aber als Bildungsaristokrat eben doch der höheren Bildung den Vortritt geben wollte. Pestalozzi schrieb 1801 rückblickend:

> «Ich konnte mir nicht verbergen, der Schulunterricht, wie ich ihn wirklich ausgeübt sah, tauge für das grosse Allgemeine und für die unterste Volksklasse, wenigstens so wie ich ihn ausgeübt sah, so viel als gar nichts. So weit als ich ihn kannte, kam er mir wie ein grosses Haus vor, dessen oberstes Stockwerk zwar in hoher, vollendeter Kunst strahlt, aber nur von wenigen Menschen bewohnt ist; in dem mittleren wohnen dann schon mehrere, aber es mangelt ihnen an Treppen, auf denen sie auf eine menschliche Weise in das obere hinaufsteigen könnten, und wenn etwa einige Gelüste zeigen, in ihrem Notzustand etwas tierisch in dieses obere Stockwerk hinaufzuklettern, so schlägt man ihnen, wo man das sieht, ziemlich allgemein auf die Finger und hie und da wohl gar einen Arm oder ein Bein, das sie bei diesem Hinaufklettern anstrengten, entzwei; im dritten unten wohnt dann endlich eine zahllose Menschenher-

de, die für Sonnenschein und gesunde Luft vollends mit den obern das gleiche Recht hat; aber sie wird nicht nur im ekelhaften Dunkel fensterloser Löcher sich selbst überlassen, sondern man macht ihr durch Binden und Blendwerke die Augen sogar zum Hinaufgucken in dieses obere Stockwerk untauglich.»[5]

Ganz in diesem Sinne argumentierte Stapfer in seiner Botschaft zum Entwurf eines Volksschulgesetzes im November 1798, indem er die Förderung des Volksunterrichts dem Ausbau der höheren Bildungsanstalten voranstellte, «weil unser kraftvolles, aber bisher vernachlässigtes Volk leicht in Verwilderung übergehen könnte, und weil wir nicht, wie Frankreich, der Dorfschulen entbehren wollten, während in der Hauptstadt glänzende Institute den Beobachter blenden, aber nicht hinlänglich die Masse der Nation erwärmen und veredeln».[6] Damit eröffnet sich der Ausblick auf sein Wirken als helvetischer Erziehungsminister. Gleich von Anfang an markierte er den Vorrang des bitter notwendigen Elementarunterrichts. Der Umfang der gesamten Bildungsplanung hingegen, im Rahmen auch der höheren und der akademischen Studien, ergab sich hernach aus seinem weit gespannten allgemeinen Kulturprogramm, galt es doch, die gesamte heranwachsende Jugend zur Erkenntnis der staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten hinzuführen und sie für die neue Staatsordnung zu gewinnen.

II Der bei Stapfer schon in den jüngeren Lebensjahren bemerkbare Wesenszug der Offenheit zum Dialog und Gedankenaustausch prägte nun auch seine Amtsführung als Minister der Künste und Wissenschaften. Zu seinen ersten Massnahmen gehörte ein landesweiter Appell zur Mitarbeit am pädagogischen Reformwerk. Dass die meisten der zahlreich einlaufenden Anregungen und Projekte, «eine wahre Musterkarte von Erziehungsidealen schweizerischer Pädagogen und Schulfreunde»,[7] zu spät eintrafen, um in den von ihm und seinen Mitarbeitern ausgearbeiteten Gesetzesvorlagen noch berücksichtigt zu werden, tat nichts zur Sache. Das Interesse an der Sache war geweckt. Der angehobene Dialog ging weiter und ermutigte manchenorts pädagogische Reformen. Nicht ohne Grund machte der Minister in seinen Organisationsplänen immer wieder geltend, sein Departement müsse so dotiert sein, dass er selber nicht von der Alltagsfron erdrückt, sich mehr mit Grundsatzfragen befassen und auf Anregungen von aussen angemessen eingehen könne. Zu der wichtigen von ihm ins Leben gerufenen Institution der kantonalen Erziehungsräte kamen ihm auch Vorschläge zu von Seiten des Schaffhauser Humanisten Professor Johann Georg Müller. Gleich dem Berner Ith postulierte er eine nationale Akademie oder «Centraluniversität». Reformgesinnte Geistliche wiederum beleuchteten mit ihren Eingaben den Tiefstand der Landschulen und die Gebrechen im gesamten Bildungswesen. Freilich konnte Stapfer nicht auf alles eingehen, denn die akute Lage des durch die politische Umwälzung aufgewühlten Landes erforderte rasche, gezielte Massnahmen. Nicht ohne Grund bezeichnete er gleich im ersten Organisationsplan für

sein Büro vom 8. August 1798 das Erziehungswesen als «partie essentielle de mes fonctions ministérielles». Wie ein Leitmotiv zieht sich durch diese Rapporte an das vorgesetzte Direktorium der Hinweis, in der Nation sei durch die Entwicklung aller Fähigkeiten und die sittliche Erziehung der fehlende «esprit public», Gemeingeist und Bürgergesinnung, zu wecken. So ist verständlich, dass sich seine Schaffenskraft zunächst auf diesen Bereich, das heisst auf das Fundament zur wahren Volksbefreiung, richtete. Am 7. Juli 1798, einen Monat nach Amtsantritt, veranlasste er das Direktorium, die gesetzgebenden Räte mit einer Botschaft um die Vollmacht zu ersuchen, auf dem Verordnungsweg provisorisch Schulen zu organisieren.[8] Der Gang der Gesetzgebung wäre in dem überlasteten Parlament unabsehbar gewesen. Stapfer schrieb einleitend: «Die Revolution ist geschehen, um das Volk zum Gefühl seiner Würde zu erheben, und um es zum Genuss der Rechte zu rüsten, welche ihm die Usurpation einiger Familien, seine eigene Sorglosigkeit und der Schlummer eines langen Friedens entrissen hatten.» Dies lautete wie eine Umschreibung des Verfassungsartikels über die Dringlichkeit der Aufklärung. «Dieser Zweck ist verfehlt», fuhr er fort, «wenn der Unterricht nicht unverzüglich dasselbe aus dem Zustand von Unwissenheit reisst, und es von den Vorurtheilen befreit, bey welchen man es sorgfältig zu erhalten suchte.» Das liest sich wie eine Paraphrase zu Kants Forderung nach Befreiung zum Selbsturteil.

Vermutlich waren in Stapfers Büro bereits entsprechende Massnahmen geplant unter der Annahme, ein Konsens der politischen Führungsgremien hierüber verstehe sich von selbst. Der unbefangene Idealist erfuhr hier jedoch zum ersten Mal, dass die politischen Spielregeln der Helvetischen Republik sich nach anderen Gesichtspunkten richteten. Die Legislative sträubte sich nämlich, der Exekutive eine, wenn auch nur provisorische Verordnungskompetenz zur Überbrückung eines offensichtlichen Notstands einzuräumen. Sie beharrte auf dem Grundsatz der Gewaltentrennung und billigte dem Direktorium bloss das Antragsrecht für Gesetze und Verordnungen zu.[9] Doch dieses überging den Einspruch und setzte Stapfers Entwurf als Verordnung in Kraft. Der Direktorialbeschluss vom 24. Juli 1798 zur *Einsetzung von Erziehungsräten* ist der erste Pfeiler von Stapfers Schulreformwerk, eine Institution, die übrigens die Helvetik lange überdauerte.[10] Er umfasste Bestimmungen über die Bildung von Erziehungsräten am Hauptort eines jeden Kantons, regelte ihre Wahl und umschrieb ihre Aufgaben, desgleichen hinsichtlich der ihnen untergeordneten Schulinspektoren oder Schulkommissäre. Sodann regelte er die Wahl der Lehrer. Dies ausdrücklich mit provisorischer Geltung, «bis von den gesetzgebenden Räten ein alle wissenschaftlichen und religiösen Anstalten umfassendes Gesetz gegeben sein wird». Die achtgliedrigen kantonalen Erziehungsräte wünschte Stapfer zusammengesetzt aus zwei vom Minister im Hauptort ernannte Professoren oder Lehrer, aus fünf vom Minister aus einem Zehnervorschlag der Verwaltungskammer ausgewählten, am Hauptort wohnenden, einsichtsvollen und rechtschaffenen Bürgern, welche Hausväter sind, aus allen Professionen, besonders aus Männern, die theoretische

und praktische Kenntnisse der Handlung und der Landwirtschaft besitzen. Endlich sollte derjenige Kirchendiener jedes Ortes beigezogen werden, welcher der Verwaltungskammer am tauglichsten erscheine, um über den moralischen und religiösen Unterricht zu wachen und selbigen zu vervollkommnen. Bei dieser Zusammensetzung der massgebenden kantonalen Erziehungsbehörden ist die Hinwendung zum Erfahrungsbereich praktischer Berufe bemerkenswert, aber auch die Berücksichtigung der moralisch-religiösen Erziehung. Das Direktorium behielt sich die Genehmigung der Wahlen vor. Der Minister legte besonderes Gewicht auf die direkte Verbindung zu den Erziehungsräten, von denen alles abhing, «was die Disciplin der Akademie und der Schulen des Cantons, die Beförderung der Zöglinge, die Lehrart, die Elementarbücher, die zu behandelnden Wissenschaften, die Anordnung und Methode des Unterrichts anbetrifft». Dies bedeutete – theoretisch – die Schaffung einer genau geregelten Staatsschule für ganz Helvetien, die Loslösung aus der bisherigen Bindung an die Kirche. Allerdings standen den Geistlichen beispielsweise die Stellen von Kommissären des öffentlichen Unterrichts offen, also die Schulinspektion in den Distrikten. Ohne ihre Mitwirkung war das geplante Schulsystem überhaupt nicht denkbar. Gerade ihnen war zusammen mit fähigen Lehrkräften die Ausbildung von Landschulmeistern in so genannten Normalschulen zugedacht, ebenso die Mitwirkung bei deren Wahl. Die Direktorialverordnung liess hingegen die Strukturen der Akademien mit ihren vorrevolutionären Ordnungen unangetastet, sofern sie der helvetischen Verfassung nicht zuwider waren. Bei der Besetzung der Professuren sollten aber auch Erziehungsrat und Minister mitreden. Auch wenn ein Vierteljahr später das Direktorium im Schulgesetzentwurf vom 24. November 1798 an der ursprünglichen Verordnung über die Erziehungsräte noch einiges modifizierte und seinen eigenen Einfluss auf Kosten des Ministers verstärkte, blieb dieser Pfeiler von Stapfers Erziehungsreform bestehen.

III Vom Sommer 1798 bis in die ersten Monate des verhängnisvollen Kriegsjahres 1799 sind zukunftsweisende Initiativen Stapfers zum Aufbau des Erziehungswesens der Helvetischen Republik zu verzeichnen. Die auf seine Weisung je nach den regionalen Verhältnissen eingesetzten Erziehungsräte waren und blieben sein wichtigstes Instrumentarium. So rechtfertigt sich im Folgenden noch ein Blick auf die praktische Umsetzung dieser Institution und einiger damit im Zusammenhang stehender Fragen. Wie das Auswahlverfahren in den verschiedenen Kantonen verlief, wurde schon vielfach geschildert, reibungslos in den einen, wie im Kanton Léman, stockend und mitunter nicht ohne Widerstreben in den mit der neuen Ordnung noch nicht versöhnten Gegenden. Jedoch wurde Stapfers schon bei der Planung ins Auge gefasstes Ziel, möglichst viele Verfechter volkserzieherischer Ideen zu aktivieren, durchaus erreicht. Der Hinweis auf einige Namen möge genügen: Stadtpfarrer Thaddäus Müller am zweiten helvetischen Regierungssitz Luzern, Pfarrer und Professor Ith und Philipp Emanuel von Fellenberg

in Bern, Professor Johann Heinrich Rahn in Zürich, Professor Johann Georg Müller in Schaffhausen, sodann Stapfers ehemaliger Bürochef Fisch in Aarau, im Kanton Säntis der hervorragende Pädagoge Pfarrer Rudolf Steinmüller und schliesslich Pater Grégoire Girard in Freiburg, 1799 für kurze Zeit in Stapfers Büro tätig. Selbst wenn die Erziehungsräte als Laienbehörden galten und damit offensichtlich die Geltung der Kirche für das Schulwesen eingeschränkt wurde, muss doch auffallen, wie stark unter den Erziehungsräten, aber noch mehr unter den ihnen beigeordneten Schulinspektoren, wie ja auch unter den aktiven Schulreformern, die Theologen vertreten waren. Dem Erziehungsminister war von Anfang an klar, dass ohne tätigen Beitrag der Pfarrer die Bildungsreform gefährdet war. Schon als Teilnehmer jener diplomatischen Mission in Paris im Frühjahr 1798 hatte er sich mit einem Memorandum an das französische Direktorium gegen den in der helvetischen Verfassung verfügten Ausschluss der Geistlichen von den vollen bürgerlichen Rechten gewandt, unter Hinweis auf ihre unabdingbare Rolle als Bildungsträger: «Priver ses ministres (Pfarrer) des droits politiques est le comble de l'injustice et une insulte[11] faite à la sainte cause du perfectionnement intellectuel de l'homme.» Allerdings standen nun hinsichtlich Stellung, Pflicht und Aufgabe der helvetischen Pfarrer zwei Prinzipien im Widerstreit. Die Helvetische Republik diskriminierte zwar, dem antikirchlichen revolutionären Muster Frankreichs folgend, die Geistlichkeit und strebte die Trennung von Kirche und Staat an, war jedoch beim Aufbau ihres Erziehungswesens unbedingt auf die Mitwirkung der wichtigsten bisherigen Träger der Bildung angewiesen. Wenn manche Geistliche auch den politischen Umbruch begrüsst hatten, so waren sie doch nun verunsichert, hinsichtlich der Laisierung der Schule misstrauisch und zudem infolge der Aufhebung des Zehnten in ihrer materiellen Existenz gefährdet. Was in den katholischen Landesteilen bereits als Religionsfeindschaft gebrandmarkt wurde, das stimmte auch die Protestanten bedenklich. So versteht sich Stapfers wachsende Besorgnis auf die Eröffnung der Landschulen hin im Herbst 1798. Er musste die Pfarrer zur Mitarbeit gewinnen, wollte er nicht den wohlbedachten Einbezug der wichtigsten Bildungsträger in sein Erziehungsratskonzept gefährden. So erging aus seinem Ministerium am 30. Oktober 1798 ein *Kreisschreiben «An die Religionslehrer Helvetiens».*[12]

Das Sendschreiben atmet den heiligen Eifer des ganz von seiner Aufgabe erfüllten Erziehungsministers. Die Sorge um die durch die äusseren Umstände gefährdete Volkserziehung treibt ihn zur eindringlichen Fürsprache, das kantische Ethos zum Appell an das Pflichtgefühl, «aus reinen Beweggründen der Tugend, der Religion und des Patriotismus».

> «Die Landschulen sollen wieder eröffnet werden, und ich besorge, dass sich Nachlässigkeit in diese Angelegenheit der Volkserziehung möchte eingeschlichen haben; sucht mit mir diesem Feinde entgegenzuarbeiten [...] Achtung gegen die Sittlichkeit und Religion muss frühe den Kindern beigebracht werden, und diese zu pflanzen, dazu seid ihr berufen.»

Nur dann konnten die schlimmen Folgen der Revolution abgewendet und deren Früchte geerntet werden, wenn allmählich die heranwachsenden Bürger einsichtsvoller und gesitteter und so der Freiheit würdiger würden. Stapfer sucht die Bedenken der Pfarrer zu zerstreuen, dass gewisse Veränderungen in Schul- und Kirchensachen verfügt wurden. Die neu geregelte Schulaufsicht will sie keineswegs ausschliessen. Es ist erwünscht, dass sie weiterhin Schulbesuche machen und Verbesserungen vorschlagen. Ihre Vorschläge seien den Erziehungsräten und dem Minister willkommen. Dass dies nicht als leere Floskel gemeint war, beweist dessen Aufforderung an sie zur Mitbeteiligung, indem sie aufgrund eigener pädagogischer Studien junge Leute zu Schulmeistern heranbildeten oder mit Privat-, Sonntags- und Abendschulen Nutzen stifteten. Ja, Stapfer schliesst die Geistlichen geradezu in die Mitverantwortung für die Dorfschulen ein und vermeidet den unvermittelten Bruch mit der Tradition. «Sanftmut und Milde», «Mässigung mit Neuerungen» sind seine Stichworte.

> «Lasset die bisherigen Lehrbücher in den Schulen einstweilen gelten. Es sollen bald bessere an ihre Stelle kommen; man muss aber den Leuten doppelte Kosten ersparen. So ist es auch mit den bisherigen Methoden; die allgemeinen, bald erfolgenden Verbesserungen werden dieselben berichtigen; es ist zuträglicher, dass man dieselben abwarte und sich nicht mit den Schulmeistern und Gemeinden überwerfe.»

Auf den Haupteinwurf, offenbar von mancher Seite, die neue Schule verdränge die Religion:

> «Ihr besorget vielleicht, dass man die christliche Religion verdrängen wolle, weil man weniger davon spricht als von den andern Theilen des Unterrichts. Ihr seid irrig in dieser Meinung; denn wenn man für beide Kirchenparteien unserer Republik sorgen will, so muss man die Religion wenig berühren, weil doch immer Verschiedenheiten sich darbieten, welche die Regierung unangetastet lassen will.»

Der Religionsunterricht aber soll einen höheren Stellenwert bekommen, wenn ihn künftig nur noch die Geistlichen besorgen und nicht mehr die Schulmeister, die unmöglich über deren religiöse Einsichten verfügen. Damit falle die ganze Verantwortung für das ehrwürdige Ansehen der Religion auf die Pfarrer allein. Den dogmatischen Eiferern unter ihnen hält er das Beispiel derjenigen vor Augen, «die nach Jesu Beispiel Gehorsam gegen die Gesetze, Vertrauen gegen die Vorsehung und allgemeine Bruderliebe predigen».

An diesem Punkt unterlässt er es nicht, veralteten kirchlichen Gebräuchen – man könnte es als die Volksreligion bezeichnen – in der Rolle des Kultusministers eine christlich getönte Morallehre gegenüberzustellen:

> «Bedenket es, dass manch Überflüssiges und Zweckwidriges in unsern kirchlichen Gebräuchen ist, und warum wollt ihr denn nicht, dass es zu seiner Zeit verbessert werde? Tragt lieber das Eurige dazu bei, indem ihr solchen Verbesserungen nachdenkt und gelegentlich eure Gedanken da-

rüber bekannt macht [...] Noch einmal, meine Brüder, beweiset durch Thaten, dass ihr das Zutrauen der Regierung verdient. Wenn ihr ohne Bitterkeit und Widerstreben gegen die neue Ordnung der Dinge die Religion Jesu lehret, so werdet ihr es ungehindert thun können, und man wird euch in der Ausübung eures Berufes schützen; aber ihr könnet eure Worte noch mehr bewahren, wenn ihr eure Gemeindsangehörigen auf alle Weise belehret und besonders den Erziehungsräten und Schulcommissarien an die Hand gehet [...] Wir arbeiten alle daran, das Gute zu vervollkommnen [...] Ich sehe zunächst diesem Winter mit Vergnügen entgegen, weil mancher Keim des Guten soll gepflanzt werden; helft ihn pflegen, und er wird selbst in den entlegensten Thälern gedeihen. Indem wir dem Volke die Vortheile der bessern Belehrung und Erziehung verschaffen, wird es nach und nach die vorübergehenden Übel der Revolution vergessen.»

Stapfers Aufruf an die Religionslehrer Helvetiens endet mit einem bildhaften Vergleich, aus dem hochgemute Zuversicht trotz allen Revolutionsübeln spricht:

«Wir müssen uns diese vorstellen als ein Gewitter; nur der Kurzsichtige zagt dabei und verhüllt oder versteckt sich ängstlich; der besser Belehrte erwartet dankbar, dass sich die Luft reinige; und er lässt sich nicht muthlos machen, wenn der Sturm in seiner Pflanzung etwas verderbt oder der Regen die gute Erde verschwemmt; er denkt vielmehr auf Mittel und hofft von der Zukunft Ersatz für die vermehrte Arbeit.»

Trotz den beschwichtigenden Versicherungen Stapfers lag das verhängnisvolle Wort «Religionsgefahr» in der Luft. Später wird noch zu zeigen sein, wie schwer die vielschichtige Problematik der helvetischen Religionspolitik dem Kultusminister zu schaffen machte. Auch wenn er in seinem Appell auf Anraten Iths den Begriff «Sittenlehrer» durch «Religionslehrer» ersetzte, vermochte er den Verdacht nicht zu entkräften, er und seine Mitarbeiter strebten danach, das Christentum, wie es das Volk verstand, durch eine philosophisch begründete Moral zu verdrängen.[13] Selbst in einem so helvetiktreuen Kanton wie Léman befürchteten Geistliche, man wolle sie zu einfachen Lehrern der Moralphilosophie machen, und mutmassten sogar, man gedenke den Gottesdienst zu ändern, das Gebet, den Gesang, die Sakramente abzuschaffen. Wenn sich dieser Verdacht insbesondere gegen das von Peter Ochs in die helvetische Verfassung geschriebene Ziel der *Veredlung* richtete, also gegen ein vages, viel gebrauchtes Losungswort des Revolutionszeitalters, so hatte dieser Begriff jedenfalls für Stapfer eine ganz bestimmte und lange vor dem politischen Umbruch in Anlehnung an Kant formulierte Bedeutung. Die Nation zu veredeln hiess jetzt für ihn, als Pflichtgebot den Versuch unternehmen, nicht bloss eine Elite, sondern ein ganzes Volk über Bildung und Erziehung auf die Bahn sittlicher Höherentwicklung zu leiten und mit diesem Fortschritt im Prozess der menschlichen Entwicklung eine Stufe emporzuheben.[14] Denn bereits als Lehrer am patrizischen Politischen Institut in Bern hatte er 1792

in einer bedeutsamen Rede im Geist des grossen deutschen Philosophen das Postulat der sittlichen Veredlung des Menschen in den Vordergrund gestellt. Er rückte dabei den Gang der Menschheit auf das Endziel der ethischen Vervollkommnung in eine universalhistorische Perspektive und richtete seinen geschichtsphilosophischen Entwurf als Theologe auf Christus aus als den Vollender der Moralität.[15] Unter den veränderten äusseren Umständen konnte er also diesen Faden nochmals aufnehmen «in Prüfung der Mittel zur Beförderung der Entwicklung der Anlagen und Fähigkeiten im Menschen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft als der Übungsstätte der Sittlichkeit». Aber im Gegensatz zu seinem Lehrer Ith gedachte er das Werk nicht von oben, von einem Nationalinstitut aus anzugehen, sondern unten bei der Elementarbildung zu beginnen, weil er in der geistigen und sittlichen Not der breiten Volksmassen das Gebot der Stunde erkannte.

IV Am 25. Oktober 1798 reichte Stapfer dem Direktorium seinen *Entwurf für ein Gesetz über die Volks- oder Elementarschule* ein.[16] In der Beratung wurde die Vorlage allerdings durch Peter Ochs wesentlich abgeändert und im November in dieser Form zusammen mit einer einleitenden Botschaft aus der Feder Stapfers der Legislative unterbreitet. Um vorwegzunehmen, was damit in den gesetzgebenden Räten im Verlauf etwa eines Jahres geschah: Die Beratung der bereits beschnittenen Version des Erziehungsministers wurde im Grossen Rat nach der ersten Lesung vertagt und einer Kommission zugewiesen, hier umgegossen, im Sommer 1799 debattiert und schliesslich im November jenes Jahres an den Senat zur Beschlussfassung weitergeleitet, hier jedoch am 2. Januar 1800 verworfen. Man hat es hier mit einem der bedeutendsten helvetischen Planungsrelikte zu tun. Es fällt schwer, die parlamentarische Verschleppung und Verwässerung des ersten schweizerischen Schulgesetzes zu verstehen, zumal wenn man vernimmt, dass im Dezember 1798 bei der zweiten Lesung Stapfers Begleitbotschaft mit der Darlegung seiner Ideen von den Repräsentanten mit Akklamation quittiert wurde. Dennoch war ein überlastetes, auch geistig überfordertes und sich beim Geschäft in geradezu absurde Details verirrendes Parlament schliesslich ausserstande, diesem zentralen Projekt gerecht zu werden. Zieht man die denkbar ungünstige Lage der Dinge in Betracht, so überrascht dieser Ausgang nicht: Die äusserst gespannte politische Atmosphäre in einem gespaltenen Land, das als Kriegsschauplatz der europäischen Mächte unsäglich litt; all dies verhinderte nicht nur Stapfers Schulprojekt, sondern gefährdete sein ganzes Kulturprogramm. Es ist genugsam bekannt, wie sich schliesslich sein Wirken in dem in den finanziellen Ruin getriebenen Staat auf die Rettung und Bewahrung des nationalen Kulturerbes beschränken musste. Im Bildungswesen resultierte zwar nicht ein völliges Debakel, weil ja, wie oben gezeigt wurde, durch die Einsetzung von kantonalen Erziehungsräten bereits eine tragfähige Struktur geschaffen war und nun einzelne Elemente aus der Direktorialfassung des Schulgesetzes auf dem

Verordnungsweg in Funktion gesetzt wurden, Einzelmassnahmen zur Lehrerbildung oder die Schaffung von Lehrmitteln.

Es rechtfertigt sich, an diesem Punkt auf einige Hauptgedanken von Stapfers ursprünglichem Schulgesetzentwurf hinzuweisen und zu sehen, wie seine Pädagogik vor philosophischem Hintergrund auf den Menschen als Ganzes eingeht. Sodann ist zu zeigen, wie sein ungebrochener Gestaltungswille sich ausspricht im Text seiner Begleitbotschaft zur Direktorialversion des Gesetzes an die gesetzgebenden Räte. Schliesslich soll zur Sprache kommen, wie er im Januar 1799 mit einer glanzvollen Rede in Luzern und im gleichen Zug mit dem Druck einer Sammelpublikation seine Bildungsideen und seine Massnahmen als Erziehungsminister auch in die Öffentlichkeit trug. Stapfer war seinem Wesen nach alles andere als ein Bürokrat. Wie Heinrich Pestalozzi beugt er sich in seinem *«Projet de loi sur les écoles élémentaires»* zunächst nieder zu den Einfachsten und bisher Benachteiligten und möchte sie aus dem Dunkel ihrer bisherigen Existenz holen und zu menschlicher Würde und Selbständigkeit erheben. Folgendermassen fasst er am Eingang den Zweck:

> «Les écoles élémentaires ont en général pour objet de donner à tous les enfants de l'un et de l'autre sexe une instruction qui leur fasse connaître leurs droits et leurs devoirs, et qui leur donne le degré de capacité nécessaire pour se vouer à une vocation quelconque qui les rende utiles à leurs concitoyens.
>
> En particulier, la destination de ces écoles est de venir au secours des classes les plus nombreuses, des classes réservées aux travaux journaliers de la culture et de l'industrie, de les former aux vertus qui rendent l'homme digne et susceptible du vrai bonheur, de leur fournir les moyens de concilier, dans l'obscurité de leur vie, la dignité de l'homme libre avec la dépendance inévitable où se trouve celui qui vit de son travail, de porter dans les ouvrages les plus communs une intelligence et une activité qui en adoucissent le poids et en augment le prix.»

Betont hielt der Erziehungsminister fest, dass die Ausbildung und die Existenzsicherung der Lehrkräfte das Schulsystem fundamentieren, dass deren Rekrutierung aus besonders Begabten allenfalls auf Staatskosten erfolgen solle. Über den Umfang und die methodische Entwicklung der Lehrgegenstände für Kinder zwischen dem siebten und fünfzehnten Altersjahr, also den so genannten curricularen Teil dieses Schulsektors auf drei Klassenstufen, mögen die fachlich-pädagogischen Urteile geteilt sein. Unverkennbar bestimmen nämlich streckenweise kantianische Kriterien vom psychologischen Entwicklungsgang des Menschen die Methodik für den Fächerkanon: Sprechen, Lesen, Schreiben, deutsche und französische Sprachlehre, Rechnen, Naturgeschichte, Geschichte, Geografie, Menschenkunde, Geometrie, Verfassungs- und Staatskunde, Zeichnen, Musik, Werkunterricht, Hauswirtschaft, Hygienelehre, Turnen, Schwimmen, religiöse und moralische Unterweisung.

Die Mädchenbildung ist differenziert mit einbezogen. Am Anfang ist die Rede von der Schule «à tous les enfants de l'un et de l'autre sexe»; hierauf von einer Aufteilung in zwei Sektionen mit einer Lehrerin für die Mädchen in separatem Schulraum. Im Zusammenhang der Curricula am Übergang der Knaben in die dritte Klassenstufe setzt Artikel 9 fest:

> «Pour les filles de 10 à 15 ans, il y aura une école particulière, où l'on apprendra l'économie domestique avec plus d'étendue, les éléments de la musique vocale, les travaux propres aux femmes, et où on leur expliquera un livre particulier de leurs devoirs, leurs fonctions, leurs qualités. Elles ne seront distribuées que dans deux classes.»

Dass die von Stapfer in seinem Entwurf intendierte Religionspädagogik bei den Pfarrern, die zu einer rein auf die Sittenlehre ausgerichteten Unterweisung verpflichtet gewesen wären, vielfach auf Protest stiess, wurde oben ausgeführt, auch wie der Minister solche Widerstände zu besänftigen suchte. Mit Handarbeit, Anschauungsunterricht, mit der Methode der gegenseitigen Förderung der Schüler, durch Anregung, Dorfbibliotheken zu gründen, schliesslich mit auflockernden Schulfeiern mit Auszeichnung besonderer Leistungen visierte der Plan moderne pädagogische Formen an. Als eine Vorstufe zu einem künftigen Schulobligatorium kann man nehmen, dass Stapfer einen Leistungsausweis über den Schulbesuch, einen so genannten Studienbrief plante, von dem in Zukunft auch die Ausübung der politischen Rechte abhängen sollte. Die umfassende Ausbildung der körperlichen, geistigen und moralischen Kräfte des jungen Menschen bettete er, ohne aber den Staat zu verabsolutieren, immer auch in die Gemeinschaft, in die Polis ein: «Elle [sc. l'éducation] embrasse en un mot l'homme entier, et le livre à la société tel que celle-ci ose lui confier dans l'exercice des droits politiques ses plus chers intérêts.»

Wir wissen nicht, was es den Erziehungsminister kostete, mit seiner Botschaft an die Gesetzgeber nicht das eigene Projekt, sondern nur das durch den Direktor Ochs reduzierte Produkt in die parlamentarische Beratung zu begleiten. Diese *Botschaft des Vollziehungsdirektoriums an die Gesetzgeber und Gesetzesvorschlag,* Luzern, den 18. November 1798, stellte aber gewissermassen den persönlichen Appell Stapfers an die helvetischen Volksvertreter dar.[17] Interessant ist, dass er darin nicht nur das eigentliche Thema, die Volksbildung, umriss, sondern zugleich die Perspektive auf das Ganze einer zukünftigen Bildungshierarchie eröffnete. Die Verwirklichung des Verfassungsgrundsatzes der Rechtsgleichheit, betonte er, fordere unbedingt öffentlichen Unterricht und Volksbildung. Wo grundsätzlich jeder Bürger zur Staatsleitung aufsteigen könne, wäre Unwissenheit oder Eigennutz das Verderben des gemeinen Wesens. In ein Bild gefasst:

> «Wenn das Steuerruder jedem Schiffsmann nach der Reihe, oder irgend einem ohne Ausschliessung eines einzigen in die Hände gegeben werden kann: so ist es ja der ganzen Mannschaft daran gelegen, dass keiner ins Schiff trete, welchem es an Kenntnissen und Tüchtigkeit zur Führung des Steuers gebricht.»

Allein auch zum Wählen braucht es Einsicht und Rechtschaffenheit:

> «[...] und wenn es wahr ist, dass die Besorgung der öffentlichen Angelegenheiten eines Volkes durch Stellvertretung, diejenige Staatsform ist, welche die Entwicklung aller Menschenkräfte und ihre Vervollkommnung ins Unendliche am wirksamsten befördert; so ist es nicht weniger auffallend, dass die Aufregung aller Leidenschaften und der Wettstreit aller Talente, welche jene Regierungsart veranlasst, nur durch allgemeine, gleichförmige und der Sittlichkeit günstige Volksbildung fürs gemeine Beste wohlthätig gemacht werden kann.»

Das Volksschulwesen ruft also in erster Linie nach Vorsorge. Stapfer nimmt im Folgenden Gedanken auf, die er bereits im ersten Organisationsplan so eindringlich formuliert hatte, der politische Sinn und staatsbürgerliche Zweck der Volksbildung sei die Emporbildung der Mitbürger zu geistiger Selbständigkeit, «zum Selbstdenken, Selbsturtheilen, Selbsthandeln und zur Selbstachtung, kurz zu dem Genuss eben der Vorzüge [...], welche den Gebildetsten unter uns wahre Unabhängigkeit und mit frohem Selbstgefühl ächte Freiheit verschaffen». Darin liege für sie Sinn und Gewinn der Revolution begründet. Der so genannte *bürgerliche Unterricht* solle alle Volksklassen erfassen, dem Bürger einerseits Einsicht in seine Rechte und Pflichten vermitteln, anderseits die Voraussetzung für eine nützliche Berufsbildung schaffen. Der bestehenden regionalen Unterschiede wegen, namentlich bezüglich der Hilfsquellen und der Geschicklichkeit der Lehrer, werde zwar dieser Unterricht noch differieren zwischen Elementar- oder Landschulen und vollkommenen Realschulen in den Kantonshauptorten. Der Schulbesuch, wohlfeil und für Arme unentgeltlich, könnte sogar zur Voraussetzung für die Ausübung der politischen Rechte gemacht werden.

An diesem Punkt entwickelt der Minister mit einem Exkurs den Repräsentanten aber auch seine Vorstellung vom gesamten zukünftigen Aufbau des Bildungswesens in Helvetien. Notwendig ist auch eine *gelehrte Bildung* auf Gymnasien «zur Erhaltung und Vervollkommnung der gesellschaftlichen Verhältnisse, Anstalten zum gelehrten Unterricht oder zur *politischen* Bildung, durch welche die ausgezeichneten Köpfe ausgebildet und in den Stand gesezt werden können, dem Staate in irgend einem Zweige öffentlicher Arbeiten, als Ärzte, Rechtsgelehrte, Sittenlehrer, Beamte, Künstler, Ingenieurs u. s. w. zu dienen». Die schon in den Bürgerschulen behandelten Lehrgegenstände würden hier jedoch wissenschaftlich behandelt, aus ihren Gründen hergeleitet und mit mehr Sorgfalt erläutert. Die oberste Stufe wäre aber die mit besonderer Wärme zum Postulat erhobene *Centralschule* oder *National-Universität:*

> «Diese Schule wäre ein allumfassendes Institut, worinn alle nützlichen Wissenschaften und Künste in möglichster Ausdehnung und Vollständigkeit gelehrt und durch die vereinten Nationalkräfte von den reichsten Hülfsmitteln umringt würden. Aus dieser Anstalt ginge ein Ausschuss der fähigsten und verdientesten Männer hervor, welche ganz den hö-

hern Wissenschaften und der Erweiterung des Gebiets menschlicher Einsicht und Kunstfähigkeit lebten [...] Die Grundlagen unserer Verfassung, besonders das Bedürfniss der Einheit in Grundsätzen und Gesinnungen, deuten alle auf eine solche einzige Universität oder Centralanstalt hin.»

Doch nicht nur als Kaderschmiede der künftigen Eliten wäre sie gedacht, sondern geradezu als kultureller Brennpunkt der mehrsprachigen Nation:

«Dieses Institut wird der Brennpunkt der intellektuellen Kräfte unserer Nation, das Verschmelzungsmittel ihrer noch immerfort bestehenden einzelnen Völkerschaften, und der Stappelort der Kultur der drey gebildeten Völker seyn, deren Mittelpunkt Helvetien ausmacht. Es ist vielleicht bestimmt, deutschen Tiefsinn mit fränkischer Gewandtheit und italienischem Geschmack zu vermählen und den Grundsätzen der Revolution durch ihre Vereinigung mit den Lehren einer ehrfurchtgebietenden Rechtschaffenheit unwiderstehbaren Eingang in die Herzen der Menschen zu verschaffen. – Denn mit allen diesen Anstalten zur *technischen* Bildung unserer Mitbürger muss der moralische Unterricht gleichen Schritt halten. Kräfte wecken, entwickeln, üben, Fähigkeiten nähren, Fertigkeiten erzeugen – reicht zur Ausbildung des Menschen nicht hin. Es muss auch für den guten Gebrauch dieser geschärften Werkzeuge, für die wohlthätige Richtung jener Kräfte gesorgt werden. *Bildung ohne Veredlung ist nur die Hälfte der Erziehung.* [kursiv vom Verf.] Neben Unterrichts- und Bildungsmitteln sind Anstalten zur Entwickelung und Schärfung des sittlichen Gefühls nicht weniger nothwendig.»

Zweifellos wollte der federführende Minister mit diesem Exkurs den Volksvertretern den Gesamtzusammenhang des Bildungssystems vor Augen führen. Unverkennbar spricht allerdings daraus auch seine innerste Neigung für ein, wenn auch in weiter Ferne liegendes, Wunschprojekt: die schweizerische Nationaluniversität. Lebenslang wird er auch nach der Helvetik auf diesen Lieblingsplan zurückkommen.[18] Es war ein persönlicher Wesenszug Stapfers, dieses wissenschaftliche Streben, eine früh entwickelte Neigung des Hochbegabten, der er denn auch folgte bis zu dem Punkt, wo er, zum Staatsmann berufen, eine patriotische Pflicht auf sich nahm und bei ihrer Erfüllung die darniederliegende Volksbildung als vordringlichste Aufgabe erkannte. Der an Kant geschulte Philosoph folgte dem ethischen Gebot und liess seine Neigung hinter die Pflicht zurücktreten.

Die Botschaft leitet am Schluss mit einigen Hinweisen zum Gesetzestext über, das heisst zu dem auf Stapfers «Projet» beruhenden, vom Direktorium zum *«Vorschlag eines Gesetzes für die untern Bürgerschulen»* gekürzten Vorlage.[19] Dem Curriculum komme besondere Bedeutung zu in der Zielsetzung, zumindest die Erlangung der Grundfähigkeiten und Grundfertigkeiten zu fördern. Es stehe aber auch einer substanziellen Erweiterung des Fächerkanons offen, je nach den örtlichen Verhältnissen.[20] Was zurzeit an den Schulen noch mangelhaft und dürftig

sei, solle wie ein pflegebedürftiger Keim behandelt werden. «Denn jeder Mensch soll ja zur *Humanität,* d. i. zum leichten und sittlichen Gebrauch seiner Kräfte in allen seinen Verhältnissen ausgebildet werden.» Der idealistische Appell aus Stapfers Feder wurde vom Präsidenten des Direktoriums Laharpe und vom Generalsekretär Mousson unterzeichnet. Es war von Bedeutung, dass die Gesetzesvorlage des Direktoriums im Unterschied zum nachher verkümmerten Relikt der Legislative – vom Zweitrat Anfang 1800 verworfen – ganz im Sinne Stapfers starkes Gewicht auf die ja bereits funktionierenden kantonalen Erziehungsräte legte. Das hiess, dem begonnenen pädagogischen Aufbauwerk des Erziehungsministers mangelte beim Fortgang der Dinge zwar die solide gesetzliche Basis, nicht aber der für seine Initiative offene, praktische Spielraum.

V Als am 30. November 1798 der helvetische Grosse Rat beschloss, die Beratung des Volksschulgesetzes zu vertagen, «weil dringendere Gegenstände vorliegen», und es einer Kommission zuwies, resignierte Stapfer nicht. Er betrachtete die Erziehung als Kernbereich seines Amtes und nutzte dafür die bereits geschaffenen organisatorischen Strukturen. Zugleich trug er, vom Direktorium ermächtigt, im Januar 1799 seine Ideen und Pläne mit einer wichtigen Publikation in die Öffentlichkeit. Damit setzte die Exekutive die gesetzgebenden Räte moralisch unter Druck. Der schlichte Titel der Druckschrift verrät auf den ersten Blick keineswegs, dass es sich um eine eigentliche Sammlung von erziehungsplanerischen Schlüsseldokumenten handelt: *«Entwurf der Instruktionen für die neuerrichteten Erziehungsräthe».*[21] Stapfer und seine Mitarbeiter – man wird in erster Linie an seinen Kabinettschef Johann Rudolf Fischer denken – fassen darin die bisher aus den Organisationsplänen, Memoranden und Aufrufen bekannten Stichworte zum Erziehungswesen zusammen und umschreiben den Rahmen eines nationalen Bildungssystems.

Der Vorrede zu den Erziehungsrats-Instruktionen mit den nachfolgenden Ausführungen über Bestimmung und Organisation lässt er die Instruktion für die Schulinspektoren in den Distrikten folgen. Ein erster Anhang setzt Bestimmungen zur Prüfung und Erwählung der Schulmeister fest. Ein zweiter begründet mit eindringlichen Wendungen, weshalb nachfolgend die oben von uns bereits besprochene Botschaft des Direktoriums an die Gesetzgeber samt dem Gesetzesvorschlag für die untern Bürgerschulen öffentlich bekannt gemacht wird. Am Schluss steht die «Nachricht über die beygedruckten Fragen an die Schullehrer» und «Fragen über den Zustand der Schulen an jedem Ort», das heisst Stapfers wohlbekannte Enquête.

In der *Vorrede* deutet der Kulturminister einmal mehr hochgemut den Sinn der grossen politischen Wende:

> «Jedermann wünscht die Früchte der helvetischen Revolution in der Veredlung unserer Nation zu entdecken, wünscht eine Vereinigung ihrer geistigen Kräfte erzielt zu sehen, und hofft, dass durch Gleichförmigkeit

in der Bildung junger Bürger das Band unsrer Einheit eng und unauflöslich werde geknüpft werden.»

Dennoch lässt er auch einfliessen, wie hindernisreich sich das erzieherische Aufbauwerk gestalte, das mühsame Geschäft im Kampf mit Vorurteil, Irrtum und bequemer Anhänglichkeit an alte Missbräuche. Offen legt er dar, dass die Revolution den Menschen mit der Verfassung Rechte und Pflichten übertrage, für welche sie noch nicht befähigt seien.

«Unsere Revolution hat die einzelnen Kantone Helvetiens auf sehr verschiedenen Stuffen der Kultur *übereilt:* denn in der That kann wohl keiner derselben sich rühmen, dass die Masse seiner Einwohner denjenigen Grad von intellektueller und moralischer Bildung erreicht habe, welcher mit den Grundsätzen unsrer Staatsverfassung in gehörigem Verhältniss stünde.»

Die ersten provisorischen Massnahmen mit Erziehungsräten und Schulinspektoren seien darauf berechnet, der nach dem Umschwung drohenden sittlichen und intellektuellen Verwilderung des Volkes zu begegnen, und erstrebten die gesetzliche Regelung der Elementarbildung. Denn: «Freye Völker sollen vorzüglich durch Einheit des Sinnes und durch feste, allen Bürgern tief eingeprägte Grundsätze des Rechts, der Wahrheit und der Sittlichkeit stark seyn.» Der Minister tritt solcherart nicht als Propagandist von Regierungsmassnahmen vor die Öffentlichkeit, sondern als geistiger Therapeut:

«Endlich erinnere ich noch, dass nichts den Fortgang der Kultur so sehr belebt, als Publizität. Diese soll sich von prahlendem Schein gleich weit entfernt halten, als sie andrerseits die Trägheit oder die Einseitigkeit verscheuchen soll, welche sich so gerne verhüllen, so gerne der Aufmerksamkeit des Beobachters sich entziehen. Wir wollen durch Wort und That belehren; diese geht oft jenem vorher, und wohl uns, dass ein solcher Gang, insonderheit im Charakter unsers Volks zu liegen scheint! Die Frucht einer besser organisierten öffentlichen Erziehung soll endlich vielen geniessbar, die Aufmunterung allgemein, das Zusammenwirken durchgängig werden; und dieses wird der Erfolg seyn unsrer aufrichtigen Bestrebungen; unsre Mitbürger werden sie sehen, warmen Antheil daran nehmen, und die Aufgaben des öffentlichen Unterrichts zu einem der wichtigsten Gegenstände eines wohlgeleiteten Gemeingeistes erheben.»

So leitete Stapfer die erziehungsplanerische Sammelbroschüre ein.

In den *Instruktionen für die Erziehungsräte* beruft er sich auf jenen Direktorialbeschluss vom 24. Juli 1798 und auf bisherige praktische Erfahrungen mit den von ihm getroffenen Massnahmen.[22] Auch die Instruktionen für die ihnen untergeordneten Schulinspektoren sind nicht einfach in trockene Paragrafen gefasst, sondern streckenweise in gewinnendem Ton dialogisch erörtert. Es ging ja vor allem auch darum, diese bewusst aus verschiedenen Bevölkerungsklassen berufe-

nen und nach Milizsystem amtierenden Mitarbeiter für ihre Aufgabe zu motivieren: «Durch Euch erhält die Organisation des Erziehungswesens Leben und Zusammenhang.» Steht dem Gesetzgeber Beförderung der Gleichförmigkeit in der öffentlichen Erziehung vor Augen, so haben doch die Erziehungsräte die Befugnis, höhere Verordnungen den Umständen der Zeit und des Orts anzupassen. Ihr wichtiger Auftrag ist, der Oberbehörde dauernd eine umfassende Orientierung zu sichern, «das innere Leben im Gang der öffentlichen Erziehung [zu] befördern». Alles, was eine nähere Lokalkenntnis voraussetzt, fällt in ihre Kompetenz, etwa die Anstellung der Schulkommissarien oder Inspektoren und der Schulmeister, ebenso die Festlegung der Schultermine und der Lehrbücher. Zusammen mit den Schulinspektoren besichtigen sie die Schuleinrichtungen und redigieren die Schultabellen zur Information des Ministers. Schliesslich legt ein besonderer Abschnitt die innere Organisation der Erziehungsräte und das Verhältnis zu den Kantonsbehörden fest. So schlägt denn doch die Tendenz des Akten produzierenden helvetischen Regierungssystems durch. Fleissige Korrespondenz mit dem Minister ist angemahnt und Publizität in allen Verfügungen, um den Gemeingeist auf die öffentliche Erziehung hinzulenken. Dasselbe gilt für die *Schulinspektoren* auf der Distriktstufe. Sie vermitteln die Verbindung zu den Lehrern und Religionsdienern und sollen im Besondern durch häufige Visitationen der Schulen aktiv werden. Dabei geht es auch ins praktische Detail, beispielsweise, ob die Tische, auf denen geschrieben wird, im gehörigen Licht stehen. Einrichtung und Ausstattung der Schulen, Unterrichtsmethoden und fachliche Förderung der Schulmeister, Prüfungen und Promotionen sowie Schulfeste sind unter der Ägide des Erziehungsrates in ihrer Kompetenz. Dass die Inspektoren Notizen über den Zustand der Schulen ihres Distrikts zu einer «Schulkunde» zusammenfassen, geht bereits in die Richtung der bekannten Schul-Enquête Stapfers mit der Absicht einer umfassenden Statistik:

> «Eine genaue Kenntniss der Schulen als Institute – das sogenannte Personale der Schulbeamten ist ebenso ausführlich zu rubrizieren – d. h. ihrer Beschaffenheit, ihres jedesmaligen Zustandes, ihrer Vorzüge und Mängel ist erforderlich, theils um zweckmässigen Verbesserungen den Weg zu bahnen, theils um die Verdienste der Schullehrer richtiger bestimmen zu können.»

In den Kindern sei durch gefällige Einrichtungen der «Reiz des Schulgehens» zu wecken:

> «Die Eindrücke, welche die Jugend daselbst holt, die Bestimmung solcher Gebäude zu Schul- und Bürgerfesten, und die Achtung, welche alles finden soll, das auf öffentlichen Unterricht Bezug hat, machen es wichtig, dass so viel wie möglich auf eine reinliche, geräumige, heitere Localität gesehen werde.»

Man ahnt das Bild des bildungsfreundlich-fortschrittlichen 19. Jahrhunderts, hier noch ein Wunsch- und Traumbild. Ob sich der Minister bewusst war, welche

Pflichtenlast er dem untern Grad seiner Miliz-Mitarbeiter, zumeist Geistlichen, auf die Schultern legte? Im Schlussabschmitt steht zu lesen:

> «Es ist hier nicht von gesetzlichen Verfügungen die Rede, sondern von Anstalten und Massregeln, welche der Schulinspektor aus eigenem Ermessen ergreifen, anbringen und modifizieren kann. Die Klugheit desselben, seine Thätigkeit, Genauigkeit, Menschenkenntniss, Ernst, Sanftmuth, Beredsamkeit u. s. w. müssen sogar erst allen Amtsverrichtungen desselben Würde und Wirksamkeit verschaffen.»

In einem besondern Anhang wirbt Stapfer um die Mitarbeit dieser Inspektoren.

Man kann hier einflechten, dass der Minister und seine Mitarbeiter sich sehr wohl bewusst waren, der Erfolg dieser Schulplanung hänge nicht nur von Erziehungsräten und Inspektoren ab, sondern letztlich von einem zureichend ausgebildeten Lehrerstand. Suchte doch Stapfers Bürochef Johann Rudolf Fischer persönlich, ein paar Monate später in geradezu missionarischem Drang durch die Gründung eines Lehrerseminars als Modellversuch das Übel an der Wurzel zu fassen. Er erwartete zuversichtlich hierzu geeignete Kandidaten. In der Instruktionsbroschüre war die Rede von der Motivierung besonders begabter Schüler, so genannter Selekten, für den bisher so missachteten und unterbewerteten Stand der Schulmeister.

Der zweite Anhang trug die *Direktorialbotschaft* vom 18. November 1798 aus Stapfers Feder samt dem *Volksschulgesetz,* beide oben besprochen, in die Öffentlichkeit.[23] In der Überleitung unterliess es der Minister nicht, auf die zögernde Legislative sanften Druck auszuüben:

> «Man darf es kühn behaupten, dass es eine der wichtigsten Botschaften ist, welche bisher von der Regierung ist abgelassen worden, jene, welche sie einlud, die öffentliche Erziehung zum Gegenstand ihrer baldigen Berathschlagung zu machen.»

Sein ungebrochener Schaffensdrang suchte die zaudernden Räte mitzureissen:

> «Das ganze Volk und alle unsere Zeitgenossen sehen mit Sehnsucht dem Tage entgegen, wo die Stellvertreter der helvetischen Nation der Welt beweisen werden, dass aus unsrer Revolution für Menschenveredlung ein reiner Gewinn erwachse.»

Der Schlussteil leitet zu praktischen Aspekten der Schule über, zu Stapfers bekannter Enquête: «*Nachricht über die beygedruckten Fragen an die Schullehrer*» und «*Fragen über den Zustand der Schulen an jedem Orte*». Die Schaffung einer zuverlässigen Statistik sollte den Zustand des Schulwesens ermitteln helfen. Das Ergebnis der Umfrage ist bekannt. Von allen Seiten trafen die Antworten auf die Fragebogen ein und füllten Bände.[24] Dies war jedoch nur ein Teil des immensen Schriftverkehrs, der in Stapfers Ministerium zu bewältigen war. Nur allzu verständlich ist, dass er auf klare gesetzliche Grundlagen für das geplante Erziehungswerk drängte. Darauf reagierte man in der Legislative unwirsch und liess sich auch durch Publikationen wie die obige nicht unter Druck setzen. Der Kom-

missionspräsident für das Schulgesetz rief aus: «Um das Wettrennen bei uns zu begehen, wüsste ich nichts vorzuschlagen, als gewisse Steckenpferde gewisser Minister, die sehr schnellfüssig sind und oft gewaltige Sprünge machen.» Doch der angesprochene Minister wusste sehr wohl, worum es bei alledem ging. Ein Deputierter konterte denn auch dem geäusserten Spott: «Es würde schwer sein, nicht nur in den Räten, sondern in der ganzen Schweiz einen Mann zu finden, der seinem Posten so gewachsen wäre, wie es der Minister der Künste und Wissenschaften ist.»

VI Wenn in der Flut von Akten und Korrespondenzen zum helvetischen Erziehungswesen einer Anzahl von Dokumenten ein besonderer Rang zukommt, dann bestimmt auch der Rede Stapfers vom 20. Januar 1799 am Regierungssitz Luzern zur feierlichen Eröffnungssitzung des Erziehungsrats.[25] Dass der Erziehungsminister hier in einer repräsentativen Versammlung als Schirmherr der Bildungsverwaltung persönlich das Wort ergriff, unterstrich die nationale Bedeutung dieses Anlasses, wurde doch seine glanzvolle Rede zu einem eigentlichen *Manifest der helvetischen Bildungspolitik*. Damit flankierte er das oben geschilderte Werben in der Öffentlichkeit um die gesetzgeberische Absicherung der seit einem halben Jahr getroffenen Massnahmen. In seiner Ansprache begegnen uns die schon mehrfach ins Feld geführten Argumente. Doch zunächst begründet er seinen persönlichen Auftritt folgendermassen:

> «Ich glaube nicht, bei der heutigen Feierlichkeit ein blosser Zuschauer bleiben zu dürfen. Wenn auch der Theil, welchen ich als Organ der helvetischen Regierung an ihrer Veranstaltung habe, mir stille zu schweigen gestattete: so würde es doch mein Herz nicht erlauben.»

Mit dem Dank an die Männer, die gewillt sind, das schwierige Amt eines Erziehungsrats zu übernehmen, verbindet er die Zuversicht auf ihr künftiges Wirken. Feierlich redet er gar von den Ungeborenen, «die im Dunkel der Zukunft auf das Tageslicht harren, welches ihnen durch Eure und Eurer Mitarbeiter Bemühungen sanfter, heller und froher erscheinen wird». Vermutlich schwingt da ein ganz persönliches Gefühl mit. Er dachte an das eigene, noch ungeborene erste Kind, das seine junge Gattin in den nächsten Monaten erwartete. Mit der ihm eigenen gewinnenden Art umfasste er nochmals die versammelten Mitarbeiter:

> «Es wird gewiss niemand aus dieser Versammlung befremden, und am wenigsten Euch, Bürger Erziehungsräte, deren weitherzige Gesinnung und gemeinnützige Denkart sich weit über die Grenze eines Kantons ausdehnt und das ganze Vaterland umfasst; Euch wird es nicht auffallen, dass ich im Geiste alle Eure Brüder und Gehülfen im Erziehungsfache in allen übrigen Teilen Helvetiens hier gegenwärtig denke.»

Einer Art nationaler pädagogischer Arbeitsgemeinschaft setzt er das Ziel, zu dessen Erreichung die bisherigen Schul- und Kirchenräte kaum taugen konnten:

> «Gleichförmigkeit des Unterrichts, genauere Aufsicht, rascherer Gang,

Erforschung der Mängel und geheimen Wunden der Nation in diesem wichtigen Zweige der Staatsverwaltung und die Grundsätze unserer politischen Verfassung forderten gleich laut und gleich dringend die Errichtung besonderer Ausschüsse, denen die Sorge für das köstlichste Gut eines Volkes, für seinen intellektuellen und sittlichen Wert anvertraut werden durfte [...] Ihr seid Erziehungsräte, nicht akademische, nicht Schul- und Kirchenräte. Nein, Ihr seid Erziehungsräte. Nicht einzelne Teile, nicht einzelne Kräfte des Menschen, nein! den ganzen Menschen nach seinen sinnlichen und geistigen Vermögen sollet Ihr mit Eurer Sorge und mit Euren Anstalten umfassen. Die Zeiten der Einseitigkeit in dem Bildungsgeschäfte des Menschen sind vorüber. Nicht blos das Gedächtnis, nicht blos den Verstand, nicht die Einbildungskraft, auch nicht die spekulative Vernunft soll der Unterricht, wie es bisber geschah, zu seinem vorzüglichen Gegenstande machen. Vielseitige, ja allseitige Kultur soll nun an die Stelle jener partiellen Bildung treten, welche vielleicht mehr als irgendein anderes Hindernis, alle gemeinnützigen Pläne und alle Hoffnungen der denkender Menschen zertrümmert oder fruchtlos gemacht hat.

Nur wenn der Mensch nach allen seinen physischen, geistigen und sittlichen Anlagen von seinen Erziehern behandelt worden, nur wenn der Versuch einmal mit einem ganzen Volke gemacht sein wird, alle Kräfte des Menschen harmonisch und vollständig zu entwickeln: nur dann wird die grosse Frage entschieden werden können, ob das Menschengeschlecht wirklich zu unendlichen Fortschritten in Licht und Kraft, in Tugend und Genuss, oder ob es zu Sisyphus Loose, zum Herauf- und Herunterwälzen in ewigem Kreise bestimmt sei.»

Mit diesem packenden Bild meldet sich doch noch ein leiser Zweifel am unerschütterlichen Fortschrittsglauben Condorcets an. Stapfers Argumentation zur stufenweisen Entfaltung der menschlichen Anlagen, individuell und gattungsmässig, leitet sich aus Kants geschichtsphilosophischen und anthropologischen Begriffen ab. Er beruft sich in seiner Rede ausdrücklich auf dessen bahnbrechende Leistung, «dass das moralische Bewusstsein nicht blos die Zufluchtsstätte der ermattenden Vernunft sondern wirklich der Schlussstein des ganzen Gebäudes menschlicher Wissenschaft sei».

Der Diskurs verliert sich nun keineswegs im Spekulativen, sondern geht auch auf das konkrete Geschäft der Erziehungsräte ein, gestützt auf die amtlichen Instruktionen:

«Also nicht Verfeinerung, nicht Aufklärung, nicht Schöpfung einer Denk- oder Sprach- oder Arbeitsmaschine, nicht Bildung, sondern Ausbildung des Menschen wird Euer Geschäft sein. Deswegen forderte der Beschluss des Vollziehungsdirektoriums, welcher den Erziehungsräten das Dasein gegeben hat, dass sich in diesen Versammlungen Repräsen-

tanten aller Kunst und Wissenschaften, aller Kulturbedürfnisse befinden, um keines ausschliessend und mit nachteiliger Vorliebe für die andern zu befriedigen.»

Stapfer vertieft allerdings diesen Gedanken noch und malt das harmonische Bild einer Kulturelite:

«Die Erziehungsräte sind blos Keime künftiger Stellvertreter aller Wissenschaften und Fertigkeiten des gebildeten Menschen, welche nur dann sich zu schönen Blüten entfalten und zu reifen Früchten emporwachsen werden, wenn die Kultur unserer Nation so weit gediehen sein wird, dass sich Landwirte, Künstler, Handelsleute finden und in den Erziehungsrat sitzen, die mit der Kenntnis ihres besondern Erwerbszweiges oder Lieblingsfaches eine Übersicht des ganzen Feldes menschlicher Wissenschaft verbinden.»

Damit gedachte er dem Einwurf zu begegnen, wie denn Kollegien, aus so verschiedenartigen Elementen zusammengesetzt, dem gelehrten akademischen und dem Schulunterricht vorzustehen vermöchten. Doch noch wichtiger schien ihm, auf die widersprüchliche Reaktion zu antworten, die Instruktionen für Erziehungsräte und Schulinspektoren griffen zu hoch und seien demnach undurchführbar. Einerseits warnte der Redner vor zu hohen Erwartungen, ermutigte jedoch andererseits auch die Niedergeschlagenen und verwies auf die Schwierigkeit, angesichts der Verschiedenheit des Landes in Kultur, Aufklärung, Bildungsmitteln sowie der Stimmung des Volkes die Anweisungen so abzufassen, dass sie auf diesen oder jenen Kanton genau passten. Aus diesem Grund sei ein Ideal aufgestellt worden, dem sich die Verantwortlichen annähern könnten und sollten. An dieser Stelle steht sein idealistisches Bekenntnis:

«Jede Norm muss etwas Idealisches enthalten, dem man sich nur stufenweise annähern kann, so lange uns so viele Schranken umringen, aber auch annähern soll, sobald man sich ihrer Vortrefflichkeit und seines Menschenwertes bewusst ist. Noch weit mehr idealische Forderungen muss ihrer Natur nach eine Vorschrift für Erzieher und Pflegeväter der Erzieher enthalten. Denn sie betrifft ja gerade die Perfektibilität des Menschen, die Möglichkeit seiner Veredlung ins Ungemessene, das heilige Dunkel, worin seine beschränkte sinnliche Natur sich mit dem Unendlichen auf eine ewig unerforschliche Weise gattet. In dieser heiligen, geheimnisvollen Werkstätte, auf diesem Isthmus zweier Welten, der wirklichen und der noch zu schaffenden, steht der Erzieher und der, welcher für denselben Entwürfe macht. Wie könnten sie anders als ins Grosse sehen, ins Grosse malen?»

Damit sah sich Stapfer im Einklang mit wesentlichen geistigen Tendenzen seines Zeitalters und deutete dies auch an:

«Wenn unser Jahrhundert sich durch einen Vorzug vor andern auszeichnet, so ist es der, dass seine Weisen das idealische Gemälde der Mensch-

heit zu deutlichen Umrissen gebracht haben. Es verdient das Jahrhundert der Ideale genannt zu werden. Durch Winkelmann wurde das Ästhetische aus den Gräbern und Ruinen des Altertums wieder aufgeweckt. Kant hat das Moralische aus der Verworrenheit, worin es im sittlichen Bewusstsein lag, herausgewickelt und in erhabnen Umrissen gezeichnet. Condorcet, von der Perspektive, welche die Revolution ihm eröffnete, begeistert, das Historische entworfen und dem Menschengeschlecht seinen Horoskop gestellt.»

Von da aus lenkte Stapfer den Blick zurück auf den eigenen Staat und deutete seinen Zuhörern aus diesem geistigen Zusammenhang die ihn persönlich leitenden Ideen:

«Von solchen Ideen angefüllt, mit dieser Aussicht im Auge, die Hand auf eine Constitution gestützt, welche die moralische Veredlung zum Zweck des Staates macht und den geistigen Wert des Menschen höher schätzt als seine äussern Güter, vom Gefühl des unschätzbaren Menschenwertes durchdrungen, Achtung für das, was tätige Männer auszuführen vermögen, in der Brust, das Vaterland im Herzen, im Angesicht des Urteils der Zukunft und aller Hülfsmittel der Gegenwart – mit so schönen Farben, auf einer solchen Tafel können Vorbilder, die man für den Gebrauch des gebildetsten und edelsten Teils einer Nation entwirft, unmöglich klein und schwach ausfallen!»

Solcherweise unterstrich der Erziehungsminister den idealischen Sinn seiner für die pädagogischen Mitarbeiter im ganzen Land erlassenen Normen. Damit rief er sie zur Pflicht auf. Nach ihm sollte sich die Revolution durch ihre Bildungsanstalten vor aller Welt rechtfertigen. Mehr noch: Am Schluss steht der originelle Einfall – auf eine Anregung des französischen Ministers Talleyrand hin schon in den Organisationsplan für sein Departement aufgenommen –, die Verwaltung des Erziehungswesens könnte künftig zu einer eigenen, selbständigen Gewalt im Staat erhoben werden:

«Ihr seid vielleicht der Kern einer künftigen besonderen Gewalt im Staate, welche die Nationalkultur, einen ins Unendliche wuchernden Teil des Staatsvermögens, ebenso unabhängig besorgen wird, als die Gesetzgeber, die richterliche und die vollziehende Gewalt die übrigen Teile des Volksinteresses verwalten.»

Und an die anwesenden Regierungsmitglieder und Parlamentarier gewendet:

«Aber in Folge eben dieser Betrachtungen lade ich dann auch die hier gegenwärtigen Vorsteher und Gesetzgeber der helvetischen Nation ein, die Dringlichkeit der gesetzlichen Organisation des Erziehungswesens zu beherzigen und die Forderungen der Nation, die Stimme aller Menschenfreunde und ihrer Pflicht recht bald zu erfüllen.»

Den Kritikern am begonnenen Werk hielt er schliesslich noch entgegen:

«Hingegen erinnere ich alle Unzufriedenen und Tadler daran, dass die-

ses Werk ungeheuer, dass die Folgen von jahrhundertlanger Nachlässigkeit nicht in Monaten gehoben werden können, und dass man in Revolutionszeiten so viele Klagen deswegen hört, weil man alle Übel aufdeckt und alle Gebrechen der Menschheit mit ihren Idealen vergleicht.»

So endet das rhetorische Glanzstück vor den Repräsentanten der jungen helvetischen Republik. Stapfers Rede steht in innerem Zusammenhang mit jener schon mehrfach erwähnten Ansprache von 1792 vor den patrizischen Honoratioren und Zöglingen Altberns, betrachtet man das ihm beide Mal vorschwebende Ziel.[26] Hatte es der junge Professor im bernischen Politischen Institut unternommen, die zur Menschenbildung wirkenden Gesetze «aus der Natur der menschlichen Seelenvermögen, mit beständiger Hinsicht auf die Erziehungsgeschichte des edlern Theils unserer Gattung im Grossen, abzuziehen» und seine Schlussfolgerungen in eine Apologie für das Studium der klassischen Antike einzukleiden, so weitete sich 1799 für den helvetischen Erziehungsminister die Perspektive auf die ganze Nation und die jedem ihrer Teile angemessenen Bildungsmittel aus. Hier wie dort aber stand sein Hauptgrundsatz fest, «den Gesetzen der reinen praktischen Vernunft Eingang in das menschliche Gemüth, Einfluss auf die Maximen desselben und Alleynherrschaft bey allen Entschliessungen des Willens zu verschaffen». Dieser Ethiker im Geiste Kants fühlte sich berufen, nach der äusseren politischen Wende in einer Kraftanstrengung sondergleichen die Menschen auch innerlich zu wandeln. Man begreift, dass er angesichts dieses immensen Anspruchs den Grundsatz aufstellte, jede Norm müsse etwas Idealisches enthalten, dem man sich zwar nur stufenweise annähern könne, jedoch unbedingt annähern müsse, sobald man sich ihrer Vortrefflichkeit und seines Menschenwertes bewusst sei. Unzweifelhaft lebte Stapfer seinen philosophischen Glauben auf Schritt und Tritt. Das ist seine menschliche Grösse, bedingt jedoch auch die Tragik des Scheiterns. Blieb ihm auch das Schicksal Condorcets erspart, so sprach er später im Rückblick auf die Helvetik doch von seinem «but manqué». Damit ist aber etwas vorausgenommen, was dann aus dem Ablauf der äusseren Ereignisse resultierte.

VII Abseits vom Gedankenflug der Feierstunden, wie eben geschildert, häufte sich für Stapfer die mühsame Alltagsarbeit eines vielschichtigen Departements und trieb ihn zu rastloser Tätigkeit. Die Schule jedoch blieb im Mittelpunkt. Zum Schlussteil der im Januar 1799 publizierten pädagogischen Sammelbroschüre gehörte die «Nachricht über die beygedruckten Fragen an die Schullehrer» und «Fragen über den Zustand der Schulen an jedem Ort». Diese gingen im Februar als so genannte *Enquête* an alle Lehrer und Schulbehörden.[27] Der Minister erläuterte Ziel und Zweck wie folgt:

«Wenn alle jene Notizen werden vollständig gesammelt seyn: so lassen sich daraus wichtige Resultate herleiten, und dann sollen sie in gehörigen Übersichten zur Bekanntschaft des Publikums gelangen [...] Es ist übrigens klar, dass ein gehöriges Verhältnis der Schullehrer unter sich,

so wie eine wohlberechnete Vertheilung der Unterrichtsanstalten nur auf eine genaue Kenntniss des gegenwärtigen Schulbestandes können gegründet werden.»

Im Detail gehen die Fragen auf die Lokalverhältnisse jeder einzelnen Schule ein, auf den Unterricht, die Personalverhältnisse sowie die ökonomische Lage, mit dem Hinweis, die Angefragten dürften den Katalog beliebig erweitern. Die ganze Beamtenhierarchie war bei dem Prozedere eingeschaltet, vom munizipalen Agenten über die Schulinspektoren bis hinauf zu den Regierungstatthaltern.[28] Aufgrund der Flut von Antworten und Beschwerden erwies sich Pestalozzis Wort von der «Schulerbärmlichkeit» der alten Schweiz nur als allzu wahr. Begreiflicherweise setzte daraufhin der Minister alle Hebel in Bewegung, um zuallererst den Bildungsnotstand des Volkes zu beheben. Es ist nicht das geringste seiner Verdienste, die schwierigen ersten Schritte zur Reform der Pädagogik in der Schweiz eingeleitet zu haben. Dass im Frühjahr 1799 sein Erziehungsprogramm in den Köpfen wie in der Praxis Wirkung zu entfalten begann, zeigte sich, als das Direktorium den gesetzgebenden Räten im Hinblick auf die Gedenkfeier des ersten Jahrestages der Helvetischen Republik einen Lagebericht zu erstatten hatte und gedachte, «die Sprache der Wahrheit zu reden, ohne den Übelgesinnten Waffen in die Hände zu geben». Der Rapport verschwieg die düstere Finanzlage des Staates nicht, hob aber gleich zu Beginn als positive Leistung das Waisenhaus zu Stans hervor und unterstrich den Erfolg der vorläufigen Massnahmen im öffentlichen Erziehungswesen, etwa die Tätigkeit der Erziehungsräte. Zwar müssten Institute und Gymnasien noch hinter der Reform der Volksschule zurückstehen. Die Begründung dafür trägt zweifellos die Handschrift Stapfers oder seines Sekretärs Fischer:

«Es war der Würde einer Nation, die unter ihren Befreiern Landleute und Hirten zählt, angemessen, denjenigen Anstalten den Vorzug zu geben, welche den Unterricht der Gesamtheit des Volkes, der an allen andern Orten so sehr vernachlässigt wird, zum Zwecke haben. Die schönsten Collegien sieht man in den Ländern, wo die gröbste Unwissenheit das Erbtheil der untersten Volksclasse ist; wir werden uns hüten vor einem solchen Aufwande, und wenn dann reiche und mächtige Völker mit der erhabenen Pracht ihrer Anstalten prahlen, so möge der Helvetier ihnen bald antworten können: *In meinem Vaterlande gibt es niemand, der nicht lesen, schreiben und rechnen könne.*»

Keineswegs wurde aber damit der Volksunterricht demagogisch gegen die höhere Bildung ausgespielt, denn Stapfer hatte seit dem ersten Organisationsplan stets für den Aufbau einer umfassenden Nationalbildung plädiert und liess danach keine Gelegenheit aus, auch für seine Lieblingsidee, das universitäre Zentralinstitut, zu werben. Mussten demnach *Reform und Förderung der höheren Bildung* – der Bereich heutiger Mittel- und Hochschulen – vorerst hinter jenem Hauptanliegen zurückstehen, so stand sie doch auf seinem Programm. Nur ging er sie, von den

örtlich gegebenen unterschiedlichen Voraussetzungen, mit andern Mitteln und Methoden an. Im Organisationsplan von Ende Oktober 1798 schrieb er:

> «L'Organisation de tant d'écoles d'industrie et des arts, de séminaires d'instituteurs et de Lycées littéraires exige des hommes instruits et infatigables.»[29]

Wo sich bei höheren Lehranstalten – Gymnasien, Akademien – keine sofortigen Massregeln aufdrängten, blieb also der Erziehungsminister zurückhaltend und liess die geltenden Ordnungen bestehen. Diesem Grundsatz folgte auch das Direktorium im Dekret über die Einsetzung der Erziehungsräte,

> «[...] dass Schulordnungen und akademische Gesetzbücher, die an jedem Ort bis zu der Revolution in Kraft waren, sollen noch ferner in allem, was der Constitution und gegenwärtigem Beschluss nicht zuwider ist, zur Regel dienen.»[30]

In der Frage von Professorenwahlen kamen allerdings Erziehungsrat und als oberste Instanz der Erziehungsminister ins Spiel. Die hier schon mehrfach berührte Begleitbotschaft Stapfers zum Volksschulgesetz stützt die Annahme, er habe darin bewusst den Rahmen für das gesamte Bildungssystem abstecken wollen und die Bedeutung der höheren Bildung, wie folgt, deutlich unterstrichen: «Allein neben diesem allgemeinen bürgerlichen Unterricht, ist eine *gelehrte* Bildung zur Erhaltung und Vervollkommung der gesellschaftlichen Verhältnisse nothwendig.»[31] Eine zweite Klasse von Lehranstalten hätte der Gesetzgeber infolgedessen in Aussicht zu nehmen, «Anstalten zum gelehrten Unterricht oder zur *politischen* Bildung» für zukünftige Ärzte, Rechtsgelehrte, Sittenlehrer [sic!], Beamte, Künstler, Ingenieure. Stapfer bezeichnet sie als «Gymnasien», als «Vorbereitungsanstalten», in denen zum Teil die nämlichen Lehrgegenstände vorgetragen würden wie in den Bürgerschulen, «aber wissenschaftlich behandelt, aus ihren Gründen hergeleitet und mit mehr Sorgfalt erläutert». Von dieser Stufe aus richtet sich der Blick über die durch eine Reform von gewissen Aufgaben entlasteten bisherigen höheren Schulen hinaus auf die *«Centralschule»*, die *Nationaluniversität:*

> «Unglaublich viel an Zeit und Kraftaufwand wird dereinst gewonnen werden, wenn aus jenen Vorschulen oder Gymnasien alle Lehrbegriffe und Übungen verbannt seyn werden, die nicht bloss vorbereitend sind, und wenn alle angewandten Wissenschaften für den höheren Unterricht einer Centralschule aufbewahrt werden.»

Bekanntlich nahm Stapfer für die Idee einer nationalen Hochschule von verschiedenen Seiten her Anregungen auf, sei es in Paris, sei es von schweizerischen Bildungsreformern, wie beispielsweise von Johann Samuel Ith.[32] Jedoch eigenständig durchdacht und auf seine Zielsetzung hin ausgerichtet, kam sein Projekt in vorläufigen Umrissen in die Botschaft zum Schulgesetz hinein.[33] Da erscheint die kühne Vision von einem «allumfassenden Institut» der verschiedensten Forschungsrichtungen im enzyklopädischen Sinn des 18. Jahrhunderts, «das durch die vereinten Nationalkräfte von den reichsten Hülfsmitteln umringt würde».

«Aus dieser Anstalt ginge ein Ausschuss der fähigsten und verdientesten Männer hervor, welche ganz den höhern Wissenschaften und der Erweiterung des Gebiets menschlicher Einsicht und Kunstfähigkeit lebten.»

Diesen Gedanken überlagert aber zugleich eine von patriotischem Pathos getragene staatspolitische Zielsetzung. So verschmelzen bei ihm ethisch geprägter philosophischer Weltbürgersinn und Nationalgefühl. Denn die bisherige unglückliche Trennung der Kantone, der Geist von Ausschliessung und Eigennutz fordern nach ihm eine öffentliche, allgemeine und gleichförmige vaterländische Erziehung. Unter den Augen der Nation werden die in die Zentralanstalt eintretenden jungen Helvetier – Unbemittelte auf Staatskosten – zu ihrer Bestimmung heranreifen, sollen mit Kommilitonen der verschiedensten Kantone und Kulturgrade freundschaftliche Gefühle pflegen und die neuen Grundsätze in die entlegensten Täler des Vaterlandes tragen. Allerdings wäre es irrig, hier von doktrinärer Staatserziehung zu sprechen. Stapfer müsste nicht ein Jahrzehnt zuvor die von Gedankenfreiheit geprägte Atmosphäre der Göttinger Universität und in London die Liberalität des englischen Lebensstils erlebt haben. Sein Sinn stand eh und je nach einer ethisch fundierten, offenen Bildung. Nicht umsonst auch seine kategorische Feststellung, die so genannte technische Bildung müsse moralischen Gesetzen unterstehen; «Bildung ohne Veredlung ist nur die Hälfte der Erziehung». Als Erziehungs- und Kulturminister betrachtete er das Nationalinstitut übergreifend als Brennpunkt der intellektuellen Kräfte des Landes, als Verschmelzungsmittel seiner noch immerfort bestehenden einzelnen Völkerschaften und zugleich als Stapelort der Kultur der drei gebildeten Völker, deren Mittelpunkt Helvetien ausmache. Stapfer liess durchblicken, wie viel schon gewonnen wäre, wenn die Legislative sich durch eine Absichtserklärung zur Gründung eines Nationalinstituts bekennen würde, wie sie das bereits für das in seinen Organisationsplänen vorgeschlagene Büro für Nationalkultur getan hatte.

Abschliessend ist zu sagen, dass zwar das Direktorium sich im Februar 1799 zu einem Vorstoss zugunsten eines Zentralinstituts bewegen liess, jedoch von der Legislative aus finanziellen Bedenken abgewiesen wurde. Vergeblich die beschwörenden Worte des federführenden Erziehungsministers:

«Schon bestehen die Bestandtheile zur Gründung des Instituts; sie liegen aber zerstreut, abgesondert und unfruchtbar. Es ist wirklich weniger darum zu thun, [sie] zu erschaffen, als sie in ein einfaches System zu vereinigen und ihren Einfluss in Wirksamkeit zu setzen.»[34]

Der Grosse Rat verweigerte die Dringlichkeit zur Behandlung und beschritt den Schneckengang über die Unterrichtskommission. In den Aufschiebungsvoten spiegelt sich die düstere Lage des drohenden Kriegs: Es gäbe jetzt dringendere Mittel, die Revolution zu schützen: die Armeen ... «Die erste Stufe eines neuen Staates soll militärisch sein, um sich Respekt und Sicherheit von aussen zu verschaffen.» Stapfer hingegen hielt auch als Gesandter in Paris und während der nachhelvetischen Zeit an diesem bildungspolitischen Postulat fest. So mag zum

Schluss denn angemerkt werden, wie er sich gegen Ende seines Lebens in der Studie zur Geschichte Berns die Problematik einer schweizerischen Nationaluniversität nochmals in Erinnerung rief. Er schrieb im Jahr 1835:

> «Où et comment établir en Suisse une véritable université, avec les moyens extrèmement bornés dont disposent les cantons isolés? Comment surtout espérer que des confédérés rivaux, jaloux même, l'un de l'autre, et divisés de religion comme de principes en matière de gouvernement, acceptassent l'université qui leur serait offerte par un co-état, fût-elle riche en hommes distingués et en trésors littéraires et scientifiques?»

Seiner Meinung nach wäre in der Helvetik die Nutzung der schon bestehenden Struktur einer Universität – er dachte an Basel – ein praktisch gangbarer Weg gewesen, und die Regierung habe dies auch erwogen. Die oben erwähnten Hindernisse und vor allem die ungünstigen äusseren Umstände hätten jedoch dagegen gestanden. «L'ouragan de la révolution et les fléaux de la guerre ne permirent pas au directoire unitaire de donner suite à son projet.»[35]

VIII Die Weigerung der Legislative verunmöglichte es zwar dem Erziehungsminister, ein Gesamtkonzept für die höhere Bildung anzugehen. Dennoch gestatteten ihm direktoriale Dekrete, einzelne wegweisende Reformen einzuleiten, so etwa bezüglich des Lateins als Unterrichtssprache. Am 20. Mai 1799 verfügte Stapfer, an den Gymnasien und Akademien das Latein in den philosophischen, theologischen, mathematischen und physikalischen Vorlesungen durch die Muttersprache zu ersetzen und diese damit zum wissenschaftlichen Werkzeug zu erheben.[36] Nur in den Fächern der alten Philologie sollte es beim Lateinischen verbleiben, und den mehr als 50-jährigen Lehrern sei der Sprachwechsel zu ersparen. Für Stapfers Argumentation, die humanistische Bildungssprache auf ihr Kerngebiet einzuschränken, spielte es offenbar keine Rolle, dass er selber seit Studienzeiten Latein meisterhaft sprach und schrieb.[37] Er schöpfte aus eigener Erfahrung an der Berner Akademie und hernach aus der persönlichen Begegnung mit dem berühmten Humanisten Heyne in Göttingen, der modernsten deutschen Universität. Mit leiser Ironie hatte er damals im Herbst 1790 auf seiner Reise zu den Bildungszentren Hollands in sein Tagebuch notiert, dass prominente Theologen der älteren Generation «Entsetzen und Grausen» empfanden, als er ihnen aus Göttingen berichtete, der Altphilologe und Archäologe Heyne halte seine Collegia auf Deutsch. Seine Reformvorschläge für die schweizerischen Lehranstalten galten also der Loslösung des Unterrichts aus erstarrten Formen.[38] Er leitete seine Eingabe an das Direktorium ein wie folgt:

> «Un grand abus existe encore dans les académies helvétiques, et c'est avec une opiniâtré singulière que les vieux professeurs s'obstinent à la maintenir: c'est l'usage du latin au lieu de la langue maternelle pour l'enseignement des sciences. Les inconvénients qui en sont la suite, sont

aussi nombreux qu'ils sont funestes aux lumières et aux progrès des élèves. D'abord l'écolier a double difficulté à vaincre dans l'étude des sciences, celle de l'idiome et celle de la chose [...].»[39]

Dann erklärte er, dem Fortschritt der Wissenschaften in Frankreich, Deutschland und England gegenüber seien die Akademien Schwedens, Spaniens, Hollands und Italiens und der Schweiz, Genf ausgenommen, im Rückstand. Sollte die Abschaffung des Lateins als Unterrichtssprache Befürchtungen eines gänzlichen Verschwindens aus den akademischen Studien wecken, so halte er dem entgegen, dass nun gerade in Deutschland das Studium der alten Sprachen aufblühe und gar ein dem Augusteischen Zeitalter würdiges Latein geschrieben werde. Den konkreten Anträgen für das Dekret schickte er noch eine sprachpolitische Überlegung voraus:

«Je crois que l'introduction de la langue maternelle dans nos collèges d'autant plus importante que notre jargon a besoin d'être épuré, enrichi et remplacé peu à peu par un langage régulier et digne d'un peuple civilisé et libre. Or cela n'arrivera qu'à l'aide de l'instruction publique.»

Hier bezog sich Stapfer auf seine eigenen Lehrerfahrungen am altbernischen Politischen Institut, wo er Stilübungen an zeitgenössischen deutschen Schriftstellern eingeführt hatte. Darum schlug er jetzt vor, dass man auf den Akademien, Gymnasien und in den Klosterschulen sich der Muttersprache, im deutsch redenden Teil Helvetiens der so genannten hochdeutschen Mundart oder der aus den klassischen Werken der deutschen Schriftsteller bekannten Schriftsprache bediene. Jedoch solle man, ohne in Ängstlichkeit und übertriebenen Reinigungseifer zu verfallen, so viel als möglich ursprünglich deutsche Ausdrücke gebrauchen. Diese und andere Verfügungen vermochten allerdings in der Praxis nur allmählich Fuss zu fassen.

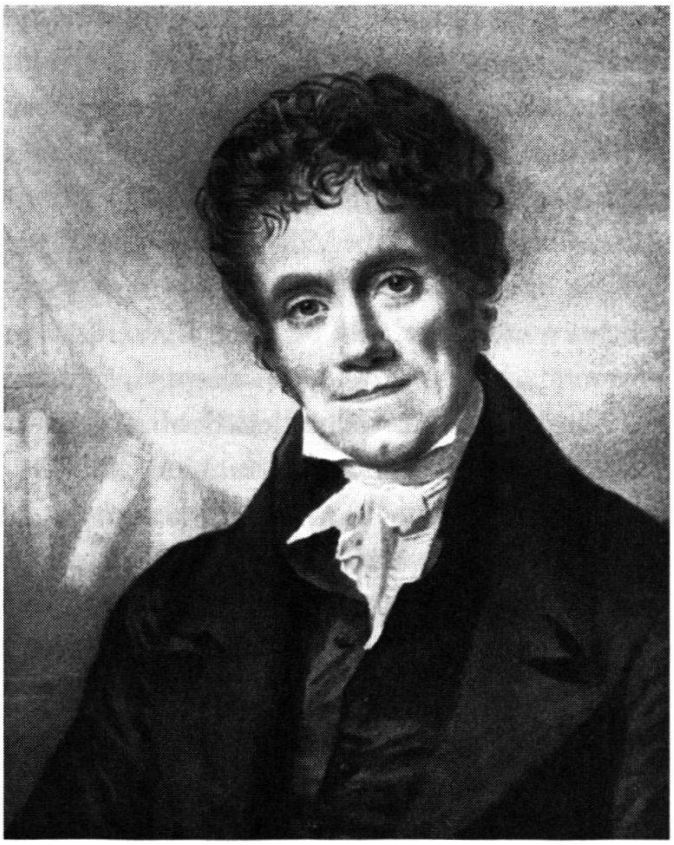
Zu solchen bildungsplanerischen Einzelschritten gehörte auch die mit der Volksschulförderung eng verbundene *Lehrerbildung*. Vom Regierungssitz Luzern aus spannten sich um die Jahreswende 1798/99 Fäden nach allen Richtungen. In den amtlichen Akten und Stapfers persönlicher Korrespondenz tauchen Pläne auf von Lehrerbildungsanstalten in den Klöstern Einsiedeln, St. Urban, Beromünster und Brig. Das umfassendste Programm, verbunden mit einem praktischen Versuch, ging jedoch von seinem Bürochef Johann Rudolf Fischer aus, der, ganz erfüllt von dieser Idee, sechs oder sieben Seminarien für ganz Helvetien plante. Er selber gedachte auf Schloss Burgdorf eine so genannte Normalschule als Pionieranstalt zu führen. Der Minister war sich der Bedeutung dieses Unternehmens für das ganze Volksschulwesen bewusst und setzte beim Direktorium und der Legislative alle Hebel in Bewegung, «dass man unser Volk nur durch Fakta, durch aufgestellte redende Beispiele eines bessern Unterrichts für denselben interessiren könne». Bürger Fischer erhielt zwar den Beifall der Direktoren, jedoch des alles überschattenden Kriegselends wegen keine ausreichende finanzielle Unterstützung zur Ausbildung einer ersten Quote von acht Zöglingen. Das zermürbende Seilziehen

dauerte vom Sommer 1799 bis über den ersten Staatsstreich und den Sturz des Direktoriums im Januar 1800 hinaus. Doch alle Beredsamkeit Stapfers konnte nicht verhindern, dass der in den ökonomischen Ruin getriebene Pionier Fischer seinen Versuch in Burgdorf abbrechen musste. Für den gesundheitlich Gebrochenen holte er wenigstens eine bescheidene Entschädigung heraus und übertrug ihm vor seinem frühen Tod nochmals den ehemaligen Posten im Ministerium. Stapfers bitteres Schlusswort in dieser Sache sagt mehr aus über die Situation jener «eisernen Zeit» als noch so viele direktoriale Erlasse und parlamentarische Debatten:

> «Quelque plaisir que j'eusse à voir rentrer le citoyen Fischer dans mon bureau, j'aurais encore plus de chagrin de voir s'évanouir l'espérance d'organiser par le moyen de son zèle et de ses talents un établissement dont la nécessité m'est démontrée. Vainement on fera les plus magnifiques projets d'éducation, vainement on concevra les plus séduisants projets d'amélioration des écoles et du sort des instituteurs, vainement le gouvernement fera rédiger par d'excellents maîtres les meilleurs livres élémentaires, les plus sages instructions pour les régents, s'il ne prend pas en même temps soin de les former par un bon enseignement normal et pratique. Je ne crains qu'une objection qui n'est, hélas, que trop forte par les circonstances. Pourquoi fonder de nouveaux établissements quand on n'a pas de quoi soutenir ceux qui existent?»

Wie hätte der helvetische Erziehungsminister auf der Suche nach Mitarbeitern für die fast übermenschliche Aufgabe der Volkserziehung nicht auch auf *Heinrich Pestalozzi* stossen müssen? Der früher geschilderte misslungene Versuch mit ihm als Redaktor des «Helvetischen Volksblatts» beirrte ihn nicht. Wer weiss, wie die Lebenslinie des grossen Erziehers verlaufen wäre, hätte Stapfer kraft seines Amtes nicht bewirkt, dass er zuerst in Stans und danach vom Sommer 1799 an in Burgdorf seine Erziehungsgrundsätze entwickeln und erproben konnte.[40]

Auf Schloss Burgdorf knüpfte er gewissermassen an das Werk Fischers an. Die Offenheit, mit der Stapfer auf die ihm eingereichten Pläne des von vielen verkannten Genies einging, das feine Sensorium für deren Bedeutung, auch zu Nutzen der eigenen Zielsetzungen, schufen zwischen den beiden Männern ein besonderes Verhältnis. Solange der Minister den Erzieher dank seiner Amtsstellung zu fördern oder, wo nötig, in Schutz zu nehmen vermochte, geschah dies ohne Einschränkung. Er half ihm über Krisen hinweg, vermittelte den Schutz seiner Autorenrechte sowie die Förderung durch die Magistratenfamilie Schnell in Burgdorf, voran durch seinen Schwager Professor Samuel Schnell. Eine besondere Geste für Pestalozzi war die auf Stapfers Initiative gegründete «Gesellschaft von Freunden des Erziehungswesens».[41] Am 18. Februar 1800 stellte der Minister der neuen Zentralbehörde die Bedeutsamkeit der von Pestalozzi in Burgdorf entwickelten Methode zur Alphabetisierung vor Augen und unterstrich damit, dass er nicht bloss als bürokratischer Verwalter seines Departements fungierte, sondern als sachkundiger Experte des Erziehungwesens urteilte. Er schrieb:[42]



Philipp Albert Stapfer als Minister. Portrait von Amélie Munier-Romilly.

> «Pestalozzi a donné à sa méthode de lecture que d'écriture élémentaire des avantages qu'on chercherait vainement ailleurs. Je connais assez les essais d'amélioration de nos philosophes pédagogues, ceux de Locke, de Vallange, de Cherrier, de Diderot, de François de Neufchâteau, de Campe etc. Mais la manière de Pestalozzi me paraît être et plus économe de temps et plus féconde en résultats heureux pour le développement de l'intelligence des enfants auxquels il l'applique. L'expérience a d'ailleurs conformé la théorie. Les écoliers de Berthoud avec lesquels il fait des essais psychologiques ou pédagogiques, depuis l'été passé jusqu'à ce jour, ont appris en beaucoup moins de temps et beaucoup mieux ce qui coûte ordinairement aux enfants un espace de temps du triple plus long et infiniment plus de peine.»

Zugleich beschwor er die Exekutive, Pestalozzis grosses Talent richtig zu würdigen, sprach von «cet unique homme» und von den «Vertus d'un vieillard dont le sang glacé n'a pu éteindre l'ardeur pour l'amélioration du sort de ses semblables et dont le cœur, au sein de l'hiver de la vie, est dévoré du désir d'être utile et brûle du saint amour de l'humanité».

Die Hochschätzung Pestalozzis kam bei Stapfer aus tiefer Überzeugung. Er blieb mit ihm auch als Gesandter in Paris nach 1800 verbunden, zog dessen Me-

thode bei der Erziehung seiner eigenen Söhne zu Rate und warb in Frankreich für Pestalozzis Werk. Dessen bildhaftes Dankeswort, Jahre danach, bleibt unvergessen: «Ich stand da wie ein verlohrner Stein in der Wüste. Sie berührten ihn mit Ihrem Ministerstab und eine Quelle Wasser floss aus meinem dürren Sand, die ich selber nicht in meiner Tiefe ahndete.»[43] Die schlichte Antwort des Angesprochenen lautete: «Möge unser Staat viele solche Männer besitzen; uns kömmt es zu, sie zu berufen.» Wie ernst Stapfer diese und seine andern Amtspflichten nahm, erhellt aus dem Bisherigen und wäre noch vielfach zu belegen. Wie menschlich sein Herz in allem Geschäftsdrang schlug, beweist, dass er auch die Förderung der körperlich Behinderten in seinem Bildungsprogramm nicht vergass. Auf dieser Ebene mitmenschlichen Fühlens, ihres Ethos, begegneten sich die beiden nach Alter, Herkommen, Bildungsgang und persönlicher Erscheinung so verschiedenen Persönlichkeiten Stapfer und Pestalozzi. Doch wer hat den genialen Erzieher so früh und so richtig erfasst und gewürdigt wie der helvetische Erziehungsminister?

IX Es lässt sich nicht leicht festlegen, wie weit Stapfer das unternommene Erziehungswerk voranbrachte. Tatsache ist, dass viele in ihm den Garanten dafür sahen, dass nicht chaotische Zustände überhand nahmen. Planend aufbauen und rettend bewahren, das war der Inhalt rastloser Tätigkeit, die an weiteren kulturellen Zielsetzungen und namentlich im Kultuswesen noch zu zeigen sein wird. Wie der Historiker Anton von Tillier um 1840, also aus weit kürzerer Distanz zum Geschehen als die spätere Geschichtsschreibung, für das Jahr 1799 Zwischenbilanz zog und Stapfers Wirken würdigte, ist jedenfalls von Interesse:

> «So suchte ein edler, geistig und sittlich hochstehender Mann dem von den Franzosen in rascher Gewalt zusammengetriebenen Körper eine Seele einzuhauchen, die ihn zu einem schönern Dasein befähigen möchte, als es wohl im Augenblicke des Ausbruchs eines alle Leidenschaften und Vorurtheile von Neuem in Gährung bringenden Krieges erwartet werden konnte, der die ohnehin übel zusammengefügten und auf alle Weise unzusammenhängenden Theile des Ganzen noch mehr auseinanderreissen würde.»[44]

War es Absicht oder Zufall, dass das Direktorium in jenem in anderem Zusammenhang schon erwähnten, auf Verlangen der gesetzgebenden Räte am 16. Februar 1799 erstatteten Lagebericht die Fortschritte im öffentlichen Erziehungswesen zusammen mit der Hilfsaktion Pestalozzis für die Waisenkinder in Stans an die Spitze stellte?[45] Vielleicht lag der Exekutive daran zu zeigen, wo der junge Staat bereits vorangekommen war. Der Minister selber hatte bereits im Januar in der Vorrede zu den gedruckten Instruktionen für die Erziehungsräte, ohne Eigenlob, über das bisher von ihnen Geleistete grosse Zufriedenheit bezeugt:

> «Ich muss es daher laut sagen, dass die Thätigkeit der Erziehungsräte und ihrer Gehülfen nicht erst von der Epoche sich herschreibt, wo sie

ihre Instruktionen in schriftlichen Copien erhielten [...] In den meisten Kantonen haben sie ihre Bestimmung genau ins Auge gefasst und sich vorläufig einen Weg abgesteckt, der mir einen Beweis gab: wie allgemein die Stimmung sey, die bisherige Vernachlässigung der National-Erziehung zu verbessern. Ich habe viele Belege erhalten, dass wirklich schon durch sie manche bessere Keime erhalten, andre entwickelt worden sind.»[46]

Man mag sich vorstellen, wie das grosse Werk der helvetischen Volkserziehung und die Entwicklung des von Stapfer so dringend angestrebten, ethisch ausgerichteten esprit public sich ungestört hätten entfalten können, wäre nicht zu diesem Zeitpunkt der zerstörerische europäische Machtkampf auf Schweizer Boden ausgetragen worden und hätte den machtlosen und ungefestigten Vasallenstaat der Franzosen in den Strudel hineingerissen. Das schon zitierte ominöse Votum in der helvetischen Legislative, die erste Stufe eines neuen Staates solle militärisch sein, bewahrheitete sich. In denkbar schrecklichen Formen überzog 1799 der Krieg unser Land und entzweite im Innern zugleich unheilvoll die Sympathisanten der beiden Kriegsparteien. Waren im Jahr zuvor die so genannten Befreier auch zu Bedrückern geworden, so verknoteten sich jetzt die Fäden zu einem unentwirrbaren Knäuel. Siegten die österreichisch-russischen Heere, so stürzte hier die politische Neuordnung mit unabsehbaren Folgen in sich zusammen. Behauptete sich hingegen das revolutionäre Frankreich, so behielt es die strategisch wichtige Schweiz in der Hand, zehrte weiterhin an deren Substanz und gefährdete damit ihren inneren Aufbau. Gerade die besten Köpfe unter den Helvetikern empfanden dieses Dilemma. Die Scharfmacher hingegen griffen in der von Misstrauen und Feindschaft vergifteten Atmosphäre zu drakonischen Massnahmen und Repressionen. Im Direktorium bestimmte Laharpe mit diktatorischen Allüren den Kurs. Als General Masséna Ende Mai angesichts der militärischen Lage die Sicherheit der auch von Volksaufständen bedrohten helvetischen Behörden in Luzern nicht mehr gewährleisten konnte, erfolgte am 31. des Monats panikartig deren Verlegung nach Bern. Wie war unter solchen Umständen noch an eine geordnete Regierungs- und Verwaltungstätigkeit zu denken? Wie Vertrauen zu schaffen beim helvetischen Volk, das nach einem Wort des Innenministers Rengger sich im Zustand eines Aufwachenden befand «und nicht weiss, was mit ihm vorgegangen ist, noch was man mit ihm vorhat»? Der an verschiedenen Orten in kommissarischen Funktionen tätige Heinrich Zschokke stellte zur Stimmungslage der Bevölkerung fest, dass die grosse Masse gleichgültig sei gegen die alte wie gegen die neue Staatsverfassung, «weil sie beider Zweck zu wenig kannte», und «weil in Helvetien kein Gemeingeist» – Stapfers esprit public! – «kein allgemeines Sehnen zur Rückkehr nach den untergegangenen Staatsverhältnissen, aber auch keine Liebe für die neue Verfassung herrschte».[47]

In der Kriegsnot und bei der inneren Entzweiung kam dem Erziehungsminister weniger die Rolle des planenden Reformers als vielmehr eines Retters und

Bewahrers zu. Die Spannungen zehrten an seiner Energie, und irgendwo fällt der Ausdruck «Stagnation» in seinem Departement. Im August 1799 veranlasste ihn die Erschöpfung aller Hilfsquellen zu einem Appell an die kantonalen Verwaltungskammern, den Lehrern und Geistlichen wenigstens das materielle Überleben zu sichern. Und zwei Monate später schrieb er dem Parlament im Klartext, die ungelöste Zehntenfrage blockiere die Besoldungen und lähme die Tätigkeit seiner Mitarbeiter:

> «Le véritable intérêt de la République et celui du directoire exige que le dernier déclare une fois, en face de la nation, que par l'abolition des dixmes sans prix de rachat suffisant, on a mis le gouvernement dans l'impossibilité et de défendre la nation et de salarier ses employés civils et ecclésiastiques.»[48]

Am Schicksal des von Stapfer als Grundpfeiler des neuen Bildungssystems betrachteten Schulgesetzes kommt die Labilität der Helvetik symptomatisch zum Ausdruck.[49] Um es abschliessend nochmals kurz nachzuzeichnen: Gleich nach Amtsantritt im Frühsommer 1798 am Regierungssitz Aarau mit dem Enthusiasmus eines Neubeginns geplant, in Luzern im ursprünglichen Wortlaut verfasst und bereits durch flankierende Massnahmen unterbaut, wurde es schon im Vollziehungsdirektorium gekürzt und verändert, von dort der Legislative zugeleitet. Hier zollte man ihm grundsätzlich Beifall, wies es aber dennoch an eine Kommission, die es verschleppte und ganz wesentlich veränderte. Schliesslich stand es ein Vierteljahr auf der Traktandenliste des Grossen Rates, der sich insbesondere über die Schulaufsicht nicht zu einigen vermochte. Sogar des Ministers wirksamstes Instrument, die Erziehungsräte, wurden in Frage gestellt. All sein Drängen auf eine baldige Lösung blieb wirkungslos und wurde unwillig vermerkt. Im November 1799 kam die Vorlage nach dem erneuten Ortswechsel in Bern vor den Senat, fand aber in seiner verkümmerten Form beim Zweitrat keine Gnade und wurde am 2. Januar 1800 verworfen. Die Vermutung liegt nicht fern, das Direktorium habe die ganze Verschleppung nicht ungern gesehen, weil es damit freie Hand für eigenmächtige Verordnungen bekam. Den Minister hingegen beunruhigte das ewige Provisorium, denn er strebte nach klaren Regelungen, um sein Werk von einer soliden Grundlage aus weiterzuführen. Das Treten am Ort im Bildungswesen bedeutete ihm verhängnisvollen Rückschritt. Enttäuschung und Bitterkeit liest man in einem freimütigen Brief an den geistesverwandten Berner Patrizier Karl Viktor von Bonstetten im freiwilligen Exil in Kopenhagen.[50] Seine Lage umschreibt er mit: «Un pauvre Ministre d'une République gueuse, d'un Clergé aux abois, d'écoles désorganisées et de bâtimens ruinés.» Und was zu tun wäre:

> «Vous avez bien raison de dire, Monsieur, que l'instruction publique, son amélioration et ses progrès seroient les seuls moyens de nous indemniser de nos immenses pertes. Mais pour opérer quelque chose de bon, il faut avoir de l'argent partout et particulièrement en Suisse.»

Er lässt durchblicken, was ihn vornehmlich belastet:

> «Vous n'avez pas d'idée de l'ineptie et de la crasse ignorance de la grande majorité de nos deux Conseils.»

Dem unfähigen Bauernregiment stellte er die Forderung höherer Bildung für eine politische Elite gegenüber, wie sie der Gruppierung der so genannten Republikaner unter den Helvetikern entsprach:

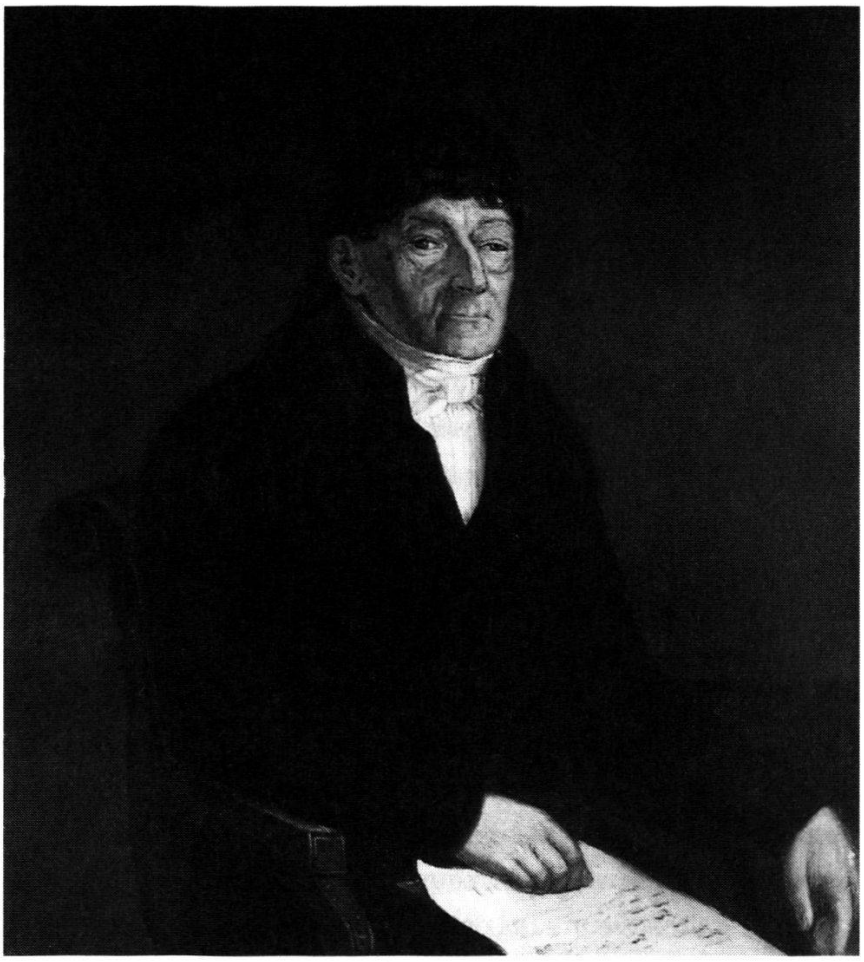
> «Mais c'est à quoi nos soulliers ferrés dans les deux Conseils ne consentiront. Ce seroit une épouvantable Aristocratie de lumières qu'on abhorre beaucoup plus encore que les autres espèces d'Optimatisme.»

Damit umschrieb er nicht nur seine eigene Lage, sondern zugleich den im Grunde unüberbrückbaren Gegensatz zwischen den treibenden politischen Kräften in der Helvetischen Republik, zwischen den philosophisch gestimmten aufklärerischen Reformern, «Republikaner» genannt, und den ressentimentgeladenen, radikal gesinnten «Patrioten». Er selber war den freiheitlichen Idealzielen verpflichtet.

1.4 Im Schatten des Kriegsjahres 1799

Aus Stapfers persönlichem Umfeld zu Luzern. Rückwirkungen der Kriegsereignisse. Die Geburt des Sohnes Charles-Louis. Die Verlegung des Regierungssitzes nach Bern. Krisenstimmung im Vorfeld des ersten Staatsstreichs und Stapfers Lagebeurteilung.

I Sucht man nach näheren Angaben über Stapfers Privatleben in dieser bewegten Zeit, so stösst man praktisch ins Leere. Dies gilt für den Anfang seiner Amtstätigkeit am provisorischen Regierungssitz Aarau wie auch für die anschliessenden acht Monate in Luzern und die erneute Dislokation nach Bern Ende Mai 1799. Hinter der Fülle der ministeriellen Amtsdokumente kommt der spontane persönliche Briefverkehr zum Erliegen.[1] Es wäre natürlich von Interesse zu erfahren, wie sich beispielsweise seine junge Gattin aus Paris in den helvetischen Kleinstädten zurechtfand und mit den Turbulenzen der Ortswechsel fertig wurde. Doch fehlen nähere Angaben über den ministeriellen Haushalt. Dass sich mit andern Ministern und deren Familien freundschaftliche Beziehungen anbahnten, geht aus deren Korrespondenzen hervor. Diese Kontakte überdauerten die Helvetik, so die Verbindung mit dem Innenminister Albrecht Rengger (1764–1835). Und mit dem Familienkreis des Justiz- und Polizeiministers Franz Bernhard Meyer von Schauensee (1763–1848)[2] aus der Reformergruppe luzernischer Patrizier war er zudem noch aus andern Gründen vertraut. Dessen spätere Gattin Josephine, geborene Rüttimann aus bekannter Magistratenfamilie, pflegte nämlich mit Stapfers Schwester Louise (1769–1816) seit den frühen 1790er-Jahren eine schwärmerische Jugendfreundschaft.[3] Am Anfang führte Justizminister Meyer in Aarau stellvertretungsweise Stapfers Departementsgeschäfte. Er ist es, der gesellschaftlich-kulturelle Impulse unter Beizug von Frauen in die Führungskreise der Helvetiker hineinzutragen hofft. So schrieb er im Mai 1798 seiner Gattin, die in Luzern ihre Niederkunft erwartete, er werde danach in Aarau eine geeignete Wohnung suchen.[4] Und: «La société sera autant plus agréable que nous aurons Madame Finsler,[5] Madame Steck[6] [...] Mademoiselle Stapfer[7] etc. etc. Cette société avec l'aide d'autres femmes formera une école de culture, qui est prêt à tomber sous la durticité, formera les legislateurs à se respecter et sera un delicieux délassement à l'homme d'état. Il est vrai que tout cela auroit pu se faire aussi chez nous.» Mit dem Wechsel des Regierungssitzes nach Luzern rückte dies ein paar Monate später in Reichweite, sofern dann die Hektik des Jahres 1799 ungestörte Geselligkeit überhaupt gestattete. Die Korrespondenz der Ehegatten Meyer von



Franz Bernhard Meyer von Schauensee (1763–1848), helvetischer Justiz- und Polizeiminister. Ölbild aus der «Potraitgallerie merkwürdiger Luzerner».

Schauensee wirft ein paar interessante Streiflichter auf diese Vorgänge sowie auf ihre häuslichen Dispositionen. Es war vorauszusehen, dass die Verlegung des ganzen helvetischen Regierungsapparats auch in Luzern zur Verknappung der Unterkünfte führen würde. Meyer ging in der Vaterstadt seinen Kollegen für passende Unterkünfte an die Hand. Frühzeitig sorgte er für den befreundeten Stapfer. «Quant à Stapfer arrêtez d'avance la maison de notre voisin Schumacher», mahnte er seine Gattin:[8] «Je t'écrirai la dessus dans ma prochaine avec plus de précision. Car depuis que Stapfer est marié, il n'est plus visible.» So weit der Hinweis auf die private Unterkunft für Stapfer und seine Gattin, die der Kollege vielleicht so kurz nach der Trauung Anfang August noch gar nicht kennen gelernt hatte.

In Luzern scheint sich Stapfers Ministerium stärker als in Aarau mit Bauaufgaben für die Zentralverwaltung befasst zu haben. Auch hier wurden andern Zwecken dienende Gebäude umgenutzt. Das Direktorium hatte seinen Sitz im ehemaligen Jesuitenkollegium. Für den Grossen Rat wurde im Ursulinenkloster

projektiert und hier und verschiedenenorts wurden Umbauten an die Hand genommen. Von einem Gesamtplan für Regierungs- und Wohnbauten wie beim Architekten Osterrieth in Aarau ist allerdings nirgends die Rede. Angesichts der leeren Staatskassen regte sich in der Legislative bald Kritik an den auflaufenden Kosten der Bauten für staatliche Zwecke. Die Kontroverse zwischen Legislative und Exekutive lässt erkennen, dass das unter Spardruck personell unterdotierte Ministerium Stapfers mit all den Umnutzungen, Zahlungen und Abrechnungen schlechterdings überfordert war.[9] Wie bereits gezeigt, stand für den Minister in diesen Monaten als Hauptaufgabe das Erziehungswesen im Vordergrund, bis der hereinbrechende Krieg alles zu überschatten begann und die kulturellen Bestrebungen stagnierten.

II Inmitten der äusseren Turbulenzen des Frühjahrs 1799, als das Schicksal der helvetischen Republik auf des Messers Schneide stand und das Direktorium mit drakonischen Massnahmen die Lage zu meistern suchte, inmitten dieser Spannungen fanden sich auch Stapfer und seine junge Gattin in schwerer Bedrängnis. Sie stand unmittelbar vor der Niederkunft. Was, wenn Luzern besetzt wurde und die Regierung fliehen musste? Es galt, die Hochschwangere in Sicherheit zu bringen. Nur war angesichts der äusseren Lage den Amtsträgern die Entfernung vom Regierungssitz streng untersagt. Ausnahmsweise bewilligte aber am 23. Mai das Direktorium ein am Tag zuvor eingereichtes Urlaubsgesuch des Ministers für eine absolut notwendige Frist.[10] Stapfers Sorge um seine in fremdem Land solcher Gefährdung ausgesetzte Gattin spricht aus jeder Zeile:

«Citoyens Directeurs!

Les circonstances dans lesquelles ma femme se trouve, me font un devoir impérieux de la conduire en lieu de sureté. Le terme de la grossesse étant très proche, si j'attends encore quelque jours, elle ne sera plus en état de quitter Lucerne, quand je me verrai peut-être dans le cas de suivre le Gouvernement. Obligée de rester sur territoire occupé par l'ennemi, elle sera séparé[e] de moi, hors de communication avec sa famille à Paris, abandonné[e] dans les momens les plus pénibles de sa vie à des étrangers et en danger d'être mise en France sur la liste des émigrés, de perdre toute sa fortune et de compromettre celle de toute sa famille.

Je me vois donc, citoyens Directeurs, bien malgré moi dans la nécessité de Vous demander un congé de quelques jours pour mener ma femme à laquelle il est impossible de se séparer de moi sans mettre en danger sa vie, dans un endroit où elle puisse accoucher tranquillement et où elle se trouve à portée de rentrer en France aprés sa convalescence. Après l'avoir mise en lieu de sureté je me ferai un devoir sacré de Vous rejoindre dans quelque partie de l'Helvétie que Vous vous trouvez. J'espère, citoyens Directeurs, que vous hésiterez d'autant moins à m'accorder ma demande que les affaires de mon département sont depuis quel-

que temps dans une grande stagnation par suite des circonstances et que mon chef de bureau ne manquera pas de Vous faire les rapports que les affaires pourront exiger.»

Der nachfolgenden Korrespondenz mit dem Direktorium entnimmt man, dass Stapfer seine Gattin aus Luzern nach Bern brachte, wo sie am 29. Mai ihren ersten Sohn *Charles-Louis* (1799–1880) zur Welt brachte. Der Minister ersuchte am selben Tag die Direktoren um eine Verlängerung seines Urlaubs, da die Wöchnerin nach einer schweren Geburt noch dringend seiner Fürsorge bedürfe:

«Ma femme venant d'accoucher ce matin après de longues et pénibles souffrances, se trouve, environnée de personnes qui lui sont absolument étrangères, dans un état de faiblesse et d'exténuation tel qu'il me seroit impossible de la quitter sans augmenter le danger de sa situation en la privant d'un des plus grands moyens du courage dont elle a besoin.»

So kommt die tiefe Sorge um seine junge Familie zum Ausdruck. Zugleich erwähnt er seine eigene angegriffene Gesundheit, Folge seiner rastlosen Amtstätigkeit:

«Je vous prie donc, citoyens Directeurs, d'ajouter à tant de preuves d'indulgence que vous m'avez données, la permission de prolonger mon séjour ici jusqu'à l'instant ou je pourrai me séparer de mon épouse avec la certitude qu'elle aura une convalescense heureuse et sans la crainte d'exposer par mon départ la santé d'une mère épuisée qui veut nourrir. La mienne est délabrée; ma poitrine est affectée; j'ai besoin de quelques jours de repos et je profiterois de la prolongation de congé que vous auriez la bonté de m'accorder, pour rétablir mes forces et pour me mettre en état de remplir ensuite avec plus d'activité et de succès les devoirs de mon Ministère.»[11]

In früheren Jahren war es Stapfer gelungen, seiner von Jugend an zerbrechlichen Gesundheit bedeutende Leistungen abzuringen.[12] Der von ihm in philosophischen Fragen beratene und ihn als Mentor schwärmerisch verehrende Berner Patrizier Ludwig Rudolf Jenner (1768–1806) bangte aber von Anfang an um seine Gesundheit unter der Last des Ministeramtes, verteidigte den Freund vehement gegen Kritiker aus Aristokratenkreisen, empfand jedoch auch das Zwiespältige der Helvetik. So schrieb er ihm am 21. März 1799 aus Bern seine tiefe Sorge, «da meine erschreckte Einbildungskraft nichts sieht, als Dein endliches Unterliegen entweder unter physischer Überanstrengung, oder unter den Kabalen der Bosheit».[13] Stapfers Bitte um eine kurze Ruhepause ist ein Fingerzeig dafür, wie ihn der Dienst für die Helvetische Republik auszulaugen begann. Ein Jahr später musste er um einen längeren Erholungsurlaub ersuchen.

Die persönliche Not des jungen Elternpaares Stapfer-Vincens fiel zusammen mit dramatischen äusseren Ereignissen. Die Kampffront der fremden Armeen verschob sich in jenen Tagen bis in den Raum von Zürich und Richtung Innerschweiz. Die Kohäsion im neuen Staat war am Zerbrechen. Um Abfallneigungen

vorzubeugen, verfügte die Legislative in Luzern für die eigenen Mitglieder und das Direktorium strengste Residenzpflicht und drohte, Zuwiderhandlungen als Staatsverbrechen mit dem Verlust des helvetischen Bürgerrechts zu ahnden.[14] Der französische Oberkommandierende General Masséna erteilte am 28. Mai angesichts des Vormarsches der Österreicher dem helvetischen Direktorium den Rat:

> «La prudence exige que vous transportiez de suite le siège du gouvernement helvétique et des premières autorités constituées à Berne; cette mesure est commandée par les circonstances.»[15]

Grosser Rat und Senat beschlossen daraufhin in dringlicher Sitzung die Verlegung nach Bern und beauftragten das Direktorium mit der Organisation des Umzugs. Am 29. Mai ordnete dieses die Bereitstellung der notwendigen Bagagewagen und Chaisen an. Eine Vernehmlassung der bernischen Verwaltungskammer nahm diese Meldungen mit unverhohlener Genugtuung zur Kenntnis:

> «So bemühend der Grund dieser Herreise für uns und jeden guten Bürger Helvetiens ist, so sehr gereicht es uns hingegen zum Vergnügen, daraus abnehmen zu können, dass Sie [...] die Lage und Stimmung unseres Cantons so finden, dass Sie demselben den Vorzug vor andern zu geben belieben.»

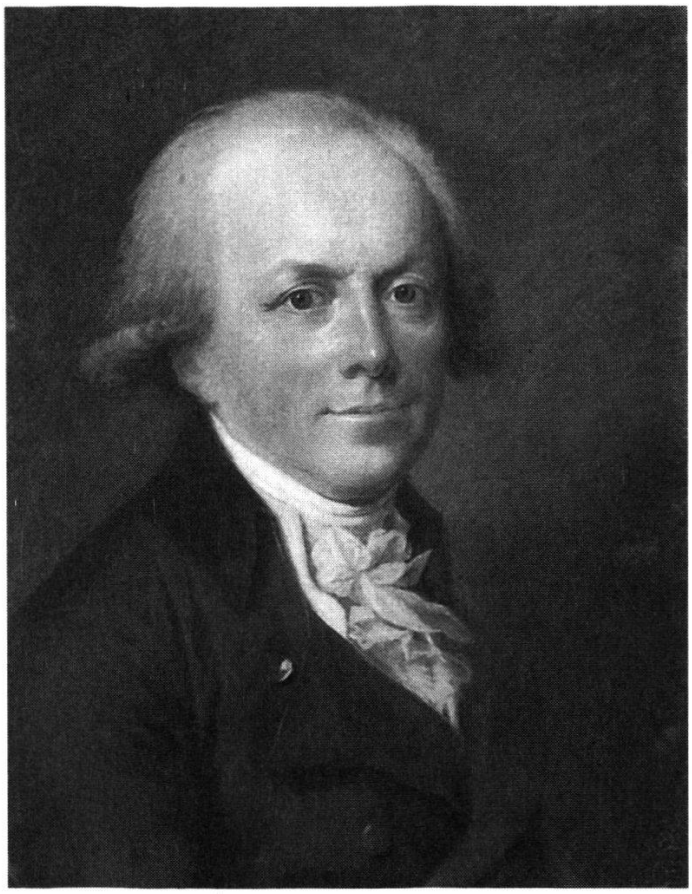
Demgegenüber stand die Enttäuschung der Luzerner Munizipalität über die verlorene Hauptstadtwürde. Der politische Schwerpunkt verlagerte sich wieder ins Zentrum eidgenössischer Politik des ausgehenden Ancien régime, für Stapfer in den Umkreis seines bisherigen Lebensganges.

III Von Bern aus konzentrierte sich natürlich vorerst die Hauptaufmerksamkeit der Regierung auf den Verlauf der Militäroperationen. Sie griff unter dem Einfluss Laharpes zu scharfer Repression gegen Opponenten, sogar zu Deportationen. Die Finanzschwäche lähmte den Gang der Verwaltung, hinderte den Aufbau einer selbständigen Militärorganisation und erschwerte die Nothilfe an die im Frontgebiet liegenden Landesteile. Wie hätte in einem solchen Klima der von Stapfer postulierte Nationalgeist wachsen, eine Nationalkultur aufblühen können? Zwar bewahrte der französische Sieg in der zweiten Schlacht bei Zürich im September und der Abzug der Österreicher und Russen die Helvetische Republik vor dem Sturz. Aber sie blieb als Vasall an Frankreich gebunden, und die inneren Spannungen entluden sich denn auch bald. Schon Ende Juni hatte Laharpe seinen Rivalen Ochs unter dem Vorwurf des Hochverrats aus der Exekutive verdrängt. Die akute Krise der helvetischen Neuordnung war unübersehbar. «Le séjour de deux armées sur notre territoire a réduit notre République à la dernière extrémité.» So charakterisierte der autoritär amtierende Direktor Laharpe die Lage in einem Bericht am 4. November 1799 und visierte mit scharfer Kritik Fehlleistungen in Regierung und Verwaltung an, in der Absicht, durch eine Reform die eigene Führungsrolle auszubauen.[16] Seltsam mutet an, dass er die damals mit unsäglichen Schwierigkeiten ringenden Minister nicht verschonte. Er ging insbe-

Frédéric-César de Laharpe (1754–1838), Direktor der Helvetischen Republik. Lithografie von unbekannter Hand.

sondere mit dem Finanzminister ins Gericht, kritisierte aber auch den Innen-, den Justiz- und den Kriegsminister, erwähnte hingegen den Erziehungsminister mit keinem Wort.[17] Dessen Departement war unter den damals waltenden Umständen freilich am wenigsten exponiert. Laharpe hatte allerdings das politische System als Ganzes im Auge und verschonte mit seiner Kritik nicht einmal den allgemein anerkannten und ihm freundschaftlich verbundenen Innenminister Rengger. Gesinnungsmässig standen nämlich die Minister Finsler, Meyer von Schauensee, Rengger, wie übrigens auch Stapfer, der gemässigten Mittelpartei in den gesetzgebenden Räten näher als dem Radikalkurs Laharpes. Dieser hatte denn auch den Bogen überspannt, und da er mit seinen Bestrebungen auch beim Brumaire-Putschisten Bonaparte nicht den erhofften Rückhalt bekam, wurde er im Januar 1800 durch den ersten Staatsstreich gestürzt und verschwand wie Ochs von der politischen Bühne. Die Folgen des Schreckensjahres 1799 markierten solchermassen den beginnenden Niedergang der Helvetischen Republik.

Wie stellte sich Stapfer zu alledem? Bei ihm ist eine gewisse Ratlosigkeit unübersehbar. Das liest sich aus dem oben bereits zitierten Brief vom 20. November



Karl Viktor von Bonstetten (1745–1832), liberal gesinnter Berner Patrizier und Kosmopolit. Pastellzeichnung von Jens Juel 1801.

1799 an Karl Viktor von Bonstetten mit dem ungeschminkten Urteil über das helvetische Parlament.[18] Eines stand fest: Das politische Schicksal des Landes war weiterhin von den französischen Machthabern abhängig. Deshalb sein Seitenblick auf den zehn Tage zuvor in Paris durch General Bonaparte vollzogenen Staatsstreich des Brumaire:

> «Si les changemens qui viennent arriver à Paris n'influent pas sur nous promptement et en faveur des idées libérales, nous sommes perdus et livrés à un régime de paysans qui ramènera les ténèbres avec la misère. Quant à moi, je Vous avoue naturellement, que j'aimerois mieux être aggrégé à quelque Empire voisin, n'importe lequel, que de jouir d'une indépendance chimérique avec cet assaisonnement de barbarie et de vandalisme. La Suisse est un morceau de dure digestion.»

Angesichts dieses Pessimismus muss man sich in die verzweifelte Lage des vom Krieg verheerten Landes zu Beginn eines Hungerwinters versetzen, sich die erschütternden Kinderzüge aus der Ostschweiz vorstellen. Alledem hatten die überlasteten Minister zu begegnen. Stapfer gesteht dem emigrierten Patrizier zu, er habe das bessere Teil erwählt:

«Vous, Monsieur, vous avez pris le bon parti de Vous soustraire au spectacle de maux qu'on ne peut soulager et pour lesquels il n'y a de remède que dans un avenir fort éloigné. On nous a passé sur le corps; le secret de la faiblesse des Suisses est découvert; on nous méprise. Nous ne pouvons désormais servir que de point de mire et de départ de tous les plans militaires qu'on voudra exécuter contre l'Autriche, l'Italie et la France.»

Das verletzte Nationalgefühl lässt hier den Verfechter eines esprit public in der Schweiz den Mangel an innerer Geschlossenheit des Landes doppelt empfinden. Bankrotte Finanzen und eine richtungslose Gesetzgebungsmaschine, «qui légisfère, légisfère, légisfère», lassen jedes Vertrauen schwinden. Daher die verzweifelte Hoffnung auf eine Rückwirkung des französischen Brumaire auf die Schweiz. Was hielt ihn überhaupt angesichts dieser Lage noch im Ministeramt?

«J'ai prévu les dégouts dont ma place m'abreuveroit. Mais je n'ai pas cru devoir m'y refuser et j'avoue que c'est particulièrement l'espoir de rendre union au Clergé et de contribuer à la conservation du Christianisme que je persiste à croire le seul moyen efficace de perfectionnement moral du peuple, qui m'a déterminé à entrer dans cette galère.»

Als er jedoch am Schluss seines Schreibens auf seine Gattin und das Kind zu sprechen kommt, hellt sich sein Blick auf:

«Si je n'étois pas embarqué dans cette maudite pièce, faisant eau de toutes parts, mon bonheur seroit parfait à tous égards. Ma femme [...] m'a donné un fils qui a bientôt six mois et qui promet beaucoup. Ma belle sœur Mademoiselle Vincent,[19] une personne infiniment aimable, est auprès de nous, et nous formons entre nous une société qui nous dispense de courir les coteries d'ici qui sont plus sombres et tout aussi ennuyeuses qu'autrefois.»

Und nun unüberhörbar die ominöse Anmerkung:

«Je suis résolu de saisir la première bonne occasion pour me retirer.»

Noch sind aber ausser dem Erziehungswesen einige gewichtige Themen in Stapfers Amtsbereich, namentlich seine Funktion als Kultusminister ins Auge zu fassen.

1.5 Helvetische Kulturpläne

Das Bureau für Nationalkultur. Literarisch-gemeinnützige Sozietäten. Die Presse als Medium. Archive, Bibliotheken, Sammlungen. Kunstförderung und Nationalfeste.

I Es wäre eine gesonderte Betrachtung wert, im Denken und Handeln der politischen Elite der Helvetischen Republik eine Nachwirkung mancher ideellen Postulate der Helvetischen Gesellschaft und anderer vor dem revolutionären Umbruch tätigen Sozietäten nachzuweisen.[1] Führende Helvetiker suchten im neuen Staat traditionelle Leitgedanken in die politische Praxis umzusetzen. Dies gilt insbesondere auch für die Stapfers Ministerium zugeteilte Bildung und Erziehung, insgesamt die nationale Kulturpflege. Er unternahm es, wie vorgehend dargestellt, die im Ancien régime etwa bei Franz Urs Balthasar oder Karl Viktor von Bonstetten noch standespolitisch auf die patrizische Führungsschicht bezogenen Bildungsgedanken auszuweiten und aus aufklärerisch-humanistischer Sicht zukünftig jedem geistigen Talent die Bahn zu öffnen. Damit suchte er im demokratisch verfassten Gemeinwesen die dafür notwendigen Institutionen zu schaffen. Die bereits vorgestellten Organisationspläne vom Sommer und Herbst 1798 lesen sich wie ein Kompendium der helvetischen Nationalkultur.[2] Nach dem bereits behandelten Bildungswesen sind nachfolgend weitere wichtige kulturpolitische Initiativen ins Auge zu fassen. Der von seiner Mission erfüllte Minister setzte für die Förderung der Nationalkultur seine ganze Leistungskraft ein. Galten die vordringlichsten Massnahmen auch dem Notstand der Volksschule, so liess er doch die Kulturpflege als Ganzes nicht aus den Augen. Er setzte ihr als Ziel die geistig-moralische Bildung des ganzen Volkes zum so genannten esprit public und rief das gesamte intellektuelle Potenzial der Nation zur Mitarbeit auf.[3] Bald nach Amtsantritt legte er im ersten Organisationsplan, dem vorgesetzten Direktorium am 8. August 1796 eingereicht, seine allgemeine Zielsetzung folgendermassen fest:

> «L'éducation qui opère sur le peuple en général peut s'appeler formation de l'esprit public et annoblissement du caractère national. Ses moyens sont les imprimeries, les fêtes nationales, les monuments des arts, les institutions républicaines, les théâtres et les journaux [...] Mais la partie la plus importante [sc. du ressort de mon Ministère] regarde sans doute l'éducation morale et comme celle cy a besoin d'idées religieuses, le culte appartient à la sphère du Ministre de l'éducation publique.»[4]

Hier ist, abgesehen vom moralisch-religiösen Schlusspassus, ein Anklang an Institutionen der französischen Direktorialregierung und an Verordnungen des Innenministers François de Neufchâteau auszumachen, mit dem Stapfer in Paris auftragsgemäss Kontakt aufgenommen hatte. Vergleicht man jedoch die Massnahmen der beiden Staatsmänner, so zeigt sich ein grundsätzlicher Unterschied. Der französische Minister übertrug nämlich seinen Departementskommissaren praktisch rein statistische Erhebungen und Rapporte über die Einstellung der Bürger, also die öffentliche Meinung, was die Verfasser des Dictionnaire critique de la Révolution française zur Bemerkung veranlasst: «C'était définir l'esprit public par l'attitude à l'égard des institutions républicaines.»[5]

Gewiss spielte dies für Stapfers Konzept vom Gemeingeist oder esprit public auch eine Rolle. Bezeichnenderweise zielte dieses jedoch, wie früher gezeigt, weit darüber hinaus und war gedanklich vertieft. Dies liest man deutlich aus dem aufgrund der ersten praktischen Erfahrungen erweiterten Ministerialplan vom 30. Oktober 1798 heraus mit dem in anderem Zusammenhang schon zitierten Kerngedanken:

> «Il n'existe pas encore *d'esprit public:* c'est à vous à le créer, Citoyens Directeurs, et mon Ministère doit être l'organe de ce grand ouvrage. Mais comment animer et diriger les forces morales de la nation, sans se saisir de tous ses établissemens d'Instruction? Comment obtenir et conserver un ascendant salutaire sur les principes et les sentimens de nos Concitoyens, si nous n'entretenons pas un commerce intime et soutenu avec l'Elite du peuple, avec les gens des lettres, les artistes et les hommes à talens de tout genre qui forment et dirigent l'opinion publique?»[6]

Damit war ein volkserzieherisches und kulturelles Programm formuliert, das weit über die politisch-sozialen Revolutionsziele hinauswies. Dessen Umsetzung gedachte er mit Hilfe eines *Büros der National-Cultur,* französisch «Bureau d'esprit public», zu vollziehen. Die beiden Begriffe fliessen ineinander, wie er dem Direktorium nachfolgend erläuterte:

> «Le Bureau de *culture national ou d'esprit public,* n'annonce pas suffissemment par son titre la nature de sa fonction: cependant elles sont tellement importantes et nombreuses, que je recommande particulièrement son organisation à vos soins, comme digne de votre sollicitude. Le Bureau serait un établissement particulier, mais qui entretiendroit des liaisons étroites avec le Ministre. Il faudroit qu'il fut administré par des hommes distingués par leurs talens et leur érudition et que le Gouvernement leur assurât une place honorable, afin qu'il put appeler à cet employ des personnes dont le mérite est reconnu.»

Der nachfolgende Gedankengang bis zum Plan eines Katasters oder einer Registratur der intellektuellen Kapazitäten im Land, die dann vom Staat einzusetzen wären, mutet allerdings utopisch an, lässt sogar staatlich gelenkte Kultur befürchten, kennte man nicht Stapfers grundsätzliche Liberalität.

«Je m'arrête crainte qu'un sujet aussi riche m'entraîne au delà des bornes de la discrétion. Il suffit de l'avoir éffleuré pour justifier à vos yeux, Citoyens Directeurs, ma demande de l'établissement d'un Bureau d'esprit public.»

Stapfers Argumente überzeugten das Direktorium. Ohne Aufschub bewilligte es am 1. November mit einer knappen Notiz die Einstellung *Heinrich Zschokkes* für diese Aufgabe.[7] So berief der Minister sogleich den unter schwierigen materiellen Bedingungen am Regierungssitz als diplomatischer Agent für Graubünden tätigen Schriftsteller und Patrioten als Organisator und Leiter des geplanten Büros für Nationalkultur. Mit sicherem Gespür erkannte und nutzte Stapfer den vielseitig Talentierten, der sich ungemein stark mit den Lebensverhältnissen seiner Wahlheimat identifizierte und ihr in der Folge und über die Helvetik hinaus grosse Dienste leistete. In seinem konzilianten Schreiben entschuldigte er sich geradezu, Zschokke nichts Besseres als eine Sekretärstelle anbieten zu können, sicherte ihm aber für das Kulturbüro freie, unabhängige Wirksamkeit zu. Er schloss:

«Wenn Sie unter dieser Bedingung [...] mir das edle Geschäft, ein biederes und bildsames Volk zum Gefühl und Genuss wahren Menschenwerts emporzuheben, erleichtern wollen, so werden Sie mit einem meiner lebhaftesten Wünsche die feurigsten ihres Herzens zugleich befriedigen.»[8]

In Zschokkes autobiografischen Aufzeichnungen, der «Selbstschau», liest man, Stapfer habe ihm «auf zarte Weise» ökonomisch helfen wollen und ihm eine Geschäftsabteilung angeboten, die noch keinen Namen hatte und die er erst selber schaffen sollte.[9] Doch habe der Minister die Wichtigkeit dieses Faches unterstrichen und ausgeführt:

«Die Franzosen haben von dem, was ich mir denke, etwas Ähnliches; sie heissen es Bureau d'esprit public. Die Aufgabe bestände einerseits darin, unsere Regierung von intellektuellen und industriellen Bedürfnissen, überhaupt vom Kulturzustand, so wie von Anzahl und Art brauchbarer, talentvoller Männer in sämtlichen Kantonen zu unterrichten. Das Alles ist uns noch ganz Unbekanntes. Andererseits sind Mittel zu suchen, die Völkerschaften der Schweiz über die Zeitverhältnisse aufzuklären, sie für das gemeinsame Vaterland zu beleben, und die politische Einigung der Kantone durch eine moralische aller Kräfte zu stärken. Bei uns ist Alles noch neu.»

Vermutlich entstand dann in Zusammenarbeit der beiden das 19 Paragrafen umfassende Reglement betitelt «Einrichtung des Bureau der National-Cultur» in deutscher und französischer Version, enthaltend die hier schon mehrfach erörterten Zielsetzungen der Bildung, Aufklärung und Veredlung der Nation.[10] So konnte Zschokke im Spätjahr 1798 am Regierungssitz Luzern dieses Volkserziehungswerk an die Hand nehmen. Aus eigenem Antrieb trat er übrigens wenige Tage nach seiner Berufung ins Ministerium mit seinem «Schweizerboten» hervor, dem

wohl erfolgreichsten Blatt jener Zeit. Gerade daran war dann zu ermessen, wie viel lebensnäher der fünf Jahre jüngere Mitarbeiter Stapfers dachte und wirkte als der philosophisch gestimmte Theoretiker. In der biografischen Rückschau äusserte Zschokke denn später auch Zweifel an den Versuchen, rein zentralistisch über offizielle Wege auf das Volk Einfluss zu nehmen.

> «Sollte eine moralische Revolution Lebenswärme in das todte Werk der politischen bringen: so musste der beseelende Hauch des Gemeingeistes unmittelbar *aus dem Volke selber* hervorgehen; so mussten die achtungswürdigsten Glieder desselben in allen Kantonen vereinigt werden, um in der lange versäumten Masse der Nation geistige Selbstthätigkeit zu wecken. Nach meiner Ansicht konnte der Anfang nur, theils durch zahlreiche Vereine in allen Landesgegenden für Gemeinnütziges, theils durch gute Volksblätter gemacht werden. *Stapfer* billigte meine Vorschläge.»[11]

Wer weiss, was ein längeres Zusammenwirken der beiden Männer erbracht hätte. Jedoch war die tiefe Besorgnis des Ministers über den hereinbrechenden Krieg nur allzu berechtigt, lähmten diese Ereignisse doch gerade auch den Aufbau der geplanten Zentralstelle für Kultur. Zschokke konnte seine Funktion bloss ein halbes Jahr bis zur überstürzten Verlegung des Regierungssitzes von Luzern nach Bern ausüben und musste sich auf Anregungen beschränken. Dann riefen ihn andere Regierungsaufträge.

Eine durch Zschokke erfolgreich in die Praxis umgesetzte Idee Stapfers war die Gründung einer *Literarischen Gesellschaft* in Luzern im Dezember 1798. Von ihr aus ging danach der Impuls für die Entstehung einer Reihe von Tochtergründungen in verschiedenen Städten des Landes, auch etwa unter dem Namen «vaterländisch-gemeinnützige Gesellschaft». In seinen Planungen hatte der Minister von solchen «sociétés libres» gesprochen, «formées par des citoyens éclairés, pour repandre les connoissances utiles et contribuer au perfectionnement des arts et des sciences». Er postulierte, solche neu zu schaffen, wo es sie noch nicht gebe, und bestehende zu regenerieren, alle aber in gegenseitige Verbindung zu setzen. Dabei erinnerte er an die vorrevolutionären Sozietäten wissenschaftlicher, technischer und gemeinnütziger Ausrichtung und stellte deren Förderung in Aussicht. Zschokke richtete als treibende Kraft die so genannte Literarische Gesellschaft in Luzern vornehmlich auf praktische und gemeinnützige Zwecke aus.[12] Hier fand sich die Elite der Helvetiker am Regierungssitz zusammen. In Zschokkes «Selbstschau» liest man darüber:

> «Luzern war in jener Zeit ein Sammelplatz vieler ausgezeichneten Männer des gesammten Helvetiens. Es gelang, die meisten derselben zur Bildung eines Vereins zu gewinnen, welcher, politischen Angelegenheiten fremd, den Namen einer *vaterländischen* oder *literarischen Gesellschaft* führen und zur Stiftung ähnlicher Vereine in den übrigen Kantonen wirken sollte. Die von mir entworfenen Statuten bezeichneten, als Zweck: Beförderung schweizerischen Gemeinsinns; Aufklärung des Volks über

öffentliche Angelegenheiten; Belebung des Kunst- und Gewerbfleisses; hinwieder, als Mittel dafür: theils Zeit- und Flugschriften und öffentliche Vorlesungen über gemeinnützige Gegenstände; theils Preisfragen, Prämien; Bekanntmachung der tüchtigsten Künstler, Handwerker, Landwirte u. s. w. und Briefwechsel sämtlicher Gesellschaften mit gegenseitiger Mittheilung ihrer Arbeiten.»[13]

Dass solcherweise in Luzern die namhaftesten Persönlichkeiten, darunter auch Minister Stapfer, an den wöchentlichen Sitzungen und Vorlesungen teilnahmen, gab dieser literarischen Gesellschaft ein besonders Profil, bis ihr der fluchtartig vollzogene Ortswechsel der Regierung angesichts der Kriegsereignisse die Substanz entzog.

Die Gewaltereignisse bewirkten zwar eine Stagnation in Stapfers Bildungs- und Kulturpolitik, doch entwicklungsfähige Keime blieben für eine bessere Zeit erhalten. Heinrich Zschokke übertrug beispielsweise die gemeinnützigen Ziele der Luzerner Literarischen Gesellschaft des Jahres 1798/99 auf die von ihm 1811 in seiner engeren Wahlheimat Aargau ins Leben gerufene Gesellschaft für vaterländische Kultur und löste in dem liberalen Helvetik-Kanton fortschrittliche Impulse aus.

Die vom Krieg verheerte Schweiz stellte damals die Behörden vor fast unüberwindbare Schwierigkeiten. Retten und Bewahren war auch Stapfers Departement aufgegeben, ohne ihm aber den Blick für Zukunftsaufgaben zu verschliessen. So war ihm etwa die Taubstummenbildung auf Anregung jenes Luzerner Zirkels eine landesweite Umfrage als erste praktische Massnahme auf diesem Gebiet wert. Er schrieb an die Regierungsstatthalter:

«Mitten unter dem Geräusch der Waffen lassen sich dennoch wohlthätige Unternehmungen, wo nicht ausführen, doch vorbereiten.»

II Für die Volksbildung kam in der Helvetik der *Presse* eine grosse Bedeutung zu. Nach Verfassung fiel grundsätzlich jede Zensurierung dahin, war doch das natürliche Recht festgelegt, das jeder auf Unterrichtung habe. Auf welchem Wege aber nun «Zeitungen für das Volk» dem Volk nahe bringen und auf diese Weise den oft angesprochenen esprit public schaffen helfen? Für den neuen Staat bedeutete es eine Lebensfrage, der namentlich auf dem Land erst mangelhaft alphabetisierten Bevölkerung Aufklärung und politische Information zu vermitteln, ihr Zögern und Misstrauen zu zerstreuen und die Ziele und Vorteile der Neuordnung zu erläutern. Regierungsfreundliche Blätter begehrten Taxbegünstigungen und Subventionen, und aus den gesetzgebenden Räten kam die Forderung nach einem Volksblatt auf Staatskosten. Nach stattgehabten Parlamentsdebatten beauftragte das Direktorium am 23. Juli 1798 den Erziehungsminister:

«de faire rédiger et imprimer sous ses yeux un Journal d'esprit public et d'instruction pour les campagnes, qui commente les lois, en fasse sentir la tendance bienfaisante, répande les idées qui inspirent l'amour de nos

institutions républicaines, et présente notre régéneration politique sous un point de vue patriotique et consolateur. Il veillera à que rien ne s'y glisse qui puisse compromettre le gouvernement, nourrir des préjugés et nuire à l'influence des autorités constituées.»[14]

Die Ministerkollegen sollten gehalten sein, ihm ihrerseits Informationen und Anregungen aus ihren Ressorts zuzuleiten. Das waren die regierungsamtlichen Leitlinien für das *Helvetische Volksblatt*. Stapfers Vorstellungen von Sinn und Zweck eines zwar staatstreuen, aber nicht zu eng an die Regierungskontrolle gebundenen Presseorgans atmen allerdings einen liberaleren Geist als die direktorialen Verfügungen und die Zensurforderungen einiger Parlamentarier. Sein Vorschlag lautete:

«Je propose donc [...] qu'il soit rédigé dans le lieu de votre résidence un Journal consacré à former l'esprit public [...] Ce journal favorisera tout ce qui agrandit la sphère de nos idées, utilise les facultés de l'homme, accélère leur développement et sanctifie leur usage.»[15]

Was Stapfer in seinem volkserzieherischen Drang dabei übersah, war, dass noch so gut gemeinte ministerielle Anweisungen an den Redaktor des geplanten Blattes auf eine mehr oder minder gelenkte Presse hinausliefen und damit zur echten Pressefreiheit im Widerspruch standen.[16] Es ist das vielleicht nicht unbegründete Zögern der helvetischen Bildungselite, dem erwachenden Freiheitsdrang im Land völlig freien Spielraum zu gewähren. Stapfer ging es zunächst eher darum, wie in der Presse der unterschiedlichen geistigen Fassungskraft der verschiedenen Bevölkerungsgruppen Rechnung zu tragen sei. Dies veranlasste ihn zum folgenden Vorschlag in seinem Organisationsplan:

«Il doit paraître à l'avenir deux feuilles, l'une pour la classe éclairée du peuple, l'autre pour la dernière et la plus ignorante; le ton, le format, le style, tout devra être analogue au goût et la capacité de cette classe.»[17]

Der Zürcher Verleger und Buchdrucker Heinrich Gessner erhielt den Auftrag, das zweimal wöchentlich erscheinende «Helvetische Volksblatt» zu drucken, in allen drei Landessprachen, grossoktav und mindestens einen Bogen stark. Zusammen mit Stapfer bemühte er sich um qualifizierte Mitarbeiter im ganzen Land. In Heinrich Pestalozzi glaubte der Minister den geeigneten Redaktor gefunden zu haben, qualifiziert durch seine volkspädagogischen Ideen und bekannt durch seine Schilderung des Volkslebens in «Lienhard und Gertrud». Am 8. September 1798 erschien die erste Nummer mit einem programmatischen Artikel Stapfers und «Revolutionsskizzen» aus der Feder Pestalozzis, in denen er sich mit dem öffentlich erhobenen Vorwurf auseinander setzte, die neue Ordnung gefährde die Religion. Stapfer sprach mit seinen Darlegungen zur Funktion der Presse im Dienst der Aufklärung des helvetischen Volkes eigentlich die Gebildeten unter seinen Lesern an, aber eben nicht breitere Bevölkerungskreise; für sich genommen ein bedeutungsvolles Dokument mit seiner geschichtsphilosophisch unterlegten Programmatik:[18]

«Schon lange war es der Wunsch der aufgeklärten Vaterlandsfreunde, welche es wissen, dass nur das Licht die Menschen recht frei macht, eine Volkszeitung erscheinen zu sehen, welche, die unschätzbaren Vortheile unserer Staatsumänderung im Auge, die Zeitbegebenheiten im Lichte einer bessern Zukunft betrachten lehrte und die Verhandlungen der obersten Gewalten der helvetischen Republik mit ihren Gründen und Absichten auf eine allen Volksklassen fassliche, aber doch für die Gebildeten interessante Art darstellte [...] Eine gute Volksschrift holt bei der Mittheilung jeder Nachricht oder Verordnung die Vorkenntnisse und Begebenheiten mit wenigen Worten nach, die den Leser in den Stand setzen können, den Sinn zu fassen, die Nothwendigkeit des Gesetzes oder der Verfügung zu fühlen und den Gesichtspunkt zu treffen, aus welchem er sie betrachten soll.»

Dem Verdacht, ein von der Regierung unterstütztes Blatt habe den Zweck, die Leser zu indoktrinieren, hält der Minister entgegen, die neue Ordnung wolle ja eben uneigennützig den bisher zum Gehorchen bestimmten Untertan durch Aufklärung und Veredlung zum «Mitgenossen eines Staatsvereins», will sagen zum ebenbürtigen und gleichberechtigten Staatsbürger emporheben.[19] Das Blatt stehe überdies auch im Dienst der Volkswohlfahrt als praktischer Ratgeber in Verbreitung nützlicher Einsichten über Gewerbe-, Haus-, Land- und Staatswirtschaft. Dadurch sei seine Volksnähe gegeben, aber:

«Popularität soll nie in Pöbelhaftigkeit ausarten, und alle Volksklassen, die gebildeten so wie die unwissenden, sollen darin Belehrung, Unterhaltung und fruchtbare Winke finden, die sie anwenden und zur Selbstbildung benutzen können.»

Die Neuordnung, fährt er fort, rechtfertige sich durch Aufklärung und Versittlichung auf der Grundlage der repräsentativen Verfassung. In der Einführung dieser Staatsform liege die Möglichkeit der vollständigen Entwicklung und wohltätigen Zusammenfassung der Menschenkräfte. Der allmächtige Gang der Kultur dränge durch alle revolutionären Wirren hindurch auf die Verwirklichung der reinen Grundsätze der Volksvertretung in allen Zweigen und Äusserungsarten der öffentlichen Gewalt. Schliesslich stellte er die rhetorische Frage:

«Ist es nicht das dunkle Gefühl der Nothwendigkeit dieser Staatsform für die gegenwärtigen Bedürfnisse der Menschheit? ein Gefühl, welches die Folge des dunkel vorgestellten, aber doch lebhaft empfundenen Zustandes der gebildeten Völker ist – ein Gefühl, welches den Mitarbeitern an diesem Volksblatt die Grundfarbe zu ihren Gemälden und Darstellungen geben wird.»

Zwar überstieg dieser Leitartikel des Kulturministers die Fassungskraft einer breiteren Leserschaft, nicht zuletzt auch der Mehrheit der Parlamentarier. Aber es kam in der Folge darauf an, wie der Redaktor Pestalozzi und seine Korrespondenten die Theorie auf die untere Ebene der praktischen Belehrung, Anregung

und Information transformierten, namentlich jedoch, auf welchen Wegen und mit welchem Erfolg die Kommunikation das Dorf erreichte. Die Bemühungen für die Verbreitung des «Volksblatts» gingen in verschiedene Richtungen. Angesichts des allgemeinen Bildungsstandes stand die mündliche Vermittlung des Inhalts im Vordergrund. Einmal mehr sprach man die doch nach der Verfassung in ihren bürgerlichen Rechten zurückgesetzten Geistlichen um Mitarbeit an. Daneben kam der neu geschaffene Beamtenapparat zum Einsatz. Das Gemeindehaus und das Schulhaus, zunehmend auch Wirtshäuser boten Raum, wo sich Dorfagenten, Schulmeister, Barbiere und Wirte als Vorleser betätigten.

Der Korrespondenz des Verlegers Gessner mit Stapfer ist zu entnehmen, wie Anfang September 1798 die erste Nummer des «Helvetischen Volksblatts» vorbereitet wurde und wie sich Pestalozzi als Redaktor dafür einsetzte:[20]

> «Pestalotz ist noch immer im Eifer und voller Thätigkeit [...] aber demohngeachtet müssen Sie, Fisch und ich doch das Beste dabei thun, wenn die Sache gehen soll.»

Zur Verbreitung hiess es:

> «Vorerst gehen nach Vorschrift je 150 Exemplare an jeden Statthalter von den Kantonen. Dazu werden Berichte über die Meinung des Volkes erbeten.»

In Kürze kann hier festgehalten werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung das Regierungsblatt misstrauisch aufnahm. Es vermochte nicht Fuss zu fassen, zumal Pestalozzi schon nach sechs Wochen als Redaktor zurücktrat und sich die Zeitung als Verlustgeschäft für die Staatsfinanzen erwies. Die gesetzgebenden Räte zogen die Konsequenzen und verordneten nach sechs Monaten deren Einstellung.[21] Man debattierte über Zielsetzungen und Nachteile eines von der Regierung herausgegebenen Blattes und begründete unter anderem dessen Aufhebung damit, dass «einige Gelehrte da in zu hohem Ton mit dem Volke sprechen und ihm glaublich machen wollen, dass es jetzt schon die Früchte der Revolution geniesse, was doch noch nicht der Fall». Einmal mehr war damit auch der Erziehungsminister anvisiert. Allerdings bedeutete es vielleicht für Stapfer kein Unglück, dass er während der Turbulenzen des Kriegsjahres 1799 und angesichts des auflodernden inneren Parteihaders nicht hinter der offiziösen Presse stehen musste.

Übrigens unternahm im Dezember 1798 der von ihm mit der Leitung des Büros für Nationalkultur betraute Zschokke mit einer «Allgemeinen helvetischen Zeitung» am Regierungssitz den Versuch, dem Wunsch nach unmittelbarer politischer Berichterstattung zu genügen. Er forderte dazu eine prompte Belieferung mit allen offiziellen Daten, verwahrte sich aber gegen jede Art von Zensur:

> «In dem Augenblick, wo mir ein Censor gesetzt wird, leg' ich meine Feder nieder und ich höre auf, für Helvetien zu schreiben.»[22]

Dieser wohl erfolgreichste Publizist, nicht nur der Helvetik, sondern auch der Folgezeit, gab damit zu verstehen, dass zum politischen Umbruch auch die freie öffentliche Meinung gehörte. Er unterliess es nicht, Stapfer auf sein bereits seit ei-

Das helvetiſche Volksblatt.

N. 18.

Das Abonnement für 25 Numern iſt 1 fl. in Louisd'or à 10 fl. oder 16 Batzen. Liebhaber wenden ſich zu Luzern an die National-Buchdrucker Gruner und Geßner — in Zürich an Heinrich Geßner Buchhdr. — in Winterthur an Buchhdr. Ziegler, in St. Gallen an Huber und Comp. und Buchhändler Hausknecht, in Bern an J. J. Ochs — in Baſel an E. Thurneiſen. — Die vorhergehenden Numern werden den Abonnenten auf dieſe 25 Numern nachgeliefert. —

Von den neuſten Verhandlungen und Beſchlüſſen der Geſetzgeber.

Den 9ten Hornung iſt den Herausgebern des Volksblats einen Beſchluß Geſetzgeber zugeſchickt worden, damit ſie denſelben ihren Mitbürgern bekannt machen. Weil es zu glauben ſteht, daß er beweiſe: wie ſehr die Konſtitution allgemeine Bruderliebe befördern ſolle, indem ſie den Religionshaß aufzuheben ſucht. Eine Kommißion legte zuerſt dem groſſen Rath ein Gutachten vor, welches Auskunft ertheilt über die Bittſchrift des Bürgers Balthaſar Schmidlin, und über die Billigkeit des vorgetragenen Begehrens. Das Gutachten und der Beſchluß werden daher im Auszug hier abgedruckt.

Die Commißion erſtattet folgenden Bericht:

Im Lauf des vorigen Jahrhunderts und im Anfang des jezigen entſtanden in Helvetien allerhand religioſe

Titelblatt des «Helvetischen Volksblatts» Nr. 18, 1798/99.

Der
aufrichtige und wohlerfahrene
Schweizer-Bote,
welcher
nach seiner Art einfältiglich erzählt, was sich im lieben schweizerischen
Vaterlande zugetragen,
und
was ausserdem die klugen Leute und die Narrn in der Welt thun.
Erster Band.
von N.° 1. bis N.° 26.
Im Jahre 1798.

Titelblatt des «aufrichtigen und wohlerfahrenen Schweizer-Boten» aus dem Jahr 1798.

niger Zeit erscheinendes eigenes Blatt hinzuweisen, dem er einen weitläufigen, sprechenden Titel setzte: «Der aufrichtige und wohlerfahrene *Schweizerbote,* welcher nach seiner Art einfältiglich erzählt, was sich im lieben schweizerischen Vaterlande zugetragen und was ausserdem die klugen Leute und die Narren in der

Welt thun». Was Pestalozzi und Stapfer mit dem «Helvetischen Volksblatt» nicht erreichten, das gelang dem Spürsinn Zschokkes mit seinem «Schweizerboten», «der» – so stellte er selbstbewusst fest –«izt so stark vom Landmann gelesen wird, dass er Zeit von fünf Wochen dreitausend Abonnenten erhalten hat und in den nächsten Wochen vielleicht noch einmal so viel zählt. Dass ich darin selbst hin und wieder in den Alltagston des Volks gegen seine Regierung einstimmte, hat mir das Zutrauen des Volks erworben, und ich werde in den Augen desselben desto wahrhafter sein, wenn ich für einen Tadel der Regierung derselben auch zehnmal Lob ertheile.» Paul Wernle bezeichnet dies als «Muster einer geschickten Durchschnittspopularisation».[23] In der «Selbstschau» kam Zschokke später nochmals auf das gescheiterte Presseprojekt mit dem «Helvetischen Volksblatt» zu sprechen:

> «Es war nicht im kindlich-einfachen Ton und Geist des gemeinen Mannes geschrieben, der damals kaum im Stande war, Kalenderhistorien zu lesen und zu verstehen. Es fehlte dem Blatte ausserdem Glauben und Zutrauen; denn es erschien auf Kosten der Regierung und wurd' von ihr unentgeltlich den Beamten zugesandt. Pestalozzi forderte mich eines Tages auf, Mitarbeiter zu werden. Ich lehnte es ab. Ein ächtes Volksblatt, sagt' ich zu ihm: müsse kein *Regierungsblatt,* sondern unabhängig seyn; nicht nur Sprache, Witz und satyrische Laune der schweizerischen Landleute annehmen, nicht nur All' und Jedes, wie für Kinder, in kleine Geschichten einkleiden, sondern sogar auf grobem Papier, gleich Bauernkalendern, mit rothem Titel, breitem Druck erscheinen.»[24]

Zschokke schätzte aus unmittelbarer Erfahrung die geistige Verfassung des einfachen Volkes richtig ein und betätigte sich in der Folge, als ein viel gelesener Schriftsteller, als Volkserzieher im besten Sinne des Wortes. Stapfer hatte ihn, wie bereits ausgeführt, zu Beginn für sein Büro der Nationalkultur in Dienst genommen und ihm den Weg geöffnet. Nach der kriegsbedingten Sistierung dieser Tätigkeit und dem aus Enttäuschung über die Parteiwirren erfolgten Rückzug aus politischen Verpflichtungen verlagerte Zschokke sein Wirken auf eine untere Ebene und realisierte hier im Grunde genommen das, was auch der Erziehungsminister allem andern vorangestellt hatte: die Elementarbildung der vielversäumten Volksmasse, gemäss der Maxime: Volksbildung ist Volksbefreiung.[25]

III Stapfers offizieller Amtstitel lautete «Minister der Künste und Wissenschaften». Dies fasste er als Auftrag zur *Planung einer Reihe von zentralen Kulturinstitutionen* auf. Er brachte deutliche Vorstellungen mit, denn während seiner Auslandsstudien und Reisen hatte er eine lebendige Anschauung vom Kulturerbe europäischer Völker gewonnen und eben noch die französische Metropole erlebt.[26] In den hier schon mehrfach herangezogenen ministeriellen Organisationsplänen entwickelte er seine Vision einer schweizerischen Nationalkultur. Im ersten Entwurf vom 8. August 1798 stehen bereits folgende Institutionen:

«La formation, conservation et le perfectionnement de musées, conservatoires, dépots d'objets d'arts, de sciences, jardins de plantes économiques et scientifiques, bibliothèques nationales etc.»[27]

Im Spätherbst flocht er in den Text des vertieften Programms eine Zwischenbemerkung ein, die seine intensive Gedankenarbeit verrät:

«Il faut qu'il [sc. le Ministre] ait le tems de réfléchir sur les plans qu'on lui transmet, de méditer les mesures à prendre pour la régéneration et le perfectionnement des institutions nationales.»[28]

Die Ausführung seiner Pläne erforderte einen zwar knapp dotierten, aber qualifizierten Mitarbeiterstab. Vordringlich schien ihm die Schaffung einer *Archivstelle,* die zwar primär seinem Departement diene, darüber hinaus jedoch eine Art dépot littéraire darstelle und in einer Bibliothek sämtliche im Land erscheinenden Schriftwerke aufnehme.

«Les archives du Ministre deviendront un espèce de répertoire des richesses intellectuelles et des moyens d'éducation du peuple helvétique et en même tems, les archives de la République des lettres en Helvétie.»

Dem Gesetzgeber sei die Besetzung der Stelle eines Nationalbibliothekars und -archivars vorbehalten. Dem Rapport über den Mitarbeiterstab entnimmt man, dass der bedeutende katholische Pädagoge Pater Grégoire Girard dem Ruf des Ministers auf die oben erwähnte Archivarenstelle folgte, allerdings nur ein halbes Jahr in Luzern blieb.[29]

Nur zu streifen sind einige die Kulturförderung bezweckende Wunschprojekte des Ministers, so die Errichtung eines botanischen Gartens für wissenschaftliche und praktisch-ökonomische Zwecke in der Nähe des im vormaligen Ursulinenkloster zu Luzern geplanten Nationalpalastes. Mit dem Literaturarchiv gedachte er ein *Nationalmuseum* zu verbinden,

«qui renferme tout ce que les arts cultivés dans notre patrie fourniront en monuments offerts par les citoyens comme dons patriotiques, ou achetés par le Gouvernement pour enrichir le dépot ou servir de modèle.»

Die knappen Geldmittel gestatteten indessen bloss, einzelne wertvolle Sammlungen für ein Naturalienkabinett zu erwerben, um deren drohende Abwanderung ins Ausland zu verhindern.

Der Schaffung einer *Nationalbibliothek* und landesweit der Förderung eines Bibliothekennetzes galt Stapfers besonderes Interesse. Noch am Regierungssitz in Aarau reichte er einen Antrag zur Schaffung einer Gesetzgebungsbibliothek ein, drang aber beim Direktorium erst mit einem zweiten Vorstoss im Januar 1799 durch, wonach das Nationalarchiv mit einer Bibliothek zu verbinden wäre.[30] Das Unternehmen kam allerdings nur stockend voran. Auch hier suchte sich der Minister durch Umfragen einen Überblick über das Ganze zu verschaffen.[31] Man hört geradezu seine Erregung heraus, als aus der Stiftsbibliothek St. Gallen kost-

bare Bücher und Manuskripte ausser Landes gebracht wurden. Sein empörter Warnruf ging über das Direktorium an die gesetzgebenden Räte und mahnte sie eindringlich an ihre kulturelle Verantwortung:[32]

> «Citoyens Législateurs, les lumières d'une nation sont la plus sûre garantie de sa constitution et de son gouvernement; un peuple vraiment éclairé est porté à perfectionner son institution et sait atteindre ce but glorieux sans se jeter dans les tourmentes révolutionnaires [...] La propriéte d'une nation, la considération parmi les autres, ses avantages commerciaux sont les fruits heureux des soins qu'elle voue au progrès des connaissances et de la protection qu'elle donne aux sciences. L'Helvétie, située entre trois peuples éclairés, paraît être destinée à participer à la gloire que chacun d'eux cueillira dans le champ fertile des sciences. Ces trois nations déposeront dans ce centre commun les productions de leur génie et de leurs méditations, et les librairies, les bibliothèques et les instituts nationaux de l'Helvétie deviendront les moyens d'échange entre les savants de la France, de l'Allemagne et de l'Italie. Vous vous réserverez, citoyens législateurs, la gloire d'avoir préparé les premiers pas de la Nation pour cette belle destinée. Vous conserverez aux muses de la patrie les moyens propres aux progrès de leurs travaux. Vous arracherez aux mains de la malveillance les trésors littéraires dont elle veut nous priver. – Le Directoire vous invite à vous occuper des moyens de conserver à la Nation des monuments qui lui sont honorables et de soustraire surtout les bibliothèques des couvents au sort malheureux de celle d'Einsiedlen. Celles de Mouri [sic] de Wettingen et de Rheinau méritent surtout les regards conservateurs du Corps législatif.»

Stapfers Argumentation bleibt, wie man sieht, nicht an Einzelheiten haften, sondern richtet sich wie beim Projekt der mehrsprachigen Nationaluniversität aus auf die Idee einer im Zentrum Europas kulturvermittelnd wirkenden zukünftigen Schweiz – Helvetia mediatrix. Die Regierung ermächtigte ihn danach, durch fachkundige Experten verschiedene Klosterbibliotheken zu überprüfen und allfällige Ankäufe zu Händen der Nationalbibliothek ins Auge zu fassen. In diesen Zusammenhang gehört auch die harsche Zurückweisung des Kunsthändlers J. M. Rautiner aus Regensburg, der im März 1799 um gutes Geld in der Schweiz Inkunabeln und andere Seltenheiten zu erwerben suchte. Obwohl die Staatskasse leer war, beschied Stapfer:

> «Die helvetische Nation denkt zu gross und liebt die Wissenschaften zu sehr, als dass sie ihre literarischen Schätze veräussern und reichern Völkern um einen Geldpreis überlassen sollte.»[33]

Der Wachsamkeit des Ministers und seiner Mitarbeiter war ebenfalls zu verdanken, dass ein Bibliotheksschatz besonderer Art dem Land erhalten blieb, die reiche Sammlung des 1799 verstorbenen Barons Beat Fidel Zurlauben (1720–1799) in Zug. Diese namentlich für die Schweizer Geschichte einzigartige Kollektion von

Autografen, seltenen Drucken und Inkunabeln, über Generationen von der Zuger Familie zusammengetragen, hätte damals kraft Kaufvertrag an das Schwarzwälderkloster St. Blasien gehen sollen. Stapfer jedoch erwirkte im März 1799 deren Sequester und leitete den Rückkauf ein im Hinblick auf die projektierte helvetische Nationalbibliothek.[34]

Je mehr sich im Kriegsjahr 1799 die Lage zuspitzte, desto mehr bekam für den Kulturminister der Schutz gefährdeter Kulturgüter Vorrang. Neue Projekte hingegen stockten.

Schon im Zuge der französischen Besetzung im Frühjahr 1798 waren nicht nur Kassen und Arsenale der Plünderung ausgesetzt gewesen, sondern, wie in anderen revolutionierten europäischen Ländern, auch Bibliotheken und wertvolle Sammlungen, insbesondere der Klöster. Stapfer bemühte sich sogleich, mit allen Mitteln den kulturellen Substanzverlust zu unterbinden, sowohl Plünderung, Schädigung und Verschleuderung durch das Militär als auch Wegschaffung der Klosterschätze durch die Mönche ins Ausland.[35] Er setzte für die Bestandesaufnahme bildungsmässig ausgewiesene Kommissare ein, plante später auch Evakuierungen von Kulturgütern aus den Kriegszonen in ein Sammelzentrum in Zürich, vorübergehend auch an den Regierungssitz Luzern. Bereits vor dem drohenden Zusammenstoss der fremden Armeen auf Schweizer Boden im Jahr 1799 richtete er in Sorge um das nationale Kulturerbe Appelle an das Direktorium und forderte die Regierungsstatthalter in den Kantonen zu Bestandesaufnahmen der Kulturgüter auf, mit detaillierten Fragen über Bibliotheken und Sammlungen. Nach Anhörung seines Rapports fasste am 15. Dezember 1798 das Direktorium einen eigentlichen Beschluss zum Kulturgüterschutz und zur antiquarischen Bodenforschung.[36] Es legte darin unter anderem fest:

> «Der Regierungsstatthalter eines jeden Cantons soll darauf wachen, dass die besagten Monumente auf keine Art verderbt oder beschädigt werden; auch wirksame Massnahmen zu deren Erhaltung ergreifen, und wenn allenfalls alte Ruinen hervorgegraben würden, die diesörtigen Arbeiten mit aller Aufmerksamkeit fortsetzen lassen.»

In den Eingaben des Kulturministers liest man bezeichnenderweise zwischen den Zeilen auch heraus, dass für ihn Schutz und Erfassung dieser Kulturgüter zugleich deren Erschliessung für die Nationalbildung sowie zur Forschungsförderung bedeuteten:

> «Plusieurs ouvrages précieux de l'art, des tableaux, des dessins, des estampes, avec un grand nombre de modèles rares ou uniques se trouvent épars dans les divers couvents de l'Helvétie et dans d'autres maisons nationales; ainsi disséminés au hasard, sans fruit pour l'instruction, ensevelis dans la poussière des cloîtres et sous le voile de l'ignorance [...] non seulement ils restent stériles dans le champ du génie et des connaissances techniques, dont la réunion de tels moyens devrait vivifier la culture [...]»

Er fuhr fort, ein drohender Verlust oder gar die Zerstörung im Krieg wäre irreparabel. Darum dränge sich eine Registrierung und die provisorische Evakuierung denn auch auf:

> «Ce n'est pas un musée qu'il s'agit d'organiser encore, mais un conservatoire. Le local est prêt. Le bâtiment des ci-devant Ursulines de Lucerne offre un emplacement provisoire spacieux et suffisant, qui n'a aucune destination et que l'on peut assigner à cet objet, déduction faite des salles et appartements dont l'emploi est réservé aux séances du grand Conseil, à ses bureaux, à ses archives.»[37]

Die Kriegsereignisse verhinderten jedoch die Durchführung der geplanten Sicherungsmassnahmen.

IV Stapfer begleitete seine Planungen zur Förderung der Nationalkultur und Nationalbildung immer wieder mit Appellen an die geistige Elite des Landes. So galt seine Sorge Anfang 1799 nicht nur der Bewahrung des Kulturerbes, sondern auch dem aktuellen Kunstschaffen und der Kunsterziehung. Pierre Chessex weist im Zusammenhang mit dem Aufruf an die Künstler der Helvetischen Republik die Spur nach, die von der Aufklärung, namentlich den Enzyklopädisten, auch zu Stapfers Ansichten von der Kunstpflege führt.[38] Die Französische Revolution gab übrigens eine Vorstellung davon, was es bedeutete: «galvaniser, éduquer et mobiliser la nation». Der Appell des Kulturministers vom 11. Januar 1799 «an alle Künstler Helvetiens» stand höchstwahrscheinlich im Zusammenhang mit dem Angebot zweier bildender Künstler an dem zu einem Republikanischen Gymnasium umgewandelten ehemaligen Politischen Institut in Bern, wo sie tätig waren, freiwillig und unentgeltlich Kurse zu erteilen.[39] Stapfer griff den ihm vom bernischen Erziehungsrat übermittelten Vorschlag auf und regte seinerseits an, alle in Bern wirkenden Künstler zur Mitarbeit einzuladen. Man möge nach der Art der Sozietäten eine Art Institut für bildende Künste ins Leben rufen. Seinerseits konnte er allerdings im Augenblick keine staatlichen Mittel in Aussicht stellen. In seinem Schreiben vom 4. Januar 1799 stellte er folgende Betrachtung an:

> «[...] die Kunstbildung – ein bisher zu sehr vernachlässigter Zweig der öffentlichen Erziehung – muss uns höchst angelegen seyn, wenn wir die Anlagen, die Verhältnisse und die Bedürfnisse unsres Volks kennen. Es ist wahr, dass die Beschränktheit unserer Hülfsmittel es erheischen, diese eher für die dringendsten Vorkehrungen zu verwenden, durch die wir der Sittenverderbniss der Verwilderung entgegen arbeiten müssen. Desto sorgfältiger wollen wir hingegen jeden zarten Keim pflegen, welcher in bessren Zeiten zum schönen Gewächse sich entwickeln kann.»[40]

Er liess es sich nicht nehmen, dem Berner Erziehungsrat seine Maxime für den Kunstunterricht zu entwickeln:

> «Der Unterricht in schönen Künsten kann aus einem doppelten Gesichtspunkt ertheilt werden, entweder um der unmittelbaren praktischen An-

wendung Vorschub zu thun oder um überhaupt den Geschmak zu bilden, Kunstsinn hervorzubringen und Kunstfertigkeiten allgemein zu machen. Es wäre zu wünschen, dass wir uns auf beydes ausbreiten könnten, damit wir theils den technischen Künstler bilden, ihn zu edlerm Kunstgefühl erheben und dadurch seinen Erwerbfleiss beleben und die Gewerbe selber vervollkommnen könnten.»

Sollten in Bern Künstler für dieses Unternehmen Hand bieten, so müssten diese Kurse allen gebildeteren Bürgerklassen offen stehen und der Unterricht sich an Gegenstände anlehnen, «auf welche schon ein günstiges Vorurtheil oder irgendein andres Interesse die allgemeine Aufmerksamkeit heftet: Ich meine Gegenstände der *vaterländischen Kunst.* An solche Gegenstände knüpfen sich dann leicht die allgemeinen Begriffe einer berichtigten Theorie an – und mit jenen prägen sich diese ein». Dem schloss sich ein bedeutsamer Hinweis an:

«Ferners würde ich rathen, besonders diejenigen Zweige der Kunst zu behandeln, deren Anwendung uns nahe liegt: z. B. die Theorie der Landschaftsmahlerey, welche dem Schweizer es einsehen lernt, dass die Erhabene und schöne Natur seines Vaterlandes ihm gleichsam bey jedem Schritte eine reichhaltige Gallerie darbietet, wie keine Schätze des Reichthums sie sammeln kann.»

Sehr wahrscheinlich hat die Berner Initiative zur Kunstförderung und deren positive Aufnahme beim Minister auch dessen umfassenderen Plan ins Leben gerufen, die Frage der Kunstpflege landesweit anzugehen. Am 11. Januar 1799 wandte er sich nämlich an alle Künstler Helvetiens, sich der Regierung zu entdecken und ihr Wünsche und Vorschläge zur Beförderung der Künste im gemeinschaftlichen Vaterland mitzuteilen.[41] Offensichtlich ging es ihm mit seiner Enquête nicht darum, bei einer bisher sozial eher marginalisierten Schicht bloss Stimmung zu machen, sondern er wollte sie ansprechen und als Partner für den kulturellen Aufbau gewinnen. Einleitend bedauerte er denn auch die geringe Wertschätzung der Künstler durch die alten Regierungen und verhiess:

«Die Zeiten sind vorüber, Helvetien verjüngt sich, das Vaterland blickt mit gleicher Liebe auf alle seine Söhne herab und umarmt sie ohne Unterschied [...] Eure Muse, die sonst nur allein dem Solde des Auslandes dienstbar war, weiht sich nun dem Vaterlande; und während in allen unsern Thälern das dumpfe Geräusch des Krieges schallt, dränget ihr euch zu uns in einen Bund, um mitten unter dem Waffengetümmel dem teuren Vaterlande die Vorteile und Früchte des Friedens zu gewähren.»

Es folgen detaillierte Vorschläge:

«Ich lade hiemit also alle edlen Künstler im ganzen Umfange der helvetischen Republik wohnhaft, ein, besonders diejenigen, welche in der Malerei, Kupferstechkunst, Stempel- und Formschneidekunst, in der Musik (besonders in der Composition), in der Baukunst aller Art, in der Bild-

hauerei u. s. f. arbeiten, mir folgende Anzeigen zu machen und zu melden [...]»

Ein knapper Fragenkatalog erforschte Namen, Lebensumstände und Verbesserungsvorschläge. Der warme Tonfall in Stapfers Aufruf verrät dessen Wertschätzung für die angesprochenen Künstler, was Pierre Chessex zur Bemerkung veranlasst, aus solchen Briefen ströme etwas wie ein Erweckungsgefühl. Es trafen dann beim Ministerium auch zahlreiche Antworten ein, verschiedene mit konkreten organisatorischen Vorschlägen; wiederum eine Saat, die leider nicht aufgehen konnte.

Es ist hier nachzutragen, dass Stapfer das willkommene Projekt der Berner Künstler zwar mit praktischen Ratschlägen und mit Empfehlungen an die kantonalen Instanzen förderte, ihm aber nur eine bescheidene Finanzhilfe von Seiten der Regierung zu verschaffen vermochte. Dem weitergehenden Plan zur Gründung einer Kunstakademie stand er angesichts der Zeitumstände skeptisch gegenüber und trachtete, vorerst sein grosses Projekt einer Nationaluniversität voranzutreiben. In einem Rapport wies er das Direktorium anderseits darauf hin, dass in den gesetzgebenden Räten schon aus finanziellen Gründen starker Widerstand gegen eine vom Staat zu errichtende Kunstakademie in Bern zu erwarten wäre. Deshalb sein Antrag, sich auf das National-Institut zu konzentrieren, wofür er am 12. Februar 1799 nochmals eine Botschaft verfassen konnte.[42] Wie ein Fanfarenstoss hebt sein Zuruf an die Räte an:

> «Bürger Repräsentanten! Der Zeitpunkt ist nun eingetroffen, wo ihr vor den Augen von ganz Europa euere Achtung für die Wissenschaften und euern Wunsch beweisen könnt, ihre Fortschritte zu begünstigen. – Das Heil unsers Vaterlandes, der Grundsatz der constitutionellen Einheit, die Hierarchie des öffentlichen Unterrichts, die zu dessen glücklichem Erfolg nicht weniger nothwendig sind, als die constitutionelle Hierarchie zur Vollziehung und Aufrechterhaltung der Gesetze; die Einförmigkeit in den Grundsätzen der Erziehung, welche die Einigkeit der Helvetier noch fester knüpfen soll, das Bedürfnis von Lehrern jeder Art, die in allen Schulen und Akademien mangeln; die öffentliche Meinung endlich, die sich ebenso stark als einstimmig über diesen Gegenstand geäussert hat, erfordern dringend, dass bei uns für die Künste und Wissenschaften ein Mittelpunkt, ein *Nationalinstitut,* errichtet werde. Diese Errichtung kann als eines der unumgänglichen Attribute unserer Wiedergeburt, als eines seiner rühmlichsten Denkmäler betrachtet werden.»

Hatte er den Gedanken an eine Kunstakademie zugunsten des Zentralinstituts aufgeschoben, so erging es seinem grossen nationalen Kulturprojekt in den Räten nicht besser, wo es unter kleinlichen Bedenken auf den aussichtslosen Weg der Kommissionsberatungen verwiesen wurde. Denn Mars regierte die Stunde.

Es erstaunt auch nicht, dass das *Theater* damals seine Bildungsfunktion nicht zu entfalten vermochte. Wie hätte es dies auch tun können angesichts des be-

grenzten Bildungsstandes der Bevölkerung? Stapfers Briefen der Studienjahre entnimmt man, dass er in London ein eifriger Theaterbesucher war und die Wirkung der Bühnenkunst schätzte.[43] Als Minister verhielt er sich allerdings zur Frage eines Nationaltheaters zunächst abwartend. Zwar bezeugte er dem Leiter einer Schauspieltruppe seinen Dank dafür, dass er die dramatische Kunst in Helvetien einzuführen gedenke, konnte ihm aber wegen der Finanznot keine Subsidien in Aussicht stellen:

> «Je ne doute pas que lorsque les destinées de notre République seront près de leur accomplissement, le gouvernement n'accueille votre projet et seconde l'introduction d'un théâtre national qui pourrait exercer l'influence la plus favorable sur l'esprit public, sur la diction, sur la civilisation progressive du peuple et sur l'avancement des beaux arts et l'épurement du goût [...] Malheureusement nous devons nous borner à l'espérance pour le moment actuel; les circonstances nous forcent à ajourner toute œuvre de pur agrément et dont l'utilité n'est pas directe ni à l'ordre du jour; et à nous flatter d'un avenir meilleur et plus riant, mais lointain encore, et que l'on entrevoit à peine à travers ce rideau de sombres nuages qui nous environnent et que tôt ou tard doit dissiper l'astre brillant de la liberté, voilà la seule jouissance, les seules fêtes qui aujourd'hui soient permises aux cœurs honnêtes et justement attristés des jeunes Helvétiens.»[44]

Aus Stapfers Bescheid spricht die gedrückte Stimmung am helvetischen Regierungssitz im Frühjahr 1799. Und so wundert man sich auch nicht über eine entsprechende Theaterdebatte im Parlament, als in Luzern ein aus Österreich emigrierter Theatermann seine Bühne aufschlagen wollte. Die Räte befanden nämlich Mitte Mai, angesichts der Gefahr von aussen und der Gärung im Land, und da sie den Anschein von bloss einem kleinen Kreis vorbehaltenen Veranstaltungen vermeiden wollten: «Es soll in diesem Zeitpunkt keine Schaubühne in der Republik eröffnet werden.»[45]

Wer hätte auch damals der Versammlung die Schaubühne als moralische Anstalt im Sinne Friedrich Schillers (1784) plausibel machen können? Der Kulturminister wurde jedenfalls nicht in diese Entscheidung einbezogen.

V Anders stellte man sich zur Frage von *Nationalfesten* ein. Man rechnete sie zu den wichtigsten, helvetischen Nationalgeist stiftenden Veranstaltungen. Wie in den Angelegenheiten der Repräsentation und des politischen Zeremoniells war hier zunächst das französische Vorbild massgebend. Doch die bisweilen ans Lächerliche grenzende Nachahmung des revolutionären Pathos und die in Paris entlehnte politische Theatralik wirkte bei den neuen Magistraten eher gezwungen und gekünstelt und ein Mitfeiern der Gedenktage der Französischen Revolution als devot. Man hat dabei das böse Wort von der «singerie» im Ohr, das Talleyrand einmal mit Blick auf Helvetien fallen liess.

Die Verfassung sah bürgerliche Feste vor anlässlich der Leistung des Bürgereids und der Bewaffnung der jungen Mannschaft, ebenso bei der Einsetzung der von den Urversammlungen erkorenen Wahlmänner. Die Anordnung der Nationalfeste gehörte in Stapfers Amtspflichtbereich. Es kam darauf an, in welchen Formen die Helvetische Republik zu ihrer Selbstdarstellung kam.[46] Noch bevor er in sein Amt trat, hatte das Direktorium in den Instruktionen für die Regierungsstatthalter die Bedeutung republikanischer Festakte unterstrichen:

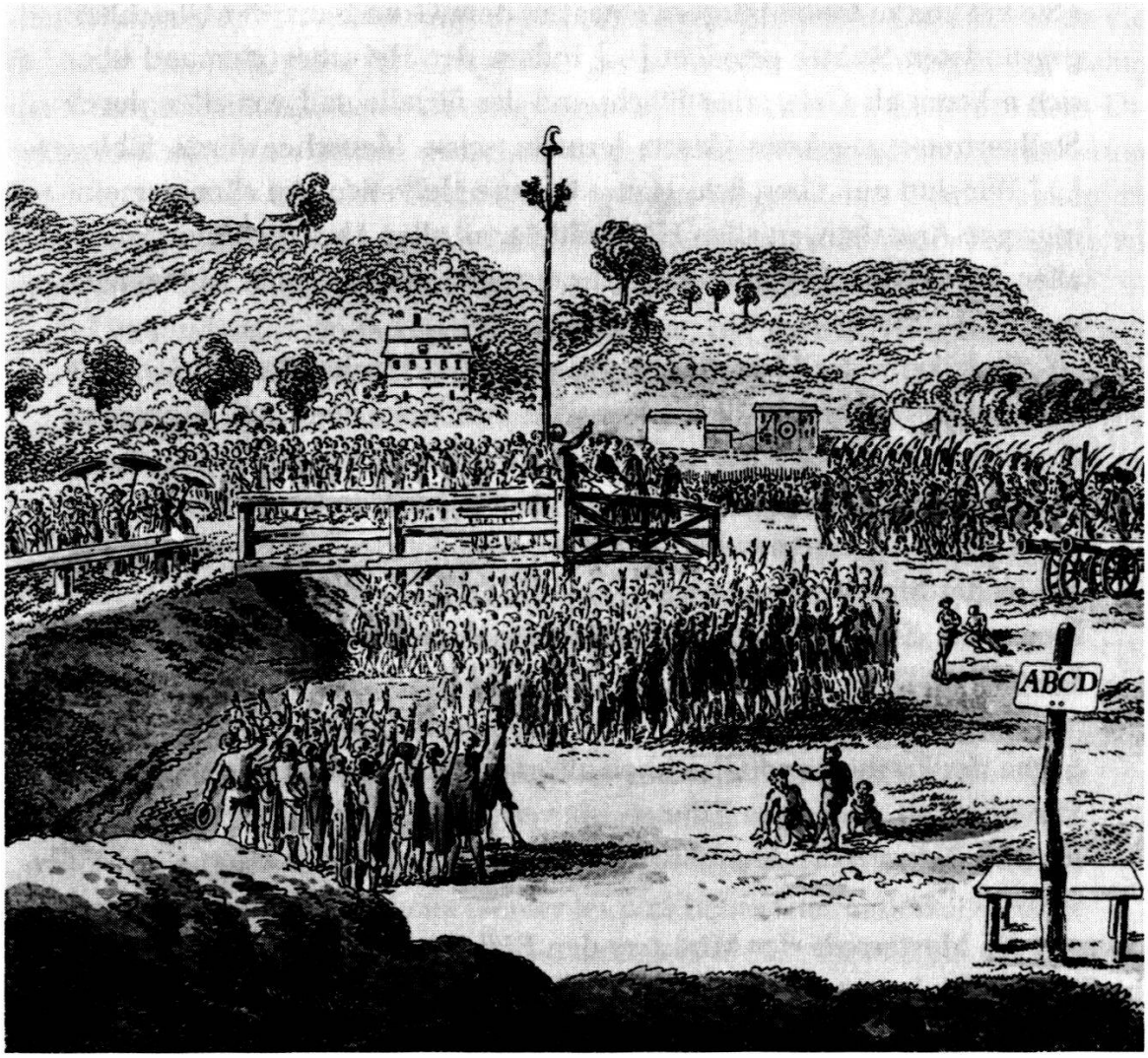
> «Bürgerliche Feste sind Hauptmittel, mit aller sinnlichen Kraft auf das Volk zu wirken, alle edlern Gefühle in dem Menschen zu wecken und dadurch den Gemeingeist, Liebe des Vaterlandes, der Gesetze und des Republikanismus zu beleben und zu unterhalten.»[47]

Auf dieser Linie entwickelte der Erziehungsminister danach seine volkserzieherischen Schritte zu Schaffung und Förderung des esprit public, des Nationalgeistes. Die französischen Leitbilder, obwohl anfangs mitbestimmend, traten jedoch zunehmend in den Hintergrund. Dafür schöpfte Stapfer aus vorrevolutionären Traditionen und griff sogar auf antike Vorbilder zurück. Hier kommen in Betracht die im Spätsommer 1798 abgehaltenen Feiern zur Ablegung des *Bürgereids* und die auf den 12. April 1799 geplante, dann aber des Kriegs wegen kurzfristig abgesagte *Jahresfeier der Republikgründung* sowie die fast gleichzeitige *Schlachtfeier von Näfels* in zeitgemässer Neuausrichtung.

Für die Eidesleistung auf die Helvetische Republik, das *Fest des Bürgereids,* galt das Vorbild des Pariser Föderationsfestes von 1790. Der feierliche Akt der ersten Loyalitätsbezeugung aller Wahlfähigen wurde jedoch dadurch getrübt, dass dem Volk eine Eidesformel ohne den Namen Gottes aufgezwungen wurde, und zwar unter harter Strafandrohung.[48] Die Vorbehalte dagegen, namentlich im katholischen Volksteil, führten denn auch zur Katastrophe des Nidwaldner Aufstandes. Auf Antrag des Erziehungsministers legte ein Dekret des Direktoriums den Rahmen fest für die Feier. Sie konnte in einem öffentlichen Gebäude oder unter freiem Himmel stattfinden, allenfalls beim Freiheitsbaum, unter Teilnahme der gewählten Behörden und umrahmt von musikalischen Darbietungen, patriotischen Gesängen, beschlossen mit Bankett und Tanz. Insbesondere werde aber ein Regierungsvertreter zu den Versammelten sprechen,

> «von den Umständen reden, welche den Eidschwur der ersten drei Verbündeten für die Sache der Freiheit herbeigeführt und begleitet haben; er wird an die alten Helden Helvetiens und die Ursachen erinnern, welche uns in der Folge die Früchte ihrer grossmüthigen Aufopferungen entrissen haben, und auch die schuldige Dankbarkeit gegen die ewige Vorsehung und die für die Wiedererlangung unserer Rechte gebrauchten Werkzeuge erwecken.»

Weiter verlautete im direktorialen Dekret, der Minister des öffentlichen Unterrichts werde den Beamten diese Reden in beiden Sprachen gedruckt zusenden. Stapfer legte demnach den Text für das oratorische Muster zu Händen der Regie-



Das Fest des Bürgereids in Bern, Anfang August 1798. Schwur unter dem Freiheitsbaum auf der Schützenmatte. Zeichnung von Balthasar Anton Dunker.

rungsstatthalter in den Kantonen zusammen mit seinem ersten Sekretär Fisch fest, der es während des Ministers Hochzeitsurlaub Anfang August dem Direktorium einreichte.[49] Die Vorlage appellierte in herzlichem Ton «an die Brüder einer Familie und Glieder einer Gesellschaft», beklagte die frühere nachteilige Trennung und Zerstückelung und verhiess zukunftsgläubig:

> «Was aus dieser kraftvollen Nation werden könnte, ahndeten die Freunde der Menschheit, aber sie selbst wussten es nicht. Durch eine Verfassung, die alle einzelne Stücke vereinigt, alle Kräfte sammelt, alle Hülfsmittel in eine einzige Nationalmacht zusammendrängt, sollen nun auch in ihrem Schosse die verborgenen Keime von Fähigkeit, Wohlstand und Tugend entwickelt werden und zu unerhörtem Segen heraufsprossen.»

Es folgt der Hinweis auf den Bürgereid als Bekenntnis der Bürger zur helvetischen Verfassung:

«Sie hat uns zu freien Bürgern eines auf dem Grundsatze der Gleichheit gegründeten Staates gemacht [...] Indem der Helvetier niemand über sich erkennt als Gott, seine Pflicht und das für alle und von allen durch Stellvertreter gegebene Gesetz lernt er seine Menschenwürde fühlen [...] Wir sind nun überall zu Hause in ganz Helvetien. An allen gemeinnützigen Anstalten, an allen Hülfsmitteln, an allen Unternehmungen, an allen Erwerbsmitteln und allen Ehrenstellen können auch wir teilnehmen [...]

Stolz kann der Helvetier sagen: diese gesetzgebende, vollziehende und richtende Gewalt, diese Anstalten zum schnellen und bequemen Austausch der Bedürfnisse, zur Sicherheit des Eigentums, zur Erziehung und Aufklärung sind für mich so gut als für jeden andern. Sie sind Aussprüche des allgemeinen Menschenrechts, welche meine Bevollmächtigten in der Staatsregierung auf meine Bildung, Beglückung und Veredlung nach Erfordernis der Umstände meines Vaterlandes angewandt haben.»

Die Eidformel: «Wir schwören dem Vaterlande zu dienen, und der Sache der Freiheit und Gleichheit als gute und getreue Bürger mit aller Pünktlichkeit und allem Eifer so wir vermögen, und mit einem gerechten Hasse gegen die Anarchie und Zügellosigkeit anzuhangen.» – «Wir schwören's.»

So malt die Musterrede des Ministers den Eidleistenden eine lichte Zukunft aus im Zeichen der helvetischen Verfassungsgrundsätze und unterstreicht damit Sinn und Bedeutung des feierlichen Aktes. Der Schluss aber appelliert an die Grösse und Schönheit des wehrhaften, freien Alpenlandes, ganz im Stil der Dichter und Patrioten des versunkenen vorrevolutionären Zeitalters:

«Hörst du den Schwur, theures Vaterland, Land der Freiheit? Hört ihr ihn, ihr Berge und Thäler, wo einst die Helden, unsre Väter wohnten? Hört ihr's, ihr Denkmäler ihres Ruhms, majestätische Gebirge?»

Gerade damit löste sich, wie bereits angedeutet, die helvetische Festgestaltung vom französischen Vorbild und rief in der Folge zunehmend alteidgenössische Traditionen an, zur Selbstbehauptung der jungen Republik.

Wilhelm Tell, die Bundesgründer und die Helden der Freiheitsschlachten stehen als Garanten der politischen Neuordnung. Die Majestät der Hochalpen erhebt Geist und Gemüt der Enkel jener Heroen. Demgegenüber verblasst die Theatralik der Pariser Revolutionszeremonien am Altar des Vaterlands und der Pomp des gigantischen Föderationsfestes vom 14. Juli 1790 auf dem Marsfeld mit 50 000 Mann in Waffen vor Hunderttausenden von Zuschauern. Wer hätte sich dort etwa auf Jeanne d'Arc oder König Ludwig den Heiligen berufen wollen. – Ein Anachronismus sondergleichen!

Nicht dass Stapfer die Feiern des revolutionierten Frankreich gering geschätzt hätte. Aber anlässlich der Beratung, ob den zum Kanton Linth gehören-

den Glarnern die Durchführung des überlieferten jährlichen Gedenkens an die Schlacht von Näfels des Jahres 1388 zu gestatten oder zu untersagen sei, stellte der Minister grundsätzliche Überlegungen zur Festkultur an. Er führte dem Direktorium den Unterschied zwischen dieser in der Volkstradition verankerten Feier und jenen aus der Revolutionsideologie abgeleiteten Festlichkeiten in Frankreich vor Augen, in der Absicht, eine eigenständige nationale Festkultur zu definieren. Sein Gutachten verknüpfte verschiedene Ideen:[50]

> «Les fondateurs de la république française, qui sentent vivement l'importance des fêtes nationales et qui à différentes époques ont épuisés les ressources d'une imagination exaltée par la victoire et d'un pouvoir colossal, pour fonder des solennités auxquelles le peuple français prît part avec enthousiasme, n'ont pu encore, quoiqu'en présence de triomphes qui changent la face du monde, [...] porter l'intérêt, la gaieté, la participation animée de toute la nation dans la célébration des anniversaires de la révolution et de ses époques les plus marquantes [...] Mais ces événements sont récents! Mais la mousse du temps ne les couvre pas! Mais un cortège mythologique ne les environne pas encore de sa magique féerie! [...] Nous sommes plus heureux en institutions républicaines. Nous avons des monuments et des fêtes uniques dans les Annales des Nations, depuis que les Grecs n'existent plus. Il est chez nous des solennités sur lesquelles il serait très facile d'enter les plus belles fêtes nationales, et que les auteurs de la liberté française, auxquels il était impossible de tirer quelque parti des anciennes solennités de la monarchie, nous ont enviées plus qu'une fois.»

Nach den ein halbes Jahr zurückliegenden Bürgereid-Feiern standen, wie gesagt, im Frühjahr 1799 die zwei Festanlässe bevor, zu deren Gestaltung der Kulturminister nun seine Vorstellungen entwickelte. Im Vordergrund stand die *Jahresfeier der Republikgründung* am 12. April. Zum Gedenken an die Ausrufung der Helvetischen Republik am 12. April 1798 in Aarau erliessen die Räte am 7. März 1799 ein Gesetz und legten den Rahmen fest.[51] Es sei in allen Gemeinden des Landes «ohne leeren Prunk und Schall» zu feiern mit Salutschüssen, Glockengeläute, einem Gottesdienst, Militärzeremonien und einem Festzug der Jugend, mit Musik, Gesang und Tanz. So gedachte man ein neues, revolutionäres Fest zu schaffen. Das von einer eigens eingesetzten parlamentarischen Kommission bis ins Detail entworfene Programm mit ideologisch befrachtetem Zeremoniell erinnerte zwar noch deutlich an französische Modelle. Über ans Lächerliche grenzende Bestimmungen, wie: «Männer ohne Bürgersinn, Weiber ohne Sittsamkeit, feige Jünglinge und ungerathene Kinder dürfen zu Hause bleiben», wurde im Parlament des Langen und Breiten debattiert. Danach hatte das Direktorium als Exekutive diese Vorgaben praktisch umzusetzen, womit das Ministerium Stapfers einbezogen war. Sein Vorschlag umfasste nun ein zweiteiliges Programm mit gestrafftem Zeremoniell für den Vormittag, also mit Fahnen, Freiheitsbaum und Vaterlands-

altar, militärischem Aufzug, mit einem Gottesdienst und der Ehrung von Bürgern, die sich um das Gemeinwohl verdient gemacht hatten. Auch ein Festzug, eine Festrede und Wehrdemonstrationen waren vorgesehen. Dem zweiten Teil am Nachmittag hingegen dachte er ausgesprochenen Volksfestcharakter zu, jeweils den Bräuchen der Gegend angepasst, also Spiele und sportliche Wettkämpfe, um die Kräfte des Körpers oder kriegerische Talente zu entwickeln: Wettläufe zu Fuss, Pferderennen, Schiessen, Hochspringen, Ringen, Fischerstechen an Seen. Diese Stapfer'sche Festordnung stiess jedoch eine Woche später auf harsche und höhnische Kritik im Grossen Rat, und zwar insbesondere des zweiten Teils wegen. Im Antrag auf Rückweisung hiess es, das einfache Volk werde wenig Geschmack finden an diesen lächerlichen olympischen Spielen. Immerhin bemerkte doch dieser oder jener Repräsentant, dass der Minister mit solchen Spielen gewissermassen eine Synthese gesucht hatte von lokalen Traditionen und historisch überlieferten Formen, bis zu den griechischen Agonen zurück. Es gab auch Votanten, die zur Rechtfertigung des Ministers auf die alten Schützenfeste, das Ringen und Schwingen und Steinstossen der Älpler hinwiesen, auf die Bedeutung des Gemeinschaftserlebnisses freier Völker schon in alten Zeiten. Auch im Senat gingen die Meinungen über den Rückweisungsantrag auseinander. Man stiess sich namentlich an unwesentlichen Änderungen der Vorgaben und stellte sich schliesslich hinter den Erstrat, immerhin ohne die dort gefallenen gehässigen Seitenhiebe auf die «Steckenpferde» des Erziehungsministers. Im Übrigen war am Ende das Ganze viel Lärm um nichts, denn die politische Lage machte es ratsam, vorerst auf die Nationalfeier am 12. April 1799 zu verzichten und sie angesichts des Aufmarsches der fremden Armeen auf einen ruhigeren Zeitpunkt zu verschieben.[52] Einmal mehr hatte hier Stapfer erfahren, wie schwierig es war, ein neues Konzept ins Spiel zu bringen.

In seinem bereits oben gestreiften Memorandum zur Durchführung der *Näfelser-Fahrt* stehen übrigens beachtenswerte Überlegungen zur Veranstaltung von nationalen Festen und deren Verankerung im Volk. Er hatte hier erstmals zu einem alteidgenössischen Festakt Stellung zu nehmen. Die Verwaltungskammer des Kantons Linth ersuchte nämlich um Weisung, ob die Näfelser-Feier im Lande Glarus zu gestatten oder deren Begehung zu untersagen sei, was aber das Volk als Eingriff in die Religion empfinden würde. Gestützt auf Stapfers Rapport, entschied das Direktorium am 16. März 1799, «dass Feste zum Andenken der rühmlichen Siege der alten Helvetier [sic] über den ewigen Erbfeind ihres Volkes ehrfurchtsvoll beibehalten zu werden verdienen».[53] Der Minister hatte in seiner Empfehlung ein autochthones regionales Fest alter Tradition umgedeutet zu einem nationalen, auch zum neuen Staat stimmenden patriotischen Gedenktag. Als Motto seiner tiefer lotenden Ausführungen zum Thema könnte das von ihm am Schluss zitierte Rousseau-Wort stehen:

> «Il faut saisir la circonstance pour monter les âmes au ton des âmes antiques.»

Das zum Zeitpunkt ebenfalls in Frage stehende Jahresfest der Republik streifte er lediglich und ging dafür näher auf die Näfelser-Fahrt ein als «fête particulière et antique, mais bien chère au peuple, puisqu'elle est le résultat spontané du sentiment et non l'effet commandé d'une loi, et surtout chère parce qu'elle porte la rouille des siècles».

Von dieser Reverenz vor der Patina der Jahrhunderte war oben bereits die Rede, als er einen Vergleich zu den wenig in die Tiefe gehenden französischen Revolutionsfesten zog. Welche allgemeinere Bedeutung aber hatte für ihn dieser Verschmelzungsprozess von Tradition und Gegenwart in der partikularen Feier im Lande Glarus?

> «Vous tâcherez plutôt de lui donner un nouveau lustre en l'épurant, en développant les germes précieux qu'elle renferme, en vous emparant comme d'un moyen de rappeler des souvenirs glorieux, d'y retremper les âmes amollies, d'enflammer les hommes énergiques et de ranimer l'héroisme guerrier que la cupidité et le système corrupteur des anciens gouvernements ont presque réussi à éteindre.»

Doch holte sein Rapport noch weiter aus. Mit kühner Geschichtsdeutung setzte er die echt volksmässigen Veranstaltungen der freien alten Schweizer in Vergleich zu den panhellenischen Wettkämpfen und identifizierte die alteidgenössischen Freiheitskämpfe mit den Abwehrsiegen der alten Griechen gegen die Perserkönige. Den Quellgrund, dem solcher Geist entsprang, umschrieb er wie folgt:

> «Depuis ces jours de gloire où la Grèce offrit aux regards de l'homme libre et sensible le spectacle enchanteur de rassemblements de frères, où tout les souvenirs, le local, le nombre, l'enthousiasme, le charme d'égalité concouraient à unir, à exalter les âmes, à développer les forces; depuis ce temps le philosophe qui parcourt les siècles pour chercher des hommes, ne marche plus qu'à travers les monuments du fanatisme et de la tyrannie et des rassemblements d'esclaves auxquels leurs maîtres donnent de temps en temps des moments de relâche, pour oublier leur misére dans des jeux puérils, ou pour chercher la compensation des gênes du joug dans les excès de la licence. – Ce n'est que dans les anniversaires de Näfels, de Sempach, du Stoss et dans ceux qui sont établis à la mémoire de Nicolas de Flue et d'Arnold de Winkelried qu'il retrouve une lueur de l'antique clarté. [...] Ne laissons pas échapper de nos mains des moyens précieux d'esprit public; ne laissons pas périr sur notre sol des plantes qui peuvent croître et couvrir un jour de leur ombre la nation, en rassemblant les enfants autour de sa tige grandie, livrés aux sentiments de l'allégresse et de la sécurité.»

So lautete der dringende und dann auch befolgte Ratschlag des Ministers an die Direktoren, die Entscheidung über eine anscheinend nebensächliche Angelegenheit aus einem höheren Gesichtspunkt zu treffen und deren staatspolitische Dimension zu erfassen:

«Lorsque ces institutions où l'esprit public doit puiser des aliments, des forces et une vie nouvelle, se rallient à d'antiques usages consacrés par le temps, par la vénération des peuples, c'est un bienfait de la fortune qui double ainsi leur propice influence, et que le gouvernement doit utiliser.»

Für das helvetische Volk gebe es mehrere Näfels. Es gelte, ihren lokalen Aspekt zu generalisieren, zu nationalisieren.

«Lorsque l'intérêt de ces fêtes sera généralisé, elles seront à la fois helvétiques et locales. L'empreinte du fédéralisme en sera effacée.»[54]

Stapfer schloss mit einer für sein Grundsatzdenken bezeichnenden, eher halb entschuldigenden Bemerkung:

«Je vous demande pardon, citoyens Directeurs, de m'étendre si fort au long sur des principes. Mais j'en vais faire une application au succès de laquelle je tiens, je l'avoue. La matière me paraît avoir autant d'importance politique qu'elle a d'attraits philosophiques.»

Im Hinblick auf Zweck und Bedeutung von Nationalfesten folgten Stapfers Postulate der Linie seiner bisher gezeichneten Bildungs- und Kulturpolitik. Er setzte auf ein entsprechendes Gesetz für Feste «qui soient des parties intégrantes d'éducation nationale, des moyens puissants de culture morale».

«Il est du devoir du gouvernement de conserver, d'épurer, de combiner et de faire valoir les bons éléments de fêtes qui existent.»

Die schweizerische Festkultur des 19. Jahrhunderts, die Jahrzehnte nach dem Zerfall der Helvetischen Republik aufblühte, zehrte von solchen Ideen. Bei Stapfer entsprangen sie der tiefen Not einer Zeit der Bedrängnis und Demütigung. Für die Erweckung eines neuen Nationalgefühls rief er dasjenige aus der Vergangenheit herauf, was sich mit der politisch-gesellschaftlichen Neuordnung vereinbaren oder doch entsprechend deuten liess. Sein eigener Patriotismus erwuchs und erstarkte in den Erfahrungen seiner Pariser Mission Anfang 1798 und angesichts der dann tagtäglich erfahrenen Pressionen französischer Kommissare und Generäle. Er wurzelte zudem in Vorstellungen des Geschichtsschreibers Johannes von Müller, mit dem ihn der befreundete Karl Viktor von Bonstetten noch unmittelbar vor dem Umsturz zusammengeführt hatte, als der letzte Warnruf erging: Dass die Schweiz sich selber verjünge![55] In seinem Wirken als Staatsmann und nachfolgend als Gesandter in Paris ist manches unter diesem Aspekt zu betrachten.

1.6 Das Kultusministerium

Voraussetzungen für die helvetische Kirchenpolitik. Stapfers theologischer Standpunkt. Seine diplomatische Demarche in Paris gegen die politische Diskriminierung des Klerus in der helvetischen Verfassung. Die Trennung von Kirche und Staat in Theorie und Praxis. Kirche und Schule. Appelle an die Religionslehrer. Bürgereid und Bettag. Kirchenpolitische Amtsgeschäfte Stapfers: Pfarrbesoldungen, Pfarrwahlwesen. Die katholische Kirche im helvetischen Staat. Die Klostergesetze. Folgen des politischen Kurswechsels von 1800.

I Es gab in der Helvetik manches Widersprüchliche. Zum Erstaunlichsten gehörte, dass der Minister der Künste und Wissenschaften im neuen Staat ein Ressort zu verwalten hatte, das es aufgrund von Verfassung und Gesetz gar nicht gab, das *Kultuswesen*. Dass Stapfer, von Hause aus reformierter Theologe, sich als Erziehungsminister indessen mit dem Verhältnis von Kirche und Staat konfrontiert sah und dafür ausgleichende Lösungen anstrebte, das war ungemein folgenreich. Der dezidierte Aufklärer Peter Ochs, verantwortlicher Schöpfer der helvetischen Konstitution, adaptierte das französische Modell in Artikel 6 über Gewissens- und Kultusfreiheit, aus dessen Text Abneigung, um nicht zu sagen kirchenfeindliche Geringschätzung – die Religionsgemeinschaften heissen «Sekten» – herauszuhören ist.[1] Offene Feindseligkeit atmet der 26. Artikel, der alle Geistlichen von den bürgerlichen politischen Rechten ausschloss. Bedenkt man, was alles in staatlich-politischer, gesellschaftlicher und geistig-kultureller Hinsicht in der vorrevolutionären Zeit mit den beiden christlichen Kirchen verflochten war, so staunt man über die Oberflächlichkeit, mit der jetzt dieser tiefe Traditionsbruch vollzogen wurde. Im Eingangskapitel wurde bereits darauf hingewiesen, dass in Stapfers Ernennungsschreiben die Rede war vom «Ministerium der Wissenschaften und Künste, der öffentlichen Gebäude, Brücken und Strassen», ohne jede Erwähnung des tief im Gesellschaftskörper verankerten Kirchenwesens.[2] Ebenso wenig wie das Vollziehungs-Direktorium gingen am 2. Juli 1798 die gesetzgebenden Räte darauf ein, als sie die Zuteilung der Verwaltungsfächer für das Ministerium der öffentlichen Erziehung vornahmen. Nirgends ein Wort davon, dass in Konsequenz zur Verfassung die Entflechtung des Bildungswesens von der Kirche zu vollziehen sei.[3] Den intendierten religionslosen Staat hielt man offenbar für stillschweigend der staatskirchlichen Tradition in den reformierten Kantonen entledigt und, was den katholischen Landesteil betraf, der hierarchischen Ver-

bindung nach aussen enthoben. Diese aufklärerische Missachtung des tieferen Volksempfindens mutet leichtfertig an, überaus fahrlässig aber die nachfolgende, aus demagogischen Motiven verfügte Aufhebung von Zehnten und Grundzinsen mit der daraus resultierenden Gefährdung der materiellen Existenz des Geistlichenstandes.

Es bleibe dahingestellt, ob man in der Kirchenpolitik der Helvetischen Republik einen Ableger des Kirchenkampfes der Französischen Revolution oder einen Vorboten des Kulturkampfes im späten 19. Jahrhundert sehen will. Hier geht es weniger um ein systematisches Abschreiten des Problemkreises als um den Versuch, Stapfers Rolle als Kultusminister zwischen 1798 und 1800 zu beleuchten und deren biografischen Stellenwert auszumachen. Dabei ist auszugehen von seiner Bildungsgeschichte. Paul Wernle kam bei der Charakterisierung der religiösen Einstellung der helvetischen Führer, was Stapfer betrifft, zu dem Schluss: «Selbst diejenige Führergestalt der Helvetik, der Religion und Kirche am meisten zu verdanken haben, Philipp Albert Stapfer, war innerlich weit mehr Philosoph und Moralist als christlicher Theologe.»[4]

Dies trifft insofern zu, als zunächst sein nationales Erziehungs- und Kulturprogramm zur Debatte steht, ausgerichtet auf das ideale Endziel der moralischen Republik. Anderseits betonte er jederzeit die Notwendigkeit der positiven Religion auf der Grundlage des Offenbarungsglaubens, nicht nur um des einfachen Volkes willen, sondern auch unter Berufung auf Kant sowie aus tief innerlicher persönlicher Bindung an die Gestalt Jesu. Dies legte er als fundamentales Bekenntnis ab in seiner Konsekrationspredigt an Ostern 1797 im Berner Münster:

> «Solange das Bild Jesu dasteht mit unvertilgbaren Zügen eingegraben in die Erinnerung des Menschengeschlechts, so lange sich diese Gestalt nicht verwischen lässt aus den Geschichtsbüchern der Menschheit: so lange dürfen wir um die Festigkeit des christlichen Glaubens und die Dauer unserer Religion so wie unserer kirchlichen Verbindung unter göttlichen Gesetzen unbekümmert sein.»[5]

Auch sein staatsmännisches Wirken stand zweifellos unter diesen Vorzeichen. Hier ist auch die bisher in der Literatur vertretene Ansicht zu berichtigen, Stapfer sei während der Göttinger Studienzeit infolge einer Glaubenskrise zu einer ausgesprochen aufklärerischen theologischen Haltung gelangt.[6] Dass die Dinge nicht so einfach liegen, geht aus den von mir neuerdings erschlossenen Familienbriefen von 1789 bis 1791 hervor.[7] Vielmehr ergibt sich, dass er dort in spannungsvoller Auseinandersetzung mit der kritischen biblischen Philologie des Göttinger Orientalisten Johann Gottfried Eichhorn zu einer klärenden Vertiefung seines in der Familientradition verwurzelten positiven Glaubens gelangte und ihn dann mit Kants religionsphilosophischen Ideen verband. Von innerlichem «Zweifelkampf» ist zwar die Rede in einem Brief an den Onkel Johannes Stapfer, Theologieprofessor an der Berner Akademie. Aus der Selbstprüfung zog er jedoch den Schluss:

«[...] wahrlich, keine Gelehrsamkeit möchte ich mir auf Unkosten meiner Religion, das heisst meiner Ruhe erkaufen. Die vortreflichen Grundsätze und die vernünftigen Vorstellungen von Religion und Christenthum, die ich Ihnen und dem besten aller Väter verdanke, und ich darf wohl hinzusetzen, mein eigenes Herz, was, wie ich hoffe, für Religion und Tugend nicht ganz unempfindlich ist, haben mir bisher durch manchen Zweifelkampf geholfen. Besondere Umstände, gerade die, welche am nachtheiligsten schienen, und meine eigenen Untersuchungen haben mich in der Überzeugung von dem Daseyn einer Offenbahrung und der Wahrheit der Lehre von der Versöhnung durch Christum, befestiget.»

Der junge Gelehrte blieb jedoch nicht dabei stehen, sondern fasste ein Projekt ins Auge, «um der eiskalten Gleichgültigkeit gegen religiöse Meinungen aller Art» zu begegnen:

«Und ich habe mich am besten befunden, polemice zu verfahren. Ich beschäftige mich mit einer Widerlegung von Gibbons lezterm Theil des zweyten Bandes, und sehe, je mehr ich Gründe wider den Deismus aufsuche, desto mehr Licht von allen Seiten her zuströmen, was meine Augen erhellt und mein Herz sanft erwärmt.»

Zunächst befasste sich nun also Stapfer mit den damals heftig umstrittenen Thesen des berühmten englischen Historikers über den verhängnisvollen Anteil des Christentums am Untergang des Römischen Reichs,[8] vertiefte sich dann in das Studium kirchenhistorischer Quellen und christlicher Altertümer als Materialien zu einer ins Auge gefassten Ausbreitungsgeschichte des Christentums.

Will man die Bildungsideen, Erziehungsideale und die kirchenpolitisch leitenden religiösen Überzeugungen des helvetischen Ministers verstehen, so ist dieser Rückgriff auf seine philosophische und religiöse Bildungsgeschichte unumgänglich. So hielt er als Lehrer am Politischen Institut in Bern 1792 eine von Kant geprägte programmatische Rede in der Absicht, «eine Rettung der geoffenbahrten Religion vermittelst der kritischen Philosophie an der Hand einer berichtigten Geschichte der Menschheit» zu befördern.[9] Als eindrückliche Zeugnisse für Stapfers ebenso stark glaubensmässig als philosophisch-reflexiv bestimmte Geisteshaltung stehen seine theologisch-philosophischen Schriften aus dem Jahr 1797, also nach Antritt der Theologieprofessur an der Berner Akademie in Nachfolge seines Onkels.[10] Als helvetischem Kultusminister schwebte ihm zweifellos der dort formulierte Kirchenbegriff vor, die Hinführung der Menschheit auf das Gottesreich, die Respublica ethica, gegründet auf das in Christus geoffenbarte vollkommene sittliche Ideal. Gewiss, Philosophie und Theologie verschmelzen bisweilen bei ihm fast ununterscheidbar. Doch paart sich warme Menschlichkeit mit der Theorie, wenn Stapfer Seelsorger, Erzieher und Bildungsbehörden direkt anspricht und sie auf ihre Berufung hinweist. Man höre das von tiefem Ernst getragene Schlusswort an die von ihm zu Ostern 1797 im Berner Münster konsekrierten Theologiekandidaten:

«Denn die Kirche Jesu Christi ist kein Reich, wo die blinde Willkür des Zufalls herrscht, wo die Spiele des Glückes entscheiden und die Launen des Ungefährs gebieten; sondern sie ist ein Staat unter göttlichen Gesetzen zu sittlichen Zwecken, wo nicht Glück, aber Unverdrossenheit und Besonnenheit, nicht Zufall, aber Selbstthätigkeit und Arbeitsamkeit, nicht Gunst, aber Gerechtigkeit und Anstrengung gelten, wo jeder Bürger, dem gesetzlosen Wurfe und wilden Einfall äusserer Umstände entnommen, sein Schicksal durch sein Verhalten bestimmt. Nicht Glück, aber Gewissenhaftigkeit, aber Treue, aber Reinheit des Herzens, die allein zu Gottes Anschau'n emporhebt, aber uneigennütziges Wohlwollen, das allein Menschenherzen gewinnt, aber die unverwelkliche Krone will ich Euch wünschen, mit welcher Jesus dereinst seine getreuen Knechte vor dem Richter und Beherrscher der Welt und im Angesicht aller Unterthanen seines unermesslichen Reiches krönen wird.»[11]

Zweifellos kam das schwierige Ressort des Kultus 1798 in die Hand eines verantwortungsbewussten Theologen.

II Noch vor der Berufung ins Ministeramt beteiligte sich Stapfer übrigens auch am Disput über den Ochsischen Verfassungsentwurf. Er nahm die Gelegenheit wahr, als Sekretär jener bernischen Mission, die nach dem Umsturz in Paris über die Kriegslasten verhandelte, dem französischen Direktorium ein Memorandum betreffend den ominösen Artikel 26 über den Ausschluss des geistlichen Standes von den vollen bürgerlichen Rechten einzureichen. Als direkt Mitbetroffener focht er nicht nur die Diskriminierung der Geistlichen an, sondern zugleich das von den französischen Machthabern im besetzten Land verfügte generelle Amtsverbot für die Patrizier.[12] Ohne ein Parteigänger des gestürzten Regiments zu sein, sah er die fatalen Folgen dieser doktrinärem revolutionärem Denken entsprungenen Verfügung für die Helvetische Republik voraus. Die brillante Schrift «Sur l'exclusion des patriciens et des ministres du culte Protestant de l'exercice des fonctions publiques» war natürlich wesentlich aus dem Blickwinkel der bernischen Verhältnisse verfasst, konnte jedoch durchaus für die Schweiz als Ganzes gelten. Stapfer wies allem voran den Vergleich zurück zwischen Stellung und Bedeutung von Adel und Klerus im alten Frankreich und den eidgenössischen Stadtpatriziaten sowie der protestantischen Geistlichkeit, wobei er deren Rolle als fast ausschliesslicher Träger der Bildung unterstrich. Insbesondere auf die reformierten Pfarrer bezogen, führte er aus:

«C'était le seul corps social où les sujets de l'aristocratie pussent acquérir une existence honorable et obtenir quelque influence salutaire sur leurs concitoyens.»

Ja, Angehörige dieses Standes waren es einzig, die im Schutz ihrer Religion und im Geiste des Christentums als Verkünder von Freiheit und Gleichheit auftreten konnten. Er warnte die auf innere Ordnung und Machtsicherung bedachten fran-

zösischen Direktoren davor, in der besetzten Schweiz die Patrizier und den protestantischen Klerus vom öffentlichen politischen Leben auszuschliessen, also in Bausch und Bogen die gebildetsten, aufgeklärtesten und in den Geschäften erfahrenen Köpfe davon fern zu halten und damit roher Demagogie von unten und politischer Inkompetenz Vorschub zu leisten. Stapfer mag an gebildete, fortschrittlich gesinnte Patrizier aus seinem Freundeskreis gedacht haben, etwa an Karl Viktor von Bonstetten oder Philipp Emanuel von Fellenberg, wenn er argumentierte, der generelle Ausschluss der in allen Verwaltungsgeschäften erfahrenen Expatrizier wäre aus rein praktischen Gründen ein grosser Nachteil, derjenige der protestantischen Pfarrer aber nicht nur ungerecht, sondern für das Land von eminentem Schaden. Der im revolutionären Frankreich virulenten Feindschaft gegen den römisch-katholischen Klerus hielt er die These entgegen:

> «Et véritablement ce n'est pas à des philosophes éclairés et à des hommes de lettres illustres qu'il faut rappeller que la religion protestante a été la mère de la liberté politique par l'esprit de recherches qu'elle provoque et que telle favorise par son essence. C'est la réforme de Luther et de Calvin qui a proclamé la souveraineté de la raison et de l'indépendance de l'esprit humain.»

Von diesem Leitgedanken aus schlug er über die Phase starrer protestantischer Orthodoxie hinweg den Bogen ins Zeitalter Kants:

> «Toutes les révolutions favorables aux progrès des sciences et de la perfection sociale ne sont qu-un développement ultérieur des principes reconnus à cette époque et particulièrement chers aux ministres du culte protestant. Ils se considèrent, surtout en Suisse, comme les prêtres de l'égalité, les grands apôtres du grand dogme de la perfectibilité humaine illimitée, et les instruments de l'annoblissement moral de l'homme.»

Sodann konfrontierte der Schweizer Theologe die Pariser Machthaber im Hinblick gerade auf die von der Französischen Revolution proklamierten Menschheitsideale mit den auf Kants Philosophie und dem Christentum fussenden Ideen vom ethischen Freistaat und einem künftigen Friedensreich:

> «Cette république morale est le complément de la république civile et le triomphe de la raison.»

Gerade die jetzt politisch diskriminierten Pfarrer wären dafür wichtige Träger. Darum der feierliche Protest gegen den schädlichen Ausschliessungsartikel in der dem besetzten Land oktroyierten Verfassung:

> «Priver ses ministres des droits politiques est le comble de l'injustice et une insulte faite à la sainte cause du perfectionnement intellectuel de l'homme.»

Ob sich die Adressaten von Stapfers Memorandum überhaupt bewusst waren, was gerade sie selber Genf und dem Calvinismus verdankten?

> «Les institutions de Calvin respirent l'amour le plus pur de l'égalité; et on sait bien qu'on leur doit le contrat social et les discussions politiques

du sein desquelles est née la véritable théorie du gouvernement représentatif.»

Stapfers Ausführungen mündeten in den unmissverständlichen Antrag an das französische Direktorium:

«Il nous semble donc qu'il importe à la cause de la liberté de reconnaître en principe, que le Directoire helvétique pourra choisir ses agents dans les deux classes de citoyens suisses injustement exclues par les arrêtés des généraux français et par l'article 26 du projet de constitution pour la République helvétique.»

Diesem Vorstoss kam vermutlich ein gewisses Gewicht zu, weil ausser verschiedenen damals in Paris agierenden schweizerischen Delegierten sogar der dem Berner Patriziat feindlich gesinnte Frédéric-César de Laharpe das Dokument unterzeichnete. Jedenfalls erhielt der französische Regierungskommissar Lecarlier damals den Auftrag, die strikte Sperre der Patrizier je nach den Umständen zu lockern. Hingegen fand Stapfers Einsatz für den geistlichen Stand in Paris kein Echo. Der politische Ausschluss blieb, zum Schaden der Sache, in der helvetischen Verfassung verankert. Dem Postulat stand nämlich nicht nur die Kirchenfeindschaft in Frankreich entgegen, sondern auch der antikirchlich-aufklärerische Geist massgebender helvetischer Politiker, voran des Verfassungsschöpfers Peter Ochs. «Je n'aime pas le suffrage des ministres des cultes dans les assemblées primaires. Le règne de Jésus-Christ n'est pas de ce monde», schrieb er am 1. April 1798 an den französischen Aussenminister Talleyrand.[13] Es liess die unbeirrt fortschrittsgläubigen Aufklärer gleichgültig, dass die Volksmehrheit beider Konfessionen anders empfand.

Noch ohne Kenntnis von der bald danach erfolgenden Berufung zum Minister der öffentlichen Erziehung hatte Stapfer in Paris mit seiner diplomatischen Demarche eine Frage von nachmals zentraler Bedeutung für Kirche und Kultus in der Helvetischen Republik aufgeworfen. Wie oben bereits zum Themenkreis Erziehung und Kultur ausgeführt, verzahnten sich in der Helvetik Probleme der Kirche, Schule und Kulturpflege. Doch ohne den aktiven Beitrag von Seiten des geistlichen Standes blieben die kulturellen Zielsetzungen des neuen Staates in der Schwebe.

III Bis zum Amtsantritt Stapfers Mitte Juni 1798 am Regierungssitz in Aarau betreute der Justiz- und Polizeiminister Franz Bernhard Meyer von Schauensee (1763–1848) in Stellvertretung das Ressort der öffentlichen Erziehung. Das Vollziehungsdirektorium wies ihm auch die einlaufenden, dringenden kirchenpolitischen Geschäfte zu, namentlich Anfragen betreffend die Wiederbesetzung von Pfarrstellen. Dazu forderte es ein Gutachten zur Kirchenfrage an.[14] Ein daraufhin vom Justizminister unter Zeitdruck innert weniger Tage verfasstes Memorandum in französischer Sprache ist ein erster offizieller Versuch, das Verhältnis zwischen dem helvetischen Staat und der Kirche zu definieren. Seine Formulierungen vi-

sieren, der Verfassung entsprechend und zu Händen einer zukünftigen Gesetzgebung, die Trennung der bürgerlichen von der religiösen Genossenschaft an; nach dem Grundsatz:

> «L'association religieuse [...] n'a rien à faire avec ce monde; ses regards portent au delà.»

Allerdings modifizierte der katholische Luzerner Patrizier dennoch vorerst den Verfassungsgrundsatz der Nichteinmischung des Staates in Kirchenfragen im Sinne der vorrevolutionären Praxis in Wahrung einer festen Überordnung und eines weitgehenden Aufsichtsrechts des Staates im Interesse der öffentlichen Ordnung und der Erhaltung des konfessionellen Friedens. Seine aufklärerische Zielsetzung formulierte er so:

> «[...] qu'il est possible de parvenir à faire que l'existence de l'Etat religieux dans l'Etat civil n'est pas une contradiction; qu'il ne sera pas un Etat dans l'Etat, mais deux Etats distincts, qui sagement dirigés marcheront la même route pour rendre les hommes aussi heureux, qu'ils ont été jusqu'à présent malheureux par leur réaction continuelle de causes et d'effets.»

Für die Kirchengenossenschaft entwarf Meyer sodann Grundzüge einer demokratischen Verfassung mit einem unifizierten Seminar, einer gesetzgebenden Behörde und einem préfet religieux als Haupt (évêque, doyen).

Stapfer übernahm also das vom Direktorium ausdrücklich dem Departement der öffentlichen Erziehung zugewiesene Kultus-Dossier und wuchs auf diese Weise auch in das Amt des Kultusministers hinein, das es nach Verfassung und Gesetz der Helvetischen Republik eigentlich gar nicht gab. Im Hinblick auf die damals von ihm verfassten Organisationspläne wurde diese Problematik bereits gestreift.[15] Es ist anzunehmen, dass er selber den indirekten Auftrag aus der bisherigen engen Verbindung von Schule und Kirche, aus der Rolle der kirchlichen Bildungsträger ableitete. Dies liest man aus der Formulierung der Bildungs- und Erziehungsziele im ersten Organisationsplan heraus:

> «Mais la partie la plus importante de ses devoirs regarde sans doute l'éducation morale et comme celle-cy a besoin d'idées religieuses le culte appartient à la sphère du Ministre de l'éducation publique.»

Vielleicht vermochte er die Tragweite dieser Aussage zu Beginn seines Wirkens noch gar nicht zu ermessen. Denn nun oblag dem glaubenstreuen Theologen auch die Rolle, das Sprachrohr religiös indifferenter, ja kulturkämpferisch gesinnter Vorgesetzter zu sein und, formell nicht legitimiert, als Vermittler zwischen Regierung und Geistlichkeit, ohne deren eigentliche Vollmacht, zu fungieren. In der Folge sollten ihn tatsächlich weniger das immense Pensum als Erziehungs- und Kulturminister als die namentlich im Verlauf von 1799 mit unsäglichen moralischen Belastungen und persönlichen Enttäuschungen verbundenen Kirchenfragen gänzlich niederdrücken. Dem vorübergehend ins Ausland emigrierten, befreundeten Karl Viktor von Bonstetten gab er im November ungeschminkt Kenntnis von seiner Lage:

«J'ai prévu des dégoûts dont ma place m'abreuveroit. Mais je n'ai pas cru devoir m'y refuser et j'avoue que c'est particulièrement l'espoir de rendre union au Clergé et de contribuer à la conservation du Christianisme que je persiste à croire le seul moyen efficace de perfectionnement moral du peuple.»[16]

Wie aber, wenn dieses aus innerster Überzeugung kommende Bestreben schliesslich gerade in Kirchenkreisen verkannt, ja missdeutet wurde?[17] Doch damit ist etwas vorausgenommen, was er zu Beginn seiner Ministertätigkeit noch nicht ahnte.

Dem Stapfer'schen Grundsatzdenken entsprach der bereits erwähnte Einbezug der religiösen Unterweisung ins helvetische Volkserziehungs- und Bildungsprogramm. Um dem Leitgedanken der sittlichen Veredlung in der neuen politisch-gesellschaftlichen Ordnung aber voranzuhelfen, bedurfte es staatlicher Massnahmen, die einem gemässigten Staatskirchentum auf nationaler Grundlage entsprachen.[18] Die in der Verfassung festgelegte Religionsfreiheit hingegen sollte die innere Harmonie der Kirche sichern. Der Theologe trug seine bereits vor der Revolution verfochtenen Ideen in das politische Amt.[19]

Die offizielle Politik der Helvetischen Republik hingegen tendierte dazu, aufgrund der Verfassung und durch entsprechende Massnahmen die staatskirchliche Ordnung der früheren reformierten Stadtrepubliken aufzulösen, und stellte ebenso die hierarchische Struktur der katholischen Kirche und ihrer Institutionen unter Wegweisung des päpstlichen Nuntius in Frage. Damit suchte sie die Macht der Kirche wirksam zu schwächen. Der Kultusminister hingegen bemühte sich, im Sinne der Religionsfreiheit in erster Linie den Bestand des Christentums zu sichern und die Kirche ohne störende Staatseingriffe frei über sich selbst bestimmen zu lassen. Er hoffte, damit auch dem Religionsindifferentismus nach französischem Muster entgegenzuwirken, wie er das dann Anfang 1800 auf die ungerechten Vorwürfe hin in seiner grossen Rechtfertigungsschrift darlegte.[20] Die genannte Divergenz lässt sich aus Stapfers Memoranden, Voten und Zirkularschreiben herauslesen. Man wird seine Eingabe vom 29. September 1798 an das Direktorium in diesem Sinne aufzufassen haben: die Etikettierung der Kirche als Privatgesellschaft zum Schutze ihrer Interessen.

«L'église chrétienne n'est qu'une société privée qui dans ses rapports ne diffère pas d'une société d'entrepreneurs ou de citoyens quelconques. La loi lui doit protection contre d'injustes aggresseurs et justice comme à toutes les autres classes de citoyens. En allant plus loin, en ne se contentant pas d'une simple surveillance, en prenant directement part aux projets de l'église chrétienne et aux mesures d'exécution de ses projets, la république ne viole pas moins les principes de la raison et d'une bonne organisation politique, si elle favorisait une maison de commerce au préjudice des autres.»[21]

Danach hätte sich der Staat lediglich am Rand um Kirchensachen zu kümmern

und dazu kaum eines Kultusministers bedurft, jedoch vorausgesetzt, dass die Kirche unter der Neuordnung auch bei ihren Gütern belassen worden wäre, den Zehnten und andern Einkünften als Besoldungsgrundlage für die Geistlichen. Nun hatte aber der Staat das Kirchengut sequestriert. Daraus ergab sich die Forderung, er sei verpflichtet, dasselbe auch zu schützen und aus dem Ertrag die materiellen Bedürfnisse der Kirche zu decken. Auf dieser Schutz- und Unterhaltspflicht beharrte denn auch Stapfer und erhob diese Forderung beim Direktorium und den gesetzgebenden Räten bei jeder sich bietenden Gelegenheit. Unter diesen und verschiedenen weiteren Aspekten ergab sich, dass Kirche und Staat in der Helvetischen Republik nicht so leichthin zu trennen waren, umso mehr, als der Aufbau der Volksschule und der höheren Bildung dringend auf die Mitwirkung des geistlichen Standes angewiesen war. Als sich infolge des Sturzes des Direktoriums im Januar 1800 für das Kirchenwesen ein günstigeres Klima anbahnte, verwahrte sich Stapfer als Kultusminister in der schon mehrfach erwähnten Schrift gegen ungerechtfertigte Vorwürfe von kirchlicher Seite und legte die Grundsätze dar, von denen er sich hatte leiten lassen, ausgerichtet auf die Idee einer Kirche, in Verbindung mit dem Staat als Beschützer und Förderer ihrer Anstalten. Seine Überlegungen zum Verhältnis der Kirche zum Staat bis hin zur Vorstellung einer gemässigten Staatskirchenform lassen seine intensive Gedankenarbeit erkennen:[22]

> «[...] und so ergibt sich [...] ein Verhältnis des Staates zur Kirche oder zu den verschiedenen Kirchen unter seinem Schutze, welches eine wohlthätige, mit der aufgeklärten Philosophie und der reinsten Staatslehre vereinbare Wechselwirkung zwischen beiden zur Folge haben, und ebenso sehr von leichtsinniger Religionsgleichgültigket, als von Unduldsamkeit oder willkürlicher Einmischung der bürgerlichen Obrigkeit in kirchliche Angelegenheiten seyn muss.
>
> Diese, so natürliche als die schärfste Prüfung der Philosophie aushaltende Aussicht, schien mir sich den Prinzipien der repräsentativen Regierungsform freundlich anzuschliessen und, bey redlicher Benutzung, der Kirche selbst eine noch grössere Selbstständigkeit und freyere, ungehindertere Wirksamkeit auf ihre Glieder als je, unter dem schützenden, aber nicht anmassenden Einflusse des Staates, zu versprechen. Sie hat mich auch unter den grössten Hindernissen, mit welchen ich in meiner Stelle kämpfte, keinen Augenblick verlassen; sie schwebte mir mitten im drückendsten Geschäftsgewühle vor, und vor gänzlicher Muthlosigkeit bey den unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich einer vorurtheilsfreyen, vernünftigen Behandlung der kirchlichen Interessen entgegen zu thürmen schienen, rettete mich allein die Hoffnung, dass diese Ansicht bey tieferblickenden Staatsmännern und leidenschaftslosen, vom Joche der Nachahmungssucht nicht erniedrigten, eines sorgfältigen Nachdenkens über die höhern Nationalangelegenheiten fähigen, Stell-

vertretern und Beamten, am Ende durchdringen, und sich bis zur höchsten Evidenz läutern *müsse.*»

Und mit Blick auf den Abgang des den Kirchenfragen abgeneigten Direktoriums:

«Freylich war's nöthig, dass diese Zeit einer heilern Einsicht und liberaleren Ideen einträte, ehe Vandalische Stürme und revolutionärer Unsinn uns, wie in Frankreich geschah, in die Unmöglichkeit versetzt hätte, von dieser bessern Überzeugung Gebrauch zu machen.»

Die Anspielung auf fast unüberwindbare Schwierigkeiten lässt erahnen, wie schwer dem Kultusminister bisweilen die andringenden kirchenpolitischen Fragen zu schaffen machten. Aber es ergab sich eben für die Helvetische Republik die Notwendigkeit, mit der Kirche nähere Verbindungen einzugehen.

Mehrfach wurde schon ausgeführt, dass Stapfer für das umfassende Bildungswerk der Volksschule um die Mitarbeit der Geistlichen beider Konfessionen warb und ihre Berufung in die kantonalen Erziehungsräte und Schulinspektionen förderte. Der störende Widersinn bei diesem Appell war, dass zu einem staatsbürgerlichen Zweck von hoher Bedeutung ein Berufsstand mitwirken sollte, der im Aktivbürgerrecht eingeschränkt und durch die Gesetzgebung über die Zehnten und Grundzinsen in der materiellen Existenz bedroht war. Stapfers Vorstösse zugunsten der Geistlichkeit stiessen jedoch bei den obern Instanzen auf taube Ohren, auf Ausflüchte und offenen Widerstand, wie er rückschauend beklagte. Seine Vorschläge seien nur Petitionen und Motionen gewesen, auf die man nicht einmal zu reflektieren brauchte und die gegen alle andern Staatsbedürfnisse abgewogen und ihnen aufgeopfert wurden. «Wegen dieser Abhängigkeit reichte meine Stelle zu einer wahren Repräsentation der Kirche lange nicht her.»[23]

Mit diesen Worten umschrieb er die eigentliche Crux des helvetischen Kultusministeriums. Anderseits kann auch nicht verschwiegen werden, dass in Kirchenkreisen Stapfers häufig etwas abgehoben formulierten moralphilosophischen Gedankengänge betreffend Gottesdienst und religiöse Unterweisung bei vielen, zwar der politischen Neuordnung gar nicht abgeneigten Geistlichen Besorgnisse wachriefen vor einer Umdeutung oder gar Bedrohung des überlieferten Kirchenglaubens. In den katholischen Landesteilen, wo noch andere gewichtige Faktoren dazukamen, ging die Rede von eigentlicher Religionsgefahr. So sah sich der Minister bisweilen zwischen zwei Fronten und hatte insbesondere bei Eingriffen des Direktoriums in kirchliche Domänen seine Amtspflicht zu erfüllen, das heisst nach den eigenen Worten «wie der Soldat im Felde das Mittheilungs- und Vollziehungswerkzeug zu seyn».[24] Um hier nur einige brisante Probleme anzudeuten: die Kirchenpolizei, die Verfahren zur Besetzung erledigter und vielleicht umstrittener Pfarrstellen, die Vorbehalte des katholischen Klerus gegen die Leistung des Bürgereids und die Aufhebung von dessen Immunitäten und eherechtlichen Befugnissen, dann die Frage der Sittengerichte, die Bestimmungen über den Fortbestand geistlicher Korporationen und die Verwendung ihrer Güter

sowie die Beschränkung von katholischen Kultushandlungen wie Prozessionen und Wallfahrten, schliesslich die Freizügigkeit der reformierten Pfarrer und die endlose Debatte über die Folgen der Zehntenaufhebung mit den schwerwiegenden Auswirkungen auf die Besoldung der Pfarrer.[25] Unbestritten dürfte zu Stapfers Verdiensten gehören, beim Prozess der Anpassung der Religionsgemeinschaften an den neuen Staat mit seinen Amtshandlungen die herkömmlichen Einrichtungen möglichst schonend behandelt zu haben. Dies war ihm möglich, weil die helvetische Kirchengesetzgebung nie zu einer umfassenden Regelung gelangte. Der Minister musste häufig mit verwickelten Verhältnissen per Dekret von provisorischer Gültigkeit zu Rande kommen. Es ist wohl kein Zufall, dass man bei dem im Kampf mit stumpfen Waffen zermürbten Stapfer auf ungehaltene Äusserungen stösst, die eigentlich gar nicht in sein Persönlichkeitsbild passen wollen.[26] Setzt man jedoch sein striktes Ethos und sein Pflichtbewusstsein in Rechnung, so wird sein Unmut über ungeregelte, ja chaotische Zustände verständlich. Die zu ihm dringenden Klagen über die gerade auf dem Dorf im Gefolge der revolutionären Freiheitsparolen einreissende Missachtung gegenüber Respektspersonen wie Pfarrer und Lehrer trafen ihn auch als Erziehungsminister. Schon im Sommer 1798 gelangte sein ehemaliger akademischer Lehrer Professor Ith, jetzt Pfarrer im Seeländer Dorf Siselen, an ihn:

> «O, Sie machen sich [...] gar keinen Begriff von der fürchterlichen Auflösung, die unter dem Landvolke herrscht, dem gänzlichen Mangel an aller Achtung gegen ihre Vorgesetzten.»[27]

Schule und Kirche, beide Stapfers Ministerium unterstellt, standen vor einer grossen Herausforderung. Der zukünftige Dekan der Berner Kirche, Ith, sprach denn auch das Vertrauen an, das vor allem kirchliche Kreise in ihn setzten:

> «Sie besonders, mein Freund, werden jetzt als das Haupt der Kirche, der Vertheidiger ihrer Rechte, der Beschützer der Religion und ihrer Lehrer betrachtet. Da Sie von der dritten Generation her in allen Gliedern Ihrer Familie diesem Stande angehörten, da man sich an Ihrer Einsicht und Religiosität nie keinen Zweifel erlaubt hat, so wird die unerlässlich strenge Anforderung an Sie gemacht, dass in Ihren Händen Religion und Kirche nicht sinken, sondern vielmehr zu ihrem wahren Ansehen gehoben werden sollen.»[28]

Leider fehlen Stapfers Gegenbriefe. Aus Andeutungen Iths erfährt man allerdings, dass er sich über Widerstände in seinem Arbeitskreis beklagte. Wie im Erziehungswesen, so entwickelte er auch für die Kirchenpolitik Projekte im Blick auf das Ganze. Analog zu der erfolgreichen Bildungsinstitution der kantonalen Erziehungsräte verfasste er einen Entwurf für kantonale kirchliche Oberbehörden mit Pfarrerwahl- und Visitationskompetenzen unter dem Titel «Etablissement d'un jury d'instruction religieux».[29] Das vom Direktorium jedoch zurückgewiesene Projekt erinnert an das früher erwähnte Gutachten des Justizministers Meyer von Schauensee. Die nationalkirchlichen Bestrebungen beider Minister

entsprachen dem unitarisch-helvetischen Staatsverständnis.[30] Die wenig kohärente und oft nur widerwillig verfolgte Religionspolitik von Exekutive und Legislative stand im Gegensatz zu den vom Kultusminister angestrebten definitiven gesetzlichen Regelungen. Dieser aber trachtete danach, die beiden Gemeinschaften Kirche und Staat in fruchtbarer Wechselwirkung auf die höheren Ziele der Nationalerziehung in Versittlichung und Veredlung des Volkes auszurichten, in dem Sinne, «dass bei kargen Hülfsmitteln, ein armer Staat zur Erfüllung seiner unabwendbaren Erziehungspflichten die Kirche und ihre Diener um Hülfe anrufe, und als wesentlichen Bestandtheil in den Kreis seiner Culturanstalten aufnehme».[31]

IV Stapfer gab als Erziehungsminister, wie früher dargelegt, dem Volksschulwesen den Vorrang. Zwar plante der neue Staat einen grundlegenden Wandel im Verhältnis der Schule zur Kirche in Richtung Laienschule. Auf diesem Weg blieb er jedoch noch auf die tätige Mitarbeit der Pfarrer als bedeutende Bildungsträger angewiesen, umso mehr, als er der Moralerziehung hohe Bedeutung beimass.[32] Die Eröffnung der Landschulen im Herbst 1798 schien der passende Zeitpunkt zu sein für Stapfers in Zusammenarbeit mit dem Kanzleichef Johann Rudolf Fischer verfassten Appelle an die Religionslehrer Helvetiens.[33] Mitte Oktober erschien als Broschüre *«An die Religionslehrer Helvetiens über ihre Pflichen und Bestimmung»*. Einmal mehr sind die Gedankengänge vom Kantianismus geprägt und stellen als Ziel der Kooperation von Kirche und Staat den ethischen Freistaat in Aussicht. Die Geistlichen beider Konfessionen fungieren vornehmlich als Morallehrer im Erziehungsprozess des helvetischen Volkes. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Kirche als öffentliche Lehranstalt:

> «Ohne von dem Dasein eines moralischen Reiches, dem jeder Mensch so wie die ganze Natur untergeordnet sei, innig überzeugt zu sein, ist es unmöglich, der sittlichen Natur im Menschen die Übermacht über die sinnliche zu verschaffen. Nun ist zur Gründung, Belebung und Befestigung dieser Überzeugung, und zur Entwicklung des moralischen Gefühles durch diesen Glauben die öffentliche Lehranstalt unumgänglich, die man Kirche nennt.»

Stapfer betrachtet sie «als ein Versinnlichungs- und Bildungsmittel der Idee vom Reiche Gottes, in der Absicht veranstaltet, das moralische Gefühl gegen die Reizungen der Sinne zu waffnen». Daraus ergeben sich Bestimmung und Pflichten der Kirchendiener. Sie sollen durch die Belebung der Idee jenes moralischen Reichs im menschlichen Gemüt dem Gewissen den Sieg über das Vergnügen, der Pflicht über den Genuss verschaffen. Ihre Mittel sind die Veranstaltung feierlicher Zusammenkünfte, religiöser Unterricht und symbolische Handlungen, die alle die Vorstellungen des Reichs Gottes rege machen, das unverrückbare Fortgehen auf dem Pfade der Pflicht befördern und damit wesentlich am Gesamtzweck der Menschheit mitarbeiten.[34] Die Religionslehrer sind aber nicht bloss Beförde-

rer des höchsten Glücks, sondern auch Diener des Staates, und sie sind beides durch Erfüllung der nämlichen Pflichten. Sowohl gegenüber der Menschheit als gegenüber dem Vaterland bleibt ihre einzige Aufgabe, das moralische Gefühl zu entwickeln, das Gewissen in der Brust jedes Menschen zu wecken. Ausdrücklich fügt Stapfer hinzu, die Lehrer der Religion seien nur zu diesem Werk berufen, und alle unfruchtbaren Lehrmeinungen und leeren Gebräuche, die nicht zu seiner Ausführung beitrügen, seien ein unsittliches und unwürdiges Spiel.

Die Anforderung an den sittlich-religiösen Unterricht, die Gewissensbildung der zukünftigen Staatsbürger hat darum hohen Stellenwert:

> «Jede Verfassung kann von Gesetzgebern und Regenten, die sie eingeführt hat, untergraben werden. Es ist noch kein Mittel vom gesetzgebenden Genie erfunden worden, welches sie gegen die Unmoralität der ersten Staatsbeamten und der Volksvertreter verteidigte, Sittlichkeit dieser Repräsentanten und Regenten ist ihre einzige Schutzwehr, und da in einer repräsentativen Demokratie der Zugang zu allen Stellen ohne Ausnahme allen Bürgern offen steht, so ist kein Staat zur Sorge für die moralische Bildung seiner Bürger so stark verpflichtet, als derjenige, dessen Verfassung auf Gleichheit der Rechte gegründet ist.»

Darum stehen, wie Stapfer fortfährt, Staat und Kirche zusammen unter einem hohen Pflichtgebot.

> «Andere Stände oder Berufsarten wecken, entfalten und üben andere Vermögen der menschlichen Natur. Der Geistliche soll der Erzieher des Gewissens sein, eine Aufgabe, die umso schwerer ist, da die Bildung dieser Kraft die Mitwirkung jeder andern Kulturart erfordert.»

Pflichten und Bestimmung der Religionslehrer im neuen Staat fasst der Minister abschliessend in die Worte:

> «Die helvetische Regierung wird die Religionslehrer der verschiedenen Parteien in dem Grade höher schätzen und für nützlicher halten, in dem sie ihre Amtsverrichtungen, ihre gottesdienstlichen Bücher, Handlungen, Gebräuche und religiösen Vorstellungen zur unmittelbaren Beförderung der Moralität und zur Schärfung des Gewissens benutzen, und immer nur als Mittel und Werkzeuge, nie als Zweck betrachten. Das Vollziehungs-Direktorium erwartet von den Geistlichen aller Religionsparteien, dass sie durch ihren Unterricht und besonders durch ihre Vorträge an religiösen Festtagen, die hier in Erinnerung gebrachten Grundsätze zu verbreiten und zur Veredlung ihrer Mitbürger anzuwenden bemüht sein werden.»

Dieser Versuch Stapfers, Pflicht, Stellung und Bedeutung des Geistlichenstandes gegenüber dem Staat in der Rolle des Sittenlehrers der Nation aus dem Geist der Philosophie zu bestimmen, bewegte sich durchaus auf der gleichen Linie wie die von erzieherischem Sendungsbewusstsein getragene berühmte Rede an die Erziehungsräte und Schulinspektoren in Luzern im Januar 1799,[35] wo er der Ver-

sammlung, unter ihnen zahlreichen Geistlichen, zurief, jede Norm müsse etwas Idealisches enthalten, dem man sich zwar nur stufenweise annähern könne, doch dies auch versuchen solle. Die Akzentuierung der moralischen Erziehung im gesamten Bildungssystem entsprach seiner ernsten Überzeugung vom Vorrang der Gewissensbildung vor allem theoretischen Wissen und technischen Können. Ohne Beachtung dieses Charakterzugs bleiben manche seiner Amtshandlungen schwer verständlich.

Seiner Broschüre liess der Minister noch im gleichen Monat ein Kreisschreiben direkt an alle Geistlichen folgen: *«An die Religionslehrer Helvetiens»*.[36] Durch dringenden Zuspruch suchte er darin die vielfachen Besorgnisse der Pfarrer zu zerstreuen. Die in Gang gesetzte Laisierung der Schule werde sie nicht beiseite schieben. Vielmehr appelliert er in verschiedener Hinsicht an ihre Mitarbeit, um sie in das Volksschul- und Lehrerbildungswesen zu integrieren. Er trat auch dezidiert den Bedenken entgegen, die christliche Religion werde aus dem Unterricht verdrängt. Im Gegenteil: Dem hohen Stellenwert der religiösen Unterweisung gedenke der Lehrplan Rechnung zu tragen, indem in Zukunft der Religionsunterricht nicht mehr von den zu wenig dafür gebildeten Schulmeistern, sondern von den Pfarrern zu erteilen sei. Die Verantwortung für das ehrwürdige Ansehen der Religion ruhe damit auf den Geistlichen. Es folgt ein Ausfall gegen die dogmatischen Eiferer unter ihnen, im Gegensatz zu jenen, die nach Jesu Beispiel Gehorsam gegen die Gesetze, Vertrauen in die Vorsehung und allgemeine Bruderliebe predigen. Die zuerst Genannten hätten wenig Anspruch auf die Zufriedenheit des Staates und ihrer nächsten bürgerlichen Vorsteher.

Gerade an diesem Punkt überschneiden sich Erziehungs- und Kultusministerium; denn ohne die Mitarbeit der Kirche müsste der grosse Erziehungsplan des neuen Staates scheitern. So wirbt denn Stapfer auch als Theologe zum Schluss um das Vertrauen seiner verunsicherten Amtsbrüder:

> «Noch einmal, meine Brüder, beweiset durch Thaten, dass ihr das Zutrauen der Regierung verdienet. Wenn ihr ohne Bitterkeit und Widerstreben gegen die neue Ordnung der Dinge die Religion Jesu lehrt, so werdet ihr es ungehindert thun können, und man wird euch in der Ausübung eures Berufs schützen; aber ihr könnet eure Worte noch mehr bewähren, wenn ihr eure Gemeindsangehörigen auf alle Weise belehret und besonders den Erziehungsräthen und Schulcommissarien an die Hand gehet. Suchet den Lohn eures Gewissens, und der Beifall der Rechtschaffenen wird euch zu Theil werden. Wir arbeiten alle daran, das Gute zu vervollkommnen; also müssen wir uns auch wechselsweise, auch ungesehen, ja sogar verkannt, unterstützen und jeder Belehrung offen bleiben. Ich hoffe unter eurem Stande täglich mehr aufgeklärte, thätige und wohldenkende Patrioten kennen zu lernen.»

Die hier herangezogenen Verlautbarungen und die Amtshandlungen Stapfers machen deutlich, wie ernsthaft er bemüht war, die kirchlichen Kreise dem Staat

nicht zu entfremden. Bereits im Sommer und Frühherbst 1798 hatte er die Gelegenheit wahrgenommen, der Tendenz zum religionslosen Staat vermittelnd entgegenzuwirken, und zwar anlässlich der Feiern des *Bürgereids* und des *Bettags*. Er setzte der von Peter Ochs für den Bürgereid in der Verfassung formulierten religionsneutralen Eidesformel ohne Nennung des Gottesnamens eine entscheidende und bezeichnende Ergänzung an die Seite.[37] Er war nämlich vom Direktorium beauftragt, für diese Bürgereidsfeiern im Lande zuhanden der Regierungsstatthalter eine Musterrede zu verfassen. Dieses Schriftstück atmet ganz den Geist des Stapfer'schen Idealismus der frühen Helvetik.[38] Die Neuordnung eröffnete nach ihm der bisher getrennten Nation verheissungsvolle Perspektiven:

> «Was aus dieser kraftvollen Nation werden könnte, ahndeten die Freunde der Menschheit, aber sie selbst wussten es nicht. Durch eine Verfassung, die alle einzelnen Stücke vereinigt, alle Kräfte sammelt, alle Hülfsmittel in eine einzige Nationalmacht zusammendrängt, sollen nun auch in ihrem Schosse die verborgenen Keime von Fähigkeit, Wohlstand und Tugend entwickelt werden und zu unerhörtem Segen heraufsprossen.»

Der Schwur auf die Verfassung besiegelt die Grundsätze von Freiheit und Gleichheit. Über allem aber waltet Gott:

> «Indem der Helvetier niemand über sich erkennt als Gott, seine Pflicht und das für alle und von allen durch Stellvertreter gegebene Gesetz, lernt er seine Menschenwürde fühlen [...].»

Zu beachten ist übrigens, dass verschiedenenorts in der protestantischen Schweiz die Behörden dem Fest des Bürgereids einen kirchlichen Charakter gaben. Es passte auch in Stapfers Konzept, wenn der ihm verbundene grosse Zürcher Theologe Lavater in seiner Predigt vom 12. August 1798 seiner Gemeinde den Schwur empfahl, indem er ihr zurief:

> «Jeder unterstütze die Grundsätze einer vernünftigen Freiheit und einer heiligen Gleichheit aller Pflichten und Rechte! Lasst uns Hand in Hand schlagen, das Beste des ganzen Vaterlands gemeinschaftlich zu wollen, zu suchen und zu befördern [...].»[39]

Noch deutlicher zeichnete sich die Bemühung des Kultusministers um den ideellen Brückenschlag des Staates zur Kirche ab in dem fast gleichzeitig verfassten Aufruf zur *Bettagsfeier* auf den 6. September 1798 hin.[40]

Das Direktorium gestattete ihm, ein Kreisschreiben an die kantonalen Regierungsstatthalter zu richten, die es dann, mit den nötigen Polizeivorschriften versehen, den Geistlichen zustellen sollten. Das Zirkular markierte zunächst den Standpunkt des Direktoriums, indem es «das heilige Menschenrecht ungehinderter Religionsübung» ansprach, zugleich aber vor einer Störung der öffentlichen Meinung und vor Untergrabung der Achtung gegen die rechtmässigen Gewalten im Staat warnte. Dies unterstrich das staatliche Schutz- und Oberaufsichtsrecht über die Kirche. Stapfer liess es aber dabei nicht bewenden, sondern schloss ein

offenes Bekenntnis zum christlichen Glauben an, indem er die hohe Bedeutung der Religion für die staatliche Ordnung betonte:

> «In seiner ursprünglichen Reinheit ist das Christenthum das wirksamste Mittel, das Gewissen zu schärfen, die Menschen zum Gefühl ihrer Würde zu erheben, die Selbstsucht zu bekämpfen und alle Tugenden zu entwickeln, welche die Zierde der menschlichen Natur, und ohne die keine wahrhaft republikanischen Gesinnungen möglich sind»!

Noch mehr: er lenkte den Blick besonders auf das Zentrum, auf Jesus Christus als den Stifter eines moralischen Freistaates unter göttlichen Gesetzen zur Veredlung des Menschengeschlechts und bekannte – ganz Theologe – «dass ohne geläuterte und warme Religiosität keine Menschenwohlfahrt bestehen kann».

Es ist nicht ohne Interesse zu vernehmen, wie einer der Adressaten, Henri Polier, Regierungsstatthalter des Kantons Léman, das Bettagszirkular Stapfers aufnahm:[41]

> «C'est un besoin pour mon cœur de vous exprimer la reconnaissance dont il est pénétré; j'ai lu et relu la lettre dont vous m'avez honoré le 23 Juillet courant; elle vaut des armées et des trésors à la patrie, et mille fois mieux elle lui prépare les bénédictions de Jésus-Christ, mon sauveur et mon Dieu. Quelles grâces n'avons-nous pas à lui rendre d'avoir placé à la tête de l'instruction publique de l'Helvétie un citoyen qui porte publiquement sa bannière, et qui démontre victorieusement que ceux-là qui la suivent invariablement sont les citoyens sur qui la patrie peut toujours compter.»

Auch einzelne wichtige Kirchenhäupter wie der Zürcher Antistes Hess nahmen Stapfers Einstehen für die christliche Kirche und die Kooperation von Kirche und Staat zustimmend auf, was er mit einem Zirkular am 16. August 1798 der zürcherischen Geistlichkeit denn auch kundtat:

> «Wie merkwürdig, dass dieselbe Regierung, welche eine Konstitution handhabt, worin uneingeschränkte Religionsfreiheit gestattet wird, durch ihren Minister (der wohl auch hierüber als der Mund der Regierung zu betrachten ist) sich so entscheidend äussert, keine Religion schicke sich so gut für unsern Freistaat und dessen neue Konstitution, wie die echt christliche. So haben wir denn hier das Eingeständnis einer Regierung, die gewiss den Geist unserer Konstitution am besten kennt, dass das Christenthum und die christlichen Lehranstalten etwas höchst Wichtiges für unsern neuen Staat und ihre Aufrechterhaltung zum Wohl desselben so viel als unentbehrlich ist.»[42]

Selbst wenn zu Stapfers Enttäuschung der katholische Volksteil sich im September 1798 von der allerdings ursprünglich protestantischen Bettagsfeier distanzierte – der Termin fiel zudem auf einen Werktag –, gedachte er doch auch im folgenden Jahr an dem Kirche und Staat verbindenden Anlass festzuhalten. Allerdings lag der Bettagstermin 1799 in der ungemein schwierigen Zeit der Koalitions-

kämpfe auf Schweizer Boden, als infolge des österreichisch-russischen Vorstosses die Ostschweiz der helvetischen Verwaltung entzogen war. Der Kultusminister war bereits vom Direktorium ermächtigt, mit den Kirchenräten verschiedener Kantone den Bettag festzulegen, auch diesmal unter Bezugnahme auf die verfassungsmässige Kultusfreiheit:

> «Le gouvernement [...] persuadé que les principes d'une religion épurée ne sont pas différents de ceux de la liberté et de la vertu [...].»[43]

Erneut trat der Minister in dem in französischer Sprache verfassten Rundschreiben mit grosser Wärme für den christlichen Glauben ein, nicht etwa bloss für sein innerliches Wesen, sondern gerade auch für seinen Kult, für seine gottesdienstlichen Einrichtungen, für die Besoldung und das Ansehen seiner Diener:

> «Le gouvernement connaît trop bien ses devoirs envers le peuple souverain qui a accepté la constitution sous la réserve expresse du maintien de son culte public; il est trop juste envers l'Eglise, dont il a les capitaux en mains, et à laquelle il doit payer les intérêts, pour que jamais il puisse penser à se soustraire aux obligations sacrées de son entretien et du traitement honorable de ses ministres.»

War Stapfer mit dieser Zusicherung zu weit gegangen? Jedenfalls unterband das Direktorium unter Laharpes Einfluss die Verbreitung des Zirkulars. Er, dessen Sinn damals unter der Spannung zwischen den beiden Schlachten bei Zürich auf nichts anderes gerichtet war, als durch Zwangsmassnahmen die staatliche Autorität zu sichern, duldete offenbar keinerlei Abweichung von dem durch ihn festgelegten Regierungskurs. Dass Stapfer auf der Entschädigungspflicht des Staates für die damals in ihrem Einkommen schwer beeinträchtigten Kirchendiener beharrte, kam zur Unzeit. Oder missfiel die Warnung des Theologen vor dem religionslosen Staat im Bettagszirkular?

> «Il est trop évident aujourd'hui que sans culte national la conscience publique s'affaiblit, la censure morale publique perd son point de ralliement, son principe régénerateur et ses forces vitales [...]»

Mit der schroffen Zurückweisung desavouierte das Direktorium den Kultusminister und entzog sich der von diesem angestrebten Annäherung an die Kirche:

> «Quelques utiles que puissent être d'ailleurs les principes de morale développés dans votre écrit, le Directoire ne croit pas pouvoir y mettre son attente. Comme gouvernement il n'est point en place de proclamer les principes d'un culte et d'une philosophie quelconque, et vous invite dès là à ne pas donner cours à votre publication.»[44]

V Stapfer sprach mit der treuhänderischen Unterhaltspflicht des Staates für die Kirche ein brennendes helvetisches Verwaltungsproblem an: die infolge der Aufhebung der Zehnten katastrophal verschlimmerte Einkommenslage der Geistlichen.[45] Zahlreiche reformierte Pfarrfamilien litten Not. Aber auch der katholische Klerus war von starken Einbussen betroffen. Der Kultusminister unternahm

deswegen zahlreiche Vorstösse. Er berief sich dabei auf einen am 22. August 1798 von den gesetzgebenden Räten gefassten Beschluss mit der feierlichen Zusicherung der bisherigen Einkünfte der helvetischen Geistlichen.[46] Im Sekretariat des Ministers war man angesichts einer Flut von Beschwerden tätig, um sich ein Bild von den vorhandenen Fonds und den Pfarrbesoldungen zu machen. Bis zur Ablösung des Direktoriums durch den ersten Staatsstreich im Januar 1800 gab es jedoch allen Bemühungen zum Trotz kaum Fortschritte zur Lösung dieser Frage. Weder die Exekutive noch die Legislative gingen angesichts der Finanznot der Republik über Versprechungen und provisorische Verfügungen hinaus. Anfang 1799 stellte Stapfer dem Direktorium auf dessen Rückfrage einmal mehr seine kirchenpolitischen Ziele vor Augen:

1. Der Staat sorgt für ein gebührendes Einkommen der Geistlichen.
2. Er mischt sich nicht in die innere kirchliche Organisation ein, sondern überlässt sie ganz der Kirche.
3. Er verschafft dem Klerus das Aktivbürgerrecht.[47]

Wie in den Schulfragen und der Kulturpflege unterbaute er seine Vorschläge und die Verwaltungsarbeit durch eine *Pfarrer-Enquête* mit entsprechenden Fragebogen, mittels derer er sich Kenntnis verschaffte über die persönlichen Verhältnisse der Geistlichen, ihre ökonomische Lage, über die kirchlichen Institute, über Ausbildung, wissenschaftliche Interessen und insbesondere auch über die Tätigkeit im Erziehungswesen.[48] Damit wäre eine solide Basis für entsprechende Verwaltungsmassnahmen vorhanden gewesen. Diese verhinderte jedoch das Kriegs- und Notjahr 1799. Das Direktorium schob die Kirchensachen widerwillig vor sich her. Im Sommer jenes Jahres rang man ihm endlich die Zusage von 10 000 Franken ab «pour secourir le clergé». Aufgrund der Generalabrechnung erhielt der Minister bis Ende des Jahres nicht einmal die Hälfte davon angewiesen.[49] Unter solchen Voraussetzungen sollte er damals angesichts des drohenden Vorstosses der österreichischen Truppen und der Lockrufe der Emigranten noch an die Loyalität der Geistlichen in den Grenzkantonen appellieren. Er tat es um der Sicherung der Neuordnung und der nationalen Einigkeit willen.[50]

Anfang 1800 widmete der Kultusminister der materiellen Existenzfrage der Kirche in ihrer Verflechtung mit dem Staat eine Druckschrift mit einem eigenen Entschädigungsplan: *«Über die Besoldungen der Religionslehrer in Helvetien»*.[51] Ein zuvor gescheiterter Überbrückungsplan mit einer so genannten Peraequierung, das heisst einer Abstützung der dürftigsten Pfarrgehälter aus den Einkünften Bessergestellter, veranlasste ihn offensichtlich, mit dem Vorschlag einer umfassenden Lösung an die Öffentlichkeit zu treten. Mit der entschädigungslosen Zehntenaufhebung rechnete er scharf ab:

> «Alle Einwendungen, die man gegen die Zehnten gemacht hat, sind grundlos; alle Gründe hingegen vereinigen sich, für eine schleunige Wiedereinführung dieser Auflage anzuraten [...] Kein Stand erfordert so grosse Aufopferungen, so viele Kenntnisse, so ausgezeichnete Talente, so

mannigfaltige Entbehrungen, und kein einziger hat durch die Revolution so viel gelitten als der Stand der Religionsdiener.»

Dann folgt der Vorwurf, die Verfassung habe die Lehrer der Religion, die Erzieher des Volkes der unveräusserlichen staatsbürgerlichen Rechte beraubt. Dazu komme die materielle Schädigung:

«Die Kirche ist so gut Besitzerin, als der Staat oder eine Gemeinheit, oder eine Privatgesellschaft besitzen kann; und ihr Eigentum ist um so heiliger, je ehrwürdiger und notwendiger der Zweck der Kirche ist. Verminderung der Einkünfte der Geistlichen halten wir daher für eine Beeinträchtigung des Eigentums, welches sich durch Zerstörung des öffentlichen Zutrauens und Untergrabung des gesellschaftlichen Vertrags, der ja nichts als Verteidigung und Schutz des Eigentums beabsichtigt, an dem Staate selbst und an der Wohlfahrt aller Volksklassen früher oder später unfehlbar rächen muss.»

Stapfer kam dann zum Loskauf der Zehnten zur Frage des Unterhalts der Kirchengebäude sowie besonders eingehend zu dem sein Departement seit einem Jahr in zahlreichen Fällen beschäftigenden *Pfarrwahlwesen*. Aus Besorgnis vor Missbräuchen lehnte er die Pfarrwahl durch die Gemeinden strikt ab. Er befürwortete den Beizug von Kirchen- und Erziehungsräten sowie der Verwaltungskammern und die Befolgung älterer Verordnungen:

«Das Repräsentationssystem will, dass alles, was Nachdenken, Einsicht und Selbstlosigkeit erfordert, nicht durch, sondern für das Volk geschehe durch seine Erwählten. Würde ein Vater seinen Kindern die Wahl des Lehrers erlauben? Würden sie nicht den auswählen, der sie am meisten amüsiert?»

So seine Ansicht schon in einer Eingabe im Jahr zuvor.[52] Seine Leitlinien standen schon früh in dem Sinne fest:

«Meine Bemühungen zielen darauf, die Rücksichten der Gerechtigkeit und der Klugheit mit denjenigen zu verbinden, welche die Beförderung der Gelehrsamkeit, der Aufklärung und des Pflichteifers der Geistlichkeit erheischen; auf dieser Basis sollte ein zweckmässiges System der Erwählungsart der Religionslehrer gebaut werden.»[53]

Die völlig unübersichtlichen Verhältnisse hatten dagegen das Direktorium veranlasst, die heikle Frage der Gesetzgebung zuzuschieben. Hier überwog die Stimmung für das Wahlrecht der Gemeinden. Die einzige Debatte darüber verlief ergebnislos. Die Frage ging an eine Kommission. Bei der Geistlichkeit erhob sich hingegen ein eigentlicher Proteststurm gegen das Gemeindepfarrwahlrecht. Auch der fortschrittlich gesinnte katholische Stadtpfarrer Thaddäus Müller in Luzern stellte sich öffentlich dagegen. Obrigkeitlich-elitäres Denken verwarf sowohl das altüberlieferte Pfarrwahlrecht innerschweizerischer Gemeinden, und damit ein Stück kommunaler Selbstverwaltung, als auch die aus der Revolution erwachsene Forderung. Dem dogmatischen Rigorismus Stapfers könnte man zugute hal-

ten, dass ihn gewisse Erfahrungen mit den älteren bernischen Verhältnissen bestimmten, noch mehr jedoch jetzt, angesichts der Auflösung festgefügter Ordnungen, seine Neigung, «Konsequenz, Ordnung und feste Organisation in dem so sehr verwirrten Fache der Pfarrbesetzungen und Kirchenzucht anzubahnen».[54] Trat er für die Würde und das Ansehen des Pfarrerstandes ein, so stellte er an dessen Angehörige aber auch entsprechende geistige Anforderungen. Da spielte wohl auch das persönliche Standesbewusstsein mit, die Herkunft aus einer eigentlichen Theologendynastie Altberns.

Im Traktat über die Besoldungen der Kirchendiener berührte er nochmals den von ihm erstrebten Ausgleich zwischen Kirche und Staat. Neben die Pflichten und Rechte des Staates gegenüber der Kirche stellte er die Aufgabe der Toleranz: Verhinderung, dass keine Religionspartei sich zum Nachteil der anderen Rechte oder Begünstigungen anmasse, die ihr nicht zukommen. Erneut lautete sein positives Programm:

> «Der Staat soll durch Aufmunterung, Leitung und zwanglosen Einfluss zu bewirken suchen, dass der Zweck jeder religiösen Gesellschaft immer mehr auf wahre Aufklärung, Besserung, Beglückung und Veredlung der Menschheit im Staat gehe, und so durch die Bemühungen der Kirchendiener die gesellschaftlichen Bande der Staatsmitglieder, der Bürger und der Mensch, die geselligen und sittlichen Interessen immer wohltätiger, inniger zusammengeknüpft werden.»

Dies alles unbeschadet der inneren kirchlichen Autonomie. Ihr entsprach ein abschliessend entwickeltes Konzept einer einheitlichen Ordnung der Kirchen beider Hauptkonfessionen, sozusagen in Anlehnung an schon da und dort vorgebrachte Vorschläge für ein katholisches Nationalbistum oder eine reformierte National- und Generalsynode. Stapfer schrieb:

> «Das Direktorium sollte daher bei den Gesetzgebenden Räten beantragen, die reformierte und die katholische Religionspartei Helvetiens einzuladen, dass jede für ihre Kirchgenossenschaft einen Ausschuss von zehn oder zwölf der rechtschaffendsten und einsichtsvollsten Religionslehrer aufstelle und diesen Ausschüssen die Revision der bisherigen und den Entwurf einer neuen, verbesserten Organisation der Kirche auftragen. Diesen Ausschüssen könnten die gesetzgebenden Räte aus ihrer Mitte einige Mitglieder beiordnen, welche an den Arbeiten teilnehmen und sie durch staatsrechtliche Erörterungen erleichtern und berichtigen würden.»

Wie bei so viel anderem in der Helvetik blieb es bei diesem Ansatz, die unübersichtlichen Verhältnisse zu regulieren. Wenn dem Kultusminister Stapfer schon in der ihm vertrauteren Sphäre der protestantischen Kirche oft Unverständnis und Misstrauen entgegenstanden, um wie viel schwieriger war der Zugang zum katholischen Bevölkerungsteil, zu dessen Klerus und religiösen Institutionen! Hier stiess der protestantische Theologe von vornherein auf Vorbehalte, umso

mehr, als manche seiner philosophisch getönten Verlautbarungen wenig eingänglich waren. Dem Bemühen, durch Aufklärung und Erziehung den esprit public zu schaffen, um damit auch den Schutt des konfessionellen Haders zu überwinden, standen tief verwurzelte Gefühle im Weg.[55] Einzuräumen bleibt allerdings, dass Stapfer seinerseits in einer gewissen Distanz zum Katholizismus stand, ungeachtet der freundschaftlichen Beziehungen zu einer Anzahl katholischer Persönlichkeiten, wie dem Ministerkollegen Meyer von Schauensee oder dem Luzerner Stadtpfarrer und bischöflichen Kommissar Thaddäus Müller sowie zum Pädagogen Pater Grégoire Girard. Seine Unsicherheit, wie er sich als Kultusminister zur katholischen Kirche verhalten solle, verrät die Anfrage an den ihm zu Beginn der Amtszeit noch freundschaftlich vertrauten zukünftigen Dekan der Berner Kirche Ith. Stapfers Schreiben ist zwar nicht erhalten. Doch aus der Antwort des Adressaten vom 15. Oktober 1798 erfahren wir:[56]

> «Sie fragen [...] wie die Regierung sich gegen die Kirche überhaupt, und gegen die katholische insonderheit zu verhalten habe?»

In Bezug auf die katholische Kirche rät Ith zur Befolgung von zwei Grundsätzen:

> «Der eine: dass die katholische Kirche in ihren wesentlichen Rechten und Religionslehren ungekränkt erhalten werde; der andere: dass diese Rechte und Dogmen mit der politischen Verfassung nicht in Widerstreit gerathen. Auch schon unter der alten Verfassung wurde diese Forderung an jene Kirche gethan [...] Diese Forderung ist eines der Bedinge, ohne welches die Verfassung keine Religionsparthei dulden kann und will.»

Als Wunschbild stellt schliesslich Ith – auch er ein Kantianer – eine sich unter dem Schutz und der Aufsicht des Staates selbständig neu konstituierende Kirche nach den Grundsätzen einer aufgeklärten Vernunftreligion auf und schliesst die protestantische mit ein. Beide sollten sie der ganzen helvetischen Kirche Einheit geben und aus dem Geist genährt werden, der in gemeinschaftlicher Ausbildung der Bürger beider Konfessionen am neu zu gründenden Nationalinstitut zu pflanzen wäre. Das war Utopie. In der Realität hatte der Kultusminister in Gestaltung der *katholischen Religionspolitik* zu einer ganzen Reihe von Dekreten des Direktoriums Hand zu bieten, die repressiv wirkten und im katholischen Volksteil und seinem Klerus das dumpfe Gefühl der Religionsgefahr weckten. Die hierarchische Struktur der katholischen Kirche war nämlich von der helvetischen Gesetzgebung stärker betroffen als die reformierte Kirche.[57] Wenn auch der Klerus beider Konfessionen gleicherweise in der persönlichen Rechtsstellung gemindert war und gleichermassen unter dem Besoldungsausfall litt, trafen anderseits die Dekrete der Regierung und die Massnahmen der französischen Besatzungstruppen doch die katholischen Ordensleute besonders hart mit Kontributionen und Einquartierungen. Das Vermögen der Klöster kam unter staatliche Verwaltung. Die Aufnahme von Professen und Novizen wurde untersagt. Im Dezember 1798 erklärte ein Gesetz das Klostergut zum Nationaleigentum. Austretenden Ordensleuten stand eine staatliche Pension in Aussicht. Als einseitig antikatholisch emp-

fand das Volk die Einschränkung oder das Verbot von traditionell verwurzelten Wallfahrten und Prozessionen. Dies und anderes mehr schürte in katholischen Gegenden die Abneigung gegen die politische Neuordnung. Beim Klerus zeigte sich weniger offene Opposition als zurückhaltendes Abwarten, obgleich eine Anzahl namhafter Pfarrer durchaus mit dem politischen Wechsel sympathisierten und sich namentlich im Erziehungswesen tätig zeigten. Stapfers Appelle zur Hebung der Volksbildung und Veredlung der Nation fanden Anklang bei Vertretern beider Konfessionen. Spannungen zwischen den helvetischen Behörden und Kircheninstanzen im ostschweizerischen Kanton Säntis rief aber die intransigente Haltung des ins Ausland geflohenen St. Galler Fürstabts Vorster. Stapfer gab angesichts solcher Schwierigkeiten der involvierten kantonalen Verwaltungskammer zu verstehen, die Ursache liege im unbestimmten Verhältnis des helvetischen Bürgerstaats zu den Kirchen, und verwies auf das in Gang gesetzte Erziehungs- und Aufklärungswerk:

> «Wegen der Ansprüche der römischen Priesterhierarchie ist die Aufgabe schwer zu lösen. Die Interessen des Priestertums durchkreuzen die Interessen einer freien, auf die reinen Staatsgrundsätze gebauten bürgerlichen Verfassung so mannigfaltig, dass bloss eine reifere und geübtere Vernunft es wagen darf, bei den so wenig aufgeklärten Gesinnungen des Volkes die unveränderlichen Grenzsteine zu setzen, welche die Rechte von beiden genau bestimmen sollen.»[58]

Was die einschneidende *helvetische Klostergesetzgebung* betrifft, so vertraten die politischen Instanzen die an den Josephinismus gemahnende Auffassung, Ordensleute seien für die Gesellschaft verlorene Bürger, und das Klostervermögen bedeute totes Kapital. Auch Stapfer verfocht diese Ansicht, und zwar von seinem staatlichen Kultur- und Erziehungskonzept und seinem Kirchenverständnis her. Danach wies er dem Klerus ausser Predigt und Seelsorge als zentrale Aufgabe die Sittenlehre des Volkes zu. So ist wohl auch seine im November 1798 erhobene *Kloster-Enquête* zu verstehen: Die Feststellung des geistigen und materiellen Potenzials der Klöster zum Nutzen des grossen Volkserziehungsplans und der Seelsorge. Dem Finanzminister, der aufgrund jener gesetzlichen Massnahmen an eine übereilte Entlassung von Novizen und Scholaren aus den Klöstern dachte, um Einsparungen zu erzielen, hielt er entgegen:

> «Eine allgemeine Massregel könnte indes manchen hoffnungsvollen Jüngling dem Vaterland und der Wissenschaft entziehen. Unter den Novizen, vorzüglich unter den Scholaren befinden sich ausgezeichnete Köpfe; oft sind sie aus den untersten Ständen ausgehoben; der Anfang einer bessern Bildung ist gemacht; ein erzwungener Rücktritt in ihre ursprünglichen Verhältnisse wäre hart und gefährlich. Ich fürchte, man würde eine ehemalige Pflanzschule von Mönchen zu einer Pflanzschule von verdorbenen, unruhigen, verdächtigen Menschen umschaffen [...] Die mönchischen Einrichtungen müssen aufgelöst werden; allein ich

wünsche aus den Trümmern einiges Brauchbares zu retten und das übrige bei seinem Einsturz dem Staate unschädlich zu machen.»[59]

Ganz im Sinne solch aufklärerischer Klosterpolitik erliess er im Mai 1799 einen Aufruf an die Ordensleute, die monastische Existenz mit einem tätigen Leben zum Wohl der Mitmenschen zu vertauschen und vom Angebot einer staatlichen Aussteuer zur Schaffung einer unabhängigen Existenz Gebrauch zu machen.[60] Der Aufruf fand nachweisbar wenig Resonanz, trug aber wiederum zur Schürung von Misstrauen unter den Katholiken bei, dies noch mehr, als in der Folge noch einschränkende Sondermassnahmen gegen den volkstümlichen Kapuzinerorden hinzukamen. Wahrscheinlich fielen die auch von Stapfer auf sie gemünzten Vorwürfe, wie «superstition, ignorance, fanatisme», mit Blick auf den Widerstand der Innerschweiz gegen die Neuordnung. Sie lassen aber auch die geistige Distanz ermessen zwischen aufklärerischem Denken und volkstümlicher Glaubenskraft.[61] Wie sehr auch aus den Äusserungen des protestantischen Kultusministers ernstes Verantwortungsbewusstsein und die Sorge um Kirche und Religion sprachen, so sehr mangelte es doch hier an der Einfühlung in eine andersartige geistige Sphäre.

Der hier für die Zeit vom Sommer 1798 bis Anfang 1800 zwar bloss in Umrissen abgesteckte Aufgabenkreis des helvetischen Kirchenwesens lässt die vielschichtige Tätigkeit des Kultusministers einigermassen ermessen. Dass ihn aber gerade das in seinem Pflichtenheft nicht einmal eigens aufgeführte Kirchendepartement so stark beanspruchte, erklärt sich aus den Problemen des politisch-sozialen Umbruchs der Schweiz. Auch hier wird man danach fragen, was das Experiment «Helvetik» erbrachte, und danach die Leistung des Ministers bewerten. Doch gerade auf ihn persönlich bezogen, stellen sich dem Biografen zusätzliche Fragen. War die schwankende Verfassungs- und Rechtsbasis für den Staatsmann Gefährdung oder Chance? Gefährdung durchaus, sich in der anhaltenden Spannung zwischen Kirche und Staat sowie im Wirrwarr von Detailfragen aufzureiben. Chance dagegen, als überzeugter Christ unter Ausnützung der institutionellen Lücken der Kirche ihren Bestand sichern zu helfen. Beides hält sich die Waage. Stapfers Bemühungen, Staat und Kirche nicht auseinander driften zu lassen, brachten sowohl Erfolge als auch Misserfolge, wie beispielsweise in der Frage der Bettagsfeiern in den Jahren 1798 und 1799. Anderseits wieder kam in Kirchenkreisen das vom Ministerium vorgeschlagene Gebet der Fürbitte für die Obrigkeit nicht überall gut an, wurde abgeschwächt oder gar verschmäht. So lähmten hüben und drüben oft widersprüchliche Strömungen die ministerielle Tätigkeit. Es ist interessant, dass seine Fürsprache für den Not leidenden Klerus in dem Anfang 1800 verfassten und oben bereits mehrfach erwähnten Traktat «Über die Besoldungen der Religionsdiener» ursprünglich Gegenstand einer Eingabe an das Direktorium war, nun aber, nach dem Sturz der kirchenfernen, radikal gesinnten Direktoren veröffentlicht, geradezu als Mahnung an die neue Exekutive aufgefasst werden konnte. Tatsächlich gaben die den gemässigten Re-

publikanern nahe stehenden Politiker zur Erleichterung Stapfers sofort der Kirchenpolitik eine andere Richtung. Die gesetzgebenden Räte verbanden nämlich in einem Aufruf an das Volk am 20. Januar 1800 die Mahnung zu politischer Versöhnung und Toleranz ausdrücklich mit einem Hauptanliegen des Kultusministers, indem sie feierlich versprachen, der Notlage der Geistlichkeit abzuhelfen:

> «Und für Euch, Bürger, die Ihr die Religionslehrer Euerer Nebenmenschen seid, für Euch wird die Regierung eifrig nach Hilfsmitteln streben, um Euern künftigen Lebensunterhalt zu sichern und alles anzuwenden, um bald Euern drückenden Mangel zu mildern; aber gebt Euern Mitbürgern das Beispiel der Tugenden, die mit gelassenem Mut Leiden ertragen lehren, und von Euch ströme der Geist der Liebe, der Ordnung, des Vertrauens auf die gütige Vorsehung über Eure Kirchgemeinden aus! Ihr werdet dadurch gerechte Ansprüche auf den Dank des Vaterlandes, auf die ausgezeichnete Sorgfalt und Achtung der Regierung erhalten.»[62]

Gleichzeitig kam der Minister Stapfer selber zu Wort in den einleitenden Bemerkungen zu einem kirchenpolitischen Beschluss des Vollziehungsausschusses, der neuen Exekutive. Deutlich brachte er zum Ausdruck, was ihn bewegte:

> «Der Vollziehungs-Ausschuss der einen und untheilbaren Republik. Kaum in Mehrheit vereinigt, ist derselbe die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung durchgangen, um sich ihres gegenwärtigen Zustandes zu versichern. Die Gleichförmigkeit der Grundsätze, welche seine Glieder beseelen, lenkt seine ersten Blicke auf die Religion in der Person ihrer Diener, und er nahm einen beschleunigten Gang gegen eine gänzliche Mutlosigkeit und Verwirrung in einem Fache, welches die erste Quelle aller Volksveredlung und alles Volksglückes ist, mit Schmerzen wahr. Die verschiedenen Beschlüsse der Regierung, die darauf Bezug haben, wurden ihm vorgelegt, und die lebhafte Überzeugung von der dringenden Notwendigkeit, den verschiedenen Äusserungen der vollziehenden Gewalt *eine ganz andere Richtung* zu geben, war die Folge dieser Prüfung. Indem er sich von dem Resultat dieser Untersuchung Rechenschaft geben liess und dasselbe bestimmte, glaubte er es sich zur Regel machen zu müssen, von allen Neuerungen, die er vorfand, nur diejenigen in Kraft zu behalten, welche aus der neuen Ordnung der Dinge fliessen, mit Ausschluss Derjenigen, welche der Übertreibung ihrer Grundsätze und ihrem Missbrauche zuzuschreiben sind.»[63]

Im Sinne eines gemässigten Staatskirchentums also, wie Stapfer es etwa auffasste, vollzog das neue exekutive Siebnerkollegium aus gewesenen Direktoren und geschäftserfahrenen Altgesinnten zwar nicht einen radikalen Kurswechsel, aber doch eine deutliche Kurskorrektur. So liess man beispielsweise Pfarrstellen unter Beachtung der traditionellen Rechte besetzen. Zu Stapfers Genugtuung führte auch der Senat eine Debatte, in der sich Paul Usteri zum Stellenwert der christlichen Religion für die Staatsgemeinschaft wie folgt äusserte:

«Die Religion der Christen nach dem katholischen sowohl als protestantischen Glaubensbekenntnis soll als ein köstliches Erbteil unserer Väter unangetastet und geschützt, und der anständige Unterhalt der Religionsdiener und Pfarrer, als der Lehrer und nächsten Aufseher der Sittlichkeit ihrer Pfarrgenossen, als heilige Schuld anerkannt und ihnen zugesichert werden.»[64]

Die Leitung des helvetischen Kirchenwesens, nun «ausgerichtet nach der alten Kirchenzucht, ihrer Polizei, ihrer Gebräuche» (Beschluss des Vollziehungsausschusses vom 22. Januar 1800), brachte Stapfer bis zum Sommer 1800 noch zahlreiche Aufgaben im Bereich von Verfahren zur Wiederbesetzung geistlicher Pfründen. Aber ausser den ungelösten, verwickelten Besoldungsangelegenheiten lastete die infolge der Kriegsereignisse und aus negativen Revolutionsfolgen erwachsene, verbreitete Sittenlosigkeit schwer auf den Verantwortungsträgern. Eingaben und Vorschläge für eine Erneuerung der 1798 dahingefallenen alt-reformierten *Sittengerichte* riefen kontroverse parlamentarische Debatten hervor. Stapfer griff die Klagen des Klerus eifrig auf, denn um sich greifende Sittenlosigkeit stand in krassem Widerspruch zu seinen auf die sittliche Bildung des Volkes gerichteten Bestrebungen. Doch wie der durch falsch verstandene Freiheitsbegriffe zerrütteten Ordnung aufhelfen? Wie den verheerenden Folgen von Krieg und Besetzung entgegentreten? Der Minister drang schon im Januar 1800 beim Vollziehungsausschuss auf die Reorganisation der Sittengerichte, unter dem Hinweis, die Erziehungsräte und kirchlichen Autoritäten führten bei ihm Klage «über Sittenverderbnis, öffentliche Skandale, die ungestraft blieben, Verödung der Schulen, Vernichtung des Ansehens der Pfarrer und völlige Auflösung der Moral». Bald mischte sich in seine Memoranden ein bitterer Unterton angesichts der Widerstände im Parlament gegen seine Anträge und der zögernden Haltung der Exekutive. Er hielt mit Mahnungen nicht zurück:

«Alle Briefboten bringen ähnliche Schilderungen, und wir sind nächstens beim gleichen Grad der Sittenverderbnis angelangt, in dem sich nach den Annalen der Geschichte die alten Völker befanden im Augenblick ihres Zerfalls und ihres gänzlichen Zusammenbruchs. Grosse Reiche können das noch einige Zeit ertragen; die kleine, arme Schweiz aber kann nicht bestehen ohne reine Sitten und alle die Tugenden, die durch Einfachheit, die Wirtschaftlichkeit, die Ordnung und den Gewerbesinn die uns fehlenden Hilfsquellen ersetzen [...] Der Einfluss der Religion, dieses Bollwerk der Gesellschaft, ist vom Geist des Zeitalters angegriffen, durch das Beispiel der Gottlosigkeit geschwächt und durch die Geringschätzung, den Mangel und die Entmutigung seiner Diener mit Vernichtung bedroht.»

Daraus zog er den Schluss, ein Heilmittel gegen die fortschreitende soziale Fäulnis wäre «die christliche Einrichtung von Sittengerichten, die durch die Erfahrung unserer Väter geheiligt, durch die ehrwürdigsten und weisesten Menschen

unseres Zeitalters empfohlen und durch unsern Klerus, vereinigt zu aller Ehrbarkeit und wahrhaft patriotisch, mächtig begehrt». Stapfers Skepsis gegenüber den zwar jahraus, jahrein legiferierenden Räten war nicht unbegründet, verfolgt man anhand der Akten das Hin und Her in dieser Frage bis zum Mai 1800.[65] Sein tiefer Ernst spricht aus der hier wiedergegebenen Denkschrift, am 25. März 1800 dem Vollziehungsausschuss eingereicht:

> «Si le Conseil exécutif rétablit les concistoires et autres tribunaux de mœurs, il donnera une preuve de respect pour la religion et la vertu [...] En tout cas et à tout événement la Commission exécutive se sera déchargée de sa responsabilité vis-à-vis de la nation et de la postérité, qui demandera aux autorités actuelles compte de ce qu'elles n'auront pas fait pour arrêter le débordement des mœurs privées et publiques. Ma conscience m'oblige donc à soumettre encore une fois à vos lumières le projet d'arrêté ci-joint.»

Die ergebnislose Verhandlung über diese auch wieder im Grenzbereich zwischen Kirche und Staat sich stellende Frage wirft ein besonderes Schlaglicht auf Zustand und Geist der Helvetik.

1.7 Die Krise Stapfers und das Ende der Ministertätigkeit

Die Kontroverse mit Dekan Ith und dem Berner Kirchenrat. Stapfers grosse Rechtfertigungsschrift über die helvetische Kirchenpolitik. Sein Erschöpfungszustand und die Beurlaubung. Reise nach Paris und diplomatischer Auftrag im Zusammenhang mit dem zweiten Staatsstreich vom August 1800. Interimistischer Geschäftsträger der Helvetischen Republik in Paris.

I Stapfers persönliches Geschick war seit dem Frühjahr 1798 eng mit dem Werdegang der Helvetischen Republik verknüpft. Als verantwortlicher Minister suchte er in dem ihm zugewiesenen Fachkreis die Ideen der Neuordnung umzusetzen, das heisst, das Bildungswesen aufzubauen und Impulse für eine Nationalkultur zu vermitteln, im Sturm der Zeit jedoch zugleich die geistigen Fundamente zu bewahren und damit auch den Fortbestand der christlichen Kirche zu sichern. Dass sich insbesondere im Kultusbereich geistige Spannungen entladen mussten, lag in der Natur der Sache, denn der neue Staat strebte auch danach, sein Verhältnis zu den Kirchen und ihren Trägern neu zu bestimmen, insbesondere mit einem verstärkten Zug zur Laisierung des Bildungswesens. Gerade dem Erziehungs- und Kultusminister war damit eine schwere und verantwortungsvolle Aufgabe übertragen. Dass ihm die bedenklichen Schwächen des politischen Systems voll bewusst waren, gab er zwar im Vertrauen weiter, wie etwa dem geistesverwandten Karl Viktor von Bonstetten. Doch hielten seine philosophischen und religiösen Grundsätze dem aufkommenden Zweifel stand. Offensichtlich gab ihm der deutlich spürbare politische Kurswechsel nach dem ersten Staatsstreich im Januar 1800 denn auch Auftrieb. Dass ihn nun aber unmittelbar nach dem Machtwechsel in der Exekutive ausgerechnet von kirchlicher Seite ein völlig unerwarteter Angriff traf, zudem aus dem ihm vertrauten Berner Kreis, dies muss den sensiblen Mann tief erschüttert haben. Man hat sich zu vergegenwärtigen: Wortführer der Aktion war der Dekan der bernischen Kirche Johann Samuel Ith (1747–1813), ehemals als eifriger Kantianer Stapfers Lehrer an der Akademie, Mentor seiner Studienjahre und danach während der 1790er-Jahre sein ihm freundschaftlich verbundener älterer Kollege am ehemaligen Politischen Institut.[1] Doch hinderte ihn dies nicht, nun zusammen mit dem Kirchenrat sogleich die Gelegenheit wahrzunehmen, um mit dem gestürzten Direktorium abzurechnen, ausdrücklich unter Einbezug des Kultusministers. Am 14. Januar 1800 reich-

Johann Samuel Ith (1747–1813), Professor an der Akademie in Bern, Pfarrer in Siselen und Dekan am Berner Münster 1799–1803. Ölbild von unbekannter Hand.

ten die Kirchenmänner dem Vollziehungsausschuss, also der neuen Exekutive, eine Adresse ein und verbreiteten sie zugleich im Druck. Das Schreiben brandmarkte den Minister Stapfer als Helfershelfer der ehemaligen Machthaber beim Werk der Zerstörung des Christentums in Helvetien.[2] Der düstere Schatten dieses Vorwurfs lastete von nun an auf ihm bis zu der ein halbes Jahr später erfolgten Beurlaubung aus gesundheitlichen Gründen. In der klerikalen Klageschrift summieren sich die oben bereits mehrfach berührten Querelen, voran die zweifellos ungerechtfertigte und durch Stapfer von Anfang an angefochtene politische Diskriminierung, sodann das Unbehagen über gemindertes Ansehen, die materielle Schädigung. Ein Hauptvorwurf zielte aber auf die Stellung des Kultusministers, ohne Rücksicht auf die Art und Weise, wie Stapfer praktisch gehandelt hatte:

> «Dass die helvetische Geistlichkeit der Vormundschaft eines Ministers unterworfen wurde, dessen einseitiges Verhältnis stets im Dunkeln

schwebte, und dem alle die Qualifikationen mangelten, die ihn zu ihrem Stellvertreter und Wortführer bei dem Staate hätte machen können.»

Was Stapfer aber zutiefst verletzen musste, war die kirchenrätliche Schlussfolgerung:

«Das alles, Bürger Vollziehungs-Räthe, sind Thatsachen, die als aneinander gereihte Mittel zu einem Zweck erscheinen, die Zerstörung des Christenthums in Helvetien, der die Organisierung der Unsittlichkeit und des Verbrechens und die Erschaffung eines Vorwandes war, das absichtlich zur Verwilderung gebrachte Volk mit einem eisernen Scepter beherrschen zu können.»

Wie Stapfer persönlich diesen Vorwürfen entgegentrat, ist nachfolgend zu zeigen. In der deutlichen offiziellen Antwort des Vollziehungsausschusses an den Kirchenrat vom 21. Januar ist zu lesen:

«Auf die Stelle Ihrer Zuschrift, die gegen den Minister der Wissenschaften gerichtet und ihn zu beschuldigen scheint, als habe er an verschiedenen gehässigen Massregeln des gewesenen Directoriums einen wesentlichen Antheil gehabt, glaubt der Vollziehungsausschuss Ihnen bemerken zu müssen, dass dieser Minister stets mit Eifer und standhaftem Nachdruck gestrebt, das Interesse der Kirchen und ihrer Diener zu vertheidigen, und auch dann in Erfüllung dieser seiner Pflichten nicht ermüdet worden, wenn sich ihr von allen Seiten Schwierigkeiten entgegen gesetzt, die nur seine ausdauernde Geduld erheischten, um nicht muthlos zu werden. Der Vollziehungsausschuss wünscht, dass der Minister in dieser Hinsicht nicht verkannt werde.»[3]

Die gewesenen Direktoren in der neuen Exekutive, Glayre, Savary, Dolder und der ehemalige Finanzminister Finsler, wussten aus eigener Erfahrung, wovon sie sprachen. Ein besonderes Schreiben vom 31. Januar 1800 versicherte den angefochtenen Minister ihres Vertrauens:

«Demnach erklärt der Vollziehungs-Rath, dass Sie seine Hochachtung geniessen, und dass, wenn sie schon noch auf andern Grundlagen beruht, sie doch wesentlich auf der Thätigkeit und die ausdauernde Standhaftigkeit Ihrer sorgenvollen Bemühungen gegründet ist, die Sie zu Gunsten der Sache selbst verwandten, die man Sie vernachlässigt zu haben beschuldigt, und von welchen die Protokolle die Beweise enthalten.»

Bei der neuen Regierung blieb also Stapfers Ansehen unangefochten. Die an Iths Vorstoss beteiligten Berner Pfarrer Müslin und Stephani – David Müslin neben Stapfers Vater am Berner Münster im Amt! – trugen den Disput allerdings auch noch in die Zürcher Kirchenkreise hinüber, zu Lavater und Antistes Hess, wohl um Sukkurs bemüht von Seiten der zweiten starken reformierten Kraft im Land. Daher spricht aus einem Brief Stapfers an den hoch angesehenen Lavater von Ende Januar 1800 tiefe Bitterkeit:[4]

«Rein und unverhohlen und in Gottes Gegenwart erkläre ich Ihnen, dass mir seit vielen Jahren, aber besonders seit meiner, durch die neuesten Selbsterfahrungen noch lebhafter und reifer gewordenen Überzeugung von den Vorzügen des Evangeliums vor jeder andern neuen oder alten Philosophie kein anderes Glück vorschwebt, als den Welterlöser und seine heiligen Lehren zu verteidigen und zu retten [...] und ich bücke mich noch viel tiefer vor dem Einzigen und seinem Verdienst, seitdem ich weiss, mit welcher Schwierigkeit, mit welchem Undank selbst derjenigen, denen man wohlthun will, und was für unübersteiglichen Hindernissen man auch dann zu kämpfen hat, wenn man bei nützlichen Unternehmungen nicht ohne Hilfe ist [...] Ich habe seit zwei Jahren gelitten, was ein Mensch moralisch leiden konnte; aber durch meine Standhaftigkeit und eine zwischen der Geistlichkeit und dem Vollziehungsdirektorium gespielte Rolle, welche der Rolle von Barthélemy zwischen der Eidgenossenschaft und der fränkischen Regierung auf ein Haar gleicht, der christlichen Kirche mehr Dienste geleistet als alle philosophischen Reformatoren und Läuterer des Evangeliums und Aufklärungsmonopolisten. Mein Grundsatz war immer und ist: nicht das Christentum zu verphilosophieren, sondern die Philosophie zu verchristianisieren.»

Der Tiefgekränkte schloss mit einer scharfen Invektive gegen seine Berner Widersacher:

«Lassen Sie sich doch nicht gegen mich durch Leute einnehmen, die ihre Philosophastereien Christentum taufen, nachdem sie ein Jahrzehnt durch vor der Revolution den Offenbarungsglauben untergraben und die Unterscheidungslehren des Christentums, die dasselbe allein zu einer wahrhaft menschlichen, allen Klimaten und Kulturgraden angehörenden Religion machen, durchwässert und angefeindet haben, um ihren philosophischen Quark und eine Gelehrtenstubenreligion, die an Spinnfäden hängt und keine Mücke zu fangen imstande ist, an die Stelle der Heilslehre des grossen Menschenfischers zu setzen, und sich jetzt auf einmal für die Pfeiler der Kirche gehalten wissen und mich als einen Feind derselben darstellen wollen! Aber sie betrügen sich, wenn sie glauben, dass die helvetische Geistlichkeit Zutrauen zu ihnen hat. Sie will sowenig einen philosophischen *Hildebrand* in christlichen Hirtenkleidern als einen atheistischen Bilderstürmer oder theophilantropischen Reformator.»

Der so angesprochene Lavater bekundete ein gewisses Verständnis für den Angefochtenen. Er drängte aber zugleich auf Versöhnung und unterliess seinerseits nicht, auf Schwachpunkte der helvetischen Kirchenpolitik hinzuweisen und die «Erzbischöflichkeit» des Ministers in Frage zu stellen, die ihm zum Bild «von dem geehrten, geliebten und bewunderten Manne» – so in Bezug auf Stapfer – auf keine Weise zu passen schien.

«Ich spreche so frei, als man sprechen kann. Ich vermisste in Ihrer ganzen Manier den konsequenten Mann, und den logischen Philosophen, den Kenner des Volkes.»

Doch zum Hauptpunkt ein gewichtiges Wort:

«Ich weiss und lasse mir's nicht ausreden und bezeuge es laut und allenthalben, dass Sie es mit der Religion, dem Christentum und der Geistlichkeit gut meinen, und dass kein geheimer Pfaffenhass Sie befleckt und beseelt – aber der Schein war wider Sie.»

Um diesem Schein öffentlich entgegenzutreten und Denken und Tun zu rechtfertigen, verfasste Stapfer ohne Verzug eine Druckschrift: *«Einige Bemerkungen über den Zustand der Religion und ihrer Diener in Helvetien»*.[5] Offensichtlich genügte ihm nicht, dass die Regierung den Berner Kirchenrat zurechtgewiesen hatte und dieser seine Vorwürfe sogleich in dem Sinne relativierte, sie seien missdeutet worden und nicht gegen Stapfer persönlich gerichtet. Doch dem Angegriffenen ging es nicht nur um die persönliche Rechtfertigung, sondern auch um eine grundsätzliche Darstellung der Lage unter dem Direktorium:

«So wenig ich nun Ursache habe, in die feyerliche Erklärung solcher Männer [d. i. des Kirchenrats] irgend ein Misstrauen zu setzen: so unbestreitbar ist es doch, dass die Missdeutung, über welche sie sich beschweren, die Aufmerksamkeit des Publikums auf meine Verwaltung gezogen, und mir zur Pflicht gemacht hat, bey diesem Anlass über die Grundsätze, die mich leiteten und noch jezt beseelen, mich mit republikanischer Freymüthigkeit zu äussern.»

Man muss sich bewusst machen, weshalb den Minister die Ausfälle im kirchenrätlichen Schreiben besonders trafen. Der Vorgang spielte sich ja am Regierungssitz Bern ab, also da, wo Stapfer selber noch als Theologe ordiniert war und nominell die oberste theologische Professur an der Akademie innehatte – sein jüngerer Bruder Friedrich vertrat ihn ad interim da, wo sein Onkel und Vorgänger Professor Johannes Stapfer als 80-jähriger Greis lebte und wo sein Vater Daniel Stapfer neben Dekan Ith als Münsterpfarrer amtete. Konnte sie alle, wie auch seinen Schwager, den Juristen Professor Ludwig Samuel Schnell, Richter am obersten helvetischen Gerichtshof, eine solche Diffamierung gleichgültig lassen, ganz zu schweigen von der Wirkung im gesamten bernischen Freundes- und Bekanntenkreis? Aus dieser Sicht hat die Angelegenheit doch noch eine andere Dimension als die eines blossen Theologenstreits. Und was noch besonders ins Gewicht fällt: Die Anwürfe verletzten Stapfers innerste Überzeugungen. So kann es nicht erstaunen, dass auch er polemisch konterte. Zunächst monierte er, die Klagepunkte des Kirchenrats habe er ja selber vorgetragen «bey tausend Anlässen viel stärker, eindringender und gründlicher, und zwar zu einer Zeit, wo das Verdienst noch grösser war, die Wahrheit zu entwickeln und zu behaupten». Er rekapitulierte die Leitsätze einer gemässigten staatskirchlichen Politik, von der schon mehrfach die Rede war.[6] Insbesondere habe er sich in der helvetischen

Revolution als Richtschnur des Betragens im Ministerium des öffentlichen Unterrichts «die gewissenhafte einstweilige Erhaltung des Status quo der christlichen Kirche» genommen. Erneut unterstrich er deren unbedingte Kompetenz zur Autonomie in Organisation, Lehrform und Religionsübung. Die kritisierte Unterstellung der Geistlichkeit unter den Minister des öffentlichen Unterrichts sollte gerade die kirchlichen Anstalten unter staatlicher Obhut in ihrem wesentlichen Bestand erhalten helfen, materiell wie moralisch.

> «Nächst diesen unerlässlichen Pflichten der Gerechtigkeit sollte eine aufgeklärte Staatsverwaltung noch durch den sanften, keinen Zwang sich erlaubenden Einfluss der Belehrung und Aufmunterung, die Religionslehrer für beide Kirchen und die Veredlung der Menschheit in denselben durch Unterricht und Bildung jüngerer und älterer Kirchgenossen, immer wohlthätiger, und in den Augen des Publicums nüzlicher zu machen suchen.»

Und gerade diesbezüglich, im Hinblick auf das umfassende nationale Erziehungsprogramm:

> «Wer wollte bestreiten, dass als Vorbereitungs- und Mittheilungs- oder Vollstreckungsorgan gerade der Minister des öffentlichen Unterrichts und der Nationalerziehung geeignet war? Dies umsomehr, je unentbehrlicher zur Volksbildung religiöser Unterricht und kirchliche Anstalten sind, und je nothwendiger es ist, dass bei kargen Hülfsmitteln, ein armer Staat zur Erfüllung seiner unabwendbaren Erziehungspflichten die Kirche und ihre Diener um Hülfe anrufe, und als wesentlichen Bestandtheil in den Kreis seiner Culturanstalten aufnehme.»

Der Minister sieht in dieser Erziehungsleistung für den Staat die innere Unabhängigkeit der Kirche in keiner Weise tangiert, lässt allerdings durchblicken, wie schwierig seine Mittlerstellung häufig war:

> «Wer weis nicht, dass ich zwischen dem Direktorium und der helvetischen Geistlichkeit eine vermittelnde, besänftigende, schützende Rolle spielte, um bessere Zeiten zu gewinnen [...] Jezt sind jene bessern Zeiten da, ehe rasche Maasregeln die Kirche zertrümmert haben; und nun fordere ich für meine Bemühungen, für den Verlust meiner Gesundheit und für die moralischen Leiden, die ich zwey Jahre durch ausstand, nichts, als dass man meine Grundsätze und meine Benehmensart nicht verkenne.»

Wenn auch seine Beamtung institutionell zu einer wahren Repräsentation der Kirche nicht hingereicht habe, so habe er doch zur Wahrung ihrer Rechte als Kultusminister den engen Spielraum auch genutzt, um Kirche und Staat in Wechselwirkung zu erhalten, damit dieser sich nicht jeder Sorge für die Kirche enthoben fühle. Stapfer sprach die entscheidende kirchenpolitische Problematik der Helvetik mit den Worten an:

> «Da weder die Verfassung noch die Gesetzgebung bisher bestimmt hat, in welchem Verhältnisse sie gegeneinander stehen, ob die Staatsvorsteher

sich auch wie unsere ehemalige Obrigkeit, als Kirchenvorsteher betrachten, ob die Religionslehrer als Staatsbeamte, und die christliche Kirche als Nationalanstalt anzusehen seyen, oder ob diese Kirche eine ganz isolirte Gesellschaft bilde, gegen die der Staat keine andre Pflichten, als die eines Polizeyaufsehers und Schuldners zu beobachten habe: so floss hieraus ein schwankendes Verhältniss, welches der Willkür Raum gab, bald unbefugte Einmischungen, und bald sorglose Vernachlässigung erzeugte.»

Stapfer war sich genau bewusst, dass mit der Revolution manche Zügellosigkeit im Volk entfesselt worden war und in den Augen der Geistlichkeit die sittliche Ordnung zu untergraben drohte. Was ihn als Verfechter kantianischer Ethik jedoch geradezu erschütterte, war der pauschale Vorwurf der Berner Pfarrer, die im neuen Staat mit der Zerstörung des Christentums einhergehende Organisierung von Unsittlichkeit und Verbrechertum bezwecke, das zur Verwilderung gebrachte Volk der Herrschaft eines eisernen Szepters zu unterwerfen. Rückten denn nicht zahllose ministerielle Appelle, etwa an die Erziehungsbehörden, unermüdlich hohe ethische Forderungen in den Mittelpunkt der Nationalbildung? Gerade er zog angesichts der grassierenden moralischen Schäden im Land eine Erneuerung der alten Sittengerichte in Betracht. Dabei hätte sich nach seiner Ansicht wieder einvernehmliches Zusammengehen von Kirche und Staat ergeben können. Ohne politische Fehlentscheide der Oberbehörden oder die Plackereien von Unterbeamten beschönigen zu wollen, verwahrte er sich als Kultusminister doch gegen jene Unterstellung eines «Höllenplanes».

Im zweiten Teil seiner Schrift lenkte Stapfer als Theologe den Blick auf den inneren Zustand von Religion und Kirche. Absehend von den äusseren Übeln wies er eindringlich auf solche, «die das Christenthum in der Wurzel angreifen, und eben deswegen weit bedenklicher sind als die fränkische Bilderstürmerey und alle äussern Drangsale und Leiden der Kirche Christi. Von den heftigsten Stössen und Erschütterungen kann man sich erholen; aber ein Keim innerer Auszehrung zerstört den blühendsten Körper.» Es gehe nämlich darum, das wahre Christentum des Neuen Testaments, nicht die metaphysischen Vorstellungen dieses oder jenes Spekulanten, «sondern die der Menschheit aller Climate und Bildungsstufen anpassende Religion Jesu Christi zu empfehlen und zu vertheidigen».[7] Damit räumte er zugleich den Vorwurf aus, er selber habe an Stelle des Christentums ein Moralsystem oder einen Vernunftgottesdienst einführen wollen. In Schriften und Reden habe er schon vor der Revolution die Unterscheidungslehren und den Offenbarungsglauben mit grösster Schonung behandelt und sorgfältig mit den Ansichten und Resultaten der neueren Philosophie in Übereinstimmung zu bringen gesucht. Stapfer deutete damit den Versuch an, Kants Religionsphilosophie in seinen Glauben zu integrieren, ohne jedoch zu realisieren, dass der starke Akzent auf dem ethischen Pflichtgebot und die aufklärerische Grundtendenz mit ihrer abstrakten Begrifflichkeit eben manchenorts missverstanden wurde. Ganz im Sinne des deutschen Philosophen monierte er, die Theo-

logen sollten sich, ungeachtet der freien persönlichen Überzeugung, der Bindung an die überlieferte Kirchenlehre bewusst bleiben, und dies insbesondere hinsichtlich des christlichen Offenbarungsglaubens als einer für die Volkssittlichkeit und Volkswohlfahrt notwendigen Kraft. Dem geistlichen Stand ist damit eine hohe Verpflichtung aufgegeben. Zur Humanisierung der Menschheit bedarf es seiner Belehrung «in Herunterleitung der Resultate höherer Cultur in die Volksmasse, deren Vorstellungen und Gefühlen er sie assimiliren muss und assimiliren kann». Er ist für das Ziel der moralischen Veredlung der Nationen und zur Erhaltung der menschlichen Gesellschaft durch Sittenzucht schlechterdings unentbehrlich.

Eine Art Schlussappell an die Religionslehrer aller Klassen, Bekenntnisse und Grade versichert ihnen, dass er als Kultusminister nie auch nur den entferntesten Gedanken hatte, der christlichen Kirche irgendeine Neuerung aufzudringen oder sich als Werkzeug eines theophilantropischen Umbildungsplans gebrauchen zu lassen. Seine Enttäuschung über den verleumderischen Angriff entlädt sich dann aber noch in scharfer Zuspitzung auf seine Ankläger, oder soll man sagen: auf deren Wortführer Ith:

> «Seyd überzeugt, dass ich, in Übereinstimmung mit den republikanischen Grundsätzen, die ich angelobt habe, zu befolgen, und mit der grossen ehrwürdigen Mehrheit der Helvetischen Geistlichkeit, zwar Erhaltung, immer sittlichere Tendenz, immer gemeinnützigere Wirksamkeit der Kirche Christi und möglichste Unterstützung ihrer Veredlungsanstalten durch den Staat wünsche, aber im gleichen Grade, Unduldsamkeit, Verketzerung, Verfolgungsgeist, die Anmassungen einer herrschenwollenden Kirchenparthey, und die intolerante Reformationssucht eines philosophischen Hildenbrands in christlichen Hirtenkleidern, oder die zudringliche und abgeschmackte Neuerungslust eines Aufklärers verabscheue, der seine Privatmeynungen oder unverdaute Modeideen für Christenthum ausgiebt, und dem Volke mit spekulativem Schnickschnack und mit Hilfe alter Ausdrücke unter ganz verändertem Sinn seine trostvollsten und heilsamsten Lehren escamotiren will.
>
> Wenn es mir, durch diese offenherzigen Ergiessungen, hie und da einen unbefangenen und redlichen Diener des Evangeliums, der an mir irre geworden war, weil man ihm sonderbare Begriffe von meinen philosophischen Reformationsplanen beygebracht hatte, von seinem Irrthum zu befreyen gelungen ist: so bin ich für die eckelhafte Nothwendigkeit, so viel von meinem Individuum haben sprechen zu müssen, hinreichend belohnt. Einen grössern Erfolg erwarte ich nicht.»

Stapfers grosse Verteidigungsschrift endet mit dem bitteren Nachsatz:

> «Engelszungen vermögen nichts auf starrsinnige Rechthaberey oder verblendete Leidenschaft; und vor jeder Täuschung sichert mich die innige Überzeugung, dass Dankbarkeit und Gerechtigkeit Forderungen sind, auf welche ein, seinem Gewissen folgender, Beamter in Zeiten und

Ländern, die der Partheygeist brandmarkt und zerwühlt, schlechterdings Verzicht thun muss.»

Die zornige Invektive am Schluss gegen seine Widersacher passt eigentlich nicht so recht zu Stapfers milder und geistig überlegener Wesensart. Sie bringt jedoch die tiefe Verletzung zum Ausdruck. Er muss die Schrift unter dringenden Amtsgeschäften mit fliegender Eile zu Papier gebracht haben. Es weht uns auch etwas von der damaligen Zeitstimmung an. Verblasst war für ihn die unbeschwerte Erinnerung an den Freundschaftszirkel bei Karl Viktor von Bonstetten und Friederike Brun in den 1790er-Jahren.[8] Und was blieb von Iths Beteuerungen in den Briefen an den Minister das Jahr zuvor? Wie etwa:

«Erhalten Sie sich Ihrer Stelle und der guten Sache. Wenn die Umstände auch nicht alles zur Wirklichkeit kommen lassen, was Ihre Vernunft entwirft und Ihr Herz wünscht, so ist schon die Hinderung des Bösen eine wichtige Wohlthat, und schon das, dass Sie da stehen, ist Beruhigung für alle, die Sie kennen, lieben und verehren.»[9]

Eine langjährige freundschaftlich-familiäre Bindung war zerrissen, hatte doch Ith am 1. August 1798 auch Stapfers Ehe in der Kirche von Meyriez eingesegnet. Spielte am Ende doch noch die Enttäuschung dieses in Erziehungsfragen versierten Kirchenmannes hinein, dass ihm weder das angestrebte Erziehungsministeramt noch die Leitung der zu schaffenden Nationaluniversität zuteil geworden war? Konnte aber nun der tief gekränkte Kultusminister seinen Gegner schärfer brandmarken als durch mehrfache Nennung des ominösen «Hildenbrand in christlichen Hirtenkleidern», also in Anspielung auf den intransigenten Canossa-Papst? Zweifellos sprach Stapfer damit auch eine Warnung vor einem unzeitigen Kirchenkampf in der Helvetischen Republik aus. Überflüssig war dies nicht, denn nach seinem Abgang im Sommer 1800 schwelte das Feuer noch weiter. Im Herbst kam es nämlich über die Bettagspredigten der drei in die Kontroverse mit Stapfer involvierten Berner Pfarrer zu einer Auseinandersetzung mit staatlichen Funktionären, und hohe Wellen warf der Zusammenstoss des bekannten helvetischen Politikers Bernhard Friedrich Kuhn mit dem konservativ gesinnten Helfer am Münster David Müslin. Hierbei suchte noch der dem Tode nahe Lavater von Zürich aus mit beschwörenden Worten zu schlichten.[10] Er hatte übrigens auch dem angefochtenen Stapfer noch zugerufen:

«Geben Sie Ihres grossen Herzens würdige grosse Proben, dass Sie von allem Schein von Anmassung und Rechthaberei unermesslich entfernt seien! [...] Grosser, Einziger, sei ganz gross, sei Dich selber, Dich unter Deinen Leiden und Lasten ganz zu vollenden!»[11]

II Es unterliegt kaum einem Zweifel, dass die geschilderte Auseinandersetzung für das Ausscheiden Stapfers aus dem Ministeramt eine wichtige Rolle spielte. Dieser Ansicht war schon der eminente Kirchenhistoriker Paul Wernle, ohne allerdings die persönliche Dimension näher auszuloten. Er schreibt:

«Es ist peinlich, wie sich Persönliches und Sachliches im Streit dieser Männer miteinander verschlingt. Das Merkwürdigste dürfte sein, wie hier Männer von erprobter Staatskirchlichkeit einander bekämpfen, und zwar Ith wie Stapfer von kantischer Grundlage aus.»[12]

Nicht uninteressant scheint es, im Nachgang das Verhalten des Berner Dekans mit demjenigen Stapfers zum Zeitpunkt der beiden Staatsstreiche des Jahres 1800 zu vergleichen. Ith ergriff ja nicht nur im Januar sofort die Gelegenheit, mit seiner Denkschrift die abgelöste Exekutive anzuschwärzen und sich mit den neuen Männern ins Benehmen zu setzen, und dies ohne Rücksicht auf den befreundeten Kultusminister. Gleicherweise prangerte er nach dem politischen Wechsel vom August, in seiner Bettagspredigt vom 18. September, seinem Geltungstrieb folgend und ohne jedes politische Risiko, den früheren Regierungskurs nochmals schonungslos an. Wie anders und ausgewogen dagegen Stapfers Haltung, dem die veränderte Lage ja ebenfalls zugute kam: Er nahm den nach seinem Sturz von allen Seiten angefeindeten Ex-Direktor Laharpe öffentlich in Schutz, der doch mehrfach seine ministeriellen Pläne durchkreuzt hatte. Nicht nur enthielt er sich taktvoll jeder Kritik an dessen politischen Missgriffen im Kriegsjahr 1799, sondern legte lediglich sachlich und offen dar, inwiefern er als Kultusminister andern Grundsätzen huldigte als der radikal gesinnte, autoritäre Direktor:

«In meinem Fache war ich mit Bürger Laharpe über die Verhältnisse des Staats zur Kirche in offenem Widerspruche; und so sehr ich bedauerte, dass ich ihm meine Ansichten und Vorschläge nicht annehmbar machen konnte, so muss ich doch zur Steuer der Wahrheit bemerken, dass mir seine Maximen Folgen seiner politischen Grundsätze und eigener lebhafter Überzeugung, aber keineswegs, wie ihm jezt zur Schuld gelegt wird, Mittel zu einer absichtlichen Zerstörung des geistlichen Standes oder zur geflissentlichen Verbreitung der Unsittlichkeit war.»[13]

Zudem unterliess er es nicht, an die unerschrockene patriotische Haltung des Waadtländers gegenüber dem französischen Direktorium im Frühjahr 1798 in Paris zu erinnern. Die gegenseitige Achtung der beiden verschieden gearteten Helvetiker spricht aus ihrem späteren freundschaftlichen und lebenslang dauernden, gehaltvollen Briefwechsel.

Die hier geschilderten Auseinandersetzungen ermöglichen es, hinter den Bergen von Akten aus Stapfers Ministerialzeit auch einige biografische Züge deutlicher auszumachen. Vom Amtsbeginn an im Juni 1798 in Aarau über die kurze Phase in Luzern und schliesslich die Zeit am dritten Regierungssitz Bern sind nämlich verschwindend wenig Zeugnisse über seine persönlichen und familiären Angelegenheiten vorhanden. Da und dort liefern Briefstellen Indizien zu seinem privaten Befinden. Die spätere Rückschau auf diese Zeit lässt begreiflicherweise manches abgeklärter erscheinen. Indessen macht doch aufhorchen, wenn er in seiner Rechtfertigungsschrift die Bemerkung einschiebt, er fordere für seine Bemühungen, für den Verlust seiner Gesundheit und für die moralischen

Leiden zweier Jahre, dass man ihn nicht verkenne. So schwer also trug er an gewissen Belastungen seines Amtes. Offene Fragen sind zudem, wie wohl seine junge Gattin aus Paris mit ihrem einjährigen Kind sich in die Turbulenzen des ihr fremden Landes fand, wie es um den Verwandten- und Freundeskreis in Bern stand. Wie verletzend beispielsweise Stapfers Familie den Angriff Dekan Iths empfand, erhellt aus einem Brief seines jüngeren Bruders, der ihm im Herbst jenes Jahres nach Paris schrieb und vom «schleichenden, neidischen, giftigen, krötenartigen Charakter» dieses Mannes sprach, der ihm seine Ministerstelle «nicht allein doppelt beschwerlich und verdriesslich zu machen trachten wird, sondern Dich wirklich für einen beträchtlichen Teil Helvetiens paralysiert hat».[14] Die anschliessende Bemerkung, der betagte Vater, zweiter Pfarrer am Münster, sei froh, den älteren Sohn nicht mehr in der Ministerstelle zu wissen, lässt auch dessen Besorgnis erkennen. Doch erst dem späteren Briefwechsel zwischen Philipp Albert und seinem Vater entnimmt man, wie dieser die Laufbahn des Sohnes begleitete und beurteilte. Er empfand nicht nur die Opposition der Kirchenräte gegen den Kultusminister, sondern auch die unverhohlene Feindschaft patrizischer Kreise gegen den Helvetiker. Dessen Einsatz für bernische Interessen im Frühjahr 1798 auf der Mission Lüthardt in Paris wog offenbar nicht auf, dass er nachher in den Dienst des neuen Staates trat. Darum scheint sich Philipp Albert seinerseits Sorgen um Stellung und Ansehen des Vaters im feindseligen Bern gemacht zu haben. Skrupel befielen ihn, ob er als bestallter akademischer Lehrer die Nomination durch das Direktorium nicht übereilt und ohne reifliche familiäre Beratung angenommen habe, als ihn die Anfrage im Mai 1798 in Paris erreichte. Die letzten Briefe Pfarrer Daniel Stapfers an den Sohn in Frankreich zerstreuten jedoch solche Besorgnisse. Was aus der väterlichen Korrespondenz spricht, ist bei aller gefühlsmässigen Verhaltenheit etwas vom Anrührendsten in dieser Vater-Sohn-Beziehung. Ein Ausschnitt aus einem dieser Schreiben aus dem Jahr 1804 mag hier in Rückblende auf Stapfers Lage im Frühjahr 1800 stehen:[15]

> «Gegen mich hast Du wohl am allerwenigsten nöthig, Dich wegen Deiner Handlungsweise in unsern Revolutionszeiten zu rechtfertigen: wen Du etwa glaubst, ich habe Dir dazu Anlass geben oder Dich gar auffordern wollen, so muss ich mich entweder sehr übel ausgedrückt oder Du mich ganz unrecht verstanden haben. Freylich war Deine Aufführung insonderheit in den lezten Umständen eben nicht ganz nach der Klugheit der Welt, vornemlich aber nicht das Betragen eines Mannes, dessen einzige Absicht und Regel ist, was man heisst sein Glück in der Welt machen, sich entweder zu grossen Ehrenstellen emporzuschwingen, oder Geld zu sammeln. Die ganze Vorschrift, wenn ich Dir hätte geben sollen, die Du von mir empfangen hättest, wäre gewesen: handle in allem als ein ehrlicher, nach einem wohlüberlegten festen System zu Werke gehender Mann. Das nun, finde ich, hast Du gethan. Was solches etwan hier für eine Wirkung in Absicht auf mich haben mag, darum beküm-

mere Dich ja ganz und gar nicht [...] Nur das böswillige, feindselige Gemüth, das unsere Gasse[16] gegen Dich geoffenbahrt hat, und noch immer blicken lässt, und die unermüdete Thätigkeit, mit der sie Dir zu schaden gesucht haben, kan ich schlechterdings nicht verdauen.»

So der greise Pfarrer in der heiklen Stellung als zweiter Helfer am Berner Münster neben Müslin und Ith.[17] Anderswo drückte er allerdings auch seine Sorge aus über die starke Belastung des Sohnes im Ministeramt: «Deine Leibs- und Gesundheitsbeschaffenheit, die mir beynahe von Deiner Geburt an vielfältig grossen Kummer und ängstliche Sorge geweckt hat.»

Es war wohl nicht nur der kräftezehrende Einsatz als Erziehungs- und Kulturminister, der im Sommer 1800 Stapfer in einen eigentlichen Erschöpfungszustand versetzte, sondern die Attacke von Kirchenseite auf seine moralische Gesinnung begann sein Gemüt zu verdüstern. Im schon mehrfach beigezogenen Briefgespräch mit Bonstetten im fernen Kopenhagen kamen zwar bereits gegen Ende 1799 Missmut und Enttäuschung zum Ausdruck.[18] Doch fehlte auch ein Lichtblick nicht, das in knappen Strichen angedeutete Glück im engsten Familienkreis:

«Si je n'étois pas embarqué dans cette maudite pièce, faisant eau de toutes parts, mon bonheur seroit parfait à tous égards. Ma femme [...] m'a donné un fils qui a bientôt six mois et qui promet beaucoup. Ma bellesœur M[ademoiselle] Vincent, une personne infiniment aimable, est auprès de nous et nous formons entre nous une société qui nous dispense de courir les coteries d'ici qui sont plus sombres et tout aussi ennuyeuses qu'autrefois.»[19]

Demgegenüber enttäuschte ihn der Gang der politischen Dinge zunehmend. Bonstetten hörte die Anwandlung von Überdruss heraus und reagierte in seinem Antwortschreiben tief besorgt um den gefährdeten Bildungsfortschritt im Land:[20]

«[...] toute Instruction est elle donc morte en Suisse. II n'y a que cette mort à redouter, et vous le seul Medecin par le Droit du Talent et des Loix, vous nous quitterez!»

Im gleichen Atemzug stellte er neben Stapfer den standhaften Innenminister Albrecht Rengger, diesen ruhenden Pol im helvetischen Parteitreiben:

«Dites mille choses à M[onsieur] Rengger que j'estime de toute mon âme; quand je suis prêt à desesperer de tout je me console en voyant briller dans l'orage les Etoiles de Castor et Pollux.»

Ein schönes Wort des patrizischen Patrioten und Kosmopoliten auf die beiden Kantianer als rettendes Doppelgestirn für das geschundene und gedemütigte Vaterland!

III Im Sommer 1800 sah sich Stapfer in einem eigentlichen Erschöpfungszustand gezwungen, um einen Erholungsurlaub von drei bis vier Wochen nachzusuchen. Es gibt jedoch keine Anhaltspunkte dafür, dass er an den Rücktritt vom

Ministeramt dachte. In den Akten des Vollziehungsausschusses ist zum 5. Juli 1800 die Genehmigung eines Urlaubs für eine Reise zur Familie seiner Gattin in Paris vermerkt:

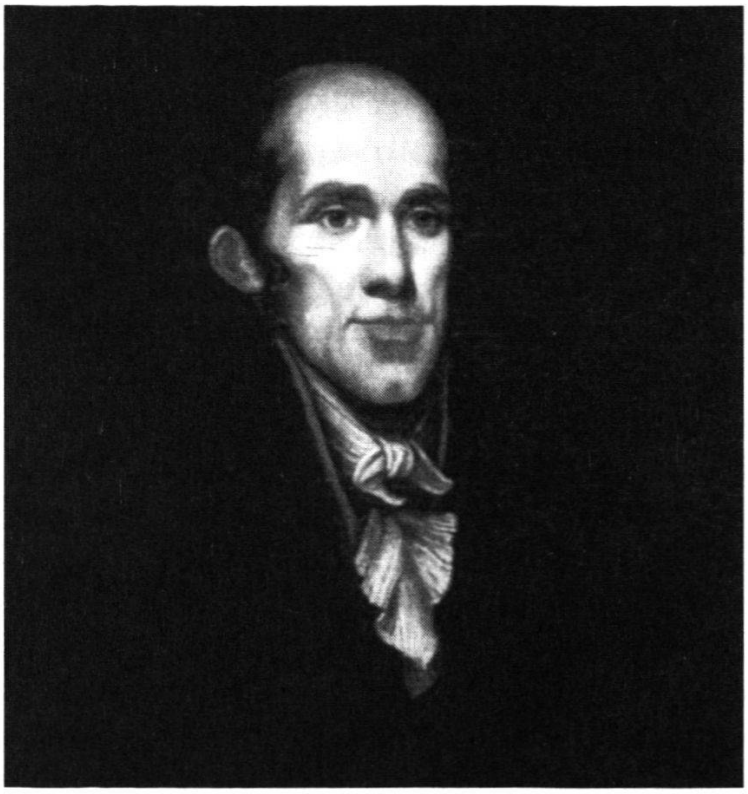
> «Euren Wünschen, einen Urlaub von 3 bis 4 Wochen zu erhalten, um eine Reise nach Frankreich zur Herstellung eurer geschwächten Gesundheit machen zu können, entspricht der Vollziehungsausschuss, indem er euch denselben hiermit ertheilt, genehmigt er zugleich euern Vorschlag, die Verrichtungen eures Ministeriums für die Zeit eurer Abwesenheit dem Bürger Wild von Roche zu übertragen.»[21]

Nähere Angaben über diesen in der Folge einschneidenden Szenenwechsel in Stapfers Leben fehlen, wie und wann genau er mit Gattin und Kind Bern verliess. Immerhin ist dem am 3. Juli 1800 für seine Gattin ausgefertigten Pass zu entnehmen:

> «Laissez librement passer et repasser la Citoyenne Stapfer, née Vincens avec sa servante et un petite[sic] enfant, natif[sic] de Paris âgée de 21 ans, taille de cinq pieds et deux pouces, cheveux blonds, sourcils de même, yeux bleus, nez ordinaire, bouche moyenne, menton rond, qui est intentionnée d'aller à Paris et autres lieux de la République française.»[22]

Fehlt also ausser dem knappen Hinweis auf seine über den Mühen der Amtsgeschäfte angegriffene Gesundheit in der Verteidigungsschrift und der amtlichen Beurlaubung jegliche nähere Angabe über sein Befinden, so kann vielleicht eindrücklicher als Brief oder Bericht ein bisher wenig beachtetes, unsigniertes und leider undatiertes Porträt Stapfers dokumentieren, wie angegriffen er damals gewirkt hat. Im Unterschied zu den beiden wahrscheinlich auch etwa dieser Periode zugehörigen Porträts von Jeanne Louise Munier und S. Chéradame zeigt ihn das besagte Bildnis mit einem fast erschreckenden Realismus.[23] Beeindruckend wirkt zunächst das durchgeistigte Gesicht mit ernstem, fast leidendem Ausdruck. Die Wangen sind eingefallen. Das Haar ist im Scheitel über der markanten Stirn schon etwas gelichtet; chrakteristisch die leicht vorgewölbte Oberlippe. Die Halbfigur hebt sich im dunkeln Rock mit heller Halsbinde vom dunkeln Hintergrund ab. Es ist vorstellbar, dass das Bildnis während des nun folgenden Pariser Aufenthalts entstand. Dann wäre es ein sprechendes Zeugnis seiner körperlichen und seelischen Verfassung nach der Anspannung zweier Jahre.

Allem Anschein nach rechneten Stapfers Vorgesetzte und Stellvertreter wie auch er selber damit, nach beendigtem Urlaub werde er seine Amtsgeschäfte in Bern wieder aufnehmen. Für seine Pläne standen die Zeichen nicht schlecht, denn durch den Staatsstreich vom 7. August hatten seine gemässigt-republikanischen Gesinnungsfreunde auch in der Legislative die Oberhand gewonnen. Übrigens fiel ihm bei dieser Aktion am Rand auch eine Rolle zu, was noch zu zeigen ist. Er legte auch Wert darauf, während der Abwesenheit von seinem Bürochef Franz Xaver Bronner auf dem Laufenden gehalten zu werden. Dieser leitete schon am 24. Juli seinen ersten Rapport mit den Worten ein:[24]



Philipp Albert Stapfer um 1800, Ölbild von unbekannter Hand aus Schloss Talcy sur Mer (F).

> «Länger darf ich's nicht mehr aufschieben, Ihnen zu schreiben; sonst kommen Sie mir zurück, ohne dass ich Wort gehalten habe [...] Gerne hätte ich erwartet, bis sich etwas sehr Merkwürdiges ereignet hätte, um Ihnen auch etwas Interessantes melden zu können; allein die Begebenheiten formen sich nicht nach Wünschen. So will ich Ihnen denn sagen, wie es uns hier geht und wie die Geschäfte gemacht werden.»

Bronner ahnte demnach nichts von dem bevorstehenden Staatsstreich. Er rechnete aber bestimmt mit einer baldigen Rückkehr seines Chefs. In einem wenige Tage nach dem Staatsstreich an Stapfer gehenden Schreiben seines Stellvertreters Wild steht die Anspielung, der Beurlaubte habe in Paris ja auch «Aufträge» für die helvetische Regierung zu erledigen, was eine Verlängerung seines Aufenthalts vermuten lasse:[25]

> «Unnötig, dass ich Dir die Verlängerung deines Urlaubs anzeige, weil Du Aufträge hast. Ohne noch dieses zu wissen, verlangte ich den 5. eine Verlängerung von drei Wochen, die ungeachtet meiner Protestation auf unbestimmte Zeit ertheilt ward.»

Wild war demnach im Ungewissen, wie lange die Abwesenheit des Ministers sich hinausziehen werde. Anders wiederum Frisching, der Vorsitzende der neu konstituierten helvetischen Exekutive, welcher in einem Brief vom 10. August von der Annahme ausging, Stapfer werde so bald in sein Amt zurückkehren, als

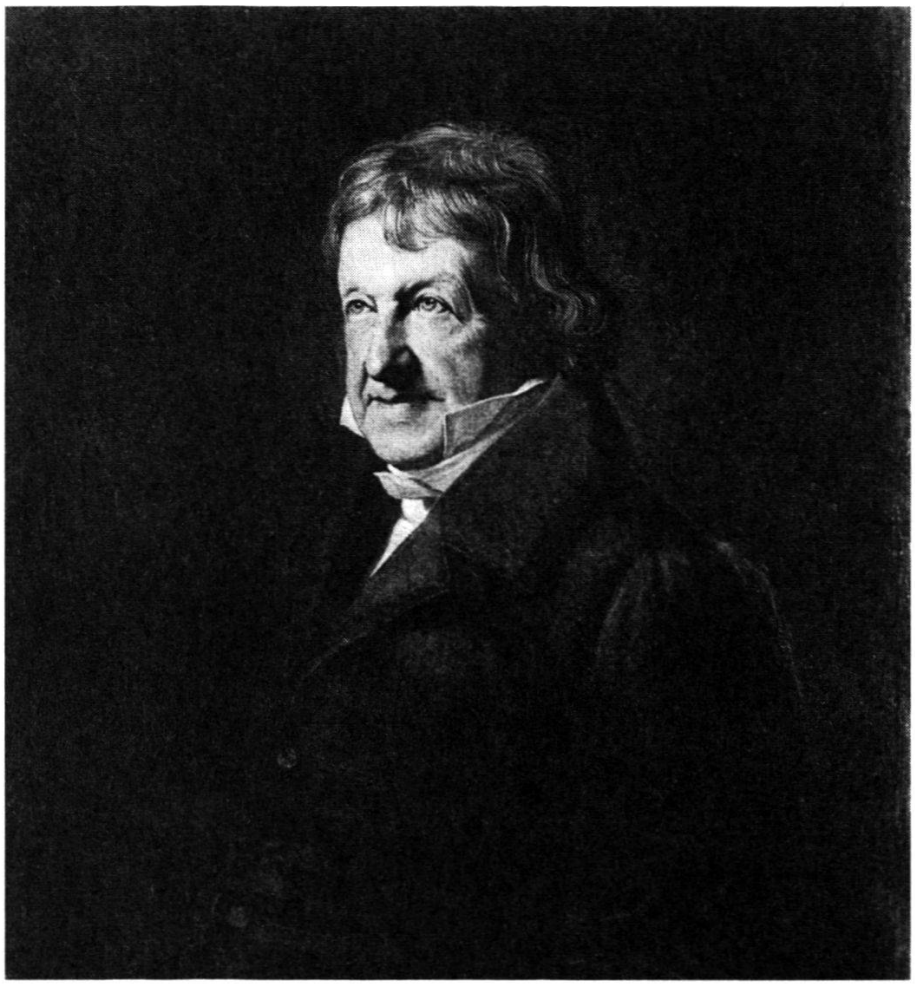
es ihm seine Gesundheit erlaube. Er flocht nebenbei eine Bemerkung ein, der politische Wechsel sei störungsfrei verlaufen.[26] Er versicherte dem Adressaten:

> «Tout est tranquille; chacun est content des derniers événements et à la campagne on approuve généralement cette opération comme nécessaire et salutaire.»

War dieser Hinweis auf die beruhigte innenpolitische Lage nach dem zweiten Staatsstreich zur Weiterleitung in Paris gemeint? Man weiss, dass das Konsularregime Bonapartes in dem unter seinem Protektorat stehenden Helvetien Unruhen zu vermeiden trachtete. Daraufhin hatte natürlich in erster Linie der französische Gesandte Reinhard zu wirken.[27] Er schaltete sich denn auch in die Auseinandersetzungen der Parteigruppierungen ein und zog den unmittelbar vor der Abreise nach Frankreich stehenden Stapfer mit ins Spiel. Ein vertrauliches Schreiben von seiner Hand erhellt, welcher Art die oben erwähnten «Aufträge» waren.[28] Der beurlaubte Minister sollte die in der französischen Hauptstadt weilende Schweizer Delegation verstärken und mithelfen, Bonaparte und seinem Aussenminister Talleyrand die geplanten politischen Änderungen zu erläutern und Ratschläge entgegenzunehmen. Stapfers Erholungsurlaub vom Juli bis September 1800 in Paris und auf den Landsitzen der Familie seiner Gattin wurde also ohne ersichtliches eigenes Zutun auch zu einer diplomatischen Mission zur Absicherung der Aktion der helvetischen Republikaner bei der Entmachtung der in sich und mit der Exekutive zerstrittenen Legislative am 7. August 1800. Daher wohl auch die nachträglich unbefristete Verlängerung seines Aufenthalts, und was einschneidender war: dass sich im Zuge dieser Aktivitäten der Wechsel vom helvetischen Erziehungs- und Kulturministerium auf den Gesandtenposten in Frankreich vorbereitete. Das erwähnte Schreiben Reinhards gehört ins Vorfeld dieser biografischen Zäsur. Es heisst darin, man erwarte von Stapfer, er werde die beiden Vertreter der Helvetischen Republik in Paris, den Gesandten Jenner und den aus Bern stammenden, mit Bonaparte vertrauten Bankier Rudolf Emanuel Haller (1747–1833)[29] in ihren Bemühungen unterstützen und die helvetische Innenpolitik erläutern. Reinhard schickte die Bemerkung voraus, Stapfer werde die erbetenen Briefe an die französischen Regierungsmitglieder Sieyès und Cambacérès noch erhalten. Dann fügte er bei, der Vollziehungsausschuss gedenke, einen weiteren Emissär nach Paris zu schicken, «pour donner et recevoir des renseignements dans ce moment critique pour votre pays». Davon vernahm man später aber nichts mehr. Stapfers Auftrag lautete ähnlich:

> «Elle [la Commission Exécutive] désire que le bon triumvirat helvétique qui est à Paris, vous, Haller et Jenner, s'entende et se réunisse, et que vous obteniez une détermination qui puisse arrêter ou mettre en mesure d'arrêter la dissolution dont le défaut d'ensemble et la désunion des partis menacent la Suisse.»

So wurde er also nolens volens in das politisch-diplomatische Spiel im Vorfeld des zweiten Staatsstreichs vom August mit einbezogen. Weshalb gerade er? Viel-



Karl Friedrich Reinhard (1761–1837), französischer Gesandter bei der Helvetischen Republik 1800/01.

leicht, weil er ohnehin nach Paris reiste und dort über Verwandte seiner Gattin Verbindungen in führende Kreise hinein hatte. Möglicherweise erinnerte man sich auch an sein Geschick im Frühjahr 1798 als Sekretär der Mission Lüthardt.[30] Oder man betrachtete ihn als helvetisch-unitarisches Gegengewicht gegen den eher altbernischen Positionen zuneigenden Gesandten Jenner. Wie dem immer sei, zu seiner Wesensart gehörten Kommunikationsbegabung und Gesprächsbereitschaft sowie Gewandtheit im Umgang und Sprachenkenntnis. Reinhard stand jedenfalls hinter dem Auftrag des Vollziehungsausschusses an Stapfer:

> «J'ai beaucoup approuvé cette resolution. Je l'ai préférée à l'envoi d'un agent accrédité. Vous êtes tous d'excellents esprits et tous bien intentionnés. Il s'agit moins de songer à l'avenir que de vous tirer des embarras prévus.»

Eine zusätzliche Komplikation wegen einer Affäre des Ex-Direktors Laharpe, der sich einer gerichtlichen Untersuchung durch die Flucht nach Frankreich entzogen hatte, lasse sich, so hoffte Reinhard, während Stapfers Aufenthalt ebenfalls

Abraham Gottlieb Jenner, Gesandter der Helvetischen Republik in Paris 1800. Radierung von Jean Fouquet, Paris, um 1800.

lösen. Hauptsorge allerdings war die möglichst reibungslose Bewältigung der innenpolitischen Krise durch die Vertagung der gesetzgebenden Räte.[31] Diese Aktion gelang denn auch, und es blieb ruhig im Land, wie Frisching im oben erwähnten Schreiben an Stapfer vom 10. August berichtete und dessen baldige Rückkehr ins Ministerium erwartete. Doch am 5. September tönte es in einem Brief von dessen Stellvertreter Wild wieder anders, denn dieser rechnete offenbar nicht mit einer baldigen Ablösung und meldete, er habe, weil selber anderweitig beansprucht, Stapfers Posten mit einem anderen Freund besetzt:[32]

> «Erlaube mir anzuführen, dass ich statt drei bis vier, fünf Wochen auf meinem Posten blieb und dass ich ihn nicht eher verliess, als bis ich mich ordentlich und ohne weitern Nachtheil ablösen lassen konnte. Ich fragte erst privatim die Vollziehungsräthe, ob ihnen B[ürger] May oder jemand anders angenehm wäre, und da sie den B[ürger] May genehmigten, so bat ich ihn um deiner und meiner Freundschaft willen, an deine Stelle zu treten. Er that es auf die verbindlichste Art.»

So trat ein noch nicht 30-jähriger Mann aus bernischer Patrizierfamilie, Albrecht Friedrich May von Schadau (1773–1853), ehemaligar Sekretär des helvetischen Direktoriums, als Interimsminister an Stapfers Stelle.[33] Währenddessen bereitete sich in Paris dessen Rochade vom Erziehungsministerium auf den Gesandtenposten vor. Sein Vorgänger Abraham Gottlieb Jenner (1765–1834), mit dem er jetzt, wie schon einmal im Frühjahr 1798, in der französischen Hauptstadt tätig gewesen war, hatte schon mehrfach, jedoch vergeblich um Entlassung von dem schwierigen Posten ersucht. Jetzt aber äusserte er nach den eigenen Worten die feste Absicht, «von der schlüpfrigen Bahn abzutreten, auf der ich nicht immer auf eine mit meinem Gefühle für die Ehre des Vaterlandes übereinstimmende Weise zu handeln vermochte».[34] Die helvetische Regierung suchte ihn auch diesmal noch zu halten und bewilligte ihm daher im September bloss einen Urlaub. Stapfer sollte als interimistischer Geschäftsträger an seine Stelle treten. Der französische Aussenministsr Talleyrand verabschiedete Jenner am 26. August mit einem ausserordentlich verbindlichen Schreiben und nahm Kenntnis von der Stellvertretung durch Stapfer:

> «Je recevrai avec plaisir le Citoyen Stapfer, et j'informerai le premier Consul du caractère que vous m'annoncez lui avoir été conféré.»[35]

In der Heimat liess sich der um das Schicksal der geschundenen Schweiz hoch verdiente Diplomat nicht mehr umstimmen und erhielt, wie seinen Lebenserinnerungen zu entnehmen ist, endlich am 15. Dezember 1800 seine Entlassung.[36]

IV Während der ihm unerwartet zugefallenen diplomatischen Mission zur Unterstützung Jenners in Paris blieb Stapfer, wie gezeigt, mit seinem Stellvertreter Wild und dem Bürochef seines Ministeriums noch stets in Verbindung. Aus seinem Briefwechsel erfährt man, welche persönlichen Beziehungen er in Frankreich ins Spiel brachte, um bei Bonaparte die Billigung der geplanten Ausschaltung der helvetischen Radikalpatrioten durch die gemässigten Republikaner zu erlangen. Er hatte Verbindung zu Barthélemy, dem vorrevolutionären französischen Gesandten in der Schweiz, zu François Chabaud-Latour, einem ehemaligen Girondisten und Verwandten seiner Gattin, zum deutschen Publizisten Oelsner und zum Staatsmann und -denker Sieyès. Gespannt wartete Stapfer den Gang der Dinge in Bern ab. Der befreundete Senator Paul Usteri gab ihm einen Tag nach dem Staatsstreich Nachricht, worauf Stapfer ihm am 18. August vom Landsitz seiner Schwiegereltern Schloss Talcy sur Mer antwortete und unter anderem schrieb:[37]

> «Heute habe ich [...] Ihren Brief vom 8ten erhalten auf einem bei Blois gelegenen Landgute, wohin ich mich nach beendigten Geschäften in Paris auf einige Tage begeben habe, um in Ruhe die Nachricht von dem zu erwarten, was Ihr nun eurerseits in der Schweiz für die gute Sache thun würdet, nachdem wir in Paris das unsere redlich gethan haben. Ich halte die Erklärung, mit welcher Sie den Senat verliessen für einen ent-

scheidenden Schritt, der wahrscheinlich grosse Übel verhütete und die Übereilung des Vollziehungsausschusses wieder gut machte.»

Dem schloss er an, er habe den französischen Staatsmännern als eine «brochure du jour» die Schrift des Helvetikers Bernhard Friedrich Kuhn «Über das Einheitssystem und den Föderalismus als Grundlage einer künftigen helvetischen Staatsverfassung» unterbreitet.[38]

So markierte diese Mission den Ausgangspunkt für Stapfers neue Tätigkeit im Dienst der Helvetischen Republik. Bereits im nächsten Brief an Usteri vom 8. September fällt – zwar noch etwas zögernd – das Stichwort:

«Wenn mich der Vollziehungsrat für fähig hält, die Stelle eines Gesandten in Paris zu bekleiden [...]»[39]

Was hat ihn zu dem einschneidenden und seine Zukunft bestimmenden Wechsel bewogen? Manche Fragen bleiben offen, da er nur etwa in späterer Rückblende, mit Andeutungen in Briefen, auf die vorliegende Periode zu sprechen kam und die von seinen Freunden erhofften Memoiren zwar plante, jedoch nie verfasste. Hatte der erste Kulturminister der Schweiz die anfängliche Zuversicht verloren, ein umfassendes nationales Erziehungs- und Bildungsprogramm in Gang setzen zu können und Helvetien zur Kulturnation zu machen, nachdem im Januar 1800 sein verstümmeltes Schulgesetz im Parlament gescheitert und von der zur geistigen Ausstrahlung auf das Ganze gedachten Nationaluniversität kaum mehr die Rede war? Richtete sich doch jetzt im aufgewühlten Parteienstreit das ganze Interesse auf eine neue Verfassungsordnung. Oder scheute er nach den letzten Erfahrungen voraussehbare weitere Belastungen als Kultusminister?

Ein besonderes Gewicht dürfte einem familiären Motiv zuzumessen sein: Stapfer scheute vermutlich davor zurück, seine junge Gattin mit dem Kleinkind aus dem vertrauten Pariser Familienkreis wieder in die ihr fremde Atmosphäre Berns und ihre Spannungsfelder zu versetzen. Nicht zuletzt könnte auch sein Gesundheitszustand – seine delikate «Leibsbeschaffenheit», so der besorgte Vater – mit den Ausschlag gegeben haben.

Als der 34-jährige Philipp Albert Stapfer aus dem Ministeramt schied, stand die Helvetische Republik in der Halbzeit. Der neue Staat, Vasall des übermächtigen französischen Nachbarn, war noch weit entfernt von der Bewältigung des Revolutionsschocks von 1798. Er schlitterte im Gegenteil mit einer Reihe von Staatsstreichen in die wirre Phase eines endlosen Verfassungsdisputs mit verbitterten Parteikämpfen hinein. Ob der Minister mit seinen hohen Idealen unter solchen Voraussetzungen das Konzept einer zukunftsweisenden gesamtschweizerischen Bildungs- und Kulturpolitik über die Ansätze hinaus hätte bringen können, scheint fraglich, ebenso fraglich wie das von ihm angestrebte Vermittlungswerk zwischen Kirche und Staat. Was er jedoch in der Folgezeit nicht aufgab, was er unverdrossen verfocht und auch in die nachhelvetische Zeit hinübertrug, das war der Glaube an die Erziehung des Menschengeschlechts. Auf ihm beruhte sein Plan zur geistigen Erneuerung der Schweiz.[40] Minister Stapfers persönliches We-

sen beeindruckte in seiner Zeit durch die gewinnende menschliche Art. Bar allen politischen Ehrgeizes gehorchte er einem strengen Pflichtgefühl und opferte sich in seinem Amt bis an die Grenzen der Leistungskraft. Wohl stand er mit seiner philosophisch geprägten Sprache bisweilen etwas abgehoben von der gängigen Ausdrucksweise oder wurde gar als doktrinär empfunden. Hohe Achtung zollte man aber seiner moralischen Integrität, und die Besten seiner Zeit zählten zu seinen Freunden.

Als sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Bann über die Helvetik allmählich löste, würdigte der namhafte Rechtslehrer Carl Hilty auch die staatsmännischen Leistungen Philipp Albert Stapfers:

> «Die Pläne und Arbeiten dieses Ministers und einiger gleichgesinnten Patrioten gehören zum Schönsten, was uns die Helvetik an Erinnerungen hinterlassen hat, und unbegreiflich ist es, wie sie relativ so unbekannt sein können.»

Und mit Blick auf die helvetischen Akten, wo ausser den Massnahmen zum Aufbau der Volksbildung und der höheren Schulen ganz allgemein die Leitung des öffentlichen Geistes durch Förderung der Aufklärung sowie von Kunst und Wissenschaft zum Ziel gesetzt war:

> «Unerschöpflich geradezu ist die Fülle des frischesten geistigen Lebens, das dem Beschauer hier entgegentritt [...] Allerdings tritt dabei die Persönlichkeit des Ministers, der den Mittelpunkt dieser Bestrebungen bildete, mächtig in den Vordergrund, und geradezu bewundernswerth ist nicht allein die Fülle der Kenntnisse und des Interesses für jeden Zweig geistigen Lebens, sondern auch die unermüdliche Urbanität, mit welcher er jede Anregung aufnimmt und mit aller Sorgfalt beantwortet.»[41]

Am biografischen Einschnitt des Jahres 1800 soll jedoch auch Stapfer selber noch zu Wort kommen, um zu zeigen, wie er selber aus der Distanz eines Jahrzehnts, in Rückschau also, sein Ministerium beurteilte. Da die verschiedentlich von Freunden angemahnten und von ihm auch geplanten Memoiren nicht zustande kamen, ist man auf wichtige Fragmente in seinen Korrespondenzen mit Gesinnungsfreunden angewiesen. Anlässlich eines Aufenthaltes in Bern im August 1812 ging der seit dem Ende der Helvetik mit seiner Familie in Frankreich lebende Stapfer folgendermassen auf eine Anfrage des Zürchers Paul Usteri ein, der sich – ehemals führender Kopf im helvetischen Senat – nach dem «Charakteristischen unserer Volksveredlungsprojecte» erkundigte:[42]

> «Die Tendenz und den Hauptinhalt meiner Ideen über öffentliche Anstalten für wissenschaftliche Bildung und vaterländische Cultur finden Sie den Umrissen und auch dem Anfang der Ausführung nach am deutlichsten ausgesprochen 1) was moralische Cultur betrifft, in einer Art von Ministerial-Hirtenbrief vom September 1798 [...][43] 2) was die Umbildung, Fort- und Ausbildung unserer litterarischen Institute anlangt, in der Botschaft des Directoriums an die Räthe [...][44] 3) einen Theil der

Massregeln zur Realisirung meiner Plane im Beschluss wegen der Erziehungsräthe und Schulinspectoren vom 20. Juli 1798, wo ich nicht irre, in meinen in beiden Sprachen gedruckten Instructionen für diese Behörden und in meiner Eröffnungsrede des Luzernischen Erziehungsraths [...];[45] dieser Gelegenheitsschrift sind Bestimmung jener Behörden, Organisationsgründe und aus ihrer Wirksamkeit zu schöpfende Hoffnungen für die Volksbildung ausführlich angegeben, aus ihr und aus der Botschaft möchte ich meine Entwürfe und Executionsmassnahmen am liebsten dargestellt oder beurtheilt wissen. Nur einige Hauptabsichten will ich hier mit ein paar Worten auszeichnen.

Ich ging von dem Grundsatz aus, dass der Zweig der öffentlichen Verwaltung, der sich mit dem Unterricht beschäftigt, neben der gesetzgebenden, richterlichen und ausübenden Gewalt als wesentliches Pouvoir aufgestellt wird und im gesellschaftlichen Körper als besonderes System Selbstständigkeit erhalten sollte.»

Danach entwickelt er nochmals das imponierende, weit in die Zukunft weisende Lieblingsprojekt der nationalen Centralanstalt oder Nationaluniversität, ohne aber darüber die Dringlichkeit der rückständigen Volksbildung aus den Augen zu verlieren:

«Der heillosen Verwahrlosung der untern Volksklassen sollte, wie billig, mit Urgenz gesteuert werden; und dazu ward der Anfang durch die Erziehungsräthe und Inspectoren, deren Aufstellung vom Directorium aus ohne Begrüssung der Räthe man mir als einen Gewaltstreich so übel auslegte, wirklich mit mehr Glück gemacht, als in den unruhvollen Zeiten, wo diese Behörden organisirt wurden, zu hoffen stand. Es war wirklich rührend, und muss zur Ehre unserer Nation nicht verschwiegen werden, mit welcher Bereitwilligkeit und Uneigennützigkeit die gebildetsten Männer in jedem Kanton sich zu einer unentgeltlichen Arbeit auffordern und gebrauchen liessen, die mit so viel Vorurtheilen zu kämpfen hatten und mit so viel Verdriesslichkeiten verbunden war. Der Impuls, den diese Männer gaben, währt in manchen Kantonen noch fort, und die Schulinspectoren-Creation hat alle andern Revolutionsschöpfungen überlebt.»

Erstaunlich ist, dass ihn die schwere Bürde des Kultusministeriums im Nachhinein nicht mehr belastete. Er streifte im Brief das Ressort bloss mit der Bemerkung:

«Wie ich als Minister des Cultes die Religionslehrer beider Kirchenpartheien zu einem moralischen Wettstreit auffordern und ihre kirchliche Thätigkeit zu immer ausschliesslicherer und reinerer Verwendung für sittliche Besserung und Volksveredlung hinlenken wollte, spricht sich in meinem Schreiben an die Geistlichkeit von 1798,[46] einigen Hauptideeen nach, schon so deutlich aus, als Umstände und Klugheit gestatteten. Die-

ses Programm und die Anrede an den Erziehungsrath in Luzern halte ich für das Erträglichste, was ich je geschrieben. *Rengger* giebt der Botschaft über die Organisation des öffentlichen Unterrichts den Vorzug; allein in derselben ward der Horizont schon durch viele Nebenrücksichten beengt und umnebelt.»

Und er schloss seine Rückschau auf das, was er als helvetischer Kulturminister erträumt, geplant und an der Nahtstelle zur modernen Schweiz in Gang gesetzt hatte:

«Hier ist in der Eile, mein bester Freund, die Hauptsache von dem, was ich that und zu bewirken suchte. Mein Vorhaben ist, den Zustand der öffentlichen Erziehung im Jahr 1797 und unsere Plane in einer besondern Schrift ausführlicher zu schildern und mitzutheilen, und einer der Zwecke meines gegenwärtigen Aufenthalts in Bern geht auf Einsammlung von Materialien dazu. *Laharpe* treibt mich sehr dazu an; er selbst sagt darüber in seinen ‹Mémoires› ein langes und breites.»

Vielleicht trägt Stapfers Rückblick dazu bei, «die Kunst der gerechten Erinnerung» an die Helvetik zu fördern, von der an einem Festakt am 17. Januar 1998 am ersten Hauptort der Helvetischen Republik, in Aarau, die Rede war.

2
Gesandter der Schweiz in Paris 1800–1803

Anhang

2.1 Der Wechsel auf den Gesandtenposten

Die allgemeinen Voraussetzungen für Stapfers Diplomatentätigkeit in Frankreich. Die innenpolitische Lage der Helvetischen Republik im Sommer 1800. Der zweite Staatsstreich. Stapfers politischer Standpunkt. Die Ablösung des Gesandten Jenner.

I Der Wechsel vom Erziehungs- und Kultusministerium auf den Posten des Gesandten in Paris war nicht ein abrupter Vorgang, sondern stand im Zusammenhang mit den innenpolitischen Veränderungen der Helvetischen Republik und dem Rücktrittsbegehren des bisherigen diplomatischen Vertreters Abraham Gottlieb Jenner. Allerdings kam er ihm aus persönlichen Gründen nicht ungelegen. Der jetzt tonangebenden gemässigten politischen Gruppierung der so genannten Republikaner gesinnungsmässig nahe stehend, empfahl er sich durch seinen integeren Charakter, seinen bisherigen Leistungsausweis sowie seine besondere Kommunikationsbegabung. Er selber überwand erst nach eingehender Erkundung der Verhältnisse am Ort sein anfängliches Zögern, während seine Gattin vermutlich die Rückkehr in ihren Familienkreis ersehnte, überdies ihrem Gatten in der neuen Stellung aber auch durch einflussreiche Verwandte den Zugang zu massgebenden politischen Persönlichkeiten ebnen konnte. Vorausblickend darf wohl ohne Übertreibung gesagt werden, dass Philipp Albert Stapfer in der Geschichte der schweizerischen Diplomatie einen hervorragenden Platz einnimmt.

Er trat in der französischen Metropole in den Bannkreis des aufsteigenden Napoleon Bonaparte. Ein Altersunterschied von wenigen Jahren trennte den 34-jährigen helvetischen Minister vom 1769 geborenen Ersten Konsul, während dessen Aussenminister Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord (1754–1838) schon im reifen Mannesalter stand, aalglatt und mit allen Wassern gewaschen. Das von Bonaparte und seinen Anhängern im November 1799 gestürzte französische Direktorium hatte die im Jahr zuvor eroberte und seitdem besetzte Schweiz wie Holland und Oberitalien in das System der «Schwesterrepubliken» eingegliedert, als Schutzwall rund um «die grosse Nation». Der nach der Rückkehr vom Ägyptenfeldzug von einer unglaublichen Popularitätswelle emporgetragene Korse erfasste die Chance, die militärischen Rückschläge durch den spektakulären Sieg von Marengo im Juni 1800 auszugleichen und als Retter der Revolution zu erscheinen. Wieder diente die Schweiz vor dem Zug über den Grossen St. Bernhard als Aufmarsch- und Durchmarschgebiet. Immerhin schien nun der europä-

ische Frieden in Sicht. Im Innern stellte der neue Machthaber die politische und soziale Stabilität wieder her, was dem revolutionären Regime bisher nicht gelungen war. Der Preis war eine militärisch abgesicherte Diktatur, der französische Cäsarismus, verkörpert durch ein politisches und militärisches Genie, getrieben von einem unbändigen egoistischen Machtwillen, wie es Franz Schnabel definierte: «Ein aus korsischem Boden entsprossenes Urwesen, das wie eine Naturerscheinung in die Welt der europäischen Zivilisation, ihrer abstrakten Vorstellungen und abgeleiteten Lebensformen eingebrochen ist: «c'est par la pratique, ni par la spéculation qu'il s'est instruit».[1] Als helvetischer Gesandter erlebte und beobachtete Stapfer in der Folge den Prozess der innern Befriedung Frankreichs, der straffen Verwaltungszentralisation, der Regelung von Wirtschaft und Recht, des vom Staat monopolisierten Bildungswesens wie auch der Bereinigung des Kirchenkampfes durch den rastlos tätigen Ersten Konsul. Er hatte dabei einen von einer rücksichtslos agierenden Vormacht kontrollierten und beeinflussten Vasallenstaat zu vertreten. Natürlich nahmen die Anliegen und Verwicklungen des satellisierten kleinen Nachbarn inmitten der allgemeinen europäischen Hektik einen geringen Stellenwert ein, wo in der Folge willkürlich Landesteile und Bevölkerungen auseinander geschnitten und zusammengelegt wurden. Aber auch im Schicksal der Helvetischen Republik spiegelte sich das Zeitgeschehen, wirkte sich die politische Praxis Bonapartes und seines Aussenministers Talleyrand aus. Die angestrebte französische Hegemonie in Europa und der damit verbundene Länderschacher brachte Gefährdungen für den territorialen Bestand der Schweiz, ja für ihre Existenz überhaupt. Die Pariser Gesandtschaft bedeutete in mehrfacher Hinsicht einen wichtigen Horchposten. Sein Inhaber war nicht bloss Befehlsempfänger des Ersten Konsuls, sondern ebenso sehr Sachwalter eminenter nationaler Interessen. Wie aber in Paris einen klaren Kurs steuern angesichts der tiefen Parteispaltung zuhause und der daraus resultierenden diplomatischen Verwirrspiele bis zum Ende der Helvetik?

Stapfer betrat das diplomatische Parkett in Paris nicht als Neuling. Perfekt zweisprachig, verfügte er über das nötige Rüstzeug schon von der Teilnahme an der Mission Lüthardt im Frühjahr 1798 her und hatte damals auch mit dem Sonderemissär über Finanzfragen Jenner zusammengearbeitet, seinem jetzigen Vorgänger.[2] Auftragsgemäss hatte er seinerzeit für den ersten helvetischen Gesandten Zeltner zur offiziellen Präsentation beim französischen Direktorium eine Anrede entworfen, die bei aller diplomatischen Verbindlichkeit gegenüber der Siegermacht doch ein ungetrübtes Nationalbewusstsein zum Ausdruck brachte:

> «La nature a placé l'Helvétie au centre des nations les plus puissantes, comme une citadelle, gardée par une race d'hommes fiers et jaloux de leur indépendance [...]»

Jetzt, zwei Jahre danach, kam die Stunde, wo er solche Grundsätze vor einem Machthaber zu vertreten hatte, der mit ehrgeizigen Plänen bereits weit über das gestürzte Direktorialregime hinausgriff.

Napoléon Bonaparte als Premier Consul um 1800. Ölbild im Napoleonmuseum Arenenberg von Anne Louise Girodet de Roucy.

Seine beiden Vorgänger auf dem Pariser Posten, der eher unbeholfene Solothurner Zeltner und der den Ränken Talleyrands eher gewachsene Berner Jenner, hatten sich vorab mit den Folgen der drückenden französischen Besetzung und Ausplünderung befassen müssen und standen unter dem Druck der im August 1798 aufgezwungenen Offensiv- und Defensivallianz mit Frankreich. Zugleich strebten sie danach, dem übermächtigen Partner einen zwar versprochenen, aber immer wieder hinausgezögerten Handelsvertrag abzuringen.[3] Auf dem Tiefpunkt der Kriegsnot von 1799 sollte Jenner als eine Art Nothelfer den bedrängten Zeltner unterstützen. Als Sonderemissär der Helvetischen Republik ging er kurz nach dem Brumaire-Staatsstreich nach Paris, um die prekäre Lage der geschundenen Schweiz drastisch darzustellen. Aus seinen Instruktionen:

> «Il représentera de la manière plus forte l'état malheureux de l'Helvétie. Il demandera qu'il soit pourvu incessamment à la solde et à l'entretien de l'armée française; il déclarera que le dénuement de toute ressource et les circonstances du gouvernement helvétique sont tels qu'il se verra

hors d'état d'accorder désormais aucun concours aux réquisitions publiques et particulières dont les armées accablent le pays.»[4]

Von Bonapartes Konsularregime erhoffte man sich eben Verständnis für die bedrängte Lage. Doch der zu Anfang 1800 abtretende Gesandte Zeltner gab auf die volltönenden französischen Bekundungen von Freundschaft und Wohlwollen bloss noch den bitteren Kommentar:

«Toujours des promesses et rien que des promesses, que je vais m'abstenir de vous communiquer jusqu'à ce que les réalités auront pris enfin leur place.»[5]

Aus ähnlich bedrängter Position heraus hatten Jenner und danach Stapfer für die Interessen der zwangsverbündeten Vasallenstaates zu agieren. Mit Blick auf die Folgen der vom «Beschützer» rücksichtslos diskriminierten Wirtschaft meldeten der helvetische Finanz- und der Aussenminister am 24. Januar 1800 dem exekutiven Vollziehungsausschuss:

«De cet état de choses il s'ensuit que pour peu qu'il soit encore de durée, l'Helvétie sera ruinée. Nos manufactures et nos fabriques tombent chaque jour. Nos greniers se vident.»[6]

Doch all dies überschattete die 1798 verlorene aussenpolitische Bewegungsfreiheit. Wie ein roter Faden zieht sich durch die damaligen helvetischen Regierungsakten die Forderung, den drückenden französischen Allianzvertrag zu revidieren und die Neutralität zurückzugewinnen. Ein Kommissionssprecher des Gesetzgebenden Rates fasste den vorrangigen Stellenwert der schweizerischen Neutralität in die Worte:

«Das System, wenn wir einen Blick auf die Karte werfen, das uns einzig angemessen ist; das System, wenn wir einen Blick auf unsere kleinen Hülfsquellen, auf unsere innere Schwäche, auf unsere Eingeschränktheit, auf unsere physische Abhängigkeit von verschiedenen Staaten werfen, das uns einzig befriedigen kann, ist das System der Genügsamkeit, des friedlichen Verkehrs um uns her, der Neutralität. Eine Erfahrung von Jahrhunderten ist uns Bürge der Möglichkeit, der Zweckmässigkeit und der Richtigkeit dieses Systems, oder sollte das, was vor der Revolution für die Schweiz so gut passte, nicht mehr mit der helvetischen Republik verträglich sein?»[7]

Dementsprechend kamen die Regierung und ihre Diplomaten gewissermassen unter den Zugzwang von Forderungen wie:

«Que le Gouvernement s'empressât de faire toutes les démarches propres à procurer à l'Helvétie cette neutralité, sans laquelle elle doit nécessairement périr.»[8]

Allerdings bestand kaum Aussicht, dieses Postulat zu verwirklichen, solange der zweite Koalitionskrieg andauerte und alle Friedensgerüchte sich auflösten, als Bonaparte unvermittelt mit seiner Reservearmee durch das Wallis und über den Grossen St. Bernhard wieder nach Oberitalien vorstiess und die Österreicher im

Juni 1800 bei Marengo schlug. Vorgängige Sondierungen der Schweizer Diplomatie beim preussischen König und Frankreichs Gegnern Österreich und England blieben somit folgenlos. Dem entsprach, was der Gesandte Jenner nach einer Demarche bei Talleyrand dem Vollziehungsausschuss in Bern am 15. Februar 1800 berichtete, nämlich unverbindliche Aussagen, garniert mit ein paar Bosheiten über die 1798 zutage getretene militärische Schwäche und Uneinigkeit der Eidgenossenschaft:

> «Nous voudrions vous voir neutres; mais il faudrait nous montrer que cela se puisse, nous prouver que vous êtes en état de faire respecter votre neutralité contre une attaque fortuite de la part de l'Autriche et par-là mettre nos frontières à couvert.»[9]

Übrigens sei ein entscheidender Schlag in Vorbereitung. Danach werde der Erste Konsul gewiss bemüht sein, die Wunden der Schweiz zu heilen. Zugleich schloss der Minister an, der in der Helvetischen Republik aufgebrochene Verfassungsdisput und die Gefahr von Unruhen bereite der französischen Regierung Sorge. So möge er seiner Regierung Bericht geben:

> «Assurez-le que le gouvernement français vous laissera prendre telle forme de constitution que vous voudrez vous donner; que vous pourrez l'adapter à vos besoins, à vos mœurs, à vos localités; mais observez-lui encore que dans un moment où le gouvernement français a des affaires fâcheuses par-dessus les bras, il désire n'en pas avoir de nouvelles et que c'est là la véritable raison pour laquelle il désire que vous conserviez un ordre de chose provisoire, jusqu'à ce que l'horizon politique un peu éclairci vous permette de prendre une assiette stable.»

Natürlich war seinem wachsamen Blick auch der sich immer schärfer abzeichnende Dissens zwischen der gemässigt republikanisch geführten Exekutive und den radikal-revolutionär gesinnten Patrioten in den helvetischen gesetzgebenden Räten nicht entgangen, das Vorspiel zum zweiten Staatsstreich im August jenes Jahres.

Als amtierender Minister war Stapfer zuhause auch noch Augenzeuge, wie in den ersten Märztagen 1800 der neue französische Gesandte Karl Friedrich Reinhard[10] vom Vollziehungsausschuss in Anwesenheit des spanischen Gesandten, des cisalpinischen Geschäftsträgers, hoher französischer Militärs der Besatzungsarmee und der helvetischen Behörden feierlich empfangen wurde, und konnte aus den diplomatischen Floskeln in dessen Anrede heraushören, die Französische Republik zähle auf die Loyalität der Helvetischen Republik als Alliierte in dem noch zu bestehenden Kampf für die Sache der Freiheit und Aufklärung. Der genannte Diplomat war danach bis zum Herbst 1801 – also während Stapfers erster Gesandtenzeit – eine Schlüsselfigur für die innen- und aussenpolitischen Vorgänge in der Schweiz. Die Leitlinien für dessen Instruktion beruhten auf einem eingehenden Rapport des Aussenministers Talleyrand an Bonaparte. Darin stehen aufschlussreiche Bemerkungen über das frühere und gegenwärtige zwi-

schenstaatliche Verhältnis und die schweizerische Neutralität, ebenso über die bei der französischen Intervention von 1798 begangenen Fehler des französischen Direktoriums, die dem besetzten Land aufgebürdeten Lasten sowie die aus der Kriegsallianz 1799 resultierenden Leiden.[11] Talleyrand riet zur Rückkehr zu einer «diplomatie équitable et réparatrice», mahnte jedoch, von einem Eingehen auf die Forderung der Neutralität bis zu einem allgemeinen Friedensschluss dringend abzusehen, weil die Schweiz sie aus eigener Kraft nicht garantieren könne. Ein Handelsvertrag könne noch warten, und in die inneren Verhältnisse des Landes sollte man sich zumindest offen nicht einmischen, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung. Bonaparte soll Reinhard vor der Abreise persönlich gemahnt haben, mit allen Kräften zu verhindern, dass sich die Schweiz eine definitive Verfassung gebe. Die Mission in Bern bezeichnete er als «éxtrêmement délicate». Der nachfolgende militärische Vorstoss nach Oberitalien warf schon seine Schatten voraus: der Durchmarsch mit den erneuten schrecklichen Belastungen, die Requisitionen für Waadt und Wallis durch die von Bonaparte persönlich kommandierte Armee sowie das von General Moncey über den Gotthard geführte Korps von etwa 25 000 Mann. In die Gratulationsadresse vom 22. Juni in Paris zum Sieg von Marengo flocht Jenner einmal mehr den dringenden Wunsch ein, Talleyrand möge mithelfen, «pour faire rentrer [l'Helvétie] dans la classe des nations libres et indépendantes».[12]

Die hastige Durchreise Bonapartes im Mai von Genf über Lausanne ins Wallis und der Marsch über den Grossen St. Bernhard hatte allerdings den rücksichtslosen Umgang des Machthabers mit den von ihm Abhängigen nochmals so richtig deutlich gemacht.[13] So etwa, wenn er den lemanischen Regierungsstatthalter einer selbst verschuldeten Panne beim Transport in der Kutsche wegen abkanzelte und dabei gegen die helvetische Regierung überhaupt ausfällig wurde:

> «[...] qu'il n'y avait point de gouvernement là ou l'on ne savait pas pourvoir aux besoins du moment. Il répéta deux ou trois fois que si Laharpe gouvernait, le tout irait bien mieux, et que son armée ne manquerait rien.»

Der Betroffene schloss:

> «Il me dit des choses extrêmement dures. Je vis qu'il assimilait mes fonctions à celles des préfets de France.»

Solches verlangte viel Selbstverleugnung oder diplomatischen Takt gegenüber dem «illustre hôte», «ce héros, notre protecteur», was insbesondere wohl auch das Regierungsmitglied Glayre zu beachten hatte, dem damals im Hause des mit Bonaparte vertrauten Bankiers Rudolf Emanuel Haller eine längere Audienz gewährt wurde. Da wird zur Sprache gekommen sein, worüber zehn Tage später der Gesandte Jenner in Paris, vermutlich via Talleyrand, wieder mehr erfuhr und, samt einigem Klatsch, nach Bern zurück berichtete:

> «Le voyage de Bonaparte en Suisse est le sujet de toutes les conversations [...] Il m'est revenu d'une voie très certaine que Bonaparte a été fort content du citoyen Glayre, et que celui-ci l'a tout-à-fait persuadé que

le parti du Conseil exécutif était de beaucoup meilleur et plus raisonnable que celui du Corps législatif; aussi l'ajournement de celui-ci, s'il est dans le vœu de notre gouvernement, ne pourra-t-il manquer d'avoir l'assentiment de la France.»[14]

Sofern sich dies so verhielt, bedeutete es einen deutlichen Wink zuhanden der Fraktion der gemässigten Republikaner, Frankreich werde dem geplanten Staatsstreich zur Vertagung der gesetzgebenden Räte nichts in den Weg legen.[15] Indessen liess fast zum gleichen Zeitpunkt der französische Gesandte Reinhard insgeheim einen helvetischen Regierungsausschuss auch wissen, Frankreich könne während der laufenden Kriegshandlungen nahe der Schweiz keine politischen Unruhen dulden und mahne deshalb die Parteien zur Zurückhaltung.[16]

Ungeachtet aller dieser Spannungen und Ungewissheiten lässt sich aus den Regierungsakten und diplomatischen Korrespondenzen herauslesen, dass man in der Schweiz nach den französischen Waffenerfolgen im Sommer 1800 dennoch erneut Hoffnungen schöpfte, der Erste Konsul werde nun einen europäischen Friedensschluss anstreben, und dabei könnte die Helvetische Republik zu einer von allen Mächten anerkannten Unabhängigkeit und Neutralität zurückfinden. Zum Zeitpunkt, da Stapfer mit den Empfehlungen des Gesandten Reinhard zusammen mit seiner Gattin und dem ein Jahr alten Söhnlein nach Paris reiste, sah man der künftigen europäischen Entwicklung mit Spannung entgegen. Er hatte den Sonderauftrag, zusammen mit dem Gesandten Jenner den französischen Machthabern den Stand der politischen Verhältnisse in der Schweiz zu erläutern, wie oben bereits dargestellt.[17] Seine zukünftige diplomatische Tätigkeit bestimmte sich nach den hier in Umrissen gezeichneten Gegebenheiten.

II In der Folge machen seine amtliche und private Korrespondenz, ferner die nach näherer Erkundung der Lage in Paris einsetzenden ausführlichen Gesandtenberichte deutlich, wie er zunächst den Zweck des dringend notwendigen Erholungsurlaubs hintansetzte und gemäss dem Wunsch seiner Regierung deren politische Zielsetzungen vertreten half. Das war im Interesse seiner republikanischen Gesinnungsfreunde, ging es doch darum, die für deren Ziele günstige Stimmung bei Bonaparte und Talleyrand zu fördern. Das war unmittelbar vor dem geplanten Staatsstreich, durch den am 7./8. August 1800 unter Druck die Vertagung der gesetzgebenden Räte durchgesetzt wurde. So engagierte sich Stapfer nun als Diplomat offen für die Sache des reformerisch gesinnten helvetischen Unitarismus und nahm in der Folge gegnerische Anfeindungen gelassen in Kauf. Wohl war er anfangs in seiner Amtsführung als Kulturminister des jungen helvetischen Staates eifrig bestrebt, einen alle Kreise umfassenden esprit public zu schaffen, hatte sich aber immer der gebildeten Elite der Usteri, Escher, Kuhn und Rengger zugerechnet. Jetzt stand jedoch die Frage des konstitutionellen Rahmens für die Helvetische Republik im Vordergrund und entzweite zunehmend Unitarier und Föderalisten. Stapfers Standpunkt war damit unzweideutig gegeben. Er

suchte gleich in die Umgebung des Ersten Konsuls vorzudringen und Kontakte aufzubauen. Ein höchst verbindliches Schreiben des einflussreichen Politikers und Publizisten Pierre Louis Roederer (1752–1835) vom 10. August bestätigte ihm den Empfang der von ihm als eine Art Leitbroschüre mitgeführten und in Paris in Umlauf gebrachten Schrift des liberal gesinnten Unitariers Bernhard Friedrich Kuhn «Über das Einheitssystem und den Föderalismus als Grundlage einer künftigen helvetischen Staatsverfassung».[18] Offenbar gönnte er sich erst danach eine Ruhepause. In der zweiten Hälfte August hören wir von ihm, er sei «auf einem bei Blois gelegenen Landgut, wohin ich mich nach beendigten Geschäften in Paris begeben habe, um in Ruhe die Nachricht von dem zu erwarten, was Ihr nun eurerseits in der Schweiz für die gute Sache thun würdet, nachdem wir in Paris das unsere redlich gethan haben».[19]

Auch einem schon bald nach der Ankunft in Paris an den Vollziehungsausschuss in Bern verfassten Rapport sind Angaben über die ersten diplomatischen Schritte zu entnehmen:[20]

> «Quand les ordres de la Commission exécutive me parvinrent, j'étais au moment de partir pour le département de Loir-et-Cher pour y joindre ma famille et passer quelques jours à la campagne, d'où j'avais l'intention de retourner en Suisse sans délai. Abandonnant, comme de raison, ces projets, je suis resté à Paris pour remplir la commission dont vous m'avez chargé.»

Dem schickte er einige Hinweise auf die Aussensicht auf die Schweiz voran:

> «Empressé d'user de tous les petits moyens qui sont à ma portée, j'ai tâché de pénétrer les alentours du Premier Consul, auprès desquels j'ai accès, de la conviction qu'il faut nécessairement et pour les intérêts des deux Républiques également, que les Consuls s'occupent incessamment des affaires suisses et entourent le gouvernement helvétique par des démarches éclatantes, de plus de force et considération. Il est vraiment étonnant combien peu on pense à nous, combien les idées qu'on entretient sur notre compte sont fausses, et combien on s'imagine pouvoir être quitte de la Suisse à bon marché. Il est important de rectifier l'opinion des hommes influens sur la fixation de nos destinées et de leur faire envisager la situation de l'Helvétie sous ses véritables couleurs.»

Diese ungeschminkte, treffende Analyse des vom übermächtigen Nachbarn revolutionierten, dann materiell ausgebeuteten, als Kriegsschauplatz verwüsteten und nun missachteten Kleinstaats präludiert bereits die späteren klarsichtigen Gesandtschaftsberichte Stapfers. Zu diesem Zeitpunkt rechnete er allerdings noch keineswegs mit dem Wechsel auf diesen Posten, sondern gedachte nach seinem Erholungsurlaub an seinen Ministerposten zurückzukehren, denn er ersuchte im eben erwähnten Schreiben um Verlängerung seines Urlaubs bis Ende August zur Kompensation der in Paris aufgewendeten Zeit. Er war eigentlich unversehens in den Geschäftskreis der Pariser Gesandtschaft hineingeraten und muss sich dabei

in den Augen der nach dem August-Staatsstreich neu eingesetzten Exekutive in Bern, dem Vollziehungsrat, als der gegebene Stellvertreter des trotz seinem Entlassungsgesuch vorerst nur beurlaubten Gesandten Jenner erwiesen haben. So bahnte sich der einschneidende Wechsel in Stapfers politischer Laufbahn an. Der erste Schritt war, dass am 26. August der französische Aussenminister Talleyrand die Verabschiedung Jenners mit dem Agrément für Stapfer als «chargé d'affaires par interim» verband, was in anderem Zusammenhang bereits kurz zur Sprache kam.[21] Die innen- und aussenpolitische Lage der Schweiz im Sommer 1800 muss den Vollziehungsrat bewogen haben, den wichtigen Aussenposten wieder mit einem akkreditierten Gesandten zu besetzen, wenn Jenner sich nicht mehr nach Paris delegieren liess. Eine vertrauliche Bemerkung Stapfers in einem Brief an Usteri lässt während dieser Übergangszeit darauf schliessen, dass er einer Berufung nicht abgeneigt war, was auf Sondierungen der Regierung hindeutet.[22] Aus einem an sie gerichteten Schreiben vom 8. September spricht seine freimütige Bescheidenheit, der Dienstwille in der ihm vorerst ad interim übertragenen Funktion:[23]

> «Si le zèle le plus pur et l'attachement le plus sincère à ma patrie suffisaient pour me rendre digne de la confiance dont vous m'avez honoré, je serais sûr de la mériter et de rendre à notre malheureux pays les Services dont il a tant besoin. Mais, ne sentant que trop que je suis encore loin d'avoir les talens et les lumières, nécessaires à celui qui occupe le poste important de représentant de sa nation auprès d'un gouvernement étranger, je n'oserais me flatter de quelque succès dans cette carrière nouvelle pour moi, si je ne pouvais compter sur les secours que je trouverai dans les directions qui me seront données de votre part par votre ministre des Relations extérieures, et dans les conseils que je demanderai à des hommes plus habiles que moi et aussi bien intentionnés pour notre République.»

Es lässt sich unschwer erraten, dass ihn der Posten lockte, doch war es nicht seine Art, sich aufzudrängen. Es ist erstaunlich, wie objektiv er die Sachlage überdachte und deshalb mit seltener Uneigennützigkeit im Interesse der Sache einen, wie er meinte, besonders geeigneten Kandidaten selber in Vorschlag brachte. Er empfahl nämlich in einem Lagebericht Ende September dem Aussenminister Bégoz den Pariser Bankier bernischer Herkunft Rudolf Emanuel Haller (1747–1833) als Gesandten seiner besonderen Beziehungen zu den Spitzen der französischen Regierung wegen.[24] Der bekannte Finanzmann, ein jüngerer Sohn des grossen Albrecht Haller, hatte General Bonaparte als Administrator auf dem Italienfeldzug von 1796 gedient und besass nun ein besonderes Vertrauensverhältnis zum Ersten Konsul:

> «J'avoue que je me trouverais, sous plusieurs rapports, heureux d'obtenir cette place, si le Conseil exécutif me jugeait capable et digne d'y servir mon pays. Mais je dois, avec la bonne foi qui sied à l'honnête hom-

me, déclarer franchement que d'après la connaissance du terrain que j'ai acquise, je suis convaincu qu'aucun Suisse ne pourra rendre, comme ministre helvétique à Paris, la centième partie des services que le citoyen Haller rendrait indubitablement à sa patrie comme ambassadeur. Il réunit à la qualité d'être Suisse allemand d'une ancienne famille, circonstance qui ne laisse pas que d'avoir son prix, tant auprès de la nation helvétique qu'auprès du gouvernement français, les formes et le langage d'un Français.»

Dann fügt er eine interessante Charakterisierung gewissermassen des idealen Diplomaten an und unterstreicht die Sonderbeziehung Hallers zu Bonaparte:

«Il a tout ce qu'il faut pour faire effet sur les hommes puissans qui disposeront de nos destinées, et qui sont aussi faciles à ennuyer que difficiles à émouvoir, esprit, talens, connaissances variées, grandes vues, originalité, conversation amusante, tours piquans, une grande habitude de manier les hommes, surtout les héros de la révolution, qui demandent à être flattés et pris d'une manière toute différente de celle qui est bonne auprès des grands seigneurs des cours, enfin un nom illustre, petit accessoire, qui, en dépit de tous les principes de la saine philosophie, compte toujours pour quelque chose, même dans la capitale de l'Europe révolutionnée. Mais ce qui est beaucoup plus que tout cela et absolument sans prix, Haller *a son franc parler* avec le Premier Consul. Il est constant que Bonaparte s'ouvre à lui plus qu'à aucun autre des habitués de son palais, que, quand Haller entre il quitte toutes les conversations pour la sienne, et que notre compatriote a un libre accès auprès de Bonaparte que Roederer et Volney qui passent pour avoir, apres Joseph Bonaparte, le plus ascendant sur le Premier Consul. Je répète que cet avantage est inappréciable [...]»

Stapfer schliesst diesen aufschlussreichen Rapport vom 28. September an seinen ehemaligen helvetischen Ministerkollegen mit den Worten:

«Quelle que soit la présomption ou le mal à propos de ce plaidoyer pour un homme qui m'est parfaitement étranger, et qui ignore ce que j'écris, vous avouerez du moins, mon cher Ministre, qu'il est parfaitement désintéressé et qu'il prend sa source dans un motif qui ne peut être blâmable.»

Traf aber das von ihm umschriebene Eignungsprofil für den zukünftigen Pariser Gesandten nicht gerade für ihn selber zu? Für ihn sprachen zudem sein integerer Charakter, seine bisherige staatsmännische Leistung und seine gleich schon aus den ersten nach Bern gerichteten Berichten ersichtliche klare Einschätzung der politischen Lage. Dass ihm überdies dank geschickt angeknüpfter persönlicher Beziehungen und dank der familiären Verbindungen seiner Gattin in Paris wichtige Zugänge offen standen, kam noch dazu. Trotz seiner Empfehlung Hallers fiel die Wahl schliesslich auf ihn selber. Allerdings fasste er den Entschluss für den einschneidenden Wechsel nicht, ohne auch die Meinung der Stapfer'schen Vätergeneration zuhause eingeholt zu haben, nämlich seines ihm eng verbundenen

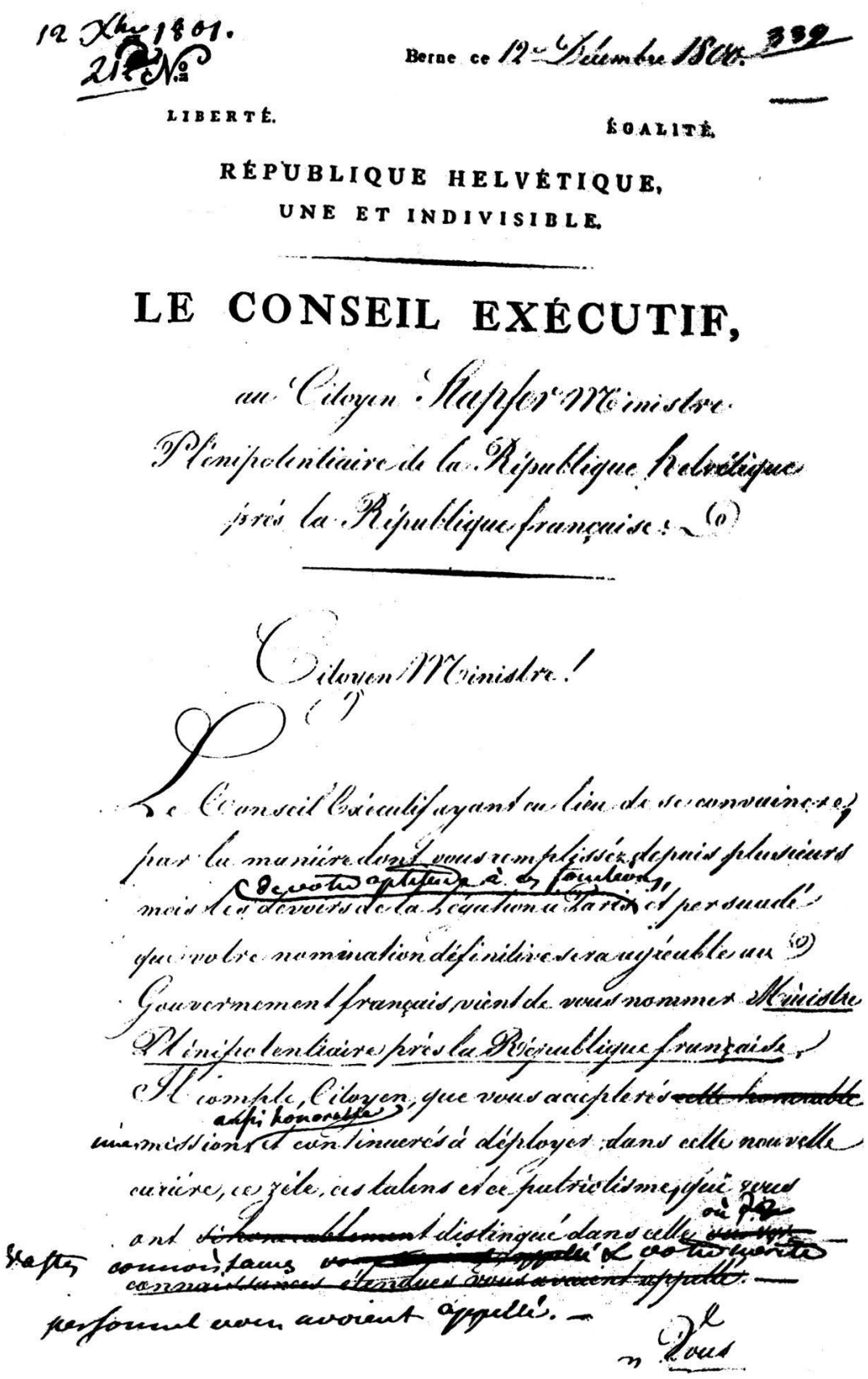
hochbetagten Onkels Professor Johannes und seines noch als Pfarrer am Münster amtierenden Vaters Daniel. Ein Anfang Oktober bei ihm einlangender Brief des Bruders Friedrich erhellt die Zusammenhänge, wie oben angedeutet.[25] Indem der jüngere Stapfer den in Aussicht stehenden Wechsel begrüsst, spricht er vom «heillosen Schellenwerk, an das du hier angekettet warst». Zweifellos rühre ja die angegriffene Gesundheit Philipp Alberts von den Belastungen des Ministeramts her, insbesondere jedoch von den klerikalen Anfeindungen. Während der Oheim seine Entscheidung nicht beeinflussen wolle, habe der Vater «nicht nur nichts dawider, sobald du glaubst, es werde dir zum Glück und Vergnügen gereichen, sondern er würde es für ihn selber als eine nicht kleine Erleichterung ansehen, dich nicht mehr in einer Stelle zu wissen, welche I[th] nun dir nicht allein doppelt beschwerlich und verdriesslich zu machen sucht [...] sondern dich darin wirklich für einen beträchtlichen Theil von Helvetien paralysirt hat». Der jüngere Stapfer übermittelt anschliessend dem Bruder noch einen leise mahnenden Ratschlag des Vaters: «Doch wäre es sein Wunsch, dass, wenn du solltest an Hr. *Jenners* Platz ernennt werden, du nicht vergessen und was er glaubt, mit allen Ehren geschehen könnte, dich demgemäss einrichten möchtest, dass du Abgesandter einer kleinen, armen, beraubten, geplünderten Republik seyest.» Und der Bruder schliesst den Brief mit einem scharfen Seitenhieb auf die Widersacher des Ministers: «Nun trittest du mit Ehren ab und bist sicher vor allen Kränkungen und die nach seiner [d. h. Iths] Pfeife tanzen und ihm geholfen haben, dich in allem zu kreuzen, mögen erfahren, was sie dabey gewonnen.» Jenner kehrte also nicht mehr nach Paris zurück und erhielt schliesslich auf Mitte Dezember 1800 die ehrenvolle Entlassung. Stapfer trug indessen die Verantwortung und rückte jetzt vom diplomatischen Geschäftsträger ad interim durch das Ernennungsdekret des helvetischen Vollziehungsrats zum «Ministre plénipotentiaire près la République française» auf.[26] Die Oberbehörde würdigt ihn auch als abtretenden Erziehungsminister im vorhergehenden Text:

> «Il [le Conseil exécutif] compte, Citoyen, que vous accepterés une mission aussi honorable et continuerés à déployer dans cette nouvelle carière, ce zêle, ces talens et ce patriotisme, qui vous ont distingué dans celle où vos vastes connoissances et votre mérite personnel vous avoient appelé.»

Stapfers Annahmeerklärung vom 25. Dezember 1800 ist, wie schon am 8. September, auf den Ton ernsten patriotischen Pflichtbewusstseins gestimmt, wenn er dem Vollziehungsrat versichert:[27]

> «Si le zèle le plus pur pour les intérêts de ma patrie, le désir de contribuer, par mes efforts, au soulagement de mes concitoyens, et un dévouement sans bornes pour mon gouvernement pouvaient me tenir lieu des talens qui me manquent, j'oserais espérer de justifier votre choix et de me rendre digne du poste honorable que vous m'avez confié.»

Der künftigen Aufgaben wohl bewusst, setzte er abschliessend hinzu:



12 Xbre 1801.
21e No

Berne ce 12e Décembre 1800. 339

LIBERTÉ. ÉGALITÉ.

RÉPUBLIQUE HELVÉTIQUE,
UNE ET INDIVISIBLE.

LE CONSEIL EXÉCUTIF,

au Citoyen Stapfer Ministre
Plénipotentiaire de la République helvétique
près la République française.

Citoyen Ministre!

Le Conseil Exécutif ayant eu lieu de se convaincre, par la manière dont vous remplissez depuis plusieurs mois les devoirs de la Légation à Paris de votre aptitude à ces fonctions, et persuadé que votre nomination définitive sera agréable au Gouvernement français, vient de vous nommer Ministre Plénipotentiaire près la République française.

Il compte, Citoyen, que vous accepterés ~~cette honorable~~ une mission aussi honorable et continuerés à déployer dans cette nouvelle carrière, ce zèle, ces talens et ce patriotisme, qui vous ont ~~si honorablement~~ distingué dans celle ~~[illegible]~~ où de vastes connoissances ~~[illegible]~~ & votre mérite ~~connaissances étendues vous avaient appellé~~ personnel vous avoient appellé. —

Vous

Entwurf des Ernennungsdekrets für Stapfer zum Gesandten in Paris vom 12. Dezember 1800.

«Pour me rassurer sur la témérité avec laquelle j'entre dans une nouvelle carrière, j'ai besoin de me dire que les effets de l'heureux changement opéré par le dix-huit brumaire an huit [d. h. des Übergangs vom französischen Direktorial- zum Konsularregime Bonapartes], dans les principes du gouvernement français, et la conclusion de la paix, dont l'époque ne peut plus être éloignée, diminueront considérablement les difficultés avec lesquelles mes prédécesseurs ont lutté, et auxquelles je ne saurais opposer que les vertus de ma nation, la bonne foi, loyauté et persévérance.»

Sein bereits im September nach Bern zurückgekehrter Vorgänger reichte Ende des Jahres dem Vollziehungsrat seinen Schlussrapport ein, mit dem Hinweis auf die Übergabe der Geschäfte und des Archivs sowie der Überlassung der von der helvetischen Gesandtschaft gemieteten Pariser Lokalitäten an den Nachfolger:

«Je lui ai laissé pour son propre agrément et pour les convenances l'appartement que j'occupais monté sur le pied nécessaire au séjour d'une ville telle que Paris.»[28]

Jenners Memoiren, den «Denkwürdigkeiten», ist zu entnehmen, dass die genannte, zentral gelegene und nun Stapfer zur Verfügung stehende Gesandtenwohnung sich an der Rue d'Elysée befand, ein sehr schönes Erdgeschoss im Stadt-Hotel einer Frau Lareignière, «um 5000 Pfund jährlich Mietzins, ganz meublirt».[29]

Im Allgemeinen zog dann der ehemalige Legationschef eine recht nüchterne Bilanz über die ungleichen zwischenstaatlichen Beziehungen mit Frankreich, namentlich über die endlosen Demarchen bei der Besetzungsmacht.[30] Dies knüpft an die vorgehend geschilderten allgemeinen Voraussetzungen für Stapfers kommende Gesandtenzeit an. Es lässt sich ablesen, wie schwierig es die früheren Gesandten der zwangsverbündeten Helvetischen Republik in Paris mit ihren Anliegen hatten: die Abwehr immer neuer Requisitionen der französischen Armee bei der Besetzung und bei Durchmärschen, die rücksichtslose Ausbeutung des geschundenen Landes. Und als Resultat aller Beschwerden: «toujours des promesses et jamais de résultats». Im politischen Teil stellte Jenner den Rückgewinn der Neutralität und Unabhängigkeit und damit die Revision der Zwangsallianz an die Spitze. Stapfer wird in der Folge ebenso hartnäckig darauf hinwirken. Der von Frankreich immer wieder versprochene, bereits paraphierte, jedoch unter allen möglichen Einwänden immer wieder hinausgeschobene Handelsvertrag sei ein Hauptanliegen zur Überwindung von Hunger und Not. «Si l'on examine quels sont les intérêts de la République helvétique, après la neutralité suivent immédiatement les intérêts commerciaux», mahnte Jenner. Dass allerdings über allem der Schatten der inneren Parteigegensätze lastete und die Sicherheit nach aussen eben doch wesentlich von der inneren Stabilität abhing, liess ihn warnend postulieren: «Une constitution qui ait pour base la liberté et l'anéantissement des privilèges héréditaires et qui soit en même temps corrigé par les leçons de l'expérience.» Einen Hoffnungsschimmer meinte der Berichterstatter am Ende

trotzdem zu erkennen: «le héros» Bonaparte, der Europa nächstens nicht nur den Frieden, sondern dem geplagten Helvetien ein Ende der langen Leidenszeit, Entschädigung, nationale Unabhängigkeit und Neutralität bringen werde:

> «[...] j'en ai sa parole et jamais cette parole n'a été donnée en vain; plein de confiance pour cet heureux avenir, je crois devoir vous exhorter, Citoyens Magistrats, à prendre encore patience quelque temps, pour les maux où il n'y a point de remède.»

Mit diesem verheissungsvollen Ausblick schloss Stapfers Vorgänger seinen Legationsbericht und empfahl dabei auch dem Nachfolger als Hauptanliegen, dem Land das Wohlwollen des Ersten Konsuls zu erhalten, weil dessen Einfluss gerade beim kommenden europäischen Friedensschluss für das Schicksal Helvetiens entscheidend sein werde.

2.2 Helvetische Diplomatie im Schatten des französischen Konsularregimes

Stapfers Gesandtschaftsberichte und Korrespondenzen im Vorfeld von Lunéville und Malmaison 1801. Seine Mahnrufe zum nationalen Schulterschluss. Stapfer und Sieyès. Bonapartes Audienzen. Die Mission Glayre-Rengger nach Paris. Der Frieden von Lunéville und die helvetische Verfassungsfrage: Malmaison 1801. Rettung des Kantons Aargau.

I Stapfer stand als helvetischer Diplomat über zweieinhalb Jahre nahe der Schaltstelle, wo über das Geschick der Schweiz von aussen entschieden wurde. Den Schlusspunkt setzte 1803 die Mediation Napoleon Bonapartes. Bis dahin kam das seit 1798 besetzte Land nie zur Ruhe. In Paris registrierte man die inneren Konvulsionen des Satellitenstaates aufmerksam, mahnte die Parteien allenfalls zur Ruhe, um bei den eigenen Grossaktionen ungestört zu sein, und förderte je nach den eigenen Interessen diese oder jene politische Richtung bis zur Agonie des 1798 dem Land aufgezwungenen Systems. Dass die provisorische Exekutive Stapfer nach seinem Erholungsurlaub nicht mehr in das Erziehungsministerium zurückrief, sondern sein Mandat in Paris bis zur Ablösung des Gesandten Jenner verlängerte, bewies die Wichtigkeit, die man dieser Funktion beimass. Der Geschichtsschreiber Tillier hielt zum Weggang Minister Stapfers fest, man sei sich zwar bewusst gewesen, dass dadurch dem bis dahin von ihm geleiteten Geschäftszweig ein bedeutender Nachteil erwachse. «Allein die Pariserverhältnisse überwogen jetzt Alles.»[1]

Aus biografischer Sicht wird hier auf den allgemein bekannten Gang der Ereignisse zwischen 1800 und 1803 nur einzugehen sein, wo Stapfer unmittelbar betroffen war und wo sein Denken und Handeln als Diplomat ins Spiel kam. Die Betrachtung stützt sich allerdings nicht nur auf die offiziellen Gesandtschaftsberichte, sondern auch auf die bisweilen recht ungeschminkten Äusserungen in Privatbriefen. Mangels Quellen fällt leider für diesen Zeitabschnitt auf sein Privatleben bloss da und dort ein flüchtiges Streiflicht.

Anlässlich der Beförderung vom interimistischen Geschäftsträger zum bevollmächtigten Gesandten im Dezember 1800 dürfte ihm das persönliche Geleitwort seines Vorgängers Jenner auch die Risiken seiner Gratwanderung auf diesem Posten bewusst gemacht haben:

101.

N°. 341.

Liberté. Egalité.

Paris, ce 10 Octobre 1800./.

Le Ministre Plénipotentiaire de la République Helvétique, près la République Française,

Au Citoyen Pégos, Ministre des Relations Extérieures de la République Helvétique, à Berne.

Citoyen Ministre!

Je vous ai mandé dans ma dernière, du 8 courant, que le Premier Consul m'avoit assigné une heure, pour m'entretenir sur les affaires Suisses. Je me rendis avant hier, 16 vendémiaire, (8 octobre) à l'heure indiquée au Pavillon de l'unité; & je fus introduit immédiatement par le Citoyen Duroc, dans le Cabinet de Bonaparte que je trouvai seul, & avec lequel j'eus une conversation de passé une heure, dont je vais vous retracer les principaux traits.

Je commençai par lui parler de la Lettre du Conseil Exécutif, & par le prier de vouloir me communiquer ses intentions sur l'objet de son contenu: Mais m'appercevant qu'il n'avoit pas encore eu le tems de la Lire, je tâchai d'amener la conversation sur toutes les demandes qui y sont formées, consécutivement. Si je n'ai pas réussi à provoquer des éclaircissemens détaillés sur chacun des points importans qui sont traités avec tant de concision & de clarté dans cette Lettre, il faut l'attribuer en partie au but que le Premier Consul se proposoit d'atteindre par cette Conversation. Il vouloit premièrement discuter avec moi la question intéressante de la forme de Gouvernement qui convendroit le plus, et à l'Helvétie, dans l'Etat actuel des choses, et aux deux grandes Puissances que sa tranquillité & ses rapports politiques intéressent plus particulièrement: Il vouloit ensuite, après m'avoir entendu sur cette matière, obtenir des renseignemens sur nos ressources, & sur la possibilité qu'un Gouvernement propre à maintenir la tranquillité de l'Helvétie, & à la conserver dans des rapports politiques rassurans pour ses voisins, put s'établir & s'affermir parmi nous. Ce fut donc, que par une espèce d'interealation, que je pus, dans le cours de notre Entretien, obtenir quelques explications sur les objets de la Lettre du Conseil Exécutif: Mais elles furent parfaitement satisfaisantes; et le Premier Consul manifesta un grand désir de réparer les maux que nous avons soufferts. Il me déclara d'abord, qu'il étoit très décidé

à

Gesandtschaftsbericht Stapfers über ein längeres Audienzgespräch mit Bonaparte am 8. Oktober 1800.

«Puissiez-vous, mon cher ministre, être plus heureux dans les résultats de votre mission que vos prédécesseurs, puissiez-vous obtenir tout ce que j'ai désiré, puissiez-vous mieux placer votre confiance que je ne l'ai fait, puissiez-vous surtout jouir d'une vie privée plus aimable que celle que j'ai éprouvée. Recevez mes vœux sincers et mes complimens empressés; faites les agréer à votre charmante épouse et permettez-moi de vous rappeler Berne à votre promesse à son sujet à votre souvenir.»[2]

Der Erfolg seiner Mission hing auf engem Spielraum weitgehend von den Intentionen der französischen Machtträger Bonaparte und Talleyrand ab. Sie lassen sich auch ablesen an den ihrem Gesandten Reinhard in Bern erteilten Instruktionen. Im Gegensatz zur erpresserischen Härte des ehemaligen französischen Direktoriums gab sich das Konsularregime äusserlich durchaus versöhnlich und sprach sogar von einer «mission réparatrice» in der Schweiz:

«Réparer les maux de la guerre et de l'occupation française; éviter d'imposer au peuple de nouvelles charges et de s'immiscer dans les affaires intérieures de l'Helvétie.»[3]

Die im gleichen Atemzug betonten französischen Eigeninteressen dämpften jedoch allzu frühe Hoffnungen. Es sollte vorläufig alles in der Schwebe bleiben, was Stapfer masslos empörte. Paris wünschte:

«Faire ajourner les négociations en vue du rétablissement de la neutralité et d'un traité de commerce, ainsi que les débats sur l'adoption de la nouvelle constitution.»

Immerhin sollte der französische Emissär seine Ziele mit diplomatischem Takt verfolgen:

«On lui recommandait surtout de ne jamais employer, pour atteindre le but qui lui serait indiqué, que le langage de l'insinuation, l'influence des conversations et des conseils inofficiels, cette conduite étant seule de mise pour rétablir les bons rapports franco-suisses et relever le renom de la diplomatie française en Europe.»

Reinhard verfolgte diese Taktik beispielsweise mit der moralischen Unterstützung der gemässigten Republikaner beim Staatsstreich zur Vertagung der gesetzgebenden Räte am 7. August 1800. Solange das französische Protektorat über die Schweiz gesichert war und keine störenden Unruhen ausbrachen, legte sich im Übrigen der Erste Konsul für keine Partei fest. Er wünschte keine zügige Verfassungsrevision und wollte von der helvetischen Regierung lediglich auf die Friedenskonferenz von Lunéville hin deren Verfassungsgrundsätze erfahren. Darüber entwickelte er allerdings in der Folge seine eigenen Vorstellungen. In der Schweiz verband man grosse Hoffnungen mit dem Kongress, ging es doch dort auch um ihre internationale Stellung. Sie bewarb sich deshalb in Paris eifrig um die Bewilligung eines Vertreters an den Verhandlungen. Stapfer sah sich bald in diesen zwischenstaatlichen Poker mit dem übermächtigen Kontrahenten einbezogen. Seinen sachkundigen Gesandtschaftsberichten ging stets eine sorgfältige

Erkundung des Umfelds voraus. Wie schon früher angemerkt, konstatierte er zu seiner Verwunderung die in der französischen Hauptstadt vorherrschenden falschen Vorstellungen über die schweizerischen Verhältnisse.[4] Diesem Umstand suchte er bei Kontakten mit einflussreichen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens abzuhelfen und der wachsenden Geringschätzung seines Landes entgegenzuwirken. Die kritischen Berichte des französischen Gesandten Reinhard in Bern an Bonaparte und Talleyrand bilden die Folie zu Stapfers Bemühungen in Paris.[5] Nur widerwillig gab man hier zu, dass der krisenhafte Zustand der helvetischen Innenpolitik eigentlich aus den von aussen her erfolgten Anstössen, aus Revolution und Krieg resultierte. Stapfer wehrte vor allem den Vorwurf ab, das innerlich gespaltene Land wisse sich selber nicht mehr zu helfen und benötige deshalb weiterhin die Bevormundung durch die französische Schutzmacht.[6] Eine Erstarkung und die daraus folgende Verselbständigung war übrigens nach Ansicht des französischen Aussenministers gar nicht so erwünscht. Ein Memorandum an den Ersten Konsul im Januar 1801 führt aus:

> «L'état provisoire qui rend le gouvernement helvétique plus faible, le rend plus coulant pour la France. Un gouvernement solide et permanent serait beaucoup moins facile.»[7]

Der nach seiner wenig erfolgreichen Mission im Herbst 1801 aus Bern abberufene Reinhard stellte der von Parteispannungen aufgewühlten Schweiz eine wenig verheissungsvolle Prognose:

> «Qui a fait la révolution en Suisse? C'est la France. Qui peut la terminer? Ou vingt ans de désordres, de malheurs et de carnage: ou la France. Il semble donc que l'indépendance pour l'Helvétie ne peut commencer que de l'époque de la paix et de l'établissement de la constitution.»[8]

Eine Vorahnung der Mediation?

Stapfer durchschaute in Paris nach kurzem die Doppelzüngigkeit dieser Politik und rief die helvetischen Behörden und seine politischen Gesinnungsfreunde dringend zum nationalen Schulterschluss sowie zur Erneuerung der Wehrkraft auf. Als Ausgangspunkt für diese Haltung ist sein erster ausführlicher Gesandtschaftsbericht vom 17. September 1800 von Bedeutung.[9] Er schrieb an den helvetischen Vollziehungsrat:

> «Citoyens Magistrats,
>
> Je n'ai voulu hasarder, dans les premiers momens où je me suis vu chargé par vos ordres des affaires de la légation helvétique, de vous présenter l'aperçu de ce que me paraissaient être les rapports des deux Républiques et les vues du gouvernement français. Et encore aujourd'hui je n'ai pas assez fréquemment conversé avec les hommes qui sont censés en être les dépositaires, pour être à même de vous fournir des données bien sûres ou très importantes. Au fait, le gouvernement français lui-même flotte encore au gré des événemens, et son système de conduite par rapport à la Suisse en particulier n'est pas bien assis.»

Fest stand das Interesse Frankreichs, die benachbarte Schweiz innen- wie aussenpolitisch vom Einfluss Österreichs fern zu halten. Daraus resultierte:

> «Tout ce qui nous sera possible d'obtenir c'est une *neutralité favorable à la République française,* mais affranchie de l'obligation d'accorder un passage à ses troupes sur le territoire helvétique. C'est une contradiction en apparence, mais un plan nécessaire en réalité.»

Die Vorstellung von einer völligen Unabhängigkeit wäre angesichts der französischen Vormachtstellung in Europa eine Chimäre. Hingegen wäre eine Erneuerung der früheren Militärbeziehungen denkbar. Welcher Spielraum aber bleibt der Helvetischen Republik bei ihrer innenpolitischen Ordnung?

> «Un principe dont le gouvernement français ne se départira jamais, est d'exiger que les bases de notre constitution, quelles qu'en soient d'ailleurs les modifications, ne diffèrent pas de celles qui ont été adoptées par le peuple français.»

Demnach bestehe zwar ein Spielraum für die eigene nationale Gestaltung unter der Voraussetzung:

> «Deux moyens peuvent seuls, à mon avis, conduire à ce but, le respect que nous inspirerons par notre conduite et le réveil de l'esprit militaire de notre nation.
>
> Je ne dois pas vous cacher, Citoyens Magistrats, que nous sommes profondément méprisés, et c'est peut-être (il me répugne de le dire) ce mépris seul, joint à une tradition diplomatique encore respectée, qui nous a épargné le sort de la Pologne.»

Aufgeteilt werden wie Polen! Über die ganze napoleonische Ära geisterte diese Schreckvision durch die Gemüter. Mit Maurice Glayre (1743–1819), dem direkten Vorgesetzten Stapfers, sass im Vollziehungsrat der langjährige Sekretär des Königs Poniatowski, ein Augenzeuge derartiger Vorgänge. Zu Einigkeit und Stärke rief daher Stapfer auf. Die anschliessende Mahnrede an die innerlich gespaltene Nation atmet Geist und Gesinnung des ehemaligen Kultur- und Erziehungsministers:

> «Rapprochons-nous, réunissons-nous par tout ce que nous avons de plus sacré et de plus cher, à tout prix, au plutôt, avant tout; qu'aucun sacrifice ne soit trop cher, aucun effort trop pénible, s'il peut contribuer à amener ce but. Ne formons plus de peuplades diverses, soyons un peuple, une nation unie de volonté et de forces. Ah! que ne puis-je transporter ici un moment les plus violens, de ce qu'on nomme encore en Suisse des aristocrates, des révolutionnaires, des Jacobins. Ils s'apercevraient bientôt du mal affreux qu'ils se font à eux-mêmes par leur misérables querelles, par un dissentiment d'opinion qui aujourd'hui n'a plus sens. Je rends grâce au ciel de ce que les journaux suisses ne nous donnent plus, dans les séances du Corps législatif, le tableau de la discorde des autorités suprêmes et de la haine des partis qui agitaient notre malheureux patrie.»

Mit dem Zuruf aus Paris appellierte er dringend an den Gemeingeist – l'esprit public –, den er als Kultur- und Erziehungsminister hatte schaffen wollen. Nicht zufällig erinnerte er seine Vorgesetzten auch an sein Projekt einer Nationaluniversität als geistige Kaderschule für die Schweiz. Er hatte jetzt den französischen Staatsrat, Bonapartes hoch angesehenes Beratungsorgan, vor Augen, zwei Drittel davon «hommes de lettres», wie auch die Minister und Konsuln. Selbst der Erste Konsul möchte dazu zählen, bemerkt er.

> «Formez une université nationale, où les jeunes gens, en confondant leurs études et les amusemens de leur âge, confondent aussi leurs âmes et leurs principes. Sans un institut central nous n'aurons jamais d'uniformité dans nos vues et dans nos sentimens – chose absolument nécessaire, si nous devons former une seule et même nation; mais ne l'appelez pas *institut*. Rien ne donne tant de ridicule et n'attire plus le mépris que les imitations; nommez-le bonnement *université* ou *académie centrale*.»

Den Revolutionsprozess versteht er als Kulturwandel:

> «S'il reste quelque chose de la révolution sociale opérée par l'établissement des gouvernemens représentatifs (et certainement elle laissera de profondes traces dans l'histoire du genre humain) c'est sans doute d'avoir mis le gouvernement et les moyens de civilisation et d'instruction publique en un contact plus immédiat, ou un commerce beaucoup plus intime qu'auparavant.»

Diesen Prozess erlebte er jetzt im Grossen am Gang in der französischen Metropole. Was allerdings die Zeitumstände dem bedrängten Kleinstaat zunächst abforderten, das waren die Mittel zur Selbstbehauptung.

> «Sans l'établissement d'une force armée, proportionnée à la population et à la répartition de la Suisse, celle-ci n'aura jamais d'existence politique et n'inspirera surtout aucun respect.»

Sogar das Bild einer durch Festungswerke gesicherten Schweiz ist vorausgenommen:

> «J'ai même entendu des généraux français, fort habiles et très influens, soutenir que nous devrions penser à construire des forts pour garder nos côtés les plus faibles ou les plus exposés.»

Im Schlusspassus ruft Stapfer die obersten Verantwortlichen zu vermehrter und entschlossener Aktivität auf und erinnert zugleich an die frühere Reputation der Eidgenossenschaft:

> «Il nous reste encore quelques fragmens de notre ancienne réputation, tant morale que militaire, qui nous a valu des siècles d'estime et de tranquillité unique dans l'histoire. Sauvons-en les débris, en tâchant de ressusciter ou de ranimer les institutions auxquelles nous la devons.»

Ging dieser Appell zunächst einmal an die oberste Exekutive in Bern, so kehrte er regelmässig in den Meldungen wieder, die an den ehemaligen Ministerkolle-

gen gerichtet waren, an den helvetischen Aussenminister Louis Bégoz.[10] Ihn liess er auch wissen, er habe zum französischen Aussenminister Talleyrand inzwischen einen guten Zugang, was im Hinblick auf den kommenden Friedenskongress von besonderer Bedeutung sei. Der französische Staatsmann habe nämlich durchblicken lassen, er befürworte die Erneuerung der schweizerischen Neutralität, sofern das Land sich innenpolitisch stabilisiere. Der voraussehbare Länderschacher der Grossmächte trieb Stapfer zusätzlich an, zuhause auf Sammlung der Kräfte und Festigkeit zu dringen. Der Philosoph trat hinter den Patrioten zurück:

> «Mais une chose sur laquelle je ne puis revenir assez, et qui est, selon mes faibles lumières, notre unique ancre de salut, c'est la nécessité de nous rendre respectables par le réveil de l'esprit belliqueux de la nation, et l'organisation de quelques forces militaires. Au lieu du delenda est Carthago, je voudrais répéter tous les jours à mes concitoyens: Restauranda est res militaris majorum. Une nation sans moyens de défense est une nation qui n'est pas une, un être chimérique, un objet de mépris, le jouet de tous les événemens et l'éternelle proie des projets ambitieux ou des caprices de ses voisins.»[11]

Selbstbewusst aufzutreten und Mühe und Opfer nicht zu scheuen, dies rief der Gesandte Stapfer aus dem Bannkreis der Mächtigen seiner gedemütigten und geschundenen Nation zu, welcher der Gewalthaber eben vertragswidrig neue militärische Unterhaltslasten auferlegt hatte.

> «Un êtat purement passif, une quiétitude plaintive, ne peut que nous attirer plus de fardeaux et de prétentions injustes. Croyez, mon cher Ministre, que j'ai mes bonnes raisons pour débiter ces lieux communs.»

II Stapfers erste kurzen Lageberichte waren also die Frucht sorgfältiger Beobachtung und der Sondierung dank geschickt geknüpfter Beziehungen. Seine Mahnungen waren nicht aus der Luft gegriffen. Es dauerte noch eine gewisse Zeit bis zu eingehenderen direkten Gesprächen mit dem Ersten Konsul, nahm dieser doch nur flüchtig Kenntnis vom helvetischen Chargé d'affaires anlässlich einer öffentlichen Audienz.[12] Aber als Augen- und Ohrenzeuge bekam dieser zu hören, in welchem Ton der Korse mit den schwachen Satelliten umging, deren innere Ordnung zu wünschen übrig liess. Wahrscheinlich rückte Stapfer nicht ohne Nebenabsicht die Blossstellung einer Delegation der ligurischen Republik durch Bonaparte in seinen Bericht ein. Vor aller Welt herrschte dieser sie an:

> «Nous sommes rassasiés de ces rapsodies politiques; le peuple ne peut pas gouverner; il est fait pour faire des souliers, le gouvernement qui ne sait pas comprimer toutes les factions, et faire obéir promptement ou punir sans délai les rénitens, est indigne de ses fonctions et je n'en veux pas [...] et si toutes ces sottises ne finissent pas, je vous traiterai en province française et appesantirai ma main sur le peuple gênois. Je vous gouvernerai moi-même si vous ne pouvez pas vous gouverner.»

Es ging darum, dass die straffe Ordnung des französischen Konsularregimes auch in den durch Revolution und Krieg zerrütteten Vasallenrepubliken Ruhe schaffe. Stapfer konstatierte denn auch, wie sich die politische Taktik der Überwindung der Gegensätze in Frankreich einspielte. Dazu berichtete er:

> «Le système de Bonaparte de réunir tous les partis, de ne faire aucune distinction entre les hommes pour leurs opinions ou leur conduite politique passée, et de les placer indifféremment, est toujours poursuivi avec constance.»

Dies erfuhr er auch persönlich vom Diplomaten und Historiker Graf Louis-Philippe Ségur, der ihm schilderte, wie der Erste Konsul ihn mit den Worten für sein Werk lobte:

> «Vous avez écrit dans le sens dans lequel je tâche de gouverner.»

Damit habe er unterstreichen wollen, die Parteien hätten während der Revolution alle verhängnisvolle Kapitalfehler begangen, «et qu'une tolérance politique parfaite doit clore la révolution française». Stapfer zog die Schlussfolgerung daraus:

> «Il serait à souhaiter que quelqu'un écrivît chez nous l'histoire de la nôtre dans le même esprit. Ce serait un grand moyen d'union et de force, et digne d'occuper le gouvernement helvétique.»

So ging auch an Bégoz die stehende Mahnung:

> «Il faut de grands efforts! Mais quel est le bien qu'on obtienne sans sacrifices? Ils sont toujours en proportion du but qu'on veut atteindre.»[13]

Neben den Hauptquellen der offiziellen Gesandtenberichte mit ihren Lageanalysen und politischen Handlungsmaximen, etwa auch verschlüsselten Hinweisen, kommt jedoch auch der Stapfer'schen Privatkorrespondenz eine eminente Bedeutung zu. Sie vermittelt nämlich ungeschminkte, vertrauliche Mitteilungen, bisweilen sehr persönliche brisante Urteile, ja emotional aufgeladene Auslassungen. Ein wichtiger Ansprechpartner war ihm der fast gleichaltrige Zürcher Paul Usteri (1768–1831), einer der hervorragendsten Helvetiker.[14] Sie beide, der idealistischen deutschen Aufklärungsphilosophie verbunden, aus reformerischen städtischen Bildungskreisen erwachsen, standen nach 1798 als überzeugte Unitarier für die so teuer erkauften Errungenschaften der helvetischen Revolution ein, und zwar sowohl gegenüber radikal-revolutionären Forderungen jakobinischen Zuschnitts als auch gegenüber reaktionär-föderalistischen Tendenzen patrizischer Kreise. Der genannte Briefwechsel bereichert die Gesandtschaftsberichte um wichtige Nuancen. Von Mitte August 1800 an lässt Stapfer beispielsweise den Freund wissen, wie er, offiziell noch auf Erholungsurlaub, in Paris die Gelegenheit wahrnimmt, um für die politischen Vorstellungen der helvetischen Unitarier zu werben und dabei zunächst Bernhard Friedrich Kuhns Programmschrift über das Einheitssystem in Umlauf setzte.[15] Am 8. September berichtete er ihm von einem Besuch bei dem «tiefschürfendsten Theoretiker der Französischen Revolution» Sieyès (1748–1836), wie er ihn rühmte.[16] Er habe mit ihm einen Tag lang über Verfas-

Paul Usteri (1768–1831), einflussreicher helvetischer Politiker und Journalist für den «Schweizerischen Republikaner». Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

sungsprobleme diskutiert, nicht nur über die auf Bonaparte zugeschnittene und von Sieyès scharf kritisierte Konsularverfassung, sondern auch über die ihm vom Besucher unterbreiteten Fragen zu dem im Wurf stehenden helvetischen Projekt. Eine kurze Rückblende mag Stapfers Hochschätzung für diese geistige Leitfigur der Französischen Revolution erklären. Ein während der Rückreise aus London im Juni 1791 verbrachter Aufenthalt von wenigen Tagen im revolutionär aufgewühlten Paris wurde nämlich zu einem eigentlichen Schlüsselerlebnis für den jungen Stapfer. Er verfolgte die erregten Debatten der Nationalversammlung über die Flucht des Königs nach Varennes und war tief beeindruckt von den Voten des Abbé Sieyès.[17] Acht Jahre später, unmittelbar nach dem Fall Berns, kam er im März 1798 ein zweites Mal in die französische Hauptstadt, diesmal als Sekretär des dorthin abgeordneten bernischen Emissärs Lüthardt.[18] Bei dieser Gelegenheit suchte er den persönlichen Kontakt zu dem prominenten politischen Denker und erfuhr im Gespräch, wie dieser die der Schweiz von den Franzosen

Joseph Emmanuel Sieyès (1748–1836), politischer Schriftsteller von grossem Einfluss auf die Französische Revolution. Aquatinta von Levachez.

aufgezwungene Verfassung von Peter Ochs beissend kritisierte. Etwa ein Jahr später, im November 1799, frischte er als Erziehungsminister die Verbindung durch ein längeres Schreiben an Sieyès auf, unter dessen Beihilfe eben Bonapartes Brumaire-Staatsstreich vollzogen worden war. Wie manche Zeitgenossen erhoffte nämlich Stapfer für die vom französischen Direktorium malträtierte Helvetische Republik Erleichterungen durch das neu installierte Konsularregime.

Das hier einbezogene, ausführliche Schreiben Stapfers vom 21. November 1799[19] kann man geradezu als Vorwegnahme des ein Jahr später zwischen den beiden in Paris fortgesetzten Dialogs verstehen. Er sprach den einflussreichen französischen Verfassungstheoretiker geradezu schwärmerisch an als:

> «l'homme que j'ai toujours considéré comme le vrai fondateur de gouvernemens représentatifs, comme le créateur de l'art social et le génie législateur, aux plans duquel les Français et les peuples qui les ont singés, seroient forcés de revenir, après avoir parcouru le cercle des extravagances révolutionnaires et après s'être balancé, avec temerité et en tous sens, sur les frêles machines des *contrepoids politiques*. J'espère que l'instant d'établir enfin *le système du concours* est arrivé.»

Daraus lässt sich ablesen, dass der vom Gang der helvetischen Entwicklung enttäuschte Erziehungsminister nach dem 18. Brumaire erwartungsvoll nach Frankreich hinüberblickte und von einer unter der Ägide Sieyès' konstituierten Ordnung auch eine Ausstrahlung auf die Schweiz erhoffte, also den Triumph der «vrais principes de l'ordre social». So fuhr er in seinem Schreiben fort, alle aufgeklärten Freunde der Freiheit erwarteten von ihm ausdrücklich eine Garantie der Rechte des Menschen und seiner Freiheit. Des Weiteren übermittelte er ihm eine Reihe wichtiger Programmpunkte, so seine zentrale, vom Kantianismus geprägte Erziehungsidee: «le développement et le règne de la moralité». Dann die strikte Forderung nach Wahlbedingungen für Politiker und Beamte: «la triple garantie de la capacité, de la moralité et de l'attachement à la patrie». Besonders eindringlich aber monierte er, den öffentlichen Unterricht durch ein Grundgesetz zu fördern, ohne welchen insbesondere Verwaltung und Politik nicht in Gang zu bringen seien. «Je sais aujourd'hui par une expérience de deux ans, faites comme chef de l'instruction publique en Helvétie, que sans une pareille loi constitutionnelle il est impossible, malgré tous les efforts, de régénerer cette partie importante de l'administration publique qui doit administrer, multiplier, augmenter et diriger vers un bon but les forces intellectuelles et morales d'une nation.»

Stapfer suchte jedoch nicht nur das Gespräch mit Sieyès über die Funktionsbedingungen eines geordneten Repräsentativsystems, sondern appellierte am Schluss an den nun in Frankreich an der Macht Beteiligten, der durch Revolution und Krieg schwer in Mitleidenschaft gezogenen Schweiz wieder aufzuhelfen. Den Wunsch verbesserter franko-helvetischer Beziehungen verknüpfte er mit der Anregung einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, ja eines Völkerbunds.

> «Les nations sont, comme les individus avant la formation des sociétés civiles, dans l'état de barbarie. N'y aurait-il pas moyen d'acheminer un état de société entre les nations?»

Stapfer gab damit dem französischen Denker die von Kant abgehandelte politische Friedensidee weiter.

Es liegt kein Schriftzeugnis vor, ob und wie der vorsichtige Sieyès auf diesen Anruf des helvetischen Ministers reagierte. Aber bald nach Stapfers Ankunft in Paris hört man von Kontakten mit dem jetzt im französischen Senat Sitzenden. Stapfer suchte am 8. August schriftlich ein Treffen zu vereinbaren und liess ihn wissen, er sei von den «Républicains éclairés» in der Schweiz beauftragt, bei ihm Rat einzuholen über die Organisation der Gewalten im Staat, insbesondere die Gerichtsbarkeit:[20]

> «Nous croyons toujours encore en Suisse, que la raison doit être pour beaucoup dans les plans de constitution et de législation d'un pays, et vouloir la proscrire, sous le vain prétexte de ne pas s'égarer dans les abstractions de la métaphysique, c'est vouloir éternellement répéter les erreurs et s'attirer les convulsions périodiques des états connus jusqu'à ce jour qui, constitués sous l'empire des circonstances et la dictée d'une ex-

périence routinière, ont renfermé dès leur naissance un germe de dissolution assez prochaine dans leur sein.»

Die helvetischen Republikaner suchten also auf diesem Weg den Theoretiker des Repräsentativsystems als Ratgeber für den in der Schweiz in Gang befindlichen konstitutionellen Revisionsprozess zu gewinnen. Mitte August und Anfang September gab Stapfer Usteri Bericht über die geführten Gespräche.[21] Das eine Mal hatte Sieyès selber den Schweizer Geschäftsträger aufgesucht und einen ganzen Vormittag bei ihm verbracht. Jedoch entsprach der Ertrag dieses ersten Treffens kaum Stapfers Erwartungen. Etwas ernüchtert berichtet er:

«Er [Sieyès] schüttete seine Klagen über die jetzige französische Verfassung und interessante Philosopheme überhaupt aus. Ich wollte durchaus haben, dass er uns einige Ideen für unsere Schweiz mittheilen sollte. Er weigerte sich, scherzte und endete damit, dass er mir versprach, etwas mitzugeben, wenn ich ihn auf dem Lande besuchen wolle. Diess werde ich denn auch gewiss thun. Ich weiss übrigens zuverlässig, dass er mit dem ersten Consul sehr gut steht und von ihm beständig zu Rathe gezogen wird, ungeachtet er übrigens beim Publicum durch die Enthüllung seiner eigennützigen Denkart sehr gesunken ist.»

Etwa zwei Wochen darauf brachte Stapfer einen ganzen Tag bei Sieyès auf dem Land zu. Es sei dabei vom Morgen bis fünf Uhr abends über Verfassungen «die Kreuz und Quer» philosophiert worden. Sieyès habe erneut Klage geführt über die Unzulänglichkeiten der französischen Konsularverfassung. Begreiflicherweise, denn bekanntlich hatte Bonaparte den Entwurf seines Mitverschworenen völlig nach den eigenen Bedürfnissen und Interessen umgestaltet. Stapfer bemerkt, er sei nicht überall gleicher Meinung mit seinem Gesprächspartner gewesen, was diesen zeitweilig in gereizte Stimmung versetzt habe. Diesmal zeigte sich Sieyès allerdings geneigt, Ratschläge für die helvetische Verfassung zu geben:

«Indessen hat er mir versprochen, zwar nicht seine Ideen mir schriftlich mitzutheilen (denn dazu ist er zu furchtsam), allein den Verfassungsentwurf, den ich ihm vorlegen würde, mit seinen Bemerkungen begleitet mir wieder zuzustellen. Ich habe mich dann auch gegen ihn anheischig gemacht, ich würde ihm den Entwurf Ihrer Commission mittheilen. Seien Sie also so gütig [...] mir denselben zuzuschicken, sobald er fertig ist. *Sieyès* Bemerkungen werden immer höchst interessant sein, und er hat mir mit dem Anerbieten höchst geschmeichelt geschienen.»

Gewiss hatte Stapfer aber von dem berühmten Verfassungstheoretiker mehr als nur unverbindliche Randbemerkungen erwartet. Das schliesslich der französischen Regierung offiziell präsentierte helvetische Projekt verzögerte sich allerdings auch, wie später des Näheren zu erläutern ist, und von Ratschlägen Sieyès' hört man im Zusammenhang mit Malmaison im Frühjahr 1801 nichts mehr, ausser dass Stapfer Innenminister Rengger, den Überbringer des unitarischen Verfassungsvorschlags, mit dem Senator in Paris zusammenführte. [22] Inwiefern

Ideen von seiner Seite für eine neue helvetische Verfassung zum Zuge gekommen wären, ist ohnehin fraglich, wenn man in Rechnung stellt, wie selbstherrlich der Erste Konsul mit Sieyès' Entwurf der Konsularverfassung umgegangen war und wie verächtlich er sich über die «Ideologen und Metaphysiker» in Staatssachen ausliess.[23] Mit den Mitteilungen von Stapfers Kontakten zu Sieyès gelangt man über die Usteri-Korrespondenz unvermittelt wieder zur Thematik der offiziellen Gesandtschaftsberichte.

Brisanter als Hinweise auf Klagen des vom Ersten Konsul desavouierten Sieyès war die grundsätzliche, scharfe Kritik Stapfers an den despotischen Zügen des sich abzeichnenden neuen Regierungskurses. Was er Usteri aufgrund seiner Beobachtungen anvertraute, hätte ihm aber leicht gefährlich werden können. Was nämlich hinter der notgedrungen verbindlichen offiziellen Haltung des Diplomaten zurückzutreten hatte, suchte hier über die offenherzige Privatkorrespondenz umso deutlicher seinen Ausdruck. Stapfer liess die anfänglich gehegten Illusionen fallen, denn er ahnte bereits die Folgen der politischen Entwicklung Frankreichs für sein Land. Es ging nicht um Panikmache, sondern um die nüchterne Einschätzung der Lage. Er liess Usteri Ende September 1800 nicht auf dem Postweg, sondern durch einen Bündner Landsmann ein ausführliches Schreiben zukommen.[24] Er schickte die Bemerkung voraus, seine Absicht sei, dem Adressaten «auf eine sichere Art» einige Angaben zu machen, «die ich für mein Vaterland von der grössten Wichtigkeit halte, und die ich weder dem Vollziehungsrath in corpore noch einem seiner Mitglieder besonders vorlegen könnte, ohne jenen zu compromittiren und dieses in Verlegenheit zu setzen». Dem politischen Gesinnungsfreund gegenüber beleuchtete er nachfolgend die Kehrseite der von Bonaparte praktizierten und anfänglich auch von vielen so bewunderten Versöhnungspolitik. Auf die Schweiz bezogen:

> «Bis zur Evidenz ist es mir nun klar und erwiesen, dass die französische Regierung die Einführung einer die wahre Freiheit begünstigenden Verfassung nicht nur nicht befördern will, sondern auf alle mit ihrem Interesse und ihren nun einmal öffentlich angekündigten Grundsätzen vereinbare Art zu hindern entschlossen ist.»

Darauf umschreibt er mit einer treffenden Formel den sich abzeichnenden napoleonischen Herrschaftsstil auf historischem Hintergrund als neuen Cäsarismus:

> «Der Zweck *Bonapartes* ist gewiss kein anderer als der, Frankreich unter republikanischen Formen und Namen unumschränkt und à la *Louis* XIV zu regieren. Nicht nur wird jeder Antheil der Nation (ich sage mit Fleiss der Nation und nicht des Volkes) an der Ernennung ihrer Geschäftsträger verschrien, lächerlich, verabscheuungswürdig gemacht; nicht nur hat man in der letzten Regierungsnorm (denn eine Verfassung ist es gewiss nicht) auf jede Weise zu verhüten gewusst, dass sich keine wahre, unabhängige Nationalrepräsentation bilde oder nachher bilden könne; nicht nur werden royalistische Blätter und Ideen offenbar be-

günstigt oder tolerirt, während dass jede freimüthige oder echt republikanische Äusserung Verfassern, und Werken, Journalisten und Zeitungen unmittelbar wenigstens Ahndung und plötzliche Unterdrückung zuzieht [...] nicht nur werden alle unbefangenen Freiheitsfreunde entfernt, während Jakobiner und Royalisten propisme[?] angestellt werden und freien Zutritt haben, sondern es wird planmässig daran gearbeitet, die ganze Nation wieder monarchisch zu stimmen, versteht sich, nicht um einem Bourbon wieder den Weg zum Thron anzubahnen, sondern um den neuen Octavian, qui plebem discordiis civilibus fessam sibi, specie reipublicae conservata, subiecit,[25] das Herrschen leicht zu machen. Nicht nur hat dieser Jüngling bei seinen grossen Talenten keine Seele und keinen Funken Moralität, sondern verfolgt recht systematisch den Plan, den so viele Könige gleichsam instinctmässig befolgt haben.»

Da spürt man den Widerwillen des freiheitlich gesinnten und philosophisch gestimmten Helvetikers heraus gegen den offenen Verrat an den ursprünglichen Revolutionsideen. Unter dem Eindruck der skrupellosen Machtpolitik taucht für ihn die kultur- und gesellschaftspolitisch ambitiöse französische Metropole in ein fahles Licht:

«Alles, was die Ketten verschönern, was den grossen Haufen locken, die verdorbene Masse vergnügen kann, wird hervorgesucht, unternommen und begünstiget. Was hingegen wirklich die Nation emporheben und veredeln könnte, wird vernachlässigt, gedämpft oder lächerlich gemacht. Nur ein Beleg aus vielen. Sie sehen, was für ein ekelvolles Wesen wiederum mit schönen, hübschen Versen, akademischen Zierraten und Phrasen getrieben wird. Hingegen kann Ihnen, mein scharfsichtiger Freund, unmöglich entgangen sein, mit welcher Wuth und Beharrlichkeit in den von der Regierung begünstigten oder veranstalteten Journalen, zum Beispiel dem «Mercure de France», Philosophie und Aufklärung, Fortschritt der Menschheit und politische Untersuchungen verhasst oder lächerlich gemacht werden.»

Einem weiteren, ausführlicheren Zitat aus Tacitus über die schrittweise Machtsteigerung des zukünftigen römischen Herrschers schickt er – mit einem Seitenhieb auf «les nouveaux enrichis, les hommes de lettres avides de places, les exreprésentans accoutumés à vivre à Paris et désirant y rester avec leur familles pour s'y livrer aux plaisirs» – die gewichtige Voraussage voran:

«Den jetzigen Zustand Frankreichs und die Entstehung der kolossalen Macht *Bonapartes* hat der grosse Menschenmaler längst beschrieben.»

Damit schloss Stapfers scharfsinniger Exkurs zum Zustand Frankreichs, ein Meisterstück kritischer Analyse. Aber nun zog er die Folgerung für die Schweiz mit einem erneuten aufrüttelnden Appell, die Revision der Verfassung rasch und entschlossen und ohne Rücksicht auf allfällige französische Empfehlungen oder Drohungen durchzuführen:

«Man fürchtet sich hier vor der Einführung einer wahrhaft freien Verfassung in unserem Vaterlande. Man sähe viel lieber einen allgewaltigen ‹Stadtholder› oder Consul in der Schweiz als einen republikanischen, unabhängigen Senat. Alle möglichen Eingriffe der vollziehenden Gewalt in die Rechte der übrigen Gewalten, alle Beschränkungen des Volkseinflusses und alle Erweiterungsarten der Herrschergewalt der jetzigen oder noch zu setzenden Machthaber wird man nicht nur gerne sehen, sondern auf jede Art begünstigen.»

Das scheinbare Wohlwollen Bonapartes könnte trügen:

«Glauben Sie es mir, bester Freund! in dem Verlangen des ersten Consuls, wir möchten bis zum Frieden in einem provisorischen Zustande bleiben, ist viel Gift verborgen. Man will die Errichtung eines wahren Freistaates verhindern; man will uns in dem Zustand willkürlicher Disponibilität erhalten, um uns zur Zeit des Bedürfnisses desto geneigter zu finden, alle Formen anzunehmen, die man uns alsdann geben möchte.

Provisorische Regierung! Provisorische Republik! Mein Blut kocht in meinen Adern, dass wir Schweizer uns auf den Befehl des französischen Grosssultans nur als provisorische Republikaner betrachten sollen, während dass diese Republikaner von gestern allein das Besitzrecht der Freiheit als unverletzlich zu haben wähnen.»

Aus alledem spürt man heraus, wie sich in Stapfer verletztes Nationalgefühl mit der Sorge paart, die politisch-gesellschaftlichen Errungenschaften der jungen Helvetischen Republik könnten verloren gehen. Er verschweigt dem Adressaten denn auch nicht, dass er in Paris diesbezügliche freundschaftliche Winke nicht nur von Sieyès, sondern von Gewährsleuten in hohen politischen Funktionen wie Volney[26] oder Roederer[27] erhalten habe, «von praktischen Sklaven und theoretischen Freiheitsfreunden», wie er ironisch beifügt.

Schliesslich bündelte er alles zu der eindringlichen Mahnung:

«Nun der aus dieser Ansicht unmittelbar folgende Rath, den ich Ihnen und durch Sie meiner Regierung im Namen aller dieser aufgeklärten Männer ans Herz lege, ist dieser: Eilet, Euch eine Verfassung zu geben und diese Verfassung ins Werk zu setzen, Thut, als wenn Ihr Euch der Vorschrift des ersten Consuls gemäss als in einem provisorischen Zustand betrachtet; allein handelt, handelt, um Gottes Willen, und kündiget, nach vollendetem Bau, die Sache als geschehen der französischen Regierung an. So könnet Ihr allein Eure Unabhängigkeit retten, das Werk einer Zerstückelung oder schimpflichen Unterwerfung erschweren und die so nötige Achtung einflössen, die wir nun gänzlich eingebüsst haben. Ihr könnet sicher sein, dass die französische Regierung eine als geschehen angekündigte Sache zwar missbilligen kann, aber in ihrer jetzigen Lage nicht stören darf. Allein ich beschwöre Euch bei Allem, was Ihr

schon für die ächten Grundsätze gethan habt, und bei dem Heil unseres Landes, keine Minute verloren, handelt, handelt!»

Stapfer, zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal vom stellvertretenden Geschäftsträger zum bevollmächtigten Gesandten ernannt, stellte sich solcherart den Herausforderungen an sein Land.[28] Dem hätte aber entschlossenes und vor allem geschlossenes Handeln in der Heimat entsprechen müssen. Doch wer nahm schon seinen Anruf auf:

«Il faut de grands efforts! Mais quel est le bien qu'on obtienne sans sacrifices?»

III Während der Erste Konsul Bonaparte mit äusserster Tatkraft die innere Ordnung Frankreichs befestigte und durch die militärischen Siege, assistiert vom Aussenminister Talleyrand, die politische Hegemonie in Europa anbahnte, indem er zunächst Österreich zum Diktatfrieden von Lunéville nötigte, rang der von seiner Macht abhängige helvetische Kleinstaat zugleich um die Sicherung der Existenz nach innen wie nach aussen. Vor diesem Hintergrund ist Stapfers diplomatische Funktion zunächst vom Herbst 1800 bis zum Frühjahr 1801 zu sehen. Ob die von den helvetischen Republikanern entworfene Verfassung von den französischen Machthabern gebilligt und der Schweiz auf dem kommenden Friedenskongress eine Vertretung zur Wahrung ihrer Interessen zugestanden werden würde, das hing allein von deren politisch-strategischen Zielsetzungen ab. Die leitenden Helvetiker setzten alle Kräfte dafür ein. Mitte Oktober 1800 traf Maurice Glayre, ein vom Vollziehungsrat in ausserordentlicher Mission abgeordnetes Mitglied, in Paris ein. Er sollte die Helvetische Republik am Kongress von Lunéville vertreten und war beauftragt, mit Stapfer zusammen der französischen Regierung die Grundsätze der revidierten Verfassung darzulegen. Im Januar 1801 reiste schliesslich noch Albrecht Rengger, helvetischer Innenminister und Hauptredaktor, mit dem fertigen Projekt nach Paris. Willkommenen Sukkurs leistete zudem der mit Bonaparte vertraute Bankier Rudolf Emanuel Haller. Es ist hier vor allem Stapfers Anteil an den nun folgenden Verhandlungen zu beleuchten. Als Einleitung dazu kann man eine von ihm am 8. Oktober gewährte Audienz von über einer Stunde Dauer beim Ersten Konsul betrachten. Vorangehend hatte der Vollziehungsrat sich mit einem Schreiben direkt an diesen gewandt.[29] Die helvetische Exekutivbehörde pochte darin auf Bestimmungen im Allianzvertrag von 1798 über Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen der Partner, offensichtlich im Hinblick auf den Friedenskongress von Lunéville, und umschrieb ihre Zielsetzungen:

«Nos droits sont: l'intégrité de notre territoire, notre ancienne et bienfaisante neutralité, notre indépendance, la reconnaissance solennelle de la République helvétique une et indivisible, ainsi que de la constitution qu'elle se sera donnée.»

Das Schreiben erinnerte auch an das französische Versprechen guter Dienste bei Verhandlungen über den Anschluss des Fricktals an die Schweiz sowie für Arron-

dierungen an der Ostgrenze und Kompensationen für die erlittenen Kriegsschäden. Stapfer reichte seinerseits dem Aussenminister Talleyrand ein Memorandum ein, berührte das infolge der Politik des Direktoriums in der Schweiz geschwundene Ansehen Frankreichs und monierte:[30]

> «C'est donc, citoyen Ministre, avec la certitude d'obtenir une réponse favorable à nos demandes que je réclame pour mon gouvernement la faculté d'envoyer à Lunéville un plénipotentiaire qui, sous la protection du gouvernement français, puisse faire valoir au congrès les droits de la République helvétique.»

Über weitere Demarchen liest man in einem am 8. Oktober verfassten Bericht an den helvetischen Aussenminister Bégoz, er sei dabei, an alle Türen zu klopfen, um für die schweizerischen Anliegen Verständnis zu wecken. Talleyrand verhalte sich zwar ausweichend, habe jedoch ausdrücklich betont, er, Stapfer, sollte gegebenenfalls nach Lunéville gehen.[31] Ein ungenannter Gewährsmann mit Zugang zu Regierungskreisen vermittelte ihm im Hinblick auf eine versprochene Audienz bei Bonaparte detaillierte Informationen, die ihn zuversichtlich stimmten. Der Erste Konsul sei der Zulassung einer helvetischen Delegation in Lunéville nicht abgeneigt, eines «agent instructeur», welcher dort auch das helvetische Verfassungsprojekt präsentieren könnte. Hinsichtlich der Neutralität der Schweiz mache er den Vorbehalt des französischen Durchmarschrechts. Er habe erwogen, die Abtretung eines Teils des Wallis durch ein paar fruchtbare Distrikte in der Lombardei zu kompensieren. Stapfer merkte allerdings in seinem Rapport dazu an, hinter solch scheinbarer Grosszügigkeit verberge sich bloss das französische Interesse, die Passübergänge nach Italien in der Hand eines abhängigen Verbündeten zu wissen. «Timeo Danaos et dona ferentes.»[32] In der Frage der für Helvetien passenden Verfassungsform sei folgende Bemerkung gefallen:

> «Il [B.] a récemment manifesté l'opinion qu'il conviendrait à la Suisse de se constituer en quelques Etats considérables et liés par un lien tel que celui du Congrès et du Sénat américain.»

Bonapartes Überlegung mutet wie eine Vorahnung von Späterem an, auch wenn sich der entschiedene Unitarier Stapfer hier davon distanzierte. Er verfügte aber jedenfalls für die auf den 8. Oktober anberaumte Audienz über nützliche Hinweise dank den Mitteilungen aus dem näheren Umkreis des Mächtigen.

Diese Begegnung wurde gewissermassen zur Feuerprobe für den Diplomaten Stapfer. Der Erste Konsul hatte dafür zum Voraus eine Stunde festgelegt, «pour m'entretenir sur les affaires Suisses». Stapfer erstattete am 10. Oktober darüber einen seiner längeren Gesandtschaftsberichte nach Bern.[33]

> «Je me rendis avant hier, 16 vendémiaire (8 octobre) à l'heure indiquée au Pavillon de l'unité, et je fus introduit immédiatement par le citoyen Duroc, dans le cabinet de Bonaparte que je trouvai seul, et avec lequel j'eus une conversation de passé une heure, dont je vais vous retracer les principaux traits.»

Man muss sich bewusst sein, hier die Version Stapfers zu vernehmen. Seine genaue Auffassungsgabe, seine dialogische Präsenz sowie seine Wahrheitsliebe dürften Gewähr bieten für die Authentizität des Wiedergegebenen. Das Gespräch entwickelte sich allerdings nicht unter Bezugnahme auf das Schreiben des helvetischen Vollziehungsrates vom 25. September, weil Bonaparte davon noch keine Kenntnis hatte. Somit lenkte dieser den Ablauf der Besprechung mit einer Reihe von präzis gestellten Fragen. Er berührte sogleich diejenige der helvetischen Verfassung, «la forme de Gouvernement qui conviendrait le plus, et à l'Helvétie, dans l'état actuel des choses, et aux deux grandes Puissances que sa tranquillité et ses rapports politiques intéressent plus particulièrement». Stapfer referiert nicht, was er darauf antwortete, kam jedoch in anderem Zusammenhang darauf zurück. Es ist jedoch anzunehmen, dass er sich im Sinne seines Memorandums an Talleyrand äusserte.[34] Bonaparte habe ihm zugehört und habe sich hierauf nach den Ressourcen der Helvetischen Republik erkundigt und danach, ob sie eine Regierung zu etablieren vermöge, die imstande sei, Ruhe und Ordnung zu garantieren. Stapfer habe das Gespräch nur mit Zwischenbemerkungen auf einige Punkte hinlenken können, die der Brief des Vollziehungsrats enthielt. Doch seien Zusicherungen für eine Wiedergutmachung der Schäden gegeben worden, und die Rückkehr zur Neutralität finde keinen Widerspruch. Allerdings laute die Forderung wiederum, Frankreich benötige unbedingt einen Zugang nach Italien durch die Schweiz. Stapfer habe dieser Entwertung der Neutralität entgegengehalten, Österreich könnte mit Recht dieselbe Forderung stellen, und zugleich dem Ersten Konsul vor Augen geführt, wie schwer die Kriegsfolgen seit drei Jahren auf seinem Land lasteten. Es laufe mit seinem kargen Boden und dem rauen Klima Gefahr, ärmer zu werden als Savoyen. Er blieb jedoch nicht bei praktischen Fragen stehen, sondern führte, wie er wörtlich berichtet, seinem Zuhörer die ideelle Komponente einer neutralen Ruhezone zwischen den verfeindeten Grossmächten beredt vor Augen:

> «Je m'efforçai à lui montrer, d'accord avec les principes de la philantropie, l'intérêt de la France à ce qu'il existât du moins un point de repos immobile en Europe, un asyle ouvert à la paix du monde, une barrière aux dévastations de la Guerre, un seul pays à l'égard duquel on put dire au Démon de la discorde: Ne plus ultra; et que ce pays fût précisément cette citadelle formidable dont l'invasion alternante doit, par son importance militaire, perpétuer l'Etat d'hostilité, et bannir la sécurité des grandes Empires limitrophes.»

Darauf habe er Bonaparte beschworen, sofern er unbedingt auf dem Durchmarschrecht durch die Schweiz nach Italien beharre, eher den notwendigen Streifen Land, beispielsweise das linke Rhoneufer, vom Wallis abzutrennen, aber dafür anderswo Ersatz zu leisten. Darauf die Reaktion:

> «Il me répondit, qu'il trouvait mes observations extrêmement justes, et qu'il demanderoit cette partie du Valais, et me répéta, que le rétablisse-

ment de notre indépendance et de notre neutralité entroit décidément dans ses vues, et qu'il le présenteroit aux Cabinets de l'Europe comme une des bases du nouveau système de la politique Européenne, dont il étoit indispensable de convenir.»

Stapfer liess, so sein Bericht, nicht locker in Sachen Territorialfragen und forderte unter Berufung auf die Verträge die Rückgabe von Biel und des Bistums Basel. Worauf ihm der Konsul erwiderte:

«Vous aurez le Frickthal; quant à la reddition de Bienne, elle ne souffira pas de difficulté.»

Hinhaltend hingegen gab er sich bei der Frage der Zulassung einer Schweizer Delegation an den Kongress von Lunéville, was ihm nachfolgend die Verweigerung ermöglichte, da die Grossmächte offensichtlich unter sich zu bleiben wünschten.

Bonaparte lenkte das Gespräch immer wieder auf den inneren Zustand der Helvetischen Republik und die konstitutionelle Frage.

«Toutefois la conversation roula principalement sur nos ressources et sur le moyen de nous constituer d'une manière qui rendît le rétablissement de notre Neutralité possible et bienfaisant.»

An diesem Punkt der Berichterstattung wird deutlich, dass Stapfer als blosser Geschäftsträger und nicht als bevollmächtigter Gesandter mit einem gewissen Unbehagen gegenüber dem mächtigen französischen Staatsführer vor allzu verbindlichen Erklärungen zurückscheute. Deshalb seine Bemerkung, er habe einfach als patriotisch empfindender Schweizer Bürger aus eigener Verantwortung gesprochen:

«N'ayant aucune instruction sur ces points, je lui en dis franchement mon avis, non comme agent diplomatique, mais comme citoyen attaché au bonheur de son pays. – Ce n'est donc pas comme chargé d'affaires, mais pour remplir les devoirs de bon citoyen, qui ne me sont pas moins chers, que je vais vous communiquer le résumé d'un Entretien qui fournira peut-être à notre Gouvernement la matière de nouvelles instructions pour moi, et l'occasion de fixer et de réunir les opinions sur un point de la plus urgence importance.»

Er gab an, wie er im Folgenden gegenüber Bonaparte also gewissermassen seine persönlichen politischen Grundsätze entwickelte. Dies dürfte wohl das Kernstück seines sich über eine Stunde hinziehenden Dialogs gewesen sein. An dessen Reaktion liess sich ablesen, dass er bei aller Gegensätzlichkeit der Mentalität damit einen gewissen Eindruck nicht verfehlte. Stapfer führte aus:

«Je lui représentai, qu'il nous fallait un Gouvernement peu dispendieux, paternel, simple comme nos besoins et nos mœurs, aussi analogue à nos anciens usages, que les bases du système représentatif et les besoins nés de la révolution l'exigeaient, et surtout étranger à tous les germes de division de cantons à cantons ou de classes à classes qui existoient parmi nous, et que la Révolution avoit singulièrement multipliés et développés,

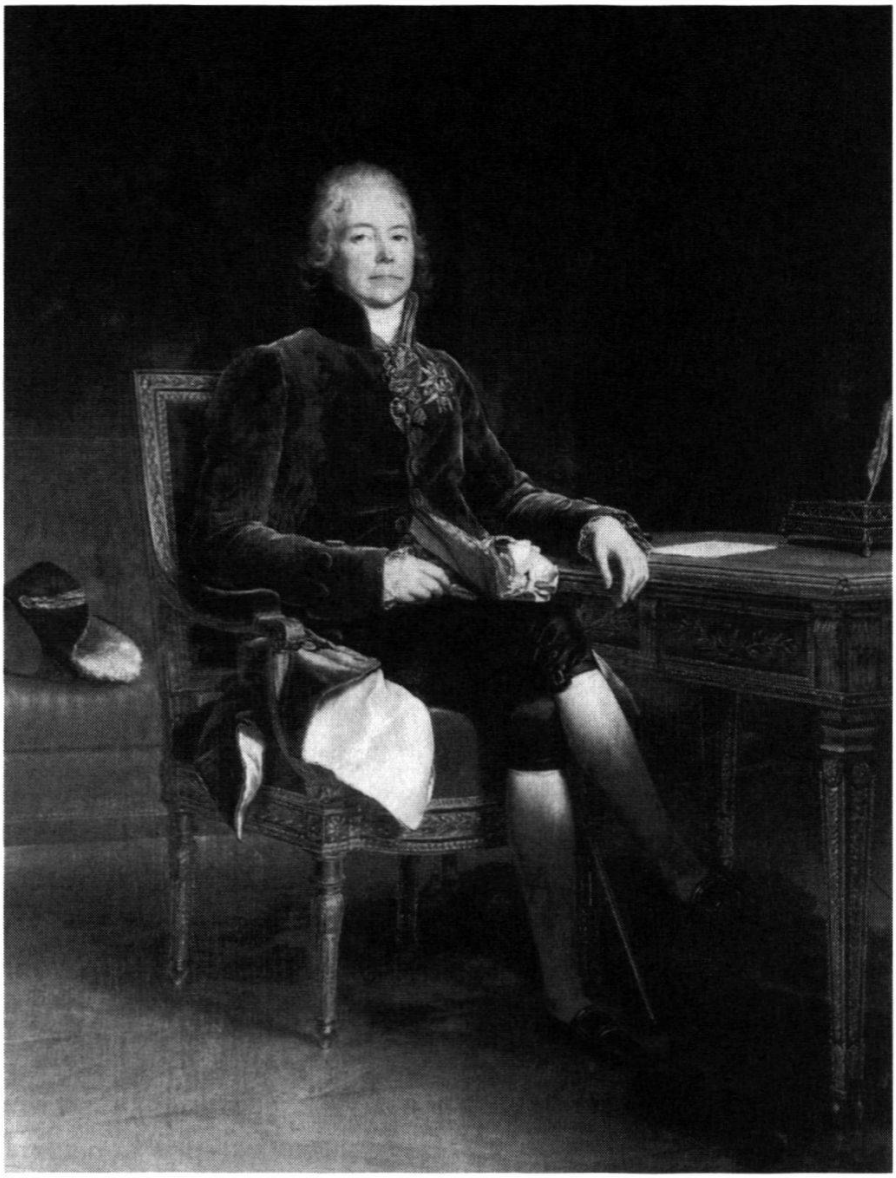
mais assez fort pour assurer notre tranquillité intérieure, en faisant plier les intérêts particuliers devant l'intérêt général, et capable de présenter dans son Organisation, ses principes et ses moyens, une garantie complète de notre Neutralité aux Puissances limitrophes.»

Darauf habe der Konsul entgegnet:

«Après m'avoir écouté avec beaucoup d'attention, et fait plusieurs observations de doute ou d'assentiment, qui étoient dignes de la sagacité et du bon sens qui distinguent cet homme étonnant, il m'assura qu'il trouvait mes vues parfaitement sages, et il alla là-dessus jusqu'à entrer dans des détails sur l'organisation du Gouvernement central, et sur les dénominations anciennes qu'on pourroit rappeler, ou sur les formes qu'on pourroit adopter avec le plus d'avantage ou le moins d'inconveniens.»

Natürlich war der überzeugte helvetische Unitarier Stapfer keineswegs gesinnt, durch diese ordnungspolitischen Vorstellungen beim Ersten Konsul Neigungen für die vorrevolutionären Institutionen zu wecken. Aber konnte er voraussehen, was der kühle realpolitische Taktiker nachfolgend aus fragmentarischen theoretischen Erörterungen zusammenfügen und dem Vasallenstaat aufzwingen würde? In seinem Bericht betonte er jedenfalls, um jeder Missdeutung vorzubeugen, er habe nichts präjudiziert:

«Je crois entièrement superflu de vous instruire, mon cher Ministre, parce que dans cette conversation, qui ne portait aucun caractère officiel[?], je partis du principe incontestable et *incontesté,* que c'étoit aux autorités suprêmes de l'Helvétie à présenter à la sanction du Congrès de Lunéville la constitution sur laquelle leurs délibérations, guidées par le vœu de la Nation et l'opinion des hommes éclairés, se seroient arrêtées définitivement. Cependant je crois nécessaire de prévenir mon Gouvernement, que le Premier Consul exige en général que cette constitution soit tranquillisante et pour nous-mêmes et pour nos voisins, et désire en particulier, qu'adoptant du systéme de l'unité ce qu'il faut absolument pour comprimer les factions, les passions, les germes de division, pour donner aux Empires voisins la garantie de la conduite parfaitement neutre et sage de toutes les parties de l'Helvétie, en cas de guerre, et pour former de nos peuplades une véritable Nation, entendant bien et défendant avec énergie ses intérêts; cette constitution laisse aux administrations locales toute la liberté compatible avec les grands intérêts de la Nation, la tranquillité intérieure, les rapports extérieurs, l'uniformité des principes de législation et la réunion des moyens nationaux pour l'établissement d'industrie, d'instruction et d'humanité, qui doivent refluer sur la prospérité de toute la République, et présente aux anciens cantons, dans cette latitude, dans cette espèce de fédération administrative, un dédommagement pour la perte d'une indépendance relative, qui, après les changemens opérés dans notre position et dans celle de



Charles-Maurice de Talleyrand-Périgord (1754–1838), französischer Staatsmann und Aussenminister Napoleons. Ölbild von François Gérard aus dem Château de Valençay, 1808.

> l'Europe, après la destruction de la triple magie qui nous protégeoit, le déchirement du triple voile qui cachoit la faiblesse de notre ancien système, ne pourroit plus être rétablie, sans nous amener par l'anarchie des parties à l'asservissement du tout.»

Aus der Formulierung dieser Passage spricht auch seine persönliche Erfahrung mit der helvetischen Regierungspraxis. Um beim Ersten Konsul das Ansehen des unitarischen Reformflügels zu stärken, nutzte er beim Abschluss der Audienz die Gelegenheit, ihm zwei Broschüren dieser Richtung zu überreichen.[35]

Stapfer merkte im Rapport noch an, dass der eifersüchtig auf Teilhabe an den Ergebnissen solcher Audienzen erpichte Talleyrand sich sehr zufrieden zeig-

te über die nachfolgend bereitwillig erteilte Orientierung und sich sogar ein Memorandum über die Angelegenheiten der Schweiz erbat zuhanden der französischen Regierung auf dem Kongress zu Lunéville.[36] Stapfer betonte aber, er habe seiner Regierung nicht vorgreifen wollen, sehe allerdings als sehr dringlich, die helvetischen Verfassungsgrundsätze möglichst bald in Paris bekannt zu geben. Man hat den Eindruck, seine Geschäftsführung habe ihn in Kürze als geeignete Persönlichkeit für den Pariser Gesandtenposten ausgewiesen.[37]

IV Die diplomatische Vertretung der Helvetischen Republik erhielt, wie oben angedeutet, durch den etwa zwei Wochen nach der Audienz Stapfers bei Napoleon Bonaparte in Paris eintreffenden *Maurice Glayre* bedeutende Verstärkung. Mitglied der Exekutive in Bern, sollte er sein Land zugleich als bevollmächtigter Sondergesandter am kommenden Friedenskongress vertreten. Der aus Romainmôtier stammende, dank langjähriger Dienste im Ausland diplomatisch versierte Staatsmann war zudem mit geheimen Instruktionen versehen für Verhandlungen über eine Revision des franko-helvetischen Allianzvertrags, über die Anerkennung der Neutralität sowie über ein Handelsabkommen und diverse Grenzfragen.[38] Im Verlauf seiner Mission hatte er dann zusammen mit Stapfer dem Ersten Konsul das revidierte Verfassungsprojekt vorzulegen. Dem vorerst noch als Geschäftsträger eingestuften etwa 20 Jahre jüngeren Stapfer war er dank seiner Stellung als Regierungsmitglied und dank der Vollmachten übergeordnet und stand dementsprechend bei den nachfolgenden zwischenstaatlichen Verhandlungen im Vordergrund. In ihrer politischen Ausrichtung stimmten die beiden überein, allgemein in einem «républicanisme modéré et élitaire», in der hängigen Verfassungsfrage im «unitarisme teinté de conservatisme». Als sich zeigte, dass Bonaparte das Glayre ein halbes Jahr zuvor persönlich gegebene Versprechen zur Teilnahme am Friedenskongress nicht einzuhalten gedachte, konzentrierten sich dessen Bemühungen im Verein mit Stapfer auf die Verteidigung der unitarischen Regierungs- und Verfassungsgrundsätze der Schweiz. Sie hatten nicht nur radikal-revolutionäre Denunziationen zu entkräften, sondern zunehmend aristokratisch-föderalistische Intrigen, namentlich aus Berner Kreisen, abzuwehren. Der französische Gesandte Reinhard in Bern begann nämlich auf deren Kurs einzuschwenken. Diese Gegenwirkung bekamen Glayre und Stapfer bald zu spüren. Die noch immer in Beratung stehende Verfassung wurde in Paris sehnlich erwartet. Stapfer riet seinen republikanischen Gesinnungsfreunden, möglichst wenig Anleihen aus der französischen Konsularverfassung einzubauen und sich beispielsweise eher alter Benennungen zu bedienen. «Überhaupt, machen Sie die Machine so wenig complicirt als möglich», rief er Ende November 1800 Usteri zu.[39] Und:

> «Talleyrand und Bonaparte sind auf eine sonderbare Art von den Föderalisten und Freunden der alten Ordnung bearbeitet worden, und wir bedürfen der grössten Klugheit und Festigkeit, um die daher rührenden Pläne zu vereiteln.»

Maurice Glayre (1743–1819), in Diensten beim polnischen König Poniatowski, Waadtländer Patriot und helvetischer Politiker. Kupferstich von Heinrich Pfenninger.

Kritische Äusserungen Bonapartes veranlassten Stapfer bald zu dringenden Warnungen.[40] Vom 12. Dezember 1800 an fungierte er übrigens als bevollmächtigter Gesandter.[41] Seine amtlichen Rapporte und persönlichen Korrespondenzen spiegeln, wie gesagt, wichtige Aspekte der Helvetik. Zu Beginn des Jahres 1801 weckte Talleyrand in der Schweiz Zuversicht auf den bevorstehenden europäischen Friedensschluss. Er liess etwa gegenüber Stapfer gönnerhafte Bemerkungen fallen wie:

> «Allez, vous serez contents de nous; nous allons vous rendre l'indépendance la plus parfaite et réparer tous les maux que vous avez soufferts.»[42]

Der französischen Forderung, die Regierungs- und Verfassungsgrundsätze bekannt zu geben, leistete der helvetische Vollziehungsrat endlich Folge, indem er Anfang Januar 1801 den Innenminister Albrecht Rengger das fertig gestellte Verfassungsprojekt persönlich nach Paris bringen liess.[43] Dass die Republikaner den französischen Gesandten in Bern von jeder Kenntnis darüber ausgeschlossen hat-

ten, lud eine gefährliche Spannung auf, denn Reinhard verdoppelte von nun an seine Intrigen gegen die unitarischen Reformer. So trug er wesentlich zu den beginnenden Irrungen und Wirrungen in der helvetischen Politik bei. Stapfer realisierte die Gefahr, die aus der abgrundtiefen Spaltung zwischen den Unitariern und Föderalisten für das Land resultierte. Daher suchte er nach Mitteln und Wegen, um die Parteileidenschaften zu dämpfen. Er ging sogar so weit, den einflussreichen bernischen Kirchendekan Ith, der ihn als Kultusminister so masslos angefeindet hatte, um vermittelnde Fürsprache bei der Geistlichkeit zu bitten, was dieser persönlich verbindlich, jedoch in der Sache zurückhaltend beantwortete und sogar für den Gesandten Reinhard ein gewisses Verständnis bekundete.[44] Bonaparte sprach Stapfer mehrfach auf die inneren Spannungen in der Schweiz an. Darüber liest man in seinem Bericht an den Vollziehungsrat vom 23. Februar 1801 über ein zwei Tage zuvor stattgehabtes Audienzgespräch:[45]

> «Bonaparte s'approchant de moi, dit: ‹Il y a de fortes dissensions chez vous›.»

Der so unvermittelt Angesprochene parierte gewandt:

> «Nous avons des partis extrêmes comme partout ailleurs; mais la grande masse des citoyens et surtout les amis éclairés de la patrie n'ont qu'un vœu et une confiance parfaite dans vos intentions.»

Doch der Erste Konsul insistierte, und Stapfer merkte wohl, dass hinter solchen Bemerkungen die negative Berichterstattung des Gesandten Reinhard steckte. Darum ergriff er die Gelegenheit, diesen Widersacher der helvetischen Republikaner samt seinen Hintermännern ins richtige Licht zu stellen. Zudem ging er dem Allmächtigen gegenüber mit der gesamten französischen Politik in dem besetzten und ausgebeuteten Kleinstaat offen ins Gericht:

> «Premier Consul, les individus ne doivent être pour rien dans les intérêts sacrés des nations; mais des animosités personnelles sont souvent un grand obstacle à ce que le bien se fasse. Je dois vous parler franchement. Nous ne demandions pas qu'on vînt chez nous détruire avec violence toutes nos institutions. Mais puisque le mal est fait, et qu'il est aujourd'hui physiquement et moralement impossible de rétablir les anciennes formes, nous avons besoin d'un système conciliatoire et fort, qui soit uniquement basé sur les principes de l'immuable justice et qui ne serve les intérêts d'aucune classe exclusivement. Les ambitieux des deux extrèmes ne veulent qu'un mode de gouvernement où ils puissent dominer par l'ascendance de leurs familles ou les intrigues populacières. La masse de la nation ne veut ni le retour des privilèges des bourgeoisies régnantes, ni l'anarchie de la démagogie, ni celle d'une confédération faible, qui ne donnerait aucune garantie de tranquillité à nos voisins et qui nous attirerait le sort de la Pologne. Le ministre français [sc. Reinhard] ne doit pas consulter ces ambitieux; il doit écouter le vœu de la nation et du gouvernement auprès duquel il est accrédité.»

Bonaparte entgegnete dem Gesandten auf diese energische Klarstellung:

> «Cette conduite de Reinhard est entièrement contraire aux intentions du gouvernement français.»

Es war nicht das letzte Mal, dass Stapfer dem Mächtigen solcherart die Stirne bot. Seine Zivilcourage stach ab vom allgemeinen Buckeln vor Napoleon Bonaparte. In welche Richtung dessen Vorstellungen von einer helvetischen Verfassung wiesen, konnte Stapfer in seinem Rapport jedoch noch nicht sagen, sondern bloss referieren, der Staatsrat Roederer habe ihn wissen lassen «qu'il penchait pour une constitution de forme américaine». Die französischen Staatsführer monierten jedenfalls, den Verfassungstext terminologisch nicht an der Konsularverfassung zu orientieren. Das sei bloss «singerie». Man halte sich vielmehr an traditionelle schweizerische Benennungen, «des anciennes formes et des anciennes dénominations usitées en Suisse, ce qui pouvait convenir au vœu national et convaincre l'Europe qu'on ne veut pas faire de l'Helvétie une province française».[46]

Die Schweizer Delegation in Paris befürchtete jedenfalls noch im Februar 1801 keinen Kurswechsel der französischen Regierung in der helvetischen Verfassungsfrage, obwohl sich die Gespräche darüber in die Länge zogen. Stapfer gab sich überzeugt, Glayre und Rengger würden das unitarische Konzept gegen allfällige Intrigen durchsetzen. [47] Aber der im selben Monat in den Friedensvertrag von Lunéville zwischen Frankreich und Österreich aufgenommene Artikel über die Unabhängigkeit und das Recht der Selbstkonstituierung der französischen Vasallenrepubliken animierte alsbald in der Schweiz eine lebhafte Diskussion der Verfassungsfrage und mobilisierte Parteien und Einzelpersonen zu Appellen und Demarchen, auch in Konkurrenz zum offiziellen Projekt des Vollziehungsrats. Man war sich eben nur allzu bewusst, dass, Friedensvertrag hin oder her, die Entscheidung über diese Frage beim Ersten Konsul lag. Bonaparte und Talleyrand sahen sich in der komfortablen Lage, das eine Lager gegen das andere auszuspielen und schliesslich dasjenige zu begünstigen, das ihren Zielen am besten diente und wo die gewünschten Konzessionen sich am besten herausholen liessen. Dass sie auch ihren Gesandten in Bern zur Begutachtung des offiziell eingereichten Projekts beizogen, war kein gutes Omen. Der mit den Berner Föderalisten sympathisierende Diplomat mischte sich nämlich mit eigenen Vorschlägen ein und empfahl für die Helvetische Republik statt der «unité absolue» ein nicht näher definiertes System «de l'unité modifiée». Dagegen äusserte Stapfer in seinen Berichten vom Februar und März 1801 scharfe Kritik und verwahrte sich bei Bégoz gegen den Vorwurf, die Lage allzu positiv eingeschätzt zu haben. Er gab seinem Vorgesetzten eine bemerkenswerte Erklärung über seine Dienstauffassung, die ihn auch in kritischen Lagen von Schwarzmalerei und Panikmache abhalte:[48]

> «En me parlant du ton rassurant de mes lettres, en contraste avec la conduite du citoyen Reinhard, vous paraissez me reprocher ma sécurité, et vous me dites qu'elle ne peut appartenir aux fonctions diplomatiques

Louis Bégoz (1763–1827), Aussenminister der Helvetischen Republik 1798–1801 nach einem Bild von B. S. Bolomey.

> dont je suis revêtu. – Permettez-moi de vous dire qu'un agent diplomatique doit montrer plus de confiance et de certitude qu'il n'en a lui-même, quand il a lieu de s'apercevoir qu'en communiquant ses craintes sans réserves, il risquerait de paralyser le courage dont ses commettans ont besoin pour se tirer d'une crise difficile.»

Auch wenn er also einen Fehlschlag der Mission Glayre-Rengger in Rechnung stellte, wollte er seine Regierung nicht vorschnell entmutigen. Zunehmend mischt sich aber doch auch in seine Berichterstattung ein bitterer Ton, als er nämlich realisierte, dass die Franzosen die Genehmigung des offiziellen helvetischen Verfassungsvorschlags von der willfährigen Regierung erpresserisch mit territorialen Abtretungen einzuhandeln suchten. Als zudem beim Aussenminister Talleyrand eine Flut von Verfassungsvorschlägen aus der Schweiz einging, warnte ihn Stapfer eindringlich vor dem «ancien chaos fédératif» in Helvetien. Die Besorgnis über Bonapartes Verzögerungstaktik schlug sich nun auch in seinen Rapporten nach Bern nieder:[49]

«Ce qui nous tourmente le plus, c'est la cruelle incertitude dans laquelle nous sommes toujours sur les véritables intentions du gouvernement français. Veut-il nous fédéraliser pour nous affaiblir, et pour régner plus sûrement par la division? [...] Bonaparte, veut-il se créer en Suisse une classe de gouvernans qui lui doivent leurs places et dont il soit sûr à l'avenir dans tous les cas où l'appui du peuple helvétique ou le dévouement de troupes étrangères pourrait lui devenir utile ou nécessaire?»

Stapfers Beunruhigung galt der Sorge um die noch ungesicherten neuen politisch-rechtlichen Fundamente, für ihn die Voraussetzung für die Erneuerung der Schweiz. Sie galt der Gefahr von Seiten der wachsenden restaurativ-reaktionären Kräfte. Darum seine eindringliche Warnung und sein Aufruf zum Widerstand und zur nationalen Sammlung:

«[...] il suffit de répondre à tous les partisans du fédéralisme que nous ne voulons pas le sort de la Pologne.»

Keineswegs Resignation, sondern Widerstand, lautete seine Parole:

«La crise actuelle doit avoir réveillé de leur léthargie tous les amis de la liberté; il sera facile de réunir les villes municipales et les campagnes avec les hommes éclairés, vertueux et impartiaux des anciens privilèges. Formez des associations pour l'unité! Pourquoi n'imiterons-nous pas l'exemple des peuples qui ont maintenu leurs droits en les demandant avec force? [...] Le plus petit peuple ne se fond pas à volonté dans le monde dans lequel on veut le jeter, quand il a une volonté et qu'il la déclare.»

In einem gleichzeitig an Usteri gehenden Brief liest man sogar den Aufruf zur offenen Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und der Selbstkonstituierung in Freiheit, was Manifeste der radikalliberalen Wortführer während der Regenerationszeit der 1830er-Jahre vorausnimmt:

«Organisiert Freibataillone für die Behauptung der Unabhängigkeit und Neutralität unseres Vaterlandes durch Vereinigung aller Schweizer; werft Verachtung und Schande auf die Verräter, die Helvetien durch Föderalismus schwächen und dem ausländischen Joche preisgeben wollen!»[50]

In den ersten Monaten des Jahres 1801 drangen Glayre, Rengger und Stapfer solcherweise bei allen nur denkbaren Amtsträgern in Paris auf die Anerkennung der unitarischen Reformgrundsätze.

«Quand on est forcé d'opter entre deux extrèmes, on doit préférer celui qui est accompagné de moins de conséquences funestes et de plus d'avantages réels»,

erklärte er am 19. März dem helvetischen Aussenminister in Bern[51] und wies mit Nachdruck auf die Lebensinteressen des Landes hin, wie er sie auffasste.

«Or, pour nous il est manifeste que le fédéralisme nous anéantirait et nous effacerait de la liste des nations, pendant que l'unité, en nous arrachant de l'anarchie, va nous donner la considération et la consistance dont nous aurons plus besoin que jamais.»

Und zwei Tage später folgte sein stehendes Memento:

> «Union, fermeté, justice et prudence sont les seules armes dont l'usage persévérant puisse surmonter tous les obstacles et vaincre les ennemis de notre République.»

Von Seiten der in Paris angereisten patrizisch-föderalistischen Parteigänger wurden denn auch die drei hier tätigen Unitarier in französischen Kreisen als Jakobiner verschrien, Glayre als verantwortlich für die waadtländische Erhebung im Januar 1798, so Stapfers Bericht und:

> «[...] que Rengger et moi nous sommes des brouillons révolutionnaires, des métaphysiciens dangereux, qui prêchent l'unité pour réaliser leurs creuses et funestes théories.»[52]

Die moralische Verunglimpfung dreier der integersten Helvetikerpersönlichkeiten wirft ein Schlaglicht auf die innere Spaltung des Landes.

V Es ist nicht uninteressant zu beobachten, wie verhältnismässig eingehend sich der Erste Konsul Bonaparte und sein Aussenminister Talleyrand mit der inneren Krise der Helvetischen Republik damals befassten und ihrerseits, natürlich rein von ihren Machtinteressen her, eine dem Land angemessene Verfassungsordnung suchten. Stapfers Berichterstattung nach Bern und seine Privatkorrespondenz dokumentieren diesen Prozess. Natürlich bedeuteten die Schweizer Angelegenheiten im Rahmen der Gesamtstrategie des Ersten Konsuls nach Marengo und Lunéville bloss eine Nebensache – eine lästige noch dazu –, obgleich aus ersichtlichen Gründen nicht ohne einiges Gewicht. Auf dem Kontinent trat zu diesem Zeitpunkt dem machtbewussten Korsen niemand entgegen. Er konnte seine Position im Innern wie nach aussen konsolidieren. In seine Planungen wurden auch die Vasallenstaaten, wie die Schweiz, einbezogen. So ist es denn kein Zufall, dass Bonaparte und Talleyrand die von den helvetischen Republikanern sehnlich erwartete Genehmigung ihres Verfassungsprojekts nun mit der Forderung nach Abtretung verkehrstechnisch und strategisch als wichtig erachteter Gebiete, wie etwa das Wallis, verknüpften und darüber hinaus weiterhin Unterhaltsforderungen für Durchmarsch und Kantonierung französischer Truppen stellten, was das durch den Umsturz und den Krieg erschütterte Land wirtschaftlich zu ruinieren drohte. Als nun die helvetischen Emissäre in Paris auf die Entscheidung in der Verfassungsfrage drängten, den französischen Gegenforderungen aber ihrerseits widerstrebten, wurde Ende März 1801 der Ton des Ersten Konsuls zusehends gereizter. Er schien gewillt, die wichtigsten hängigen Fragen ohne weiteren Aufschub zu lösen und vor allem die Zession des Wallis durchzusetzen.

> «Pourquoi trainez-vous cette négociation si fort en longueur? Je suis bien impatient d'en finir sur ce point»,

warf Bonaparte während einer seiner Audienzen dem Gesandten hin, wie dieser umgehend nach Bern berichtete.[53] Stapfer antwortete so, dass sich daraus ein längeres Gespräch entwickelte, «une conversation plus longue que de coutume»:

«Je puis vous assurer, Citoyen Consul, qu'autant que vous, nous désirons terminer promptement cette affaire avec toutes celles qui sont encore en suspens.»

Damit wehrte er die Abkoppelung der Walliser Frage von den übrigen hängigen zwischenstaatlichen Problemen ab und verwies auf Glayres Verhandlungsvollmachten. Bonaparte insistierte unter Hinweis auf die militärstrategische Lage Frankreichs:

«Il nous devient absolument nécessaire de communiquer avec la Cisalpine par le Valais et de disposer d'une route militaire dans cette partie.»

Dem hielt Stapfer entgegen, seine Regierung sehe sich in grosse Verlegenheit versetzt, weil die Sache, durch den französischen Gesandten Reinhard schon publik gemacht, die öffentliche Meinung im Land errege und die Walliser zu energischen patriotischen Eingaben veranlasst habe. Bonaparte reagierte verärgert, wollte ein rasches Ende, ein Ende auch mit solchen Volkskundgebungen. Stapfer gab nicht klein bei, sondern warf ein, die Regierung habe dem Volkswillen Genüge zu tun. Der Konsul wischte dies mit den Worten weg:

«On ne peut pas toujours avoir égard au vœu d'une fraction du peuple. Si on se laissait paralyser par la volonté de pareilles fractions, jamais il ne se ferait rien de bon ni de grand.»

Stapfer konterte jedoch mit der Bemerkung, seine Regierung sei der gesamten Nation gegenüber verpflichtet, einen bedeutenden Teil ihres Territoriums nicht einfach aufzugeben, und appellierte zugleich in verbindlicher Form an Bonapartes Ehrgefühl mit Rücksicht auf einen treuen Verbündeten, der auch Anspruch auf entsprechende Kompensationen hätte. Bonaparte schob ein: «Mais nous donnons le Frickthal contre.» Damit liess sich Stapfer nicht abspeisen und wies auf die Disproportion dieses Vorschlags hin:

«Il n'y a aucune proportion entre le sacrifice et son prix: une population de 15 000 contre 90 000, un sol épuisé contre un terrain vierge.»

So sei der Disput noch hin- und hergegangen, bis der Konsul, immerhin ohne ein Zeichen des Unwillens über den hartnäckigen Widerstand des Schweizers, das Thema – «souriant» – mit den Worten fallen liess:

«Ah, si vous parlez des espérances de l'avenir [Stapfer hatte die wirtschaftlichen Entwicklungschancen des Wallis ins Feld geführt], nous n'en finirons pas.»

Stapfer benutzte aber die Gelegenheit und stellte konkrete Rückgabeforderungen für die Schweiz, wie Biel oder das Erguel, deren Verbindung mit seinem Land historisch legitimiert sei. Als Bonaparte nochmals beharrte: «il nous faut absolument le Valais», wies ihn der Gesandte nochmals auf das ganze hängige Verhandlungspaket hin:

«Il y a parmi les compensations que nous vous demandons, des choses qui sont entierèment en votre pouvoir, et qu'il est même de votre intérêt de nous accorder, comme une réponse approbative à la communication

que le citoyen Glayre a eu l'honneur de vous faire du projet de constitution helvétique et le renouvellement du traité d'alliance sur les bases de la neutralité.»

Bonapartes Antwort deckte nun die Hinhaltetaktik in Sachen Verfassung auf:

«Il faut qu'avant tout le Valais nous soit cédé. Cela doit être, vous le sentez bien. Il ne sert à rien de tergiverser et de traîner en longueur une affaire tout-à-fait simple. Je vous assure qu'elle retarde toutes vos autres affaires.»

Damit endete das Audienzgespräch: «Là-dessus le Premier Consul me quitta.» Im Nachgang machte sich Stapfer aber doch Gedanken, eine vorangehend mit Talleyrand verhandelte Lösung einer Teilabtretung von Walliser Gebiet für eine Militärstrasse nicht vorgebracht zu haben:

«Je regrette beaucoup que le citoyen Glayre n'ait pas pu aller avec moi à cette audience. Il aurait certainement tiré un meilleur parti de cette conversation roulant sur un objet de son ressort et qu'il connait infiniment mieux que moi.»

Dieser Selbstzweifel war gewiss unbegründet, hatte er doch als Vertreter des in seinem damaligen Zustand zunehmend missachteten Kleinstaats bei öffentlicher Audienz inmitten der versammelten Diplomaten und hohen Funktionäre dem Mächtigen, wie geschildert, die Stirn geboten, ohne dessen kaum verhehlten Missmut zu scheuen. Er hatte wohl gespürt:

«Bonaparte paraît être tout de bon indisposé contre nous, à raison de la résistance que le citoyen Glayre lui a opposé durant cette négociation.»

Man müsse besorgen, dass aller Widerstand schliesslich nutzlos sei, wenn der Erste Konsul sich etwas in den Kopf gesetzt habe, «l'Europe entière ne lui ferait pas abandonner un projet favori».[54] So wäre auch denkbar, dass er aus seinem Ärger heraus die hartnäckigen helvetischen Diplomaten abberufen liesse. Dessen ungeachtet lautete Stapfers Parole: Festbleiben!

«Je persiste néanmoins à croire que le gouvernement helvétique doit plutôt s'exposer à tous les effets de la colère du Premier Consul que céder sans compensation équivalente une partie si importante de la République helvétique.»

Mit diesem Ratschlag leitete er das langwierige, zähe Ringen gegen die Abtrennung des Wallis ein. Dies war aber nur eines der Themen, welche die zwischenstaatlichen Beziehungen belasteten und vom helvetischen Gesandten in Paris viel Geschick und diejenige Standfestigkeit erforderten, welche er seiner Regierung zu empfehlen nicht müde wurde. Aus seinen Berichten geht hervor, wie insistent er damals bei Talleyrand vorsprach und gegen die exorbitanten Forderungen für durchmarschierende oder im Land stehende französische Truppen Beschwerde erhob. Dabei ging es etwa so zu:

«Une conversation qui fut très animée de part et d'autre.»[55]

Er scheute sich nicht, damit zu drohen, ein zur Verzweiflung getriebenes Volk könnte zu Schreckensszenen Anlass geben wie 1798 in Nidwalden. Glayre seiner-

seits suchte in der Verfassungsfrage voranzukommen. Dabei brachte Stapfer aus Talleyrand heraus, der Erste Konsul werde jedenfalls auf dem Grundsatz der Einheit bestehen. Jedoch sorgten neuerdings föderalistische Parteigänger und ein eigens angereister Mitarbeiter des Gesandten Reinhard in Paris für Gegenwirkung und liessen nicht ab, die offiziellen helvetischen Gesandten zu denunzieren. Bonaparte hielt sich noch immer zurück, verschaffte sich aber Anfang April 1801 einen Überblick über die widerstreitenden Tendenzen und entschied schließlich ohne weitere Gespräche entsprechend seinem Handlungsstil.

Bis zuletzt wahrte während dieser Schlussphase eines eigentlichen Versteckspiels Stapfer in seinen Rapporten die Zuversicht, die französische Regierung werde die politischen Grundsätze der helvetischen Republikaner nicht desavouieren. Noch am 20. April meldete er, auf den nachfolgenden Tag seien er und Glayre zu einer Besprechung ins französische Aussenministerium eingeladen,[56]

> «et je pense qu'après-demain je pourrai vous donner des nouvelles qui vous tirent enfin de la pénible incertitude où nous nous trouvons si longtemps. Je crois d'avance pouvoir vous assurer qu'on nous conseillera un gouvernement beaucoup plus concentré qu'on ne l'aurait fait il y a quelque mois.»

Wenige Tage später musste er hingegen zur Kenntnis nehmen, dass er auf blosse Lippenbekenntnisse Talleyrands gebaut hatte, denn in zum Teil chiffrierten Meldungen vom 24. April hatte er nun voller Enttäuschung der Zentrale mitzuteilen, an dem oben genannten Treffen sei dem Verfassungsprojekt der Unitarier unvermittelt ein Gegenentwurf aus französischer Hand entgegengestellt worden:[57]

> «Il y a quatre jours qu'Hauterive vint me trouver par ordre du citoyen Talleyrand, pour entendre mes observations sur un projet de constitution qu'il disait avoir, de tous ceux qui ont été présentés, éminemment plu au premier Consul. C'est le fédéralisme tout pur avec un masque unitaire. Aussi mes collègues en furent tellement effrayés qu'ils consentirent à ce que je fisse une tentative du seul genre qui peut réussir pour écarter ce fléau de notre patrie. Je ne puis pas vous en dire davantage.»

Was Stapfer nach diesen Mitteilungen beim französischen Aussenministerium unternahm, deutet er Bégoz mit einer Bemerkung an, aus der man nicht klug wird. Sein Schritt blieb jedoch höchstwahrscheinlich wirkungslos; denn was er als «fléau», als Plage für das Vaterland, und mit dem Ausdruck «fédéralisme tout pur avec un masque unitaire» charakterisierte, das war gerade die von Bonaparte getroffene Lösung, das heisst die von ihm persönlich inspirierte oder sogar entworfene *Verfassung von Malmaison*. Aus der diplomatischen Korrespondenz geht hervor, dass der helvetischen Mission während der letzten Aprilwoche 1801 diese Akte vom französischen Aussenministerium zunächst zur Einsichtnahme übermittelt wurde, mit der Bemerkung, sie habe unter all den von schweizerischer Seite eingereichten Vorschlägen – Talleyrand liess einmal verlauten, es seien bei ihm über 80 eingegangen – am besten gefallen.[58] Stapfer unternahm, wie gesagt,

sogleich eine ergebnislose Demarche dagegen, und Glayre verschanzte sich in einem Schreiben vom 26. April gegenüber Talleyrand hinter dem ihm vom helvetischen Vollziehungsrat erteilten Auftrag und der fehlenden Ermächtigung, über ein andersartiges Projekt zu verhandeln. Seinen Kollegen in Bern teilte er dies am gleichen Tag mit, nicht ohne kritischen Kommentar zur Charakterisierung der Hauptzüge der neuen Akte hinsichtlich der Territorialgliederung, der geteilten Souveränität zwischen der Republik und den 17 aufgeführten Kantonen sowie den entsprechend vorgesehenen Staatsorganen. Er kündigte seinerseits noch Demarchen in dieser Frage an, verhehlte allerdings nicht, dass ihm Talleyrand bereits den vorgesehenen Verhandlungsgang eröffnet habe:

> «Quand on serait convenu du plan, on procéderait de suite à la cession du Valais et au traité d'alliance.»

Der vom Scheitern seiner Mission tief enttäuschte, gesundheitlich geschwächte Waadtländer Politiker kündigte infolgedessen dem Vollziehungsrat den Abbruch seines Aufenthalts in der französischen Hauptstadt an und hielt mit seinen Gefühlen nicht zurück:

> «Mon cœur est dévoré d'angoisses; ma santé s'altère de jour en jour. Et du moment qu'il me sera démontré que je ne puis rien pour ma malheureuse patrie, je profiterai d'autant plus volontiers de la permission que vous m'avez donnée de fixer ma retraite au moment où je ne croirais plus ma présence nécessaire, que le citoyen Stapfer a tous les moyens requis pour exécuter tous les ordres que vous pourrez lui donner.»

Bonaparte setzte nun persönlich den Schlusspunkt, indem er Glayre zusammen mit Stapfer am 28. April zu einer Audienz auf den folgenden Tag – «morgen, punkt zwölf Uhr» – ins Schloss Malmaison aufbot.[59] Der ihnen hilfreiche Bankier Rudolf Emanuel Haller sicherte Stapfer mit einem Billet vom 29. April die Teilnahme an dem Treffen zu. Die helvetische Dreierdelegation fand sich also zusammen mit Talleyrand auf dem westlich von Paris gelegenen Schloss ein. Die Berichterstattung über den Ablauf des Gesprächs übernahm Stapfer.[60] Er leitete seine Relation mit den folgenden Worten ein:[61]

> «Citoyens Magistrats! Il est douloureux pour moi d'être obligé de vous affliger en vous communiquant les détails d'une conférence que le citoyen Glayre et moi nous avons eue avant-hier à Malmaison avec le Premier Consul, accompagnés des citoyens Talleyrand et Haller, qui avaient été invités d'y assister.»

Nun der Konferenzbeginn:

> «Nous trouvâmes le Premier Consul ayant sur sa table deux projets de constitution, l'un présenté par le citoyen Glayre et l'autre rédigé par un inconnu et communiqué au citoyen Glayre et à moi quelques jours auparavant par le citoyen Hauterive, chef de la deuxième division au département des Relations extérieures. J'ai l'honneur de vous en transmettre une copie sous ce pli. Il donne à chaque canton la faculté de s'organiser

General Bonaparte, Erster Konsul, vor dem Schloss Malmaison. Lithografie nach einem Gemälde von François Gérard, 1804.

> comme il voudra, et en outre le droit de sanctionner ou de rejeter tous les projets de loi votés par les autorités centrales. Je retracerai aussi fidèlement que ma mémoire me servira les expressions mêmes que le Premier Consul a employées. Je suis d'autant plus sûr de ne pas me tromper en les relatant, qu'elles étaient pour la plupart aussi saillantes que fortes et qu'elles touchaient de très près les intérêts les plus chers de l'Helvétie.»

In seiner Einleitung gab also der Berichterstatter seinen Adressaten in Bern gleich zu Beginn zu verstehen, dass Bonaparte beabsichtigte, den helvetischen Einheitsstaat in eine Art Bundesstaat umzuformen, und dies auch zum Leidwesen des Unitariers Stapfer.[62] Nachfolgend stehen die dezidierten und sehr persönlichen Ausführungen des Ersten Konsuls vor den Delegierten:

> «Je vous ai priés, dit-il, de venir à Malmaison, pour vous faire connaître ma façon de penser par rapport à votre organisation définitive. Il est temps que les affaires de la Suisse finissent, et je vous déclare que j'ai

trop d'affaires sur les bras, pour m'en occuper davantage: ainsi je souhaite qu'elles se terminent, et très promptement.»

Er habe, so fuhr er fort, das helvetische Regierungsprojekt gelesen. Leider müsse er von Amtes wegen Derartiges beurteilen, auch wenn er nicht viel davon halte. In diesem Fall nun urteile er rein persönlich und gewissermassen selbstlos im Interesse der Fragesteller.

«Comme Consul de la République française, je n'ai point de conseil à vous donner. Vous êtes indépendants; vous pouvez vous constituer comme vous jugez à propos.»

Und nun unter der Maske des völlig Desinteressierten:

«Si votre gouvernement se croit assez fort pour mettre en activité ce projet de constitution, je n'ai rien à dire; il en est le maître; je retire incessamment mes troupes.»

Auf diesen Anflug von freiem Gewährenlassen folgte jedoch sogleich das, was der Korse wirklich meinte und wollte:

«Mais s'il a besoin de mon appui pour l'exécuter, alors je me dois à moi-même de déclarer que jamais je ne pourrai approuver et encore moins appuyer un si mauvais ouvrage. Il est essentiellement mauvais. Jamais je ne voudrais me déshonorer au point d'y attacher mon nom.»

Dem liess er eine Deklamation allgemeinen Charakters folgen:

«J'ai devant les yeux l'Europe de la posterité. Celle-là dirait que j'ai donné l'esclavage à la Suisse, en faisant une province française, et celle-ci me reprocherait avec raison d'avoir détruit la liberté dans la patrie de Guillaume Tell.»

Seine anschliessende detaillierte materielle Kritik des unitarischen Entwurfs zeigte immerhin, dass der Konsul die inhärenten Nachteile und Schwächen des helvetischen Zentralismus erkannt hatte und scharfsinnig mit den realen politisch-sozialen Gegebenheiten des Landes mass. Was ihn zu der Frage leitete:

«Quel rapport y a-t-il entre ce projet de constitution et la Suisse?»

Sein geradezu vernichtendes Gesamturteil lautete:

«C'est une misérable singerie de notre constitution.»

Wozu denn einen Aufbau von zentralen Institutionen wie in Frankreich für ein so kleines Land?

«Votre conseil de régence, avec les ministres, suffit parfaitement aux besoins de la Suisse.»

Hierauf ein einsichtsvoller staatspolitischer Grundsatz:

«Une constitution ne peut pas être plus mauvaise que quand elle ne porte aucune empreinte du pays auquel elle est destinée. Se douterait-on, quand on lit votre projet, qu'il est fait pour un pays de montagnes?»

Das anschliessende Loblied auf die Eigenart des politisch kleinteilig gegliederten Berglandes wird er zwei Jahre später als Mediator nach dem Zusammenbruch der Helvetischen Republik wiederholen. In Malmaison lautete es sinngemäss:

«C'est principalement la partie montagneuse de la Suisse qui m'interesse. J'abhorre l'idée de les rendre esclaves d'une constitution qui serait trop forte pour la France. – Ce sont vos petits Cantons seuls que j'estime. Il n'y a qu'eux seuls qui m'empêchent, ainsi que les autres puissances de l'Europe, de vous prendre.»

Mit einem darauf in die gleiche Richtung weisenden historischen Exkurs über die Bedeutung der eidgenössischen Gründerorte als Träger der bäuerlichen Urdemokratie und über die in der Folge das Land beherrschenden, im Grunde freiheitsfeindlichen Städte, sodann mit der Fürsprache für ein uneingeschränktes demokratisches Wahlrecht stellte er sich klar gegen die elitär gesinnten helvetischen Republikaner als strikte Verfechter eines Repräsentativsystems, von Bildung und Besitz. Ihnen rückte er vor:

«Les rédacteurs de ce projet de constitution sont aussi inconséquents que tous nos métaphysiciens modernes. Ils veulent et ne veulent pas. D'un côté ils prétendent rétablir le peuple dans ses droits de souveraineté et lui assurer le choix de ses mandataires, et de l'autre, sentant les inconvénients des choix faits par le peuple, ils modifient ces choix de façon à ne lui en laisser que l'ombre.»

Als Fazit markierte Bonaparte schliesslich seine Position zwischen dem helvetischen Unitarismus und dem ständischen Föderalismus:

«Je ne puis, en conséquence, pas plus donner mon approbation à cette constitution que je ne souffrirais le retour de vos anciens aristocrates.»

Nochmals stellte er den Abzug der französischen Truppen aus der Schweiz in Aussicht, um, wie er bemerkte, das Land sich selbst beziehungsweise der aktuellen Regierung zu überlassen. Im gleichen Atemzug enthüllte er allerdings seine eigentliche Absicht mit der Präsentation des in Paris ausgeheckten Verfassungsprojekts:

«Mais afin que vous n'alliez pas, dans ce refus d'appuyer cette constitution, chercher je ne sais quels projets d'assujettissement ou de partage, voilà cet autre projet, qui me paraît ce qui vous convient. Je n'hésiterai point de lui attacher mon nom. De tous ceux que j'ai vus, c'est le meilleur.»

Das war deutlich gesprochen und nimmt sich aus wie ein Vorspiel der später verfügten Mediationsordnung. Stapfer äusserte nicht ohne Grund die Vermutung, der Erste Konsul sei der eigentliche Autor der Verfassung von Malmaison.

Im Bericht über den zweiten Teil der Konferenz verzeichnete er die Reaktion der überraschten Delegierten und deren vergebliche Versuche, ihr Projekt gegen die erhobenen Vorwürfe zu rechtfertigen. Das Ergebnis:

«Nous eûmes beaucoup de peine à obtenir quelques moments pour faire valoir nos droits. II déclara net qu'il n'approuverait qu'une constitution faite sur les bases du projet dont le citoyen Talleyrand nous avait donné lecture.»

Abschliessend beschreibt Stapfer, wie die Schweizer bei dieser Gelegenheit noch andere Anliegen ihres Landes zur Sprache bringen wollten, namentlich die Allianzfrage. Doch zeigte hier der ehrliche Makler wieder sein wahres Gesicht. Er wich aus oder wischte die gestellten Fragen einfach vom Tisch:

«Ses réponses ne furent pas trop rassurantes.»

Und gar die erneuerte Klage wegen ausstehender französischer Entschädigungszahlungen und über die drückenden militärischen Besatzungslasten reizten den Machthaber zu heftigen Ausfällen gegen das alte Bern und überhaupt die Schweiz, ausgenommen die kleinen Kantone:

«Il nous déclara que nous avions été conquis (quoi?), que nous dirions que la guerre qu'on nous fit était injuste; mais qu'il y avait une justice de la guerre (ce sont ses propres expressions).»

Schliesslich nach der Aufzählung aller bernischen Sünden:

«Les peuples payent les sottises des gouvernements. Au reste vous n'avez pas souffert autant que les Hollandais et les Italiens, et le séjour des troupes ne sera que passager chez vous.»

Vergeblich hatte der mit Bonaparte auf vertrautem Fuss stehende Bankier Haller die beiden andern zu sekundieren versucht,

«la vivacité du Premier Consul ne lui permettant pas plus qu'à nous de développer avec quelque suite ses idées et ses objections.»

Auf Glayres Frage, ob der vorgestellte Verfassungsentwurf wortwörtlich anzunehmen sei, antwortete Bonaparte, er habe nur von Verfassungsgrundsätzen gesprochen und nehme Bemerkungen darüber entgegen,

«mais qu'il prétendait terminer tout en cinq ou six jours, pour ne plus s'occuper des affaires de la Suisse. Nous fûmes obligés de lui promettre ces observations, et ainsi se termina une conférence dont nous nous promettions de plus heureux résultats pour notre patrie.»

VI Napoleon Bonaparte wünschte durch die Konferenz von Malmaison, wie er im Verlauf der Verhandlungen betonte, die ihm lästige Schweizer Sache endlich loszuwerden. Auf die reformerischen «Metaphysiker» unter den politischen Führungskräften, zu denen auch Stapfer zählte, gab er nicht viel. Für den eiskalten Rechner war die innerlich gespaltene, sperrige Vasallenrepublik in erster Linie ein militärstrategisches Problem: Zwei Jahre zuvor hatte ein österreichisch-russischer Vorstoss Zürich erreicht, und General Suworow war von Italien aus bis in die Zentralschweiz gelangt. Daher jetzt die strikte französische Forderung nach offenen Durchmarschrouten von Frankreich nach Italien, daher Bonapartes versessene Forderung nach der Abtretung des Wallis. Ein gesichertes Glacis bedingte ausserdem Ruhe im Land. Innenpolitische Wirren und Führungsstreitigkeiten waren zu unterbinden, allenfalls, wie zwei Jahre später, durch kategorische Mediation. Stapfer befürchtete schon kurz nach Malmaison, der Erste Konsul könnte die Schweiz kurzerhand unter kommissarische Verwaltung stellen. Seine Privatkorrespondenz

vermittelt einige besondere Aspekte der oben geschilderten Konferenz. So der Brief vom 15. Mai 1801 an Usteri, ein Stück weit auch zur Rechtfertigung der fehlgeschlagenen Mission. [63] Er liess dabei durchblicken, der fast 60-jährige, kränkliche Delegationschef Glayre sei ungeachtet seiner Erfahrung und Fähigkeit als Diplomat dem harschen Gegner an wichtigen Punkten nicht gewachsen gewesen:

> «Ganz unter uns: ich bin mit Glayres Benehmen in der Unterredung von Malmaison nicht ganz zufrieden gewesen. Er sagte nichts: Der sonst wirklich so beredte Mann stotterte oder schwieg. Allein Bonaparte unterbrach auch beständig und mit unartiger, drohender Hitze. Auf die Äusserung, Bonaparte wolle seine Truppen zurückziehen, antwortete Glayre nichts. Ich harrte und harrte; kein Wort. Was sollte ich thun? War's an mir, der hier in Paris eigentlich beauftragt bin, nichts zu thun, als Pässe zu unterschreiben und wegen Constitution und Grenzberichtigung nie keine Silbe Bevollmächtigung erhalten habe, es über mich zu nehmen, eine Antwort zu ertheilen, die vielleicht das Weh unseres Vaterlandes vollendet hätte? Glauben Sie wohl im Ernste, dass Bonaparte, wenn wir ihn beim Wort genommen hätten, sein in der Hitze und ohne Überlegung gethanes Anerbieten nicht sogleich zurückgenommen oder auf gut corsicanisch modificirt hätte? Er selbst ist Verfasser des ersten monstruosen Entwurfs und hat sich in den Kopf gesetzt, die Hauptidee desselben zu realisiren. Überhaupt müssen Sie wissen, mein verehrungswürdiger Freund, dass der Kerl toll ist, dass er oft sehr unbedachtsam spricht und solche Äusserungen wie jene aus seinem Munde so gut wie nichts sind. Hingegen besteht er mit rasender Hartnäckigkeit auf vorgefassten Ideen. Zu diesen gehört nun unstreitig der Föderalismus in der Schweiz. Wenn sein modificirter Plan, der übrigens den Föderalismus so gut als zernichtet, nicht angenommen wird, so ist er im Stande, sich den Aristocraten vollends in die Arme zu werfen und nicht bloss die Souveränität der Kantone, sondern selbst die Privilegien beider herzustellen.»

Als Glayre immerhin am Schluss der Konferenz die Frage stellte, ob der zwingend empfohlene Verfassungsentwurf im Text absolut feststehe, antwortete Bonaparte, wie oben gesagt, es handle sich nur um Grundsätze, und er sei bereit, innerhalb von fünf oder sechs Tagen Anregungen entgegenzunehmen. Dies setzte die Delegierten in fieberhafte Aktivität, denn es ging ihnen nun darum, durch ihre Bemerkungen und Einwände die föderalistischen Züge abzuschwächen und die unitarischen zu verstärken. Glayre fügte daher seinem Bericht nach Bern die Bemerkung bei:[64]

> «La manière dont le Premier Consul nous a parlé n'a pas admis la réplique. Nous tâcherons cependant de lui faire agréer quelques modifications essentielles, sans cependant vous engager à rien.»

Daraufhin hob ein zähes Feilschen an um detaillierte Textformulierungen, ein Hin und Her zwischen Glayre und Stapfer auf der einen Seite und Talleyrand auf

der andern, mit zuletzt vom Ersten Konsul nur noch unwillig beantworteten Rückfragen, bis die endgültige Fassung des Projekts von Malmaison feststand.[65] Vor der Abreise aus Paris dürfte auch Rengger noch beratend mitgewirkt haben. Die Endfassung mit unitarischer Akzentuierung geht aber wohl zur Hauptsache auf Stapfer zurück, da der kränkliche Glayre eben unmittelbar vor der Rückreise in die Schweiz stand. Den Werdegang dieses Prozesses erfährt man aus dem Gesandtschaftsbericht am Tag nach der Abreise Glayres.[66] Stapfer schrieb jetzt dieser Verfassungsakte immerhin eine gewisse Entwicklungsfähigkeit zu:

> «Le projet de constitution, tel qu'il m'avait été communiqué d'abord par Hauterive, était sans doute d'une exécution bien dangereuse et ne promettait pas d'assurer la tranquillité de la Suisse, ni de satisfaire à ses besoins; mais il nous venait d'une source trop puissante pour que nous puissions le rejeter haut à la main. Après que nos efforts pour l'écarter et obtenir l'approbation de celui du Gouvernement eurent échoué contre la volonté inébranlable du premier Consul, nous les bornâmes à y faire apporter des changements que nous crûmes aptes a concentrer davantage le pouvoir et à nous rapprocher du système de l'unité. Il est résulté de cette discussion un second projet essentiellement amélioré que le premier Consul nous présente comme étant le seul qui puisse nous convenir. Son vœu à cet égard est fortement prononcé; il a déclaré qu'il n'en favoriserait pas d'autre, et il tient d'autant plus a celui-ci qu'il en est lui-même l'auteur.»

Zweifellos, so fuhr er fort, sei dieses Projekt sehr verschieden von dem durch den helvetischen Vollziehungsrat dem Ersten Konsul unterbreiteten. Gleichzeitig räumte er aber ein:

> «Mais on ne peut pas dire qu'il s'éloigne entièrement des bases que nous avons désirées. L'unité que nous demandions se trouve, à la vérité modifiée par une grande latitude donnée aux administrations cantonales; mais cette latitude elle-même est renfermée dans des bornes précises. Les attributions de l'autorité centrale sont parfaitement distinctes de celles des autorités cantonales. La première fait la loi; les autres déterminent le mode de son exécution. Elle a en main assez de pouvoir pour faire mouvoir à son gré toutes les parties de l'Etat, et la physiognomie fédérative qu'a peut-être en ce moment la constitution disparaîtra entièrement, si les lois organiques sont conçues dans le but de rapprocher de l'unité.»

So läge also nun nach Stapfers Einschätzung in der praktischen Umsetzung der Akte auf Gesetzesstufe eine Chance der Annäherung an die unitarischen Prinzipien der helvetischen Republikaner. Er gab seinen Adressaten dabei nämlich zugleich bekannt, Talleyrand habe ihm zuverlässig versichert, der Erste Konsul habe nichts gegen allfällige Verfassungszusätze und Ausgestaltungen, insbesondere bezogen auf vernünftige Wahlbedingungen, «de manière à éloigner des

places tous ceux dont le manque de lumières les rendrait incapables à les remplir et par là nuisibles à la chose publique». Damit ging die gebildete helvetische Elite durchaus einig. Stapfer wollte jedoch solche Aussagen noch ausdrücklich von Bonaparte selber bestätigt haben, wozu er ein Gespräch während der nächsten Audienz benutzte. Er gab dem Konsul bekannt, er habe noch keine offizielle Nachricht, wie die Verfassung aufgenommen worden sei:

> «Mais que je présumais qu'on la trouverait chez nous susceptible d'améliorations; il répondit qu'il n'insistait point sur les détails; que c'était à nous à les arranger, en conservant les bases qui lui paraissaient être les seuls adaptés aux besoins de l'Helvétie.»[67]

Stapfer hatte übrigens unter anderem massgebenden Einfluss nehmen können auf die vorgesehene territoriale Gliederung der Schweiz in der Verfassung von Malmaison, indem es seiner eindringlichen Fürsprache bei Talleyrand gelang, den neu geschaffenen Aargau, seinen Heimatkanton, vor der Wiedereingliederung in den Kanton Bern zu bewahren. Von seinem Diplomatenposten aus konnte er hingegen von nun an die praktische Umsetzung der konstitutionellen Neuordnung nur noch aus der Distanz beobachten und allenfalls mit seinen Ratschlägen begleiten. Dies geschah aus der aufmerksamen Lagebeurteilung im Pariser Machtzentrum und in Gewichtung der öffentlichen Meinung daselbst. Privat hatte er gleich nach der Konferenz von Malmaison dem Freund Usteri den engen Spielraum signalisiert:[68]

> «Ein einziger Mann giebt den Ton an. Seine Ideen werden aufgefasst, erweitert, bewundert und übertrieben, aber nie oder selten berichtiget oder bestritten, besonders nicht in Dingen, die von dem gewöhnlichen Interesse der Leute hier fern ab liegen.»

Der Erste Konsul hatte somit der Vasallenrepublik in den Alpen ihre Rolle zugewiesen und für seine konstitutionellen Geburtshelferdienste bereits die Rechnung präsentiert: die Abtretung des Wallis. Der helvetische Gesandte machte sich keinerlei Illusionen mehr über den Charakter dieser Abhängigkeit und entwickelte eine Art Überlebensstrategie für die Schweiz, wobei er mindestens seinem Land das Schicksal Piemonts oder gar Polens zu ersparen trachtete. Das darauf folgende Oszillieren der helvetischen Verfassungsentwicklung hing nun von den inneren politischen Kräfteverhältnissen, von den disparaten Parteiströmungen sowie persönlichen Ambitionen ab. Der umstrittene französische Gesandte Reinhard in Bern beurteilte vielleicht die Lage des Landes nicht falsch, wenn er Anfang 1801 dem um die Heimat tief besorgten Berner Karl Viktor von Bonstetten nach Kopenhagen schrieb:

> «Pour amener les affaires de l'Helvétie au point où elles en sont aujourd'hui, il fallait la réunion de deux choses: la tournure décidée que les événemens ont donné à la politique générale, et le ralliement de tous les partis en Suisse dans le sentiment de la nécessité de s'en remettre pour quelques points fondamentaux à l'arbitrage de la France [...] Les idées

[...] que vous avez énoncées [...] me paraissent être du nombre de celles, parmi lesquelles il est indispensable de chercher les bases de l'organisation future de votre pais qui profitant de l'expérience du passé et du présent, respectant ses habitudes anciennes sans repousser des formes nouvelles, modifiéra l'unité du gouvernement par un système fédératif ou bien le système fédératif par l'unité.»[69]

Der mit der Verfassung von Malmaison eingeschlagene Weg nimmt sich aus wie ein Herantasten an eine bundesstaatliche Organisationsform. Doch war offensichtlich die Zeit noch nicht reif dazu. Stapfer unterliess es nicht, nach dem Scheitern der Mission Glayre den enttäuschten Unitariern auch ihre Unterlassungen vor Augen zu führen, als ihm nämlich Usteri vorrückte, er hätte den Konsul mit dem französischen Truppenabzug sogleich beim Wort nehmen sollen.[70]

In seiner Antwort erläuterte der Angesprochene, wie oben gezeigt, dem Freund die Konferenzsituation mit dem unerklärlichen Schweigen Glayres auf Bonapartes Scheinangebot. Dann aber ging er offen wie ein zürnender Prophet mit der unentschlossenen politischen Leitung in Bern ins Gericht, unter Berufung auf die seit Beginn seiner Mission im Herbst 1800 ausgesandten Warnungen:[71]

«Man hat durch Nichtorganisierung einer militärischen Macht, durch Nichtwiederherstellung des Zehnten und durch unnöthiges Anfragen wegen der Verfassung sich, Gott weiss! in die Hände des Despoten geworfen, und unsere Befreiung daraus kann nur das Werk sichtbarer Zeichen von Macht der Regierung und Achtung gegen dieselbe im Lande sein.

Ich habe vor zehn Monaten von Paris nach Bern geschrieben: Stellt Truppen auf die Beine und verschafft Euch Geld. Nun habt Ihr weder das eine noch das andere, hingegen eine durch Oligarchen und Ochlokraten bearbeitete, die französische Macht und ihre Winke sclavisch anbetende Population. Und damit wollt Ihr dem mächtigsten Mann seiner Zeit, der Mehrheit Eurer Mitbürger, die feige Egoisten sind und nur an ihr Kantonsinteresse denken und dem ganzen geheimen und offenen, von allen europäischen Mächten unterstützten Einflusse der privilegirten Stände die Stirne bieten? Ihr werdet glorreich, aber gewiss unterliegen und mit Euch eine Verfassung begraben, die durch gute organische Gesetze verbessert und von Euch eingeführt, vielleicht die letzte, einzige Freistätte republicanischer Grundsätze geworden wäre. Bedenkt es: Treu meiner Pflicht werde ich hier die mir gegebenen Aufträge möglichst gut besorgen und den Tiger bei guter Laune zu erhalten suchen; aber bei Gott! die moralische Verantwortlichkeit, die Ihr mit so viel Muth und in so edler Absicht, aber so verwegen auf Euch ladet, möchte ich nicht theilen.»

Philipp Albert Stapfer, im Jahr zuvor unter der Last des Ministeramtes auf einem Tiefpunkt, verfocht nun als Gesandter in Paris mit der früheren geistigen Spannkraft entschlossen die Interessen der oszillierenden Helvetischen Republik. Hier

stand er einem rücksichtslos seinen Machtinteressen folgenden Diktator gegenüber. Es ging, wie oben gesagt, darum, «den Tiger bei guter Laune zu erhalten», und zwar mit einer genau dosierten Diplomatie. Man mag sich fragen, woher in dieser Lage seine ruhige Gefasstheit, bisweilen seine Kühnheit bei den Begegnungen mit Napoleon Bonaparte rührten. Es gibt keine Anzeichen, dass er dessen Faszination je erlegen wäre wie so viele seiner Zeitgenossen. So revidierte er das aus den ersten unmittelbaren Eindrücken geschöpfte nüchtern-kritische Urteil über das Herrschaftssystem des Ersten Konsuls nie mehr, denn dessen Grundsätze und Handlungsweise widersprachen seinen ethischen Prinzipien und der liberalen politischen Ausrichtung im Innersten. Für ihn stand aus theologischer und philosophischer Sicht das Werk des Titanen ungeachtet aller äusseren Triumphe letztlich auf schwankendem Grund. In Stapfers Einschätzung des Korsen überwog eindeutig die ethische Perspektive. Seine furchtlose Haltung reizte zwar bisweilen den an Unterwürfigkeit Gewöhnten. Ein Wink hätte genügt zur Abberufung. Zur Toleranz gegenüber dem Unbequemen und ihm eigentlich Wesensfremden mag Stapfers oft gerühmte Kunst der Konversation beigetragen haben. Darauf deutet eine Bemerkung in seinem Brief an Usteri vom 15. Mai 1801:[72]

> «Ich stehe eigentlich ziemlich gut mit ihm. Er hat noch ganz neulich gesagt: ich behandle die Diplomatik auf eine offene und liberale Art, und wenn ich ohne Glayre nach der gewöhnlichen Audienz gieng, so war er immer gesprächiger und zutraulicher.»

Entsprechend kritischer tönten zuhause die Berichte des von seiner Mission in Paris tief enttäuschten Glayre, wenn er die öffentlichen Audienzen des Ersten Konsuls nach Form und Stimmung ohne diplomatische Rücksicht gesprächsweise schilderte. So notierte sich die der französischen Besetzungspolitik gegenüber ablehnend eingestellte deutsch-dänische Schriftstellerin Friederike Brun stichwortartig in ihr Tagebuch, was ihr der Waadtländer ein paar Monate später berichtete.[73] Der ehemals im Dienst des polnischen Königs Poniatowski stehende Diplomat zog dabei einen drastischen Vergleich zwischen dem Verhalten Friedrichs des Grossen und Bonapartes:

> «Audienzen bei Bonaparte – Parallelen mit *Friedrich dem Grossen* – bei dem Glaires über die Theilung von Polen Geschäfte hatte. Friedrich: *gerührtes* Gefühl der ausgestrahlten *Seelengrösse* bis zur Erschütterung – und tiefe Ehrfurcht erweckend! bei Bonaparte kalt abstossendes Gefühl *der Gewalt* drükkend ohne irgend einen Zusatz vom Erhabnen, ohne eine Ahnung von Güte. Imposanter militärischer Pomp mit welchem der erste Consul sich umgiebt. Bajonett hacken alle Truppen der Thuillerien – alle vorsäle hindurch – Kriegerische Musick mit den Tambours (20 an der Zahl) im ersten Sahl – Erscheinung des Helden die beiden consuls stehen weit hinter Ihm – die Tribunen vor – und die Conseillers alles Ihm gegenüber – Seitwärts Adjutanten und Generale, im Halbzirkel die Am-

bassadoren und Gesandten der Nationen – Er redet jeden an oft um ihm eine Sottise zu sagen.»

Die Reaktion des Ersten Konsuls, als Glayre für das Wallis sprach:

«[...] so kalt und hart, ohne einen mildernden Funken von Güte sind alle seine Antworten an die Schweizer Gesandten gewesen – oft hat Er Sie angeschnauzt. ‹dans la Guerre il n'y a qu'une loi: celle du plus fort! et tous les chemins sont bons qui mènent au But›.»

Dies sollte Stapfer als Gesandter des in sich uneinigen und schwachen Kleinstaates bald vermehrt zu spüren bekommen.

2.3 Die innen- und aussenpolitische Relevanz der Experimente am Verfassungsprojekt von Malmaison bis zum dritten Staatsstreich

Stapfers Empfehlung zur Annahme der Verfassung von Malmaison als entwicklungsfähige konstitutionelle Grundlage. Funktion und Rolle der französischen Gesandten in der Schweiz und die Abhängigkeit der Helvetischen Republik von der Hegemonialmacht. Stapfers diplomatischer Mehrfrontenkampf und steter Appell zu nationaler Einigkeit. Der dritte Staatsstreich im Oktober 1801.

I Ungeachtet seiner unitarischen Gesinnung hielt Stapfer dafür, das von Bonaparte inspirierte Projekt von Malmaison mit seinen bundesstaatlichen Ansätzen sei über gute organische Gesetze entwicklungsfähig, sofern auch die Behördenwahlen positiv ausfielen. Aus diesem Grund warnte er seine Gesinnungsfreunde, einschneidende Änderungen daran vorzunehmen oder den Vorschlag gar abzulehnen, denn er besorgte die darauf folgende Zornesreaktion des Ersten Konsuls. Er wusste wohl, dass der Widerstand unentwegter Unitarier wie Usteri und Rengger zu beschwichtigen war.[1]

Gerade ihnen galt die schon oben ausführlich herangezogene hellsichtige Mahnung, wobei er Paul Usteri die militärische und finanzielle Schwäche der Helvetischen Republik drastisch vor Augen rückte und in knappen Strichen die prekäre innen- und aussenpolitische Situation umriss.[2] Er verwarf auch «das unnöthige Anfragen wegen der Verfassung», womit man sich «in die Hände des Despoten geworfen». Und keineswegs ausser Acht zu lassen sei die unterschwellige Opposition gegen das Neue im Land. Im Fall einer Konfrontation «mit dem mächtigsten Mann seiner Zeit» sah er voraus:

> «Ihr werdet glorreich, aber gewiss unterliegen und mit Euch eine Verfassung begraben, die durch gute organische Gesetze verbessert und von Euch eingeführt, vielleicht die letzte, einzige Freistätte republicanischer Grundsätze geworden wäre. Bedenkt es: Treu meiner Pflicht werde ich hier die mir gegebenen Aufträge möglichst gut besorgen und den Tiger bei guter Laune zu erhalten suchen; aber bei Gott! die moralische Verantwortlichkeit, die Ihr mit so viel Muth und in so edler Absicht, aber so verwegen auf Euch ladet, möchte ich nicht theilen.»

Damit war der Helvetischen Republik das Horoskop gestellt, und zwar innen- wie aussenpolitisch. Der Innenpolitik galt sein von Anfang an aus Paris verkündetes Ceterum censeo. Gegen aussen verfolgte der Diplomat mit einer Mischung von Anpassung und Widerstand das Ziel, dazu beizutragen, dass seinem Land schwere territoriale Verluste erspart blieben oder dass es, wie man auch befürchtete, wie Cisalpinien unter Bonapartes Vormundschaft geriet, im schlimmsten Fall sogar den Annexionsgelüsten der Hegemonialmacht erlag. Aus den politischen Korrespondenzen der involvierten Akteure lassen sich nämlich Bedrohungen verschiedener Art herauslesen. Im Begleitschreiben Talleyrands etwa zur Verfassung von Malmaison an den französischen Gesandten Reinhard in Bern stand, die Nachbarstaaten Helvetiens hätten ein Interesse an einer gesicherten politischen Ordnung im Land. Daher die besondere Aufmerksamkeit Frankreichs in der Frage der Konstituierung.[3] Dazu das ominöse Postscriptum:

> «En remettant aux ministres helvétiques [sc. Glayre und Stapfer] le projet de constitution ci-joint, je leur ai fait connaître l'intention prononcée du Premier Consul, de terminer incessamment les discussions relatives à l'échange du Valais contre le Frickthal et les villes forestières de la gauche du Rhin, et à la renonciation du droit de la France à l'usage des routes militaires accordé par le traité d'alliance de l'an 6.»

Im Folgenden richtet sich unser Blick vor allem auf die Rolle Stapfers auf dem Pariser Schlüsselposten vom Frühjahr 1801 an. Er blieb ja, zu Zeiten nicht ganz ungefährdet, bis zum Zusammenbruch der Helvetischen Republik in dieser Stellung, während die Leitung der aussenpolitischen Geschäfte in Bern nach dem föderalistischen Putsch im Oktober vom politisch gleichgesinnten Waadtländer Louis Bégoz an den eingefleischten Berner Patrizier Gottlieb Thormann ging, der jedoch nach dem vierten Staatsstreich im Frühjahr 1802 dem gemässigten Republikaner und Stapfer näher stehenden Karl Müller-Friedberg weichen musste. Man braucht nur dem Faden der Stapfer'schen Gesandtschaftsberichte bis zum bitteren Ende zu folgen, um zu erkennen, dass der Diplomat in Paris nicht bloss Pässe zu unterschreiben hatte, wie er im Bericht über die Audienz von Malmaison sarkastisch anmerkte.[4] Er fungierte vielmehr als wichtiger Ansprechpartner der Machthaber. Somit ist sein politischer Einfluss nicht gering einzuschätzen. Ohne dass er sein eigenes Credo verleugnete, galt ihm als Leitlinie für sein Handeln die Sorge um die Integrität des Vaterlandes. Wachsam registrierte er vorerst, wie Bonaparte und Talleyrand auf die weitere innenpolitische Entwicklung der Schweiz reagierten. Die beiden nahmen an, dem in Paris durch Glayre und Stapfer in einigen Punkten den republikanisch-unitarischen Vorstellungen angenäherten Verfassungsprojekt von Malmaison werde in einem kurzen Verfahren zugestimmt. Zu ihrem Verdruss mussten sie jedoch feststellen, dass in der im September in Bern versammelten Zentraltagsatzung eine langwierige, von parteipolitischen Querelen begleitete Modifikationsdebatte einsetzte, zudem sekundiert von einem publizistischen Meinungskampf, ganz zu schweigen von

Raymond de Verninac-Saint-Maur (1762–1822), französischer Gesandter bei der Helvetischen Republik von September 1801 bis Oktober 1802. Statue von M. E. Boverie.

in Paris agitierenden Berner Patriziern, die vom französischen Gesandten Reinhard Schützenhilfe erhielten. Was den Ersten Konsul aber besonders reizte, war das strikte Festhalten der Tagsatzung an dem von Annexion bedrohten Wallis. Sein Ärger entlud sich an den öffentlichen Audienzen auf den helvetischen Gesandten. Zu Beginn der Beratungen der Zentraltagsatzung wurde übrigens der kompromittierte französische Gesandte Reinhard durch den ehemaligen Präfekten von Lyon *Raymond de Verninac* (1762–1822) abgelöst. Seine Instruktionen

liessen erkennen, in welche Richtung die französische Politik den zerstrittenen helvetischen Vasallenstaat zu steuern gedachte: «Le fédéralisme absolu ne convient plus au temps présent, et l'unité absolue ne conviendra jamais à la Suisse.»[5]

Während dieser Phase der helvetischen Verfassungswirren hatte sich also Stapfer den kritischen Rückfragen Bonapartes an den öffentlichen Audienzen zu stellen und dem Aussenminister Talleyrand in zahllosen Konferenzen die Stirn zu bieten. Dies prägt nun seine offiziellen Gesandtschaftsberichte, in die er auch immer von neuem seine besorgten Warnungen einflicht. Den Rapporten sind nachstehend auch die Privatkorrespondenzen mit vertraulichen Äusserungen an die Seite zu setzen. Im Zusammenhang mit dem früher erwähnten Audienzgespräch vom 22. Mai 1801 übermittelte er den Wunsch des Ersten Konsuls, die von ihm approbierte Verfassung möchte nun alle vernünftigen und gemässigten Köpfe in Helvetien vereinigen.[6] Die Franzosen vermeinten offenbar, die zerstrittenen helvetischen Parteien gewissermassen nach dem Vorbild des Konsularregimes verschmelzen zu können. Stapfer ging mit diesem Gedanken durchaus einig. Im Vorfeld der Wahlen zu den kantonalen Tagsatzungen und dann besonders der Zentraltagsatzung empfahl er der Exekutivbehörde dringend, darauf zu achten, dass nicht wie in die Legislative von 1798 «campagnards» und «enragés», sondern gemässigte Persönlichkeiten nominiert würden.[7] Der ehemalige Erziehungsminister vertrat nach den Erfahrungen der revolutionären Anfänge den Grundsatz, die Leitfunktion im Staat komme vorerst einer aufgeklärten Bildungsschicht zu, sowohl gegenüber basisdemokratischen Strömungen als auch reaktionären Tendenzen. Auf Bonapartes Frage nach dem Lauf der Dinge in der Schweiz sprach Stapfer am 14. Juli dieses Problem kurz an: «Je dis que nous espérions nous en tirer sans voir notre patrie devenir la proie de démagogues ou des contre-révolutionnaires, surtout, s'il continuait à nous appuyer de ses bons conseils.»[8] Worauf der Gesandte abzielte, war eine verbindliche Erklärung als Schritt auf die offizielle Legitimierung der amtierenden helvetischen Regierung, somit ein Schritt auf die von ihm ersehnte Konsolidierung hin. Dem entzog sich der Angesprochene und vermied in seiner unverbindlichen Antwort, sich auf eine politische Richtung festzulegen. Und so endete diese Art diplomatischen Vorgeplänkels:

> «Il se borna à dire qu'il souhaitait beaucoup le bonheur de l'Helvétie, mais que son respect pour son indépendance lui interdisait de se mêler de son organisation intérieure.»

Gegen aussen und mit Rücksicht auf die misstrauische Kontrolle über die Einhaltung des Friedenstraktats von Lunéville durch die europäischen Mächte gab sich also Bonaparte am Gang der Dinge in Helvetien wenig interessiert. Doch die nachfolgenden politischen Pendelschläge, der dritte und der vierte Staatsstreich, veranlassten ihn, bei aller Zurückhaltung genau zu registrieren, wie man mit seinem Verfassungsprojekt umging und wie sich die jeweils vorherrschende Partei-

richtung zur Abtretung des Wallis stellte. Ende Juli 1801, also noch vor dem Zusammentritt der Zentraltagsatzung, hatte Stapfer die ersten Anzeichen von Unzufriedenheit aus Paris zu melden:

> «[...] Mais ce qui intéresse bien plus encore le Premier Consul (que les affaires de la Suisse), est la négociation du Valais. Le citoyen Talleyrand ne m'a pas caché que le Premier Consul était infiniment blessé par les retards que l'exécution de son plan éprouvait, et qu'il était surtout mécontent de l'indiscrétion avec laquelle on avait permis aux journalistes d'en parler.»[9]

Diskret, im Stil absolutistischer Kabinettspolitik, wäre demnach das Abtretungsgeschäft abzuwickeln gewesen. Dass sich die öffentliche Meinung in der Schweiz dagegen aufbäumte, dass aus dem Wallis spontan Treuekundgebungen des Volks erfolgten und der zögernden Regierung den Rücken stärkten, erregte in Paris wachsenden Groll, umso mehr, als dies auch Stapfer für seine diplomatische Hinhaltetaktik ausnützte. Der Gesandte hielt dem wachsenden Druck stand, solange es ging. «C'est à tel point que je suis étonné de ne pas m'en ressentir encore personnellement.»[10] Kurzen Andeutungen in seinen Rapporten entnimmt man, wie er mit aller Vorsicht über die in Paris residierenden Diplomaten die Haltung Österreichs und Preussens bezüglich der Helvetischen Republik sondierte.

II Haltung und Entscheidungen des französischen Konsularregimes gegenüber der um ihre definitive Konstituierung ringenden Schweiz resultierten während der Schlussphase der Helvetischen Republik aus den Erkenntnissen, die Bonaparte und Talleyrand aus verschiedenen Quellen schöpften. An Stapfer hielt man sich für die offiziellen Informationen. Die französischen Gesandten in Bern, Reinhard, danach sein Nachfolger Verninac, ebenso die französischen Generale folgten strikten Instruktionen und rapportierten regelmässig. Sie wurden auch in die Planungen einbezogen und entwickelten aufgrund unmittelbarer Wahrnehmungen eigene politische Projekte. Hinzu kamen noch eigentliche Sonderemissäre, wie der als Naturforscher getarnte Adrien Lezay, der Mitte 1802 die Schweiz bereiste. Es mag sein, dass die häufig festgestellte verblüffende Einsicht Napoleon Bonapartes in die politisch-sozialen Verhältnisse der Schweiz und die historischen Zusammenhänge nicht nur seinem Scharfblick und politischen Instinkt zuzuschreiben war, sondern vielmehr der gezielten Informationsbeschaffung und dem nachfolgenden genauen Studium der Unterlagen. Die von ihm für Helvetien ausgedachten Mischformen, das dem Entscheid der zerstrittenen Parteien überlassene und deshalb gescheiterte Verfassungsprojekt von Malmaison und die nach dem offenen Bürgerkrieg diktatorisch oktroyierte Mediationsverfassung dürften aus länger hin und her erwogenen Lösungen hervorgegangen sein. Die den beiden Unitariern Glayre und Stapfer im Frühjahr 1801 zugestandenen zentralistischen Konzessionen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass ihm schliesslich das bürokratisch-zentralistische Verfassungsmodell für die tief veran-

kerten schweizerischen Traditionen untauglich erschien. Möglicherweise erklärt sich seine länger abwartende Haltung daraus, dass die beruhigte europäische Gesamtlage nach dem Friedensschluss von Lunéville und die Aussicht auf die Einigung mit England in Amiens es zuliess, den kleinen Brandherd an Frankreichs Grenze noch eine Zeit lang schwelen zu lassen, bis im Herbst 1802 der offen ausgebrochene Konflikt der helvetischen Streitparteien doch noch gewaltsam zu dämpfen war. Stapfer fürchtete diesen Ausgang. Daher seine inständigen Mahnungen zu Ausgleich und Mässigung, ob nun, wie nach dem zweiten Staatsstreich, seine unitarisch-republikanischen Gesinnungsfreunde den Kurs bestimmten oder nach dem föderalistischen Putsch vom Herbst 1801 deren Gegner. Die bisherigen Erfahrungen festigten in ihm immer mehr die Überzeugung, die nationale Unabhängigkeit werde einzig durch engen Zusammenschluss unter Führung der gemässigten Unitarier zu erringen sein, allenfalls im Verein mit liberal gesinnten Persönlichkeiten der alten Führungsschicht. Diesen politischen Leitgedanken umschrieb er denn auch dem Ersten Konsul mit dem Blick auf die eben laufenden Wahlen anlässlich einer Audienz wie folgt:[11]

> «Les hommes, ajoutai-je, propres à être portés aux fonctions publiques sont de trois espèces bien différentes: de vieux routiniers illibéraux, étant par préjugés ou par esprit de domination portés à rappeler de leurs vœux ou de leurs efforts l'ancien régime; des démagogues qui flattent les passions du peuple aux dépens des intérêts de leur patrie, pour se saisir du pouvoir à l'aide de sa faveur, et enfin les républicains modérés et libéraux qui veulent le règne des principes de la justice, et qui ne caressent ni des préjugés surannés ni la cupidité du peuple.»

Die Schlüsse, die der Erste Konsul aus Gesprächen solcher Art zog, erfuhr der Schweizer Gesandte einige Tage später an einer ausgiebigen Konferenz mit Talleyrand, als er einmal mehr die einseitige Parteinahme des französischen Gesandten Reinhard für die Berner Patrizier anprangerte:

> «Il [Talleyrand] m'a assuré que le Premier Consul voulait laisser aux Suisses la jouissance complète de leur indépendance, mais qu'il désirait que le gouvernement futur de l'Helvétie fût composé d'hommes libéraux, estimés et éclairés, qui abandonassent toute idée de retour aux préjugés de l'ancien régime, et qui fussent pour la France républicaine ce qu'était le Corps helvétique d'autrefois pour la Monarchie française. Il a ajouté que le gouvernement français surtout que celui de l'Helvétie déployât la plus grande énergie contre les malveillans et les perturbateurs de l'ordre public.»

Nach einer Phase der Niedergeschlagenheit gelangte Stapfer im Spätsommer wieder zu einer vorsichtig optimistischen Einschätzung der Lage, nicht zuletzt angesichts der Ablösung des mit den Ci-devants in Bern offen kokettierenden Gesandten Reinhard durch Raymond Verninac und der Berufung fähiger unitarischer Köpfe in die Oberbehörden.[12] Den aufgehellten Horizont spiegelt auch ein

Schreiben an den zeitweise von Paris abwesenden französischen Aussenminister:[13]

> «Il n'est pas moins digne de votre observation, Citoyen Ministre, que des trois partis marquants en Suisse (patriciens illibéraux, qui veulent le retour de l'ancien régime, démagogues qui tâchent, en flattant les passions du peuple, de s'emparer du pouvoir) patriciens libéraux, réunis à la fleur de la Nation, qui ne veulent ni de l'oligarchie, impossible à rétablir sans déchirements, ni du désordre révolutionnaire qui prolongerait l'agitation des esprits, mais une organisation sociale fondée sur l'expérience, la sagesse et des rapports d'amitié avec la France, de neutralité envers toutes les puissances ...»

Die letztgenannte Gruppe stehe bei den Wahlnominationen an erster Stelle:

> «Ce résultat [...] paraît être d'un bon augure pour l'Helvétie, ainsi que pour les relations avec la République française.»

III Stapfers günstige Lagebeurteilung bezog sich zunächst auf die Wahlen. Sie trübte sich allerdings, als er wahrnahm, dass die fortdauernden politischen Spannungen sich auch in die Auseinandersetzung über das Verfassungsprojekt in der Zentraltagsatzung verlagerten. Erneut erhob er die Stimme und warnte davor, dass Bonaparte unversehens eingreifen könnte. Dank der verwandtschaftlichen Verbindungen seiner Gattin hatte er nämlich Gewährsleute bis in die führenden Kreise hinein. So meldete er denn Ende August in einer chiffrierten Botschaft nach Bern:[14]

> «Je sais de très bonne part qu'on a été sur le point de suspendre l'exécution du projet de constitution et de donner à l'Helvétie un gouvernement provisoire, présidé par un commissaire français, *soutenu par les bayonnettes*. Ce projet est écarté pour le moment, mais il se reproduira immanquablement, si la Diète centrale ne déploie pas dans les premiers instants à la fois union, énergie et sagesse. Quels que soient les vices de la constitution nouvelle, je suis averti que si des changements essentiels étaient apportés à ses bases, et qu'une partie quelconque de la Nation en témoignât du mécontentement, ou saisirait avidement ce prétexte pour établir la domination militaire dont on a conçu le projet. Ainsi, qu'au nom de Dieu et de la patrie on ne se presse pas de faire des modifications majeures quelque bonnes qu'elles puissent être en elles-mêmes; qu'on évite de toute manière d'agiter de nouveau les esprits, et qu'on cache au public autant que possible ce qui se passe dans l'intéreur; chaque article de gazette qui annonce une dissidence ou une opposition est une calamité et provoque l'oppression.»

Bonapartes Audienzbemerkungen lauteten allerdings wieder recht zurückhaltend. Nur durfte der helvetische Gesandte das Reizthema «Wallis» nicht berühren. Dies wird aus der nachfolgenden Passage in seinem Bericht deutlich:

«Le citoyen Verninac a pour instruction de tâcher de porter aux places importantes des hommes qui cèdent le Valais sans difficulté. Il devra s'attacher à ceux qui dans la Diète centrale jouiront du plus grand crédit, et comme on croit avoir meilleur marché du parti démagogique que de celui des républicains modérés, il est à craindre qu'on ne fasse aujourd'hui un essai avec cet extrême, après que la tentative d'influencer la Suisse au moyen de l'autre a échoué.»

Stapfers Schlussfolgerung tönte wiederum als Kassandraruf:

«Les avis que je vous donne ici sont aussi importants que sûrs et ne peuvent être négligés sans le plus grand danger pour notre patrie. Point de divisions, une attitude ferme et imposante, point d'agitations nouvelles pour des modifications constitutionnelles; sans cela le sort du Piémont nous attend.»

Ergänzend bemerkte er in seinem Schreiben noch, der französische Aussenminister sei darüber orientiert, dass in der Schweiz nach den Wahlen etwa 20 hervorragende, aufgeklärte, liberal denkende Persönlichkeiten zur Verfügung stünden. Wenn der französische Gesandte mit ihnen zusammenarbeite, könnte sich die Lage im Land sehr bald beruhigen. Sollte er jedoch eine Schaukelpolitik unter Einbezug der zwei extremen Gruppen treiben, so wäre dies von Schaden. Talleyrand habe ihm versichert, Verninac sei in positivem Sinne instruiert worden, liess aber auch durchblicken, wenn dies nicht zur Beruhigung beitrage, müsse man die Schweizer als «irramenables», unverbesserlich, betrachten.

Die im September 1801 in Bern zusammentretende Zentraltagsatzung mutierte zur nicht geringen Überraschung der französischen Regierung sogleich zu einer Art Verfassungsrat, und anstatt die bereits ein Stück weit praktizierte Verfassung von Malmaison anzunehmen, verlor sie sich in kontroversen Debatten.[15] Der Schriftwechsel des französischen Gesandten Verninac in Bern mit dem Aussenminister Talleyrand spiegelt daher die wachsende Irritation in Paris über diesen Gang der helvetischen Dinge.[16] Am 7. Oktober liess dieser verlauten:

«Votre rôle, citoyen, doit donc se borner aujourd'hui à marquer votre improbation sur les opérations de la Diète, à répéter que le gouvernement de la République n'est pas préparé à donner tous les jours son approbation à une constitution nouvelle et à annoncer que l'acquisition du Valais est le prix des concessions que la France a faites à la Suisse.»[17]

Stapfer aber empfing direkte und unmissverständliche Signale dieses Unmuts an den Audienzen des Ersten Konsuls. Noch lautete allerdings dessen Direktive, etwa angesichts der in der Innerschweiz aufflackernden Unruhen: keine direkte Einmischung, weder zivil noch militärisch. Stapfer rapportierte den französischen Stimmungswandel, wie im Gesandtenbericht vom 26. September zu lesen ist:

«Le premier Consul me témoigna avant-hier à l'audience publique qu'il voyait avec beaucoup de peine nos divisions. Votre république, dit-il, est

déjà assez faible et peu considérable par elle-même au milieu des Etats de l'Europe, pour que vous puissiez supporter encore l'affaiblissement qui est une suite naturelle des troubles qui continuent à vous agiter.»[18]

Dieser demütigenden Feststellung Bonapartes in aller Öffentlichkeit vermochte der Schweizer Gesandte bloss beschönigend entgegenzuhalten:

«Je répondis que l'immense majorité des Helvétiens et de leurs représentants étaient d'accord et que les oppositions qui s'étaient manifestés méritaient plutôt le nom d'intrigues et de révoltes que de dissensions civiles.»

Aber wer zog hier die Grenze zwischen blossen Parteiintrigen und der im Volk zunehmend wachsenden tiefen Missstimmung sowohl über eine schwache und zerfahrene Regierung als auch über den Streit der Parteigruppierungen? Stapfer sah sich in die Defensive gedrängt und vermochte der Kritik Talleyrands an der zu wenig tatkräftigen helvetischen Exekutive lediglich entgegenzuhalten, der kommandierende französische General Montchoisy verweigere ihr eben auch den Einsatz der Ordnungstruppen. Je diffuser die Zentraltagsatzung debattierte, desto mehr wuchs der Ärger in Paris.

«Je ne dois vous dissimuler que le ministre des Relations extérieures me témoigne, à chaque fois que nous nous voyons un grand mécontentement des opérations de la Diète»,

meldete der wenig beneidenswerte Gesandte nach Bern.[19] Vielleicht hatte der Franzose mit seinem Vorwurf jedoch gar nicht so Unrecht, wenn er ihm vorrückte, es sei doch unmöglich, dass eine so zusammengesetzte Versammlung wie die helvetische Tagsatzung, Artikel um Artikel des Vorschlags debattierend, zu einer vernünftigen Endfassung gelangen könne, denn:

«l'unité et la parfaite cohérence de l'ensemble ne pouvant jamais être le résultat des délibérations d'une assemblé nombreuse et divergente dans les opinions de ses membres.»

So spürte Stapfer, dass die missmutigen Machthaber mit ihrer Geduld bald am Ende seien. Es war wenige Tage vor dem dritten Staatsstreich, vor dem Föderalistenputsch Ende Oktober 1801, dass er noch einmal einen Warnruf an die verbohrten Parteien sandte und die Regierung aufrief, sich auf das Wesentliche auszurichten:[20]

«Je dois vous entretenir encore de l'effet que produit ici la métamorphose de la Diète en assemblée constituante [...] Quelque soit au reste le résultat des travaux de la Diète, il faudra bien qu'elle établisse un gouvernement. Il me semble qu'il est urgent de sortir à tout prix du provisoire.»

Wir vernehmen einmal mehr sein Memento, seit Antritt der Pariser Diplomatenstelle immer eindringlicher: Unter Absehung von allen Nebensächlichkeiten möge doch eine definitiv installierte Regierung die Zügel in die Hand nehmen und in erster Linie die nationalen Interessen wahren. Es komme allem voran auf Charakter und Fähigkeit der Regierungs- und Verwaltungsfunktionäre an:

«Si les choix pour l'administration future sont bons, elle saura améliorer les défauts de la constitution. Une expérience de dix ans a prouvé que tout dépend des hommes, et très peu de quelques modifications de plus ou de moins dans les constitutions, pourvu que les grands principes de tout ordre social y soient consacrés.»

Und noch eindringlicher fuhr er fort:

«Le gouvernement constitutionnelle de l'Helvétie va entrer en lutte avec tous les genres de rénitence, d'égoisme, de préjugés et d'ambitions. Si ce gouvernement ne débute pas par le déployement d'une grande énergie et l'ascendant d'une autorité salutaire et prépondérante, je déssere de sa durée et de l'indépendance de mon pays. Les gouvernements étrangers, et nommément celui de la République française, sont aux aguets. Quelque sage et bien composé que soit le gouvernement qui va prendre les rênes de l'administration, si, faute de fonds, il ne déploie pas dans les premiers instants de grands moyens de répression, de réparation et de réorganisation à la fois, on ne manquera pas d'attribuer au peu de considération dont on prétendra que ses membres jouissent, au peu de confiance qu'ils inspirent, à la désapprobation qu'on prêtera au peuple helvétique relativement à la constitution et à la partie de ses principes qui tiennent au système de l'unité, en un mot, à des causes étrangères aux véritables sources de l'anarchie, l'impuissance du gouvernement et l'audace des malveillants.»

Malte er zu schwarz? So fragte er sich selber an diesem Punkt:

«Je suis fâché [...] d'être obligé de faire des suppositions aussi désastreuses; mais en politique il faut raisonner dans toutes les hypothèses, et dans ma position je suis pénétré plus particulièrement de la conviction qu'il faut que le gouvernement helvétique constitutionnel annonce son activité dans les premiers instants par un aussi grand développement de forces bienfaitrices et imposantes que possible. Le rétablissement de la tranquillité en Helvétie, la renaissance de la prospérité, les égards des puissances étrangères pour son gouvernement et peut-être même de l'existence de la Nation en dépendent.»

So weit Stapfers Vorstellung von einer handlungsfähigen, fortschrittlichen Regierung unter den waltenden politischen Umständen.

IV Der vorgehend ausgewertete offizielle Schriftwechsel der Pariser Gesandtschaft und weiterer einschlägiger Akten macht deutlich, welche Relevanz sowohl für die Innenpolitik als auch für die aussenpolitische Situation der Helvetischen Republik im Sommer und Herbst 1801 der Auseinandersetzung um das Malmaison-Projekt zukam. Zieht man auch den privaten Briefwechsel aus Stapfers Umfeld heran, so rückt mancher Umstand noch deutlicher ins Licht. So etwa der Wechsel auf dem französischen Gesandtenposten in Bern oder der Zwang für

Stapfer, in besonderen Situationen zu lavieren. Ohne eine entsprechende Taktik hätte er sich auf dem Pariser Parkett kaum zu halten vermocht. Leise Andeutungen lassen aber vermuten, dass dies seinem geraden Charakter nicht leicht fiel. In mancher Bedrängnis suchte er über die persönlichen Beziehungen der Familie seiner Gattin politische Kontakte zu französischen Spitzenfunktionären. Ein paar Hinweise mögen nachfolgend zeigen, wie er den zwar knappen Spielraum doch zweckdienlich auszunutzen verstand. Der helvetischen Exekutive beispielsweise stärkte er den Rücken für energische Massnahmen, was man einem Brief vom 7. September 1801 an Paul Usteri entnimmt. Es ging um den wenig kooperativen französischen Oberkommandierenden General Montchoisy:[21]

> «Gegen Montchoisy habe ich, einem späteren Brief von Bégoz zufolge, nicht weiter operiert. Aber ich getraue mir, ihn zu sprengen, wenn Ihr wollt. Mit Talleyrand stehe ich wieder aufs Beste.»

Dass des Weiteren seine Demarchen wesentlich zur Abberufung des sich zusehends patrizierfreundlich gebenden französischen Gesandten Reinhard und seines intriganten Sekretärs Fitte im Sommer jenes Jahres beitrugen, steht ausser Frage, obwohl diese Massnahme des Ersten Konsuls gegen den Willen seines Aussenministers geschah. Dazu bemerkte Stapfer am 15. August:

> «Während Sie in der Schweiz mit Muth und Klugheit die aristokratischen Zuckungen neutralisieren, habe ich hier, wie ich mir schmeichle, nicht weniger gute Arbeit gemacht.»[22]

Reinhards Annäherung an die Berner Oligarchen stufte er als politische Gefahr ein. So brachte er seine Vorbehalte gegen dessen Haltung auch direkt beim obersten Gebieter an den öffentlichen Audienzen an, sodass Talleyrand sich gezwungen sah, den Geschäftsträger in Bern fallen zu lassen, wozu Stapfer andernorts sarkastisch bemerkte:

> «Er ist innerlich gewiss rasend, aber lächelt mit Kupplersmiene mehr als je.»

Was Stapfer dem an und für sich geistvollen, aus Tübingen stammenden Reinhard in der Rolle des einflussreichen französischen Gesandten nicht verzieh, war dessen Verleugnung der liberalen Grundsätze der Revolution und die Behinderung der gemässigten republikanischen Parteirichtung in der Schweiz. Wie könne, so setzte er an ihm aus, ein Mann von deutscher Bildung, der Sinn für eine bessere Behandlung der Menschheit hätte haben sollen, nicht derjenigen republikanischen Partei bei uns redlich Hand bieten, welche das Grosse und Wahre in den französischen Revolutionsmaximen mit den Resultaten deutscher Moralität und höherer philosophischer Kultur vermählen wollte. Und voller Empörung wies er auf dessen zunehmend zweideutige Rolle hin, die jener in der angehobenen Debatte über die Verfassung von Malmaison spielte:

> «Und nicht bloss half er Euch nicht; nicht nur setzte er Euch durch sichtbare Prädilection für die Privilegienhelden alle möglichen Hindernisse in den Weg; nicht nur setzte er durch sein läppisches Betragen die Land-

leute in Alarm und zog uns diesen Bauerntross auf den Hals, der nun, invita Minerva, Constitutionen fabricirt und die besten Grundsätze durch seine Roheit und Abgeschmacktheit noch mehr in Misscredit setzen wird; sondern es ist nicht zu glauben, was er immerfort wider Euch alle für schändliches Zeug geschrieben hat und noch schreibt. Er schildert Euch als verbrannte Köpfe, über Hirngespinnste brütende Theoristen, unfähige Phantome, ehrgeizige Revolutionäre, die von der Nation verabscheut wären und keine Kunde von öffentlicher Verwaltung hätten, dazu von Eigendünkel strotzten und ausschliessend herrschen wollten.»[23]

So befreite der Wechsel auf dem französischen Gesandtenposten in Bern Stapfers Freunde von einer bedeutenden Sorge. Angesichts der Schlüsselrolle dieses Funktionärs kam natürlich der Nachfolge eine eminente Bedeutung zu. Davon war bereits in anderem Zusammenhang die Rede.[24] Sobald der Präfekt von Lyon *Raymond Verninac* vom Ersten Konsul nach Paris beordert war, begann Stapfer nachzuforschen:

«Ich bin auf der Jagd nach Datis über seinen Gehalt und Werth.»[25]

Er gab sogleich weiter, was zunächst herauskam. So resultierte:

«[...] dass er mit der Rewbell'schen Partei gut stand, hier für einen entschlossenen Republikaner gehalten wird, allein so ziemlich den Mantel nach dem Wind zu hängen scheint. Der Diable boiteux [Talleyrand hinkte] sagt von ihm: ‹C'est un Jacobin doré.›»

Nach weiteren Umfragen kam er zu einer vertiefteren, im Wesentlichen optimistischen Analyse, mahnte aber auch davor, den Mann, «der elegante Gesellschaft liebt, Tafel, Spiel, Repräsentation», auf die falsche Seite abdriften zu lassen. Er jage nach Lob und Glanz. «Diess wird ihn in die Arme der Berner werfen, wenn Ihr nicht das Gegengewicht haltet.» Schlussfolgerung: «Die Hauptsache ist, dass die Gutgesinnten sich seiner gleich bemächtigen.»[26] Dies empfahl er insbesondere im Hinblick auf die Verhandlungen über das Malmaison-Projekt in der Zentraltagsatzung, denn es war von Bedeutung, was der französische Diplomat darüber nach Paris berichtete.

Aus den Privatkorrespondenzen liest man auch die Vorstellungen und Intentionen von Stapfers politischen Gesinnungsfreunden ab während dieser Debatten über Malmaison. Die ersten Versuche der Schweiz nach dem grossen politischen Umbruch, bundesstaatliche Regelungen zu finden, waren allerdings zum Scheitern verurteilt, vor allem weil die unitarisch-republikanische Parteigruppierung im Abrücken vom Einheitsstaat bei drohender Föderalisierung einen Rückfall in vorrevolutionäre Abhängigkeitsverhältnisse befürchtete. Als Verfechter des unitarischen Repräsentativsystems lehnten die Republikaner anderseits nicht minder ein Abgleiten in basisdemokratische Zustände ab, was sie als demagogische Anarchie verabscheuten. Der erfahrene helvetische Innenminister Rengger blickte nicht ohne Sorge auf das kommende «Konstitutionsunwesen» in der Zen-

traltagsatzung und schrieb schon im Frühsommer an Stapfer über deren Zusammensetzung, sie werde «ohne ein Wunderzeichen vom Himmel aus ein paar aristokratischen Parteiführern, einigen Jakobinern und einem Tross von Bauern bestehen».[27] Das bedeutete für ihn den befürchteten Föderalisierungsprozess:

> «Auch sind alle Unbefangenen darin eins, dass wir nur aus einem provisorischen anarchischen Zustand in einen andern treten, der mit einer neuen, aber wenn Gott will dann der letzten Revolution enden muss, und schon diese Überzeugung allein, wenn sie allgemein wird, muss das Ganze scheitern machen.»[28]

Stapfer hingegen suchte, wie man weiss, die aufbrechenden Gegensätze zu mildern, auch wenn seine Mahnungen bei den mitten im Parteistreit Stehenden wenig fruchteten, insbesondere nicht bei dem mit seinem republikanischen Kampfblatt fechtenden Usteri. So wetterte er in Beantwortung zweier Stapfer-Briefe gegen den Entwurf von Malmaison:

> «Das abscheuliche Constitutionsproject mit den 18 Bastarden und kleinen Ungeheuern [sc. den Kantonen mit eigenen Verfassungen], die es nun schon ausgeheckt hat, kann uns nicht retten, wenn es die Tagsatzung auch am ersten Tag anerkennen und dann auseinandergehen wollte. Es ist der organisierte Krieg aller Kantone gegen die Centralregierung, dieser gegen jene und der Kantone endlich untereinander. Wir müssen also alles aufbieten, den Entwurf zu modificiren und zu verbessern.»[29]

Stapfers realistische Einschätzung der innen- wie der aussenpolitischen Lage in der Verfassungsdebatte ist bekannt. Dem ehemaligen Ministerkollegen und Freund Rengger gab er zu bedenken, allzu einschneidende zentralistische Veränderungen an Bonapartes eigenhändigem Entwurf könnten den Machthaber auf die Seite der Ehemaligen manövrieren. Daher möge man primär auf die Wahl tüchtiger Persönlichkeiten setzen, die einer dreifachen Garantie «der Treue, der Fähigkeit und der Vaterlandsliebe genügten».[30] Sie beide, im alten Bern aufgewachsen, hatten ja von einer im ganzen integeren Verwaltungsführung eine lebendige Vorstellung, auch wenn sie die Enge der vom patrizischen Standesbewusstsein getragenen Herrschaft missbilligten und für den Umbruch eintraten. Zur Überwindung der geistig-politischen Spaltung des Landes rief der ehemalige Erziehungsminister des Weiteren seine national-pädagogische Lieblingsidee von 1798 in Erinnerung:

> «Ferner sehe ich kein anderes Mittel, wahre Einheit in der Schweiz zu gründen als eine jugendbildende Zentralanstalt, deren Besuch zum Wahlbeding für eine ganze Klasse von Ämtern erhoben werde, und wo Schweizerjünglinge aus allen Gegenden Einheit der Grundsätze einathmen. Der Gemeingeist kann unter den unglücklichen Umständen, welche die Schweizer mehr als je entzweien und auflösen, nur aus einem solchen Institute hervorsprossen. Eine école de service public ist in jedem Lande ein schreiendes Bedürfniss des Zeitalters.»

Sinn und Bedeutung des epochalen Wandels sah Stapfer nicht nur in der politischen Verfassung und ihrer formellen Gestaltung:

> «Sollen wir uns denn begnügen, in unserem Lande eine Kopie der mangelhaften repräsentativen Verfassung nach französischem Schnitt, der nicht einmal den Wert und Charakter der hundertjährigen brittischen hat, auf Kosten einer unglücklichen Revolution aufzustellen, anstatt ihr doch wenigstens einige uns vor Europa Ehre bringende Merkmale von Kultur und Humanität aufzudrücken?»

Dem aufbrausenden Zürcher Usteri, der ihm die mässigende diplomatische Taktik verübelte, hielt er vor Augen:

> «Das Prinzip der Einheit durch organische Gesetze und subsidiarische Einrichtungen zu entwickeln und befestigen, sich durch wesentliche Veränderung in den Basen des Constitutionsentwurfs nicht des französischen Beistandes gegen Aufrührer und Starrköpfe berauben, und diese Hülfe durch Behauptung der guten Seiten dieses Entwurfs gegen Oligarchie und Brutalität den gemässigten Republikanern zu sichern – scheint mir jetzt der einzige pflichtmässige und kluge Plan zu sein, den sich die Vertheidiger der Grundsätze entwerfen können. Jetzt ist, wenn jemals, der Fall absoluter Vollkommenheit der relativen aufzuopfern.»[31]

Was er dem gesamten Kollegium der helvetischen Exekutive im selben Schreiben einmal wieder allgemein als Handlungsmaxime im Verkehr mit dem präpotenten französischen Konsularregime empfahl, lautet:

> «Mir scheint, dass man gegen die französische Regierung helvetischerseits seit der Revolution in Thaten zu nachgiebig, in Worten zu kalt gewesen ist. Man sollte sie bekriegen, wie sie uns bekriegt. In Phrasen sanft, im Handeln fest und unabhängig, ist gewiss eine bessere Methode.»

Wie aber nun umgehen mit Bonapartes Verfassungsprojekt?

> «Wenn Ihr durch Umschmelzung der Verfassungsacte den Übelgesinnten im Innern Waffen gegen Euch und Grund zu Widerstand und Klagen am hiesigen Hofe gebet, und zugleich den Auctor classicus in Harnisch bringet, so scheint mir Eure Lage dadurch doppelt schwierig und in dem Grade misslicher zu werden, in dem Eure Repressionsmittel abnehmen. Ich mache hier, so viel als möglich, immerzu Einheitsproselyten; allein Caesar ist durch mich so wenig, als vordem der Imperator durch Paulus gewonnen.»[32]

Die Stapfer'sche Diplomatie erschöpfte sich allerdings nicht im Antichambrieren bei Bonaparte, Talleyrand und weiteren in die Schweizer Angelegenheiten involvierten Ministern. In seiner Korrespondenz deutet er Versuche an, die Isolation der Schweiz zu vermindern, nachdem ihr ja im Frieden von Lunéville formell die Unabhängigkeit und Konstitutionskompetenz zuerkannt worden war. Er bahnte zunächst vorsichtig Kontakte mit dem österreichischen und dem russischen Gesandten an, um sowohl Verständnis für die offenen Territorialfragen als auch für

den inneren Aufbau zu schaffen. Den Wiener Botschafter Ludwig Cobenzl wies er auf die Folgen einer Abtretung des Wallis an Frankreich hin sowie auf dessen Weigerung, die Dependenzen des Fürstbistums Basel zu restituieren. Die von der Schweiz erstrebte Rückkehr zur Neutralität könne allerdings, wie er vorsichtig festhielt, freundschaftliche Verhältnisse zu Frankreich nicht ausschliessen. Und was die innere Ordnung betreffe:

> «[...] dass das Einheitssystem, streng ausgeführt, das einzige Mittel wäre, unsere wahre Unabhängigkeit zu erkämpfen und zu behaupten, dass also der Föderalismus gerade die Organisation sei, welche uns am sichersten anstatt zu Freunden, zu abhängigen Alliirten und sociis Romanorum machen müsse. Cobenzl schien's zu fühlen und versprach, bei seiner Rückkehr in Wien seinen Hof zu benachrichtigen.»

Mit solchen Demarchen zielte Stapfer zugleich gegen die Beeinflussungsversuche herumreisender bernischer Patrizier, welche an den europäischen Höfen Stimmung gegen die unitarisch-republikanische Führung zu machen suchten. Beim österreichischen Gesandten ging er noch einen Schritt weiter. Er sondierte, ob eine helvetische Vertretung in Wien – bezeichnenderweise mit dem Plazet der französischen Regierung – genehm wäre. Er brachte dabei den Namen des liberal gesinnten Berner Patriziers Karl Viktor von Bonstetten ins Spiel, Freund des damals in österreichischen Staatsdiensten stehenden Geschichtsschreibers Johannes von Müller.[33] Bis nach England hinüber spann er einen Faden, dessen Friedensschluss mit Frankreich bevorstand, was einige diplomatische Bewegung auslöste. Stapfer besass von früheren Jahren her dort einen persönlichen Kontakt und nutzte ihn nun zur Beschaffung von Informationen.[34]

Auch wenn der helvetische Gesandte auf seinem Pariser Beobachtungsposten bloss feststellen konnte, dass für sein Land ausser den verbalen Sympathiebekundungen fremder Diplomaten kaum effektiver Sukkurs zu erwarten war, was den französischen Zwangsgriff hätte lockern können, so resignierte er doch nicht. Vorerst galt zwar unwidersprochen, dass letztlich alles vom Wunsch und Willen des Ersten Konsuls abhing. Bisweilen erklärte dieser, der Schweizer Angelegenheiten völlig überdrüssig zu sein, forschte jedoch an den Audienzen doch immer wieder nach dem Gang der Dinge. Stapfer nahm diese Signale auf und suchte die Stimmung zu deuten, stets zwischen Hangen und Bangen, ob sich in Bern nicht endlich eine tragfähige konstitutionelle Lösung abzeichne. Noch war nicht vorauszusehen, wie Bonaparte schliesslich auf substanzielle Veränderungen seines Projekts reagieren würde. Das Produkt des langen Feilschens in der Zentraltagsatzung kam jedoch gar nicht zur praktischen Umsetzung, denn unter stillschweigender Duldung Frankreichs setzten föderalistisch gesinnte Drahtzieher am 27./28. Oktober 1801 den dritten Staatsstreich in Szene und schalteten die Unitarier aus. Vergeblich hatten diese noch auf Sukkurs aus Paris gehofft. Der Erste Konsul war aber nicht nur wegen der an seinem Konzept vorgenommenen Akzentverschiebungen verärgert, sondern reagierte mit unverhohlenem Unwillen darauf,

dass im ersten Verfassungsgrundsatz die Integrität des helvetischen Territoriums festgelegt war, eingeschlossen das Wallis.[35] Bei allen diesen konstitutionellen Irrungen und Wirrungen waren Bonaparte und Talleyrand doch wohl in erster Linie darauf bedacht, dass *ihre* Rechnung aufging, gleichgültig, auf welche helvetische Faktion man dann letztlich setzte.[36]

2.4 Gefährdungen der Position Stapfers als Folge des dritten Staatsstreichs, der Mission Redings nach Paris und der Zuspitzung der Walliser Frage

Einschätzung der Lage nach dem dritten Staatsstreich. Stapfers Hoffnungen auf Ausgleich der Parteispannungen. Die Enttäuschung über den föderalistischen Regierungskurs. Staatssekretär Thormann als Vorgesetzter. Redings Reise nach Paris. Gefährdung von Stapfers Stellung. Die Kontroverse mit Thormann. Bedrohliche Spannung mit Bonaparte und Talleyrand in der Walliser Frage.

I Im Herbst 1801 war Stapfer gut ein Jahr auf seinem Pariser Posten und verfügte über genügend Einsicht in die damalige politische Konstellation, um seinen Vorgesetzten und Freunden mit fundierten Ratschlägen zu dienen. Angesichts des dauernden Parteienzwists in der Verfassungsfrage war seine Hauptsorge, es möchte plötzlich ein französischer Eingriff zur gewaltsamen Regelung der Verhältnisse erfolgen. Daher sein Unbehagen über das Hin und Her bei den Verhandlungen der Zentraltagsatzung, deren Ergebnisse zuletzt sogar seinen Freund, den Innenminister Rengger, ratlos liessen. «Sie werden über das ungereimte Zeug unserer Constitution erschrecken, und doch erscheint es nun als unser Werk.» Kein Wunder, dass es im Land gärte und die Unsicherheit Anlass zu allerhand Spekulationen gab. Daher kam der föderalistische Putsch vom 27./28. Oktober nicht unerwartet.[1] Als dabei die ausführende Gewalt zunächst dem zwar umstrittenen Helvetiker Dolder zugespielt wurde und ihm aus verschiedenen Motiven auch angesehene gemässigte Persönlichkeiten an die Seite traten, war die Tragweite des politischen Wechsels noch nicht zu ermessen. Demzufolge hatte sich auch Stapfer noch nicht um eine Gefährdung seiner Position zu sorgen. Dass die zerstrittene Zentraltagsatzung aufgelöst und eine neue Exekutive bestellt wurde und dass die Verfassung vom 29. Mai, das heisst das Projekt von Malmaison, in Kraft gesetzt wurde, erfüllte ihn mit Genugtuung. Noch deutete nichts darauf hin, dass im Zeichen des erstarkenden Föderalismus die Ausschaltung der Unitarier in Gang kam. Noch wenige Tage vor der föderalistisch inspirierten Aktion hatte er Usteri und seinen Gesinnungsfreunden zu entschlossenem Handeln geraten:

> «Ich bin noch immer der Meinung, dass der Pariser Plan hätte angenommen werden sollen, um Frankreichs Stütze gegen den Föderalismus zu ha-

ben. Warum ahmt Ihr nicht die Bataver nach! Die Constitutionsacte dem Volke vorgelegt, und in der Acte gleich die Hauptglieder der Regierung genannt – ohne diese Zwischenmassregel bleibt Ihr ewig in Anarchie.»[2]

Zu diesem Ratschlag bestimmte ihn die steigende Ungeduld der französischen Regierung über das Herumlaborieren am Verfassungsprojekt. Er blieb auch noch bei der positiven Haltung zu den jetzt erfolgten politischen Veränderungen, als die Senatswahlen eine föderalistische Mehrheit ergaben und Alois Reding als Erster Landammann an die Spitze der Exekutive trat. Erst als sich bei ihm die Nachrichten über unvermittelt eingeleitete reaktionäre Massnahmen häuften, schrak er auf. Gerade für ihn persönlich wurde zum bösen Omen, dass ein eingefleischter Berner Aristokrat im Zuge dieser «Säuberungen» seinen bisherigen, gleichgesinnten Vorgesetzten Bégoz ablöste: *Gottlieb Thormann* (1754–1831), ehemaliger bernischer Ratsschreiber. Er bezeichnete sich selber als «einen der beharrlichsten Aristokraten» und verfasste in der Folge dem weniger schreibgewandten Reding die Akten. Auch am publizistischen Kampf um die Verfassung hatte er sich mit einem Entwurf beteiligt und den alten bernischen Staat, inbegriffen die beiden als neue Kantone abgetrennten Landesteile Waadt und Aargau, gewissermassen «restauriert». Immerhin war Stapfer vorgewarnt durch einen kühlen Beobachter der Szene, seinen Schwager *Samuel Schnell* (1775–1849), Präsident der Kriminalabteilung des obersten helvetischen Gerichtshofes. Unmittelbar vor der Oktober-Aktion gab ihm dieser einen Wink: «Seyen Sie in Ihrer nächsten Zuschrift an die Regierung recht vorsichtig.»[3] Und vorangehend stand, im Hinblick auf die undurchsichtige Situation, noch die Bemerkung:

«Auf alle Fälle aber glauben Sie meinem Wort und verlassen Sie ja nie die Maxime nicht nur des Rechts, sondern der Ihrer eigenen Person schuldigen Klugheit, alterum non laedere. Ich will mir nicht anmassen, Ihnen Räthe zu geben und Klugheitsregeln vorzuschreiben, aber hier, hier! ich bin an Ort und Stelle, kenne den ganzen Janhagel und greife ihre Absichten mit Händen. Sie wissen nicht, wer noch oben auf kommen kann. So kann's nicht bleiben: denn zuverlässig und mit Recht wird die künftige Regierung noch mehr von dem Volk verachtet werden, als es die gegenwärtige. Seyen Sie sicher, dass mir diese Worte weder durch Partheygeist noch durch irgend ein anderes Interesse, als das Interesse für Ihre Ruhe und Zufriedenheit eingegeben worden sind.»

Den aus verwandtschaftlicher Sorge übermittelten Warnungen zur Vorsicht – Stapfers Schwester Louise dürfte namentlich daran teilgenommen haben – folgten gleich einen Tag nach dem Staatsstreich, ohne den dramatischen Ablauf zu schildern, Angaben über personelle Verschiebungen in Regierungsämtern, immerhin auch beruhigende Hinweise, obgleich auch für Stapfer eine Änderung nicht ausgeschlossen scheine:[4]

«Nun hat sich diejenige Revolution gemacht, auf welche Ihnen mein letzter Brief hinwinkte. Die offizielle Zuschrift der Regierung wird Ihnen

Ludwig Samuel Schnell (1775–1849), Schwager von Philipp Albert Stapfer, Richter am obersten Gerichtshof und Rechtsprofessor an der Berner Akademie. Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

Gottlieb Thormann (1754–1831), Staatssekretär des Äussern der Helvetischen Republik vom dritten bis zum vierten Staatsstreich 1801/02. Miniatur von Joseph Bordes.

> das Wesentliche davon mitgeteilt haben [...] Alle Minister, Begos und Lanther ausgenommen, haben ihre Portefeuilles auf der Stelle niedergelegt. Man spricht davon, doch nur im Publikum, sodass ich nichts Sicheres darüber weiss, dass Jenner an Ihre Stelle kommen könnte. Sie mögen etwas Mehreres von diesem wissen; auf alle Fälle aber mögen Sie diese Nachricht als einen Wink ansehen, sich darüber genau zu erkundigen. Durch die nächste Post sollen Sie ein Mehreres über diese Vorfälle vernehmen; bis dahin bleiben Sie ruhig.»

Schnell unterrichtete in diesem leidenschaftslosen Stil den Schwager über das Wirken der neuen Männer und ihrer Gefolgschaft, etwa mit Worten wie: «ich setze mein Bulletin fort, um Sie mit dem Geist des Tages in Bekanntschaft zu erhalten».[5] Tags zuvor hatte er von der Absetzung von acht helvetischen Regierungsstatthaltern, «die rechtlichsten Männer», berichtet und dass jetzt herumgeboten werde, der Berner Patrizier Diesbach von Carouge solle an Stapfers Stelle kommen. Was für diesen jedoch vorerst von Belang war, kam danach zur Sprache: Man hatte unvermittelt den Staatssekretär des Äussern Bégoz durch

den hier bereits erwähnten Thormann ersetzt. So kam der für die republikanisch-unitarische Faktion nachteilige politische Umschwung in Gang. Kein Wunder, dass damit auch Stapfers Position in Frage stand. Er war von seinem Schwager vorgewarnt, und es war damit zu rechnen, dass unter dem wachsenden Einfluss konservativer Berner Patrizier der liberal-reformerisch Gesinnte von dem wichtigen Posten in Paris verdrängt werden sollte. Die durch die helvetische Revolution von der Macht Verdrängten konnten damit zugleich ihren Groll gegen den ehemaligen helvetischen Minister entladen, einen Groll, der noch wuchs, als Stapfer sich zusammen mit seinem Freund und Kollegen Rengger für den von Bern abgetrennten neuen Kanton Aargau einsetzte, wo sie beide beheimatet waren. Was zählte dagegen Stapfers unermüdliche erzieherische Hingabe, in den 1790er-Jahren die jungen Patrizier heranzubilden, was, dass er im Frühjahr das Risiko auf sich nahm, in Paris die Interessen des besetzten Bern vertreten zu helfen?[6]

II Aus den ersten Reaktionen Stapfers wurde deutlich, dass er die Tragweite des föderalistischen Staatsstreichs nicht voraussah, sondern zunächst bloss den Abbruch der verfehlten Verfassungsberatungen und die Einsetzung einer energischeren Exekutivbehörde würdigte. In diese Richtung gingen denn auch anfänglich seine Äusserungen gegenüber den französischen Amtsstellen. Die Patrizierfaktion blieb zunächst noch im Hintergrund, sodass er die unitarisch-republikanische Position eher durch die Umtriebe in den Urkantonen und die Obstruktion durch deren Repräsentanten gefährdet sah.[7]

Erst nachträglich erfuhr er von Rengger, dass nicht nur reaktionäre enragés in Bern, sondern auch gemässigte städtische Aristokraten mit den vorgenannten ländlich-demokratischen Dissidenten einig gingen, was natürlich die föderalistische Stosskraft gegen die Unitarier bedrohlich verstärkte. Diese politische Gewichtsverschiebung registrierten jedoch auch die Machthaber in Paris genau. Ob sie schon beim Staatsstreich die Hand im Spiel hatten, blieb umstritten. Dies dürfte nämlich im Widerspruch zu Talleyrands offiziellen Instruktionen an Verninac und den General Montchoisy von Mitte Oktober gestanden haben.[8] Dass der französische Gesandte in Bern zunehmend auf die Auflösung der Zentraltagsatzung drängte und der militärische Befehlshaber am 27./28. Oktober eine wohlwollend duldende Haltung einnahm, ermöglichte sicherlich den Erfolg der Aktion. Talleyrand stellte am 7. November in einer Lagebeurteilung gegenüber Verninac fest:

> «Le gouvernement de la République, sans se constituer juge des derniers événemens, sur lesquels il ne fera connaître son opinion définitive que quand ils auront été consacrés par la persévérance des nouvelles autorités dans les principes sages et modérés qu'elles paroissent avoir adoptés, aime à présumer que les changemens qui viennent d'être faits auront pour l'Helvétie les plus heureuses conséquences.»[9]

War es aber Zufall, dass die Franzosen gerade zu diesem kritischen Zeitpunkt zu einer eigennützigen Aktion schritten, indem sie die militärische Besetzung des Wallis einleiteten? So bewahrheitete sich einmal mehr Stapfers stehende Warnung, dass politische Zwietracht oder innere Schwächezeichen unweigerlich aussenpolitische Konsequenzen hätten. Am 30. Oktober wurde ihm nämlich, wie er sogleich nach Bern weitergab, von zuverlässiger Seite zugetragen, der französische General Turreau habe Befehl erhalten, das Wallis von Villeneuve bis Brig zu besetzen, das Gebiet der französischen Verwaltung zu unterstellen und sich dort auch den Unterhalt für 2000 Mann zu verschaffen.[10] Wohl kündigte er in seinem Rapport eine sofortige energische Demarche an. Jedoch:

> «Je vais faire à ce sujet les représentations les plus fortes; mais elles resteront, je le crains bien, sans succès. C'est l'article sur l'intégrité du territoire helvétique qui nous vaut cette mesure violente de la part du premier Consul. Il me reste peu d'espoir de l'en faire revenir.»

Bevor er sich noch näher mit den Vorgängen vom 27./28. Oktober in Bern befassen konnte, war also der helvetische Gesandte durch diesen Notfall absorbiert. Zudem betonten die föderalistischen Putschisten dem französischen Gesandten gegenüber ihren Versöhnungskurs und bezeugten der Schutzmacht eifrig ihre Reverenz. Wenn also auch Stapfer aus der wohltönenden Kundmachung der provisorischen Vollziehungsgewalt in Bern Mässigung, Versöhnlichkeit und echten Patriotismus herauslas, musste er diese Aktion als Weg zur Lösung der Krise betrachten.[11] Durch den Rückgriff auf das von ihm mitgestaltete Verfassungsprojekt von Malmaison hielt er die politische Grundlage der Helvetischen Republik für gesichert. So kam es, dass der überzeugte Unitarier in Paris gute Stimmung für den politischen Wechsel zuhause machte und damit wider Wissen und Willen eine Zeit lang die Sache der Föderalisten förderte. Noch ahnte er nicht, wie reaktionär sich nach kurzem deren Regierungspraxis anliess, bis ihn seine Gesinnungsfreunde darüber ins Bild setzten. Vorerst hob er also noch auf die ihm in Paris gestellten Fragen hauptsächlich die Aussicht auf eine Überwindung der Parteispaltung hervor sowie die offiziell bekundete Absicht, im neuen Senat die politisch verschieden ausgerichteten Vertreter zusammenzuführen und auf ein gemeinsames patriotisches Ziel zu verpflichten. Dies, meinte er, entspreche durchaus auch Bonapartes Erwartungen:[12]

> «C'est le dernier résultat surtout qui fait une bonne impression, puisque le Premier Consul l'a eu particulièrement en vue, et en France et dans tous les pays révolutionnés. Je souhaite donc sincèrement que tous les membres du Sénat acceptent l'honorable charge que le Conseil législatif leur a offerte, et qu'ils oublient leurs différens systèmes de constitution, pour ne s'attacher qu'à celle qui fut proclamée le 29 mai, et opérer par son moyen tout le bien que nous sommes en droit d'en attendre.»

Diese in Paris auch in die Öffentlichkeit getragene Meinung wurde Stapfer mehrfach missdeutet. Sachliche Prüfung wird jedoch seine auf den ersten Eindrücken

vom 27./28. Oktober basierende Stellungnahme durchaus rechtfertigen können und als konsequente Haltung des einzig um sein Land besorgten Patrioten ansehen. Was er unverdrossen nach allen Seiten vertrat, spricht etwa aus seinem Rapport vom 3. November an Bégoz:

> «[...] mettre un terme aux malheureuses scissions qui menaçaient les plus chers intérêts de la République et éteindre toutes les haines, en réunissant tous les partis et en ressuscitant toutes les espérance: mes réponses (à Talleyrand) courent toutes dans le sens de la note que j'ai cru devoir lui remettre hier.»[13]

Die beiden Anfang November kurz nacheinander von ihm an die Zentrale in Bern gerichteten Botschaften lassen erkennen, dass ihm, unter Absehung von eigenen politischen Ansichten, einzig die ja als Lippenbekenntnisse von den Siegern vorerst proklamierte Versöhnungspolitik sowie die Abwendung einer französischen Intervention ausschlaggebend schienen, und dies allenfalls selbst auf Kosten seiner eigenen Amtsstellung als Gesandter:

> «Heureusement que la sagesse de ceux qui ont dirigé le mouvement nous a fait sortir du labyrinthe sans avoir recours à la coopération immédiate de l'étranger, *et quelque soit le changement que la journée du 28 octobre amène dans ma position* [kursiv vom Verf.], je ne puis qu'en bien augurer pour mon pays, et je puis dire avec vérité que je la crois aussi salutaire dans ses effets, qu'elle a été nécessaire dans les circonstances où nous nous sommes trouvés [...] Il fallait une fusion des hommes et des systèmes et une constitution fortement garantie.»

Stapfer unterliess es nicht, am Schluss im Hinblick auf die gesamteuropäische Szene und auf den bevorstehenden Friedensschluss Frankreichs mit dem letzten Gegner England davor zu warnen, in einem befriedeten Europa, durch Bürgerkrieg gespalten, als Ruhestörer dazustehen:

> «Il faut espérer que cette révolution sera la dernière et qu'elle calmera enfin toutes les agitations. Il est temps d'en finir. Nous présentions, au milieu de la pacification générale de l'Europe, après le refroidissement de toutes les têtes et le retour de tous les hommes sages à des vues pratiques et médiatrices, un singulier spectacle à l'Europe civilisée. Livrés à des discussions interminables et sacrifiant une constitution réelle, doublement garantie, et par l'opinion publique et par notre puissant allié, à des abstractions théoriques dans un pays qui peut moins qu'aucun autre s'y prêter, nous risquions de perdre notre considération et la bienveillance des puissances européennes, et le moyen de nous replacer au rang que la nature et l'estime constante de l'Europe nous ont jusqu'ici assigné.»

Nicht nur Stapfers Gesandtschaftsberichten, sondern auch den einschlägigen französischen Akten entnimmt man, dass die von ihm zum Ausdruck gebrachte Einschätzung der Aktion vom 27./28. Oktober und die Hoffnung auf den politischen Ausgleich auch in der Korrespondenz zwischen Talleyrand und Verninac

ihren Niederschlag fand. Daraus zogen die neu eingesetzten helvetischen Behörden etwas voreilig den Schluss, die Regierung in Paris billige das Geschehene. Demzufolge sei ihre Machtstellung gesichert.[14]

III Als sich der föderalistische Regierungskurs allerdings deutlich abzeichnete und die Stimmen der verdrängten unitarischen Freunde zu ihm drangen, klärte sich auch für Stapfer im Lauf des Monats November 1801 das Bild der veränderten politischen Lage. Der Ministerkollege Rengger bestätigte die Andeutungen des Schwagers Schnell. Der allseits hoch geachtete helvetische Innenminister legte nämlich nach dem Staatsstreich zum Bedauern der neuen Regierung sein Amt sogleich nieder. Schon die vorangehenden wirren Verfassungsberatungen hatten ihn ja mit bösen Vorahnungen erfüllt.

«Obmutui steteruntque comae», schrieb er in Abwandlung eines Vergil-Verses angesichts der verfahrenen Lage nach Paris.[15]

> «Ich hatte einen Augenblick auf die Vereinigung der aristokratischen Partei mit den wahren Unitariern gehofft, weil sie bei uns Schutz gegen das Bauernregiment finden mussten; allein die Menschen sind wahrlich unheilbar.»

In der Folge hielt er Stapfer auf dem Laufenden über das neue Regierungspersonal und den zunehmenden Reaktionskurs:[16]

> «Ihr Schwager hat Sie ohne Zweifel bereits von Redings Ernennung zum ersten und Frischings zum zweiten Landammann benachrichtigt. Rathschreiber Thormann ist Staatssekretär und von Diessbach von Carouge sollte als ausserordentlicher Gesandter heute nach Paris abreisen.»

Dann gab auch er, zwar unter Einschränkung, einen Hinweis auf Stapfers gefährdete Position:

> «Sie wird man nicht abrufen, bis man gewiss ist, dass ein Anderer angenommen wird.»

Renggers überlegene und gefasste Berichterstattung steht in deutlichem Kontrast zu den gleichzeitigen flammenden Protesten Usteris, der gewaltsam vom Vorsitz im Vollziehungsrat verdrängt worden war und mit seiner republikanischen Zeitung unter scharfen Zensurdruck geriet. Seine Briefe nach Paris verraten darum einen tiefen Groll,[17] während Rengger der anfänglich positiven Reaktion Stapfers auf die noch undurchsichtige Aktion der Föderalisten durchaus zugute hielt, «man sehe wohl die Dinge ganz anders an, wenn man selbst dabei und drinnen, als wenn man draussen sei». Doch dann ging auch er mit dem frisch gewählten Senat ins Gericht:

> «Der Senat setzt sich über alle Formen weg, hebt Gesetze auf und macht andere nach Gefallen. Alles ohne Ausnahme, was im Druck erscheint, soll die Zensur der Regierungsstatthalter vorher passiren. Man würde gern eine vollständige Schreckensregierung einführen, wenn man die Mittel dazu hätte.»

Die Stimmung im Volk gab er als verhalten an:

> «In den Kantonen ist stilles Murren, aber keine Bewegungen [...] Das Volk hält die Regierung von Gott, das heisst von Frankreich eingesetzt, und das hält sie.»

Seiner eigenen Unitariergruppe aber schreibt er eine gewisse Resignation zu:

> «So gewiss wie wir den 28. Weinmonat vorausgesehen haben, hätten wir ihn ohne Mühe abwenden können. Aber dann wären wir in den Händen der entgegengesetzten Partei gewesen, und ich mag so wenig von der einen wie von der andern. Es ist Zeit, dass die Wenigen, die sich bis dahin in die Mitte zwischen beide gestellt hatten, nicht länger das Opfer seien, sondern die beiden Extreme sich einmal unmittelbar berühren lassen.»

Von der gemeinsamen Ministerzeit her wusste Stapfer, dass man sich auf Renggers unbestechliches Urteil verlassen konnte. Dieser, vorerst von den mühseligen Amtspflichten entbunden, sollte allerdings nicht ohne Zutun seines Freundes doch bald wieder in eine politische Spitzenfunktion berufen werden.[18] Rengger und Usteri setzten angesichts des zunehmenden föderalistischen Drucks ihre ganze Hoffnung auf den Pariser Gesandten. Sie wussten wohl, dass das Schicksal der Helvetischen Republik letztlich von Napoleon Bonaparte und Talleyrand abhing. Die Unitarier hätten, so Usteri, gleich nach dem Staatsstreich einen Delegierten nach Paris senden wollen. Seine Meinung dagegen sei:

> «[...] wenn gegenwärtig für die ganze Sache etwas getan werden kann, Sie allein, mein verehrtester Freund, es tun können und werden, sei es, dass Sie an Ihrer Stelle bleiben, oder – was viel wahrscheinlicher ist – von derselben entfernt werden. Wenn durch Aufklärung über Sachen oder Personen etwas bei der französischen Regierung zu leisten ist, so können Sie das allein tun, und Ihre Freunde rechnen auf Sie.»

Dass die politischen Gegner ihre Hoffnung auf Stapfer setzten, trieb vor allem die Berner Aristokraten an, ihn vom Gesandtenposten zu verdrängen. Deshalb bemühte sich Staatssekretär Thormann, sein neuer Vorgesetzter, zunächst den patrizischen Standesgenossen Bernhard Gottlieb Isaak von Diesbach-Carouge (1750–1807) nach Paris zu delegieren. Dabei stiess er jedoch unerwartet auf den Widerspruch des französischen Gesandten Verninac. Dieser beobachtete nämlich zuerst einmal, ohne auf die wohltönende Proklamation zu achten, die konkreten Massnahmen der von Frankreich noch keineswegs anerkannten neuen helvetischen Regierung und kam im Verlauf des November zu einer äusserst kritischen Einschätzung des reaktionären Kurses der Föderalisten. Denn dieser stand offensichtlich im Widerspruch zur französischen Mahnung zu Mässigung und Aussöhnung der Parteien. Talleyrand selber äusserte seinen Unwillen über den Plan mit Diesbach:

> «Quant à l'envoi d'un ministre à Paris, cette intention prouve l'inexpérience du gouvernement nouveau; car, pour qu'un ministre soit recon-

nu, il faut que son gouvernement le soit; et pour la Suisse spécialement, il conviendrait que le gouvernement français fût sondé sur le choix du ministre qui devrait lui être envoyé, avant que ce choix fût définitivement déterminé.»[19]

Dies bekräftigte die Feststellung Verninacs: «Stapfer restera en place». Rengger vertrat die Ansicht, man sollte den Franzosen ein objektives Urteil über die Lage in Helvetien vermitteln:

«Vielleicht könnte es was helfen, wenn die französische Regierung einen unbefangenen Mann selbst bezeichnete, der ihr über unsere gegenwärtige Lage Auskunft gäbe und ihre künftigen Schritte dadurch bestimmte; obgleich ich immer überzeugt bin, dass für die allgemeine Sache niemand besser das Wort führen kann wie Sie; aber auch Sie würden dazu besser in den Stand gesetzt, wenn Sie auf diese Weise den wahren Zustand der Dinge genau erführen.»[20]

Stapfer hatte zu diesem Zeitpunkt, auch aus der Ferne, «den wahren Zustand der Dinge» in Folge des 28. Oktober durchaus erfasst.

IV Die Gesandtschaftsberichte aus Paris geben in der Folge neue Hinweise auf die Beurteilung der Schweizer Angelegenheiten in französischen Regierungskreisen. Wie ein Blitz schlug aber namentlich eine harsche öffentliche Schelte durch den Ersten Konsul ein, der sie in einen Rechenschaftsbericht zum Stand der Französischen Republik vor einer Parlamentskammer einflocht. Stapfer führte diese Unmutsäusserung auf den Ärger Bonapartes zurück, dass sein Konstitutionsvorschlag in der Schweiz so kühle Aufnahme gefunden hatte. Er rapportierte nach Bern:[21]

«Vous sentirez surtout ce que veut dire l'épithète *froidement écoutés* dans la bouche de l'arbitre des destinées de l'Europe, qui, au milieu des occupations innombrables qui l'environnent, avait consacré un temps considérable et un soin particulier à l'examen des différens plans d'organisation sociale qui pourraient nous convenir, et qui a vu son temps et ses soins perdus par les opérations de la Diète.»

Keimte bei diesen Worten in Stapfer nochmals die Hoffnung auf, eine Rückbesinnung auf das Projekt von Malmaison könnte jetzt seinem Land die ersehnte politische Konsolidierung bringen? Zwischen den Zeilen riet er nämlich den neuen Regierungsmännern:

«Il y a lieu d'espérer que la sagesse de notre gouvernement actuel et son empressement à réaliser la constitution que Bonaparte croit adaptée à nos besoins, et qui par là même a une garantie qu'on chercherait en vain dans un autre projet quelconque, ramèneront peu à peu le héros à des sentimens de bienveillance plus prononcés envers les autorités de l'Helvétie. Bonaparte déteste les changemens et innovations perpétuelles, qui empêchent qu'aucune partie du service public ne prenne de la consis-

tance et n'affermisse sur ses bases. Il n'est pas homme à revenir sans cesse sur ses premières idées.»

Zu vermerken ist übrigens, wie der Diplomat Stapfer für Bonaparte Bezeichnungen wählt, die dem rastlos tätigen Ersten Konsul während seiner staatsmännisch produktivsten Jahre gelten, «l'arbitre des destinées de l'Europe», oder der friedensstiftende «héros». Dessen offen bezeugter Missmut über den Gang der helvetischen Politik mag den am 21. November vom parteimässig einseitig dominierten Senat zum Ersten Landammann gewählten *Aloys Reding* (1765–1818) veranlasst haben – sein Kollege als Zweiter Landammann wurde der Berner Patrizier *Johann Rudolf Frisching* (1761–1838) –, dem Ersten Konsul nicht nur umgehend in verbindlichstem Ton seine Wahl anzuzeigen, sondern wenige Tage später den Entschluss zu fassen, persönlich in Paris vorzusprechen.[22] Es galt, Vertrauen zu schaffen für die politische Neuausrichtung in Helvetien; denn der französische Gesandte Verninac, verärgert über die Hintansetzung des den Franzosen ergebenen Dolder, kritisierte (wie schon mehrmals erwähnt) als misstrauischer Beobachter die Wahlen an die Spitze der Regierung und brandmarkte in seinen Berichten die politischen Säuberungen. Dies dürfte den Anlass zu Bonapartes Scheltrede gegeben haben, und Talleyrand äusserte seinerseits:

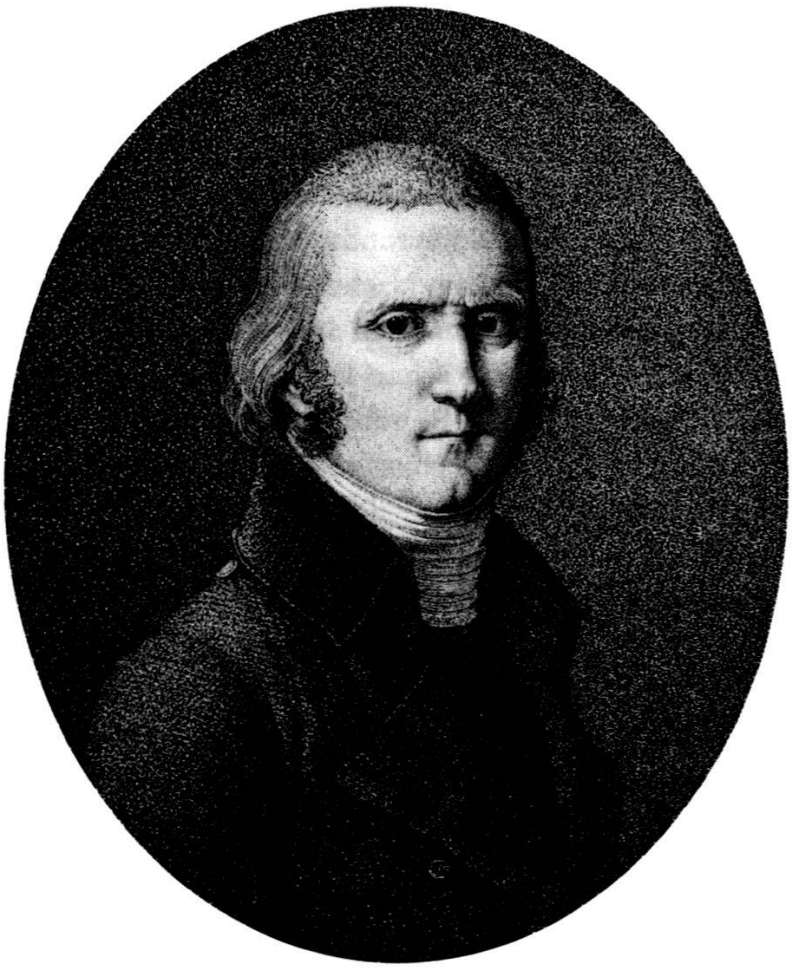
«[...] les divisions de la Suisse ont fait une impression désastreuse; on souhaite qu'elle mette fin à ses dissensions et trouve un gouvernement énergique.»[23]

Dieser grundsätzlichen Feststellung folgten detaillierte Vorhaltungen:

«Des choix trop exclusifs pour les deux premières places de ce gouvernement font justement craindre que l'esprit de parti, qui a influé sur ces élections, ne s'empare de la direction des mesures qui restent à prendre pour l'organisation de l'Helvétie.»

Vom Aspekt der drückenden und demütigenden Fremdherrschaft her kann man die Helvetik als einen Tiefpunkt der Schweizer Geschichte ansehen und die Machtspiele Napoleon Bonapartes und seines Ministers Talleyrand entsprechend verurteilen. Ihrem Bestreben, den nicht ohne Verschulden der inneren Faktionen zerrütteten Vasallenstaat damals zu befrieden und zu stabilisieren, wird man allerdings ein gewisses Verdienst kaum absprechen. Ihre nach dem dritten Staatsstreich erfolgten dringenden Vorschläge basierten gedanklich auf der vom französischen Konsularregime praktizierten Fusion der Parteien. Stapfer nahm seinerseits die Anregung zu dem so genannten Amalgam eifrig auf, weil er um das Schicksal seines gespaltenen Landes bangte. Sein erster Bericht an den neuen Vorgesetzten aus der ehemaligen Berner Regentenkaste ging in diese Richtung und prangerte ohne Scheu die schon von Talleyrand getadelte reaktionäre Politik der Föderalisten an:[24]

«Je dois vous prévenir, Citoyen Secrétaire d'Etat, que tous les membres du gouvernement français parlent sans cesse de la fusion si nécessaire des hommes de tous les partis, et qu'ils paraissent ne pas trouver dans les



Aloys Reding (1765–1838), Schwyzer Militär und Politiker. Lithografie von Balthasar Anton Dunker nach einem Gemälde von Felix Maria Diogg.

> nominations faites en Suisse pour chaque classe sociale cette garantie de ses intérêts contre les préventions ou les empiétemens des autres, qui est aujourd'hui par tous les publicistes reconnue indispensable pour constituer un gouvernement stable, libéral et populaire.
>
> Je m'efforce à détruire les préjugés conçus; mais je crains que le grand mouvement qu'il y a eu dans les places, par des démissions ou des destitutions qui tendent à n'offrir que des hommes de la même couleur, mouvement qui est essentiellement contraire aux principes que le Premier Consul a constamment suivis en France, et qu'il désirerait voir adoptés dans toutes les Républiques alliées, n'empêche le gouvernement français de donner à celui de l'Helvétie tout l'appui et tous les encouragemens qu'on aimerait à lui voir accorder.»

Er schloss seinen Bericht mit einer Anspielung auf die baldige Ankunft des am Tag vorher aus Bern nach Paris abgereisten Landammanns Reding:

> «Quant à moi, je dis partout que je suis fier de voir à la tête de ma nation l'homme qui le dernier a defendu son indépendance contre l'étranger, et

les membres du gouvernement français sont assez justes, ont des sentimens assez élevés pour me tenir gré de ce langage.»

Die deutliche Spitze gegen die Invasoren von 1798 nahmen also die Männer des Konsularregimes offensichtlich dem Gesandten nicht übel. Ihm aber war jetzt im Landesinteresse daran gelegen, zum Gelingen von Redings Mission beizutragen, weil angesichts von Talleyrands Abneigung gegen die neue helvetische Regierung ein Rückschlag zum Nachteil der Schweiz zu befürchten stand. Hatte doch der französische Minister noch am 5. Dezember in einem Schreiben an Verninac das Staatsstreichregime scharf kritisiert:

«Le ministre de la République française ne peut plus garder le silence sur de tels écarts, et vous êtes expressément autorisé à faire connaître sur tous ces objets la surprise, la désapprobation et le mécontentement de la République.»[25]

Folge davon war, dass Reding seinen Pass nach Paris von Verninac nicht als Erster Landammann ausgestellt bekam, sondern lediglich als Privatmann – immerhin als «personne de la plus haute considération» –, was so viel wie Nichtanerkennung seiner Regierung besagte. Nicht gerade klug war übrigens, dass er sich von dem als Ersatz für Stapfer vorgesehenen Berner Aristokraten Diesbach begleiten liess, den man vorgängig vergeblich als Sonderemissär nach Paris hatte delegieren wollen und dem Verninac den Pass verweigert hatte. Für Redings Unternehmen standen somit vorerst die Zeichen nicht eben verheissungsvoll. Immerhin schien Bonaparte als Militär nicht abgeneigt, den hartnäckigen Verteidiger von Rothenturm und Schindellegi persönlich kennen zu lernen. Dies kam denn auch an einer öffentlichen Audienz jener Tage mit Stapfer zur Sprache, und der unitarisch gesinnte Gesandte zollte um der nationalen Sache willen dem Föderalisten Reding auch hier Lob.[26]

«Après dîner il [Bonaparte] m'honora d'une longue conversation dans laquelle je me plus à lui donner la plus haute idée possible des vertus et de l'énergie de notre Premier Landamman, afin de l'engager à donner à sa démarche et aux demandes qu'il lui adresserait toute l'attention que la nation helvétique espère lui voir prêter.»

Staatssekretär Thormann hatte Stapfer bereits beauftragt, für einen Empfang Redings beim Ersten Konsul zu sorgen. Vorgängig kam es zu einem Treffen mit Talleyrand. Stapfer meldete am 11. Dezember zum Stand der Dinge:[27]

«Avant-hier le ministre Talleyrand a reçu notre premier Landamman et le citoyen Diesbach. Il s'est engagé à leur procurer au premier jour une entrevue avec le premier Consul; il a assuré le citoyen Reding qu'il inspirait un grand intérêt à Bonaparte, et que ce dernier serait charmé de prendre de lui les renseignements exacts et détaillés sur l'état actuel de la Suisse. Voilà donc nos affaires en bon train, et nous avons lieu d'en espérer un dénouement aussi prompt que satisfaisant. J'aurai soin de vous tenir au courant des progrès de la négociation importante dont

> le premier Landamman a eu le courage patriotique de se charger lui-même.»

So verlief der Auftakt zu Redings Pariser Mission unter Assistenz Stapfers. Ein paar Tage später rapportierte dieser nach der ersten Audienz des Landammanns über eine gemeinsame Beratung:

> «Nous nous sommes concertés sur les demandes à former, et j'ai la satisfaction de vous assurer que nos affaires sont en bon train. La démarche du premier Landamman flatte Bonaparte et amènera certainement d'heureux résultats.»[28]

V Stapfers knapp gehaltene, sachliche Rapporte zu diesem Zeitpunkt machen die persönliche Distanz zum neuen, ihm nicht wohlgesinnten Vorgesetzten deutlich. Die geschrumpften Gesandtschaftsberichte lassen natürlich seine heikle Gratwanderung während Redings Pariser Mission nicht ahnen. Nach aussen zollte der Gesandte auch im Landesinteresse dem amtierenden helvetischen Regierungshaupt formellen Respekt. Doch stand diese Pflichtleistung in diametralem Gegensatz zu seiner persönlichen politischen Gesinnung als Unitarier und zur Solidarität mit den Freunden. Hatte der Landammann in Paris Erfolg, so musste dies die Föderalisten stärken. Ihn zu diskreditieren, hätte aber auch dem Land Schaden bringen können. Ausserdem sickerte durch, Bonaparte sei begierig, den reputierten schweizerischen Militärführer näher kennen zu lernen. Als Patriot musste Stapfer folglich die von ihm selber im Vorfeld angesprochenen «heureux résultats» für die Schweiz erhoffen. Blieb ihm als dem diplomatischen Vertreter also überhaupt eine andere Wahl, als den Landammann der französischen Regierung zu empfehlen, die dem neuen Regierungskurs in Bern misstraute? Einzig hinter den Kulissen vermochte er den unitarisch-liberalen Flügel zu stärken, wenn er auch, nach den eigenen Worten, bei bestimmten Persönlichkeiten in Paris die föderalistisch-reaktionäre Politik «odiös» zu machen suchte. Als er nämlich Mitte November deren wahren Charakter erkannt hatte, schrieb er Usteri:[29]

> «Hätte ich der ersten Bewegung gefolgt, so hätte ich meine Entlassung begehrt. Allein nach Überlegung sah ich ein, dass damit gar nichts geholfen ward und dass dann niemand übrig bleiben würde, um den Faden wieder anzubinden.»

Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist wohl Stapfers diplomatische Taktik nach der Ankunft Redings in Paris zu beurteilen. Was allerdings die oben erwähnte geschrumpfte Gesandtschaftskorrespondenz nicht erahnen lässt, entnimmt man einmal mehr dem vertraulichen privaten Briefwechsel, diesmal mit Albrecht Rengger. Zur Ausgangslage von Redings Mission vertraute er dem Freund am 6. Dezember seine Besorgnis darüber an, dass der ehemalige französische Gesandte Reinhard jetzt in Paris Reding, Erlach, Diesbach, Thormann und andere als Freunde Frankreichs ausgebe und sie allein für fähig halte, in der Schweiz Ruhe zu schaffen. Dem schenke sogar Talleyrand Glauben.[30] Und jetzt erfolge

«die Eskapade von Reding». Wörtlich: «Sie gefällt Bonaparte zuverlässig wegen des Romanesken. Auch ist er schon lange für ihn als Helden eingenommen.» Wie aber wäre es, wenn man in seiner Abwesenheit das Rad zurückzudrehen suchte? Stapfer entwickelt ein illusionäres Szenarium:

> «Das Einzige Gute, was aus diesem Theaterstreich [Redings] hervorgehen kann, wäre eine neue Revolution in Redings Abwesenheit. Allein dazu seid Ihr zu moralisch, zu wenig Revolutionsmänner, zu vereinzelt und zu wenig geneigt, Euch Dolders etc., kurz aller derjenigen zu bedienen, ohne welche eine solche Veränderung nicht zu Stande kommen kann. Wollt Ihr etwas versuchen, so hat Marcel Geld. Braucht's dazu. Ihr werdet Euch aber alle lieber, so wie ich Euch kenne, einzeln und nach und nach erwürgen lassen, als einen Versuch zu machen.»

Was ihn zu diesem Gedankenspiel bewog, mit dem er gewissermassen eine Aktion vorausnahm, die ein paar Monate später als vierter, diesmal eben unitarischer Staatsstreich in den Annalen steht, das war die Annahme, im Augenblick wäre die Stimmung in französischen Regierungskreisen für eine unitarische Gegenbewegung noch günstig. Nur, schränkte er ein:

> «Redings Ankunft kann wieder vieles verderben. Habt's an Euch, wenn Ihr seine Abwesenheit nicht benützt!»

Am 6. Dezember, als Stapfer dieses Schreiben im Hinblick auf Redings unmittelbar bevorstehende Ankunft verfasste, hatte er die im offiziellen Rapport vom 7. nur kurz gestreifte «longue conversation après dîner» mit dem Ersten Konsul. Vom Inhalt dieser Unterredung erfuhr jedoch Staatssekretär Thormann nichts Substanzielles, wohl aber wiederum Rengger. Am 17. Februar 1802, einen Monat nach Redings Abreise, vertraute Stapfer dem Freund aufschlussreiche Einzelheiten an, angefangen von jenem Audienztag.[31] Einleitend bemerkte er:

> «Ich benütze, mein lieber Freund, die sichere Gelegenheit des Bürgers Vidal, um einige historische Notizen nachzuholen, die für Sie nicht ohne Interesse sein können, weil sie auf das Betragen des französischen Hofs vielleicht einiges Licht werfen.»

Dem eigentlichen Bericht über sein langes Audienzgespräch schickte er noch voraus, wie er sich bemüht hatte, in Paris den Staatsstreich vom 28. Oktober «in seinem wahren Lichte» darzustellen. Schliesslich habe sich am 6. Dezember die Gelegenheit ergeben, sich auch gegenüber Bonaparte nach Tisch «ausführlich und sehr freimüthig» zu erklären.

> «Er hörte mir aufmerksam zu und fragte mich am Ende, was ich denn für das beste hielte? Ich antwortete, Zusammenberufung einer Tagsatzung und einstweilige Wiedereinsetzung des Vollziehungsraths. Darauf antwortete er kein Wort, schüttelte aber den Kopf, und fragte mich dann: was *Reding* für ein Mann wäre und warum er nach Paris käme? Ich lobte Redings Personalcharakter, schilderte ihn aber als einen Partheiführer und äusserte, das Beste wäre, wenn er, Bonaparte, ihm keine Audienz

gäbe. Er sagte: ‹Wir wollen sehen; ich werde mit Bürger Talleyrand davon sprechen›, und ging fort.»

Hier stösst man auf einen seltsamen Widerspruch: Stapfer lobt Reding als charaktervolle Persönlichkeit, ganz im Sinn der oben bereits erwähnten Aussagen. Im gleichen Atemzug kritisiert er ihn als Parteiführer. Laut Gesandtschaftsrapport an Thormann verspricht er sich von dessen Verhandlungen in Paris Vorteile für die Schweiz, rät aber dem Ersten Konsul, den föderalistischen Staatsstreich rückgängig zu machen und den Landammann gar nicht erst zu empfangen. Offensichtlich stand er in einem Spannungsverhältnis, aus dem er sich nicht leicht zu lösen vermochte. In seinem Eifer für die unitarische Sache verrannte er sich recht eigentlich und merkte den Fehler erst dann, als der hoch gestellte Gesprächspartner einsilbig wurde und ihn stehen liess. Man höre, wie er sich nachträglich selber zensierte:

«Die Unterredung hatte lange gedauert und ich hatte tüchtig expektoriert – leider nur zu viel. Denn anstatt mich zu begnügen, die ehemaligen Machthaber als Anhänger Österreichs und arge Contrerevolutionäre zu schildern, sprach ich auch ein langes und breites über die Nothwendigkeit, die helvetische Nation über die Dauer einer wahren Volksrepräsentation zu beruhigen, und klagte die Majorität des Senats der Feindschaft gegen das Stellvertretungssystem an. Als ich nachher unserm Gespräch wieder nachdachte, so hätte ich mich abprügeln mögen, so ganz vergessen zu haben, dass in Bonapartes Augen eine wirkliche Volksrepräsentation ein Greuel ist, und sein Zweck dahin geht, dieses System überall zu untergraben und auszurotten. Auch sah ich sogleich, dass er von dem Augenblick an weniger freundlich aussah und einsilbig wurde.»

Hier war dem Diplomaten Stapfer in vermeintlich gerechter Sache ein Fehler unterlaufen, als er vor dem Respekt gebietenden französischen Staatslenker «expektorierte» und damit dessen Missfallen erregte. Am folgenden Tag, dem 7. Dezember, eben da Reding in Paris ankam, suchte er Talleyrand auf. Gleich beim Eintritt rügte dieser sein Verhalten vom Vortag:

«Le premier Consul m'a raconté toute votre conversation. Vous allez beaucoup trop loin; ces gens ne s'annoncent point comme des factieux ainsi que vous les dépeignez. Quant à la convocation de la diète, cela est impossible. On ne peut pas non plus culbuter le Sénat, parce que le premier Consul ne veut point user d'autre moyen chez vous que de donner des conseils; mais il exigera qu'il entre quelques hommes libéraux dans le gouvernement. Nous en conviendrons ici. En attendant tâchez de vous arranger avec Monsieur Reding. Le premier Consul a une grande estime pour cet homme.»

Wollte ihn der Aussenminister über Bonapartes Absichten täuschen, der ja an der Audienz noch offen erklärt hatte, er sei auf dem Punkt gewesen, den Staats-

streich der Föderalisten zu desavouieren? Jetzt aber sehe es so aus, als ob Reding gut aufgenommen und der neue helvetische Senat anerkannt werde. Stapfer stand ratlos da.

> «Und wie in aller Welt hätte ich die obigen, mir wörtlich noch in den Ohren klingenden Ausdrücke anders verstehen sollen? In dieser Voraussetzung bestärkte mich bald darauf die ausgezeichnete Achtung, mit der man Reding hier aufnahm, sogleich zur Audienz liess, während die Gesandten der mächtigsten Höfe oft monatelang warten müssen, und ihm zu allem Hoffnung machte, was er von der französischen Regierung verlangte.»

Damit hatte er sich abzufinden und konnte höchstens versuchen, grösseren Schaden von den Unitariern abzuwenden.

> «Ich glaubte also von dem Augenblicke an, den Plan der Wiederherstellung des Status quo vom 28. Oktober als chimärisch aufgeben zu müssen und mich darauf zu beschränken, die Vermehrung des Senats auf die möglichst erspriessliche Art zu leiten.»

Die Zweideutigkeiten, in die sich Stapfer verstrickt fand, müssen ihn, stellt man seinen integeren Charakter in Rechnung, schwer belastet haben. Sonst hätte er in dieser Rückschau, um deren Mitteilung an Usteri er den Adressaten Rengger bat, nicht mit den Worten geschlossen: «Ich bin so krank und muthlos, dass mir jede Ersparung einer Zeile Wohlthat ist.»

Immerhin fiel ihm gleich nach Beginn von Redings Werbetour eine wichtige Rolle zu. Die französische Regierung stellte nämlich als Vorbedingung für weitere Verhandlungen, dass die Föderalisten zur Überwindung der Parteispaltung eine Anzahl Unitarier in die Oberbehörden aufzunehmen hätten. Stapfer bekam die Möglichkeit, beim Auswahlverfahren lenkend einzugreifen. Darüber liest man im Brief an Rengger noch:

> «Talleyrand schien geneigt, auf Redings Vorstellung nur fünf neue Mitglieder, und zwar bloss in den Senat aufzunehmen. Mein Bestreben ging also dahin, theils die Zahl zu vermehren, theils die Neueintretenden an bedeutendere Stellen zu bringen, theils endlich die Auswahl auf fähige und achtungswerthe Männer hinzulenken.»

So war es kein Zufall, dass der allerseits geachtete ehemalige Innenminister Rengger an der Spitze der Liste stand. Dennoch verrät Stapfer am Schluss eine gewisse Resignation:

> «Ich weiss nur zu wohl, mein lieber Freund, dass dies alles nur Flickerei ist. Allein dem abscheulichen Reactionssystem ist doch vor der Hand gesteuert, und wir gewinnen Zeit, was die Hauptsache ist.»

Stapfers Rückblick vom 17. Februar 1802 liefert zur Erkundungstour Redings in Paris als eine Art Schlüsseldokument aufschlussreiche Angaben, lässt aber auch ahnen, dass dabei seine Position nicht ungefährdet war. Die nach diesem Auftakt beginnenden Verhandlungen des Landammanns und seines Begleiters und Auf-

passers Diesbach dauerten fünf Wochen, vom 7. Dezember 1801 bis 9. Januar 1802. Allerdings waren die beiden massgebenden Gesprächspartner Bonaparte und Talleyrand zeitweise abwesend, da in Lyon die Cisalpinische Consulta tagte, die am Schluss den Ersten Konsul zum Präsidenten der République Italienne wählte, was in der Schweiz bei manchen «ernstliche Bedenklichkeiten» erregte.

VI Redings Mission ist eine wichtige Episode der Helvetik-Jahre. Was dabei Stapfer angeht, wird aus biografischer Sicht im Folgenden nur näher auf dasjenige eingegangen, was ihn als Gesandten unmittelbar anging, auf seinen Anteil am Gang der Verhandlungen und seinen Einfluss auf bestimmte Ergebnisse.[32] Zu Beginn muss ihn der ohne Bedenken vollzogene abrupte Stimmungswandel bei den französischen Machthabern gegenüber dem föderalistischen Regime nicht wenig in Verlegenheit versetzt haben. Bei Reding hingegen weckte der wohlwollende Empfang kühne Hoffnungen und bewog ihn dazu, sogleich einen ganzen Katalog von Forderungen aufzustellen, allem voran die Anerkennung der neuen helvetischen Regierung. Von französischer Seite kam dagegen als eine Art Vorbedingung die oben bereits kurz gestreifte Forderung, den helvetischen Parteienstreit durch eine Art Amalgam zu beruhigen.

Bei dieser Frage kam Stapfer zum Zug und legte Gewicht auf die Berufung «fähiger und achtungswerther Männer» seiner politischen Ausrichtung in die Behörden. Die Akten in französischen Archiven geben Einblick, wie er vorangehend Talleyrand über die einseitige politische Zusammensetzung des nach dem 28. Oktober ernannten Senats informierte. So monierte er in einer Eingabe Mitte Dezember vielsagend:[33]

> «Il ne se trouve donc dans le Sénat aucun des hommes distingués du parti libéral, aucun homme à caractère attaché au nouveau régime, aucun de ces hommes éclairés, qui étaient considérés comme les chefs des républicains modérés.»

Auf die französische Forderung hin verpflichtete sich Reding dazu, sechs profilierte Unitarier als neue Mitglieder in den Senat und die Exekutive aufzunehmen. Interessant ist, dass bei den Beratungen der Landammann mit Stapfer hinsichtlich dreier Kandidaten durchaus einig war, nämlich was Rengger, Rüttimann und Schmid betraf. Aus Stapfers Vorschlägen übernahm man Escher und Kuhn. Zu Talleyrand machte er die vielsagende Bemerkung:

> «J'ose garantir que Reding est dans le fond dans mes idées. Mais les mouvemens de son cœur ne sont pas entièrement libres.»

Vermutlich wollte er damit andeuten, der den Landammann assistierende starre Berner Patrizier Diesbach sei anders gesinnt.

Bei den nachfolgenden Besprechungen über Verfassungsfragen blieb diesem zu seinem Verdruss nicht verborgen, dass Stapfer die territoriale Gliederung der Schweiz betreffend, wie schon beim Malmaison-Projekt, die beiden von Alt-Bern abgetrennten und neu geformten Kantone Léman [Waadt] und Aargau – dieser

Stapfers und Renggers Heimatkanton – von Frankreich garantiert sehen wollte.[34] Die unitarisch-helvetischen Republikaner erblickten eben in den so genannten enragés, den reaktionären Berner Patriziern, die wahre Gefahr für die neue politisch-soziale Ordnung der Eidgenossenschaft. Dies umso mehr, als sie nach dem 28. Oktober mehr und mehr ihre wahren Absichten enthüllten. Vielleicht war ein übermächtiges Bern auch einem Reding nicht ganz geheuer. Als der über gewichtige persönliche Verbindungen verfügende Stapfer in Paris den Rückwärtsgewandten so wirksam entgegenarbeitete, suchten sie ihn sogar mit verlockenden Versprechungen – ein hohes Amt, vielleicht die Schultheissenwürde in Bern! – zu ködern. Vergeblich. Dies schärfte ihren Grimm und führte vermutlich auch zu der in der Folge auftretenden scharfen Spannung zu Staatssekretär Thormann, seinem Vorgesetzten.

Nach den mehrere Wochen geführten, bisweilen zähen Unterhandlungen fasste Reding Anfang Januar 1802 zuhanden von Bonaparte seine Begehren in einem so genannten Ultimatum, einem Überblickspapier, zusammen. Jedoch musste er sich trotz allen mündlichen Zusicherungen in den Audienzen des Ersten Konsuls schliesslich damit begnügen, statt bindender Verträge, entsprechend raffinierter Taktik, bloss Noten in Form von Entwürfen entgegenzunehmen, woraus unschwer abzulesen war, dass beispielsweise hinsichtlich der Rückgabe abgetrennter Grenzgebiete oder materieller Entschädigungen oder gar des Abzugs der französischen Besetzungstruppen alles offen gelassen wurde. Man spielte in Paris offensichtlich auf Zeit. Trotzdem wurden die beiden Schweizer Emissäre bei ihrer Rückkehr am 17. Januar 1802 in Bern unter Glockengeläute empfangen.[35]

Es ist hier hervorzuheben, dass es während dieser Konferenzen ausser um die Befriedung der helvetischen Innenpolitik und politische Organisationsfragen insbesondere auch um die brisante Walliser Frage gegangen war, um die von Bonaparte unbedingt begehrte Sicherung der strategischen Verbindung von Frankreich nach Oberitalien. In den französischen Akten ist die Rede von einem «long débat» über die Abtretung des linken Rhoneufers bis Brig und zur Simplonstrasse. Auf Redings Einwände lautete schliesslich im Rapport die vom Ersten Konsul genehmigte unbestimmte Formel:

> «Il a déclaré qu'il désiroit qu'aujourd'hui la question du Valais restât indécise; que la seule chose que le gouvernement de la République désirât irrévocablement étoit d'avoir une route.»[36]

Im Hochgefühl über Bonapartes Wohlwollen sahen die helvetischen Politiker über die begonnene Drangsalierung ihrer Walliser Landsleute und Patrioten hinweg. Und auch Stapfer in Paris ahnte noch nicht, welche Last ihm in der Folge mit dieser ungelösten Frage aufgebürdet war. Aber nicht nur dies; denn nicht weniger Mühseligkeiten erwuchsen ihm danach aus der skrupellosen französischen Hinhaltetaktik bei der Einlösung der dem gutgläubigen Reding in der Abschiedsaudienz vom 7. Januar 1802 von Bonaparte gemachten mündlichen Zusicherungen. All dies sah er nicht voraus, als auch er nach Redings Abreise die Ergebnis-

se der Mission in seinem Bericht vom 10. Januar so zuversichtlich kommentierte:[37]

> «Je me bornerai donc à vous dire que le premier Landamman a reçu à son audience de congé, de la bouche de Bonaparte, en présence du citoyen Hauterive, la confirmation des promesses qu'il lui avait faites lors de sa première entrevue, devant le ministre Talleyrand. En conséquence de ces déclarations réitérées il ne doit plus rester aucun doute qu'après que l'augmentation des membres du Sénat que le gouvernement français exige, aura eu lieu, nous obtenions et l'évacuation de l'Helvétie par les troupes françaises et le rétablissement de notre neutralité et la restitution des contrés helvétiques de l'ancien évêché de Bâle et tous les avantages particuliers dont les deux notes que le citoyen Reding a remises au ministre des Relations extérieures, en date du 20 Décembre, contiennent l'énumération. – Si le préjugé ou une méfiance déplacée faisait révoquer en doute la réalité des intentions du premier Consul, il faut dire aux incrédules que les citoyens Talleyrand et Hauterive ont été l'un et l'autre témoins de la conversation du Consul avec le premier Landamman, et que ce dernier, se référant aux promesses de Bonaparte dans les différentes conférences qui ont eu lieu au département des Relations extérieures, et aux-quelles j'ai pris part, ces citoyens sont convenus de l'exactitude des allégations du premier Landamman, que citoyen Hauterive surtout a été surpris d'entendre le premier Consul articuler ses promesses d'une manière beaucoup plus positive qu'il n'avait d'abord paru croire, avant d'en être lui-même le témoin.»

Hätte Stapfer das Ergebnis von Redings Mission als Augenzeuge der Schlussaudienz denn anders beurteilen können im offiziellen Rapport? Gewisse Bedenken angesichts des Fehlens bindender schriftlicher Vereinbarungen hielt er jedenfalls zurück. Wer hätte es auch wagen wollen, die mündlichen Zusicherungen des Allgewaltigen, vor mehreren Ohrenzeugen abgegeben, offen in Zweifel zu ziehen? Einen unvermuteten Stimmungswandel Bonapartes erfuhr Stapfer am eigenen Leib, als ihn dieser in der unmittelbar vor der Verabschiedung Redings stattgefundenen öffentlichen Audienz des diplomatischen Korps kalt überging und entgegen seiner Gewohnheit keines Wortes würdigte. Der Betroffene sah seine Stellung aufs Höchste gefährdet. Daher bat er Talleyrand gleichen Tages schriftlich um eine Erklärung. Er äusserte die Vermutung, der Konsul habe ihm wohl übel genommen, dass er sich Redings Stellungnahmen angeschlossen und damit einen politischen Seitenwechsel vollzogen habe.[38] Dies bedeute jedoch keineswegs Verrat an seiner Partei, am «parti de la Révolution», sondern er habe Reding in Vertretung der nationalen Interessen unterstützt und weil dieser aus eigenem Antrieb mit dem Amalgam den Unitariern eine bedeutende Konzession gemacht habe. Schliesslich hielt er Talleyrand entgegen: «Reding semble devenir l'homme de la nation helvétique.» Was hatte Stapfer vom Anfang seiner Gesandtenzeit an

anderes verfochten als die höchsten Lebensinteressen seines Landes? Im patriotischen Konsens also trafen sich Stapfer und Reding zur Aktionsgemeinschaft, der städtische Unitarier und der Innerschweizer Föderalist, und dies machte den Korsen offensichtlich misstrauisch. Die kurze Entente zweier massgebender Persönlichkeiten zerbrach bekanntlich im gleichen Jahr über den Parteikämpfen, welche das Ende der Helvetik einleiteten. Aber dass sie im Januar 1802 den inneren helvetischen Zwist überbrückten und Bonaparte gemeinsam mit Forderungen der geschundenen Schweiz konfrontierten, soll nicht vergessen sein. Das kurzfristige Bündnis trug wahrscheinlich dazu bei, dass Stapfer in späteren Jahren den Schwyzer Politiker nicht einfach als politischen Gegner abtat, sondern dessen Fähigkeiten und Schwächen sachlich gegeneinander abwog. Rückblickend auf die Pariser Episode schrieb er nämlich sieben Jahre später an Usteri, Reding habe, sich selber überlassen, nie illiberal gehandelt:[39]

> «Ich kann Sie versichern, dass ich ihn in traulichen Unterhaltungen, wenn wir allein waren, zum Erstaunen liberal fand. Mein Bestreben gieng im Winter 1801/02 darauf los, ihn von seiner Umgebung zu befreien. Allein sein gänzlicher Mangel an Einsichten und an Kopf spielte ihn dann immer wieder Diesbach in die Hände. Es ist jammerschade, dass wir ihn nicht für die republikanische Partei gewinnen konnten.»

So erhält Stapfers Bemerkung gegenüber Talleyrand ihren Sinn: «Reding semble pouvoir devenir l'homme de la nation helvétique.» Im Übrigen hatte die abweisende Kälte des Ersten Konsuls vielleicht noch zusätzliche Gründe. Stapfer beschreibt in dem schon mehrfach beigezogenen langen Bericht an Rengger die während Redings Aufenthalt gesponnenen Intrigen gegen ihn. Insbesondere habe der den Berner Patriziern nahe stehende ehemalige Gesandte Reinhard über verschiedene Kanäle gegen die Unitarier gearbeitet. In Abwesenheit Talleyrands habe unter dessen Einfluss der Sektionschef Hauterive ihn, Stapfer, bei Bonaparte zu ruinieren versucht, «indem er mich bald als einen theoretischen Träumer und bald als einen wankelmüthigen Menschen schilderte, der vor einigen Tagen gegen Reding und seine Parthei als Contre-Revolutionäre in persona geeifert hätte und vertraulich mit dem erstem umgehe und capitulire». Immerhin habe dann Talleyrand nach seiner Rückkehr aus Lyon es als Pflicht auf sich genommen, «die Vorurtheile zu zerstören, die man dem ersten Consul gegen mich herzubringen gesucht habe», schloss Stapfer. Redings Begleiter Diesbach scheint an diesem Treiben nicht wenig beteiligt gewesen zu sein. So erstaunt nicht, dass auch in Bern von Stapfers Abberufung gemunkelt wurde, worüber ihm sein Schwager Schnell berichtete:[40]

> «Ich vernahm von ziemlich sicherer Hand, dass sich Reding geäussert haben soll, [...] dass er Sie für einen Metaphysiker halte und dass er jemand anders an Ihrer Stelle sehen möchte.»

Schnell nahm denn auch an, diese Bemerkung stamme von Diesbach, «Redings Blasbalg». Der Zweck dahinter sei,

«[...] Sie zu bewegen, einen andern an Ihre Stelle treten zu lassen und Sie in eine Lage zu setzen, in welcher er Ihnen, weit eher als in Ihrer gegenwärtigen, beykommen kann.»

Von all den Spannungen, die Stapfer auf dieser Gratwanderung während Redings Mission persönlich belasteten,vernimmt man nur in seinen Privatkorrespondenzen etwas. Im Dschungel dieser Verwirrspiele stand seine Stellung wirklich mehrmals in Frage. Dem Anschein nach beschwichtigte insbesondere Talleyrand das Misstrauen Bonapartes. Von ihm ging wohl auch der Wink an den Gesandten Verninac in Bern aus, der dem gerade dort anwesenden Sekretär Stapfers Briatte zu verstehen gab, der helvetische Gesandte sei bei der Regierung in Paris sehr angesehen und werde ganz gewiss dort bleiben.[41] Stapfer nahm die Sache auch Rengger gegenüber nochmals auf und klärte damit gewisse Hintergründe der inzwischen bewältigten kritischen Phase:[42]

«Man wird Ihnen gesagt haben, dass Bonaparte meine Zurückberufung verlangt und gesagt habe, ich sei ein Metaphysiker u. s. w. Die Wahrheit ist, dass er geäussert hat, er wolle die Erneuerung des Traktats, die Abtretung von Wallis etc. lieber mit einem Andern behandeln. Während der Zeit, dass Hauterive das Portefeuille hatte [d. h. in Abwesenheit Talleyrands], suchte man von verschiedenen Seiten auf Bonapartes Geist gegen mich zu wirken. Allein jetzt stehe ich wieder sehr gut mit ihm, er sprach am letzten Audienztage sehr freundlich mit mir, und ich weiss ganz bestimmt, dass er nichts dagegen hat, dass ich hier bleibe.»

Wenn Stapfers Annahme stimmt, der Konsul hätte für die kommenden zwischenstaatlichen Verhandlungen einen andern Gesandten der Schweiz vorgezogen, so muss er ihn möglicherweise als schlagfertigen, unbequemen Gesprächspartner geradezu gescheut haben. Wäre es ihm aber ernst gewesen, so hätte ein Wink von seiner Seite für Stapfers Ablösung genügt. Es geschah jedoch nichts dergleichen, ja nicht einmal nach dem bald danach offen und heftig ausgetragenen Disput um die Abtretung des Wallis. So stellt sich die Frage, was Napoleon Bonaparte an diesem sensiblen «Metaphysiker» und doch so hartnäckigen helvetischen Patrioten imponierte.

Nach seiner Rückkehr nach Bern hatte Reding die in Paris vereinbarten Vorbedingungen zur innern politischen Befriedung erfüllt. Die Unitarier erhielten Anteil an der Regierung. Stapfers Freund Albrecht Rengger trat als zweiter Landammann ins Amt. Die Föderalisten mussten den Dämpfer hinnehmen. Dem unitarischen Hoffnungsträger Stapfer galt Renggers dankbare Anerkennung vom 7. Februar 1802:[43]

«Gegen Sie, mein lieber Freund, bedarf ich mich nicht zu rechtfertigen, dass ich seit acht Tagen Mitglied des helvetischen Senats und seit vorgestern zweiter Landammann bin; vielmehr hat Ihr Wunsch und Ihre Art zu sehen, nicht wenig dazu beigetragen, mich und meine Freunde zu bestimmen.»

Nach einigen Hinweisen zur erfolgten Parteienverschmelzung streifte er die erneut in Aussicht stehenden Verfassungsberatungen, nicht ohne zu bedauern, dass Stapfer so wenig über die diesbezüglichen Verhandlungen in Paris berichtet hatte. «Wie viel Licht hätten Sie uns mit wenigen Worten über das in Paris Verhandelte aufstecken können.» Der Angesprochene entgegnete ihm in seinem Antwortschreiben, unter Hinweis auf den verwickelten Verhandlungsprozess:[44]

> «Jetzt, da der Postenlauf in der Schweiz ein wenig sicherer ist, mein lieber Freund, kann ich Ihnen die Ansicht unserer Verhältnisse mit der französischen Regierung, wie ich sie von meinem Standort erblicke, freier mittheilen und werde dabei das Historische des Vergangenen nachholen, was ich weder Ihnen noch irgend einem andern unserer Freunde vorher erzählen konnte, weil die Unsicherheit der Posten abgerechnet, die Lage hier so sehr beinahe von Tag zu Tage wechselte, dass die Mittheilung der Phasen Sie in der Schweiz nur irre gemacht hätte, ohne Ihnen etwas zu nützen.»

Stapfer hielt, unter Hinweis auf den Austausch zweier Noten der französischen Regierung mit Reding, dafür, Paris werde nun den Gang der helvetischen Verfassungsgestaltung wenig behelligen. Immerhin begleitete der französische Gesandte in Bern die Entwicklung wachsam und wahrte weiterhin die realen Interessen der Hegemonialmacht, welche ihre Position hier wie anderswo in Europa zielbewusst ausbaute. Man braucht nur hinzuhören, in welchem Ton der Rapport des Aussenministers an den Ersten Konsul zur Reding-Mission verfasst war:[45]

> «Ce qui nous intéresse n'est pas de savoir avec une certitude mathématique la valeur réelle de tel ou tel individu, mais d'être assurés qu'il suivra la ligne qui lui a été tracé. Que le landamman de l'Helvétie soit aux prises avec ses préjugés ou avec ceux de ses entours, peu importe: il faut qu'il remplisse les engagemens qu'il a pris. S'il les remplit, il aura l'appui de la France; s'il ne les remplit pas, il échouera comme ses prédécesseurs, et tombera victime de son imprévoyance et de sa faiblesse.»

Ist es Stapfer zu verdenken, wenn er in der frostigen Atmosphäre der Machtpolitik bisweilen in eine trübe Gemütsstimmung verfiel? Trotzdem, und auch wenn ihn körperliche Beschwerden behinderten, trotz alledem harrte er in seinem Amt aus. Zum einen leitete ihn sein ernstes patriotisches Pflichtgefühl, dann sein aufklärerisch-fortschrittliches Freiheitsbewusstsein. Ein fest verankerter religiöser Glaube und die aus Kants Ideen geschöpfte Zuversicht liess ihn hoffen, ungeachtet aller Krisen und Katastrophen sei der Kulturfortschritt der Menschheit vorbestimmt.[46] Der Schweiz, glaubte er, sei mit der erhofften Beschwichtigung des Parteienzwists zunächst einmal der Rückschritt in vorrevolutionäre Zustände erspart. Dafür prognostizierte er eine Krise des «freiheitsmordenden» Systems in Frankreich und malte Rengger für diesen Zeitpunkt die Schaffung einer bessern politischen Ordnung in der Heimat aus durch «einen Kern von Freunden der Menschheit».

«[...] denn, Lieber! hier sieht es bedenklich aus. Es ist unmöglich, dass sich das jetzige freiheitsmordende System lange halte. Die Grundsätze und (was ungleich mehr ist) die Prätentionen haben zu weit um sich gegriffen. Es ist also wichtig, dass auf den Fall einer hiesigen Umänderung, bei uns ein Kern von Freunden der Menschheit sich an der Spitze befinde, um die Gründung einer bessern Ordnung möglich zu machen.»[47]

Das Urteil Stapfers stammte aus dem Geist der Opposition gegen die zunehmende Militärdespotie, unterschätzte allerdings die Macht des Faktischen. Seine Vorbehalte gegen Napoleon Bonaparte bildeten sich schon bald nach Antritt der Gesandtenstelle, auch wenn ihn gewisse staatsmännische Akte des Korsen durchaus beeindruckten. Freilich war er in seiner Diplomatenfunktion an die Beachtung äusserer Formen und Formulierungen gebunden. Sein Gesandtschaftsbericht vom 5. Februar 1802 illustriert dies einmal mehr. Am pompösen Audienz-Empfang vom Vortag hatte sich der Erste Konsul an den helvetischen Gesandten gewandt mit der Frage, wie die Dinge in der Schweiz nun stünden. Auf Stapfers Antwort, die neuen Mitglieder seien in den Senat eingetreten:

«[...] et que, les engagemens du Premier Landamman étant remplis rien n'empêcherit plus que les intentions justes et bienveillantes du Premier Consul, à l'égard des points convenus avec le citoyen Reding, n'eussent leur plein et entier effet.»[48]

Diese Anspielung auf die erwarteten französischen Gegenleistungen blieb jedoch unbeantwortet. Bonaparte formulierte lediglich einen unverbindlichen Wunsch für Helvetien und wandte sich dem nächsten Diplomaten zu. Am Schluss dieses Rapports meldete Stapfer, er habe auftragsgemäss soeben an Talleyrand eine energische Protestnote gerichtet gegen die unerhörten Zwangsmassnahmen des französischen Generals Turreau im Wallis. So wechselten die Szenarien und weckten in ihm zunehmend das Gefühl der Ohnmacht gegenüber Willkür und Wortbruch. Zu diesem Zeitpunkt vernimmt man in den noch vorhandenen Korrespondenzen nicht einmal, dass am 26. Januar 1802 sein zweiter Sohn geboren wurde, Frédéric-Albert-Alexandre.[49]

VII Die drohende Annexion des Wallis durch Napoleon Bonaparte im Frühjahr 1802 belastete die zwischenstaatlichen Beziehungen in zunehmendem Mass. Stapfers Widerstand gegen den Gewaltakt markierte eine denkwürdige Phase seiner Gesandtentätigkeit in Paris.[50] Er wich selbst vor dem Unwillen des Ersten Konsuls nicht zurück und riskierte damit im März 1802 die Abberufung, hielt er es doch für die unabdingbare patriotische Pflicht, das bedrängte Walliser Volk in seiner Abwehr zu unterstützen. Dieser Haltung und seiner Handlungsweise gilt das Nachfolgende. Bonaparte beharrte seit den siegreichen Feldzügen in Oberitalien hartnäckig auf einer sicheren strategischen Verbindung von Genf her über das Rhonetal nach Süden. Die Walliser Frage stand, auch aus Neutralitätsüber-

legungen, auf Redings Traktandenliste. Der französische Vorschlag zum Abtausch des Rhonetals gegen das ehemalige österreichische Fricktal erschien den Schweizern jedoch mit Recht als unverhältnismässig. Auf die zähen Verhandlungen des Landammanns in Paris wurde bereits hingewiesen und wie Bonaparte schliesslich Reding scheinbar beruhigend auf den Weg zwischenstaatlicher Vereinbarungen verwies.[51] Da trotzdem der französische General Turreau fast gleichzeitig durch harte Gewaltmassregeln den Schweizer Kanton zur Annexion reif zu machen suchte, erinnerte Reding Bonaparte und Talleyrand am 11. Februar 1802 in einer dringenden schriftlichen Beschwerde an die im Januar abgegebenen Versprechungen.[52] Er bekam keine Antwort, und Stapfer wurde auf alle seine Demarchen beschieden, der Erste Konsul werde bei Gelegenheit antworten. Damit hob ein fast endloses Hin und Her an zwischen Staatssekretär Thormann und dem französischen Gesandten Verninac in Bern sowie zwischen Talleyrand und Stapfer in Paris. Bonaparte blieb im Hintergrund. Doch seine Direktive, am 25. Februar an Verninac übermittelt, lautete in knapper Form:

> «La France, dans le moment présent, veut garder la souveraineté des pays qui traversera le chemin qui conduit au Simplon.»[53]

Äusserst ärgerlich wirkten allerdings auf den Korsen die Walliser Treuebekenntnisse zur Helvetischen Republik und deren öffentliches Echo in der Presse. Derlei Kundgebungen scheute der Autokrat. Der Widerstand reizte die Franzosen und rief kalter Anmassung. So, wenn etwa Talleyrand am 20. März dem Ersten Konsul ungeachtet aller schönen Versprechungen vortrug:

> «Rien de ce qu'on a fait espérer au citoyen Reding ne doit être accordé, jusqu'à ce qu'il ait appris à connaitre la vraye position de son pays à l'égard de la France, et celle de son gouvernement à l'égard de celui de la République.»

Aus dieser Position heraus hatte Stapfer die nachfolgenden Konfrontationen zu bestehen. Seine Gesandtschaftsberichte nach Bern, seine mündlichen Demarchen und schriftlichen Noten in Paris beweisen seinen unermüdlichen Einsatz. Dennoch vermögen offizielle Aktenstücke kaum zu veranschaulichen, wie schwer dem Gesandten mancher Bittgang fiel und wie spannungsgeladen bisweilen die Dispute mit dem aalglatten Talleyrand verliefen. In einer energischen Note gegen das Treiben des Generals Turreau im Wallis und für die Einlösung der Versprechungen an Reding liest man:

> «Il est pénible pour moi, citoyen ministre, de correspondre avec vous sur un sujet aussi peu satisfaisant, mais j'espère que l'époque n'est pas éloignée où le commerce officiel des ministres des deux nations ne sera plus que l'échange mutuel des sentiments de l'amitié et du contentement les plus sincères.»[54]

So schloss er, wieder in verbindlichem Ton, sein Schreiben. Eine Depesche vom 1. März nach Bern sprach von täglichen Vorstellungen des Gesandten, erhoben im französischen Aussenministerium. Und die stereotype Antwort?

«Le Premier Consul répondra lui-même au citoyen Reding; quant au Valais, cela s'arrangera.»[55]

Brachte Stapfer zusätzlich Besorgnisse der Schweiz über vermutliche weiter gehende geheime Pläne, ja über kursierende Aufteilungs- und Annexionsgerüchte, so tat Talleyrand sie ab:

«Bah, tout ça sont des bêtises [...] Vous êtes constamment alarmé, et vous vous affligez sans nécessité; allez, tranquillisez-vous, je vous en prie; tout ira bien. – Citoyen Ministre, répliquai-je, vous me dites cela depuis dix-huit mois.»

Stapfer hielt das demütigende diplomatische Katz-und-Maus-Spiel durch bis zu einem Vorfall, der noch zur Sprache kommen soll. In dieser Lage traf ihn nun aber gänzlich unerwartet der unglaubliche Vorwurf seines Vorgesetzten Thormann, er vernachlässige seine Gesandtenpflicht, indem er den Dingen einfach ihren Lauf lasse – «les bras croisés»! Sucht man den Grund für diese ehrenrührige Unterstellung, so drängt sich die Vermutung auf, die Missachtung Redings und seiner Regierung durch die Franzosen habe in Bern derartigen Ärger und Enttäuschung ausgelöst. Der Tadel fiel auf den Übermittler unerfreulicher Meldungen. Doch kam höchstwahrscheinlich hinzu, dass der Berner Patrizier Thormann und seine Hintermänner auf eine Gelegenheit aus waren, den ihnen missliebigen Unitarier aus seiner Stellung zu verdrängen. In verletztem Ehrgefühl antwortete der Beleidigte am 5. März 1802 dem Berner Aristokraten, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen:[56]

«J'ai reçu votre no. 478 et ne puis vous dissimuler la profonde douleur dont sa lecture m'a pénétré. Elle est en proportion avec la gravité, et j'ose le dire, avec l'injustice des soupçons qui, dites-vous, m'accusent de négliger mes devoirs. Il est bien naturel que le premier Landamman s'afflige et s'indigne des retards qu'on apporte à l'exécution des promesses qui lui avaient été faites, et je vous assure que je partage avec tout bon Suisse d'autant plus les sentiments pénibles qu'il doit éprouver que mon honneur ainsi que les affections les plus chères de mon cœur sont particulièrement intéressés à l'accomplissement de ces promesses. Mais vouloir se prendre de moi de ce que nos vœux tardent à se remplir, est vraiment une chose inconcevable.»

So weit die würdige Zurückweisung der haltlosen Vorwürfe. Dem fügte er bei: Was andere in vier Jahren nicht zur Linderung des Loses der besetzten und ausgebeuteten Schweiz mit fortgesetzten Demarchen erreicht hätten, wäre durch ihn doch in 14 Tagen der französischen Regierung nicht abzuringen gewesen. Dann liess er durchblicken, dass nicht nur seine Amtspflichten ihn pausenlos beanspruchten, sondern dass ihn zudem eine persönliche Sorge belastete:

«Je ne cesse d'obséder, d'importuner, de harceler le ministre des Relations extérieures. Je n'ai, depuis un mois, quitté le chevet du lit de mon épouse malade que pour aller chaque jour, une ou deux fois chez lui, le

sommer, le conjurer, le supplier de remplir les engagements pris vis-à-vis le premier Landamman; que dois-je, que puis-je faire de plus? Ai-je trois cent mille hommes à mes ordres? Puis-je pénétrer jusques chez le premier Consul?»

Ein Ausruf schierer Verzweiflung des derart in Bedrängnis gebrachten Mannes. Bonaparte gebe, so hielt er nachfolgend dem Staatssekretär entgegen, den fremden Gesandten keine Sonderaudienzen mehr. So bleibe nur der Weg zum Aussenminister. Doch einmal mehr zur Illustration von Talleyrands Taktik:

«Le premier Consul répondra au premier jour lui-même; je ne puis vous dire ce qu'il répondra, mais croyez-moi, tout ira bien, tranquillisez-vous; vous vous agitez beaucoup trop; laissez faire le temps; allez, vous serez à la fin content de nous, et autres phrases dans ce genre dont un diplomate a toujours des magasins à commande, que reste-t-il à faire qu'à insister de nouveau et réitérer mes sollicitations le lendemain?»

Schliesslich zur brennenden Walliser Frage und zur Lage insgesamt:

«Quant au Valais, je n'en ai pas encore pu lui arracher un mot [...] Il n'est pas étonnant que, pendant que les ambassadeurs des premières puissances échouent ici dans la plupart de leurs demandes, le Ministre d'un petit Etat qui est entièrement dans les mains de la France ne puisse malgré tout son zèle et tous ses efforts, obtenir le redressement des griefs et l'accomplissement des promesses.»

Es hätte dem adelsstolzen Staatssekretär Thormann wohl angestanden, anstatt dem Gesandten unhaltbare Vorwürfe zu machen, dessen Mühsal und Einsatz zu würdigen, zumal diesen noch die Sorge um die gefährdete Gesundheit seiner Gattin bedrückte.[57] Trotz den nur seinen Freunden gegenüber verratenen Anwandlungen von Missmut und Niedergeschlagenheit hielt Stapfer auch dieses schwierige Frühjahr 1802 hindurch unbeirrt seine Position, im Rücken einen übelwollenden Vorgesetzten und als Ansprechpartner den doppelzüngigen französischen Aussenminister. Dem Staatssekretär in Bern rapportierte er, wie im Schreiben vom 7. März ausgeführt, nun eben auch an sich nutzlose Details, da sie doch seiner Rechtfertigung zu dienen hätten.[58] Und Talleyrand entlockte er – so die Meldung – das Eingeständnis, dass es den Franzosen mit der Hinhaltetaktik eigentlich darum ging, die Kontrolle über den Vasallenstaat so lange auszuüben, wie es ihnen passte. Bonapartes Zusicherungen an Reding deutete der Aussenminister nun so um, man wolle den ganzen helvetischen Konstituierungsprozess beobachten und abwarten, ob die Regierungspraxis den Erwartungen Frankreichs entspreche. Stapfers energischem Widerspruch begegnete er so:

«Nous ne pouvons pas abandonner la Suisse à elle-même, jusqu'à ce que nous vous voyions organisés convenablement, et non pas d'une manière contraire aux principes libéraux et aux intérêts des deux pays. Vous voulez *finasser* avec le gouvernement français.»

Dagegen verwahrte sich Stapfer nun seinerseits und wies auf die peinliche Situation des desavouierten Landammanns Reding hin, der also allem Anschein nach bei seinen Landsleuten nach der Rückkehr aus Paris leere Hoffnungen geweckt habe. Den Ausweichmanövern Talleyrands setzte er schliesslich entgegen:

> «Mais vous nous dites sans cesse que nous sommes indépendants que vous ne voulez que notre bonheur. Si vous en agissez avec nous d'après ces assurances, vous obtiendrez avec notre amitié la plus sincère approbation de l'Europe.»

Talleyrand habe geschwiegen, und Stapfer habe nochmals eingehakt:

> «Vos procédés dans le Valais sont gratuitement révoltants. Que gagnez-vous à aliéner les cœurs et à avilir le gouvernement helvétique?»
>
> Talleyrand: «Tout cela s'arrangera.»
>
> Stapfer: «Mais, au nom du ciel! dites-moi donc quelque chose de clair et de consolant!»

Mit diesem Bericht bediente Stapfer seinen Vorgesetzten zwei Tage nachdem er von ihm jene verletzende Rüge erhalten hatte. Und noch am gleichen Tag gab er ihm bekannt, wie sich der Erste Konsul am Vortag bei der öffentlichen Audienz verhalten hatte:[59]

> «Hier le premier Consul, à l'audience, me salua affectueusement: ‹Eh bien, citoyen Stapfer, dit-il, comment vont vos affaires?› Moi: ‹Elles s'arrangent, mais toute la nation attend avec impatience l'accomplissement des promesses que vous avez daigné faire au premier Landamman, en revanche des engagements qu'il a pris et maintenant executés›.

Daraufhin schweifte der Korse jedoch auf eine Detailfrage ab. Aber Stapfer erinnerte ihn unbeirrt an Redings unbeantworteten Brief und wollte auch noch das Wallis zur Sprache bringen. Bonapartes Reaktion:

> «Mais il rompit la conversation et s'adressa au prince de Nassau qui était à côté de moi.»

Was Stapfer danach gegenüber Talleyrand noch als gewichtiges Argument ins Feld führte, war, dass die helvetische Regierung nicht gegen den im Wallis deutlich bezeugten Volkswillen handeln könne.

> «Le gouvernement helvétique ne peut jamais consentir à l'aliénation d'une portion du territoire suisse, à moins que ses habitants n'y aient donné, par un vœu librement émis et légalement constaté, un plein et entier assentiment. Je suis chargé [...] de témoigner au gouvernement français de la part de mes commettans, le désir qu'il veuille se contenter d'une route militaire construite à ses frais, comme l'on était d'abord convenu en suite de la note du 20 décembre 1801.»[60]

In der Tat sah es im März 1802 eine Zeit lang so aus, als ob der zu Verhandlungen über das Wallis ermächtigte französische Gesandte in Bern sich mit der helvetischen Regierung auf eine Lösung einigen könnte. Doch verlief dieser Versuch ergebnislos. Es bereitete sich etwas vor.

VIII Gerade zu dieser Zeit war der Abschluss des französisch-englischen Friedensvertrags von Amiens in aller Munde. In euphorischer Stimmung pries man den Friedensstifter Bonaparte, beendeten doch die beiden Abkommen von Lunéville und Amiens das Jahrzehnt der Revolutionskriege. Unbestritten behauptete der Erste Konsul Frankreichs Hegemoniestellung. Danach hatten sich insbesondere die von ihm abhängigen Kleinstaaten wie die Helvetische Republik zu richten. In Diplomatenkreisen in Paris umlaufende Gerüchte wollten von Geheimklauseln in den Verträgen der Grossmächte wissen und weckten entsprechende Besorgnisse. So auch bei Stapfer, den die Sorge um sein Land umtrieb.

> «Je commence à craindre tout de bon que Bonaparte n'ait le but de conserver une espèce de suprématie en Suisse et en Hollande. Il disait, il y a peu de jours, à un homme de ma connaissance: Il faut en vérité, que la Batavie et l'Helvétie s'accoutument à être traités comme des pays latins l'étaient par les Romains.»

So meldete er chiffriert nach Bern. Die Besorgnis um die schweizerische Unabhängigkeit weckte ein weiteres Mal dringende Mahnrufe an die politische Führung, sie solle die innere Ordnung um jeden Preis konsolidieren:[61]

> «Il est en vérité temps de présenter à l'Europe un établissement politique stable et inébranlable. Je suis convaincu qu'en nous ralliant fortement autour d'une organisation quelconque, nous sortirons triomphants de la lutte, et que par une volonté nationale ferme nous anéantirons tous les projets qui pourraient avoir été formé ou se former encore contre notre indépendance.»

Das war auch auf die französische Annexionsabsicht im Wallis gemünzt. Jedenfalls streckte er vorsichtig Fühler aus zu den Gesandten anderer Mächte, erntete aber bloss unverbindliche Sympathiebezeugungen – und französisches Stirnrunzeln. In seinen Korrespondenzen finden sich bittere Randbemerkungen über weitere vergebliche Demarchen bei Talleyrand und anderen Ministern. Mit einem Wort: Als Vertreter eines machtlosen, besetzten Satellitenstaates fand er sich dauernd abgespeist mit unverbindlichen diplomatischen Floskeln, welche die tatsächlichen Absichten der Machthaber wie hinter einer Nebelwand verhüllten, bis der Erste Konsul seine knapp gehaltenen Anweisungen erliess, die wie Hammerschläge tönten. So am 20. März 1802 mit dem Befehl, die Walliser Frage sei jetzt zu lösen:

> «Il faut décider l'affaire du Valais. Vous verrez dans ma réponse, comment j'envisage la question. Faites donc des recherches et rédigez-moi un petit mémoire sur l'ancienne organisation de ce pays et sur celle que l'on pourrait lui donner; je l'enverrai dans le pays et tout sera terminé.»[62]

Ganz in diesem Sinne richtete eine Woche später Talleyrand ein Schreiben an Stapfer, zugleich als Antwort auf dessen Ersuchen, den Bedrücker des Wallis, General Turreau, abzuberufen. Er eröffnete ihm die französischen Absichten, begleitet von verhüllten Drohungen.[63] Einleitend gab er dem Adressaten das Miss-

vergnügen des Ersten Konsuls darüber bekannt, dass die helvetische Regierung Abgesandte des Wallis ostentativ empfangen habe – «quelques individus se disant députés du Valais» – und sie gegen die französische Regierung «deklamieren» liess. Dann holte er weiter aus:

> «Je suis chargé de vous déclarer qu'il reconnaît le Valais comme un peuple indépendant et qui, ayant toujours eu une constitution et une organisation séparée, doit être gouverné comme un Etat à part et sans aucune relation de concert ni de dépendance à l'égard de l'Helvétie.»

Es war also keine Rede mehr von zwischenstaatlichen Verhandlungen, sondern Bonaparte suchte unvermittelt unter Druck sein Ziel zu erreichen:

> «Telles sont, Citoyen, les vues du Gouvernement de la République sur ce pays. En les contrariant, en accueillant les tentatives faites par des hommes inconsidérés pour s'opposer au bonheur de leurs concitoyens, votre gouvernement, je dois vous le dire, ne ferait que priver l'Helvétie du bien que le premier Consul est dans l'intention de lui faire. Il est disposé à lui céder le Fricktal et d'autres parties du territoire [?] que les événements de la guerre ont mis au pouvoir de la France. Mais s'il se vérifie que le gouvernement helvétique ait ouvert des négociations pour obtenir de quelque puissance que ce soit des concessions qu'il ne doit attendre que de la France, il peut être assuré d'avance qu'en manquant l'objet de ses démarches il perdra encore tous les fruits qu'il doit espérer des dispositions libérales du premier Consul.»

Nach Empfang dieser brüsken Note entschloss sich Stapfer zu einem Schritt, der ihn sehr wohl seine Gesandtenstelle kosten konnte. Er leitete zwar das Dokument weiter nach Bern, wartete jedoch keine Instruktionen ab, sondern richtete an Talleyrand eine fulminante Verteidigungsschrift des schweizerischen Rechtsstandpunktes hinsichtlich der Zugehörigkeit des Wallis zur Helvetischen Republik, gepaart mit einem eindringlichen Appell an das Ehrgefühl Bonapartes; das Ganze ein rhetorisches Glanzstück aus der Feder des helvetischen Gesandten.[64]

Er bot alles auf, um die nun unmittelbar drohende Annexion des Wallis aufzuhalten:

> «Citoyen Ministre, je manquerais à tous mes devoirs, si j'attendais de nouvelles instructions de mon gouvernement pour répondre à la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser. Il me suffit de la connaissance la plus superficielle des rapports qui existent entre les deux Républiques et des engagements aussi solennels que sacrés qui les lient mutuellement pour mettre en évidence que jamais les droits de la nation helvétique sur le Valais ne peuvent être contestés, ni la conduite de son gouvernement à l'égard de cette contrée blâmer par les motifs que vous alléguez dans cette lettre.»

Er sprach damit die Verantwortung der Garantiemacht für die 1798 geschaffene eine und unteilbare Helvetische Republik an:

«Eh! n'est-ce donc pas votre gouvernement, citoyen Ministre, qui, par la puissance des bayonnettes, a fondu le Valais, pour forcer ses habitants à se laisser gouverner par des lois communes à toute l'Helvétie? N'est-ce pas vous, citoyen Ministre qui avez signé le traité d'alliance de votre nation avec la République helvétique une et indivisible? Le Valais ne faisait-il pas alors partie essentielle de cette République, et le traité de Lunéville ne consacre-t-il pas toute l'étendue de notre territoire telle qu'elle était à l'époque de sa conclusion?»

Die Helvetische Republik, so fährt er fort, denke einzig an die Ausübung eigener Rechte. Sie zolle dem Ersten Konsul den schuldigen Dank, Bewunderung und Respekt, alles, was sich mit der Ehre vertrage, und bitte ihn darum, nichts von ihr zu verlangen, was ihr Eintrag tue. Wäre er doch der Erste, der sie des Regierens unwürdig hielte, wenn sie ihrem Volk nicht diente. Zu wiederholten Malen habe er doch erklärt, ihm liege einzig an einer Militärstrasse im Wallis.

«Cette déclaration est connue; elle est devenue le centre auquel se rattachent toutes les espérances. Que dirait le peuple suisse, qui chérit les Valaisans comme ses frères; quelle serait l'indignation des braves Valaisans qui mettent leur bonheur ainsi que leur orgueil à rester Suisses, si le gouvernement helvétique donnait au sacrifice qu'on lui demande plus d'étendue que l'intérêt même de la France et la parole du Premier Consul ne l'exigent! Mais que dira l'Europe, de voir les Français, après qu'ils avaient premièrement porté la désolation [dévastation] et la mort dans le Valais, pour le rattacher par des nœuds plus forts à l'Helvétie, quelques instants après y porter le fléau de la discorde et le poids de l'autorité militaire la plus dure, pour l'arracher de nouveau à des liens qu'on venait de cimenter de sang pour les rendre plus forts?»

Indem er der französischen Regierung so den Spiegel der eigenen Politik vor Augen hielt, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, appellierte Stapfer zum Schluss nochmals feierlich an das Gewissen der Verantwortlichen:

«Vraiment, citoyen Ministre, tous les motifs possibles de justice, d'humanité, d'honneur et de véritable gloire se réunissent pour engager le premier Consul à rendre aux Valaisans leur patrie et aux Suisses leur Valais, sous des conditions qui remplissent le seul but que la France se propose. Ces conditions ne seront pas difficiles à stipuler dans le cours d'une négociation franche et amicale.»

Dieser Schlusspassus setzte als Kontrapunkt zur Gewaltpolitik einer Grossmacht den Rechtsweg zwischenstaatlicher Vereinbarung. Tatsächlich kam nach Verhandlungen der helvetischen Regierung mit dem französischen Gesandten Verninac einen Monat später eine Kompromisslösung in der Walliser Frage zustande.

Es erstaunt nicht, dass die spontane Aktion des helvetischen Gesandten bei den Adressaten in Paris anders aufgenommen wurde als in Bern. Hier fand sie

volle Zustimmung, auf der Gegenseite zornige Ablehnung. Die von den französischen Drohungen eingeschüchterten helvetischen Regierungskreise nahmen Stapfers kühne Antwort zwar mit Befriedigung auf, «da sie gleichsam die Stimmung der Nation ausspreche», wie Thormann ihm am 4. April bekannt gab und ihm seinerseits ein Schreiben des Senats zur Übermittlung an den Ersten Konsul zusandte. Aber das, vermutlich vom Staatssekretär, in umständlichem Kanzleistil verfasste, wortreiche Schreiben bleibt weit hinter der Brillanz und Schlagkraft von Stapfers Note zurück, der unterwürfige Formulierungen vermied und mit nichts beschönigender Offenheit in der Akzentsetzung die Franzosen direkt anging.[65] Deren empfindliche Reaktion, namentlich Bonapartes persönlich, bewies, wie stichhaltig Stapfer argumentiert hatte und dafür allenfalls die Abberufung in Kauf nahm. An der nächsten öffentlichen Audienz grüsste ihn der Konsul zwar, vermied jedoch jedes Gespräch. Talleyrand hingegen kam mehrfach auf die Eingabe zurück und bemerkte zunächst, sie habe Bonaparte «fortement déplu par son contenu».[66] In einer späteren Konferenzbesprechung hielt er ihm vor:[67]

> «Je dois vous dire que le premier Consul a été personnellement très offensé de votre dernière note sur le Valais [...] il l'a considérée comme ayant uniquement pour but de le braver et de faire votre traité de paix avec la majorité du Sénat helvétique. L'effet que votre note a produit en Suisse est très mauvais; elle a de nouveau encouragé à une résistence inutile. Qu'aviez-vous besoin de répondre de votre chef et avec tant d'aigreur? Vous deviez transmettre ma lettre et attendre les ordres de votre gouvernement.»

Die Unterstellung, er habe sich mit seinem Akt der Föderalistenpartei annnähern wollen, wies Stapfer zurück und gab dem französischen Minister deutlich zu verstehen, in der Walliser Frage gebe es bei den Schweizern keine politischen Meinungsunterschiede:

> «[...] que les honnêtes gens de tous les partis étaient du même avis sur ce point, et que j'étais nommément sûr que les six nouveaux membres du Petit Conseil, dont les sentiments avaient le plus d'analogie avec les miens, souscriraient volontiers à ma protestation au sujet du Valais.»

In seiner Berichterstattung nach Bern, wo seine Protestnote ja allgemeine Zustimmung gefunden hatte, liess er durchblicken, was ihn bewogen habe, ohne vorherige Rückfrage sogleich zu reagieren:[68]

> «Peut-être qu'il aurait été plus dans la règle d'attendre de nouvelles instructions de votre part, avant de répondre à la lettre du citoyen Talleyrand; mais j'avoue que j'aurais cru manquer à mes devoirs à-la-fois et à la délicatesse, de ne pas me charger aussi pour ma part du mécontentement qui résulte des efforts faits par le Gouvernement pour conserver à la République une des parties les plus intéressantes de sa population et de son territoire. Il est hors de doute que l'affaire du Valais, en indispo-

sant le premier Consul, nuit essentiellement à tous nos autres intérêts et contribue à retarder l'acomplissement des promesses qu'il a faites au premier Landammann. Mais l'honneur va avant tout, et le gouvernement helvétique n'a aucun droit d'acheter les bonnes grâces de celui de la République française aux dépens des pauvres Valaisans. J'ai déclaré au ministre des Relations extérieures que le rappel de Turreau était une mesure préalable nécessaire, si on voulait en user avec les égards dus à une nation indépendante et violée de la manière la plus révoltante.»

Stapfer hatte, aller diplomatischen Konvenienz zuwider, dem verletzten Nationalgefühl Ausdruck gegeben. L'honneur va avant tout! Doch ist nicht zu viel gesagt, dass ihn das ständige Ringen um die Einlösung der französischen Versprechungen, nun der verzehrende Abwehrkampf um das Wallis, überhaupt das Bewusstsein der Machtlosigkeit seines Landes auf die Dauer doch zermürbten und seine Tatkraft zu lähmen drohten. Ein Stossseufzer der Niedergeschlagenheit floss sogar in einen der amtlichen Gesandtenrapports ein und offenbarte die Not eines sensiblen Menschen im Gewirr der Täuschungen und Machtspiele:

«Mon cœur est tellement flétri, mon âme si profondément navrée par les dégoûts et le cruel jeu de promesses sans effet et de reproches sans fondement, dont nous sommes depuis si longtemps objets et victimes, que j'ai besoin d'être encouragé, pour ne pas perdre avec toute espérance le ressort d'esprit si nécessaire dans des négociations délicates. J'avoue cependant que la patience m'échappe quelquefois et j'outrepasse la ligne des convenances diplomatiques.»[69]

Seit seinem flammenden Protestschreiben von Ende März 1802 trug zu dieser gedrückten Stimmungslage Verschiedenes bei, so auch der brüske Gesprächsabbruch des Ersten Konsuls an den öffentlichen Audienzen, sobald der helvetische Gesandte die Klagepunkte seines Landes berührte, oder die unfassbar-geschmeidige Ausweichtaktik Talleyrands.[70]

Begreiflich, dass er, unbestritten ein Meister geschickter Gesprächsführung, in dieser Atmosphäre zuweilen die Geduld verlor und den diplomatischen Takt beiseite liess. Es erbitterte ihn, dass Bonaparte sich nach dem Abkommen von Amiens als Friedensstifter feiern liess und dennoch die besetzte Schweiz mit seinen unerbittlichen Forderungen im Griff behielt. In dieser Gemütsverfassung dürfte er noch ein zweites umfangreiches und sehr persönlich gehaltenes Schreiben am 13. April an Talleyrand, und damit natürlich indirekt an den Ersten Konsul, gerichtet haben.[71] Vielleicht könnte aus der Titulierung Bonapartes im Stil der damaligen offiziellen Beweihräucherung auch das Bestreben zur Bereinigung der gestörten Beziehung herausgelesen werden. Unterwürfig widerrufen wird allerdings nichts, eher eingehend klargestellt.

«Citoyen ministre, ce que vous m'avez fait l'honneur de me dire sur l'impression que ma seconde note relative au Valais a faite sur l'esprit du premier Consul, m'afflige profondément, non seulement parce qu'il est

douloureux de déplaire au premier homme du siècle, mais bien plus encore, parce que le motif auquel il paraît attribuer cette note, serait aussi flétrissant pour moi qu'il est en apposition avec mon caractère et mes principes.»

Stapfer weist auch in diesem Dokument nochmals die Unterstellung zurück, er habe sich bei der föderalistischen Senatsmehrheit anbiedern wollen, gebe es doch keinen heimattreuen Schweizer, kein geachtetes Regierungsmitglied, das sich anders verhalten hätte als er und nicht Punkt für Punkt seine Demarche unterschriebe.

«Ce n'est pas en se rangeant de tel ou tel avis sur l'objet d'une discussion diplomatique, ce n'est qu'en changeant tout à fait d'idée sur les bases de l'organisation sociale, que je pourrais gagner les bonnes grâces ou obtenir la confiance de ceux des Sénateurs Helvétiques dont les principes politiques diffèrent des miens.»

Für ihn seien die wegleitenden Grundsätze: les principes libéraux et les intérêts de la nation. Und, so fuhr er fort:

«Aussi tout en me soumettant à la nécessité des circonstances, en me prêtant sans raideur à des vues conciliatoires et en suivant avec scrupule mes instructions sur les objets d'un intérêt vraiment national, ai-je sans cesse dans tout ce qui était du ressort des opinions politiques, librement manifesté ce que je croyais le mieux convenir à mon pays [...] J'ai souvent fait à la paix et à la concorde le sacrifice de mes opinions; mais jamais à des considérations d'intérêt personnel celui de mes devoirs.»

Was Stapfer darauf folgen liess, war Lob und Preis auf das staatspolitische Wirken Bonapartes. Erstaunlich, wie weit sich der Kritiker des «jetzigen freiheitsmordenden Systems» – so am 17. Februar 1802 an Rengger – im helvetischen Staatsinteresse vorwagte!

«Je suis pénétré de respect et d'admiration pour le héros qui gouverne le peuple français. Il a rendu les deux plus grands services à la race humaine qu'un homme pût rendre aux hommes. Il a assuré, au milieu d'un grand peuple, le règne de l'égalité des droits, en mettant un frein aux désordres révolutionnaires, et en réunissant aux nobles jouissances de la liberté tous les avantages inappréciables d'un gouvernement fort et imposant. Il a préparé la régéneration des mœurs en rétablissant le culte des chrétiens, et laissé aux consciences et à la philosophie toute la latitude d'action que l'intérêt des lumières et l'expansion de vœux philantropiques pouvaient exiger. Il a, par ce double résultat, résolu les deux problèmes sociaux les plus difficiles qui étaient offerts à l'habileté et à la vertu des chefs de nations; il a fait triompher les deux systèmes sur lesquels mon cœur brûle de voir reposer dans ma patrie l'ordre moral et l'édifice de la société. Heureusement que l'ascendant des institutions françaises, sur un pays que la nature et l'antique habitudes ont destiné à

l'alliance la plus intime de la France, ne me laisse pas douter un instant du triomphe final de ces deux systèmes en Helvétie.»

Napoleon Bonaparte, Bändiger der Revolutionswirren und überlegener Ordner der Staatsverhältnisse, zudem Garant der auf das Nachbarland ausstrahlenden positiven Revolutionsgrundsätze, dies alles überwog für diesmal die Bedenken des kritischen Beobachters der Pariser Szene. Dass er auch Talleyrand als dem Adressaten des Schreibens seinen Tribut zollte, ist naheliegend.

«[...] vous qui avez porté les lumières et l'urbanité de l'ancien régime dans le nouveau [...] D'un œil sûr et dans les vues plus sages, vous avez, même dans les temps calamiteux du Gouvernement Directorial, su distinguer dans la foule et protéger en Helvétie les hommes libéraux et modérés tour à tour, et contre les énergumènes révolutionnaires, et contre les absurdes champions de la féodalité.»

Dem allen gegenüber brachte er doch nochmals die Walliser Frage vor und wies auf die schwere Verantwortung der damit befassten Regierung hin. Ein überschwänglicher Appell an die Grossmut des Ersten Konsuls begleitete den Wunsch, Frankreich möge doch die über die Schweiz gebrachten Leiden lindern.

«L'Helvétie a aux yeux de l'humanité un prix d'opinion que n'ont pu acquérir de grands empires; et son restaurateur s'assurerait une gloire nouvelle dans l'histoire.»

Stapfer beteuerte nochmals, die Wärme, mit der er die Sache des Wallis vertrete, habe nichts mit persönlichen Interessen zu tun, und er sei keineswegs auf die Gunst der föderalistischen Senatsmehrheit erpicht. Eher wäre er ja auf diejenige der französischen Regierung angewiesen, und zwar aus folgendem Grund:

«[...] ayant le dessein de m'établir en France, dès que je ne remplirai plus les fonctions de ministre de l'Helvétie près le gouvernement français.»

Eine überraschende Aussage, die auf das hinweist, was tatsächlich, aus verständlichen Gründen, ein Jahr später seinem Leben eine neue Richtung gab. Jetzt führte er einzig politische Gründe ins Feld, die derartige Überlegungen weckten:

«J'avoue que mon cœur ne pourrait aujourd'hui supporter le spectacle de ma patrie jadis si heureux, maintenant si déchue de son ancienne prospérité; et je ne pourrais me résoudre à habiter un pays où les calamités de la révolution ont singulièrement aigri tous les esprits, et où tous ceux qui ont témoigné de l'attachement aux principes de la révolution et à la cause française doivent malgré leur innocence, être par la masse du peuple de toutes les classes confondus avec les brouillons révolutionnaires et les auteurs de tous nos maux.»

Doch gleich den Einschub in eigener Sache entschuldigend, nochmals im Blick auf das Ganze:

«Je vous demande pardon, citoyen Ministre, de vous entretenir si longtemps de mon insignifiant individu: mais il m'importait de vous con-

vaincre que ce ne sont pas de misérables considérations personelles qui m'ont dicté ma note du 8 germinal et qu'elle m'a été arraché par le sentiment de mon devoir; car vraiment il importe à la Suisse que le gouvernement français voie dans cette note, non l'opinion d'un seul parti ou d'un seul homme, mais celle de tous les Suisses qui sont attachés à leur pays, quelle que puisse d'ailleurs être la nuance de leur idées politiques.»

Die so Angesprochenen reagierten auf diese zweite Stapfer'sche Note nicht ausdrücklich. Doch könnte seine eindringliche Argumentation das bald danach in der Walliser Sache neu ausgehandelte Abkommen mit beeinflusst haben. Zunächst verdrängte allerdings ein anderes Ereignis alles Übrige, als nämlich durch den vierten Staatsstreich das politische Gewicht wieder auf die Seite der unitarischen Gruppierung verschoben wurde. Die mangelnde Bereitschaft von Redings Regierung, über das Wallis ernsthaft zu verhandeln, trug dazu bei, dass die französische Regierung die Ausschaltung der Föderalisten am 17. April 1802 wohlwollend duldete. Der Erste Konsul entschied mit Instruktion an den Gesandten Verninac jetzt über das Wallis:

«Le premier Consul est décidé à assurer au Valais son indépendance et à isoler ce pays de la France, et il persiste dans ce dessein, parce que tout lui prouve qu'il est également avantageux au Valais, à la France et à la Helvétie. Du reste il est toujours dans l'intention du premier Consul que les prétentions du gouvernement helvétique, relativement au Valais, toutes vaines qu'elles sont, soient régulièrement discutées entre vous et un négociateur de son choix.»[72]

Somit war Bonaparte entschlossen, das Wallis als unabhängige Zwergrepublik zu konstituieren und auf die Annexion (vorerst) zu verzichten. Da Stapfer in die nachfolgenden zwischenstaatlichen Verhandlungen nicht weiter involviert war, genüge der Hinweis auf die erzielte Lösung, durch welche immerhin die Annexion um acht Jahre aufgeschoben wurde. Die neu gebildete helvetische Regierung delegierte den bisherigen Landammann Rengger für die Aufgabe. Er war sich zwar bewusst, dass das ganze Verfahren ein Diktat von aussen war, und missbilligte den Ausschluss der betroffenen Bevölkerung von jeder Mitbestimmung.[73] Im Mai 1802 waren die Hauptbestimmungen paraphiert. Doch dauerten die Verhandlungen über organisatorische Details bis in den Frühherbst.[74] Schon am 16. Mai erteilte Bonaparte seinem Aussenminister hierüber die seinen Interessen entsprechenden Direktiven:

«La constiution du Valais m'est assez indifférente, citoyen Ministre, pourvu qu'elle convienne aux Valaisans et que tout se fasse sans que rien soit imprimé. L'article 1er doit être ainsi conçu: «Le Valais forme une république indépendante, sous la protection des Républiques française, helvétique et italienne [...] Article 3e La grande route du Simplon est ouverte et entretenue aux frais des Républiques française et italienne. Les fortifications établies ou à établier pour la sûreté de cette route seront

faites par la France, qui a le droit d'établir, à ses frais, les magasins nécessaires pour assurer à ses armées le passage [...] La république du Valais ne reçoit et n'envoit des agents qu'aux trois républiques qui la protègent. [...] Le reste de la constitution m'est assez indifférent; donnez carte blanche au citoyen Verninac pour arranger comme il voudra et comme il conviendra aux Valaisans. Une fois convenue, un député français, un helvétique, un italien se rendraient à Lyon [Sion?] pour installer le gouvernement; mais tout se ferait sans éclat et sans que rien ne fût imprimé!»[75]

Dies entsprach den Zielsetzungen des Strategen zweier Feldzüge in Oberitalien, der sich beizeiten vorsehen wollte. Nominell Präsident der Republik Italien, trug er seinen Vizepräsidenten auf:

«Envoyez quelqu'un reconnaître comment vont les travaux du Simplon. C'est là surtout qu'il faut fixer nos regards. Ce chemin seul peut garantir Milan en cas de guerre; car nos troupes de la Bourgogne et de la Franche Comté y gagnent beaucoup de marches. Le Valais va former une république indépendante sous la protection de la France, de L'Italie et de la Suisse, et où le passage sera libre.»[76]

Als sich beim Verhandlungsgang unter der Ägide des befreundeten Rengger die glimpfliche Lösung für das Wallis abzeichnete, gab Stapfer seiner Erleichterung in einem Schreiben an den neuen, ihm gesinnungsverwandten Staatssekretär Müller-Friedberg mit folgenden Worten Ausdruck:

«Je partage absolument votre opinion sur le Valais. Après avoir fait notre devoir, il faut tâcher de fixer son sort de la manière la moins dure pour ses habitants, et certainement l'isolement est pour eux préférable au morcellement.»[77]

Es ist verständlich, dass Stapfer nach zweimaliger ernsthafter Gefährdung seiner Gesandtenstellung sich Gedanken über die Zukunft machte, dies auch im Blick auf seine Familie, die junge französische Gattin mit zwei Kleinkindern. Der sichere materielle Rückhalt bei den Schwiegereltern in Frankreich legte wohl den Gedanken nahe, im Gastland Wohnsitz zu nehmen, wie er überraschenderweise angedeutet hatte. Als die Kompromisslösung für das Wallis in Sicht war und die aufgeladene Spannung sich abbaute, suchte er in einer Unterredung mit Talleyrand eine Art Standortbestimmung, nicht zuletzt auch aus Pflichtgefühl gegenüber seinem Land. Sein Bericht nach Bern über das Treffen mit dem französischen Aussenminister datiert vom 6. Mai 1802 und ist ein für seinen Charakter bezeichnendes Dokument:[78]

«Je saisis cette occasion pour lui dire qu'il devait me dire franchement si un autre ministre serait plus agréable que moi au gouvernement français. A cela il répliqua: ‹Non, personne, je vous assure›. Cependant, lui dis-je, vous m'avez dit, vous-même, que ma précédente note sur le Valais avait déplu au Premier Consul: il m'a traité avec froideur à l'audience

du 15 germinal [5. April], et je sais que le citoyen Verninac a parlé de la convenance de me donner un successeur après l'établissement du gouvernement définitif. Je me ferais, ajoutai-je, d'éternels reproches, si j'avais nui, par ma présence ici, aux affaires de ma patrie; et je vous supplie, Citoyen Ministre, de me parler clair, pour que je puisse demander ma démission et prendre à temps des arrangemens qu'un changement aussi majeur dans ma position exigerait. Voici ce que le ministre me répondit: «Les dispositions du Premier Consul ont changé, comme vous avez dû vous en apercevoir à la dernière audience, où il vous a traité amicalement. Si le citoyen Verninac a pensé à préparer votre remplacement, c'était uniquement sur ce qu'on lui avait mandé de l'impression désagréable qu'avait produit votre note sur le Valais. Mais vous savez bien qu'elle ne subsiste plus, et vous avez dû juger, par le bon accueil du Premier Consul dans la journée d'hier que vous étiez bien vu.›

J'insistai encore pour qu'il me dit s'il y avait quelqu'un en Suisse qui convînt mieux au gouvernement français, et qui pût servir plus efficacement son pays. Il me répondit: ‹Non, personne›. J'ai cru de mon devoir d'avoir cette explication avec le ministre, et vous m'excuserez d'avoir parlé de mon individu, par la considération qu'il ne faut pas que les personnes soient un obstacle au succés des choses.»

In der Rückschau auf die innerhalb eines halben Jahres bewältigten Spannungen liess damit Stapfer durchblicken, dass für ihn auch hier die Sache vor persönlichen Interessen den Vorrang hatte. Es bleibt Vermutungen überlassen, weshalb Bonaparte und Talleyrand den nur allzu oft unbequemen und schlagfertigen helvetischen Gesprächspartner nicht abberufen liessen.

2.5 Die Wahrung der Interessen der Schweiz bis zum Abzug der Franzosen im Sommer 1802

Vorspiel zum vierten Staatsstreich. Stapfers Anteil an der Unitarieraktion vom 17. April 1802. Stapfer und der neue Staatssekretär Müller-Friedberg. Erneute Verfassungsberatung. Mässigung und nationaler Zusammenschluss als dringliches Postulat des Gesandten. Das Werben um Bonapartes Rückendeckung für die unitarische Staatsführung. Die Mission Lezay in die Schweiz. Der französische Truppenabzug.

I Das Verhältnis des Ersten Konsuls zur Helvetischen Republik ist nicht einfach zu umschreiben. Das Nachfolgende hält sich an die Sicht des Gesandten Stapfer. Seine offiziellen Berichte wie auch seine Privatkorrespondenz tragen vielleicht einiges bei zur Erhellung dieser Frage und darüber hinaus zur Deutung des Phänomens «Napoleon Bonaparte». Es muss offen bleiben, wie weit es Stapfer zu verdanken ist, dass der Korse aus der wilden Leidenschaftlichkeit seines Wesens heraus nicht unvermittelt, im mehrfach bezeugten Überdruss über den widerborstigen und von innerer Gärung zerrissenen Vasallenstaat, die französische Ostflanke kurzerhand durch gewalttätige Annexion sicherte. Dies war die Hauptsorge des helvetischen Gesandten, auch wenn an den öffentlichen Audienzen immer wieder in leutseligem Ton die Frage nach dem Gang der Dinge in der Schweiz kam. Nach dem Frieden von Lunéville brachte die von Bonaparte und Talleyrand stereotyp gebrauchte Formel zwar ein gewisses Wohlwollen zum Ausdruck, es gehe ihnen bloss um gute Ratschläge, und das Ziel sei das Glück und Wohlergehen Helvetiens, des allerdings noch immer militärisch besetzten Protektorats. Ging es nämlich dann um nationale Eigeninteressen, so wechselte auch die Tonart des Franzosen, und als mit dem Vertrag von Amiens der zweite Koalitionskrieg zu Ende war und der Satellit es wagte, seine Fühler auch zu anderen Mächten auszustrecken, gab es in Paris harsche Reaktionen. In dieser Lage war es für Stapfer auf dem wichtigsten Aussenposten seines Landes wesentlich, über ein persönliches Beziehungsnetz nützliche Informationen zu beschaffen, auch wenn in Diplomatenkreisen bisweilen bloss Alarmgerüchte zirkulierten. Der straff geführte französische Verwaltungsstaat, das Leben und Treiben am «Hof» und der ganze imposante Machtapparat standen in denkbar krassem Gegensatz zur Labilität der Helvetischen Republik, was den Gesandten immer wieder zu Warnrufen veranlasste. Es bedrückte ihn, dass sein gerade von den Revolutionskriegen so

hart betroffenes Land nun nach Lunéville und Amiens nicht aufatmen und an der allgemeinen Friedensstimmung in Europa teilhaben sollte. Es genügte das Stichwort «Wallis» für einen brüsken Abbruch des Gesprächs mit dem Ersten Konsul.[1] Was bedeuteten dagegen gewisse persönliche Gunstbeweise, wie die Einladung auf die pompöse Parade anlässlich der feierlichen Verkündigung des Konkordats in Notre-Dame am Ostersonntag, 28. April 1802? Dazu seine Anmerkung:

> «La cérémonie de demain sera parée de toute la magnificence dont le gouvernement restaurateur se plaît à orner aujourd'hui les temples profanés par l'irréligion révolutionnaire. J'ai reçu du Premier Consul l'invitation de l'accompagner à Nôtre-Dame dans une berline attelée de quatre chevaux.»[2]

Während also Europa im Frühjahr 1802 aufatmete und die Friedensschlüsse feierte, mühte sich die Helvetische Republik mit ihren ungelösten Problemen ab, mit dem unter föderalisierender Tendenz erneuten Verfassungsstreit, den Wahlen und dem reaktionären Druck der Reding-Partei, wie der Unitarier Rengger dem Freund in Paris berichtete.[3] Stapfer gab bei der französischen Regierung Gegendruck und spielte bis zum vierten, unitarisch gerichteten Staatsstreich vom 17. April 1802 und darüber hinaus eine gewichtige Rolle in Unterstützung und Beratung seiner Parteifreunde. Es ging ihm darum, einen politischen Rückschritt verhindern zu helfen. In der amtlichen Korrespondenz mit Staatssekretär Thormann, dem Berner Patrizier, liest man natürlich nur Unverfängliches. Im vertraulichen Briefwechsel mit Rengger hingegen steht Brisantes, etwa dass Stapfer sich bei Talleyrand darüber ausliess, wie «anarchische Reaktion, die uns unter dem sauberen Konstitutionsmachwerk [d. i. der föderalistisch gerichteten Version] in allen Ecken der Schweiz bedroht».[4] Dieser, der Reding-Partei ohnehin abgeneigt, hatte etwas von einer Massregel durchblicken lassen. Vielleicht dass der französische Gesandte anzuweisen wäre, auf die Annahme der Verfassung von Malmaison zu dringen und eine Epuration vorzuschlagen. Renggers Meinung, es entspräche eher der Nationalehre, durch eine neu gewählte Tagsatzung einen entsprechend zusammengesetzten Senat ernennen zu lassen, hielt Stapfer entgegen, angesichts der mangelnden Reife der Masse des Volkes könnten durch solche Wahlen die falschen Repräsentanten zum Zuge kommen. Dabei legte er, nicht zum ersten Mal, den Finger auf einen wunden Punkt der helvetischen Revolution:

> «Allein, mein Lieber! sind Sie gewiss, dass Sie eine vernünftige, nicht kontrerevolutionäre und nicht sanskulottische Nationalversammlung zusammenbringen könnten? Es ist doch nicht zu verkennen, dass die Volksmasse immer eher ein Instrument der Cidevants als der Liberalen sein wird; es ist leider nicht weniger wahr, dass bei dem gänzlichen Mangel an Bildung ausser der Klasse der Patrizier und Geistlichen nur ein sehr kleiner Haufen von zuverlässigen und aufgeklärten Freiheitsfreunden übrig bleibt.»

Der Hinweis auf den erst in Ansätzen vorhandenen staatsbürgerlichen Geist in der Schweiz basierte auf den Erfahrungen des helvetischen Erziegungsministers, der ja zwei Jahre um die Schaffung eines esprit public gerungen hatte. Hier knüpfte er gleich noch eine theoretische Überlegung zum System der politischen Repräsentation an, wobei er auf den Gegensatz zwischen reiner Theorie und ihrer Umsetzung in praktische Politik hinwies:

> «Es ist eine Lücke zwischen Montesquieu und Sieyès, zwischen der auf Beobachtung gebauten und der reinen Staatslehre, die nicht ausgefüllt ist; die Staatsorganisationslehre der Philosophen und der Erfahrungsmänner existirt, aber noch nicht die Staatsorganisations*kunst*. Auch hat man seit der Revolution beständig durch gewaltthätige Mittel die ausgedachte Regierungsform in Ausübung gebracht und dabei allemal bessere Resultate bekommen als bei dem gesetzmässigen, der Theorie gemässen Verfahren. Zum Beispiel von der durch den 18. Brumaire [Napoleons Staatsstreich 1799] erfolgten Staatsorganisation ist nur dasjenige gut, was ein Staatsstreich gemacht hat und Willkür ausführt; die Resultate des Notabilitätswesens hingegen sind äusserst elend.»

Hier schrieb ein vom Gang der politischen Dinge ernüchterter Beobachter, dem offensichtlich das staatspolitisch schöpferische Wirken des Ersten Konsuls zunehmend Respekt abnötigte. Unter Hinwendung zur aktuellen helvetischen Politik gestand er gegenüber dem Adressaten ein, er habe dem zwielichtigen und frankreichhörigen Politiker Dolder zu wenig entgegengearbeitet, der sich nun wieder in den Vordergrund dränge und dem er zutraue, dass er Bonaparte nach dem Vorbild der Cisalpiner noch das helvetische Präsidium antrage. Für sich selber wie für seine Gesinnungsfreunde meinte er resigniert:

> «Wir sind nun einmal nicht dazu gemacht, in Revolutionszeiten zu figurieren. Im Siege sind wir zu grossmüthig und zu voll von Vertrauen, und in der Unterdrückung erlauben wir uns nie andere als rechtliche Vertheidigungsmittel.»

So schrieb er Mitte März 1802 und erwog dann Ende des Monats doch wieder Mittel und Wege zur Ausschaltung der föderalistisch-reaktionären Senatsmehrheit, um die Spaltung zu überwinden und die Schweiz endlich zu konsolidieren:

> «So ist dann nun der Friede für die ganze Welt da, ausgenommen für uns nicht, und er wird für uns so lange nicht da sein, als eine kontrerevolutionäre Majorität die Spannung im Lande unterhält und den Krebsgang gegen die alten Einrichtungen zu geht. Wir müssen also denselben um jeden Preis los werden, und ich sehe dazu keinen andern Weg als die Annahme der Verfassung des 29. Mai [d. i. das Malmaison-Projekt] auf höhere Einladung hin. Allein diese (wie ich Ihnen mit Zuversicht sagen kann) geschieht nur, wenn man der französischen Regierung durch direkte Klagen und Adressen Veranlassung gibt. In diesem Fall erfolgt sie gewiss; ich bin autorisiert, es Ihnen zu eröffnen. Also denken Sie, Lie-

ber, gemeinschaftlich mit unsern Freunden auf ein Mittel, diese Sache einzuleiten. Sowie Sie mir eine Adresse in gedachtem Sinn an den ersten Konsul oder an den Minister gerichtet einschicken: so geschieht die Sache mit rückgehender Post.

Vielleicht hat sie schon vorher statt, aber man sagt, es könne nicht ohne Vorwand geschehen, und denselben müsse die Äusserung eines förmlichen Wunsches an die Hand geben. Der Überbringer Ihres letzten Briefes [d. i. der französische Gesandte Verninac in Bern] würde dann mit Aufträgen sogleich nach Bern abreisen.»

Dies war im Frühjahr 1802 Stapfers Plan zur Lösung der schwelenden helvetischen Staatskrise, eine Art Vorwegnahme der französischen Mediation im Jahr darauf. Sein Vorschlag war der Rückgriff auf Bonapartes Verfassungsprojekt von Malmaison. Nur ist zu fragen, wie zuverlässig die ihm vermutlich von Talleyrand gegebenen Zusicherungen waren; denn das letzte Wort stand nicht beim Aussenminister. Redings Politik war zwar in Paris schwer in Misskredit geraten und hatte auch in Verninac in Bern einen scharfen Gegner. Wäre aber anders die Frage ohne allzu schwere Beeinträchtigung der nationalen Selbständigkeit zu lösen gewesen? Gerade dies stellte für Stapfer die Hauptsorge dar, wenn er Rengger schrieb:

«Ich fürchte, Dolder und seine Bande möchten inzwischen den Wirrwarr benutzen, um dem grossen Manne das Präsidium anzutragen. Hingegen vereitelt die Annahme der Malmaisonverfassung ein solches Vorhaben wann und wo es existirt, und die Ausmerzung von fünf bis sieben reinigt die Atmosphäre.»

Er drängte zur Eile:

«Säumen Sie ja nicht, mein lieber Freund, mir mit umgehender Post nöthige Kunde zu geben. Denn ich habe mich hier stark avancirt, und der günstige Augenblick möchte so bald nicht wiederkommen. Sie können ja Ihre Protestation gegen das letzte Machwerk [d. i. das föderalistisch gerichtete Verfassungsprojekt vom 26. Februar] so stark motiviren, als ein edeldenkender und entschiedener Vaterlandsfreund es nur wünschen kann.»

Rengger verdankte Anfang April Stapfers Briefe und äusserte, er habe besonders aus dem ersten wieder Mut geschöpft für das Schicksal des Vaterlandes:

«[...] möchte dasselbe nur von uns selbst besser und weiser geleitet werden! Allein da geht man auf dem eingeschlagenen Weg immer kecker und festern Trittes fort.»[5]

So seine verbitterte Feststellung als zweiter Landammann neben Reding, dessen politischen Kurs er als Unitarier ablehnte. Jedoch ist gleich auch herauszuhören, wie schwer er sich als politischer Dogmatiker mit Stapfers Konstitutionsvorschlag tat:

«Für die blosse Einführung der Konstitution vom 29. Mai ohne Änderung in der Komposition geben wir keinen Heller; vielmehr wollen wir

die gegenwärtige Konstitution weit lieber durch einen andern Senat als eine andere, ungleich bessere, durch den gegenwärtigen Senat ausgeführt sehen.»

Erwägungen dieser Art gingen dem unmittelbar bevorstehenden vierten Staatsstreich voraus. Rengger gab dem Freund zu verstehen, die unitarische Opposition werde den reaktionären Regierungskurs nicht länger dulden. Die Föderalisten ihrerseits hätten die Reformfreunde auch gerne ausgeschaltet. Mitte April planten beide Parteien einen Putsch. Doch kamen die Unitarier während der Osterpause den Gegnern zuvor. Sie benutzten die Abwesenheit des Ersten Landammanns Reding und vertagten am 17. April durch Mehrheitsbeschluss im Kleinen Rat den Senat. Das föderalistische Verfassungsprojekt wurde sistiert, und eine Notabelnversammlung von 47 Persönlichkeiten aus allen Kantonen sollte über das Malmaison-Projekt beraten.[6] Der vierte Staatsstreich verlief also nicht ohne beratenden Einfluss Stapfers, zwar ohne Gewaltanwendung, doch gegen heftigen Protest der Andersgesinnten und besonders des aus Schwyz zurückkehrenden Landammanns Reding. Die Aktion vollzog sich aber unter wohlwollender Duldung des französischen Gesandten Verninac. Ein Vorgehen dieser Art hatte Stapfer übrigens schon unmittelbar nach dem dritten Staatsstreich erwogen, als Reding sich auf der Reise nach Paris befand. Damals äusserte er mit Blick auf dessen Unternehmen:

«Das einzige Gute, was aus diesem Theaterstreich hervorgehen kann, wäre eine neue Revolution in Redings Abwesenheit.»[7]

Im Gegensatz zum nachfolgenden offenen Bürgerkrieg ging also dieser helvetische Szenenwechsel ohne Gewaltsamkeiten vor sich, natürlich auch in Rücksicht auf die im Land stehende französische Besatzungsarmee. Die konziliante Note Verninacs an die neu konstituierte Exekutive liess – vielleicht etwas voreilig – ebenfalls die offizielle Billigung durch die Schutzmacht erhoffen. Die Unitarier setzten ihre Hoffnung auch auf das Wirken des Gesandten Stapfer. Die nun an ihn gehenden Anweisungen der neuen Behörde könnten nicht widersprüchlicher sein als die Instruktionen des noch für kurze Zeit amtierenden Staatssekretärs Thormann.[8] Jene gab ihrer Genugtuung folgendermassen Ausdruck:

«Nous vous faisons part d'un événement dont vous féliciterez votre patrie. L'espoir renaît pour elle, et votre zèle, votre fidélité, vos talents contribueront à le réaliser. Jamais elle n'avait été au bord d'un tel précipice; si la correspondance officielle vous a laissé ignorer sa situation alarmante, vous en avez certainement été instruit par bien d'autres voies, et le seul aspect de la constitution qu'on allait lui imposer, de la loi qui, en dénaturant ses organes, substitua à la volonté du peuple un assentiment de diètes artificiellement composées, ne vous a pas permis d'en douter.»

Der ergrimmte Berner Aristokrat Thormann hingegen, der soeben auch dem desavouierten, zurücktretenden Landammann Reding für ein Protestschreiben an den Ersten Konsul die Feder führte, gab dem Gesandten bekannt:

«Vous aurez reçu par le dernier courrier le décret révolutionnaire du 17. Il est très probable que le Sénat helvétique eût adopté la mesure d'une convocation de Notables de chaque Canton; mais il est impossible qu'il puisse donner son assentiment a un arrêté inconstitutionnel en lui-même et qui par l'abus de confiance, par le choix du moment et par les moyens d'exécution porte le caractère de l'irréligion et de l'immoralité la plus scandaleuse.»

Diesem leidenschaftlichen Verdikt Thormanns, von dessen bevorstehender Entlassung Stapfer noch keine Kenntnis hatte, antwortete er, insbesondere unter Bezugnahme auf die von den Föderalisten angewendete Wahltaktik bei der Bestellung der Kantonaltagsatzungen, ganz offen, aber in gemessenem Ton:[9]

«La franchise que j'ai toujours mise dans les affaires publiques, me défend de vous cacher [...] que cet arrêté [d. h. die Vertagung des Senats] m'a paru réparer l'injustice commise envers la nation par la mode à la fois bizarre et illusoire qu'on avait adopté pour faire nommer les dix membres des Comités cantonaux. Les opérations de ces Comités devant fixer les destinées de la génération présente et de nos neveux, leur composition devait présenter à la nation les représentans des vœux et des intérêts de toutes les classes et non d'une nuance particulière d'opinion, qui ne pouvait manquer d'y dominer d'après le mode d'élection qu'on avait prescrit.»

So standen sich nun die Teilhaber an dem von Bonaparte und Talleyrand zur inneren Befriedung der unruhigen Helvetischen Republik postulierten Amalgam der Parteien wieder in offener Feindschaft gegenüber.

Im Zusammenhang mit dem helvetischen Parteienstreit kann die Frage nach der Loyalität des Gesandten Stapfer zur jeweils eingesetzten Staatsleitung nicht ausgeklammert werden, dies etwa in Hinsicht auf die Unitarieraktion vom 17. April 1802. Bewegte sich der Kantianer hier mit seiner Parteinahme nicht an der Grenze streng aufgefasster Moral? Gewiss konnte er sich darauf abstützen, dass in den politischen Reflexionen seines Philosophen immer wieder die Frage nach der rechten Ordnung im Staat gestellt und im Sinne der Aufklärung beantwortet wurde. Und wenn er dessen geschichtsphilosophischen Grundgedanken von der Freiheit des Menschen als Endzweck der Schöpfung als Leitziel nahm, dann hatte sich die politische Praxis daraufhin auszurichten und konnte wohl entgegengesetzte Bestrebungen zu verhindern suchen.

II

Der politische Pendelschlag des vierten Staatsstreichs leitete die Endphase der Helvetischen Republik vor dem Abzug der Franzosen im Sommer 1802 ein. Noch einmal versuchten die unitarisch gerichteten Reformer ihre konstitutionellen Vorstellungen umzusetzen. Gleich am Tag nach dem Machtwechsel ging die Meldung Renggers mit dem Zuruf «Liebster Freund!» an Stapfer in Paris:[10]

«Es ist Verninacs Idee, die wir ausgeführt haben; ich hatte auf Zusammenberufung einer Tagsatzung angetragen, weil ich überzeugt war, dass

man sie in seiner Gewalt hätte. So aber bleibt es nur eine provisorische Massregel; immer müssen wir eine Behörde aufstellen, um die Konstitution [die vom 29. Mai mit wenigen Abänderungen] zu sanktioniren und einen konstitutionellen Senat wählen, und diess muss geschehen, dass die Form das Volk gewinnt und sich durch ihre Loyalität rechtfertigt, das Resultat aber sicher ist. Übrigens war alles reif zur Veränderung, auch ist sie ohne Aufheben und ohne irgend einen militärischen Appareil vor sich gegangen.»

Aus Stapfers Antwort liest man lebhafte Genugtuung über das Vorgefallene heraus. Ihm kam jetzt zu, die Vorgänge der französischen Regierung plausibel zu machen sowie die öffentliche Meinung in Paris dafür einzunehmen. In seiner Antwort an Rengger tönte es zunächst wie ein Stossseufzer der Erleichterung:[11]

«Dass mir, mein theuerster Freund, Euere Operation die lebhafteste Freude gemacht hat, darf ich Ihnen gewiss nicht erst sagen. Ich lebe wieder auf und schöpfe Hoffnung.»

Darauf allerdings seine vorsichtige Einschätzung der französischen Haltung:

«Über die hiesigen Absichten und Denkungsart kann ich Ihnen noch nichts Bestimmtes sagen. Allein zuverlässig macht Redings Entfernung Vergnügen. Es scheint, er habe bei dem Petersburger und andern Höfen Schritte gethan, die hier ausserordentlich missfielen. Ob man uns aber jetzt redlich unterstützen werde? oder ob man den Anschein von Unmöglichkeit, uns selbst zu organisieren, den die schnell auf einander folgenden Regierungsabwechslungen den Schweizern geben, nur zur Beförderung anderer Pläne zu benutzen gedenkt, kann ich Ihnen nicht sagen [...] Aber auf dem Wallis oder einem Theil desselben wird man zuverlässig bestehen.»

Der hier beim Schreiben Unterbrochene fügte dann nur noch den Nachsatz bei:

«Talleyrand war die ganze Unterredung hindurch sehr aufgeräumt, woraus ich schliesse, dass man im Grunde mit der Veränderung sehr zufrieden ist. Er sagte: «Verninac hat sich darein gar nicht gemischt und er hat Recht; denn Ihr ändert alle acht Tage.»

Der dominierende Kleine Rat seinerseits richtete am Tag des Machtwechsels, ohne den noch nicht entlassenen Staatssekretär Thormann beizuziehen, ein offizielles Schreiben an Stapfer unter Beilage einer für den Ersten Konsul bestimmten diplomatischen Note. Es war oben schon kurz davon die Rede. Hier ist das Dokument noch in Verbindung zu bringen mit Stapfers eine Woche später erstattetem Situationsbericht über die ersten Reaktionen in Paris.[12] Allem voran wies man den Gesandten an, Bonaparte über die Lage in Helvetien und die Beweggründe für die unitarische Aktion ins Bild zu setzen:

«Exposez-lui la grandeur des dangers et leur vérité: persuadez-le de la loyauté de nos intentions, de nos vues conciliantes, de nos buts modérés; obtenez-nous son approbation [...] Qu'il ne dédaigne pas d'ajouter à sa

gloire celle d'avoir été le pacificateur de l'Helvétie [...] Vous vous prononcerez surtout hautement sur l'intention que nous avons de n'établir en Helvétie qu'une constitution qui puisse plaire au Consul; et de renouer par une diplomatie franche et loyale les liens naturels par lesquels l'Helvétie tient à son grand allié.»

Die detaillierte Kritik des föderalistischen Verfassungsentwurfs lieferte dem Gesandten zusätzliche Argumente für seine Demarche. Stapfer seinerseits unterstrich nun zu Beginn in einem ausführlichen Bericht nach Bern, er habe pflichtgemäss lange abgewartet, ob die von der föderalistischen Senatsmehrheit geplante Verfassung, auf Ausgleich gerichtet, freiheitliche Institutionen zu begründen verspreche, «tant j'étais pénétré de la nécessité de présenter à l'Etranger le plus tôt possible une nation unie et constituée». Die zutage tretende reaktionäre Tendenz habe ihn jedoch veranlasst, den französischen Aussenminister auf den illiberalen Grundzug des Werks hinzuweisen und die nun erfolgte Aktion der Unitarier zu rechtfertigen:

«Il ne m'a pas non plus été difficile de lui montrer que la rage secrète qui animait la majorité du Sénat contre tout ce qui tenait aux principes libéraux et à nos rapports avec la République française aurait entravé et semé d'épines le cours des négociations qui doivent enfin régler les relations et les intérêts réciproques des deux Nations.»

Von der zurückhaltenden Reaktion Talleyrands auf den 17. April war oben die Rede. Bei dieser Gelegenheit wurde er nun ausführlicher, wie Stapfer referierte:

«Il me répondit qu'il ne pouvait fixer ses idées sur ce dernier changement, qu'en voyant ses effets subséquents sur la tranquillité et l'organisation de la Suisse; que les bouleversements se succédaient si rapidement dans notre pays que le gouvernement français devait dans les premiers moments qui suivaient une nouvelle révolution en Helvétie se borner à faire des vœux pour qu'elle nous amenât enfin dans le port désiré; qu'ils les faisait bien sincèrement, ces vœux, mais qu'il m'assurait que le premier Consul ne se mêlerait en rien dans nos discussions, et qu'il laisserait sa liberté entière et son plein essor à l'opinion publique et à la volonté nationale.»

Gerade um an höchster Stelle für die neue helvetische Regierung Vertrauen zu wecken, fuhr Stapfer fort, habe er nicht nur für die rasche Übermittlung ihres Schreibens an Bonaparte gesorgt, sondern eine eigene Note hinzugefügt. Wie notwendig diese Schritte seien, könne er nicht verschweigen:

«Mais je ne dois pas vous dissimuler [...] qu'il faudra tout le zèle patriotique et désintéressé qui vous anime, toutes les lumières qui vous distinguent et toute la considération qui vous environne, pour triompher des préventions fâcheuses que vos dissenssions civiles et les successions des différentes systèmes politiques ont données au gouvernement français contre les Suisses, préventions augmentées par les démarches impru-

dentes faites auprès de quelques cours étrangères, et tellement fortes aujourd'hui que le premier Consul témoigne de l'humeur toutes les fois qu'on lui parle de la Suisse, et qu'il trouve nos affaires plus épineuses et difficiles à arranger qu'aucune de celles qui l'ont occupé. J'espère que la crainte du retour de l'ancien régime que la majorité du Sénat tenait depuis quelques mois suspendue sur nos têtes, une fois détruite, il sera maintenant plus facile de rallier la nation autour d'institutions sages, fortes et libérales. Je dois le dire: si cette espérance ne commence pas bientôt à se réaliser par des symptômes d'esprit public renaissant, de confiance ranimée et d'union franche et cordiale entre les gens modérés de tous les partis, nous tomberons dans une déconsidération qui provoquera ou justifiera tous les projets qu'on pourrait former contre notre indépendance [...] Je ne puis terminer cette lettre [...] sans vous remercier de fonds de mon âme avec tous les amis de la liberté, d'avoir osé vous mettre à la brèche et de n'avoir désespéré du salut de la patrie.»

So zugleich der dramatische Appell des von tiefer Sorge erfüllten Patrioten an die obersten Verantwortlichen in Bern, Gemeinsinn zu entfalten und die Reihen zu schliessen, bevor es zu spät sei.

Auf dem Gesandten lastete erneut die Aufgabe abzuklären, wie Bonaparte und Talleyrand den Szenenwechsel beurteilten, und um Rückendeckung zu werben. So befasste sich etwa sein nächster Bericht mit Unterredungen beim Aussenminister und der Frage, ob der Erste Konsul eine starke, liberale Organisation der Helvetischen Republik fördern würde.[13] Paris hielt sich zurück und wollte die Pläne des Kleinen Rats abwarten, hiess es, und der Erste Konsul sähe mit Befriedigung, wenn Helvetien endlich eine Verfassung auf der Grundlage freiheitlicher Prinzipien und mit Zustimmung der Nation bekäme, «une constitution basée sur les principes libéraux et sur l'assentiment de la majorité de la nation». Stapfer meinte zuversichtlich, einige Hoffnungszeichen ausmachen zu können, die auf eine verdeckte Zustimmung hinwiesen. Hätte sonst Verninac in Bern sogleich positiv auf den 27. April reagiert? Talleyrand selber hatte zudem die föderalistische Tendenz im Umkreis Redings scharf kritisiert und Stapfer vor kurzem um eine Kopie der Verfassung vom 29. Mai (Malmaison) gebeten, da sie seinem Büro abhanden gekommen sei. Die französische Zurückhaltung erkläre sich aus diplomatischer Rücksicht auf die anderen Mächte, denen Paris erklärt habe, es wolle die Schweizer ihre Differenzen allein bereinigen lassen und keinen dem Vertrag von Lunéville widersprechenden Einfluss ausüben. Abschliessend meinte Stapfer, ausgleichende politische Massnahmen könnten den französischen Konsens zusätzlich fördern, wenn beispielsweise gemässigte ehemalige Regenten mit bekanntem Namen – er nannte den befreundeten Berner Patrizier Karl Viktor von Bonstetten – zur Mitarbeit beigezogen würden.[14] Mit Blick auf die bereits zur Verfassungsberatung einberufene Notabelnversammlung gab er den Rat, sie möge weder zu lange tagen noch sich in endlose Debatten einlassen. Er seiner-

seits, auf dem Pariser Posten bestätigt, werde dort die gute Sache sekundieren. Es kam ihm nun sehr zustatten, dass nach dem erzwungenen Abgang seines Antipoden Thormann mit dem gemässigt-unitarischen *Karl Müller-Friedberg* (1755–1836) ein vertrauensvoller Vorgesetzter und Korrespondent ins Spiel kam. Er zeigte Stapfer am 28. April seine Berufung «zur einstweiligen Besorgung der auswärtigen Angelegenheiten» an.[15] Nach kurzer Zeit wechselten die beiden auch vertrauliche private Briefe. Schon der erste ausführliche Gedankenaustausch lässt das für Stapfer wieder verbesserte Arbeitsklima erkennen.[16] Der neue Staatssekretär meldete ihm den zügigen Verlauf der sogleich nach dem 17. April aufgenommenen Verfassungsberatungen, wie jener es empfohlen hatte, und ersuchte ihn um diplomatischen Sukkurs:

> «Le Gouvernement s'est convaincu que rien n'est plus essentiel que d'obtenir, avec une célérité qui surprenne les ennemis de la liberté helvétique, une constitution définitive et la manifestation la plus positive que possible de l'approbation du premier Consul, le voisin et l'allié le plus puissant de l'Helvétie, et qui s'est le plus intéressé à son sort et à son indépendance. C'est sur ces deux objets que je vous sollicite de concentrer vos soins zélés.»

Müller-Friedberg schloss seine knapp formulierte Zielsetzung zur Konstituierung, auch unter Absicherung durch den Volkswillen, mit den Worten:

> «Puisse-je vous féliciter promptement d'avoir contribué essentiellement au bonheur permanent de l'Helvétie et vous exprimer avec un intérêt d'autant plus vif les sentiments de mon estime et de mon attachement.»

Der für den neuen Ton empfängliche Stapfer antwortete in zuversichtlicher Stimmung:

> «C'est un bien grand plaisir que j'ai appris la nomination du citoyen Rüttimann à la place de directeur des relations diplomatiques et la vôtre à celle de Secrétaire d'Etat ad interim. De pareils choix ne peuvent qu'inspirer la confiance la plus entière.»

Gleich zwei Tage später erläuterte er seinem Gesprächspartner die Schwierigkeit, die französische Taktik zu durchschauen und zur Rückenstärkung der neuen Regierung eine eindeutige öffentliche Stellungnahme des Ersten Konsuls zu erlangen, dies umso mehr, als nicht nur Reding bei Bonaparte eine scharfe Beschwerde gegen die Unitarier erhoben hatte, sondern namentlich auch bernische Parteigänger des Föderalismus in Paris intrigierten. [17] Er referierte:

> «Il paraît que le système adopté par le gouvernement français est d'observer le développement des résultats du 17 Avril, et comme il ne peut manquer d'y voir par la suite l'empreinte du vœu national et l'approbation de tous les vrais amis de la liberté et des deux Républiques, nous ne devons pas craindre qu'on favorise d'aucune manière l'opposition factieuse d'une petite minorité qui s'est rendu odieuse à la masse de la Nation, en tenant pendant six mois le glaive de la contrerévolution suspendu sur sa tête.»

Genauere Indizien hätte vielleicht wieder einmal ein längeres Gespräch mit Bonaparte geliefert. Von der ersten öffentlichen Audienz nach dem Staatsstreich berichtete Stapfer unter Hervorhebung des Bedeutungsvollen jedoch nur dies:

> «Hier à l'audience le premier Consul, après m'avoir salué, me dit sur le ton de la plaisanterie: *Eh bien, vous voilà encore en révolution. Tâcher donc de vous en fatiguer.* J'eus à peine le temps de lui répondre: La dernière n'est qu'un retour aux principes et au vœu du peuple; il cherchait son niveau et il l'a trouvé. Avant le dîner où nous fûmes invités, ma femme et moi, il me salua de nouveau très gracieusement et allait me parler, quand on vint avertir que la table était servie.»

Ob der Gesandte bei längerer Unterhaltung mehr aus seinem Partner herausgebracht hätte, als was ihm auch Talleyrand stereotyp wiederholte? Zudem erhielt Stapfers Zuversicht unerwartet einen Dämpfer, als der Erste Konsul in einer fast zum selben Zeitpunkt veröffentlichten Botschaft an die gesetzgebende Kammer unter anderem zur Lage der Helvetischen Republik eine gravierende Feststellung einflocht, die wie eine versteckte Drohung tönte:[18]

> «La République helvétique, reconnue au dehors, est toujours agitée au dedans par des factions qui se disputent le pouvoir. Le Gouvernement, fidèle aux principes, n'a dû exercer sur une nation indépendante d'autre influence que celle des conseils; ses conseils jusqu'ici ont été impuissants. Il espère encore que la voix de la sagesse et de la modération sera écoutée, et que les puissances voisines de l'Helvétie ne seront forcées d'intervenir pour étouffer des troubles dont la continuation menacerait leur propre tranquillité.»

Stapfer wollte allerdings die daraufhin in Diplomatenkreisen kursierenden Gerüchte nicht wahrhaben, Bonaparte suche die Schweiz auf den Punkt zu bringen, dass man ihm die Präsidentschaft antrage. Das Urteil über den 17. April, so fand er, hänge auch davon ab, ob zur Rettung der nationalen Unabhängigkeit eine gute Verfassung zustande komme. [19] Talleyrand habe ihn darin bestärkt und betont, Frankreich wolle sich nicht ein zweites Mal mit einem Verfassungsvorschlag kompromittieren lassen. Im Lauf der folgenden Wochen beschäftigte also den helvetischen Gesandten nichts so eingehend wie der Gang der Konstituierung. Ja, er verband mit der Konsolidierung der Helvetischen Republik geradezu Erfolg oder Scheitern seiner Mission in Paris.

> «Il serait très mortifiant pour moi de ne pas réussir dans une affaire qui tenait fort à cœur à mon gouvernement, et qui pouvait mettre enfin un terme à notre état provisoire.»

So zu Talleyrand.

In Diplomatenkreisen zirkulierten nämlich mangels anderer brisanter Themen Gerüchte über die bevorstehende Einberufung einer Schweizer Consulta nach Strassburg durch Bonaparte. Man munkelte sogar von Annexions- und Aufteilungsplänen. Suchte Stapfer hinter die Kulissen zu blicken, so erhielt er auf sei-

Karl Müller-Friedberg (1755–1836), Staatssekretär des Äussern der Helvetischen Republik 1802. Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

ne bohrenden Fragen im französischen Aussenministerium stets die Antwort: Helft euch selbst, doch ja ohne unsere Interessen zu tangieren! Die Appelle des tief besorgten Patrioten an die politischen Instanzen in Bern erklären sich aus dieser Dauerspannung heraus. Der Zuruf am Schluss eines am 10. Mai 1802 verfassten Lageberichts war nicht nur an den Staatssekretär gerichtet, sondern sollte die ganze politische Führungsgruppe aufrütteln.[20]

> «Quoi qu'il en soit, le moment décisif est arrivé. Il dépend de nous, si, en sacrifiant à de petits intérêts de castes ou de localité le salut de la patrie, nous voulons être effacés de la liste des nations et léguer à nos descendants, avec la honte et le désastre de nos misérables querelles, la malédiction d'un théâtre de guerre périodique et le triste honneur de contribuer à bâtir des flottes avec les débris de nos fortunes et à teindre de notre sang l'océan des deux Indes; si nous voulons, en un mot, offrir à

des opinions la patrie en holocauste, ou bien conserver avec l'honneur que l'Europe répugne à nous voir perdre, l'inappréciable bien d'une existence nationale et indépendante. C'est aujourd'hui si jamais que, suivant l'expression de notre historien en 1798 [sc. Johannes von Müller], nous devrions tenir conseil secret dans les marchés et proposer au peuple helvétique cette alternative: Continuez de vous quereller, pour être ensuite foulés aux pieds, ou réunissez-vous pour lever le front avec sécurité vers le Ciel de vos Alpes, et pour jouir en honneur l'héritage de vos ancêtres. Aujourd'hui Bonaparte vous tend la main; demain si le scandale de vos divisions continue, il sera forcé de l'appesantir sur vous pour les faire cesser.»

Das war Stapfers Kassandraruf Mitte Mai 1802, ein halbes Jahr vor Napoleon Bonapartes Proklamation von St. Cloud zur Dämpfung des inzwischen aufgeflammten Bürgerkriegs und vor der nachfolgenden Mediation, die dann unter militärischer Sanktionsdrohung stand.

III Immerhin hellte sich im Frühsommer der Himmel nochmals auf, als die Versammlung von fünfzig Notabeln mit der Verfassungsberatung zügig vorankam und unter massgeblichem Einfluss Renggers und des französischen Gesandten Verninac in Anlehnung an Malmaison ein Projekt entwarf, das danach auch der französischen Regierung unterbreitet wurde und zur Volksabstimmung kam. Natürlich warf der wegen der Zehnten und Grundzinsen im Kanton Léman aufflammende Aufstand einen dunklen Schatten, dämpfte aber vorerst Stapfers Hoffnung auf die Lösung der Hauptfrage nicht:

«Il est urgent que vous terminiez promptement et la promulgation du nouveau pacte social et le choix des membres du Sénat, dont les noms doivent entrer dans la constitution. C'est le seul moyen de sauver l'existence de notre patrie.»[21]

Was er seinerseits in Paris mit allen Kräften anstrebte, war die offizielle französische Genehmigung der geplanten Neuordnung, um allen der Schweiz drohenden feindseligen Plänen zuvorzukommen.[22]

Mit dem neuen, politisch gesinnungsverwandten Staatssekretär Müller-Friedberg konnte er eben den Dialog viel offener führen als vorher. Dieser hielt ihn auf dem Laufenden und legte ihm seinerseits die bei der Konstituierung zu lösenden Kernfragen dar:

«[...] mais c'est la meilleure [constitution] à laquelle il ait été possible de parvenir dans les circonstances actuelles, où il a fallu plutôt une convention qu'une loi constitutionelle. En attendant ce pacte, malgré ce qu'il laisse à désirer même aux hommes sages et modérés, a aussi ses avantages marquans sur tous les essais précédents de constitution. Le gouvernement a plus de force et d'organisation, et il s'y trouve des garanties pour une meilleure composition, soit du gouvernement, soit des autori-

tés cantonales pour à présent et pour la suite. Par la prochaine je pourrai sans doute vous parler de la façon dont on se prendra pour soumettre ce pacte à la sanction nationale.»[23]

In Bern nahm man zweifellos Stapfers Warnungen nicht auf die leichte Schulter, wenn er kurz darauf rapportierte, es drohe zwar keine unmittelbare Aufteilungsgefahr, jedoch dürfe nicht unterschätzt werden, wie schädlich der Eindruck sei, die Schweiz habe nicht den nationalen Willen, sich aus eigener Kraft zu stabilisieren:

«[...] mais il est sûr que de plus en plus l'opinion s'établit que nous n'avons pas de volonté nationale et qu'il est impossible d'établir chez nous un gouvernement par nos propres forces. Les partisans de l'ancien régime ne cessent de dire qu'ils aiment mieux être province française que d'être gouvernés par tels ou tels. L'autre extrême tient le même langage. C'est ainsi que peu à peu l'opinion se forme, et qu'un plan qui d'abord avait été repoussé par la France et considéré comme inexécutable, ne présente plus d'obstacles insurmontables et qu'on songe à réaliser. Ce moment malheureux n'est point encore arrivé, et il dépend de nous qu'il n'arrive jamais.»[24]

Die beruhigende Nachricht vom nahen Abschluss der Verfassungsberatungen tröstete ihn über die abschätzigen Bemerkungen über sein Land hinweg, die in der Umgebung des Ersten Konsuls fielen. Sein verletztes nationales Selbstgefühl spricht aus einem privaten Schreiben an Müller-Friedberg:[25]

«Quoi qu'il en soit, hâtons-nous de nous organiser d'une manière qui inspire la confiance au dedans et le respect au dehors, afin que tous les événements que cache encore la nuit de l'avenir nous trouvent réunis en une seule faction, la faction du bien public et de l'indépendance, nous trouvent formés en un corps de nation libre, fière et valeureuse. *L'existence nationale est un bien inappréciable que nul autre peut compenser*» [kursiv vom Verf.]

Der Staatssekretär hatte bei ihm keine leeren Hoffnungen geweckt, und auch der massgeblich an der Redaktion beteiligte Freund Rengger gab ihm Nachricht vom Abschluss der Verfassungsberatungen:

«Wir folgen Ihrem Rathe, rasch vorwärts zu gehen. Gestern sind die Notabeln auseinander gegangen und in zwei Tagen werden wir den mit dem Minister [Verninac] definitiv verabredeten Verfassungsentwurf [...] dem Volk zur Sanktion vorlegen.»[26]

Ein wenige Tage später an Müller-Friedberg gehendes Schreiben lässt Stapfers grosse Erleichterung erahnen. War nun nicht das Ziel der besten Helvetiker in greifbare Nähe gerückt, den 1798 begonnenen grundlegenden Umbau der alten Strukturen endlich zu konsolidieren und eine fortschrittliche nationale Entwicklung einzuleiten? Das ausführliche Dokument bündelt nochmals die Überlegungen des Gesandten zur Lage seines Landes:

«Les nouvelles que vous me donnez du parfait accord qui règne entre le Petit Conseil et l'assemblée des Notables me font le plus grand plaisir. Je n'en éprouve pas moins en apprenant que les travaux concernant la constitution tirent sur leur fin et que cet acte important va incessamment être soumis à la sanction du peuple helvétique. Ma position me met à même de sentir tout l'importance d'une accélération de ce grand œuvre national, et je consentirais volontier d'abréger ma vie d'autant d'années que je pourrais retrancher de jours à notre état provisoire, si ce sacrifice était de nature à produire cet heureux résultat. Alors au moin j'aurais l'espoir de voir le nom Suisse se replacer sur le rang des nations et de laisser une patrie à mes enfants. Hâtons-nous, je le répète, de prendre possession aujourd'hui d'un bien inappréciable, qui demain peut-être ne sera plus en notre pouvoir. – Ceux qui disent aujourd'hui avec tant d'aigreur: Nous préférons être réunis à la France ou sujets de l'Autriche, qu'être gouvernés par tels ou tels, aiment donc mieux être foulés aux pieds par l'Etranger, servir d'avant-poste dans toutes les guerres futures et préparer à leurs enfants le sort des Savoyards? – Je sais bien que la passion est sourde aux oracles de Dieu, à la voix de l'histoire et même aux leçons de sa propre expérience; je sais que les sectes qui se ressemblent le plus s'entrepersécutent avec le plus de rage et de fureur. Mais quand la bienveillance du héros de la France nous y convie; quand nos souffrances passées nous éclairent; quand nous maux présents nous y poussent; quand l'avenir nous menace; quand nous voyons les grandes puissances de l'Europe, avides de nouveaux moyens de s'indemniser, regarder de minute en minute à la montre, impatientes de saisir leur proie, regarder de minute en minute, pour s'assurer si le moment propice est venu, si nos agitations ont assez duré pour justifier les projets qu'on médite, si l'heure où on doit désespérer de notre raison et de la possibilité d'établir un gouvernement fort et national parmi nous, n'est pas encore sonnée, ne serait-il donc pas possible que nous oubliassions un moment que nous sommes citadins ou campagnards, aristocrates ou démocrates, pour nous rappeler uniquement que nous sommes Suisses? Ne saurions-nous nous conserver par le sacrifice de quelques nuances d'opinion ce que nos ancêtres ont acquis au prix de leur sang? On ne nous demande pas de résister à un puissant monarque, on n'exige pas que nous combattions de nombreuses armées ou que nous nous précipitions sur un rempart de lances, en renonçant à la vie et à tout qui nous était cher. On ne nous demande que quelque commisération pour nous-mêmes, quelque pitié pour nos enfants, quelque désir de repos et quelque besoin d'ordre et de bonheur. On demande que nous nous donnions de la consistance, en en donnant à un gouvernement national; que nous apprenions à l'Etranger à nous respecter, en environnant de respect

nos autorités. Quelle que soit la constitution qu'on offre aujourd'hui à la Nation, revêtue de l'approbation de l'élite de ses citoyens; quels que puissent être ses défauts, quels que soient les hommes qu'on va lui présenter comme devant composer le Conseil Suprème de l'Helvétie, dans les circonstances où nous nous trouvons, j'ose affirmer et j'en atteste le Ciel, que celui qui ne s'empresse pas de leur donner son suffrage et de les environner de sa confiance et de son respect, est un homme qui veut exposer au naufrage le vaisseau de l'Etat et qui coupe la corde qu'on lui jette du rivage.»

Ob diese staatsmännische Mahnrede die zerstrittenen Parteien noch hätte zur Besinnung bringen können, und ob namentlich der tiefe Unmut der vom politischen Treiben angewiderten Bevölkerung sich hätte beschwichtigen lassen, diese Frage kann wohl gestellt werden, bleibt jedoch angesichts des Ganges der kommenden Ereignisse müssig. Stapfer allerdings nahm die rasche Einigung der politischen Führungsgremien auf das Verfassungsprojekt vom 25. Mai als günstiges Vorzeichen auch für die nachfolgende Volksbefragung.

«L'accord qui règne entre le gouvernement et les notables est d'un très bon augure pour le résultat du recueillement des votes par registres dans toutes les communes de l'Helvétie.»[27]

Erfüllt von dieser Zuversicht, begab er sich denn auch trotz einer gesundheitlichen Störung an die öffentliche Audienz beim Ersten Konsul und berichtete am 5. Juni über die Szene:[28]

«Vous excuserez la brièveté de cette lettre, à raison d'une incommodité qui m'a alité avant-hier, et qui s'est accrue, parce que hier je me suis traîné à l'audience et au dîner chez le Premier Consul. – Il m'a abordé d'un air très gracieux, et après s'être informé de ma santé, il m'a demandé si nos affaires en Suisse s'arrangeaient. J'ai répondu que oui; que la constitution proposée à la sanction du peuple helvétique était un traité de paix entre tous les partis, et que tout annonçait son acceptation, parce que tout annonçait la confiance dans le gouvernement actuel et la fatigue de l'état provisoire. ‹Je suis charmé›, me dit-il; ‹je ne désire que votre tranquillité et votre bonheur.›»

War der helvetische Gesandte damit in seinen seit über einem Monat unternommenen Bemühungen um eine verbindliche offizielle französische Rückendeckung für die neue Ausrichtung der helvetischen Politik einen Schritt weitergekommen? Zumindest fehlte bei dieser Audienz der unverhohlene Spott über das endlose helvetische Revolutionieren. Stapfer war sich voll bewusst, dass einzig Bonaparte imstande und bestenfalls willens war, die Errungenschaften der helvetischen Revolution gegen reaktionäre Tendenzen zu sichern. Seine früher geäusserten moralischen Vorbehalte gegenüber dem Machthaber und seinem System stellte er hinter diese realpolitische Einsicht zurück. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass gerade die philosophischen Grundsätzen verpflichteten Helvetiker

und Republikaner sich gezwungen sahen, ihre Hoffnung auf einen Inhaber autoritärer Gewalt zu setzen, der zudem aus seiner Verachtung für die politischen «Metaphysiker» kein Hehl machte. Auch Stapfer brachte, wie sich nun zeigte, aus Patriotismus dieses Opfer und erntete beim Ersten Konsul ein gewisses, vielleicht doch achtungsvolles Wohlwollen. Er wie Müller-Friedberg erhofften, wie ihre Korrespondenz verrät, die Verfassungsvorlage werde, allen Störmanövern zum Trotz, in der auf Anfang Juni angesetzten Volksbefragung die letzte Hürde nehmen. Tatsächlich verlief aus der Sicht der Unitarier alles planmässig, allerdings unter Anwendung der nicht unanfechtbaren Prozedur, die Nichtstimmenden als Annehmende zu zählen. Trotz einem Überhang an effektiven Neinstimmen ergab dies eine deutliche Mehrheit für die Vorlage. Bedenken musste insbesondere die starke Opposition in den Urkantonen wecken. Und bei der Bestellung der Spitzenämter schwang als Landammann Dolder obenauf, ein zweifelhafter Charakter und Favorit des französischen Gesandten.[29]

IV Die Zielsetzung von Stapfers diplomatischer Mission vom Sommer 1800 an liess sich anhand der Gesandtschaftsberichte und Korrespondenzen verfolgen und zeigt das unermüdliche Bestreben, dem schutzlos ausgelieferten helvetischen Kleinstaat im Schatten der wachsenden europäischen Hegemonialmacht den ungeschmälerten Fortbestand zu sichern und dessen innere Konsolidierung zu fördern. Der begrenzten Aktionsmöglichkeit öffneten aber erst die europäischen Friedensverträge von Lunéville und Amiens mehr Spielraum durch das immerhin formell zuerkannte Selbstbestimmungsrecht. Dies förderte nicht nur das Bestreben, sich möglichst unabhängig zu konstituieren, sondern bot dem Gesandten auch die Möglichkeit, auf der internationalen diplomatischen Drehscheibe Paris für sein seit dem Umsturz und der militärischen Besetzung international praktisch isoliertes Land Aussenkontakte anzubahnen. Allerdings war dabei, wie sich sogleich zeigte, mit dem Misstrauen der französischen Schutzmacht zu rechnen. Reding hatte mit derartigen Tastversuchen anlässlich seines Pariser Aufenthalts bei Talleyrand Unwillen erregt, weil man jede Einmischung in die franko-helvetischen Beziehungen, etwa in der Walliser Frage, strikte ablehnte. Stapfer agierte diskreter und begegnete diesbezüglichen Vorhaltungen des französischen Aussenministers mit der Beteuerung, für die neue unitarische Exekutive stehe die Bündnistreue im Vordergrund:[30]

> «Nous allons compter sur la générosité du Consul et la mériter, parce que nous connaissons la véritable position et les intérêts de la patrie.»

Er hielt sich vorsichtig an diese Linie, wenn fremde Diplomaten, nun nach dem vierten Staatsstreich im Zweifel über die Stabilisierung der inneren Verhältnisse, bei ihm nähere Auskünfte suchten. Anderseits bemerkte er doch auch, dass die französische Regierung offensichtlich bemüht war, anderen Mächten keinen Anlass zu geben, das Konsularregime des Bruchs der eben geschlossenen Verträge zu bezichtigen. Gerade deshalb empfahl er seinen Gesinnungsfreunden, selb-

Johann Rudolf Dolder (1757–1807), helvetischer Politiker, 1802 Landammann der Helvetischen Republik. Kupferstich von Heinrich Pfenninger, 1799.

ständig und rasch zu handeln. In diesem Zusammenhang und einer nachfolgenden Verquickung wegen ist hier kurz auf eine Kontrastfigur Stapfers einzugehen, den durch die Regierung Reding Ende Januar 1802 in diplomatischer Mission nach Wien gesandten Berner Bernhard Gottlieb Isaak von Diesbach-Carouge (1750–1807). Der ehemalige Begleiter Redings reiste zusammen mit dem nach St. Petersburg bestimmten Standesgenossen Scipio Rupert Lentulus. Der unitarische Staatsstreich vom 17. April brachte jedoch die beiden Berner Aristokraten ganz aus dem Konzept. Diesbach suchte nun am Wiener Hof heftig Stimmung für das Ancien régime zu machen, bis er von der neuen Exekutive in Bern abberufen wurde. Stapfer mobilisierte bei Talleyrand diplomatischen Sukkurs gegen dessen auch gegen Frankreich gerichtete Agitation. Zugleich hatte er sich aber auch in Paris einer gegen die unitarische Staatsleitung gerichteten Kampagne von Seiten des ehemaligen Gesandten Reinhard und seines Sekretärs Fitte zu erwehren, beide ausgesprochene Sympathisanten des bernischen Patriziats. Er rapportierte:

«Les citoyens Reinhard et Fitte n'ont cessé de dépeindre ici les unitaires comme des factieux et des révolutionnaires théoristes, sacrifiant tout a leurs idées métaphysiques et ne jouissant d'aucune considération en Suisse.»[31]

Stapfer registrierte Stimmen und Stimmungen im Umkreis der Pariser Machtzentrale und hielt sich auch den Zugang zu ausländischen Diplomaten offen. So trat der russische Gesandte Arkadi Ivanovic Markov im Auftrag seines Hofes an ihn heran und ersuchte um Auskunft über den aktuellen Zustand der Schweiz.[32]

«Monsieur de Markow m'a fait la première visite avec le prince héréditaire de Weimar [...] J'en conclus que le gouvernement helvétique était reconnu par l'empereur de Russie, et j'en reçus hier la confirmation par Monsieur de Markow. Cet ambassadeur m'a fait l'ouverture formelle qu'il avait ordre de sa cour d'entrer en relation diplomatique avec moi, et qu'il désirait beaucoup s'entretenir avec moi sur l'état de la Suisse.»

Natürlich ergriff Stapfer die Gelegenheit, mit Vertretern massgebender Mächte ins Gespräch zu kommen, um damit das Ansehen seiner Regierung zu stärken, dies jedoch mit gebotenem Takt:

«Je lui ai répondu avec la politesse et la déférence dues à la puissance qu'il représente; mais j'ai cru devoir user de la plus grande réserve, surtout après les plaintes que le ministre Talleyrand m'a adressées [...] sur les démarches que le Premier Consul soupçonna avoir été faites auprès des puissances étrangères; et je me bornai, dans mes rapports avec lui, à des conversations générales et à des témoignages de respect du gouvernement helvétique pour S. M. l'empereur.»

Bei der nächsten Begegnung erfuhr er vom russisch-französischen Briefwechsel über die Schweiz und von Bonapartes Zusicherung, er werde sich nicht einmischen, was ihn einmal mehr beruhigte. In seinen Rapporten spricht er auch von der politischen Einstellung verschiedener für die Schweiz interessanter ausländischer Repräsentanten.[33] Der vorher erwähnte Russe Markow plädiere für das Ancien régime, was freilich in Paris keinen Schaden tue. Der preussische Gesandte Lucchesini halte sich etwas zurück, gebe allerdings zu verstehen, in Berlin habe der 17. April keinen guten Eindruck gemacht. Immerhin stehe die Aufnahme diplomatischer Beziehungen bevor. Der in Paris weilende Kardinal Caprara mische sich nicht ein, und der Österreicher Cobenzl (Vetter des Staatsministers) habe keinen Einfluss; denn er sei ein unbesonnener Schwätzer und habe mit geheimen Plänen Redings und Diesbachs hausiert. Übrigens bahne sich in Wien ein Wechsel in der Leitung der Geschäfte an, und in London kehre Pitt ins Ministerium zurück, sodass die europäische Politik vor einem Wendepunkt stehe.

«C'est un nouveau motif pour nous, de faire tous nos efforts pour nous organiser promptement et régler nos rapports avec la France, qui est notre amie et notre protectrice la plus naturelle.»

Stapfer trug der bestehenden Machtkonstellation also illusionslos Rechnung, auch wenn er in sich die Idealvorstellung von der freien, unabhängigen und neutralen Schweiz trug. Diese Haltung beobachtete er auch bei weiteren Gesprächen mit Markow, der ihm kritische Bemerkungen des Ersten Konsuls zutrug über die, wie Bonaparte sich ausdrückte, «anarchische Situation in der Schweiz». Der Russe warnte dringend vor dem Schicksal Cisalpiniens. Die Schweiz möge sich doch nach dem Vorbild ihrer Vorfahren wehren. Doch als er die helvetische Regierung kritisierte, konterte Stapfer, wie berichtet:[34]

> «Je lui donnai la réponse qui convenait; mais voyant que notre conversation prenait une tournure désagréable, je la finis, en l'assurant que mon gouvernement serait certainemant touché des marques de bienveillance que S. M. I. donnait à la nation helvétique; que nous désirions la mériter et en général rétablir les rapports d'amitié avec toutes les puissances de l'Europe; mais que la France républicaine étant aujourd'hui pour nous ce qu'avait été pendant plusieurs siècles la France monarchie [sic], et que nous ne ferions rien que de concert et avec l'agrément de notre plus ancien et plus proche allié.»

Als bei der nächsten Begegnung Markow das Schreckbild der Annexion der Schweiz durch Frankreich an die Wand malte und dabei auf Verräter unter den helvetischen Politikern anspielte, prangerte Stapfer seinerseits die Gleichgültigkeit der europäischen Mächte gegenüber dem Schicksal seines Landes an, wobei er indirekt auch das Ringen um das Wallis ansprach. Er gab der Bitterkeit des im Stich gelassenen Opfers mit deutlichen Worten Ausdruck, dem darüber hinaus auch noch der Weg zur Erneuerung erschwert werde:

> «Je lui fis observer que les cours étrangères s'étaient montrées disposées à desservir les Suisses qui, en embrassant le système de l'unité, voulaient donner à l'Helvétie les moyens de recouvrer son indépendence, et au contraire à servir les partisans de l'ancien régime, qui ne cessaient de dire qu'ils préféraient d'être français, si on ne rétablissait pas l'ancien ordre tel qu'il était et qui provoquait la France à s'emparer d'un pays qu'ils ne peuvent souffrir de voir gouverné par d'autres que par eux.»

Zu diesem Zeitpunkt war allerdings Russland im Westen nicht so engagiert wie 1799 mit Suworows Feldzug. Hingegen war die Haltung des Kaiserhofs in Wien als kontinentaler Hauptrivale Frankreichs und Nachbar der Schweiz von Bedeutung. Dort machte, wie oben erwähnt, der Berner Patrizier Diesbach Stimmung für die Föderalisten als eine Art Antipode zu Stapfer in Paris.[35] Er fungierte im Auftrag der Reding'schen Regierung als ausserordentlicher Botschafter und trug aus Konvenienzgründen den Grafentitel. Trotz der leeren helvetischen Staatskasse und ungeachtet aller Sparappelle reiste er mit seinem nach St. Petersburg bestimmten Standesgenossen zum Ärger mancher Augenzeugen sechsspännig nach Wien und stellte dort auch entsprechende Ansprüche. Es ging nicht lange, bis er sich in gehässiger Rivalität zu Stapfer bei seinem Standesgenossen Staatssekretär

Thormann beschwerte, er werde in Wien weniger gut informiert als der Gesandte in Paris. Auf die Reisekosten und den Lebensunterhalt angesprochen, reagierte er unwirsch und wieder mit einem Seitenhieb gegen Stapfer:[36]

> «Vous verrez qu'il n'est pas possible qu'un Ministre vivote ici à moins de L. 2000 de Suisse par mois, et si j'avais cru convenable de prendre le qualité et le rang d'ambassadeur que mes lettres de créances me donnaient, la dépense eût été au moins du double. Si donc on trouve ces frais trop forts, quoique moins considérables que ceux de la légation helvétique à Paris, composée des citoyens Stapfer, Briatte, Bazol [?] etc. qui ne sont tenus à rien, et si l'on ne croit pas que les avantages qu'on pourrait tirer de ma mission assez grands pour mériter cette dépense, il faudra se hâter de me rappeler et faire abstraction de la mission en Russie.»

Der hochfahrende Ton seinem Vorgesetzten und indirekt dem Landammann Reding gegenüber:

> «Il vous faut un ministre, et non pas un agent subalterne, condamné à faire antichambre.»[37]

Vielleicht veranlasste der Disput über den nötigen Aufwand und das Sparen mit der Anspielung auf die Finanzen der Pariser Gesandtschaft auch Stapfer zu einer Stellungnahme. Bei dieser Gelegenheit fällt wieder einmal ein spärliches Streiflicht auf sein Privatleben. Er rapportierte über seinen Haushalt:[38]

> «J'ai l'avantage d'avoir une Parisienne pour femme, qui, se connaissant au prix des choses, m'épargne une partie des surcharges que tous les étrangers ont à supporter; j'ai de plus grandes facilités par la proximité de quelques terres qui appartiennent aux plus proches parens de ma femme, et qui fournissent le ménage sans frais de comestibles infiniment chers au marché, et néanmoins ma dépense annuelle s'est montée à L. 35 000; et je puis supposer que celle du citoyen Zeltner [ein Vorgänger] à été énorme et même ruineuse, d'après ce qui m'est connu du pied sur lequel il a fait les honneurs de la nation.»

Auch im weiteren Zusammenhang und von Amtes wegen hatte sich der Gesandte mit den Finanzfragen seines Landes zu befassen. Die dortige Misere, welche bekanntlich verschiedene Ursachen hatte, wäre wahrscheinlich nach der Stabilisierung der politischen Verhältnisse planmässig angegangen worden. Eine Quelle hatte die unitarisch gerichtete Exekutive vor dem dritten und nach dem vierten Staatsstreich im Auge, die ausländischen Fonds, namentlich die Anlagen Alt-Berns in England. Durch Stapfers Vermittlung wurde auch Talleyrand eingeschaltet. Die Mittel sollten der Zentralkasse zugeleitet werden und damit dem Ganzen dienen.

Wie unterschiedlich die beiden bei den massgebenden kontinentalen Mächten akkreditierten helvetischen Diplomaten Diesbach und Stapfer agierten, zeigte ihr Verhalten anlässlich der aufeinander folgenden Regierungswechsel 1801/02. Für Stapfer standen nach dem föderalistischen Coup im Herbst 1801 die nationalen Interessen allem andern voran, und dies selbst unter einer seiner persönli-

chen politischen Gesinnung widersprechenden Regierung. Dies, solange es nach aussen nur tragbar war. So klammerte er sich auch nicht an seinen Posten. Der adelsstolze Berner hingegen begann nach dem 17. April 1802 am Wiener Hof sogleich offen und sogar über die Presse gegen die neue Exekutive zu agitieren, weswegen er abberufen wurde. Sein nicht nur der Regierung, sondern auch seinem Land abträgliches Verhalten gipfelte in der Weigerung, sein Amt aufzugeben. So korrespondierte er denn mit dem ebenfalls entlassenen Staatssekretär Thormann weiter. Dabei äusserte er seine Geringschätzung über seinen ehemaligen Chef Alois Reding während der Pariser Mission und holte insbesondere zu einer gehässigen Invektive gegen Stapfer aus.[39] Solcherart entlud sich der Groll des Patriziers darüber, dass es ihm weder gelungen war, den Gesandten von seinem Posten zu verdrängen, noch ihn während der Reding-Mission unter Verheissung eines Spitzenamtes im restaurierten Bern für die Föderalisten zu ködern und in den Verhandlungen mit Bonaparte auf deren Ziele zu verpflichten. Jetzt holte er zu einer üblen Tirade aus:

> «Déjà alors nos sollicitudes constantes étaient dirigés contre les fourberies trop connus de Stapfer; mais nos efforts furent inutiles; on lui accorda la confiance que j'aurais été jaloux de posséder, et dont il était déjà alors indigne sous tous les rapports. Il y avait dans ce moment encore une ressource pour paralyser cet ennemi lâche et perfide et pour lui arracher une influence qu'on aurait ménagée pour les honnêtes gens; mais l'homme qui aurait dû faire ce sacrifice à la patrie a préféré périr lui-même, au lieu de perdre un parti qui l'eût honoré aux yeux de tous les politiques éclairés.»[40]

Hinter solchen Ausfällen verbirgt sich doch wohl auch das unfreiwillige Eingeständnis, wie überlegen Stapfer seine Diplomatenfunktion ausübte. Seinerseits qualifizierte dieser das insolente Verhalten des Berners in Wien ganz sachlich, als er Ende Juni an Müller-Friedberg schrieb:[41]

> «La lettre de Monsieur Diesbach est parfaitement conséquente avec la conduite qu'il a tenue depuis le 17 avril. Le ton qu'il prend fait présumer que quelques ministres étrangers, et peut-être quelques seigneurs du parti de Thugut [österreichischer Staatsminister], le soutiennent et l'approuvent. Mais qu'en résultera-t-il en définitive? Déjà Monsieur de Cobentzel [österreichischer Gesandter in Paris] m'a positivement déclaré que la cour de Vienne ne prenait aucune connaissance de nos arrangemens intérieurs, et q'elle désirait simplement être en harmonie avec la République helvétique. Le gouvernement ne reconnaissant plus Diesbach en sa qualité d'envoyé d'Helvétie, il est de toute impossibilité que sa Majesté Impériale et Royale le considère désormais comme tel.»

Tatsächlich riss der mit Wien angeknüpfte Faden infolge dieser Affäre nicht, denn ein dort ansässiger angesehener Auslandschweizer liess sich durch Staatssekretär Müller-Friedberg anstandslos akkreditieren. Vermutlich stärkte doch das wachsende Interesse fremder Höfe den gerade von Stapfer immer wieder angerufenen

Unabhängigkeitswillen der jungen Helvetischen Republik. Er rapportierte mit Genugtuung, dass auch Talleyrand denjenigen in Regierungskreisen, welche die Schweiz herabsetzten, entgegenhielt, es handle sich um ein vernünftiges Volk, das aufgrund seiner Ordnungsvorstellungen durchaus imstande sei, sich solide zu organisieren. So wie die Dinge also nun im Frühsommer 1802 standen, verfestigte sich bei Stapfer die Überzeugung, die französische Politik vertraue auf eine zunehmende Stabilisierung der politischen Zustände in der Schweiz:[42]

> «Son [sc. Talleyrands] langage à l'égard de nos arrangements constitutifs est toujours le même. Il manifeste le désir qu'ils soient bientôt terminés, que nous usions de toute latitude de notre indépendance, et que les nouvelles institutions ainsi que les autorités jouissent de la confiance et de l'estime de la Nation; sans cela, dit-il, elles seront aussi éphémères que les précédentes.»

Und doch: wenn nun der helvetische Gesandte, vielleicht auch aus einem gewissen Nationalstolz heraus, an den öffentlichen Audienzen auf die Nachfrage versicherte, die Entwicklung der Dinge sei auf gutem Weg, und wenn er als Antwort ein paar höfliche Floskeln zu Glück und Wohlfahrt Helvetiens mitbekam, spiegelte dies dann die wahre Haltung des Ersten Konsuls? Verbürgte dies angesichts der Schwachstellen im Neubau und im Fall einer ernsthaften Krise allenfalls den aktiven Rückhalt der mächtigen Schwesterrepublik? Es gab Anzeichen, dass in französischen Regierungskreisen, gleich wie nach dem föderalistischen Staatsstreich vom Oktober 1801, wieder ein Prozess der Meinungsbildung über die Lage in der Helvetischen Republik im Gang war. Darauf wird unten näher einzugehen sein. Man übte Zurückhaltung, und dementsprechend beantwortete Talleyrand Mitte Juni auf höhere Weisung das Gesuch Stapfers, bei der Dämpfung der Unruhen im Kanton Léman sollten französische Truppen mitwirken:[43]

> «Le gouvernement helvétique a si souvent témoigné le désir de voir diminuer le nombre des troupes placées sur son territoire, qu'un vœu contraire a besoin d'être fondé sur les motifs les plus graves, et d'être officiellement exprimé, surtout dans un moment où l'Helvétie, s'occupant de ses affaires intérieurs, doit jouir aux yeux de l'Europe de l'indépendance d'opérations qui lui est effectivement laissé. Pour mieux constater cette indépendance, le Premier Consul, bien loin de songer à faire rentrer des troupes en Helvétie, a été sur le point de rappeler celles qui y sont encore.»

In einer längeren Antwortnote erläuterte Stapfer dem französischen Minister die helvetische Situation.[44] Unverkennbar schimmerte zwar auch die Erleichterung durch über die Andeutung des Truppenabzugs aus der Schweiz. Die dezidierte Opposition der Innerschweiz gegen die neue Verfassung und die offene lemanische bäuerliche Insurrektion sah er allerdings als Störfaktoren. Der Einsatz französischer Truppen in der Waadt wäre nötig, weil die eigenen militärischen Kräfte im Land nicht ausreichten. Damit berührte er den Schwachpunkt, der sich

einige Monate später mangels französischer Rückendeckung verhängnisvoll auswirkte. Gerade diese Schwäche stellte jedoch die helvetische Regierung in den Augen Bonapartes auf peinliche Weise bloss. Und Stapfer hatte schon mehrfach feststellen müssen, dass man in Paris kein Verständnis zeigte für eine Regierung, «die anstatt zu befehlen und zu strafen, mit allen Unzufriedenen negozirt». Wohl hätte die Erfüllung der wiederholt erhobenen territorialen Rückforderung und eine sichere Grenzziehung im Westen wie auch eine Lockerung des französischen Drucks auf das Wallis deren öffentliches Ansehen zu stärken vermocht. Und wer verhinderte denn den Aufbau einer genügenden Wehrkraft im besetzten Land? Unter diesen Umständen beschlichen den unentwegten Sachwalter helvetischer Interessen in Augenblicken der Erschöpfung und Entmutigung doch bisweilen auch Zweifel am guten Fortgang der Entwicklung und am aufrichtigen Willen der Schutzmacht. Allerdings hielt er damit zurück, um keine Panikstimmung zu wecken, selbst wenn Diplomatenkollegen ominöse Gerüchte über französische Absichten an ihn herantrugen. Nur einmal liess er gegenüber dem Staatssekretär Müller-Friedberg durchblicken, wie eine seiner dringenden Demarchen bei Talleyrand geendet hatte und dieser schliesslich lachend ausrief:[45]

> «Calmez-vous donc; je n'ai jamais vu personne d'aussi inquiet que vous; tout s'arrangera et vous serez content!»

Dies grenzte an blanken Zynismus des Mächtigen gegenüber einem ihm schutzlos ausgelieferten Kleinstaat, von dem man eben durch einen Zwangsvertrag den Passkanton Wallis abgespalten hatte.

V War es Selbsttäuschung, wenn sich Stapfer an jedes Hoffnungszeichen hielt, sofern es positiv zukunftsweisend erschien? Seien es zuversichtliche Meldungen seiner Vorgesetzten, seien es ermutigende Äusserungen des Ersten Konsuls oder seiner Minister. So begrüsste er es, dass Bonaparte sich direkt durch eine versierte Persönlichkeit ein genaues Bild vom allgemeinen Zustand der Schweiz zu machen beabsichtigte. Er delegierte den kultivierten, liberal-konstitutionell gesinnten politischen Schriftsteller *Adrien Lezay* zu dieser Mission.[46] Stapfer stand in Verbindung mit ihm und erhoffte ein günstiges Urteil über den Entwicklungsstand der jungen Schwesterrepublik Frankreichs. Nach aussen hiess es, der Emissär habe den Auftrag, die Alpenkette von Graubünden bis Dalmatien naturhistorisch und geologisch zu erkunden. Doch sickerte bald durch, er habe von Bonaparte persönlich geheime Instruktionen, «sich über Volksstimmung, den Credit der Regierung und des Personals derselben zu erkundigen». Als er Stapfer um Empfehlung bei seinen Freunden bat, benachrichtigte dieser sogleich Usteri, Rengger und Müller-Friedberg von dem Vorhaben. Dem Staatssekretär Müller empfahl er, den bekannten, geistvollen Schriftsteller gut aufzunehmen, «et qu'il fût bien entouré».

> «C'est d'ailleurs un homme très éclairé et du plus grand mérite, digne à tous égards d'être connu et apprécié par vous.»[47]

Adrien Lezay-Marnésia (1770–1814), französischer Schriftsteller und Diplomat. Kupferstich von C. Guerin.

Rengger gegenüber wurde er noch etwas deutlicher des politischen Auftrags des Emissärs wegen:

> «Da er während seines frühern Aufenthalts in der Schweiz vorzüglich mit einer Klasse in Verbindung stand, welche gegen liberale Einrichtungen mehr als Vorurtheile hat, so wäre es sehr gut, wenn er aufgeklärten, sachkundigen und rechtgesinnten Männern in die Hände fallen und sein Ohr leihen würde. Mit dem ersten Konsul hat er vor seiner Abreise mehrere Unterredungen gehabt.»

Auch in der Schweiz war der geheime Zweck dieser Mission bereits bekannt, denn der französische Gesandte Verninac meldete Talleyrand aus Bern – das war Lezays erste Station für drei Wochen – allerdings mit kritischem Unterton:

> «On a répandu dans toute l'Helvétie, l'opinion que le citoyen Lezay est chargé de fixer les idées du Premier Consul, sur les affaires de ce pays. L'esprit de parti c'est avidément emparé de ce moyen d'ébranler la

confiance publique et de rendre encore problématique la stabilité de tout ce qui se fait et de tout ce qui se prépare.»[48]

Fürchtete der Diplomat wegen seiner positiven Haltung zum vierten Staatsstreich und dem danach unter seiner Mitwirkung beratenen Verfassungsprojekt desavouiert zu werden? Sah er seine eigene Berichterstattung zur Lage der Schweiz in Frage gestellt? Stapfer hingegen blickte vermutlich von seinen persönlichen Kontakten mit Lezay her dessen Bericht unbesorgt entgegen. Er erwartete sogar moralischen Sukkurs für die Sache der fortschrittlich-liberalen Unitarier von einem Mann, der in Paris als «républicain ou constitutionnel très prononcé» galt. Dieser lehnte nämlich trotz seiner Verbindung zur Familie Beauharnais die sich anbahnende Alleinherrschaft Napoleons innerlich ab, passte sich dann jedoch den Realitäten an und wurde in der Folge mit einem Präfektenposten honoriert. Der 1797 vom Direktorium geächtete politische Publizist war seinerzeit in die Schweiz geflohen und in der bernischen Waadt mit dem Landvogt von Morges *Alexander Georg Thormann* (1747–1827) in Verbindung gekommen. Jetzt erneuerte er sogleich nach der Ankunft in Bern diesen Kontakt. Davor hatte Stapfer gewarnt, und daher rührte auch das oben erwähnte Misstrauen Verninacs. Hörte sich also der Franzose am Sitz der helvetischen Regierung vornehmlich die Meinungen der Ci-devants an, auch wenn er zugleich seine fortschrittlichen Bildungsinteressen durch einen Besuch bei Pestalozzi in Burgdorf demonstrierte, den ihm der Staatssekretär Müller-Friedberg vermittelte?[49]

Von Kontakten zu den geistig massgebenden unitarischen Exponenten wie Rengger oder Usteri vernimmt man hingegen nichts. Einzig eines der helvetischen Exekutivmitglieder, Statthalter Johann Heinrich Füssli, kommentierte Lezays Zürcher Aufenthalt im August in einem Brief an Stapfer eher wegwerfend so:[50]

«Lezay war vor wenigen Tagen in Zürich. Einer meiner Freunde fand ihn in einer sehr verdächtigen Gesellschaft von Reding von Baden, Meister und Consorten. Ob aber er sie oder sie ihn gesucht, ist noch die Frage.»

Um es vorwegzunehmen, Stapfer und seine Gesinnungsfreunde konnten noch nicht ahnen, dass offensichtlich aus Lezays Patriziergesprächen nicht unbedeutende Anregungen für die Gestaltung der Anfang 1803 durch Bonaparte der Schweiz verordneten Mediationsverfassung ausgingen. Zwei aufschlussreiche Dokumentationen legen diesen Schluss zwingend nahe: die Aufzeichnungen des Berner Gesprächspartners und ehemaligen Regenten Alexander Georg Thormann und Lezays Rapporte an den Ersten Konsul aus Bern, Genf und Zürich.[51]

Der ehemalige Landvogt von Morges berichtete zusammenfassend über seine Begegnung mit dem Franzosen und seiner Gattin:

«Dès qu'il fut a Berne, il s'informa de moi et vint me voir.»

Als Vorwand für seine Reise gab Lezay zunächst einen Verwandtenbesuch an, verriet dann aber seine geheime Mission, was zu politischen Gesprächen führte:

«Tous les jours il venait chez moi à trois heures avec sa femme et y restait jusq'au soir, pour se promener avec moi ou dans ma chambre.»

Im Augenblick also, da die unitarische Führung der Helvetischen Republik nochmals den Versuch unternahm, den Staat selbständig zu konstituieren – Stapfers Dauerappell! – fanden hier zwischen dem französischen Emissär und einem Repräsentanten des Ancien régime ausgiebige, hochpolitische Gespräche mit entgegengesetzter Tendenz statt:

> «Après nombre et nombre de conversations sur la constitution à donner à la Suisse, dans lesquelles nous étions assez d'accord sur les bases principales, savoir 1° qu'un gouvernement central et fort pour la Suisse entière ne pouvait absolument pas convenir ni être adapté à la Suisse, vu son esprit national et la force de cet esprit.»

Als Begründung hierfür diente das Schreckbild einer die Schweiz allfällig bedrohenden Einzelherrschaft. Dahinter verbarg sich jedoch eindeutig das französische strategische Interesse, den Vasallenstaat, eine schwache föderalisierte Schweiz, an der offenen Ostgrenze nicht erstarken zu lassen. Stapfer in Paris hatte dies ja von Anfang an realisiert und darum ständig zum nationalen Zusammenschluss in Wehrhaftigkeit, zu Unabhängigkeit und Neutralität aufgerufen.

Das zweite Thema lag dem Berner Aristokraten noch näher: Es würde Ruhe im Land einkehren, wenn man die alten Regenten, die Garanten glücklicher und prosperierender Zeiten, wieder zurückriefe. Dagegen hatte allerdings Lezay den Einwand, der tiefe Hass der ehemaligen Berner Regenten, insbesondere gegen Bonaparte, spreche dagegen. Ihre Wiedereinsetzung wäre nur zum Nutzen seiner Feinde.

Am Vorabend seiner Abreise habe Lezay bei Thormann offen von den erhaltenen Instruktionen gesprochen und zu erfahren begehrt:

> «a) la solidité et consistance du gouvernement nouvellement établi, – sur laquelle il y avait de très forts doutes en France;
> b) l'influence de Verninac sur le gouvernement et sur l'esprit du peuple;
> c) l'esprit national et sa tendance;
> d) celui des anciens gouvernants, et s'il était possible, convenable ou nécessaire de les remettre plus ou moins en place, etc.»

Lezay habe von ihm auch ein schriftliches Mémoire zuhanden des Ersten Konsuls begehrt. Dies habe er ihm jedoch im Augenblick abgeschlagen und vorgeschützt, in den Gesprächen nur seine eigenen Ansichten vertreten zu haben, ohne Rücksprache mit Freunden und Kollegen. Unverkennbar scheint aber der Patrizier Morgenluft für seine und seiner Standesgenossen Sache gewittert zu haben. Er nahm nämlich sogleich Verbindung auf mit einigen von ihnen. Hier traf er auf verschiedenartige Reaktionen, nahm jedoch gleichwohl mit Lezay nochmals schriftlich Verbindung auf, ohne dies in dem überlieferten Dokument zu detaillieren. Für die bald darauf eskalierende Krise der Helvetischen Republik war die geschilderte Episode nicht ohne Bedeutung. Sie war, wenn man will, ein ominöses Signal an die aristokratische Berner Fronde mit ihren restaurativen Zielsetzungen.

Nicht ohne Interesse ist schliesslich an Thormanns Dokumentation, was Lezay in Bern gesprächsweise aus dem innersten Hofkreis in Paris über Napoleon Bonaparte zum Besten gab:

> «Il me parut connaître parfaitement Bonaparte, me parla de son ambition excessive. ‹Il veut avaler l'univers›, me dit-il, ‹et il l'avalera›.»

Er halte den Aufstieg des Korsen zur Alleinherrschaft mit universalen Zielen für unausweichlich. Danach solle man sich richten.

> «Toute la cour s'arrange; il ne manquera plus à la république française qu'un Roi ou Empereur, car le trône est placé [...] Croyez-moi, c'est un torrent auquel rien ne résistera, qui abattra tout ce qui voudra s'opposer à son passage, mais après lequel rien ne restera; *il faut par conséquent sacrifier le présent à l'avenir.*»

Dieser Aussage fügte Thormann seinerseits bei:

> «Monsieur de Lezay est un républicain ou constitutionnel très prononcé. Il déteste le régime actuel, mais cède aux circonstances.»[52]

Es sei erinnert, dass Stapfer die politische Konstellation im Zeichen Napoleon Bonapartes damals ähnlich zu beurteilen anfing.

Was der Gewaltige im Sommer 1802 als Schachzug mit der Truppenevakuation in die Wege leitete und ein halbes Jahr später nach den erfolgten Turbulenzen als Mediator zur Ruhestellung der innerlich zerrissenen Helvetischen Republik als Lösung verordnete, wurde allem Anschein nach mitbestimmt durch Adrien Lezays Rapporte aus der Schweiz. Der Emissär schilderte die Lage des jungen Staates nach knapp vier Jahren Bestand nämlich in düstern Farben, immerhin nicht ohne einsichtige Kritik am Vorgehen und Verhalten der Besatzungsmacht, nicht ohne Mitgefühl für das durch den Umsturz zerrüttete politisch-soziale Gefüge, das durch Besetzung, Krieg und ständige militärische Durchmärsche geplagte, verarmte Land und dessen in der Folge durch innere Unruhe desorientiertes und apathisches, nun gegen Frankreich feindlich gestimmtes Volk.

> «De tous ces changements d'hommes et de choses, voici ce qui est arrivé: toute confiance, soit dans les hommes, soit dans les choses, soit dans la France, s'est perdue.»

Was aber täte not zur Beruhigung der verunsicherten Bevölkerung?

> «Ce n'est donc plus assez d'une simple constitution: il faut une constitution garantie. – Cette garantie est nécessaire; mais comme condition de stabilité et non comme condition d'indépendance.»

Das wohlverstandene Interesse Frankreichs als Schutzmacht könnte gewahrt bleiben:

> «Indépendance dans l'administration intérieure, dépendance dans les relations extérieures, voilà ce qui paroit former le vœu le plus général: on craint notre domination, l'on désire notre influence.»

Wie das Streben der helvetischen Behörden nach Wiederherstellung der Neutralität mit der Anlehnung an Frankreich sich vereinbaren liesse:

«La suite de cette garantie seroit, ce semble, le rétablissement de la neutralité helvétique, neutralité qui, jointe à la séparation du Vallais paroit assurer à la France sur l'Empire deux avantages; puisque tout en ne s'opposant pas à nos communications militaires avec l'Italie par le Vallais, elle met en sûreté la ligne la plus faible de toutes nos frontières, celle de Huningue à Genève; tandisque la frontière autrichienne sur la Suisse, je veux dire de Feldkirch à l'Inn, étant à quelque sorte inexpugnable, ne paroit pas pouvoir rien acquérir par cette neutralité.»

Was die innere Lage des Landes betraf, so traf der Beobachter wohl die verbreitete Meinung mit der Empfehlung, durch eine definitive Verfassung die Verhältnisse zu konsolidieren mit einer Führung durch vertrauenswürdige Persönlichkeiten, die Frankreich nicht unterwürfig wären, sich ihm jedoch verbunden fühlten. Scharfe Kritik richtete er gegen französische Diplomaten und Militärs, die ihre Kompetenzen überschritten hatten, scharfe Kritik auch gegen das französische Direktorium, welches mit seinem revolutionären Radikalismus beispielsweise das bernische Patriziat politisch ausgeschlossen habe, ohne Rücksicht auf dessen Ansehen und Regierungserfahrung. Wohl habe Reding die Aristokraten zurückberufen, aber mit den bekannten Auswirkungen. Umsicht sei daher geboten:

«Lorsqu'on voudra terminer cette révolution sans contrerévolution il faudra se garder de les tous appeller comme de les tous exclure. Ils sont un point de ralliement pour bien des gens et, sous ce rapport, il convient de les rallier [...] En trop grand nombre [...] ils chercheroient à rallier à leur ancienne constitution au lieu de rallier à la nouvelle.»

Der Kritik an der Ausschaltung der praktischen Politiker folgte die Beurteilung der neuen Führung, zu der nach ihm Leute berufen wurden, welche sich zwar theoretisch mit den Geschäften befasst hatten:

«Et on vit affluer les gens de lettres dans les places. De là cet esprit systématique et littéraire qui n'a cessé de caractériser leur politique et de donner a leur gouvernement cet aspect d'université qui l'a de plus en plus fait mépriser des peuples. C'étoient du reste de forts honnêtes gens, mais qui étoient trop au-dessous d'une position dans laquelle auroient échoué même les plus habiles.»

Dieses Urteil übersah natürlich das durch den Umsturz aktivierte ideelle Potenzial, mit welchem die führenden Helvetiker – unter ihnen Stapfer im Erziehungs- und Kultursektor – das Werden der modernen Schweiz einleiteten. Hingegen traf Lezays Feststellung zu, die aufeinander folgenden Staatsstreiche hätten die Lage so verwirrt, dass auch die französische Regierung im Unklaren sei, wo Helvetien eigentlich hinauswolle. Sein vorläufiges Fazit aus Bern lautete:

«La Suisse sait très bien ce qu'elle veut. Elle veut la paix, parce que sans paix, c'est un pays perdu; et elle sent que, pour l'avoir, il ne lui faut ni une indépendence absolue qui ne lui permettrait pas de la rétablir au de-

dans; ni une dépendence absolue qui ne lui permettrait pas de la conserver au dehors, et qui l'entraînerait dans toutes nos guerres.»

Am Schluss dieses ersten Rapports monierte der Emissär, was auch immer Frankreich mit dem Land vorhabe, Annexion, ganz oder teilweise, oder es als gesonderten Staat belasse, jedenfalls müsse die Schweiz rücksichtsvoller behandelt werden als bisher.

«La Suisse est un pays dont le peuple est plein d'énergie que n'a point avili sa révolution, et qui poussé à bout seroit plus près du désespoir que de l'abattement.»

Voller Mitgefühl mit dem drangsalierten Land sah er sich gedrängt, die verworrene aktuelle Lage eher einer Kette von französischen Missgriffen zuzuschreiben als dem helvetischen Parteienzwist. So liess er offen, ob nach den kürzlichen Veränderungen die Konsolidierung sich geben werde. Misslinge dies, so bleibe nur noch *ein* Mittel. Seine Erkenntnisse, so betonte er, basierten auf bereits früher erworbener Kenntnis von Land und Leuten und resultierten nun auch aus Gesprächen mit Männern verschiedener Parteirichtung.

Mit dem zweiten Bericht vom 14. Juli aus Genf knüpfte er an die Frage an, ob die neue Verfassung zur Konsolidierung tauglich sei, fand allerdings bedenklich, wie gleichgültig man sie aufgenommen habe. Man habe sie kaum gelesen.

«C'est qu'on lisait son sort dans toutes celles qui l'avoient précédée.»

Der Beobachter wundert sich daher über die erkünstelte Zuversicht in den Regierungskreisen in Bern, während doch etwa der Aufstand in der Waadt noch nicht einmal eingedämmt sei. Eine diffuse Ungewissheit präge die öffentliche Stimmung, die Überzeugung schwinde, sich ohne fremde Hilfe sammeln zu können. Man würde sich jedoch bestimmt eher mit der cisalpinischen Lösung, also mit der Präsidentschaft Bonapartes, abfinden als mit der Annexion. Das desolate Bild steht also in merkwürdigem Gegensatz zur Zuversicht, die Stapfer in Paris an den öffentlichen Audienzen zeigte. Lezay hingegen veranschaulichte seine Diagnose zugleich mit den Spaltungen und Gegensätzen in der Alten Eidgenossenschaft und verknüpfte sie mit den Auseinandersetzungen über die neue Ordnung. Immerhin räumte er ein, seine Sicht der Dinge sei noch zu flüchtig und bedürfe der Vertiefung an Orten, wo er noch nicht den gewünschten Zugang gefunden habe. Jedoch wagte er die Feststellung:

«La Suisse d'aujourd'hui est plus divisée; elle est décomposée.»

Seinen Auftrag werde er nach Weisung des Ersten Konsuls weiterführen.

Der dritte Rapport folgte zwei Wochen später, am 27. Juli, verfasst unter dem Eindruck des eben in jenen Tagen angeordneten Abzugs der französischen Truppen aus der Schweiz und mit Blick auf die allfälligen Auswirkungen. Zusätzlich zum bisher Registrierten verzeichnete er zunächst drei akute Fermente der Unruhe: den offenen Disput um die kantonalen Verfassungen, die ungelöste Zehnten- und Steuerfrage und die Prozesse gegen die Waadtländer Aufrührer. Nach allem sagte er jetzt eine unmittelbar drohende Krise voraus:

«Vis-à-vis de ces circonstances se trouvent une constitution qui n'a pas quinze jours, et à sa tête des chefs aussi méprisés qu'elle. D'une part nulle force; de l'autre, nulle opinion, dans un moment où seroient nécessaires tous les genres d'autorité; et c'est dans ce moment que les troupes françaises se retirent. De nouveaux troubles éclateront, les troupes seront redemandées; surcroit d'impôts, dès lors surcroit de mécontentement, jusqu'à ce qu'enfin ce gouvernement nouveau-né périsse ou par l'épuisement ou par l'insurrection. Un gouvernement crée par la force étrangère ne se peut soutenir sans elle, lorsque d'ailleurs, il n'a pour lui ni l'opinion ni la force intérieure. Chose évidente.»

Was zur Vermeidung dieser Krise notwendig oder bereits früher vonnöten gewesen wäre, bringt Lezay in Zusammenhang mit dem bereits im ersten Bericht angeschnittenen Thema, nämlich mit dem verfehlten Ausschluss politisch erfahrener Aristokraten aus der helvetischen Staatsleitung. Nach ihm könnte eine solid etablierte Regierung wohl ohne fremde Schutzmacht bestehen, nach Behebung der früheren Missstände wie Untertanenverhältnisse, Familienprivilegien und anderes mehr, jedoch in Anlehnung an die früheren politischen Formen mit ehemaligen Amtsinhabern. Nach dem im Frühjahr gescheiterten Experiment mit einem Amalgam der Parteien unter Reding erscheint hier die These einer durch gewisse Reformen gemässigten politischen Restauration. Zur Garantie der inneren Ordnung in der Schweiz wären nach ihm nur zwei Wege denkbar: eine Verfassung, garantiert durch die europäischen Grossmächte oder das Protektorat des Ersten Konsuls.

Doch was beabsichtigte Bonaparte nun mit seinem Schachzug der Truppenevakuierung aus der Schweiz? Er hatte vorher weder der aristokratisch-föderalistisch gerichteten Regierung Reding noch nach dem vierten Staatsstreich der unitarischen Führung die stabilisierende Rückendeckung gewährt. Lezay meinte ominös:

«Tout dépend de savoir s'il entre dans les vues de la France d'entretenir la Suisse dans un état de trouble afin d'achever sa dissolution, ou de la raffermir en ralliant les peuples à l'autorité.»

Für diesen Beobachter stand am Ende zweifellos die notwendige Handreichung zur politischen Konsolidierung unter Einbezug der früheren politischen Eliten im Vordergrund. Es steht aber offen, wie weit der Erste Konsul die restaurative These seines adeligen Emissärs in die zukünftigen Massnahmen gegenüber der Schweiz einbezog. Für Lezay spitzte sich der Konflikt zwischen den im Volk verankerten Traditionen und den revolutionären Insitutionen auf die Frage zu:

«Une constitution née d'une révolution malheureuse ou une constitution adossée à trois cents ans de bonheur et de paix?»

Seine Lösungsideen, meinte er immerhin, seien auch im Interesse Frankreichs:

«De plus, le gouvernement de la France s'assimile par là davantage celui de la Suisse, et mettant fin aux fermentations révolutionnaires, il préser-

ve par là celles de ses frontières, qui en certaines circonstances pourroient d'ailleurs être agitées par les commotions de la Suisse.»

An den Schluss seines Berichts stellte er jedoch nochmals die ernsthafte Warnung davor, die Schweiz so zu misshandeln, wie das unter dem Direktorium geschehen sei:

«Un peuple belliqueux, un peuple armé, un peuple dont le pays est placé entre nous et nos ennemis, doit être grandement ménagé: sinon, le désespérer est trop peu, il faut l'anéantir. Il ne peut être indifférent à la France de laisser se former vers ses frontières un noyeau d'hommes mécontents, opprimés, attendant dans l'obscurité et le silence l'occasion que le désespoir ne manque jamais, tôt ou tard, de faire découvrir à la vengeance. – La Suisse a dû ses premiers troubles à l'entrée des troupes françaises; d'autres troubles sont préparés par leur retraite. Les Grisons, les petits cantons, le Vallais et le pays de Vaud sont dans la plus grande fermentation: tout est prêt pour la guerre civile. Si une guerre nouvelle venait, en ce moment, à s'allumer entre la France et l'Autriche, il faudrait commencer par désarmer le pays. Voilà l'état des choses.»

Ob Lezays eindringlich offene Rapporte an Bonaparte, die von Ende Juni an in Paris eintrafen, ob seine Warnungen vor dem Ausbruch schwerer Unruhen beim französischen Truppenabzug an dessen Termin oder Form etwas – oder eben überhaupt nichts – geändert hätten, ist schwer zu sagen. Der Emissär selber bedauerte ja, wegen eines Audienztermins habe er die Abreise um zwei Wochen verschieben müssen und sei deshalb in Verzug geraten.

Wie dem immer sei, was er beobachtete und analysierte, wirft ein grelles Schlaglicht auf die Endphase der Helvetischen Republik. Mag sich seine Argumentation streckenweise auch dem Standpunkt seines Hauptgesprächspartners in Bern, alt Landvogt Thormann, annähern, mit dem verklärenden Blick auf Frieden und Prosperität in der ehemaligen Patrizierrepublik, wo der politische Flüchtling Aufnahme gefunden hatte. Die schonungslose Kritik an der Instabilität des jungen helvetischen Staates und die negative Qualifikation seiner Repräsentanten geschah freilich aus der Sicht des straffen französischen Konsularregimes und übersah die vielversprechenden, fruchtbaren Ansätze der helvetischen Gesetzgebung auf der Grundlage der Rechtsgleichheit, um nur so viel anzudeuten.

VI Es gibt keine Hinweise darauf, ob Stapfer Kenntnis bekam von Lezays schonungsloser und der unitarischen Tendenz derart widersprechenden Analyse der politischen Lage der Schweiz im Sommer 1802, lediglich, dass, wie oben berichtet, ihm der Franzose Anfang Juli aus Bern begeistert über seinen Besuch bei Pestalozzi in Burgdorf berichtete.[53] Allerdings nahm zu diesem Zeitpunkt die eigentliche Haupt- und Staatsaktion seine volle Aufmerksamkeit in Anspruch, der unvermittelt angekündigte Abzug aller französischen Truppen aus der Schweiz

nach fast dreijähriger Besetzung. In seiner amtlichen Funktion – darin von der neuen Regierung soeben bestätigt – war er natürlich direkt in die damit zusammenhängenden Vereinbarungen einbezogen. Der Erste Konsul hatte schon mehrfach Andeutungen gemacht, er werde gelegentlich dem wiederholt geäusserten Wunsch der Schweiz entsprechen und seine Truppen abziehen. Doch wurde dies nicht für voll genommen. Und im Juni war Stapfer sogar angewiesen worden, zusätzliche französische Ordnungskräfte zur Dämpfung der Unruhen im Kanton Léman anzufordern. Bei dieser Gelegenheit suchte er das peinliche Schwächezeichen seiner Regierung so gut als möglich zu überspielen und betonte gegenüber Bonaparte und Talleyrand den normalen Verlauf bei Bestellung der neuen Behörden nach dem Verfassungsplebiszit. Am 8. Juli 1802 richtete nun der französische Aussenminister von seinem Sommersitz aus unvermittelt ein Schreiben mit der Ankündigung der Truppenevakuierung an ihn.[54] Er nahm Bezug auf den inzwischen erfolgten Widerruf des Gesuchs nach Verstärkung der Ordnungskräfte in der Waadt und sprach von Bonapartes Befriedigung über die Herstellung von Ruhe und Ordnung im Land. Er fügte bei:

> «Son intention est que la Suisse jouisse de toute son indépendence et que l'Europe ait, dans cette circonstance, un nouveau gage de la modération du gouvernement français. – Dans cette vue le premier Consul se propose de fixer au l^er^ Thermidor prochain [20. Juli] l'évacuation de la Suisse par les troupes françaises. Les circonstances qui avaient prolongé leur séjour dans ce pays n'existent plus, et les rapports de la république du Valais avec les gouvernements qui l'environnent étant une fois déterminés par son organisation définitive, le premier Consul ne pense pas que le gouvernement helvétique puisse encore avoir quelques motifs de désirer qu'il reste quelques troupes sur son territoire. – Veuillez, Citoyen, faire connaître à votre gouvernement les intentions du premier Consul. L'Helvétie trouvera sans doute dans cette preuve de l'intérêt qu'il prend à elle et des égards qu'il a pour son indépendance, de nouveau motifs d'attachement au gouvernement français, qui de son côté s'empressera toujours de protéger ses alliés.»

Es ist eine oft gestellte Frage, mit welcher Absicht, wann und unter welchen Umständen Bonaparte diesen scheinbar plötzlichen Entscheid fällte. Spielte auch der Abschluss der Walliser Frage und damit die freie Verfügung über die Simplonstrasse nach Italien hinein? Wollte er trotz Lezays Warnung die Tragfähigkeit der politischen Neuordnung erproben, oder beabsichtigte er gar, wie das manche vermuteten, sie zu unterminieren?

Darf man mit dieser letzten Annahme dem französischen Staatsführer eine derartige politische Perfidie unterstellen, insbesondere eine Verleugnung aller bisher dem helvetischen Gesandten an den öffentlichen Audienzen vor grossem Publikum gemachten Erklärungen des Wohlwollens gegenüber der Schweiz? Folglich in diesem Land vor den Augen des eben befriedeten Europas den Füh-

rungsstreit zweier Parteien bis zum Bürgerkrieg untätig eskalieren zu lassen, um erst dann zu intervenieren und den Mediator zu spielen? Bedurfte es doch dann einer erneuten militärischen Intervention, um die Ausgangslage für die Mediationsordnung zu schaffen, wo hingegen die Ansätze zu einer Mischform von Zentralismus und Föderalismus schon im Malmaison-Projekt und den davon abgeleiteten Entwürfen gegeben waren. Stapfer, offensichtlich beflügelt von Talleyrands Note, hielt aufkommende Bedenken zurück und gab sich an der Audienz vom 14. Juli in eingehenden Gesprächen mit dem Ersten Konsul jedenfalls durchaus zuversichtlich, worüber er tags darauf berichtete:[55]

> «A l'audience le Premier Consul me demanda *si nos affaires s'arrangeaient.* Je lui répondis qu'elles allaient à merveille, et que le gouvernement constitutionnel de la République helvétique était actuellemant nommé. ‹*Les membres sont-ils installés?*› ‹Oui, Premier Consul, ils m'ont chargé de vous assurer, à la première occasion, de leur respectueux attachement et de leur profonde gratitude.› ‹*C'est bon*›, répliqua-t-il; ‹*mais croyez-vous que les affaires puissent marcher à présent?*› ‹Nul doute›, fis-je; ‹l'acceptation de la constitution et du choix des sénateurs a été parfaitement libre, grâce à vos procédés délicats et protecteurs de la tranquillité à la fois et de l'indépendance nationale›. ‹*C'est aussi mon opinion; vous serez incessamment débarrassés de troupes; j'ai donné les ordres pour qu'elles évacuassent la Suisse incessamment*›.

Damit sekundierte Bonaparte in aller Öffentlichkeit die Note seines Aussenministers vom 8. Juli. Es ist verständlich, dass Stapfer zuallererst ein tiefes Gefühl der Erleichterung erfüllte, wenn er an sein von den Kriegs- und Besatzungslasten fast erdrücktes Vaterland dachte. Dies brachte er denn auch während des zweiten Teils der geschilderten Veranstaltung offen zum Ausdruck, als er dem Konsul zugleich das von der Regierung erneuerte Beglaubigungsschreiben ankündigte.

> «J'eus [...] occasion d'annoncer au Premier Consul l'arrivée de mes nouvelles lettres de créance, le Premier Consul ayant daigné m'aborder de nouveau, après dîner, de la manière la plus prévenante et la plus gracieuse. Je lui dis que je désirais les lui remettre, avec l'espoir qu'il voudrait bien y répondre de façon à donner à la reconnaissance du gouvernement définitif par celui de la République française toute la solennité et toute l'évidence que le Conseil d'exécution devait naturellement désirer.»

Es ist unschwer zu erkennen, wie Stapfer sich hier um eine demonstrative Anerkennung der neu installierten helvetischen Regierung bemühte. Wie der Korse darauf reagierte, ergibt die Fortsetzung des Rapports:

> «Il me répondit qu'il recevrait mes lettres de créance avec plaisir, et qu'il était bien aisé de voir le gouvernement définitif entrer en activité. ‹C'était-là›, dit-il, ‹mon unique but: je souhaitais rendre le repos et le bonheur à l'Helvétie›. Je l'assurai d'un ton pénétré, et avec un accent

dont il n'a pu méconnaître la source, *que nous étions profondément émus de ses procédés*; que je n'avais pas voulu le lui dire à l'audience, parce que je voulais éviter de paraître le flatter; mais que, dans l'effusion d'une conversation plus animée et moins en représentation, je ne pouvais m'empêcher de le féliciter de s'être, par sa loyauté envers l'Helvétie, placé au-dessus des Césars et acquis des droits éternels à sa reconnaissance.»

Dies und das Nachfolgende sowie die Versicherung unverbrüchlicher Bündnistreue tönt heute fast überschwänglich. Im weiterführenden Gespräch konnte er nur noch kurz offene zwischenstaatliche Probleme vorbringen und schloss immerhin aus kritischen Bemerkungen des Konsuls über Redings Regierung, der Staatsstreich der Unitarier sei in Paris nicht ungern gesehen worden:

«Là-dessus il me dit qu'il avait été fort mécontent du système de Reding et que le gouvernement helvétique ferait bien de ne pas suivre ses errements. ‹Tout bien considéré›, ajouta-t-il, ‹quelle opinion avez-vous à présent de Reding?›. Moi: Je le crois un honnête homme, mais – Bonaparte: Mais très borné, n'est-ce-pas? Moi: Oui, infiniment borné, mesurant tout sur la vallée de Schwytz, faisant de l'horizon Schwytz son horizon politique, et sacrifiant les intérêts de sa patrie aux enfants gâtés Schwytz dont il flattait les goûts licencieux et les caprices. Bonaparte: Ah! je conçois: Reding et son parti sont des gens qui veulent tout ou rien. Quand les rapports du Valais avec les Républiques alliées seront fixés, et que le Frickthal avec les villes forestières vous aura été remis, toutes vos affaires seront terminées. Moi: Il nous importerait infiniment d'avoir encore la lisière du Jura, qui formait la portion helvétique de l'Evêché de Bâle. Bonaparte: Il n'y a pas d'obstacle; mais Bienne en fait partie, et il vient beaucoup d'adresses de Bienne pour demander qu'elle reste française. Moi: Ah! Citoyen Consul, si on consultait la majorité des habitans, il est impossible que ce fût leur vœu: ils sont liés de mœurs, d'antiques habitudes, de langue, de religion etc. avec les Suisses. Je vous supplie de vous rappeler que vous m'avez assuré, il y a près de quatorze mois, que vous nous rendriez ces petits pays sans difficulté, si je prouvais qu'ils ne sont pas réunis à la France par une loi: or rien n'est moins fondé. – Bonaparte: Nous verrons.»

Auch bei dieser Gelegenheit, kurz bevor die Marschbefehle an die Besatzungstruppen in der Schweiz ergingen, liess sich also der Erste Konsul zu keiner verbindlichen Garantieerklärung für Verfassung und Regierung Helvetiens bewegen. Spiegelten seine bohrenden Fragen vielleicht schon die kritische Lagebeurteilung des ersten Lezay-Rapports? Es ist nicht zu bestreiten, dass sich ja auch bei Stapfer in die erste Aufwallung der Freude über das Ende der Besetzung die Besorgnis mischte, ob die Sicherung der innern Ordnung aus eigener Kraft möglich sei. Darum sein Versuch, sogleich auf eigene Faust, über einen einflussreichen Mit-

telsmann bei Bonaparte eine Modifizierung der Evakuation im Sinne eines schrittweisen Abbaus der französischen Truppen zu erwirken, mit der Begründung, das helvetische Militär sei zahlenmässig allfälligen Ordnungsaufgaben noch nicht gewachsen. Dass der Konsul nicht darauf einging, hing möglicherweise damit zusammen, dass er den Abzug aus der Schweiz im Zusammenhang mit analogen Verfügungen als politisch-diplomatische Demonstration aufziehen wollte, indem er am 25. Juli den Aussenminister beauftragte, durch ein Zirkularschreiben in London, Wien, Petersburg, Berlin und München die Räumung der Schweiz, Neapels und Anconas bekannt zu machen:[56]

> «Je désire que la nouvelle de l'évacuation de ces trois états soit annoncée avec pompe et retentisse dans toute l'Europe, comme une preuve du peu d'ambition et de la modération du gouvernement français.»

Damit fiel der Modifikationsvorschlag des helvetischen Gesandten ausser Betracht.

Es bleibt zu zeigen, wie Stapfer des Weiteren in den entscheidungsvollen Vorgang der Evakuation involviert war. Mit seiner Depesche vom 12. Juli übermittelte er der Regierung in Bern die Note Talleyrands vom 8. Juli:[57]

> «J'éprouve une très vive joie en vous transmettant, par courrier extraordinaire, une lettre du ministre des Relations extérieures de la République française, dont le contenu vous donne le moyen, sans doute cher à vos cœurs, de signaler les premières actes de votre magistrature constitutionnelle et bienfaisante par un soulagement dont l'offre est le gage le plus sûr des intentions généreuses du gouvernement français, et qui doit fermer pour jamais la bouche tant à ses détracteurs qu'aux alarmistes qui, soit par découragement ou pusillanimité, soit dans des intentions perfides, soit enfin par l'habitude de supposer aux autres les vues de leur politique étroite et triviale, ne cessaient de révoquer en doute la volonté bien déterminée du premier Consul de rendre les Helvétiens à l'indépendance et au bonheur.»

Was also Stapfer anging, er nahm Bonapartes Massnahme im guten Glauben als ehrliche staatsmännische Geste auf, denn er erhoffte daraus zugleich einen Gewinn in der öffentlichen Meinung des Landes zugunsten der neu bestellten Regierung. In Bern gingen bei den Beratungen des Vollziehungsrats zusammen mit den Staatssekretären sowie im zusätzlich konsultierten Senat die Meinungen jedoch darüber auseinander, wie man das französische Angebot beantworten wolle.[58] Ob man die so lange ersehnte Entlastung bedingungslos annehmen oder angesichts der unsicheren inneren Lage einen Aufschub beantragen solle? Schliesslich instruierte der Vollziehungsrat seinen Gesandten, er möge in Paris den Dank der Helvetischen Republik abstatten und zugleich deren Bündnistreue bezeugen, besonderes Gewicht jedoch auf das dringende Ersuchen legen, der Erste Konsul möchte mit einer offiziellen Erklärung – «une déclaration authentique» – bekräftigen, er sei interessiert an der Aufrechterhaltung von Frieden und

Ordnung in der Schweiz sowie an der genauen Beachtung der gegebenen Verfassung. Aus dem Wortlaut dieser Instruktion geht hervor, wie sehr man sich von einer eindeutigen Manifestation Bonapartes in diesem Augenblick abhängig fühlte. Sie schärfte ein:

> «Telle est, Citoyen Ministre, la réponse que vous avez à faire. Nous vous invitons à donner l'attention la plus sérieuse à la demande qui la termine et à mettre tout à l'œuvre pour en assurer le succès.»

Damit war auf Stapfers diplomatische Kunst eine Hoffnung gesetzt, die sich allerdings nur erfüllen konnte, wenn ihr der Ansprechpartner entgegenkam. Was er jetzt zur Erfüllung seines Auftrags aufbot, geht zunächst aus einer Note an Talleyrand und damit an den Konsul hervor.[59] Dem wohlformulierten Dank für das Helvetien durch den Ersten Konsul bezeugte Wohlwollen sowie für die Achtung ihrer Unabhängigkeit schloss er gleichzeitig die Sorge der helvetischen Regierung darüber an, dass ihre Stellung noch nicht so weit gefestigt sei, um diese Unabhängigkeit auszuüben. Dennoch habe sie das Angebot des Ersten Konsuls ohne Zögern angenommen, sei doch dessen Freundschaft für die helvetische Nation nach der Unabhängigkeit das höchste Gut. Die Regierung werde darauf hinwirken, dass die Nation sich seines Vertrauens unter seinem Machtschutz würdig erweise. Und hierauf gemäss der strikten Instruktion das Gesuch um die Garantie der bestehenden politischen Ordnung:

> «Enfin, citoyen ministre, saisissant avec empressement et reconnaissance l'assurance qui termine votre note, le Conseil Exécutif ose espérer que l'indépendance helvétique sera protégeé par le gouvernement français; et tous ses vœux seroient comblés si le premier Consul commençait l'exercice de cette protection tutélaire et restauratrice, en rendant une déclaration authentique de l'intérêt qu'il prend au maintien de la paix et de l'ordre en Suisse, ainsi qu'à l'observation fidèle de la constitution que la nation s'est donnée.»

Dem fügte Stapfer noch bei, der Konsul könnte damit den Gang der politischen Organisation Helvetiens ungemein fördern, ja recht eigentlich das Schicksal des Landes bestimmen.

> «Et plus l'acte que celui de l'Helvétie sollicite sera positif et signifiant, plus il lui sera aisé de se passer de l'appui de troupes alliées et moins il regrettera de les voir sortir avant que les constitutions cantonales soient en activité et avant que l'autorité du gouvernement central lui-même soit pleinement consolidée.»

Was Stapfer im Zwiespalt der Gefühle – Genugtuung über den Abzug der Franzosen, Sorge um die politische Stabilität – in spontaner Reaktion aus eigener Initiative für einen schrittweise dosierten Abbau der Truppen unternommen hatte, dem folgten danach noch ähnliche Demarchen von Seiten des Landammanns Dolder und des französischen Gesandten Verninac. Doch alledem setzte der folgende lakonische Befehl Bonapartes an den Kriegsminister Berthier ein Ende:[60]

«Toutes les troupes françaises qui sont en Helvétie, Citoyen Ministre, se mettront en marche le 11 Thermidor [30. Juli], pour évacuer ce pays [...] Enfin il est indispensable qu'au plus tard le 20 Thermidor [8. August] il n'y ait plus en Helvétie des troupes françaises [...] Sous quelque prétexte que ce soit, les troupes françaises ne doivent plus passer désormais sur le territoire de l'Helvétie, ni dans le pays de Vaud.»

Unter dem gleichen Datum erschien im Pariser «Moniteur» eine Notiz, wie Stapfer annahm, von Bonaparte persönlich verfasst:[61]

«Les troupes françaises viennent de recevoir l'ordre d'évacuer l'Helvétie. Ainsi se trouvent remplis les vœux de ce peuple, qui depuis longtemps soupirait après son entière indépendance. Le citoyen Stapfer vient de faire connaître au ministre des relations extérieures, combien cette conduite loyale et généreuse de la part de la République, remplissait de reconnaissance la nation helvétique et son gouvernement. Puisse cette nation, que l'histoire nous a toujours montrée comme un modèle d'énergie, de courage et de bonnes mœurs, désormais, fatiguée de révolutions, se rallier autour de son gouvernement et faire le sacrifice de toutes passions à son intérêt, à son indépendance et à sa gloire.»

Diese gewissermassen offiziöse Einsendung nahm der Schweizer Gesandte deswegen mit Erleichterung auf, weil, wie er sogleich nach Bern rapportierte, nicht näher gezeichnete Artikel des «Moniteur» vom Ersten Konsul persönlich stammten und deswegen auch im Ausland als amtliche Erklärungen betrachtet wurden. Bedeutete dies nicht die «authentische Deklaration» zur Lage der Schweiz, wie er sie in der Note vom 22. Juni so dringend erbeten hatte? Er führte aus:

«D'après ces données, qui forment une des bases du nouveau code des usages diplomatiques, il n'y a pas l'ombre de doute que l'article en question ne soit une invitation expresse et formelle adressée par le premier Consul aux Puissances de l'Europe et au peuple helvétique, pour engager les premières à reconnaître, et les Suisses à se rallier avec dévouement et confiance autour du gouvernement actuel de l'Helvétie. Aucune déclaration n'aurait pu être plus positive ou plus signifiante: aucune n'aurait manifesté d'une manière plus claire et plus forte les vœux et les intentions du premier Consul de la République.»

Was überwog nun beim obersten Entscheidungsträger, die düstere Prognose Lezays oder Stapfers unentwegt vertretene Fortschrittshoffnung? Hätte Napoleon Bonaparte nicht noch zu diesem Zeitpunkt dem drohenden Zerfallsprozess der Helvetischen Republik Einhalt gebieten können oder wollen?

Auch die diplomatische Szene in Paris war jetzt in Bewegung geraten. Nach der Audienzszene vom 14. Juli hatten wichtige Vertreter des diplomatischen Korps Stapfer aufgesucht; namentlich mit dem russischen und dem preussischen Gesandten hatte er längere Besprechungen. Beide bezogen sich auch auf den im «Moniteur» publizierten Artikel. Während der Marquis Lucchesini dem Schwei-

zer Gesandten Beifall bezeugte und die baldige Aufnahme von Beziehungen mit Preussen in Aussicht stellte, malte der Russe Markow wie gewohnt schwarz und unterstellte den Franzosen treulose Absichten.

«Il a fait une nouvelle tentative de m'effrayer et de m'exciter.»[62]

So meldete Stapfer und beschrieb seine Reaktion. In der lebhaften Diskussion habe der Russe einen erneuten französischen Einmarsch prophezeit, sobald sich bei einer Störung der inneren Ordnung ein Vorwand dafür biete:

«On prévoit cet événement et on veut se mettre en mesure d'en profiter, avant que l'ordre chez vous soit tout-à-fait établi et consolidé.»

Stapfer: «Et si nous sommes sages?» Markow: «Il ne faut pas faire des suppositions impossibles.»

Der nachfolgende Grundsatzdisput mit jenem entschiedenen Verfechter des Ancien régime vermochte indessen das Vertrauen des Schweizers auf den französischen Protektor der helvetischen Neuordnung und seine Absichten nicht zu erschüttern. Dem Vorwurf, die Revolution bedeute Barbarei, hielt er entgegen, Bonaparte habe ja deren Errungenschaften stabilisiert. Deshalb:

«Nous sommes bien heureux qu'un grand homme ait régularisé ces conquêtes et qu'il les ait tournées au profit de l'humanité. C'est en ses vastes vues et en sa générosité que nous espérons, et non en des sentimens vagues et sans effet.»

Markow: «Un conquérant ne connaît de lois que son ambition.» Aber dieser Warnung begegnete Stapfer mit dem aufklärerischen Glauben an den unaufhaltsamen Kulturfortschritt der Menschheit, allenfalls sogar durch Kriege hindurch. Damit reihte er sich den Zeitgenossen an, die dem kriegerischen Korsen eine welthistorische Mission zuschrieben:

«Les progrès de la civilisation ont ennobli les maximes des grands guerriers. Le besoin d'une gloire morale, fruit de l'esprit du siècle, est un plus sûr garant de leur générosité que les incohérentes et les faibles combinaisons de la diplomatie des cours qu'une mouche dérange et qu'un souffle détruit.»

Markow: «Vous vous mettez donc à la merci d'un homme?»

Stapfer: «Beaucoup plus volontiers qu'à la merci du hasard. Mais, Monsieur le Comte, les puissances de l'Europe, en nous traitant avec bienveillance et notre gouvernement avec égards, contribueront à nous donner un sentiment de fierté et une consistance politique qui rendront toute entreprise contre notre indépendance plus difficile. Au lieu donc de se plaindre sans cesse de l'esprit révolutionnaire et du dévouement des Suisses à la cause française, il serait beaucoup plus conséquent et plus véritablement conforme aux intérêts des cours de l'Europe de nous environner de respect et d'honneurs.»

Dementsprechend forderte Stapfer den Russen am Schluss auf, die nächstens durch ihn erfolgende Notifikation der Einsetzung der verfassungsmässigen helve-

tischen Regierung befriedigend zu beantworten, worauf er die Antwort erhielt, jener werde sich an die Instruktion seines Herrschers halten, der am Schicksal der Schweiz interessiert sei. Dem habe er, Stapfer, noch beigefügt:

> «Bon; mais il faut que cet intérêt se prononce, se déclare, se manifeste par des actions, et c'est le gouvernement qui pour l'étranger représente une Nation.»

Die Helvetische Republik versuchte also, wieder ins europäische Konzert hineinzukommen. Im Auftrag des Vollziehungsrats trat Stapfer mit den Vertretern verschiedener Staaten in Verbindung, um ihnen die Konstituierung sowie die Zusammensetzung der Regierung bekannt zu geben.[63] Doch galt das Hauptaugenmerk der Haltung der Schutzmacht angesichts der infolge der Truppenevakuation in Bewegung geratenden inneren Verhältnisse. Im privaten Briefwechsel mit Innenminister Rengger mahnte er, noch immer im Vertrauen auf eine Stabilisierung aus eigener Kraft, es müsse ohne Rücksicht auf andere Fragen «für nichts als Ruhe und Bestand» gesorgt werden. Seine fortgesetzten, zähen Bemühungen um eine direkte, unmissverständliche Garantieerklärung des Ersten Konsuls für die bestehende Ordnung endeten nämlich erst mit der resignierten Meldung vom 8. August:[64]

> «Je n'ai pas attendu jusqu'à ce jour d'insister avec force et de supplier le Ministre avec les plus vives instances, pour qu'il engageât le premier Consul à écrire directement au Conseil exécutif une lettre qui par son contenu contrebalançât l'effet que produirait sur les esprits des malveillants et des mutins la retraite des troupes françaises. Mais je dois vous avouer que je n'ai guères l'espoir d'obtenir quelque chose de plus fort que ce qui a été dit par le premier Consul lui-même dans le no 307 du journal officiel.»

Während die feierliche Proklamation des Vollziehungsrats mit der Ankündigung des französischen Truppenabzugs und dem Aufruf zu Eintracht und Versöhnung durch das Land ging, zogen bereits die dunklen Wolken der Insurrektion am Horizont auf. Und Rengger schrieb am 12. August dem Freund aus der unmittelbar erlebten Situation heraus:

> «Überhaupt stehen unsere Sachen sehr schlimm. Der Krieg mit den kleinen Kantonen steht vor der Thür, und welche Mittel, ihn zu führen!»[65]

Für den nun seit drei Jahren auf seinem Aussenposten für die freiheitlichen helvetischen Reformziele einstehenden Gesandten Stapfer bedeutete das, was nun bevorstand, auch ein persönliches inneres Drama.

2.6 Das Ende der Gesandtschaft Stapfers: Insurrektion, Consulta, Mediation. Der Rückzug aus der Politik ins Privatleben

Der Einsatz für die helvetische Zentralregierung. Die undurchsichtige Politik der französischen Regierung. Insurrektion und Bürgerkrieg. Bonapartes Proklamation von St. Cloud. Stapfers Rolle als Koordinator an der Consulta. Bonapartes Entscheid zur Föderalisierung der Schweiz. Die Beratung der Mediationsakte. Die Ernennung Stapfers zum Präsidenten der Liquidationskommission. Das Ende seiner Gesandtschaft. Stapfer und Landammann d'Affry in Freiburg. Rücktritt und Rückkehr nach Paris. Abwendung von der Politik. Schlussbetrachtungen.

I Die Zerfallsphase der Helvetischen Republik spiegelt sich in einer dichten Folge von Gesandtschaftsberichten, Noten und mündlichen Demarchen Stapfers, aber auch in seiner Privatkorrespondenz. In den ersten Augusttagen 1802 unterstreicht eine vielsagende Schlussbemerkung seine gespannte Stimmungslage:

> «J'attends avec anxiété la nouvelle du premier usage que les Suisses auront fait de l'éloignement des troupes étrangères de leurs foyers. La sagesse avec laquelle ils se comporteront, décidera à la fois et de leur sort et de leur réputation à l'avenir.»[1]

Alles hing ja nun davon ab, ob die neue Verfassungsordnung sich in Ruhe konsolidieren und damit der helvetische Staat sich stabilisieren lasse. Er seinerseits unternahm an seinem Posten diplomatische Schritte, um die internationale Anerkennung dieses Status zu erlangen. Doch der helvetische Wunschtraum ging nicht in Erfüllung, denn der von der Innerschweiz ausgehende Widerstand löste den Impuls zur landesweiten Insurrektion, zum so genannten Stecklikrieg aus. Es rächte sich, dass im Innern nicht genügend eigene Ordnungskräfte zur Verfügung standen. Stapfer hatte vom Anfang seiner Gesandtschaft an dazu gemahnt und zur Stärkung der nationalen Unabhängigkeit aufgerufen. Nicht dass er etwa unbesehen staatliche Gewaltmassregeln gegen die eigene Bevölkerung befürwortet hätte. Ihm ging es einzig um die Wahrung der Rechtsordnung; antwortetete er doch Talleyrand auf dessen Vorwurf, dass man mit den Innerschweizer Rebellen verhandle, in der Schweiz sei man nicht gewohnt, sogleich auf den Souverän ein-

zuschlagen. In Paris beobachtete man die Zuspitzung der Lage aufmerksam. Doch hielt man sich bewusst zurück und unterliess es, der helvetischen Regierung durch eine unzweideutige Stellungnahme den Rücken zu stärken. Talleyrand beschwichtigte zunächst bloss:

> «Le Ministre m'observa que nous étions trop pressés à nous alarmer, que le temps était un grand réparateur; que le gouvernement français ne pouvait encore juger de ce qu'il convenait de faire; que s'il avait, dans d'autres occasions, fait ce que nous désirions, nous ne serions pas aussi avancés que nous étions; qu'il fallait laisser mûrir les événements.»[2]

Als Stapfer insistierte, wie denn Bonaparte die Bewegung in den kleinen Kantonen beurteile:

> «Je lui demandai, si le premier Consul était favorable ou contraire au système d'indépendance absolue des Petits Cantons. Le Ministre me répondit que le premier Consul n'était ni pour ni contre, qu'il ne désirait que notre bonheur, et par conséquent celui entre tous les systèmes qui pourrait l'assurer avec le moins d'oppositions et de frottements.»

Auf Stapfers Warnung vor einer chaotischen Ausbreitung von Landsgemeindebewegungen und der Zerrüttung des nationalen Zusammenhangs ging Talleyrand gar nicht ein. In einer darauf folgenden Konferenz kam der Appell Aloys Redings direkt an den Ersten Konsul zur Sprache. Stapfer fühlte sich betroffen von den gegen ihn erhobenen Vorwürfen des Schwyzer Wortführers und betonte, den einzigen Vorwurf, den er sich machen müsse, sei, den damaligen Landammann während seiner Pariser Mission 1801 in ein günstiges Licht gestellt und dessen Beteuerung freiheitlicher Grundsätze ernst genommen zu haben. Darauf die aufschlussreiche Bemerkung Talleyrands:

> «C'est aussi le seul reproche que nous vous ayons jamais fait; vous avez été, par suite de votre esprit de conciliation, trop facile envers Reding.»

Dem hielt Stapfer entgegen:

> «Comme il [sc. Reding] mène une population intéressante et opiniâtre, nous aurions désiré pouvoir le gagner pour le bon parti et éviter par ce rapprochement la scission de la partie primitive de la Confédération helvétique.»

Der französische Minister erteilte schliesslich lediglich den Rat:

> «Que votre gouvernement déploie de l'énergie et de la fermeté, et tout ira bien. Nous voyons bien que l'effervescance des Petits Cantons est excité et entretenue par les ennemis des deux Gouvernements.»

Als der helvetische Gesandte an der nächsten öffentlichen Audienz auch den Ersten Konsul auf die Turbulenzen in der Innerschweiz hinwies, reagierte dieser im selben entschiedenen Ton. Zur Forderung der kleinen Kantone nach Unabhängigkeit von der Helvetischen Republik rief er aus:

> «‹Indépendants! un village indépendant du reste de l'Etat, c'est impossible et très ridicule›. Moi: ‹Il faut espérer que les mesures de concilia-

tion adoptées par le Gouvernement et leurs propres intérêts les ramèneront bientôt au lien helvétique›. – Bonaparte: ‹Sans doute, ils ne pourront rester isolés›.»[3]

So bleibt schwer verständlich, weshalb die französische Regierung dem durch Stapfer mehrmals dringend übermittelten Gesuch, der helvetischen Regierung eine in Oberitalien in französischem Sold dienende helvetische Halbbrigade als Ordnungskraft zur Verfügung zu stellen, mit allen denkbaren Ausreden auswich. Angesichts der wachsenden Insurrektion ging damit kostbare Zeit verloren. War der sonst so unbedenklich agierende Bonaparte auf einmal darauf bedacht, den Vertrag von Lunéville mit der Unabhängigkeitsklausel für die Schweiz vor den Augen Europas ja nicht zu ritzen, dass der verzweifelte Stapfer Tag und Nacht die Archive sogar nach den alten Soldverträgen der französischen Könige durchstöbern musste? Ja, der helvetische Gesandte sollte unter anderem sogar schriftlich bestätigen, die helvetische Regierung habe den Abzug der französischen Truppen aus der Schweiz gefordert und sehe sich jetzt mangels genügender Ordnungskräfte ausserstande, den Aufstand der kleinen Kantone zu dämpfen. Sie habe damit selber die kritische Lage provoziert. Stapfer blieb darauf beschränkt, seine Forderungen mit ausführlichen Noten zu begründen, zu insistieren, die Tragweite der Situation zu erläutern und vor den drohenden Folgen, selbst für die Schutzmacht, zu warnen:[4]

«[...] le gouvernement helvétique est déterminé à employer tous les moyens dont il pourra disposer, pour prévenir une guerre civile et la formation d'un Etat dans l'Etat, qui servirait de pointe de ralliement à tous les ennemis de la République au dedans et au dehors.»

Was blieb ihm schliesslich, als das Ergebnis seiner Demarchen abzuwarten, in der Hoffnung, Bonaparte werde von seiner Reserve abrücken und sich zur Beruhigung der Lage deutlich für die amtierende helvetische Regierung erklären. Das Fanal des ersten blutigen Zusammenstosses helvetischer Regierungstruppen mit den Insurgenten der Innerschweiz Ende August enthüllte die Schwäche der Regierungstruppen, die der Innenminister Rengger dem Freund in Paris gegenüber beklagte.[5] Nur dass es den helvetischen Patrioten im Innersten widersprach, die Staatsordnung allenfalls durch fremde Bajonette abzusichern. Doch um welchen Preis war denn die drohende Gegenrevolution abzuwenden? Deren Akteure standen bereit und nutzten zunächst einfach die labile Lage im Land, hielten aber mit den eigentlichen Absichten noch zurück. Alles, was sich seit 1798 aufgestaut hatte in dem von Krieg und Besetzung geschundenen Land, an Enttäuschung über nicht eingelöste Verheissungen, über die politischen Manöver, all das entlud sich nun geballt gegen den ungefestigten, bürokratisch-zentralistisch organisierten Staat und seine Exponenten. Damit trat deutlich zutage, dass dem Volk durch den revolutionären Sprung über die verwurzelten Traditionen hinweg zu viel zugemutet worden war. Mit tiefem Gram verfolgte der ehemalige Erziehungsminister von fern den Verlauf der nun einsetzenden chaotischen Wirren, er

selber als Diplomat in der Rolle des Übermittlers der zwischen Bern und Paris hin- und hergehenden Botschaften, bisweilen mittels Eilkurieren.

«Je suis ici dans l'huile bouillante», schrieb er am 3. September nach Bern, weil man ihn wegen der nachgesuchten helvetischen Soldtruppen noch immer hinhielt. Und in Bestürzung:

> «La nouvelle déplorable que vous me donnez [...] de l'effusion de sang sur les frontières d'Unterwalden m'a bouleversé. Dieu veuille que ce soit la première et dernière.»[6]

Die Zuspitzung der Lage veranlasste ihn, am 6. September dem französischen Aussenminister den Standpunkt der helvetischen Republikaner rückhaltlos darzulegen. Aus seinem Bericht:[7]

> «Il [Talleyrand] m'a dit que nos affaires allaient bien mal, et il m'a de nouveau adressé le reproche que nous avions eu tort de demander l'évacuation de la Suisse. Je lui ai répété là-dessus ce que je lui avais déjà plusieurs fois observé, que nous n'avions point demandé la retraite des troupes dans le moment de l'établissement de notre nouvelle organisation, que nous aurions au contraire désiré qu'elle eût lieu trois mois plus tard, et qu'il savait bien lui-même, comment l'offre du premier Consul avait été faite, et si le gouvernement helvétique, dans la position délicate où il se trouvait, avait eu la faculté de refuser cet offre, dans la supposition de son inévitable publicité.»

Stapfer legte damit nochmals die Problematik des Zeitpunkts für den unvermittelten französischen Truppenabzug offen. Natürlich hatte auch Talleyrands Widerrede etwas für sich:

> «Il remarqua qu'une constitution, qui avait besoin de baionettes pour se soutenir ne valait rien; que nous avions paru enchantés de la nôtre et assuré de son succés.»

Demgegenüber hielt ihm Stapfer aber die durch die Revolution verursachte politisch-soziale Instabilität mit ihren Risiken vor Augen und argumentierte wie folgt:

> «Je répliquai qu'une nation ayant été arrachée à son ancienne organisation et ne pouvant, par mille raisons, y retourner, il était difficile d'imaginer comment il serait possible d'y établir un nouvel ordre stable et raisonnable sans l'ascendant d'une grande autorité, particulièrement si cette nation, formée de peuplades très diverses et agitée par des passions haineuses et des préjugés enracinés, n'avait de point de ralliement ni dans les anciennes institutions, sur lesquelles leurs partisans même ne pouvaient s'accorder pour le mode et la nature de leur résurrection, ni dans de grands hommes, fixant les regards de la multitude par des actions d'éclat et des services importants, ni dans un système qui plût généralement, aucune forme de gouvernement ne pouvant être considérée comme voulue par la grande majorité. J'ajoutai que le seul penchant bien prononcé de la multitude était vers l'établissement d'un régime démagogique bien licen-

cieux et bien épouvantable, vers l'isolement absolu et vers la métamorphose de toutes les vallées, villes, bourgs et villages de l'Helvétie en autant Etats démocratiques, tumultueux et indépendants; qu'une pareille dissolution de la Suisse serait le tombeau de la civilisation, la honte du siècle et aurait pour effet de voir la Suisse effacée de la liste des Etats et surtout de celle des républiques alliées et tenant au système de la France.»

Darauf Talleyrands eher hilflose Entgegnung:

«Ce n'est pas le gouvernement français actuel qui a fait la révolution de Suisse, et les Français ne peuvent pas se battre constamment pour tout le monde.»

Jedoch hakte hier Stapfer nochmals mit seiner stehenden Forderung ein:

«Un mot du premier Consul suffirait pour mettre fin à tous nos troubles et pour affermer le gouvernement qu'il a reconnu. Que le premier Consul déclare qu'en la conformité du traité d'alliance il est prêt à donner secours au gouvernement helvétique contre les ennemis intérieurs, et que le général de la division la plus rapprochée de l'Helvétie a l'ordre d'entrer à la première réquisition du Gouvernement, et que cette déclaration soit publique d'une manière authentique.»

Doch auch diesmal blieb das Ersuchen um diese Abschreckungsgeste ergebnislos, da der französische Minister eine ausdrückliche Note forderte, um vor den Augen Europas gerechtfertigt zu sein. Der hierzu nicht ermächtigte Gesandte schloss mit der rhetorischen Frage:

«Qu'est-ce qui pourrait faire hésiter le premier Consul sur la propriété de tous les moyens qui peuvent le plus promptement, sans coup férir et sans nous causer des frais, ramener le calme en Helvétie?»

Er kannte die stereotype Antwort des Ministers im Voraus:

«Le premier Consul n'aime pas à se mêler des affaires des autres.»

Immerhin liess Talleyrand am Schluss noch durchblicken, gegebenenfalls könnte sich der Erste Konsul zu entschiedenem Handeln veranlasst sehen. Tönte dies nicht ominös? Aber die Zeit war noch nicht reif.

Der helvetische Gesandte sah sich hin- und hergeworfen. Vielleicht etwas zu gutgläubig, wie er war, nahm er Talleyrands Mitteilung am 9. September auf, dass der Erste Konsul nun bereit sei, die angeforderten helvetischen Soldtruppen in Marsch zu setzen; denn geradezu euphorisch begleitete er die per Eilkurier abgehende Botschaft mit den Worten:[8]

«Cette note est trop importante pour les destinées de ma patrie; elle annonce avec trop d'évidence les intentions bienveillantes du premier Consul et sa résolution de soutenir contre ses ennemis le gouvernement helvétique et la cause de la liberté en Suisse.»

Der damit angekündigte Nothelferdienst Bonapartes zur Befriedung des Vaterlandes sah allerdings in der Folge etwas anders aus. Einen Vorgeschmack davon bekam der Gesandte, als ihn seine Regierung fast gleichzeitig anwies, er solle die

französische Regierung um Vermittlung im helvetischen Zwist angehen. Diese reagierte aber äusserst unwirsch auf das offensichtliche Schwächezeichen. Am 11. September rapportierte Stapfer die im französischen Aussenministerium erlebte peinliche Szene. Peinlich war ihm zudem, das Gehörte weiterzureichen:[9]

> «Cette idée a été fort mal accueillie par le gouvernement français et rejeté comme entièrement inadmissible. – Comme c'est mon devoir de vous rendre compte fidèle des communications importantes que me fait verbalement le Ministre, je ne puis me dispenser de vous rapporter ce qu'il a dit de plus saillant à ce sujet. ‹Fi! s'est-il écrié, une médiation entre un gouvernement légitime et des rebelles! quelle indignité! Ce serait un scandal affreux dans l'ordre social de l'Europe et un exemple *désorganisateur* pour les gouvernements. Un gouvernement qui capitule avec quelques villages qui doivent lui obéir! Non, jamais le gouvernement français ne se prêtera à une transaction aussi avilissante›.»

Was sollte der Angesprochene dieser Tirade entgegensetzen?

> «Rien, ai-je répliqué, rien de ce qui tend à épargner le sang humain n'est avilissant, citoyen Ministre; la nature de l'insurrection, le caractère des insurgés, des symptômes du même mal éclatant dans différents endroits, la pénurie de nos ressources ont déterminé mon gouvernement.»

Doch der französische Minister machte seinem Ärger über die Wirren in der Schweiz noch weiter Luft. Er rief aus:

> «Votre gouvernement? Il n'est plus gouvernement dès le moment où il cède à des révoltés. Vous n'avez pas de gouvernement. On l'insulte impunément, et il ne se fait point assez respecter. – Il continua sur ce ton, et puis il ajouta: J'espère que la lettre que je vous ai écrite produira un bon effet. Elle prouvera que le premier Consul est décidé à vous soutenir par tous les moyens qui sont conformes aux traités. J'espère que les révoltés en seront effrayés [...] c'est honteux qu'une poignée de mauvais sujets et de mauvaises têtes doive empêcher votre gouvernement de prendre consistance et de donner enfin l'ordre et de la liberté à l'Helvétie.»

Stapfer zog aus der stürmischen Szene den Schluss, der Unwille in Paris über die höchst unwillkommene Friedensstörung an Frankreichs Ostflanke könnte sich für seine Regierung doch noch positiv auswirken im Sinne einer Vermittlung durch einen Dritten. Er unternahm es, aus eigener Initiative, den angesehenen und der Schweiz wohlgesinnten Politiker Jean Joseph Mounier als Vermittler zwischen den Streitparteien vorzuschlagen und damit die nationale Würde zu wahren. Vergeblich, angesichts des sich wie ein Buschbrand ausbreitenden Aufstands und dem unter Landammann Dolder, abgesehen von wenigen entschlossenen Staatssekretären, ziellos agierenden Vollziehungsrat. Machtlos musste der helvetische Gesandte aus der Ferne den Auflösungsprozess der Helvetischen Republik mitverfolgen und sah sich dazu verurteilt, aus Paris die Reaktionen auf seine Hiobsbotschaften nach Hause zu übermitteln. So ist verständlich, dass in seine Rappor-

te auch die Klagen des tief bekümmerten Patrioten einflossen, wie um das Verhängnis aufzuhalten:

> «Il est affreux de penser que des intérêts particuliers, un amour-propre blessé et le désir de se populariser, en flattant le goût pour la licence qui anime les sansculottes montagnards, aient peut-être fait perdre aux Suisses le moment unique qui leur était offert par le Dieu de leurs pères de se ressaisir de leur rang parmi les nations et de rentrer dans la pleine jouissance d'une existence honorable. Est-ce donc parce qu'on se dispute sur l'habit que nous porterons, qu'il faut s'exposer à geler de froid et à traîner les chaînes de l'Etranger, au lieu de se couvrir de vêtements qu'on pourrait changer ou modifier ensuite d'après nos besoins? Vraiment, on est prêt à verser des larmes de sang. Les fondateurs de la liberté helvétique n'ont certainement pas eu en vue ni la barbarie et le scandale du régime des *landsgemeinden,* ni les abus et le rétrécissement des bourgeoisies exclusives! Ils ont voulu délivrer leur patrie du joug de l'Etranger, soustraire leurs concitoyens à l'arbitraire et aux vexations des tyranneaux subalternes de la maison d'Autriche et leur assurer la jouissance de lois indigènes et de magistrats intègres! Quelle honte que leurs descendants mettent au jeu et leur indépendance et l'avantage inappréciable de lois et de magistratures nationales, pour se livrer aux fureurs de la dispute et des dissensions sur des formes et des modifications étrangères à l'essence du bonheur et de la liberté? N'y a-t-il donc plus parmi nous ni patriotisme, ni grandes vues, ni désintéressement, ni connaissance de nos véritables intérêts?
>
> Mais à quoi servent les plaintes quand il n'y a que de peuplades qui oublient qu'elles forment une nation respectable en Europe par les souvenirs, et qu'on se rassemble plus volontiers aux cris de la haine et à la pâle et sombre lueur des préjugés qu'à la voix de la patrie et sous l'étandard du bien public?»

Der Mann, der zwei Jahre lang als Erziehungs- und Kulturminister seine geistigen und moralischen Kräfte fast aufgezehrt hatte im Ringen um die Schaffung eines gesamtschweizerischen Gemeinsinns, er war befugt, angesichts des Bürgerkriegs diese Anklage zu erheben. Dabei mag er sich auch an Mahnworte des Geschichtsschreibers Johannes Müller erinnert haben, mit dem er noch vor dem politischen Umsturz, zusammen mit Karl Viktor von Bonstetten, Gespräche geführt hatte.[10] Stapfer dürfte seine Rolle bei den endlosen, demütigenden Verhandlungen mit Bonaparte und Talleyrand und unter den Blicken der übrigen in Paris residierenden fremden Gesandten sehr schwer gefallen sein.

> «Oh, ma malheureuse patrie! Nos dissensions nous menacent de la perte non seulement de toute espèce de prospérité, mais encore de l'estime attachée jusqu'ici au nom Suisse, et nous ne pourrons pas même nous écrier avec François I: *Tout est perdu fors l'honneur.*»[11]

Aus alledem darf man schliessen, wie hart es ihn zuletzt ankam, das Ersuchen seiner Regierung um die Intervention Frankreichs aufgrund der Allianz von 1798 zu übermitteln. Er selber richtete am 20. September dazu ein ausführliches Begleitschreiben an Talleyrand.[12] Der Vollziehungsrat rief den Ersten Konsul nicht nur um Beistand an, sondern bezog sich ausdrücklich auf dessen frühere Ratschläge und die offensichtliche Billigung der zuletzt erlassenen Verfassung. Stapfer seinerseits zeichnete in seinen eigenen Ausführungen die Entwicklung der Lage auf, von der Auflösung der alten Strukturen 1798 bis zur umstrittenen Neugestaltung der Verfassungsordnung, unter besonderem Hinweis auf die Bedeutung des Malmaison-Projekts. Es ging ihm offensichtlich nicht nur um die aktuelle Notlage, sondern um deren tiefere Ursachen, wobei er vor dem chaotischen Charakter der Aufstandsbewegung warnte und vor unabsehbaren Folgen für die Schweiz und ihre Nachbarstaaten.[13] Am Schluss seines Briefs stand die Zuversicht auf eine Vermittlungsaktion des Ersten Konsuls:

> «La tranquillité renaîtroit immanquablement; et alors des citoyens distingués de toutes les classes et de tous les partis pourroient, sous les auspices et aides des conseils du premier Consul apporter à la constitution les changemens qui seroient jugés necessaires pour opérer l'union durable de tous les Suisses et pour rétablir leur ancienne prospérité.»

Freilich konnte er noch nicht ahnen, dass der Korse gar nicht gewillt war, der inzwischen von Bern nach Lausanne geflohenen helvetischen Regierung Überlebenshilfe zu leisten und die bisherige Verfassung zu retten, sondern den völligen Zusammenbruch der Ordnung abwarten würde, um danach mit einem kategorischen Waffenstillstandsgebot die Ausgangslage für die selbstherrlich verfügte Neuordnung zu schaffen. So hatte Stapfer zunächst lediglich die brüske Ablehnung seiner Demarche zu übermitteln:

> «L'envoi des troupes françaises dans un pays agité ne pouvant avoir lieu sans les faire participer aux dissensions qui le divisent, le sang français pourroit couler et le premier Consul ne peut l'exposer que pour l'intérêt propre et immédiat des Français.»[14]

Mit der zuletzt geschaffenen helvetischen Verfassung, hiess es in der Note, habe der Erste Konsul nichts zu schaffen, womit er auch das Verdikt über diesen letzten Versuch der Helvetiker fällte, sich unabhängig zu konstituieren:

> «Il paraît aujourd'hui que cette constitution ne convient pas à l'Helvétie, puisque de toutes parts on s'élève contre elle. Or, en la faisant établir par des bayonnettes étrangères, on ne ferait que constater avec éclat qu'elle est peu propre à faire le bonheur de vos concitoyens.»

Doch was verbarg sich hinter der unverhüllten Absage? Die Krise in der Schweiz trieb ihrem Höhepunkt zu. Die Bürgerkriegstruppen marschierten im Norden der Waadt gegeneinander auf, die Insurgenten weit überlegen, während die helvetische Regierung zusammen mit dem französischen Gesandten Verninac in

Das Schloss von St. Cloud.

Lausanne noch immer auf ein Machtwort zu ihren Gunsten aus Paris harrte. Sie liess ihren Gesandten am 28. September wissen:

> «Si jamais vos lettres étaient attendues avec impatience, c'est dans un moment où chaque heure de retard peut occasionner des malheurs inouïs dans ce pays; il n'y a plus rien qui puisse arrêter la guerre civile, que la volonté bien prononcée du gouvernement français, et qui nous laisse dans un cruel silence.»[15]

Gleichentags forderte Talleyrand in Paris von Stapfer Einsicht in alle aus der Schweiz eingehenden und vor kurzem eingelangten Situationsberichte, während der Erste Konsul bereits den General Ney aus Nancy in Eile nach Genf beorderte und Truppen bereitstellen liess.[16] Stapfer seinerseits zeigte am 29. September dem französischen Aussenminister an, wie die Dinge standen:

> «L'anarchie est parvenue à son comble en Suisse. Les insurgés et leurs complices dans la capitale ont, par des actes répétés de trahison et de violence forcé le Gouvernement helvétique à quitter Berne, le lieu ordinaire de sa résidence, et à se transporter à Lausanne, chef-lieu d'un Canton où la tranquillité n'a point été troublé, et dont les habitants fidèles assureront au Gouvernement la sécurité nécessaire à ses opérations. Son premier soin est de rendre l'Helvétie à la paix. Mais le Conseil d'exécution désespère de parvenir à ce but sans l'intervention positive et la coopération bienveillante du gouvernement français.»[17]

General Jean Rapp, Adjutant Napoleons.

Dies war sein letzter Appell um französischen Sukkurs für eine Regierung, die, wie er später einmal im Rückblick festhielt, leider unfähig war, entschlossen zu handeln, und deswegen auch unrühmlich dastand, als Bonaparte am 30. September 1802 von St. Cloud aus dem Chaos Halt gebot.[18]

II Um den Rahmen abzustecken, in welchem Stapfer die letzten Funktionen seiner Gesandtschaft ausübte, ist es unumgänglich, einige Zusammenhänge zur napoleonischen Mediation aus den Quellendokumenten heranzuziehen. Die Helvetische Republik endete im Zeichen einer kraftlosen Regierung, während im Hintergrund am ehemaligen Regierungssitz in Bern eine wiedererstandene, selbstbewusste patrizische Standeskommission ihre Proklamationen an die ehemaligen Untertanen richtete und sich in Schwyz unter Führung des Landammanns Aloys Reding eine eidgenössische Tagsatzung mit dem Anspruch formierte, die gesamten vaterländischen Angelegenheiten zu beraten. In der bedrängten helvetischen Zentralbehörde zu Lausanne entwickelten einzig die zwei Staatssekretäre Johann Jakob Schmid und Albrecht Rengger energische Gegenmassnahmen, bis nach dem verlorenen Treffen bei Faoug am 3. Oktober die helvetischen Regierungstruppen sich praktisch auflösten. Der Innenminister Rengger berich-

General Michel Ney (1769–1815), Kommandant der französischen Besatzungstruppen 1802/03 und politischer Bevollmächtigter in der Schweiz.

tete in seinem Tagebuch nicht nur nüchtern über das Chaos des militärischen Zusammenbruchs, sondern auch über das Erscheinen des Deus ex Machina in Gestalt des Generals Rapp am 4. Oktober mit Napoleon Bonapartes am 30. September in St. Cloud erlassener berühmter Proklamation, gerade als das zur Flucht bereite Regierungspersonal sich von Ouchy nach Evian einzuschiffen anschickte:[19]

> «In Lausanne packten Regierende und Regierte ein; am Seeufer stand eine beträchtliche Anzahl Schiffe von Evian und viele Emigranten hatten schon vom Lande abgestossen. Gegen acht Uhr kam der Senat zusammen. Kaum war die Sitzung eröffnet und von Doldern die trübselige Lage dargestellt, als Monod [Regierungsstatthalter des Kantons Léman] ins Nebenzimmer trat und die Ankunft eines französischen Generals anzeigte. Einen Augenblick später rannte Verninac [der französische Gesandte] herein mit dem halberstickten Ausrufe: ‹je vous apporte des consolations›. Er kündete nun bestimmt die Ankunft des Aide de Camp Rapp nebst seinen Aufträgen an [...] Nach einer halben Stunde erschien Rapp selbst in der Versammlung: und Verninac las das mitgebrachte

Trostschreiben ab, das mit einem von Jenner angestimmten: ‹es lebe der erste Consul!› beantwortet ward.»

Das «Trostschreiben», das heisst die Proklamation von St. Cloud an die 18 Kantone der Helvetischen Republik, kündigte Konsul Bonapartes Vermittlung an.[20] Mit *einem* Wort und unter Androhung von Gewalt dämmte er den Bürgerkrieg ein, gebot den von den Insurgenten eingesetzten Behörden Halt und ordnete die Rückkehr des helvetischen Senats nach Bern an. Im militärischen Befehlston setzte er Fristen für seine ultimativen Forderungen. Eine zweite Verfügung betraf die Einberufung einer Consulta nach Paris aus Vertretern des Senats, der Kantone, früheren Amtsträgern, mit einem Wort der verschiedenen politischen Richtungen. Seine Zielsetzung:

«pour faire connaître les moyens de ramener l'union et la tranquillité et de concilier tous les partis». Und: «Habitants de l'Helvétie, revivez à l'espérance!!!» [sic].

In feierlichem Ton schloss er:

«Il n'est aucun homme sensé qui ne voie que la médiation dont je me charge est pour l'Helvétie un bienfait de cette Providence qui, au milieu de tant de bouleversements et de chocs, a toujours veillé à l'existence et à l'indépendance de votre nation, et que cette médiation est le seul moyen qui vous reste pour sauver l'une et l'autre.»

Gleichzeitig hatte Talleyrand den General Rapp anzuweisen, er solle vor allem den Insurgentenchefs in Bern das Risiko vor Augen halten, falls sie nicht innert fünf Tagen den helvetischen Senat daselbst aufnähmen:

«Il insinuera que, dans le cas contraire, il a les pouvoirs nécessaires pour faire entrer de tous côtés des troupes françaises en Helvétie, et qu'alors malheur à ceux qui auraient obligé à une réoccupation!»[21]

Des Weiteren hiess es:

«Dans les petits Cantons et dans toute sa mission le citoyen Rapp fera connaître que je suis résolu à en finir et à organiser l'Helvétie d'une manière conforme aux vœux des habitants, mais sans donner gain à aucune faction.»

Dies zum Begleitkommentar zur Mission Rapps. Und für den Fall des Widerstands:

«Vous écrirez au général Ney qu'il faut qu'il se tienne en mesure avec ses troupes pour pouvoir, s'il est nécessaire, entrer en Suisse, mais qu'à cet effet il doit attendre les ordres du Gouvernement.»

Eine Episode, in die am Rand auch Stapfer einbezogen war, ist hier noch der Erwähnung wert, der Versuch nämlich des Ende September nach Paris entsandten Berner Emissärs Niklaus Friedrich von Mülinen (1760–1833), der zusammen mit einem Begleiter beim Ersten Konsul die Sache der Insurgenten vertreten sollte. Stapfer hätte den beiden eine Audienz bei Bonaparte verschaffen sollen, weigerte sich aber wegen der gegen die von ihm vertretene Regierung gerichteten Ab-

Niklaus Friedrich von Mülinen (1760–1833), patrizischer Berner Politiker. Ölbild von Johann D. Mottet, 1809.

sichten. Die diplomatische Aktion der Patrizier stiess angesichts der Lage der Dinge begreiflicherweise ins Leere. Es blieb auch nicht verborgen, dass die Berner bei verschiedenen Gesandten europäischer Mächte vorsprachen. Der Erste Konsul empfing sie nicht, sondern liess ihnen auf ihr Schreiben durch Talleyrand eine schroffe Absage zugehen, die deutlich machte, dass man in Paris die sich abzeichnenden restaurativen Zielsetzungen der Insurgenten genau zur Kenntnis nahm. Bonaparte trug seinem Aussenminister auf:[22]

> «Dites-lui [...] que rien ne m'a échappé des mouvements de la Suisse, que les proclamations de Soleure et Berne sont évidemment le plus violent outrage que l'on puisse faire à l'honneur français; que ce n'est ni la conduite ni le style d'hommes sensés, mais la conduite furibonde d'hommes qui poussent la passion et l'inconsidération au dernier degré. Que les deux cents familles de Berne s'intitulent souverains que, quoi qu'ils puissent dire, j'estime trop le peuple suisse pour croire qu'il consente encore à être le sujet de quelques familles. Que la France a d'ailleurs garanti à la Suisse l'égalité de droits; qu'une contre-révolution

peut être tenté, mais ne sera jamais consommée en Suisse; que ce qu'il dit de la volonté du peuple est une déraison; que d'ailleurs mes calculs ne sont pas subordonnés seulement à la volonté du peuple suisse, mais aux intérêts de quarante millions d'hommes que je gouverne.»

Bonaparte setzte damit im Hinblick auf den nachfolgenden Mediationsprozess eine wichtige Wegmarke gegenüber allfälligen Restaurationstendenzen. Anderseits verhehlte er in seinen Anweisungen an Talleyrand auch den bereits gegenüber Stapfer bekundeten Ärger über die Schwäche der noch amtierenden helvetischen Regierung keineswegs:

«[...] que je n'ai et ne puis avoir d'estime pour le Sénat actuel; si j'en eusse eu, sa lâcheté dans ces circonstances la lui a ôtée. Que je me persuade bien aujourd'hui de la nécessité d'une mesure définitive; que si, dans peu de jours, les dispositions de ma proclamation ne sont pas remplies, 30 000 hommes entreront en Suisse sous les ordres du général Ney, et s'ils m'obligent à ce coup de force, c'en est fait de la Suisse. Que j'ai besoin, par-dessus tout, d'une frontière qui couvre la Franche-Comté; un gouvernement stable et solide, ami de la France, c'est le premier vœu que je forme; si celui-ci ne peut avoir lieu, l'intérêt de la France me dictera la conduite à tenir; qu'il n'y a dans ma proclamation pas un mot qui ne soit un volume; qu'il n'y a rien d'oratoire; elle est toute ma pensée; car ma politique est franche et ouverte, parce qu'elle est le résultat de longues méditations et de la force.»

Er markierte ohne Umschweife sein politisches Ziel mit der Zwangsschlichtung in der Schweiz, indem er aber gleich seine Unparteilichkeit unterstrich:

«[...] que je n'ai d'affection pour aucun homme; que je me suis constamment plaint et de Dolder et de Reding; aucun n'a suivi mes conseils. – Si ma médiation est acceptée et s'il n'entre point de troupes françaises en Suisse, je la regarde comme entrant dans le port.»

Für den Fall des Widerstandes setzte er jedoch am Schluss die folgende zornige Drohung an die Adresse der Berner Emissäre hin:

«[...] toute modification, tout faux-fuyant est inutile; rien ne sera écouté; qu'il dise bien à ses compatriotes que depuis deux ans cela est un véritable jeu d'enfants; qu'il est temps que cela finisse, et que je ne vois pas de milieu entre *un gouvernement suisse solidement organisé et ami de la France, ou point de Suisse.*»

Das waren nicht mehr die unverbindlich-diplomatischen Floskeln, wie sie der Erste Konsul an den öffentlichen Audienzen gegenüber Stapfer zu machen pflegte. Keine Rede mehr von Wohlwollen für Helvetien und dessen Glück, vielmehr die vom Vorherrschaftsstreben eingegebenen Forderungen an den zwangsverbündeten Vasallen: innere Stabilität als Voraussetzung der strategischen Absicherung der französischen Ostflanke unter Garantie des 1798 vollzogenen politisch-sozialen Transformationsschubs. Die Modalitäten der Neuregelung behielt er

sich persönlich vor, immerhin unter Beizug eines möglichst alle Interessenrichtungen repräsentierenden Gremiums, der so genannten Consulta.

III Während der bei diesen Vorgängen in Misskredit geratene französische Gesandte Verninac Mitte Oktober abgelöst wurde, blieb dem helvetischen Gesandten Stapfer den ganzen Verlauf des Mediationsprozesses über eine eigentliche Schlüsselfunktion vorbehalten. Bonaparte übertrug den Gesandtenposten in der Schweiz dem General Michel Ney, der die wieder einrückenden Truppen kommandierte, um allfälligen Widerstand gegen die Weisungen vom 30. September zu brechen. Stapfers Gesandtenkorrespondenz drehte sich den ganzen Oktober über hauptsächlich um Fragen der einzuberufenden Consulta. Am 2. Oktober richtete er einen ausführlichen Rapport an den Vollziehungsrat und schilderte, wie er während der kritischen Phase der Ereignisse tagtäglich mit Talleyrand konferiert und diesen dabei beschworen habe, der Erste Konsul möge doch vor einer militärischen Gewaltanwendung alle friedlichen Mittel zur Beeinflussung der Insurgenten ausschöpfen.[23] Aus genauer Kenntnis der in Paris herrschenden Stimmung mahnte er, der Proklamation von St. Cloud vollumfänglich Folge zu leisten. Als er Talleyrand an das Malmaison-Projekt erinnerte, gab man ihm bloss zu verstehen, der Erste Konsul gedenke die Lage endgültig zu bereinigen. Vorerst galt Stapfers brennende Sorge also der «réconciliation» mittels der helvetischen Consulta. Weise Überlegung und wahrer Patriotismus wiesen keinen andern Weg, meinte er und gebrauchte das Bild von der rettenden Planke auf stürmischer See. Für ihn stand mit Annahme oder Verweigerung der Mediation der nationale Fortbestand auf dem Spiel:

> «Après les tourments d'une révolution qui a ébranlé jusqu'aux fondements de l'ordre social et mis à flot tous ses éléments, l'ascendant d'un grand homme, épargnant à une nation des années d'oscillations et de réactions par quelques heures de conférences bénévoles avec les plus estimables de ses citoyens, est un bienfait de la Providence. Le repousser, pour s'abandonner derechef aux chances d'essais douteux et de discussions orageuses, serait un crime et faire passer cette démerite pour la voix ou l'inspiration de l'honneur serait, aux yeux de la sagesse et du vrai patriotisme, ou un donquichotisme antisocial ou une insigne mauvaise foi.»

War einmal der offene Bürgerkrieg durch das Machtgebot von aussen eingedämmt, so ging es doch nun darum, günstige Voraussetzungen für die Konferenz der Consulta zu fördern. Dem galt von jetzt an der volle Einsatz des Gesandten.

> «Il me semble que le point de ralliement et le mode de réconciliation offert par la France est le seul qui puisse nous procurer la tranquilité et des institutions durables. Je gémis autant et plus peut-être qu'aucun Suisse de ce que nous ne soyons pas parvenus à nous arranger nous-mêmes, et que ce ne soit qu'aux dépens de la fierté nationale qu'on puisse sauver notre existence politique et nous arracher à nos propres fureurs.»[24]

Er ging also von der Überzeugung aus:

> «Sans réconciliation des partis point de paix, point d'organisation stable.»

So lautete auch sein Ratschlag an die reaktivierte, bald nach Bern zurückkehrende Regierung, mit Mässigung und in patriotischer Gesinnung zu handeln:

> «Il ne faut pas qu'aucun parti soit écrasé, et il convient qu'on ait pour les désirs et les affections d'une classe nombreuse, telle qu'elle soit, tous les ménagemens que pourront comporter l'intérêt de la patrie et la cause de la liberté.»

Vorerst, es war Anfang Oktober, wartete man in Paris gespannt auf die Wirkung von Bonapartes Aufruf, insbesondere auf die Insurgenten. An der öffentlichen Audienz vom 7. Oktober gab sich der Erste Konsul Stapfer gegenüber ziemlich kurz angebunden und liess durchblicken, er lasse sich jetzt durch Rapp direkt und rasch informieren.[25] Auf das wenige Tage zuvor stattgefundene Gefecht bei Faoug anspielend, meinte er trocken:

> «On se battait encore chez vous. Qu'espérez-vous de l'effet de ma proclamation?»
>
> Stapfer: «Je crois, Citoyen Consul, qu'elle fera celui d'un calmant général. Les dernières dépêches de mon gouvernement en démontrent encore davantage l'urgente nécessité.»

Talleyrand seinerseits – wie aus diesem Rapport zu entnehmen ist – drängte auf die unverzügliche Nominierung und baldige Entsendung der für die Consulta bestimmten Persönlichkeiten. Er wünschte «des hommes distingués et forts». Die Absicht ging auf eine repräsentative helvetische Vertretungskörperschaft. Stapfer fügte dem als eigene Empfehlung und aus seiner politischen Sicht bei:

> «Plus le nombre des hommes attachés aux principes libéraux qui viendront à Paris sera grand et imposant, et plus nous serons sûrs d'asseoir l'organisation de l'Helvétie sur des bases larges et satisfaisantes. Le gouvernement français *ne peut ni ne veut souffrir le rétablissement de l'ancien régime en Suisse, ni une réaction quelconque ou le triomphe des passions.*»

Die instruktiven Weisungen Talleyrands an General Ney hoben die vorrangige Bedeutung zunächst der Befriedung im zerstrittenen Land hervor. Er führte dem in politisch-militärischer Doppelfunktion agierenden Offizier die friedenssichernde französische Aktion in ihrer gesamteuropäischen Perspektive vor Augen:

> «Ainsi la tranquillité de l'Helvétie est un avantage commun à l'Europe entière; ainsi son organisation sage et calme sous la sauvegarde de la France, se trouve liée au grand intérêt de la paix générale, et par là il entre dans les devoirs du gouvernement de la République de s'en occuper, et dans un de ses plus grands intérêts de l'accomplir.»[26]

Ney wird eine wirksame Förderung der Wahl von Consulta-Delegierten aufgetragen, jedoch ausdrücklich vor einer Parteinahme gewarnt. Es soll genaue Berichterstattung erfolgen:

«Vous devez en même temps avoir soin de donner à vos conseils le caractère de dignité et de bienveillance qui convient à un ministre purement politique. Vous devez éviter tout appareil trop militaire et l'apparence sensible du commandement. Dans la circonstance présente aucun détail n'est indifferent, et le Premier Consul [...] désire être régulièrement au courant de tout ce qui se passera en Helvétie.»

Auch wenn Stapfers Sympathien der unitarischen Seite galten, war er sich doch bewusst, dass das Vernehmlassungsverfahren an der Consulta für eine tragfähige Neuordnung unter Bonapartes Ägide breit abzustützen war, wie es die französischen Staatsmänner eindringlich postulierten. Trotzdem unterliess er nicht, seinen politischen Gesinnungsfreunden eine gewichtige und kompetente Vertretung anzuraten. Von seinen Sondierungen bei Talleyrand berichtete er nach Bern:[27]

«Il m'a répondu que plus le nombre de députés serait grand et plus les choix seraient bons, plus le premier Consul serait content; que si une classe d'habitants ou un parti croyant avoir lieu de se plaindre d'une nomination faite pour son Canton, elle devait aussitôt contrebalancer l'élection qui lui déplaisait par des choix de son gré, et que tous ces députés pouvaient être sûrs d'être parfaitement accueillis par le gouvernement français. Il est très certain que le parti, l'opinion ou le Canton qui présentera un plus grand nombre de députés marquants aura plus de chances d'être traité favorablement.»

Solche Aussichten veranlassten die helvetischen Antipoden, möglichst qualifizierte Leute zu delegieren, die ihre Interessen beim Mediator vertreten sollten. Zwar nominierten die Föderalisten ihre Repräsentanten höchst widerwillig. Doch scheuten sie davor zurück, bei Bonaparte Verdacht zu wecken. So ernannte denn die bernische Standeskommission sogleich vier Vertreter ihrer politischen Richtung, um weniger genehmen Nominationen im Kanton zuvorzukommen.[28] Stapfer seinerseits behandelte diese Frage im privaten Briefwechsel mit den befreundeten helvetischen Republikanern Rengger und Usteri. Am 26. Oktober gab er Usteri zu bedenken:[29]

«Es ist äusserst fatal, für die gute Sache, wenn hier ein Heer von illiberalen Privilegienrittern erscheint und unter dem Haufen nur zwei oder drei verlorene Organe der Vernunft sich hören lassen. Neben dem dass die Majora auf der Seite der Oligarchen zu sein scheinen werden, nimmt es gewiss die französische Regierung übel und legt es als Mangel an Achtung und Zutrauen aus, wenn die Parthei, welche die drei Viertheile der Nation vorstellt und für welche Bonaparte sich endlich und wahrlich mit Mühe, sich zu verwenden entschlossen hat, beinahe niemand oder nur unbedeutende Menschen hierher schickt [...] Ich beschwöre Sie, entziehen Sie uns Ihre Einsichten und Talente nicht. Ich garantiere Ihnen eine gute und achtungsvolle Aufnahme. Es thut mir leid, dass ich Ihnen kein Zimmer anbieten kann. Das einzige Disponible habe ich Rengger zuge-

dacht; allein da ich in dem Quartier wohne wo alle Fremden gewöhnlich logiren, so können wir ohne Zeitverlust häufig zusammentreten.»

Der Angesprochene überwand sein anfängliches Zögern und machte sich am 10. November reisefertig. Er antwortete Stapfer:

«Mit schwerem Herzen, mein verehrter Freund, unterziehe ich mich dem Rufe, nach Paris zu reisen [...] Ihr Wunsch und Ihre Aufforderung [...] sind es ganz vorzüglich auch, die mich bestimmen halfen. Mir scheint alles daran zu liegen, dass die Deputierten so viel möglich alle stets einverstanden handeln, und dass Sie, mein theurer Freund, das Centrum des Congresses und alles dessen, was von den Deputierten gethan wird, seien.»[30]

Stapfer hatte in seiner Aufforderung dem Freund auch gestanden, wie tief ihn die Zerrüttung in der Schweiz bedrückte und wie schwer es fiel, beispielsweise englischen Freunden klarzumachen, welche Absichten eigentlich hinter der Insurrektion steckten.

«Sie können sich nicht vorstellen, was ich hier seit drei Monaten gelitten habe. Alle Freiheitsfreunde und gerade die berühmten Oppositionshäupter in England nehmen ausserordentlichen Antheil an der Sache der Rebellen in der Schweiz. Sie haben mich mit Besuchen bestürmt, und kaum ist es mir gelungen, ihnen und andern begreiflich zu machen, dass die Sache der Insurgenten nur anscheinend national sei. Glücklicherweise haben wir die französische Regierung über die wahre Beschaffenheit der Dinge belehren können.»

An den Freund Rengger, gewissermassen das Rückgrat der sonst nur allzu schwachen helvetischen Regierung, gingen verschiedene Briefe zur Erörterung der Lage und der bevorstehenden Mediation, wobei noch die gemeinsame Sorge um den Fortbestand ihres Heimatkantons Aargau hineinspielte.[31]

«Nun ist es Zeit, mein lieber Freund, die Mediation schnell zu benutzen und durch die Absendung *sicherer* und *fähiger* Männer 1. einen unheilvollen Krieg, 2. das beinahe eben so fürchterliche Übel zu verhüten, dass Intriganten und Privilegienritter ausschliesslich hier rathen und dominiren. Alle *bemittelten Freunde* der Grundsätze sollten sich's zur Pflicht machen, bei dieser Gelegenheit Paris zu begehen. – Wegen einer Präsidenzspekulation [sc. Bonapartes] seien Sie ruhig. Wenn nicht alles trügt, so ist es schlechterdings nicht darauf abgesehen, sondern 1. nur auf die Solonsehre, 2. die Wiederkehr der alten Ordnung. Müllinen hat mir gesagt: er wünsche, dass *seine Leute* sogleich und in grosser Anzahl kämen.»

So warb er um Rengger und suchte dessen Misstrauen zu entkräften:

«Jetzt ist es aber wohl das einzig übrig bleibende Rettungsmittel. Allein höchst wichtig ist es, dass aufgeklärte, fähige und rechtgesinnte Männer sich nicht weigern, hierher zu kommen. Ich beschwöre Sie, mein bester Freund, entziehen Sie bei dieser Gelegenheit Ihre Hilfe der guten Sache

nicht, entschliessen Sie sich, möglichst bald nach Paris zu reisen. Ihr Beispiel wirkt gewiss nachdrücklich auf die ganze republikanische Partei [...] Auf jeden Fall ist das Hersenden die Hauptsache, wenn die Schweiz nicht ganz verschlungen werden soll [...] Bonapartes Proklamation ist ihm von seinem Scharfsinn eingegeben worden. Denn Talleyrand und die Fruktidorisirten fahren fort, das Patriziat zu begünstigen.»

Solcherart ergänzt der persönliche Gedankenaustausch der beiden ehemaligen Ministerkollegen die amtliche Dokumentation im Vorfeld des Mediationsprozesses. Stapfer suchte dafür des Freundes Sachverstand und charaktervolle Haltung zu gewinnen. Er bot ihm in seinem Haus auch Unterkunft an:

«Wenn Sie die Nähe der Kinderstube nicht zu sehr inkommodirt, so bitte ich und meine Frau eben so sehr inständig, dass Sie bei uns Quartier nehmen, um so mehr, da wir durchaus über Alles gemeinschaftliche Abrede nehmen müssen. Ich dringe hier sehr darauf, dass Sie und Kuhn der definitiven Regierung höchst unentbehrlich seien, und ich habe jetzt hier ziemlich freies Feld, weil meine Prophezeiungen eingetroffen sind und meine Vorstellungen über Identität des oligarchischen mit dem Wiener Interesse nicht mehr als Hirngespinste oder blosses Parteistratagem können angesehen werden [...] Die englischen Oppositionsglieder beschwören mich bei jeder Gelegenheit, der Insurgentenpartei nicht das Schlimmste nachzureden. Denn sie wollen gar nicht begreifen, dass es diesen Leuten mit Freiheits- und Gleichheitsversprechen kein Ernst war.»

Die beiden Helvetiker trieb die Sorge um, die zukünftigen Regelungen könnten einen politisch-sozialen Rückschritt einleiten. Doch nahmen sie nicht an, der Vermittler werde hinter das Malmaison-Projekt zurückgehen. Wie damals Stapfer, wollten sie jetzt auch gemeinsam für ihre engere Heimat, den Neukanton Aargau einstehen:

«Die Behauptung der achtzehn Kantone bleibt für uns ein Hauptpunkt, und desswegen versäumen Sie ja nicht zu kommen. Wir müssen das Aargau durchaus repräsentiren. Sonst sagt man, was ist das für ein einziger Kanton, der nicht einmal Deputirte zu schicken vermag? und legt's als Volksstimmung zu Gunsten der Vereinigung [sc. mit Bern] aus.»

Zu Stapfers Bestürzung traf jedoch Mitte Oktober Rengger ein schwerer persönlicher Unglücksschlag und verhinderte seine Teilnahme an der Consulta.[32] Darum blieb der Gedankenaustausch auf ihre Korrespondenz beschränkt. Rengger regte an, Stapfer möge darauf hinwirken, dass bei den Verhandlungen nur «die ausgezeichnetsten Köpfe zum Sprechen kämen und im Hintergrund bleibe, was dahin gehört». Anfang Dezember meinte er nüchtern:

«Dächten Sie nicht, dass es am besten wäre, den Tross unserer Deputirten bald wieder nach Hause zu schicken und zur Arbeit nur den Kern, den Sie bald ausgelesen haben werden, zu behalten? Das Volk verzehrt das Mark unseres Landes in Paris und Gott weiss, mit welchem Nutzen.»

Auf die Zusammensetzung der Consulta legte, wie schon erwähnt, die französische Regierung ausserordentliches Gewicht. Stapfer hatte die Aufgabe, für Talleyrand die Personalien der Delegierten zu beschaffen. Er berichtete, auch wenn alle Parteirichtungen zu berücksichtigen seien, wünsche man in Paris doch keine Insurgentenführer, sondern möglichst gemässigte, für eine tragfähige Verfassungslösung konsensfähige Persönlichkeiten:[33]

> «La réunion d'autant d'hommes marquants que possible; que l'exagération de leurs idées n'était aucun obstacle à leur venue; qu'au contraire le premier Consul verrait avec plaisir ici quelques coryphées et adhérents de l'oligarchie, bien marquants et bien prononcés.»

Stapfer bot auch Hand, den zögernden Niklaus Friedrich von Mülinen zur Teilnahme zu veranlassen, obwohl er dessen Werbeaktion für die Insurrektion durchkreuzt hatte. Jetzt ging es ja um die Befriedung der Schweiz und die Mitarbeit an der Consulta. Und zum wiederholten Mal umriss er die Zielsetzung aus seiner Sicht und Erwartung:

> «Bonaparte n'a d'autres vues que d'assurer l'indépendance et le bonheur de la nation helvétique. Il ne s'agit d'aucun sacrifice préjudiciable à l'honneur et à l'existance de ce peuple respectable, et je vous jure que si j'avais le moindre soupçon à cet égard, je serais le premier à le révéler et à me retirer pour n'être ni spectateur ni complice de l'anéantissement de ma patrie.»

Offensichtlich scheute er sich nicht vor der Begegnung mit Repräsentanten der «haute aristocratie», sondern bedauerte vielmehr, dass Verweigerer aus dieser Klasse damit im Voraus Vorbehalte zu den Ergebnissen machten. Sein Kommentar zu ihrer beschränkten Sicht lautete:

> «Si nos grands aristocrates venaient ici, leurs préjugés et leurs petites idées se fondraient en présence des grands objets et des hommes supérieurs avec lesquels ils se trouveraient en contact, et qui leur feraient sentir que des pygmées ne peuvent faire reculer la marche de l'Europe [...] Nos anciens grands seigneurs verraient ici quel rôle jouent devant Bonaparte les rois et les empereurs; ils entendraient les ambassadeurs de ces derniers mêmes les inviter plus fortement que nous à céder à l'ascendant des destinées et à la puissante main du siècle.»

Waren solche Vorschusslorbeeren für die «puissante main du siècle» nicht etwas voreilig oder gar zu vertrauensselig? Bedenkt man, wie rasch Stapfer seinerzeit in Paris den militaristischen und illiberalen Geist des werdenden Bonapartismus erkannt und kritisch beurteilt hatte, so verwundert das nun geäusserte Vertrauen auf die wohlwollenden Absichten des auf die europäische Vorherrschaft hinsteuernden Korsen. Gewiss, die mächtige Hand verfügte über die Mittel, den helvetischen Bruderstreit zu stillen. Aber ob der Machtmensch gewillt war, danach eine freie Entfaltung der geweckten nationalen Kräfte in der Tochterrepublik zu dulden und sie nicht bloss den eigenen Zwecken dienstbar zu machen? Vielleicht er-

wiesen sich die Hoffnungen der beiden Helvetiker auf die künftige Mediationsverfassung als blosse Gedankenspiele, in der Annahme, der Erste Konsul werde vielleicht nochmals beim Malmaison-Projekt anknüpfen. Eine offene bundesstaatliche Lösung «mit dareingelegten Einheitsgrundsätzen» trüge dann die Möglichkeit in sich, «durch das vollziehende Personal allmählich in ihrem Sinne verbessert zu werden».[34]

In der spannenden Vorphase der Mediations-Konferenz waren der französischen Seite bloss Andeutungen zur Marschrichtung zu entlocken. Stapfer meldete Anfang Dezember nach Bern, was er von Talleyrand in Erfahrung bringen könne, seien:

> «[...] des assertions vagues [...], qu'il nous faut une organisation générale et un gouvernement central fort, avec des organisations cantonales adaptées aux localités.»[35]

Am 10. Dezember erliess der Erste Konsul endlich die mit Spannung erwartete Grundsatzdeklaration, auf die unten näher einzugehen ist.

IV Von Ende November 1802 an trafen nach und nach um die 60 Deputierte der helvetischen Consulta in Paris ein. Für Stapfer begann eine anstrengende und anspruchsvolle Tätigkeit, die bis zum Abschluss der Verhandlungen Ende Januar 1803 dauerte. Sein Büro diente als Meldestelle zur Prüfung der Vollmachten, und als Gesandter hatte er ständig Kontakte zu französischen Amtsstellen und Persönlichkeiten zu vermitteln. Er selber war ex officio Ansprechpartner namentlich für Bonaparte und Talleyrand und fungierte als eine Art Konferenzsekretär. Natürlich hatte er mit den 45 republikanisch-unitarisch Gesinnten nähere Kontakte als mit den distanzierten 18 Föderalisten. Doch fielen weder in den offiziellen Rapporten an die helvetische Regierung noch in der persönlichen Korrespondenz abschätzige Urteile über politisch Andersdenkende. Er hielt sich an sachliche Berichterstattung, wie etwa am 17. November, als er rapportierte, er sei überraschend zu einem Empfang nach St. Cloud eingeladen worden, wo Bonaparte nach der Rückkehr von einer Reise Audienz hielt:[36]

> «Il me témoigna voir avec bien du plaisir l'arrivée des députés [...] Les citoyens Sarasin et Glutz se prononcent pour le fédéralisme et l'ancien régime. Je voudrais qu'on nous en envoyât encore plusieurs du même parti, afin qu'on put ici prendre une idée de leur véritable force et la bonté de leurs raisons.»

Der ehemalige helvetische Direktor Laharpe verzichtete diskret auf die Teilnahme an der Consulta, obwohl man ihn delegieren wollte. Hingegen erschien Peter Ochs, was Stapfer zur Bemerkung veranlasste:

> «Je voudrais bien que le citoyen Ochs eût imité la réserve du citoyen Laharpe. Sa présence à la Consulta ne peut que jeter de la défaveur sur l'ensemble.»

Zu seinen eigenen Aktivitäten meldete er im selben Bericht:

«L'arrivée des députés, qu'il faut que je reçoive, et conduise chez les autorités, me prend entièrement mon temps.»

Wie er ihnen Beziehungen zu den französischen Regierungskreisen anbahnte, liest man am 1. Dezember:

«Watteville et Gruber sont arrivés hier; je les présente demain. Votre collègue, le citoyen Sprecher [Senator], l'a été hier avec les citoyens Zuber et Planta. Le Ministre [Talleyrand] a fait au citoyen Sprecher un accueil distingué. J'ai mené hier chez le 2^{d} et 3e Consuls les citoyens Monod, Usteri, Meyer de Lucerne, Koch et Kuhn, après y avoir précédemment conduit Monsieur d'Affry. Ils ont été très bien reçus. Le Consul Lebrun est entré avec nous dans une conversation amicale et intéressante; mais on s'en tient aux généralités.»

Begreiflicherweise hätten die Schweizer anlässlich solcher Einleitungskontakte gern gleich Näheres über die französischen Absichten erfahren. Vermutlich wussten aber ihre Gesprächspartner selber noch wenig darüber oder hielten dicht, weil sie wohl wussten, wer sich das entscheidende Wort vorbehielt. Stapfer unterliess bei alledem nicht, die markanteren Persönlichkeiten unter den Deputierten auch in Pariser Gesellschaftskreise einzuführen. Seine eigene Gastgeberrolle kam ebenfalls zur Sprache;

«Je mène successivement les députés marquants chez les Consuls, qui ensuite les invitent à dîner. Je tâche aussi de leur faire chez moi des connaissances intéressantes et de les mettre en rapport avec des hommes qui peuvent influer sur l'opinion publique. Il est absolument nécessaire de répandre des idées justes sur la nature et les causes de la dernière insurrection; car je ne dois pas vous cacher qu'elle a été envisagée sous les plus faux points de vue, tantôt comme un mouvement spontané et national pour rétablir un régime qui est resté le vœu du peuple suisse, tantôt comme un effort pour se délivrer d'un gouvernement peint avec les couleurs les plus fausses et les plus odieuses. Comme les connaissances ici ne se peuvent faire qu'à dîner et que ce n'est que dans les conversations familières qui se forment à table et après le repas, que le Français gai, léger et trop vif pour se donner la peine d'approfondir les événements dont les traits marquants lui suffisent, peut recevoir, sans qu'il y ait de l'affectation ou de l'importunité, des notions et des impressions justes de choses qu'il ne prendrait sans cela pas la peine d'examiner, j'ai cru devoir faire un sacrifice extraordinaire pour aider aux différents membres de la députation, et surtout aux allemands, qui ont moins de facilité de se faufiler dans la société, à former des liaisons utiles. Le surcroît de dépenses qui est la suite de ce projet, m'a encore imposé par le vœu formel des députés du Sénat, et j'espère que le Gouvernement voudra bien prendre en considération et ma position actuelle et les frais considérables qu'elle nécessite.»[37]

Ob sich unter diesen Persönlichkeiten von besonderem Gewicht der fast 60-jährige Heinrich Pestalozzi befand, von Zürich und Burgdorf nach Paris delegiert, ist nicht bekannt. Dass er allenfalls mit den Pariser Gesellschaftsanlässen zurechtkam, ist schwer vorstellbar. Sicherlich hätte ihm Stapfer, der seit seiner Ministerzeit den grossen Erzieher hochschätzte und in Frankreich eifrig für ihn warb, Türen zu öffnen versucht, um ihm inmitten des turbulenten Betriebs hilfreich zu sein.[38] Rengger berichtete jedenfalls am 14. Februar 1803 dem Freund über die vorzeitige Abreise Pestalozzis und fügte bei:

> «Pestalozzi ist seit zehn Tagen zurück und voll Dankbarkeit für Ihre freundschaftliche Aufnahme.»[39]

Inzwischen drängte Stapfer bei Talleyrand auf einen baldigen Beginn der Konferenz, nicht zuletzt der grossen finanziellen Aufwendungen für die Deputierten wegen. Der Kanton Thurgau hatte ihm, auch aus Sparsamkeitsgründen, seine Vertretung übertragen. Der Erste Konsul wartete jedoch das Eintreffen von Nachzüglern ab, bis er am 4. Dezember die Ernennung von vier Kommissaren, zusammen mit Talleyrand, für die Verhandlungen bekannt gab.[40] Rengger nahm diese Nomination bei aller Skepsis über den voraussichtlichen Ausgang der Verhandlungen mit gedämpfter Zuversicht auf:

> «Wenn die gestern hier verbreitete Nachricht von Röderers, Fouché's, Demeuniers und Barthelemy's Ernennung zu Kommittirten richtig ist, so gibt das doch keine ganz schlimme Vorbedeutung.»[41]

Stapfers vordringliches Ziel im beginnenden Mediationsprozess war, wie schon mehrfach angedeutet, die «conciliation», allerdings in Verbindung mit einem zumutbaren, für einen Unitarier zumutbaren politischen Vergleich. Er unternahm es denn auch, einerseits die Deputierten von verschiedener Parteirichtung einander näher zu bringen, anderseits die Position der von seiner Regierung delegierten drei offiziellen Vertreter dadurch zu profilieren, dass sie sich an einer offiziellen Audienz des Ersten Konsuls vorstellten. Bonaparte winkte jedoch ab und begnügte sich damit, über Stapfer die Parteien zu Einigkeit und Annäherung zu mahnen:

> «Après avoir demandé quel était le nombre des députés actuellement arrivés, il observa que si chacun faisait un pas de son côté, une réunion sincère pourrait s'opérer.»[42]

Wie sich auf der anderen Seite namentlich die Berner und Zürcher Aristokraten zu Stapfers Konkordanzversuchen verhielten, liest man aus einem Brief von Niklaus Friedrich von Mülinen an den ehemaligen Staatssekretär Thormann:[43]

> «En général l'opinion publique ici est beaucoup plus en notre faveur qu'en faveur de nos adversaires, malgré leur activité et leurs intrigues. Monod [Waadtländer] a écrit une circulaire à tous les députés pour proposer un lieu de rendez-vous où on peut se voir et se parler; on ne lui a répondu. Stapfer est d'une prévenance extrême; il à trois fois la semaine assemblée de députés chez lui; nous de Zurich et de Berne n'y ont pas été.»

Dies bedarf keines Kommentars. Hatte aber nicht schon Jahre vor der helvetischen Revolution das liberale England den hellen Geist des jugendlichen Stapfer politisch geweckt und zur Überzeugung gebracht, die starre bernische Herrschaftskaste stehe einer fortschrittlichen Entwicklung uneinsichtig entgegen? Übrigens auch eine Erfahrung des innerlich dissidenten, aufgeschlossenen Patriziers Karl Viktor von Bonstetten. Die fortdauernde überhebliche, einsichtslose Einstellung dieser Klasse bedauerte er jetzt mit der resignierten Feststellung, sie sei derart verbohrt in ihren Vorurteilen gegenüber den Helvetikern:

«[...] sous prétexte qu'elle se déshonore en siégeant à côté d'hommes qu'elle n'a cessé de haïr et de méconnaître.»

War es dem ehemaligen Minister zu verdenken, wenn er in der Folge aus eigenen Grundsatztreue Gegendruck machte?

Hoffnungen und Erwartungen beider Seiten, der Unitarier wie der Föderalisten, standen noch in der Schwebe, als der Erste Konsul aus seinen Beobachtungen und Überlegungen und nach internen Beratungen die Schlussfolgerungen zog. In einem zunächst intern für seinen Mitarbeiterstab bestimmten, eigenhändig überarbeiteten Entscheid vom 4. Dezember erliess er militärisch knapp die Aufträge an die von ihm eingesetzte Viererkommission zur Bildung von Ausschüssen mit den helvetischen Deputierten samt Vorgaben für die Arbeitsabläufe.[44]

Als Richtlinien legte er fest:

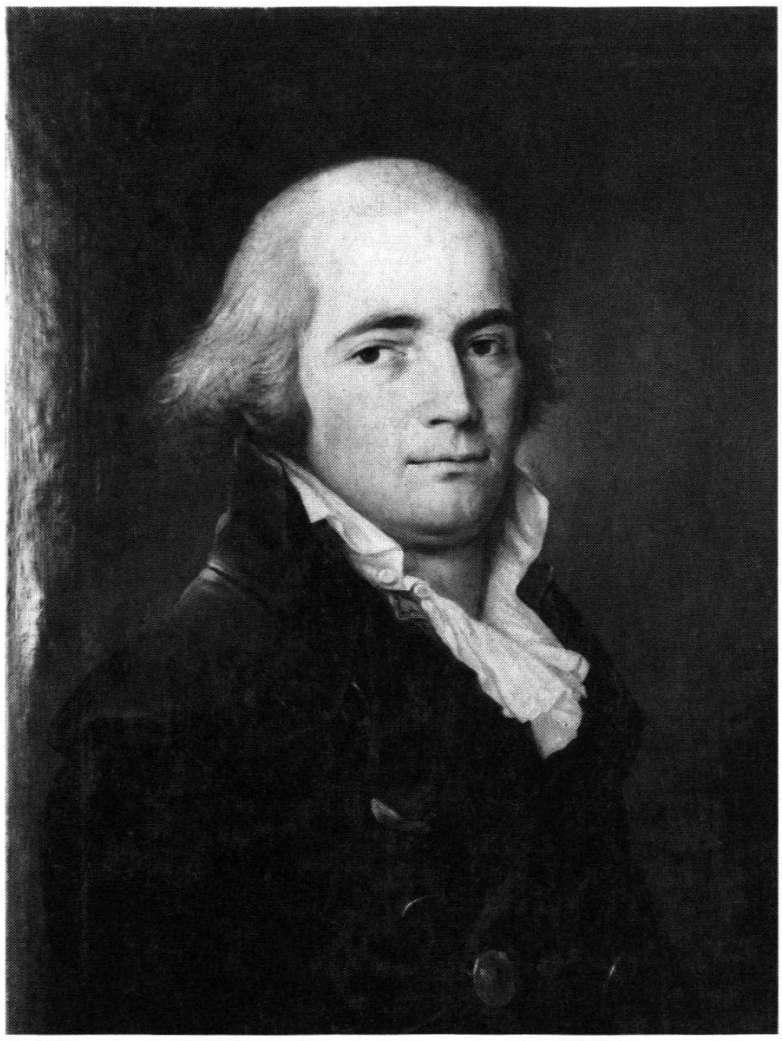
«Pendant tout le cours du travail précédent les membres de la députation générale auront occasion de connaître les moyens les plus propres à opérer une grande conciliation et de voir quelle est la meilleure organisation définitive qui puisse tout concilier. Il y a deux points principaux à observer dans le parti à prendre: Il faut qu'il convienne à la Suisse, il faut qu'il convienne à la France. Pour qu'il convienne à la Suisse, il faut que tout ce qui sera fait soit fait dans un grand esprit de modération pour le présent et de prévoyance pour l'avenir. Pour qu'il convienne à la France, il faut avoir sans cesse en vue les quatre données suivantes qu'on doit regarder comme des questions destinées: 1° La Suisse doit être divisée en dix-huit Cantons. 2° Toute organisation doit émaner de la Révolution, sans qu'aucun droit puisse être fondé sur l'ancien état politique, qui a été détruit. 3° Les droits seigneuriaux et toute espèce de privilèges doivent être abolis. 4° La souveraineté nationale consiste dans la volonté légitimement exprimée de l'universalité des citoyens, sans distinction de familles. – Ces quatre données doivent être regardées comme des principes établis, parce que ce n'est qu'en égard à ces principes que la France a fait connaître à Lunéville l'indépendance de la nation helvétique.»

Diese Leitsätze bestätigten an sich die Prinzipien der republikanisch-unitarischen Gruppe, entsprachen sie doch den politisch-sozialen Errungenschaften der helvetischen Revolution, bloss fehlte darin eine Aussage über die Staatsform und deren Institutionen, namentlich über die Hauptfrage der Zentralgewalt, was immer-

Vinzenz Rüttimann (1769–1844), helvetischer Politiker aus Luzern. Kupferstich von Heinrich Lips nach einem Bild von Elisabetha Pfenninger.

hin Talleyrand in seinem Rapport angesprochen hatte. Dass dann damit die grosse Konzession an die Föderalisten erfolgte, blieb noch verborgen.

In den ersten Dezembertagen ging es noch um die Vorbereitungen zur nachfolgenden bis in den Februar dauernden Mediationsprozedur. Stapfer hatte der französischen Regierungskommission die Personalliste der Schweizer Delegierten einzureichen und nach deren Eröffnungssitzung vom 10. Dezember einen parteimässig ausgewogenen Fünferausschuss zu ernennen, bestimmt zur direkten Fühlungnahme mit dem Ersten Konsul. Dieser brisante Auftrag setzte ihn nach eigener Aussage in nicht geringe Verlegenheit, da er diese Nomination lieber der Gesamtdeputation überlassen hätte.[45] Er löste die Frage durch Ernennung der zwei offiziellen Vertreter der noch amtierenden Regierung, Rüttimann und Müller-Friedberg, zog auch den staatsrechtlich versierten Berner Helvetiker Kuhn bei und wählte von der Gegenpartei den gemässigten Freiburger Aristokraten d'Affry, nachmals von Bonaparte zum ersten Landammann der Mediationszeit ernannt, sowie den für den Stand Zürich repräsentativen Politiker Reinhard.



Bernhard Friedrich Kuhn (1762–1825), Rechtsgelehrter und helvetischer Politiker. Ölbild-Kopie nach einem Original von Franz Niklaus König.

«Ces députés seront reçus demain Dimanche, le 12 Décembre à 11 heures 1/2, à St. Cloud.»

Am 10. und 12. Dezember 1802 gab Napoleon Bonaparte also seine Vorstellungen von der politischen Gestaltung der Schweiz öffentlich bekannt und setzte damit allen Vermutungen durch sein Machtwort ein Ende. An der Vollsitzung der Consulta vom 10. Dezember um zwei Uhr nachmittags im Archivsaal des Ministeriums des Auswärtigen liess er nämlich durch den Senator Barthélemy eine Botschaft verlesen.[46] Er begründete darin seine Vermittlungsaktion und deklarierte die bereits im oben erwähnten internen Erlass vom 4. Dezember festgelegten Richtlinien für die kommenden Beratungen. Er umschrieb nun auch den konstitutionellen Rahmen, womit er dann die Unitarier nicht wenig überraschte. Sein Entscheid lautete für eine föderative Lösung, sowohl im Interesse der Schweiz wie Frankreichs. Doch dürfe die durch die Revolution eingeführte Rechtsgleichheit nicht angetastet werden:

Hans von Reinhard (1755–1835), föderalistischer Zürcher Politiker. Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

> «La nature a fait votre Etat fédératif. Vouloir le vaincre, ne peut pas être d'un homme sage.»

Gleichzeitig betonte er, dass die im Verlauf der Geschichte entwickelten Herrschaftsverhältnisse einen Wandel erfahren hätten, anders gesagt: eine Revolution.

> «De nouvelles circonstances, et l'esprit différent d'un nouveau siècle, plus d'accord avec la justice et la raison, ont rétabli l'égalité des droits entre toutes les portions de votre territoire.»

Mit den neuen rechtlichen Normen verband er die Konstituierung der Schweiz im Ganzen:

> «1° L'égalité de droits entre vos dix-huit Cantons.
>
> 2° Une renonciation sincère et volontaire aux privilèges, de la part des familles patriciennes.
>
> 3° Une organisation fédérative, où chaque Canton se trouve organisé suivant sa langue, sa religion, ses mœurs, son intérêt et son opinion.

La chose plus importante, c'est de fixer l'organisation de chacun de vos dix-huit Cantons, en la soumettant à ces principes généraux. L'organisation des dix-huit Cantons une fois arrêtée, il restera à déterminer les relations qu'ils devront avoir entre eux, et dès lors votre organisation centrale, beaucoup moins importante, en réalité que votre organisation cantonale.»

Das war die Absage des Vermittlers sowohl an den zentralistischen helvetischen Einheitsstaat als auch an das politisch-soziale Gefüge des Ancien régime. Dies unterstrich er noch mit einer scharfen Wendung gegen die Insurgenten und deren Anführer. Für die Unitarier allerdings gereichte es kaum zum Trost, wenn er hier beifügte:

«Il faut qu'aucun parti ne triomphe chez vous; il faut surtout que ce ne soit pas celui qui a été battu.»

Die übergeordnete Zielsetzung streifte er mit der Bemerkung, die Entwicklung in der Schweiz dürfe in keiner Weise den Interessen Frankreichs zuwider sein. Mit seiner Grundsatzerklärung setzte Bonaparte den Rahmen fest, in welchem sich die nachfolgenden Konferenzberatungen bewegen sollten. Er forderte die helvetischen Deputierten auf, mit den französischen Senatoren zusammenzuarbeiten und ihre Anliegen und Anregungen einzureichen.

«Je méditerai tous les projets, toutes les observations que, collectivement ou individuellement, ou par députation de Canton, vous voudrez me faire passer.»

So lautete die Botschaft des Ersten Konsuls an die Gesamtdeputation. Zwei Tage später, am 12. Dezember, empfing er mit dem üblichen Pomp einer öffentlichen Audienz den von Stapfer nominierten Fünferausschuss in der Residenz St. Cloud. Ihm setzte er anschliessend bei einem privaten Empfang im persönlichen Gespräch nochmals seine Absichten mit der Consulta auseinander, wie um dem Prozess einen zusätzlichen Impuls zu geben.[47] In der Anrede unterstrich er die Absage an den zentralisierten Staat mit Repräsentativsystem und gab eine Schutzerklärung für die Demokratie der kleinen Kantone ab. Nicht dass er allerdings die ganze Schweiz zu demokratisieren gedenke:

«Il faut diversité de gouvernements à des pays si divers.»

Man könne dabei wohl an die frühere politische Ordnung denken, doch gereinigt vom Makel der Rechtsungleichheit.

«De telles inégalités (sc. de canton à canton, de pays souverain à pays sujet, et de patricien à citoyen) sont des taches que la nation française ne peut souffrir dans une république voisine.»

Doch nun im Blick auf das Ganze:

«Quand vos constitutions cantonales seront formées, il sera facile d'instituer une diète pour régler les rapports de canton à canton.»

«Je ne conçois pas comment vous pourriez former un gouvernement central.»

Hôtel de Gallifet in Paris, um 1800 Sitz des französischen Aussenministeriums und Versammlungsort der helvetischen Consulta 1802/03.

Dabei wies er auf die Finanznot eines so armen Landes hin, dessen Volk man die Steuerbelastung ersparen sollte. Was er seinen Zuhöreren aber insbesondere zu bedenken gab: die faktisch militärische Bedeutungslosigkeit des Kleinstaates inmitten von Grossmächten. Nur kein stehendes Heer. Zur Landesverteidigung genügten Milizen.

> «Si vous vouliez absolument de la grandeur, vous n'auriez qu'un moyen d'en acquérir: ce serait de vous réunir à la France.»

In diesem Sinne räsonnierte der Vermittler vor der Delegation. Schärfere Töne gebrauchte er dann bei anderen Gelegenheiten. Jetzt hiess es: Begnügt euch in Neutralität mit eurer von Gebirgen geschützten Binnenlage!

> «Maintenez votre tranquillité, vos lois, vos mœurs, votre industrie, et votre partage sera encore assez beau.»

Er liess dann auch durchblicken, weshalb er die endlosen Bemühungen der helvetischen Zentralregierung – man denke an Stapfers Demarchen – um Beistand zur Konsolidierung der Lage missachtet hatte.

François Barthélemy (1747–1830), französischer Gesandter in der Schweiz 1792–1797, von Bonaparte als Kommissär bei der helvetischen Consulta eingesetzt.

> «Mais je n'ai pas voulu tendre de piège, quoique convaincu qu'il était impossible à ce gouvernement à réussir. Je l'ai attendu, et vous voyez ce qu'il est arrivé.»

Wünschte der Korse aber überhaupt eine sich zur geschlossenen Nation entwickelnde Helvetische Republik, wie sie der Gesandte Stapfer vom Beginn seiner Gesandtschaft an unentwegt postulierte, oder bloss einen labilen, verfügbaren Vasallen? Dies verbarg sich eben doch hinter all dem vordergründig bezeugten Wohlwollen. Am Schluss stand in St. Cloud denn auch die Drohgebärde des vermittelnden Machthabers gegen jede fremde Einmischung, namentlich von Seiten Englands:

> «L'histoire prouve que la Suisse a toujours été gouvernée par les influences de la France.»

So möge man bei den nachfolgenden Beratungen wohl bedenken:

> «Il faut faire quelque chose qui convienne aux mœurs et aux intérêts du pays et s'accorde avec les intérêts de la France.»

Sein Leitwort:

> «Je me borne à vous indiquer les bases d'un système général que je comprends; et je n'en comprends pas un autre. Enfin il faut faire quelque chose qui dure. Si ce qui va se faire, venait à tomber, l'Europe croirait, ou que je l'ai voulu ainsi, ou que je n'ai pas su faire mieux. Je ne veux pas plus laisser le droit de douter de ma bonne foi que de mon savoir. Pour que ceci dure, il n'y a qu'un point: c'est *que la masse du peuple soi contente, et point d'impôts.*»

V Durch diese Verlautbarungen des Vermittlers war somit der Spielraum abgesteckt, in dem sich nachfolgend die Beratungen der Consulta zu bewegen hatten und welche Grenzen den Lösungen gesetzt waren. Auch der mit zahlreichen Koordinationsaufgaben befasste Stapfer muss von der dezidierten Absage an den Einheitsstaat betroffen gewesen sein, denn noch kurz vorher gab er seiner Regierung den beruhigenden Bericht, massgebende französische Politiker hätten sich ihm gegenüber für die Schaffung einer starken helvetischen Regierung ausgesprochen und lehnten eine Wiederbelebung des Ancien régime entschieden ab. Im Folgenden soll insbesondere dasjenige zur Sprache kommen, was ihn und seine Gesandtentätigkeit während der Consulta-Episode betraf. Im Drang der Tagesgeschäfte verknappten sich zwar seine offiziellen Rapporte.

Erst in rückblickenden Betrachtungen und im Gedankenaustausch mit seinen unitarisch-republikanischen Gesinnungsfreunden sprach er sich dann rückhaltlos über die damaligen Vorgänge aus. Vor allem ist nicht zu übersehen, dass Bonaparte sich in seinen Augen als Vermittler durch die Sistierung des Bürgerkriegs ein hohes Verdienst um die Schweiz erworben hatte. Zudem stellte dieser sich dezidiert gegen die vorrevolutionären Institutionen. Dem gegenüber trat für Stapfer alles Übrige zurück. Ganz in diesem Sinne hielt er sich wohl in der Berichterstattung über die von Bonaparte vorgezeichneten Richtlinien lediglich an «les traits plus saillants».[48]

> «Fédéralisme complet et protestation contre la résurrection des privilèges, ainsi que contre l'influence prépondérante des familles patriciennes, exprimés sous toutes les formes possibles et appuyés par toutes les raisons que pouvaient suggérer un génie vaste et les lumières politiques les plus profondes, voilà le contenu du discours du premier Consul. Quant aux constitutions cantonales, il a recommandé en propres termes d'en puiser les bases, non dans les chartes anciennes, mais dans la révolution et dans la volonté du peuple.»

Insgeheim mochte er allerdings hoffen, durch geschickte Verhandlungsführung werde wie seinerzeit in Malmaison doch noch eine Art bundesstaatliche Zwischenlösung zu erlangen sein, habe der Erste Konsul doch die Unitarier zu einer offenen Meinungsäusserung aufgefordert:

> «[...] pour découvrir aux unitaires les côtés faibles de leur système et

pour obtenir par nos cahiers tous les renseignements et tous les développements qui peuvent jeter du jour sur la grande question d'un gouvernement central; je suis persuadé, dis-je, que c'est plutôt dans ce but digne, de sa bienveillance, que dans celui d'écarter dès à-présent toute idée d'une autorité centrale permanente, que le premier Consul a écrit et parlé pour une fédération complète d'une manière aussi prononcée. J'ai même reçu sous mains des avis qui ne me laissent pas douter que le premier Consul voudra un gouvernement central.»

Dass den Gesandten einzelne französische Kommissare in dieser Meinung bestärkten, mag dessen erstaunliches Vertrauen darauf erklären, Bonaparte werde seine strikte Stellungnahme nach einer vertieften Diskussion über die passende Staatsform für Helvetien noch modifizieren. Im Drang der sich häufenden Geschäfte war es ihm allerdings kaum möglich, sich einzig auf diese Frage festzulegen, war er doch zugleich mit der Ausarbeitung der Verfassungen für die neuen Kantone Aargau und Thurgau beschäftigt, deren Vertretung an der Consulta er übernommen hatte. Zudem waren die Fristen für Eingaben knapp bemessen. Er nahm sich dennoch die Mühe, in zwei Memoranden auf zwei für ihn persönlich besonders wichtige Themen einzugehen. Das eine bezweckte, die von den Berner Patriziern geforderte Rückgliederung seines Heimatkantons Aargau abzuwehren.[49] Stapfers brillanter Rhetorik und konziser Beweisführung konnte die Gegenseite wohl kaum die Stirn bieten:

«Grâces immortelles soient donc rendues à Bonaparte, qui consacre l'émancipation des Argoviens de la tutèle Bernoise et qui leur donne une patrie et qui leur assure l'inappréciable bienfait d'une administration économique et indigène [...] Aujourd'hui la séparation de l'Argovie et du pays de Vaud avec le Canton Berne met plus d'égalité de populations et de ressources entre les divers membres du corps helvétique, et peut à l'exception des Patriciens Bernois être assuré de l'approbation de tous les Suisses.»

Was ihn in dieser Sache im Innersten antrieb und was er hier natürlich nicht eigens hervorhob, das war sein Bestreben, in den neuen Kanton angesichts drohender reaktionärer Tendenzen der Berner Patrizier möglichst viele fortschrittliche Errungenschaften hinüberzuretten. Es ging ihm hier, wie er später einmal schrieb, um einen zukünftigen Saatkeim, «un nouveau foyer de vie morale et intellectuelle dans notre patrie commune». Im Jahr zuvor hatte er bekanntlich während der Verhandlungen von Malmaison unter Beihilfe Talleyrands die Festschreibung der Ablösung der Heimatregion seiner Familie von Bern durchgesetzt. Diese Bestimmung hielt auch jetzt dem Gegendruck stand. Zusammen mit dem Thurgau erhielt der Aargau eine von Stapfer geprägte, vom Ersten Konsul allerdings noch überarbeitete Verfassung.[50] Der Gesandtschaftsbericht nach Bern vom 21. Dezember verweist auf diese Sachfrage und bringt auch das zweite Memorandum Stapfers zur Sprache:

«[...] jusqu'à samedi j'ai deux constitutions cantonales à faire. Je présume que dans une dizaine de jours je pourrai vous annoncer de quelle manière nos opinions auront été accueillies et le jugement que l'on portera sur nos mémoires.»[51]

Diese zweite Denkschrift betraf die Frage der Bundesorganisation und der Zentralgewalt. Ein Zwischenbericht an Staatssekretär Mohr vom 27. Dezember macht seine Argumentation deutlich. Er warnte die französische Kommission eindringlich vor einem uneingeschränkten Föderalismus; denn ohne eine wirksame Zentralgewalt drohe einerseits die Rückkehr der Städtearistokratie, anderseits ein turbulentes Bauernregiment.[52] Nach Bern rapportierte er:

«Les amis de la tranquillité de la Suisse et des principes libéraux n'ont pas caché à la Commission les craintes que leur inspirait l'idée d'une fédération absolue et illimitée. Encouragé par quelques mots de Français éclairés et influents, j'ai rédigé un mémoire tendant à démontrer la nécessité absolue d'organiser en Suisse un gouvernement central vigoureux et bien composé, si on voulait éviter deux écueils également à craindre: le retour aux privilèges par l'impiètement des villes ci-devant souveraines et la paysanocratie la plus turbulente et la plus destructrice de tout genre de civilisation et de prospérité. Ce mémoire a été signé par un grand nombre de députés de plusieurs nuances et sera aujourd'hui, en séance publique, remis à la Commission.»

Im Disput um ein entscheidendes Kriterium zur Konstituierung der Mediationsordnung stellten sich hier die Helvetiker unter der Wortführung Stapfers und anderer Gleichgesinnter gegen Bonapartes Zielsetzung. Das gemässigt-liberale Repräsentativsystem sollte die patrizische Gegenrevolution sowie die Auswüchse einer Demokratisierung verhindern. Liess sich der Vermittler nicht auf diese Linie bringen, so blieb einzig die Möglichkeit, fortschrittliche politische Grundsätze so gut es ging in den kantonalen Verfassungen zu verankern. In Stapfers Lagebericht stand weiter:

«En attendant que les idées sur cet objet se fixent et se rectifient, on travaille avec ardeur aux organisations cantonales. La direction donnée par les Commissaires aux différents députés, concernant ce travail, fait présumer que dans les anciens Cantons on se rapproche des anciennes formes, après en avoir éloigné tout ce qui était contraire aux principes de la liberté et de l'égalité. – L'ouvrage pour les nouveaux Cantons est plus difficile et sera fait avec plus de soin et en entrant dans un plus grand détail. En conséquence, les députations de l'Argovie, du Pays de Vaud, de Sentis, de Thurgovie etc. confèreront souvent avec les Commissaires, et cette circonstance sera un nouveau motif qui m'excusera à vos yeux sur le laconisme involontaire de ma correspondance.»

Solcherart sah sich der Gesandte Stapfer in den wochenlangen mehrschichtigen Verhandlungsprozess zur Neukonstituierung der Schweiz einbezogen. Erstaun-

lich ist dabei, dass er bis fast am Schluss die Hoffnung hegte, durch die Mediationsordnung werde die Spur der Helvetischen Republik nicht völlig ausgelöscht werden und zumindest bliebe es bei einer bundesstaatlichen Lösung à la Malmaison mit einer darin verankerten zentralen Bundesgewalt. Alle Fäden liefen nun beim Ersten Konsul zusammen, und aufgrund der ihm erstatteten Kommissionsberichte und nach Prüfung der Eingaben entschied er sich endgültig für den Föderalismus, unter Berücksichtigung der eigenen Interessen und Absichten. Mit knappen Worten meldete Stapfer am 10. Januar nach Bern, welche Marschrichtung die Dinge nun nahmen:[53]

> «Hier il a été fait rapport au premier Consul sur nos affaires. On lui a conseillé de mettre les *nouveaux principes* dans *les anciens cadres*. Voilà en peu de mots les conclusions du rapport. Nous nous attendons au premier jour à une convocation extraordinaire, à laquelle le premier Consul assistera.»

Nicht von Stapfer persönlich, sondern von Seiten des Berner Unitariers Kuhn vernehmen wir den Unmut der enttäuschten Helvetiker. Bevor dieser, ohne die Endzeremonien abzuwarten, aus Paris abreiste, schrieb er dem gemeinsamen Freund Rengger:[54]

> «Endlich, lieber Freund, sind die Wechselbälge geboren; ich weiss nicht, ob ihrer 18 oder 22 sind. Sie haben sich während ihrer langsamen Geburt mehr als einmal Hörner und Ohren abgestossen; sie sind ihnen aber neu gewachsen. Das Bärennest ist besonders bedacht worden [...] Wir sind hier so gut und so ganz föderalisiert, dass keiner etwas vom andern weiss. Allein man tröstet uns, wir werden noch im Laufe dieser Woche die officielle Eröffnung erhalten und die Köpfe der Hyder kennen lernen, die aus dem Rumpfe der einen und untheilbaren Republik hervorgewachsen sind.»

Stapfer seinerseits orientierte seine Regierung über die konstitutionellen Grundzüge der neuen Kantone und beurteilte das Hauptergebnis der Mediation wie folgt:[55]

> «Le but du premier Consul est incontestablement d'annuler la Suisse politiquement, mais de procurer aux Suisses le plus grand bonheur domestique possible. Pour obtenir l'un et l'autre, il a cru devoir nous fédéraliser et anéantir l'influence des familles patriciennes par des constitutions entièrement populaires. – Nous devons avoir après-demain une séance de toute la députation qui probablement sera la dernière.»

Es ist nicht uninteressant, dass der Erste Konsul, wie zur Absicherung der gefassten Entscheide, nochmals einen umfassenden Meinungsaustausch mit beiden Parteien wünschte, und zwar mit einer ausgewählten Delegation, in der beide Gruppierungen vertreten waren. Das Plenum ordnete also in geheimer Wahl je fünf Mitglieder ab. Stapfer erhielt das Mandat der Unitarier und sollte auch als deren Sprecher fungieren. Zuerst tagten die beiden Ausschüsse einzeln mit den

französischen Kommissaren und wurden am 29. Januar zusammen von Bonaparte in den Tuilerien empfangen.[56] Der sieben Stunden dauernde Anlass, in eisiger Kälte, ganz nach der Regie des Ersten Konsuls ablaufend, fand seinen Niederschlag in verschiedenen Augenzeugenberichten. Stapfer bechränkte sich auf bestimmte Gesichtspunkte in seinen Rapporten nach Bern. Die von anderen Gewährsleuten geschilderten, teilweise demütigenden Begleitumstände liess er allerdings weg und beschränkte sich auf Sachfragen.[57] Auch in später aufgezeichneten Erinnerungen enthielt er sich beispielsweise einer detaillierten Schilderung des Zeremoniells in den Tuilerien an jenem kalten Januartag, was sich etwa bei anderen folgendermassen findet: Oben, an einem besonderen Tisch Bonaparte, an einer langen Tafel rechts die Föderalisten, links die Unitarier, unten die vier französischen Senatoren der Kommission. Hierauf das unvermittelte Heranrücken des Konsuls zu den Deputierten, «dass sie einander beinahe alle berührten». Es folgte die Verlesung der ganzen Vermittlungsakte durch Roederer, unter korrigierenden Zwischenbemerkungen Bonapartes. Danach die Voten Stapfers und Reinhards. «Der Erste Konsul», heisst es, «beantwortete die gemachten Einwendungen mit einer Bestimmtheit und Lokalkenntnis, die alle Anwesenden in Erstaunen setzte, und blieb in der Regel bei seinem Entwurf. Insbesondere fanden die Einwürfe der Unitarier wenig Gnade». Stapfer berichtete gleich am Tag danach in knappen Zügen Folgendes nach Bern:[58]

> «J'ai à vous rendre compte de la discussion très intéressante qui a eu lieu hier, aux Tuileries, en présence du premier Consul. Après avoir passé les jours précédents à discuter 1° un projet de pacte fédéral, 2° un projet de l'établissement des anciennes démocraties suisses, 3° un projet de constitution pour les ci-devant Cantons aristocratiques, 4° un projet d'organisation pour les nouveaux Cantons, j'ai l'honneur de vous communiquer les traits saillants du premier; mais je vous prie de ne point les divulguer. Les Commissaires se sont plaints des articles qui avaient paru dans les journaux sur les travaux de la députation. – Quelques changements ont été adoptés, que j'aurai l'honneur de vous faire connaître par le courrier prochain.»

Was er von den sich im Schlussprozess der Consulta herauskristallisierenden Lösungen als für seine Regierung relevant erachtete, fasste er nachfolgend in den Berichten vom 3. und 9. Februar zusammen, unter Einschub wörtlicher Zitate des Ersten Konsuls:[59]

> «Nous nous attendons à être reçus tous ensemble par le premier Consul sous peu de jours, pour entendre lecture des actes de constitutions définitifs. –
>
> J'ai pensé qu'il vous serait agréable de connaître les traits saillants de ce que le premier Consul nous a dit dans la conférence du 29 Janvier. J'ai donc tâché de me rappeler ce qu'il a dit de plus caractéristique, et je l'ai mis par écrit. Je le fais parler lui-même, pour plus de clarté et de briève-

té. Ce sont, autant qu'il m'a été possible de m'en souvenir, ses propres expressions.»

So rekapitulierte er zunächst, was Bonaparte zum zwischenstaatlichen Verhältnis mit der Schweiz ausgeführt hatte. Dabei sei dessen Misstrauen gegen die Schweizer Aristokraten deutlich geworden. Er habe die fünf Föderalisten mit scharfen Worten gewarnt:

«Vous devez rester convaincus qu'il n'y a point de salut pour vous hors la France, et vous avez bien méconnu vos véritables intérêts en vous adressant aux puissances étrangères. Pas une seule de ces puissances ne s'est occupée de vous, ni a songé même à vous être utile. –

Il ne reste donc que l'Angleterre. Eh bien! je vous déclare que je sacrifierai plutôt 100 000 hommes que de souffrir que l'Angleterre se mêlât de vos affaires. Je ne veux pas un autre Guernsey à l'Est du territoire français.»

Und dann drohte er massiv: Sollte von britischer Seite auch nur ein offizielles Wort fallen:

«[...] c'en est fait – je vous réunissais à la France.»

Und sollte der englische Hof unterstellen, Bonaparte wolle Erster Landammann werden, so würde er sogleich diese Position einnehmen! Übrigens sei *er* es, der in den von den Insurgenten stets angerufenen Friedensvertrag von Lunéville die Klausel von der Unabhängigkeit der Schweiz eingebracht habe. Die Aristokraten hätten überhaupt keinen Anlass, sich über die von der Revolution bewirkten Änderungen und die helvetische Regierung zu beklagen, wenn man bedenke, was sich in Frankreich während der Revolution abgespielt habe:

«Vous n'avez nullement à vous plaindre. Le gouvernement unitaire, même du temps de Laharpe, vous a traité avec une grande douceur. Vous avez traversé la révolution en conservant vos vies et vos biens. Les gouvernements helvétiques n'ont pas connu leurs intérêts ou plutôt ils les ont sacrifiés à des considérations d'humanité et de délicatesse. Si j'avais été d'un comité de gouvernans en Suisse, j'aurais pour maintenir la révolution et pour me faire un parti, aboli gratuitement les cens et la dîme, et je vous aurais tous chassés au moindre signe de révolte que vous auriez donné, et je n'aurais surtout pas souffert que vous osassiez m'insulter impunément.»

Dies waren deutliche Worte zur kürzlichen Insurrektion. Allerdings nahm er im gleichen Atemzug auch die schwache, nach Lausanne geflohene helvetische Regierung aufs Korn. Stapfer zitierte:

«En parlant du gouvernement helvétique il témoigna son étonnement du peu de résistance qu'il avait fait aux ennemis du nouvel ordre de choses, et ayant provoqué de la part de quelques-uns des membres de la Commission aristocratique quelques observations injurieuses et inconvenantes, je pris la parole, pour dire que le seul reproche qu'on pût faire à

ce gouvernement, était une trop grande indulgence, et qu'après s'être jeté dans les bras de la nation en acceptant la proposition de la retraite des troupes françaises, c'était à la fois ingrat et perfide de s'être insurgé contre lui.»

Offenbar war dieser Disput nicht der einzige, den Stapfer zu bestehen hatte. Bei der Verteidigung des neuen Kantons Aargau gegen die Rückgliederungsforderungen der Alt-Berner hatte er deren Vertreter von Mülinen und von Wattenwyl als Gegner, die seinen Einfluss an der Consulta bekämpften.[60]

Was natürlich trefflich ins Föderalisierungskonzept Bonapartes passte, war das Widerstreben der Landsgemeindekantone gegen eine starke zentrale Bundesgewalt. So wundert das Loblied des Diktators auf die kleinräumige direkte Demokratie nicht, auch wenn ihm eine erstaunliche politische Einsicht in an sich fremdartige Verhältnisse zuzubilligen ist. Die viel zitierten Ausführungen finden sich auch in Stapfers Rapport:

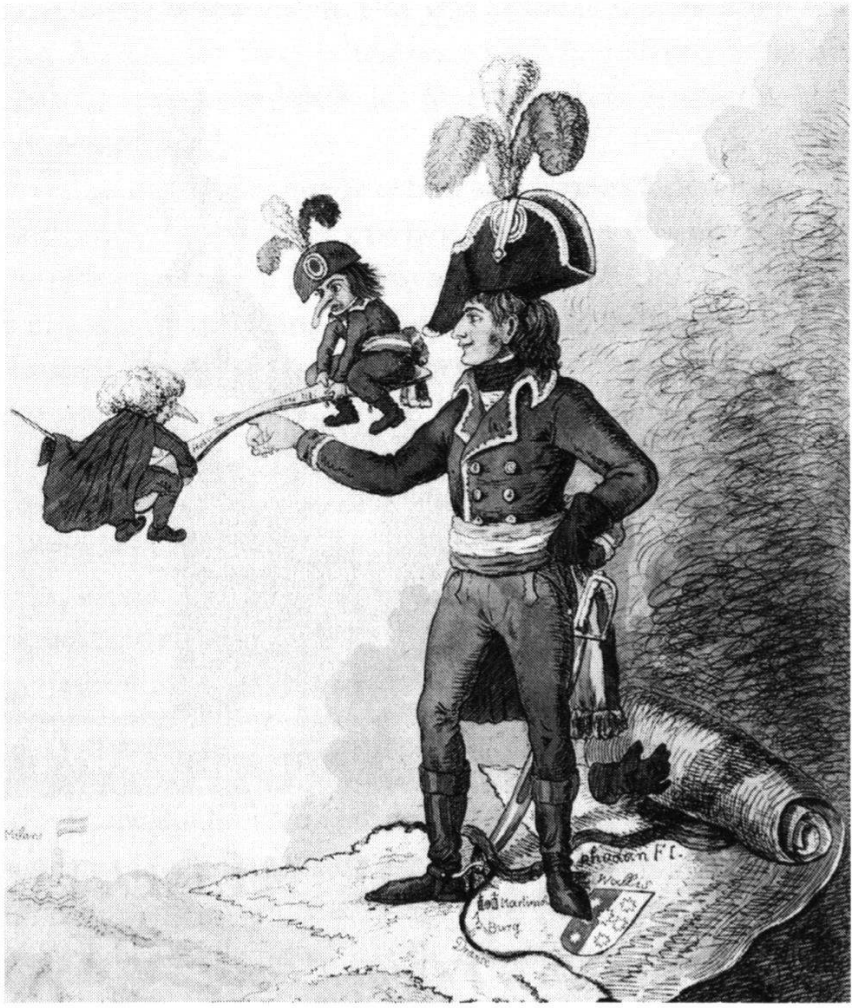
«Ce sont eux [sc. les Cantons démocratiques], c'est leur forme de gouvernement qui vous distingue dans le monde, qui vous rend intéressans aux yeux de l'Europe. Sans ces démocraties vous ne présenterez rien ce qu'on trouve ailleurs.»

Unter Einräumung gewisser Schwächen und Nachteile hob er dennoch die traditionell verwurzelte Landsgemeindedemokratie hoch über das ihm nicht genehme Repräsentativsystem hinaus. Indem er jene als «conforme au génie du lieu» pries, warf er den Unitariern Missachtung der Volkssouveränität vor:

«Vous voudriez anéantir ou restreindre les landsgemeinden; mais alors il ne faut plus parler de démocraties ni peut-être de républiques. Les peuples libres n'ont jamais souffert qu'on les privât de l'exercice immédiat de la souveraineté; ils ne connaissent ni ne goûtent ces inventions modernes du système représentatif qui détruit les attributs essentiels d'une république.»

Hierauf zu den ehemals aristokratischen Kantonen: Nach Bonaparte hätten sie den Wahlmodus für die Behörden den neuen Gegebenheiten anzupassen und zu deren Kontrolle eine Art Zensur einzuführen. Dabei eröffnete er den anwesenden patrizischen Deputierten mit Lobesworten über Rang und Würde angesehener, begüterter Magistraten günstige Zukunftsperspektiven. «Il faut que de nouvelles aristocraties se forment.» Hingegen ereiferte er sich beim Thema «Pacte fédéral» schliesslich geradezu mit seiner Absage an die liberal-republikanischen Unitarier und ihre politischen Grundsätze, wobei er auch gewollt oder ungewollt durchblicken liess, dass eine national autarke, neutrale Schweiz – Stapfers Vorstellung! – ein Störfaktor für seine Machtziele wäre. «J'ai toujours été contre le système d'unité.» Denn, so hielt er den Delegierten vor Augen, die Schweiz lasse sich nicht mit der Grossmacht Frankreich vergleichen:

«Une forme de gouvernement qui n'est pas le résultat d'une longue série d'événemens, de malheurs, d'efforts et d'entreprises d'un peuple, ne



Die politische Schaukel. Napoleon als Schiedsrichter zwischen Schweizer Aristokraten und Revolutionären. Karikatur von David Hess 1802.

> peut jamais prendre racine. Des circonstances passagères, des intérêts du moment peuvent conseiller un système opposé et même le faire adopter; mais il ne subsiste pas [...] Mais vous, vous êtes dans un cas tout-à-fait différent; la tranquillité et l'obscurité politique vous conviennent uniquement. Vous avez joué un rôle, dans le temps que vos voisins n'étaient guère plus puissans que vous. A présent, que voulez-vous opposer aux puissances de l'Europe, qui voudraient attenter à vos droits et à votre repos? [...] La Suisse a été intéressante aux yeux de l'Europe comme Etat fédératif, et elle pourra le redevenir comme telle. Plutôt que d'avoir un gouvernement central, il vous conviendrait de devenir français. C'est là qu'on va la tête levée.»

So wurde in der lang dauernden Konferenz der helvetischen Zehnerdelegation in autoritativer Rede, bei geringer Chance für Gegenrede, das Konzept der Mediationsordnung entwickelt. Diese durfte, genau entsprechend den im Voraus fixierten «règles à observer relativement à l'organisation de l'Helvétie», auf keinen

ACTE DE MÉDIATION

Fait par le PREMIER CONSUL *de la République française, entre les Partis qui divisent la Suisse.*

BONAPARTE, premier Consul de la République, Président de la République italienne, AUX SUISSES.

L'HELVÉTIE, en proie aux dissensions, était menacée de sa dissolution : elle ne pouvait trouver en elle-même les moyens de se reconstituer. L'ancienne affection de la nation française pour ce peuple recommandable, qu'elle a récemment défendu par ses armes et fait reconnaître comme puissance par ses traités; l'intérêt de la France et de la République italienne, dont la Suisse couvre les frontières; la demande du sénat, celle des cantons démocratiques, le vœu du peuple helvétique tout entier, nous ont fait un

A

Einleitung der Mediationsakte von Napoleon Bonaparte als Erstem Konsul.

Fall den Interessen Frankreichs zuwider sein. Das war nun den enttäuschten helvetischen Patrioten klar. Als Stapfer zwei Jahrzehnte nach Napoleons Sturz auf diese Episode Rückschau hielt und das Werk des Mediators kommentierte, hielt er insbesondere zwei Aspekte fest:[61]

> «Napoléon ne pouvait se dissimuler que le retour aux formes fédératives livrerait la Suisse aux anciennes familles privilégiées, c'est-à-dire aux ennemis de la France révolutionnaire. Mais il avait hâte de rendre la Suisse à ses habitudes et à son impuissance politique, c'était le moyen de pacification le plus prompt qui se présentât à sa pensée.»

Drei Wochen nach der geschilderten Konferenz Bonapartes mit dem helvetischen Zehnerausschuss versammelte er diesen am 19. Februar 1803 wieder in den Tuilerien und liess unter feierlichem Zeremoniell die von ihm, von Aussenminister Talleyrand und den Kommissaren unterschriebene und gesiegelte Mediationsakte gegenzeichnen, worauf Senator Barthélemy in der zur Schlusssitzung im Aussenministerium zusammenberufenen gesamten Consulta dem vom Ersten Konsul ernannten Landammann d'Affry die Akte offiziell überreichte.[62] Zwei Tage darauf fand für alle noch anwesenden Deputierten die Abschiedsaudienz mit einem anschliessenden Gastmahl statt. Nach dem Treffen vom 29. Januar in den Tuilerien hatten die französischen Kommissare zusammen mit der Zehnerdeputation noch die zugestandenen Retuschen am Entwurf vorgenommen, unter anderem den von Stapfer eingebrachten Antrag über die Festlegung der Niederlassungs- und Gewerbefreiheit für alle Schweizer Bürger auf dem Gebiet der Eidgenossenschaft.[63] Es muss zum Schluss noch recht hektisch zugegangen sein, wenn man über das Hin und Her vor dem Druck der Mediationsakte und den Schlusszeremonien Folgendes liest:

> «Quant à nous autres, membres des deux commissions, nous sommes toujours occupés, à discuter et à écrire force mémoires [...] Nous demandons aussi la nomination d'une commision de liquidation générale, et je crois que nous l'obtiendrons.»

Was er noch nicht vermutete, war, dass gerade ihm nach dem Ende der Consulta der Vorsitz bei dem heiklen Liquidationsgeschäft zufallen sollte. Nach dem Entscheid über die politischen Hauptfragen hoben nämlich kontroverse Debatten an unter Kantonsvertretern über die Entwirrung der helvetischen Finanzprobleme, namentlich die Regelung der Staatsschuld. Schon am 29. Januar hatte Bonaparte zum aufgebrochenen Disput bemerkt:

> «On m'a dit que les points principaux sur lesquels vous êtes divisés concernaient la liquidation de la dette, et ensuite plusieurs articles des organisations cantonales. Commencons par ceux-ci [...].»

Im Verlauf dieser Schlussphase legte der Erste Konsul auch die Termine fest für die Übergangsprozeduren zur Einführung der Mediationsordnung in der Schweiz. Sie sollte am 10. März in Kraft treten. Stapfer meldete zu diesem Programm am 17. und 19. Februar nach Bern:[64]

(120)

FAIT et donné à Paris, le 30 pluviôse an XI (19 février 1803.)

Bonaparte

Le Ministre des relations extérieures,

Le Secrétaire d'état,

LE PRÉSENT ACTE a été remis par les sénateurs commissaires soussignés aux dix députés Suisses soussignés. A Paris, ce 30 pluviôse an XI (19 février 1803.)

Schluss und Unterschriften unter die Mediationsakte vom 30. Pluviôse XI (19. Februar 1803).

Offizielle Postkarte der Festplakette des Aargauer Jubiläums von 1903. Philipp Albert Stapfer überreicht die Mediationsakte.

«Le premier Consul vient de faire les nominations pour la composition des 19 commissions exécutrices qui sont destinées à mettre en activité les constitutions cantonales définitivement arrêtées. Celles pour l'Argovie présentent les citoyens Dolder, Rengger, Rothpletz, Pierre Suter, Ringier-Selmatter, Dorer le médecin et Friedrich de Frickthal. Le premier Landammann de la Suisse est désigné dans la personne du citoyen d'Affry. Les pièces qui dans quelques jours seront remises aux députés, convoqués extraordinairement à cet effet et reçus en audience par le premier Consul, comprendront quatre actes de médiation distincts. Le premier n'est autre chose que les 19 constitutions cantonales, à la suite desquelles le pacte fédéral forme le 20e chapitre. Le second renferme des dispositions réglementaires pour l'exécution de ces divers actes constitutionnels. Le troisième posera les principes d'après lesquels la dette générale doit être liquidée, la séparation des biens cantonaux d'avec les biens

Louis d'Affry (1743–1810), Freiburger Aristokrat und erster Landammann der Mediationszeit. Lithografie aus der «Gallerie berühmter Schweizer» von Johann Friedrich Hasler 1868–1871.

communaux effectuée et nommera les cinq commissaires chargés de cette opération. On les obligera probablement à finir dans cinquante jours. Le quatrième acte de médiation proclamera une amnestie générale pour le passé.»

Bei den Nominationen Bonapartes fällt auf, dass Stapfer trotz seinem persönlichen Einsatz für den Heimatkanton Aargau und trotz der massgebenden Rolle bei der Ausarbeitung von dessen Verfassung nicht in dessen Exekutivkommission berufen wurde. Stattdessen kam der zweifelhafte und frankreichhörige Senator Dolder an die Spitze, daneben immerhin der integere Rengger. Möglicherweise war in den Augen des Ersten Konsuls das Stapfer übertragene Präsidium der Liquidationskommission ebenso wichtig. Dieses Mandat bedeutete zugleich das Ende seiner Gesandtenmission und markierte den Abschluss einer wichtigen Lebensphase. Wie der Wechsel sich vollziehen würde, blieb zunächst noch offen,

was aus seinem Schreiben vom 17. Februar über die künftige diplomatische Vertretung der Schweiz in Paris hervorgeht:

> «On avait d'abord cru que nous pourrions à l'avenir soigner tous ces intérêts par le canal de la légation française en Helvétie; mais le premier Consul a reconnu la nécessité que la République helvétique conservât un agent accrédité auprès de sa personne. Il me l'a dit le 17 pluviôse [6. Februar] après le dîner diplomatique, et il faudra que je prenne à ce sujet des arrangements avec le citoyen d'Affry.»

Zwei Tage später fügte er seinem Rapport an Mohr, unmittelbar vor der oben geschilderten Übergabezeremonie der Mediationsakte, in Eile bei, er sei für die Liquidationskommission bestimmt worden, gab sich jedoch entschlossen, das Mandat abzulehnen:

> «Je n'ai que le temps de vous dire quelques mots; il est midi et demi, et à une heure je dois me rendre au Conseil d'Etat, où le premier Consul doit remettre aux dix députés nommés par toute la députation pour travailler avec les Sénateurs commissaires, l'acte de médiation. Nos travaux peuvent donc être considérés d'aujourd'hui comme achevés. Les Sénateurs commissaires assisteront aussi à cette séance solemnelle. Lundi le premier Consul recevra toute la députation, et ils pourront alors partir [...] J'ai aussi été nommé président de la commission de liquidation de la dette publique. Mais je suis très décidé à refuser. [Eigenhändig] Ma santé ne me le permet pas, et ce travail m'est absolument étranger. D'ailleurs je ne puis sans inconvénient abandonner dans ce moment la légation.»

Bonaparte und Talleyrand scheinen ihn dann allerdings umgestimmt zu haben, weil sie vermutlich sein Verhandlungsgeschick bei den kommenden Aktionen in der Schweiz benötigten. So liest man in dem eine Woche später nach Bern gehenden Bericht:[65]

> «Le premier Consul m'ayant fait témoigner par l'organe du ministre des Relations extérieures et par celui des quatre Commissaires Sénateurs, qui m'ont à cet effet écrit une lettre officielle, qu'il verrait avec plaisir que je fisse le voyage de Suisse, tant pour assister aux premières opérations de la Commission liquidatrice, que pour contribuer à convaincre tout le monde que l'acte de médiation est l'unique planche de salut encore offerte à notre pays, et que son exécution loyale et entière doit être accéleré de toutes les manières, je me suis déterminé à m'y rendre sous peu de jours, et y porterai alors tant les exemplaires de l'acte de médiation qui me seront encore remis, que les documents et papiers de la légation qu'il est convenable de déposer dans les archives de la République.»

Ungeachtet seiner während der vergangenen aufreibenden Tätigkeit zweifellos hart strapazierten labilen Gesundheit brachte also der Patriot Stapfer am Ende

seiner politischen Mission seinem Land nochmals ein beträchtliches Opfer. Doch so wie er 1800 seinen Gesandtenposten angetreten hatte, wollte er ihn auch verlassen, unter Wahrung der Form und mit geregeltem Geschäftsgang, was diesem Schlussbericht wie folgt zu entnehmen ist:

> «Je voulais attendre pour partir que j'eusse reçu vos ordres et l'autorisation du Conseil d'exécution; mais le Ministre et les Sénateurs insistent pour que je ne diffère pas si longtemps et me disent que m'absentant par congé, il n'est pas besoin que je remplisse ici les formalités qui pourront avoir lieu à mon retour. Je veux cependant encore rester le temps nécessaire, pour terminer les affaires les plus urgentes et déblayer les tables de la légation encombrées d'affaires en suspens. Le citoyen Talleyrand légalisera la signature du citoyen Boisot [Legationssekretär] en attendant.»

Ob auch er seine Entfernung vom Pariser Posten als bloss vorübergehend auffasste wie die französischen Politiker?

Er ahnte doch wohl, dass sich infolge des einschneidenden Umbaus der Staatsordnung andere politische Zustände anbahnen würden. Wenn aber *einer* zu diesem Zeitpunkt erhobenen Hauptes von der Pariser Szene abtreten durfte, dann der Gesandte der gescheiterten Helvetischen Republik. Dem versöhnlichen Grundzug seines Wesens folgend, hatte er das Seine dazu beigetragen, dass der Bürgerkrieg eingedämmt und die Streitparteien zum Gespräch an den Tisch des Vermittlers gebracht wurden. Zwar suchte er dabei auch, seinen politischen Grundsätzen getreu, fortschrittliche Ideen der Unitarier vor reaktionären Bestrebungen zu sichern und föderalistischen Zielsetzungen entgegenzuwirken, trat doch die unversöhnliche Mentalität patrizischer Standesvertreter bereits offen zutage. Als Beispiel dafür stehe der bissige Kommentar des Berners Niklaus Friedrich von Mülinen, der seinem Gesinnungsgenossen Gottlieb Thormann, ehemals als Staatssekretär Stapfers Vorgesetzter, über den Ausgang der Consulta und die Vermittlung mitteilte, einzig Berns Interessen hätten ihn bewogen «à supporter tous ces dégoûts». Und sein Fazit:

> «La médiation est finie [...] Nous y laissons furieusement de plumes; mais que faire? Le plus fort a fait la loi, et il faut chercher à ne pas trop penser au passé, à sauver le peu qui nous reste [...] D'après les propos que Bonaparte a tenus sur nos affaires, il paraît mettre de l'amour-propre à faire que sa médiation marche; il voit qu'elle ne le pourra bien à moins que les gens de notre classe s'y mettent de bonne foi, et cela fait que je suis persuadé qu'il entre dans ses idées de ne pas favoriser les jacobins dans les élections qui vont se faire [...] il faudra mettre la main à l'œuvre pour influencer les élections prochaines.»[66]

Wie anders mutet dagegen das offene Manifest von Stapfers Freund Paul Usteri an, als Mitglied der kantonal-zürcherischen Kommission bestimmt, der jetzt um des Friedens willen seine Wahlmänner dazu aufrief, in vaterländischer Gesinnung dem persönlichen Parteiinteresse zu entsagen:

«Die Gleichheit der bürgerlichen und der politischen Rechte, dieser Grundpfeiler jeder freien Verfassung, ist in der uns vorgezeichneten nicht nur aufs feierlichste anerkannt, sondern durch die verschiedenen Bestimmungen derselben aufs unzweideutigste gesichert. Wenn viele meiner Mitbürger mit mir die Überzeugung theilten, dass die Rückkehr zur Föderativverfassung der Gründung eines neuen Wohlstandes des gemeinsamen Vaterlandes grosse Hindernisse entgegensetze, so werden sie in dieser ihrer Ansicht einen Sporn erblicken, um mit Aufbietung grösserer Kräfte die grössten Hindernisse zu überwinden und um, auch unter weniger begünstigenden Verhältnissen, dennoch den Zweck zu erreichen, den sie durch die Formen der Einheit leichter und vollständiger zu erreichen gehofft hatten.»[67]

Die französischen Staatsmänner drängten jetzt auf eine möglichst rasche praktische Umsetzung der politischen Neuerungen in der Schweiz, wie sie auch Stapfer, gerade sein Mandat betreffend, zu verstehen gaben. Der von Bonaparte ernannte Landammann Louis d'Affry langte am 1. März aus Paris in Bern an, durch 50 Salutschüsse begrüsst. Vor der Weiterreise in den Vorort Freiburg ordnete er gegenüber der zur Auflösung bestimmten helvetischen Regierung die Übergangsprozeduren an. Auf Stapfers Meldung, er habe den ihm vom Ersten Konsul übertragenen Vorsitz der Liquidationskommission angenommen, antwortete er am 3. März mit verbindlichen Worten:[68]

«C'est avec une extrême satisfaction que j'apprends votre acceptation pour la Commission à laquelle le Premier Consul vous a nommé; je suis charmé que le Premier Consul soit parvenu à vous y déterminer. Comme lui je pense que vous serez d'une très grande utilité pour faire terminer l'ouvrage très difficile dont elle est chargée [...] Il est parfaitement convenable, Monsieur, que vous preniez congé du Premier Consul, dans l'audience prochaine du Corps diplomatique, comme Ministre plénipotentiaire de l'Helvétie. Le gouvernement helvétique cessera ses fonctions [...] le dix de ce mois, et à cette même époque [...] vos fonctions cesseront par la même raison [...] Je vous invite, Monsieur, à accélerer autant que possible, votre arrivée à Fribourg. Les circonstances du moment et le temps très court qui est donné à la Commission pour terminer son ouvrage, n'admettent aucun retard pour la réunion des membres qui la composent. Je me charge avec grand plaisir du logement que vous désirez trouver ici, et vous en aurez un très à portée de moi.»

Am 7. März verabschiedete sich Stapfer vom Aussenminister Talleyrand in einem Gesuch zugunsten zweier Landsleute mit dem Schlusspassus:

«Je profite avec empressement de l'occasion qui s'offre encore au moment de mon départ de vous renouveler l'assurance de mon respectueux dévouement.»[69]

Der Erwähnung wert ist schliesslich, welch ein rühmliches Zeugnis der französi-

sche Minister dem abgehenden helvetischen Gesandten in einem Brief an Landammann d'Affry ausstellte:

> «Citoyen Landammann, le citoyen Stapfer, longtemps ministre plénipotentiaire de votre République près le gouvernement français, part de Paris pour remplir les nouvelles fonctions qui lui sont confiées par l'acte de médiation du Premier Consul. Je me fais un plaisir de vous adresser un témoignage de la satisfaction constante que le gouvernement de la République a éprouvée dans tous les rapports que son ministère lui a donnés avec lui et de l'estime qu'il a inspiré à toutes les personnes avec lesquelles il a été en communication. Vous avez été à portée, pendant le séjour que vous avez fait à Paris, de vous convaincre vous-même à quel degré il porte la modération, l'esprit de conciliation et combien il sait valoir ces excellentes qualités par la douceur de son caractère et l'excellence de son jugement. Je ne doute pas qu'il ne se soit déjà d'avance concilié toute votre estime, et ce n'est que pour remplir à son égard un devoir et une justice que je me plais à le recommander à votre bienveillance et à vous exprimer tous les sentiments qu'il m'a inspiré.»[70]

So charakterisierte der vielleicht kälteste politische Rechner im inneren Machtzirkel Bonapartes die Wesensart Stapfers geradezu einfühlsam und mit Sympathie. Vergessen schienen also die bisweilen stürmischen Dispute mit ihm, etwa über das Wallis oder den Bürgerkrieg. Ahnte der Machttechniker der napoleonischen Ära etwas von der geistig-moralischen Kraft in dem unentwegten Verteidiger der Rechte eines machtlosen Kleinstaats?

VI Stapfer berührte auf der Reise von Paris nach Freiburg im März 1803, wiewohl unter Zeitdruck, zweifellos auch Bern, um nach über zweijähriger Abwesenheit seine Angehörigen wiederzusehen, mit denen er eng verbunden war. Leider fehlen auch hier Angaben über seine Privatangelegenheiten. Während seine Gattin mit den zwei jungen Söhnen in Paris verblieb, traf er in Bern gewiss seinen Vater Pfarrer Daniel Stapfer, dann den als sein Stellvertreter an der Akademie amtenden Bruder sowie die Schwester und deren Gatten Samuel Schnell, Mitglied des obersten helvetischen Gerichtshofs.[71] So vernimmt man bei seiner Rückkehr in die Heimat einzig den freudigen Zuruf des Freundes Albrecht Rengger aus Aarau.[72]

> «Mein theuerster Freund! Seien Sie herzlich willkommen in unserm Vaterlande, wo ich Sie zwar unter günstigern Umständen und angenehmern Beschäftigungen zu sehen gehofft hatte.»

Stapfer übernahm also am Sitz des Landammanns d'Affry den Vorsitz der Kommission, die nach Kapitel XX der Vermittlungsakte die Regelung der Finanzfragen der aufgelösten Helvetischen Republik vorzunehmen hatte.[73] Einen Vorgeschmack des auf ihn wartenden mühseligen Geschäfts hatte er bereits während der Schlussverhandlungen der Consulta bekommen, als das Gerangel der Kan-

tonsvertreter in Finanzfragen anhob und in einem heftigen Disput sogar während des Schlussbanketts bei Senator Barthélemy gipfelte. Zudem stand die Arbeit unter Zeitdruck, da der Erste Konsul für die Berichterstattung mit dem 10. Mai und 10. Juni allzu knappe Fristen einräumte. Stapfers Briefwechsel wirft ein paar Streiflichter auf die Abwicklung des helvetischen Schuldengeschäfts. Hätte sich seine Kommission gegenüber Säumigen und Widerspenstigen nicht auf den von Bonaparte mit ausserordentlichen Vollmachten ausgestatteten Landammann d'Affry abstützen können, so wären noch grössere Verzögerungen eingetreten, als sich im Lauf der mühsamen Ermittlungen und der Beschaffung von Unterlagen dann ergaben. Die vor Stapfers Ankunft bereits zusammengetretenen Mitglieder erstatteten am 22. März dem Landammann eine erste Meldung:[74]

> «La commission établie par l'acte de médiation pour la liquidation de la dette nationale a l'honneur de vous prévenir qu'elle s'est constituée. Elle se fera un devoir sacré de remplir avec la plus scrupuleuse attention la tâche pénible qui lui est imposée.»

Die genannte Aktivität fiel zeitlich auf die kantonalen Konstituierungs- und Wahlprozeduren. So hatten es Stapfer und seine Mitarbeiter zunächst noch mit den von Bonaparte eingesetzten Regierungskommissionen, hierauf mit den neuen Kantonsregierungen zu tun, bisweilen auch noch bei Rückgriffen mit den helvetischen Verwaltungskammern, da in dem verworrenen Liquidationsgeschäft oft rückständige Abgaben zwischen 1798 und 1803 abzuklären waren. Wo schlechter Wille im Spiel war und alle Appelle nichts nützten, griff, wie gesagt, Landammann d'Affry kraft seiner Vollmachten ein, so etwa bei der Auseinandersetzung über die Bernischen Fonds in England. Er würdigte dabei die Unparteilichkeit der Liquidationskommission ausdrücklich. Es wurde allerdings bald klar, dass die vorgegebenen Fristen für die Bewältigung der Arbeitslast kaum ausreichten. Man ersuchte deshalb den Landammann im Mai um Fristerstreckung bis Juli, was d'Affry unter Bezeugung vollen Vertrauens genehmigte. Stapfer hatte allerdings nicht mit derartigen Verlängerungen gerechnet. Seiner Privatkorrespondenz entnimmt man zudem, dass er sich auf dem ihm fremden Sachgebiet nicht recht heimisch fühlte und bloss der Pflicht gehorchte. Usteri gegenüber erklärte er:

> «Renggern habe ich die Gründe gemeldet, die mich bestimmt haben, mich dem Liquidations-Geschäft zu unterziehen. Ich gestehe, dass einer der wichtigsten wegfällt: die Hoffnung, durch meine Einwilligung *Custer* [ehemaliger helvetischer Finanzminister] zur Annahme zu bewegen. Nichts glich meiner Bestürzung und meinem Verdruss, als ich denselben hier bei meiner Ankunft ersetzt fand. Ich bin übrigens der Wahrheit schuldig einzugestehen, dass ich bisher mit *Sulzers* Benehmen sehr zufrieden bin. Freilich sind die grossen Fragen über Theilung der Staats- und Gemeindegüter noch nicht zur Sprache gekommen. Hingegen hat er mich in den meisten meiner Vorschläge in betreff der englischen Fonds unterstützt.»[75]

Im nächsten Schreiben kam er eingehender auf Gang und Inhalt der Arbeiten zu sprechen:

«Unsere Liquidationsarbeiten gehen, aber nicht durch unsere Schuld, ziemlich den Schneckengang. Wir haben die Bücher der Schatzkammer um zwei Jahre zurückgesetzt gefunden; aus den schon eingesandten nicht zahlreichen Rückstandsetats der Verwaltungskammern kommen wir auch nur mit vieler Mühe, weil meistens die Belege fehlen, keine Ordnung herrscht und nicht angemerkt ist, welche Artikel der alten Etats von 1802 schon berichtiget sind. – Was die auswärtigen Schuldtitel betrifft, so haben wir noch auf wiederholte Aufforderungen von unserer Seite an die Behörden von Bern keine Antwort; und wenn jetzt nicht die neuconstituirte Regierung schleunig unsern Einladungen entspricht, so werde ich meinerseits auf ernstere Massregeln antragen. Ich muss dabei noch einmal bemerken, dass Sulzer sich sehr gerade und unpartheiisch benimmt. Er scheint auch mit den saubern Intriguen des gesammten Wahlgeschäfts in der neuen Eidgenossenschaft nicht sehr zufrieden.»

Mit dem Landammann, dem Freiburger Aristokraten d'Affry, stand der Helvetiker Stapfer offenbar auf höflich-korrektem Fuss und fand dementsprechend dessen Unterstützung sogar gegenüber den restaurierten Berner Patriziern in der Angelegenheit der umstrittenen englischen Fonds, was diese Widersacher einmal mehr gegen ihn aufbrachte, umso mehr, als es dabei noch um eine Auseinandersetzung mit dem Kanton Aargau ging:

«Über des Landammanns Grundsätze und Regierungsgang kann ich Ihnen [...] gar keine Auskunft geben. Er äussert sich, wenn man öffentliche Angelegenheiten berührt, höchst lakonisch, und scheint, wenigstens gegen mich, Unterredungen über Staatsgeschäfte geflissentlich auszuweichen. Ein paar Mal, besonders bei Gelegenheit einiger Maassregeln der Berner, die dem Aargau die Hälfte des Bezirks Aarburg entreissen wollten, habe ich geradezu mit Nachdruck mit ihm gesprochen, auch mich seiner Unpartheilichkeit zu rühmen gehabt. Allein in Sachen, wo ich nicht aufgefordert bin, mit ihm zu sprechen, mag ich nicht den zudringlichen Rathgeber machen, da es ohnehin wenig fruchten würde. Seine Verbindungen, das beständige Hin- und Herlaufen der Berner und die Denkungsart derjenigen Freiburger, die er vorzüglich zu Rathe zieht, lassen keinen Zweifel über die Richtung, die seine Operationen nehmen müssen. Doch ist man ihm, so viel ich urtheilen kann, die Gerechtigkeit schuldig, dass er gern unpartheiisch verfahren möchte, die redliche Ausführung der Mediationsacte zu wünschen, von Herzen der französischen Regierung zugethan scheint und mehr aus Geschäftsunerfahrenheit und in Folge fremder Einflüsterungen als aus eigenem Antrieb und geflissentlich sich in seinen Entscheidungen zu einer Parthei mehr als auf die andere Seite hinneigt.»

Trotz der gerecht abwägenden Beurteilung der ersten politischen Schritte des Freiburger Aristokraten durch Stapfer ist bemerkbar, wie er den sich anbahnenden Wandel des politischen Klimas realisierte. Auf seine Betrachtungen zur veränderten innenpolitischen Lage der Schweiz wird später einzugehen sein.

Auf Mitte Juni 1803, den ursprünglich gesetzten Schlusstermin für das Liquidationsgeschäft, nahm er seinen Rücktritt aus der Kommission. Der Landammann bemühte sich umgehend um Ersatz. Seine Akten verzeichnen am 17. Juni die Einladung an den Basler Leonhard Heusler (1754–1807), Deputierter an der Consulta und dort auf der Vorschlagsliste für die Kommission sowohl von Seiten der Unitarier als auch der Föderalisten:[76]

> «Des affaires de famille indispensables obligent Monsieur Stapfer, l'un des membres de la Commission de liquidation, à prendre sa retraite.»

Rascher Ersatz dränge sich auf, da fünf Mitglieder vorgeschrieben seien, was auch dem Arbeitsumfang entspreche:

> «Les plus grands intérêts de la Suisse sont liés à leur achèvement.»

Nach Heuslers Zusage ging am 20. Juni ein verbindliches Schreiben d'Affrys an Stapfer:

> «Vous m'avez fait connaître, il y a quelques jours, que les travaux de la Commission de liquidation se prolongeant au delà du terme fixé pour la clôture, vous êtiez dans la nécessité de prendre votre retraite. Les motifs de cette détermination, que vous avez bien voulu me communiquer, ne me permettent pas de chercher à vous retenir. En conséquence, Monsieur, vous êtes de ce moment libre de disposer de vous-même et de donner à la direction de vos affaires particulières tous les soins que les affaires publiques avaient réclamés jusqu'à présent [...] Recevez, Monsieur, avec les remerciments du Landammann de la Suisse pour les services que vous avez rendus à votre pays l'expression du regret que j'éprouve de cette séparation, celle de mes vœux sincères pour votre bonheur et l'assurance de ma considération distinguée.»

Stapfer, der, wie erwähnt, seine Familie in Paris zurückgelassen hatte, trat gewiss vornehmlich aus privaten Gründen zurück. Zudem erkannte er wohl, wie unabsehbar die undankbare Arbeit im Dschungel von Schulden, Ausständen und Ansprachen sich noch auswachsen mochte, zumal ihm die fachkundige Beihilfe des ehemaligen helvetischen Finanzministers versagt war. Weitere, später noch geäusserte Beweggründe kamen jedoch dazu. Kurz gesagt, resultierte dann nach dem Monate dauernden Abwicklungsprozess eine helvetische Staatsschuld von etwa zwanzig Millionen Franken, durch die Kommission auf ungefähr dreieinhalb Millionen fixiert und erst Jahre danach getilgt. Dem Zürcher Usteri hatte Stapfer bereits im Mai von der Fron mit den verwickelten und stockenden Liquidationsproblemen Folgendes berichtet:[77]

> «Meine Gesundheit ist seit sechs Wochen beinahe immer derangiert, und sobald ich sicher bin, dass Rengger mich ersetzen will und wird, so

trete ich ab. Ich muss ohnehin unabwendbar wegen Familienangelegenheiten im Julius mich in Paris einfinden. Doch dies unter uns.»

Rengger wurde allerdings nicht sein Nachfolger, sondern der Vorsitz der Liquidationskommission ging an *Johann Rudolf Sulzer* (1749–1828) aus Winterthur, einen gemässigten Exponenten der anderen Parteirichtung und bereits Kommissionsmitglied.

Zu Stapfers Aufenthalt in Freiburg wäre nachzutragen, dass die Fühlungnahme mit Land und Leuten ihn nach dem Intervall der Gesandtschaftszeit wieder unmittelbar mit den inneren Verhältnissen der Schweiz in Verbindung brachte. So registrierte er auch die ersten Auswirkungen der Föderalisierung durch die Mediationsakte. Beispielsweise hielt ihn der als Kommissar für die Konstituierung des neuen Kantons Aargau eingesetzte Rengger über den Verlauf dieser Operation daselbst auf dem Laufenden. Als Stapfer verlauten liess, er wäre allenfalls bereit, sich im Heimatkanton für ein politisches Amt zur Verfügung zu stellen, griff natürlich sein Freund den Gedanken eifrig auf, in der Meinung, der ihnen beiden durch Auslosung zugefallene Sitz im Grossen Rat könnte nachfolgend die Wahl in den Regierungsrat ermöglichen. Dies fiel jedoch dahin, als im April die politischen Gegner der reformerisch-unitarischen so genannten Aarauerpartei unerwartet obenauf schwangen. Der Rückschlag veranlasste den enttäuschten Rengger zum bitteren Kommentar, sie, die ehemaligen Minister der Helvetischen Republik – und er hätte zudem sagen können: die Gründerväter ihres Kantons – seien nun zu «unnützen Knechten» geworden.[78] Im Direktorialkanton Freiburg registrierte Stapfer Analoges und schrieb Usteri nach Zürich:

> «Wenn es der Zweck der französischen Regierung war, die reichsten und berühmtesten Schweizerfamilien wieder grösstentheils in den Besitz der Regierungsmacht eingesetzt zu sehen, so ist derselben zur Erreichung ihrer Absicht Glück zu wünschen. Hier im Kanton Freibunrg ist alles aufgeboten worden, um die Rathsstellen mit lauter sichern und gleichgesinnten Männern zu besetzen.»[79]

Doch resigniert rechnet er den Preis des gestillten Bürgerkriegs dagegen auf:

> «Wie dem auch sei, so glaube ich, wir müssen all' diese neuen Schöpfungen als ein Opfer betrachten, mit welchem wir die Wiederherstellung der Unabhängigkeit unsres Vaterlandes erkaufen, und dann dürfen wir keinen Augenblick anstehen, uns an die neu sich bildenden Regierungen anzuschliessen.»

Und zehn Tage später doppelte er an den gleichen Adressaten nach:

> «Da hat nun Frankreich wieder die ‹familles dont les noms ont de l'ascendant›. Ich wünsche, dass *Bonaparte* und besonders die Schweiz wohl damit fahren mögen. Wenn durch diese Wiedereinsetzung Ruhe erhalten und unsere Selbstständigkeit gesichert wird, so bin ich herzlich zufrieden. Lange habe ich schon meine Hoffnungen liberaler Fortschritte der Menschheit in unserm Lande aufgegeben. Ich fürchte aber noch im-

mer den Starrsinn und die Leidenschaftlichkeit der Ehmaligen und die Gefahren, die sie uns damit zuziehen können.»

Um den 20. Juni 1803, ziemlich genau fünf Jahre nachdem Philipp Albert Stapfer am ersten Regierungssitz Aarau als Erziehungs- und Kulturminister in den Dienst der Helvetischen Republik getreten war, legte er in Freiburg beim ersten Landammann der Mediationszeit sein letztes politisches Mandat als Präsident der Liquidationskommission nieder und reiste als Privatmann nach Paris zurück, versehen mit einem so genannten Patentbrief, einer Art Passepartout, des Landammanns d'Affry:

«Nous Louis d'Affry, Landammann de la Suisse, prions et requérons par les présentes tous officiers civils et militaires auxquels il appartiendra, de laisser librement passer le citoyen Ph. A. Stapfer, ci-devant ministre plénipotentiaire de la République helvétique à Paris, se rendant à Paris, et loin de permettre qu'il lui soit fait aucune difficulté, de lui accorder toute facilité et tous bons offices dont il pourrait avoir besoin; le tout sous offre d'une entière réciprocité dans les pays de la Confédération suisse.»[80]

Amtshandlungen Stapfers als Gesandter in Paris sind danach keine mehr aktenkundig. Hingegen liess Landammann d'Affry bereits Ende April den französischen Legationssekretär in der Schweiz wissen, da Stapfer seine Funktionen in der französischen Hauptstadt abgebrochen habe, die Schweiz aber dort zur Wahrung ihrer Interessen eines Vertreters bedürfe, so habe man als solchen den Bürger Constantin Maillardoz von Freiburg dorthin abgeordnet.[81] Ende Mai bestätigte Aussenminister Talleyrand dem Landammann die Ernennung des Freiburger Aristokraten für eine Sondermission beim Ersten Konsul mit den Worten:

«Chargé des intérêts de la Suisse et entouré de votre confiance, le citoyen Maillardoz peut compter sur l'accueil le plus favorable. Je saisirai avec plaisir toutes les occasions de le seconder dans les démarches qu'il pourra faire et qui auront pour objet la prospérité de la Suisse ou l'intimité de ses rapports avec la France.»

Er sprach zugleich seine Zufriedenheit aus über die Umsetzung der Mediationsakte unter d'Affrys Leitung. Stapfer, noch mitten in den Liquidationsplackereien, erfuhr in Freiburg natürlich von dieser Ernennung und meinte zu Usteri:

«In auswärtigen Dingen ist noch nichts geschehen oder wenigstens nichts mir Bekanntes. Constantin de Maillardoz scheint zu einer besondern Sendung nach Paris bestimmt, wo man ihm eine gute Aufnahme prophezeit, weil er den Titel ‹Marquis› führte.»[82]

So trug auch dieser Wechsel auf dem Pariser Gesandtenposten den Stempel des Neuen. Für Stapfer war damit noch ein kleines Nachspiel verknüpft. Tillier referiert darüber:

«Stapfer, dessen Stellung unter der neuen Ordnung der Dinge eigentlich bloss thatsächlich aufgehört hatte, wünschte jedoch ein förmliches Rückberufungsschreiben, um sich beim Oberkonsul in amtlicher Eigen-

schaft beurlauben zu können, was ihm der Landammann auch wie billig gewährte.»[83]

Was es in Wirklichkeit mit diesem Epilog auf sich hatte, schilderte Stapfer am 20. März 1804 Rengger wie folgt:

«Sie werden sich vielleicht gewundert haben, dass ich so spät noch mein Rekreditiv übergab. Ich dachte auch zuerst nicht daran. Allein es kam mir zu Ohren, dass Bonaparte nach mir gefragt hätte; auch dass die Berner sich verlauten liessen, der Agent einer – Regierung [sic] könne nicht auf die gewöhnlichen Rechte und Herkommen, die *rechtlichen* Gesandten zukämen, Anspruch machen. Dieses stach mir in die Nase, und ich forderte ein Rekreditiv, welches ich dann auch nach einigen Zögerungen von Seite des Landammanns erhielt. Ich glaubte es der helvetischen Regierung und meinen Freunden schuldig zu sein, auf der Nothwendigkeit und Dezenz einer ordentlichen Abschiedsaudienz zu bestehen. Bonaparte empfing mich sehr graziös und kam zum zweiten Mal auf mich zurück, fragte mich nach dem Zustand des Aargaus und nach meinen eigenen Angelegenheiten.»

Stapfer und der Médiateur Bonaparte, ein mit 1803 noch unabgeschlossenes Kapitel. Zwei Jahrzehnte später, Mitte der 1830er-Jahre, Napoleons Empire war inzwischen versunken, fasste der greise Stapfer in seinen Erinnerungen an die Mediation sein objektiv abwägendes Urteil in folgende Worte:

«Les patriciens, écartés par la révolution, furent de rechef, en grande majorité au timon des affaires. Quelque mauvais qu'ait été, au surplus le calcul de Napoléon sur ce point, son acte de médiation reste un monument de sagesse auquel on ne saurait peut-être rien comparer dans toute sa conduite politique; et la conférence qu'il eut avec les dix élus de la députation suisse réunie à Paris, mérite à un haut degré l'attention de l'homme d'état.»[84]

VII Wenn man Stapfers lebhaftes Nationalgefühl kennt, begreift man seinen immer wieder bekundeten Wunsch, aus der «babylonischen Gefangenschaft in Frankreich» wieder heimzukehren. Es war wohl kaum eine flüchtige Anwandlung, dass er von Freiburg aus erklärte, er wäre bereit, im von ihm mitkonstituierten Heimatkanton ein politisches Amt zu übernehmen. Nach den überraschend ungünstigen Wahlen fiel dies ausser Betracht, und als er Ende Juni zu seiner Familie nach Paris zurückreiste, nahm er von seinem letzten politischen Mandat bereits bestimmende Eindrücke mit von dem sich anbahnenden politischen Wandel, vom Schwinden der helvetischen Zielsetzungen. Solche Erkenntnis befreite ihn möglicherweise von einem noch quälenden Zweifel über den künftig einzuschlagenden Weg. Entsprach es doch dem innersten Wunsch seiner Gattin, materiell gesichert in ihrem Familienkreis zu leben. Stapfer konnte so in der Pariser Kulturatmosphäre auch seinen starken literarisch-wissenschaftlichen Neigungen folgen. Im Herbst

blickte er in einem Brief an Rengger nochmals auf das Liquidationsgeschäft zurück und kam auf zusätzliche Beweggründe für seinen Rücktritt zu sprechen:[85]

> «Mich freut es, theuerster Freund, dass Sie mit dem Verfahren der Liquidations-Kommission zufrieden sind und mein – von unsern Freunden der Leichtgläubigkeit verdächtigtes – Urtheil über Sulzers Geradheit und Gerechtigkeitssinn bestätigen. Ich bin jedoch mit jedem Tage froher, herausgetreten zu sein. Denn neben dem, dass ich mir mit dieser von allen meinen bisherigen Beschäftigungen so fremden Arbeit recht lächerlich vorkam, sah ich keinen vernünftigen Grund, warum ich da noch, ohne Nutzen und ohne Hülfe, als letzter Überrest der Unitarier, den boshaften und läppischen Verleumdungen der Gegenpartei zum Ziele dienen sollte.»

Dem schloss sich, als wenn er es bis jetzt in sich zurückgedrängt hätte, eine ungeschminkte, ja bittere Bilanz der vergangenen Jahre an, zugleich als unmutige Absage an das politische Tun und Treiben der Gegenwart:

> «Überhaupt bietet mir das ganze Schauspiel unserer politischen Schicksale seit fünf Jahren, das Benehmen der Führer und des Volkes ein so ekelhaftes Gemisch von Kurzsichtigkeit und kleinlichen Leidenschaften, von Bosheit und Niederträchtigkeit, von Egoismus und Heuchelei dar, dass ich jede Erinnerung daran wo möglich verhüten möchte. Das Traurigste scheint mir zu sein, dass wir eigentlich gar kein Publikum haben und nicht einmal eine öffentliche Meinung in der Schweiz existirt. Wenigstens sehe ich dazu weder Mittel noch Anstalt bei uns. Die Publika der Städte sind entweder ganz aus leidenschaftlichen Exprivilegirten zusammengesetzt, oder doch von denselben durch ihre grössern Geldkräfte und die Macht der Gewohnheit so verstimmt und terrorisirt, dass die Wahrheit nothwendig verkannt sein muss, und ich kein Organ sehe, wodurch sie sich äussern, um sich greifen und gegen das zahllose Heer ihrer Feinde erhalten könnte. Einzelne Stimmen können wohl hie und da erschallen, aber sie tönen in der Wüste und verhallen nothwendig. Diese Betrachtung gibt mir einen Widerwillen gegen schriftstellerische Versuche von jeder Art im politischen Felde, so dass eine Veranlassung von ganz besonderer Art sich ereignen muss, um denselben bei mir zu überwinden.»

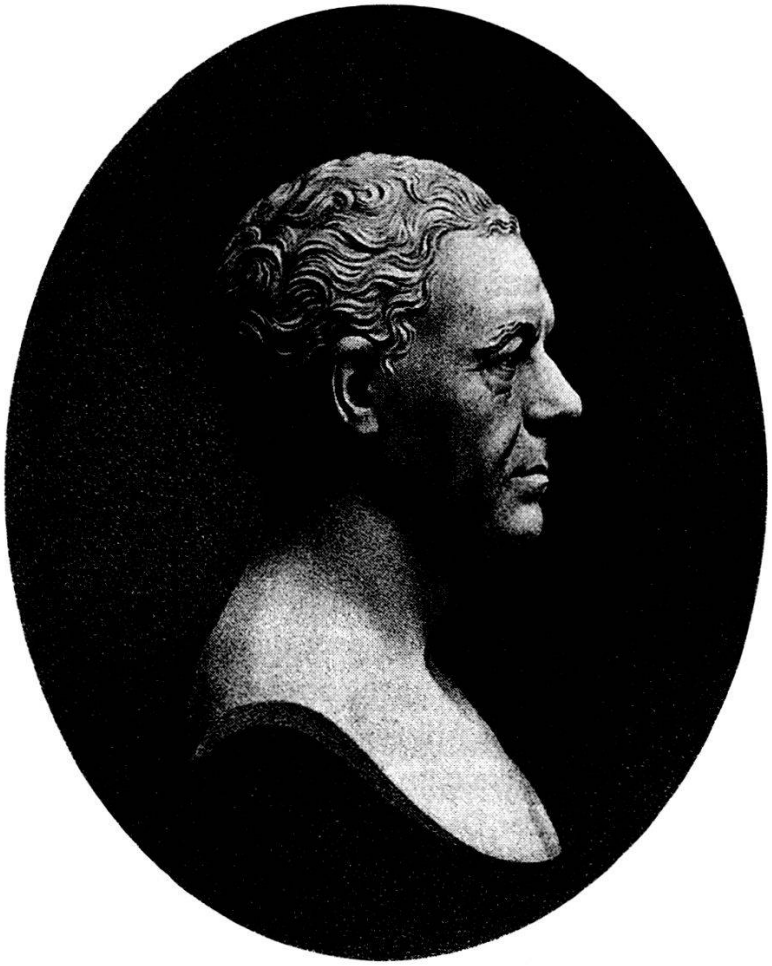
War ihm und Rengger dieser Unmut zu verdenken, dass sie beide, er mit 38, jener mit 40 Jahren, im besten Mannesalter stehend, durch die Folgen von Bonapartes Machtspruch von der politischen Mitgestaltung verwiesen waren? Stapfer wandte sich wieder dem Feld der Geisteswissenschaften zu, Rengger vorläufig dem Arztberuf. Lebenslang blieben aber die beiden ehemaligen helvetischen Minister verbunden, wie es Rengger Anfang 1804 in einem Brief nach Paris zum Ausdruck brachte, «dass die Verbindung, auf die ich so vielen Werth setze, dem Einflusse der Zeit und Entfernung nicht werde preisgegeben werden»:

«Nie werde ich die vielen Beweise von Freundschaft vergessen, die ich während unserer gemeinsamen Einschiffung auf dem Revolutionsstrome von Ihnen erhalten habe, und nie aufhören, an Allem, was Sie und Ihre Familie angeht, den herzlichsten und inigsten Antheil zu nehmen. Ich befinde mich seit drei Monaten in Lausanne und fühle erst jetzt, welches Opfer ich der Revolution gebracht habe, indem ich, aus allen meinen bisherigen Verhältnissen herausgerissen und jedem frühern Lebensplane zu entsagen genöthigt, gleichsame eine neue Existenz anfangen muss.»[86]

Für Stapfer galt ja dasselbe. Die knappe kritische Bilanz seines schöpferischen ehemaligen Kollegen als Innenminister lautete:

«In den mehrsten übrigen Kantonen [sc. nicht nur in ihrem Heimatkanton Aargau] ist man bereits wieder auf dem Punkte, wo man vor einem halben Jahrhundert war, und bald wird von dem wenigen Guten, was unter der helvetischen Republik geschah, auch keine Spur mehr übrig sein.»

Die beiden Schicksalsgenossen hielten Wort und blieben über die räumliche Distanz hinweg in regem Gedankenaustausch, was bei Stapfer vielleicht bald zur Überwindung des Widerwillens gegen das Thema «Politik» beitrug. Er nahm nämlich dann nicht nur wieder Anteil am Gang der Dinge in der Heimat, sondern beobachtete von Paris aus die umfassenden europäischen Zusammenhänge und erwies sich während der turbulenten napoleonischen Ära dank seiner persönlichen Beziehungen zu einflussreichen französischen Kreisen als wachsamer Hüter und warnender Schutzgeist für die mehrfach in ihrer Existenz gefährdete Schweiz. Überlegungen solcher Art geben Anlass zu einigen *Schlussbetrachtungen* in Stapfers Biografie, *Politik* und *Geschichte* anlangend, die über den Zeitrahmen der vorliegenden Darstellung mit dem tiefen Einschnitt von 1803 hinausweisen. Von da an lebte er nämlich als Privatgelehrter in der französischen Hauptstadt und auf ländlichen Wohnsitzen, im Familienkreis seiner begüterten Gattin. Hier erzog er seine beiden Söhne und bildete sie selber aus. Er stand in Verbindung mit führenden Schriftstellern und Gelehrten. Als Theologe widmete er sich verschiedenen evangelischen Hilfswerken und gewann im Lauf der Jahre hohes Ansehen in der protestantischen Kirche Frankreichs. Trotz der unmutigen Distanzierung von aller Politik im Zeitpunkt des Rückzugs kam sie fast zwangsläufig bald wieder zur Sprache. Erinnerungen und Gedanken kristallisierten sich allerdings bei ihm nicht zu eigentlichen politischen Memoiren, wiewohl geplant und dann doch wieder aufgeschoben. Vielmehr flossen sie in seinen gehaltvollen Briefwechsel ein, den er mit einigen engeren Gesinnungsfreunden führte. Unmittelbar nach dem Mediationsakt hielt ihn, wie schon berichtet, die Enttäuschung freilich davon ab, sich über sein vergangenes politisches Wirken und Wollen zu äussern. Vergeblich ersuchte ihn daher Heinrich Zschokke, ehemaliger Mitarbeiter beim Programmentwurf der Nationalkultur, um Angaben für seine histori-



Albrecht Rengger (1764–1835), Arzt und Naturwissenschaftler, Innenminister der Helvetischen Republik. Büste im Besitz des Kantons Aargau.

schen Denkwürdigkeiten. Er bat nämlich um Mitteilung «des Standpunkts, aus welchem *Sie* die Revolution der Schweiz und deren Fortgang zu betrachten pflegten. *Ihre* Ansichten werden für die Schweizer selbst sehr lehrreich sein und für künftige Helden auf der helvetischen Staatsbühne.»[87] Sollten doch andere darüber sprechen, wie etwa Rengger, der ihm kurz darauf dann auch die Publikation des ersten Teils seiner «Betrachtungen über die helvetische Revolution» anzeigte. Zufrieden dankte er ihm:[88]

> «Ihre Betrachtungen über die helvetische Revolution sind mir ein neuer Beweis, dass Sie zum Schriftsteller den *eminentesten Beruf* haben. Ohne Ihnen irgend ein Kompliment machen zu wollen, ich kenne keinen, auch nicht einen einzigen deutschen Skribenten, welcher so viel Würde, Adel, Simplizität und Gründlichkeit, bei aller Klarheit des Styls, im historischen Fache besässe. – Ich wünsche überhaupt, dass Sie zu schriftstellerischen Arbeiten die nöthige Musse und Freiheit des Geistes behielten, und insbesondere den angefangenen Faden unserer leidigen

Revolutionsgeschichte nicht fallen lassen. Die öffentliche Meinung ist über ihren Gang so skandalös irre geführt und verfälscht worden, dass sie nur durch ein ausgezeichnetes Talent wie das Ihrige zurückgebracht werden kann. Ich bin mir (und zwar *ohne falsche Bescheidenheit*) so wenig der dazu erforderlichen Eigenschaften bewusst, dass diese Überzeugung mich mehr noch als der grosse Ekel, der mich bei dem Zurückgehen in diese Vergangenheit allemal anwandelt, von einem ähnlichen Versuche bisher abgehalten hat. Nun, da ich die Sache in so guten Händen weiss, so finde ich meine Abgeneigtheit vollkommen gerechtfertigt. Diese ist so gross, dass ich der, schon letzten Winter durch Zschokke an mich ergangenen Aufforderung, ihm für seine Denkwürdigkeiten eine kurze, mein öffentliches Leben betreffende Skizze zuzustellen, mich nicht habe entschliessen können zu entsprechen. Was diese Stimmung bei mir noch verstärkt und bis zur entschiedenen, soll ich sagen Misanthropie oder Menschenverachtung? und daraus herrührenden Gleichgültigkeit erhebt, ist das abscheuliche Spektakel, das ich hier vor Augen habe.»

Stapfers missmutige Abkehr von aller Politik rührte also nicht nur von den Eindrücken in der Heimat im Frühjahr 1803 her, sondern sie wuchs noch mehr angesichts der Lage der Dinge in Frankreich. Er schloss nämlich in seinem Brief eine unerbittlich scharfe Verurteilung des dort unter Napoleons Militärdiktatur anwachsenden geistigen Drucks an und gab seiner Enttäuschung Ausdruck über den charakterlosen Opportunismus in den Pariser Intellektuellenkreisen:

«Die durch ihren Gelehrtenberuf zu Ansehen und Reichthum gekommenen *Grossen* des neuen Frankreichs affektiren die grösste Verachtung gegen den Gelehrtenstand und sprechen bei allen Gelegenheiten [...] von *zu grosser* Anzahl der Gelehrten, von ihrer Untauglichkeit zu allen gesellschaftlichen Verrichtungen und von den *Gefahren der Aufklärung* und ihrer zu weiten Verbreitung. Alle ausgezeichneten Köpfe sind hier gedungen und bereit, Nothwendigkeit des Despotismus, Heilsamkeit der Illusionen und Volksirrthümer u. s. w. zu behaupten und in jeder Form zu empfehlen [...] Von der abscheulichen Heuchelei, mit welcher ehemalige wilde Revolutionäre die liberalsten und heiligsten Grundsätze, ehemalige Atheisten die gemässigtste Toleranz und die besten Schriftsteller ihre ganze ehemalige Lehre verleugnen und verspotten, scheint mir besonders der Umstand fürchterlich, dass nun Bonaparte der Plan, die verdientesten und geschätztesten Männer zu Niederträchtigkeiten zu bewegen, zu kompromittiren und zu verunehren, ganz gelungen ist [...] Man kann in Wahrheit sagen, die französische Nation habe alle ihre Heilmittel, alle Werkzeuge ihrer künftigen moralischen Wiedergeburt ausgenutzt.»

Welche Aussicht also für den Jünger Kants, dessen Philosophie in Frankreich den Boden zu bereiten? Und wohin überhaupt den Blick, womöglich den Schritt wenden?

«Wenn ich nicht Hausvater und in tausend Fesseln wäre, so zöge ich nach Amerika»,

schrieb er dem Freund nach der Proklamation des Kaisertums.[89] Mit sarkastischen Bemerkungen glossierte er auch die einsetzende Kriecherei massgebender Schweizer Staatsmänner vor dem neu errichteten Thron. Doch gleichzeitig ging ihm auch durch den Kopf, was ein unvermittelter Sturz oder gar das Ableben Napoleons an zügelloser Anarchie auslösen oder eine Restauration der Bourbonen bringen könnten.

Fast zwangsläufig brachten also in der Folge die grundstürzenden Ereignisse der Epoche den im Epizentrum der Erschütterungen lebenden Beobachter wieder zu politischen Reflexionen und damit zu erneutem Überdenken der eigenen Rolle als ehemaliger Minister und Diplomat. Was daraus resultierte und für das Verständnis des helvetischen Staatsmannes relevant scheint, formte sich zwar nicht zu einem zusammenhängenden Memoirenwerk, sondern floss von Fall zu Fall, meist an aktuelle Vorkommnisse anknüpfend, in die Korrespondenz mit den Freunden. Solche Rückblenden Stapfers auf seine politische Mission von 1798 bis 1803 bezweckten nicht bloss die Rechtfertigung vor Mitlebenden und der Nachwelt, sondern entsprangen ebenso sehr kritischer Selbstbesinnung, Nachlebenden zur Lehre. Sein Freund Rengger sprach ihm zunächst mit seinen «Revolutionsbetrachtungen», wie oben gezeigt, aus dem Herzen, wenn er einleitend insbesondere ein unvoreingenommenes Urteil über die helvetischen Staatsmänner und ihre politische Motivation forderte:[90]

> «Die Geschichte der helvetischen Revolution ist theils absichtlich, theils durch die blosse Verblendung der Leidenschaft, vielfach entstellt worden. Man hat dabey Wahrheit und Falsches, innere und äussere Ursachen, Zeit und Personen so sehr durcheinander gemengt, dass ein richtiges Urtheil über dieselbe, zumal für den Ausländer, nicht wenig schwer fällt [...] Indessen ist es nicht gleichgültig, wie die Geschichte von anderthalb Millionen Menschen in ihrer merkwürdigsten Periode der Nachwelt überliefert werde; es kann besonders für diejenigen Männer nicht gleichgültig seyn, die ohne Eigennutz und aus blossem Pflichtgefühle an der öffentlichen Verwaltung dieses Zeitraums Theil nahmen; für ihre redliche Bemühung, den Schwierigkeiten der Zeit und der Umstände entgegen zu wirken, und für die Aufopferung so mancher Verhältnisse, an denen das Glück und die Ruhe des Lebens hängt, dürfen sie wenigstens verlangen, vor den Augen des unbefangenen Beurtheilers in ihrer wahren Gestalt zu erscheinen.»

Stapfer seinerseits hielt allerdings einige Zeit später nicht zurück mit dem Eingeständnis von Fehlleistungen des helvetischen Unitarismus, selbst wenn er natürlich die mit der Föderalisierung einhergehende politische Reaktion ablehnte. Während der Mediationsstaat noch unter dem napoleonischen Hegemonialdruck stand, umschrieb er im Jahr 1811 dem Zürcher Usteri aus freimütiger Selbstrefle-

xion heraus seine Haltung auf dem 1800 bezogenen Gesandtenposten, als nach dem zweiten Staatsstreich der Kampf um die Verfassung die beiden Parteien erregte und schliesslich Bonapartes Malmaison-Projekt mit der Annäherung an eine bundesstaatliche Form hervorrief. Was er sich damals nur zögernd eingestand, die Abkehr vom dogmatischen Unitarismus, dies hätte, wie er jetzt meinte, geholfen, wesentliche freiheitliche Grundsätze auf die Zukunft hin zu bewahren:[91]

> «Sie fragen mich, ob ich mich mit Memoiren über meine Unterhandlungen in den Jahren 1800–1803 beschäftige? Allerdings. Ich glaube es meinem Vaterlande, meinen Freunden und mir selbst schuldig zu sein, unsere allgemeinen und meine individuellen Verhältnisse in jener Zeit mit Freimüthigkeit auseinanderzusetzen, zur Rechtfertigung meines Betragens und zur Lehre für diejenigen, die künftig in ähnlicher Stellung und mit gleich redlichen Gesinnungen die gleichen Fehler vermeiden möchten. Der Hauptirrthum, den ich damals begieng, war, mir mit der Möglichkeit zu schmeicheln, dass Temporisiren, kluge Benutzung der Umstände und Leidenschaften und mit gelegentlichem Nachgeben in Nebendingen verbundene, beharrliche Aufmerksamkeit auf das Hauptziel, die Gründung einer auf liberalen Grundsätzen beruhenden Centralregierung, über kurz oder lang dieses Ziel zu erreichen in den Stand setzen würden. Mehr Erfahrung und Menschenkenntnis, eine richtigere Ansicht der Verhältnisse und insonderheit der Personale beider Regierungen hätten mir früh genug den Gedanken eingeben sollen, Ihnen, mein verehrter Freund, und unsern gleichgesinnten Mitarbeitern am Werke einer die Menschenrechte und den Menschenadel befreundenden Organisation die Vergeblichkeit vorzustellen, unsere Zwecke durch Erkämpfung des Einheitssystems realisiren zu wollen und zugleich die Heilsamkeit eines klugen Nachgebens gegen die Ideen der Hauptperson im Drama zu Gemüthe zu führen.»

Diese Einsicht Stapfers in die Problematik des helvetischen Einheitsstaatsmodells ging, wie hier schon früher gezeigt, auf die Zeit von Bonapartes Vorschlag in Malmaison zurück, wo sich die beiden Unterhändler Glayre und Stapfer nolens volens mit einer bundesstaatlichen Lösung befreunden mussten, ohne allerdings voll davon überzeugt zu sein. In seinem Rückblick ging er aber noch bis zum zweiten Staatsstreich im August 1800 zurück und führte dazu aus:

> «Hätten wir uns bald nach der im August 1800 vorgenommenen Reduction der Räthe, selbst an die Spitze einer Umänderung unsrer damaligen provisorischen Form nach Ideen, die, ohne Einbusse irgend eines wesentlichen politischen Veredlungsprinzips, theils die angestammten Nationalgewohnheiten, theils die Wünsche des Gewalthabers befriedigt hätten, gestellt, so hätten wir ungleich mehr Bruchstücke eines liberalen Systems in unsere neue Existenz herübergerettet und in dieselbe manchen Verbesserungskeim hineingelegt, der sich unter günstigern Um-

ständen entwickelt und schöne Früchte getragen hätte: wenigstens hätte den von uns selbst eingeleiteten Bundesverein, wenn schon sein gänzlicher Wechsel der Personale vorgegangen wäre, ein ganz anderer Geist belebt, als der jetzige zu hauchen vermag. Durch diese Reflexion breche ich freilich selbst den Stab über mein Benehmen in einer Stellung, die mich weit eher und weit heilsamer zu einem Beobachter und Rathgeber, als zum Organ einer in sich selbst entzweiten, an ihre Fortdauer ungläubigen Regierung eignete. Anstatt in Paris das unitarische System zu predigen und alles aufzubieten, um es aufrecht zu erhalten, hätte ich wenigstens vom Anfang dieses Jahres 1802 an, wo ich an der Möglichkeit, es zu behaupten, vernünftiger Weise verzweifeln musste und den unvermeidlichen Sieg der föderalistisch-antiliberalen Parthei voraussah, mit meinen Freunden Rücksprache halten sollen, wie der unausweichliche Übergang zum Föderalismus mit den geringsten Nachtheilen für die ächtrepublikanischen Grundsätze auf gute Art einzulenken wäre. In moralischer und blos persönlicher Rücksicht wünsche ich mir Glück zur Consequenz meines politischen Betragens. Denn ich kann nicht anders als die in bürgerlichen Fehden von Cicero so oft gepriesene Constantia für unerlässliche Pflicht des redlichen Mannes halten. Nur sehe ich jetzt sehr wohl ein, wie, ohne derselben zu nahe zu treten, meine Pariser Verhältnisse und Erfahrungen der von mir vertheidigten Sache und ihren edlen Freunden hätten weit nützlicher sein können, wenn ich damals nicht, theils aus Mangel an wirklichen praktischen Staatskenntnissen, theils aus zu festem Vertrauen auf die Heilsamkeit oder unfehlbare Veredlungskraft gewisser Verfassungsformen, auf einmal gefasste systematische Ideen zu viel Gewicht, zu geringes hingegen auf den Einfluss des Personals und die Macht der Angewöhnungen gelegt hätte.

Doch wozu ennuyre ich Sie mit diesen trostlosen Betrachtungen après coup?»

Aus Stapfers Selbstbesinnung spricht einmal mehr seine innerste politische Triebkraft, mittels einer «auf liberalen Grundsätzen beruhenden Centralregierung mit gleichgesinnten Mitarbeitern am Werke einer die Menschenrechte und den Menschenadel befreundenden Organisation» tätig zu wirken, «ächtrepubikanischen Grundsätzen» zu folgen, «auf die Heilsamkeit oder unfehlbare Veredlungskraft gewisser Verfassungsformen» zu setzen. Es war das unveränderte Credo des ehemaligen helvetischen Erziehungs- und Kulturministers. Die Fortsetzung des umfangreichen Schreibens an Usteri zeigt noch, dass ihm nicht zuletzt die Diffamierung durch zeitgenössische Gegner immer wieder die Feder in die Hand zwang, hatte er sich doch dagegen zu verwahren, er habe 1802 zur Beendigung des Bürgerkriegs Hand geboten zur erneuten französischen Militärintervention. Dass der Verleger Cotta von seinen Noten zur Verteidigung des Wallis gegen die französische Annexion Gebrauch zu machen gedachte und Usteri

seine Gesandtschaftskorrespondenz veröffentlichen wollte, konnte ihm nur recht sein. Denn, so fügte er hinzu:

> «Meine Memoiren sind ohnehin so ausführlich und von der Art, dass sie kaum vor meinem Tod erscheinen dürften.»

Aber gerade damit blieb es beim blossen Vorsatz, denn er vermochte sich bei seinen verschiedenartigen literarischen Beschäftigungen in Paris offenbar nicht ausdauernd auf diese Arbeit festzulegen. Noch hinderlicher dürften ihm allerdings die periodischen Schwankungen seiner Gesundheit gewesen sein. Zeitweise litt er nämlich unter Sehstörungen, und rheumatische Schmerzen machten ihm das Schreiben zur Qual. Konnte er sich, wie hier gegenüber Usteri, unbehindert so ausführlich äussern, so wies er auch in aktuellen Fragen aufgrund seiner Erfahrungen einen Weg. Etwa auf den Bericht über die Tagsatzungsverhandlungen angesichts der drohenden Annexion des Kantons Tessin und Napoleons Pressionen zur Truppenstellung mahnte er, vorerst das Land innerlich zu festigen und das Nationalgefühl zu stärken:

> «Ich fühle recht wohl, wie misslich die Lage der Tagsatzung sei, und bin weit entfernt, zu einer lächerlichen Don Quichotterie zu rathen. Hingegen halte ich für dringend, die Nationalenergie auf jede Art zu wecken und zu nähren. Wenn der Volksgeist Selbstgefühl und Abneigung gegen Sklaverei, sie drohe von aussen oder von innen, athmet, so sind die Regierungen genöthigt, mit Würde und Festigkeit zu handeln; auch giebt man ihren Vorstellungen eher Gehör.»

Wie bei der Verteidigung des Wallis rief er den Geist gegen die Macht in die Schranken, auch wenn er im äussersten Fall den Opfergang nicht ausschloss. So in einem Brief an Rengger:[92]

> «Heilsam ist es, die Idee zu verbreiten und zu nähren, dass ein Angriff auf unsere Selbstständigkeit unvermeidlich ein kleines Spanien an der Ostgrenze [sc. Frankreichs] hervorrufen würde [...] Diese Furcht ist eine unserer stärksten Garantieen.»

Seinen Einfluss dürfte Stapfer zum Schutz seines Landes über vielfältige Beziehungen in Paris eingesetzt haben. Napoleons Sturz entlastete zwar die Schweiz vom gewalttätigen, unberechenbaren Druck. Doch die darauf erfolgte Auflösung der Mediationsordnung verschärfte die endlose helvetische Übergangskrise erneut. Im Zuge der europäischen Restauration nahmen die bereits 1803 eingeleiteten reaktionär-föderalistischen Tendenzen noch zu. Diese Lage veranlasste den aus der standespolitischen Enge des bernischen Patriziats zu unabhängiger, freier Geisteskultur aufgestiegenen Karl Viktor von Bonstetten, den ihm seit den 1790er-Jahren freundschaftlich verbundenen Stapfer zur Rückkehr aus Frankreich und zur aktiven Beteiligung am Gestaltungsprozess der Schweiz aufzufordern. Er schrieb ihm aus Genf:[93]

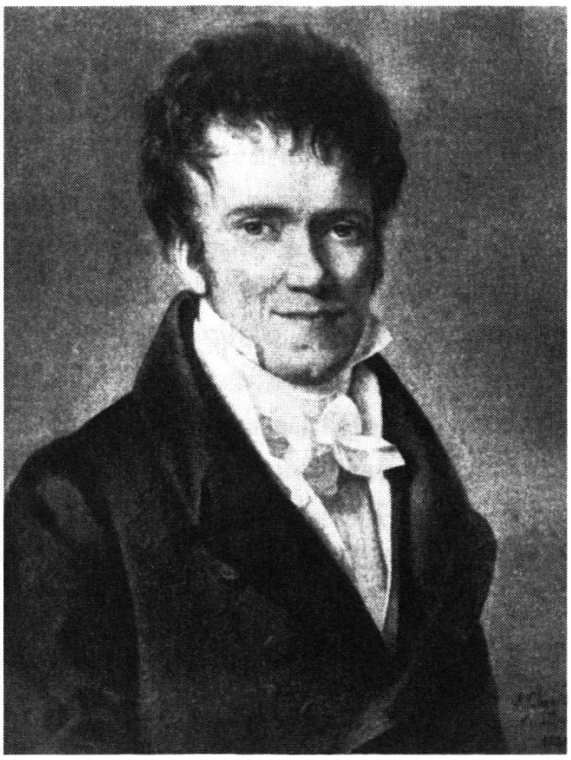
> «Rien de plus bete que ces 22 Cantons qui ne veulent pas un pouvoir central, [...] cette charrue a 22 bœufs pretend se passer de conducteur. –

Il est affreux qu'un homme éclairé come vous soit absent de la Suisse: vous devriez aumoins y faire un voyage et si vous ne voulez parler, dumoins devrez vous ecrire et parler librement sur nos interets ce que vous osez mieux faire en France qu'en Suisse.»

Was der Angesprochene dem patriotischen Kosmopoliten zur Antwort gab, war keine Zusage, sondern, zur Begründung seiner politischen Abstinenz, eine nüchterne, fast resignierte Bilanz seiner Aktivität zwischen 1798 und 1803. Man denkt an jene Absage aus dem Jahr 1804; denn enttäuscht von der mangels echter politischer Führung in den Jahren der Demütigung gesunkenen nationalen Mentalität der Schweiz, erwiderte er:

«[...] Et vous me faites, Seigneur, beaucoup trop honneur en supposant que ma plume pourrait être utile à nos compatriotes. Les seules occasions que j'aie eues de marquer mon passage dans la vie par des semailles [...] qui ne fussent ni folles ni en pure perte dès le premier instant [...] c'est d'abord mon Ministère des arts et des sciences où j'ai tâché de nationaliser l'instruction et de fortifier nos anciens liens pourris par les intérêts d'une émulation commune et le perfectionnement moral et d'une tendance administrativement dirigée vers le perfectionnement de nos institutions morales et sociales; puis ma mission diplomatique que j'ai employée à sauver – dum licuit – les débris d'une unité qui est venue expirer de sa belle mort dans le desséchement des marais de la Linth et de l'institut du bon Pestalozzi. Vous l'avouerai-je? Du moment où la défiance de Bonaparte eut fait alliance avec le projet de nos meneurs de ramener le règne des traditions et des bénéfices et des principes routiniers par l'égoisme Cantonale et les habitudes de l'ancien fédéralisme, je perdis tout espoir d'une amélioration de notre ordre social par l'action d'une autorité centrale, et il me parut, que multiplier les foyers d'un meilleur esprit par la consolidation et la bonne direction de la marche des nouveaux Cantons étoit le seul moyen de rajeunir notre Suisse énervée qui fût encore à notre disposition, puisqu'on ne pouvoit se flatter que les anciens consentissent franchement à élargir la base de leurs Gouvernemens. Comment faire un morceau de bonne poésie avec disjecti membra poetae[94] qu'aucun principe *vital* n'animoit en commun? Le Landammann étoit une espèce de *flatteur* en chef de Buonaparte, donnant l'impulsion aux flagorneries de détail: voilà tout le pouvoir qu'il avoit, et qui n'a pas été sans utilité. Mais lorsqu'une nation n'a plus ou ne croit plus avoir de moyens de salut que dans une complaisance systématique pour tous les désirs des voisins qui lui font peur, les racines de son existence ne sont plus en elle-même: c'est l'existence d'un courtisan qui tâche de se maintenir par l'intrigue et la bassesse.»

Brach also in Stapfer nochmals, wie 1804, der Unmut durch über die in der Politik gemachten Erfahrungen, sogar unterschwellig verbunden mit dem Eingeständnis



Philipp Albert Stapfer und seine Gattin Marie-Madeleine-Pierrette, nach 1800. Porträts von Robert Lefèvre, «peintre de la Famille Impériale», Privatbesitz Paris und von S. Chéradame, Schloss Talcy.

der in der Krise der Helvetischen Republik, unverschuldet, gescheiterten eigenen Mission?

Dennoch das Bild vom Sämann: Vor allem die neuen Kantone könnten sich als liberale Reduitstellung auf die Zukunft hin erweisen:

> «Il me parut, que multiplier les foyers d'un meilleur esprit par la consolidation et la bonne direction de la marche des nouveaux Cantons étoit le seul moyen de rajeunir notre Suisse énervée.»

Ihnen übertrug somit Stapfer eine hohe Verpflichtung, und folgerichtig verhinderte er beim Umbruch von 1814/15 im Zusammenwirken mit den Helvetikern Rengger und Laharpe den letzten patrizisch-bernischen Rückgliederungsversuch seines Heimatkantons Aargau. Eine Aktion von grundsätzlicher Bedeutung, wie die Korrespondenz mit Laharpe verrät:[95]

> «Si j'avais la certitude qu'ils [les Bernois] exécutassent loyalement leur décret du 3 février 1798 [Ankündigung der Rechtsgleichheit], je serais le premier à concourir à la réunion. Mais je ne puis, dans cette réunion, voir qu'un asservissement et destruction d'un nouveau foyer de vie morale et intellectuelle dans notre patrie commune.»

Über den steinigen Weg bis 1830, also bis zum Durchbruch der in der Helvetik vorgeformten liberalen Grundsätze nach der Schockwelle der französischen Juli-

revolution,[96] steht in der Stapfer-Laharpe-Korrespondenz noch manches Erhellende. Doch die Lösung der lang dauernden Schweizer Staatskrise erlebten sie beide nicht mehr. Aber es ist kein Zufall, dass einer der Wortführer der liberalen Regeneration, Ignaz Paul Vital Troxler (1780–1866), der tiefgründige Staatsdenker und ideelle Vorkämpfer des Bundesstaates von 1848, sich mehrfach auf Ideen Stapfers berief.

Der mit diesen Schlussbetrachtungen verbundene Ausblick auf Stapfers zweite Lebenshälfte, die französischen Jahre von 1803 bis 1840 umfassend, führt auf ein weites Feld. Die Abkehr von der praktischen Politik bedeutete die Rückwendung zum Gelehrtendasein, zu freier Beschäftigung mit selbst gewählten literarischen, wissenschaftlichen und theologischen Themen, und zu der von ihm betreuten Erziehung und Ausbildung zweier Söhne zu gemeinnützigem Dienst in verschiedenen evangelischen Hilfswerken. In Paris trat er in Verbindung mit bedeutenden

Château de Talcy sur Mer (Département Loir-et-Cher), der ländliche Ruhe- und Alterssitz Stapfers, Aussenansicht.

Château de Talcy sur Mer, Blick in den Innenhof.

Persönlichkeiten des Geisteslebens, wechselte bisweilen auf ländliche Wohnsitze und lebte in späteren Jahren mit Vorliebe auf Schloss Talcy in der Loiregegend, einer Erbschaft seiner Gattin, wo er eine erlesene Bücherei sammelte. Die ihn schon früh auszeichnende geistvoll-belebende Wesensart prädestinierte Stapfer zu einem oft an ihm bewunderten zwanglosen Geben und Nehmen, dies bereits während der Göttinger Studienzeit oder im Berner Freundeskreis um Karl Viktor von Bonstetten und im helvetischen Ministerialbüro. Sogar Talleyrand attestierte ihm diesen Charakterzug. Den treffenden Ausdruck dafür fand später einer seiner Waadtländer Freunde:

> «Stapfers Wissen ist für mich ein Rätsel. Ich begreife nicht, wie ein Mensch geistig so viel aufnehmen und behalten kann. Anmut und Feinheit seines Geistes waren der Kraft und Tiefe ebenbürtig, und er wirkte ebenso vornehm im Salon wie in der Studierstube. Man lernt ihn aus seinen Schriften nur ganz unvollständig kennen. Immerhin, es war eindrücklich, etwas von ihm zu lesen, aber besser, ihm zuzuhören, und seine Konversation war zweifellos der Höhepunkt.»[97]

Die zur Abrundung und Vertiefung aufgezeichneten biografischen Daten aus der nachhelvetischen Zeit sollen erkennen lassen, dass der tiefe Einschnitt im Jahr 1803 für Stapfer zunächst den Übergang in eine höchst ungewisse Lebensphase bedeutete, zumal in einer äusserst unsicheren Zeitlage. Zwar enthoben die Ver-

mögensverhältnisse seiner Schwiegereltern den 37-Jährigen mit seiner jungen Familie in Frankreich der materiellen Sorge. Sein innerster Zug richtete sich jedoch noch jahrelang auf die Rückkehr in die Heimat, wiederholt verstärkt durch das Drängen seiner Freunde. Es bereitete ihm auch Sorge, seinen beiden Söhnen könnte das heimatliche Bürgerrecht verloren gehen. Wie schwer ihn schliesslich der Verzicht ankam, mag man aus einer Briefstelle schliessen, als den entschieden liberal gesinnten Republikaner das napoleonische Paris atmosphärisch zunehmend abstiess:

> «Ich bin meines Müssiggangs überdrüssig und fühle eine ungemeine Abneigung gegen hiesige Anstellungen im Verwaltungs- oder wissenschaftlichen Fache. Neben dem, dass ich mich immer nach meinem Vaterlande zurücksehne, und eine Dienstnehmung in diesem Lande mir die meinem Herzen widerliche Farbe eines Verbannten, und meinen Kindern ein fremdes Reich zur Heimath gäbe, glaube ich fest, hier immer und in allen Verhältnissen bloss vegetiren und nur auf heimischem Boden zu irgend etwas nützlich sein zu können.»[98]

Was ihn aber zaudern liess und schliesslich zum Verzicht auf die Rückkehr bewog, war die Rücksicht auf seine ihrerseits stark mit ihrer Familie verbundene Gattin.[99] Sein «Müssiggang» ist hier keineswegs wörtlich zu nehmen, wenn man vernimmt, wie er sich nach der Rückkehr aus Freiburg nach Paris im Sommer 1803 eifrig an literarischen Publikationen zu beteiligen begann. Dazu kamen Bemühungen, Kants Philosophie und der Erziehungslehre Pestalozzis in Frankreich Eingang zu verschaffen. Zudem plante er, allen Hindernissen zum Trotz den Brückenschlag zwischen französischer und deutscher Kultur zu fördern. Einzig, dass die schon mehrfach angedeuteten, früh aufgetretenen gesundheitlichen Störungen die Diskrepanz zu seiner enormen geistigen Spannkraft ausmachten. Was Philipp Albert Stapfer in der zweiten Lebenshälfte der Heimat nicht mehr geben konnte, kam dem Gastland zugute. Doch Einsatz und Leistung während des politischen Jahrfünfts von 1798 bis 1803 sichern ihm zweifellos den Rang eines bedeutenden ideellen Wegweisers zur modernen Schweiz.

Textbeilagen

Zur Bildungsplanung

I. Entwurf der Instruktionen für die neuerrichteten Erziehungsräthe.
Luzern, bey Gruner und Gessner, National-Buchdruckern, 1799.
Titelblatt und Vorrede. – Vgl. dazu oben 1.3.V und Anm. 21.

Vorrede
Der Minister der Künste und Wissenschaften an die Bürger Erziehungsräthe, Schulinspektoren, und alle Freunde der öffentlichen Erziehung.

Bürger!
Indem ich Euch Euere Instruktionen überreiche, und dieselbe durch den Druck dem Publikum vorlege, hoffe ich, einem Bedürfnisse abzuhelfen, welches allgemein gefühlt wird.

Jedermann wünscht die Früchte der helvetischen Revolution, in der Veredlung unserer Nation zu entdecken, wünscht eine Vereinigung ihrer geistigen Kräfte erzielt zu sehen, und hofft, dass durch Gleichförmigkeit in der Bildung junger Bürger das Band unsrer Einheit eng und unauflöslich werde geknüpft werden. Ich habe die sprechendsten Beweise von der uneigennützigsten Thätigkeit und der aufgeklärten Vaterlandsliebe so vieler edler Männer, und nichts ist mir so angelegen, als sie unter sich zu vereinigen, dadurch ihren Muth zu beleben, und ihre Wirksamkeit zu sichern. Das Vollziehungs-Direktorium glaubte, durch Errichtung der Erziehungsräthe und der Schulinspektoren diesem Zweck am besten zu entsprechen. Schon vor sechs Monathen wurden daher diese Institute verordnet, die Vorbereitung aber zu ihrer Organisation und ihrer wirksamen Thätigkeit fanden viele Hindernisse, theils in den überhäuften Geschäften der Regierung, theils in den Lokal-Verhältnissen mancher Kantons-Autoritäten, welche lieber die Eile, als die Gewissenhaftigkeit in ihren Erkundigungen Vorschlägen und übrigen Veranstaltungen aufopfern wollten.

Nachdem die Regierung die gegenwärtigen Instruktionen sorgfältig geprüft und endlich genehmigt hatte, trug sie mir auf, dieselben dem Druck zu übergeben. Ich hoffe, dass dadurch mehrere Vortheile werden erreicht werden. Nächst der allgemeinen Bekanntmachung und leichtern Execution, wird die Prüfung derselben jedem Unbefangenen gleichsam dargeboten, und nichts ist für unsre

grosse Angelegenheit erwünschter, als eine solche allgemeine Theilnahme aller aufgeklärtern Bürgern am Werk der öffentlichen Erziehung. Ich bedaure es daher nicht wenig, dass die Umstände eine frühere Bekanntmachung dieser Instruktionen verhindert haben; denn dadurch würden vielleicht mehrere Vorurtheile zerstreut worden seyn, welche sich gegen das Institut der Erziehungsräthe zu erheben scheinen. Man muss das ganze System einsehen, um es gehörig beurtheilen zu können, und diese vollständigere Übersicht wird nunmehr leichter seyn.

Bey den überhäuften Geschäften der Verwaltungskammern sollen die Erziehungsräthe denselben manches Beschwerliche abnehmen, und das Ehrenhafte des Geschäftes mit ihnen theilen. Eine solche Zusammenwirkung in der ökonomischen, politischen und pädagogischen Administration wird, wenn die Gesetzgeber dieselbe sanktionieren, den Fortgang aller Geschäfte befördern. Das Vollziehungs-Direktorium hat seine provisorischen Verfügungen, insonderheit auf jene Zwecke berechnet, und es hat in dieser Hinsicht, seit dem Beschluss vom 23. Jul., noch mehrere Erweiterungen und Modifikationen in dieselben gebracht. So z. B. ist der Vorsitz im Erziehungsrathe einem von der Regierung zu ernennenden Mitglied der Verwaltungskammer zugedacht; diese soll ferner für das Kollegium einen Sekretär setzen. Aus den verschiedenen zum Kanton gehörigen Bezirken sollen überdies zu dem Erziehungsrathe Adjunkten gewählt werden, welche in der Zahl der ursprünglich eingesetzten, und im Hauptort, oder nahe dabey wohnenden acht Mitgliedern wenigstens gleich kommen sollen. Diese Verfügung zweckt dahin ab, dass nicht nur Bürger oder Nachbarn des Hauptortes ausgezeichnet werden sollen; vielmehr gehört es sich, dass jeder einsichtsvolle und thätige Bürger, wenn er auch das entlegenste Dorf bewohnt, an eine Stelle könne berufen werden, wo sein Patriotismus einen angemessenen Spielraum findet. Diese Adjunkten aus dem Kanton sollen daher vom Erziehungsrath in allen wichtigern Angelegenheiten beygezogen werden, und so wird sich dann eine ehrwürdige Versammlung bilden, welche der öffentlichen Erziehung nothwendig mehr Achtung bey dem Volke verschaffen muss, als wenn nur wenige Männer, vielleicht gedrängt von zu vielen andern Geschäften, demselben vorständen. Anbey werden doch die kleinern, aber Eile heischenden Geschäfte nichts destoweniger durch die, in dem Hauptorte wohnenden, Erziehungsräthe schnell abgethan werden können.

Es ist kaum nöthig zu erinnern, dass die Regierung die religiösen Verhältnisse bey ihrer Einrichtung gewissenhaft zu schonen suchte. Die Erziehungsräthe sind gemischt aus beyden Glaubensparteyen, und kirchliche Angelegenheiten werden für kein Forum gezogen, welches den Verdacht einer konstitutionswidrigen Prärogative pflanzen oder unterhalten könnte.

Mehrere Ergänzungen, wie die oben angeführten, sind nicht ins Werk gesetzt. Die Regierung begnügte sich hin und wieder nur das Dringendste zu verfügen, um einst, wenn die Gesetzgeber sie autorisirt haben würde, mit mehr Nach-

druck und Zusammenhang zu verfahren. Es war schwierig, bisher diese doppelte Rücksicht zu vereinigen, es bedurfte dazu, um einer gänzlichen Stockung zuvor zu kommen, der uneigennützigen Thätigkeit der Erziehungsräthe und ihrer Gehülfen, der Verwaltungskammern und ihrer Deligirten, und der Regierungsstatthaltern. Ich lege Euch daher, Mitbürger und Freunde, meinen wärmsten Dank für Eure bisherige Mitwirkung ab, insonderheit habet Ihr, Bürger Regierungsstatthalter, in den meisten Kantonen den gegründetsten Anspruch darauf, und ich sage es mit Vergnügen dem ganzen Publikum, dass Ihr Euch, um Erhaltung und Beförderung der guten Sitten und der Aufklärung um so viel mehr verdient gemacht habt, als Eure übrigen Geschäfte äusserst zahlreich und beschwerlich sind. Schon sind schöne Beweise bekannt geworden, welche mein Lob rechtfertigen. Ich muss daher es laut sagen, dass die Thätigkeit der Erziehungsräthe und ihrer Gehülfen nicht erst von der Epoche sich herschreibt, wo sie ihre Instruktionen in schriftlichen Copien erhielten, oder wo sie dieselben durch das Mittel des Drucks erhalten werden. In den meisten Kantonen haben sie ihre Bestimmung genau in's Auge gefasst, und sich vorläufig einen Weg abgesteckt, der mir einen Beweis gab: wie allgemein die Stimmung sey, die bisherige Vernachlässigung der National-Erziehung zu verbessern. Ich habe viele Belege erhalten, dass wirklich schon durch sie manche bessre Keime erhalten, andere entwickelt worden sind. Ich habe mich innig gefreut über die Bereitwilligkeit, mit der sie mühsame Geschäfte übernahmen, und den Kampf mit Vorurtheil, Irrthum und bequemer Anhänglichkeit an alte Misbräuche nicht scheuten. Ich habe überall Männer kennen gelernt, welche bisher ungesehen, und selbst verkannt, oder gar durch die Ränke der Oligarchie, der Landsgemeindeführer, und des Fanatismus, in ihrer Wirksamkeit gehemmt, die Kultur ihrer Mitbürger zu befördern, sich fähig und geneigt fanden. Es ist mir schon gelungen, viele derselben durch unmittelbare oder mittelbare Auszeichnung zu ermuntern, ihnen einen angemessenen Wirkungskreis zu verschaffen, und durch ihre freywillige, unentgeltliche Mitwirkung Anstalten vorzubereiten, welche bey mehrerer Entwicklung und Sicherheit der Hülfsquellen zu den wohltätigsten gehören werden. Ich schätze vorzüglich den auf's Wesentliche gerichteten Ernst so vieler Vaterlandsfreunde, welche durch das Provisorische unserer Anstalten sich nicht abschrecken liessen, das Feld zu bearbeiten, auf dem *nie früh genug* guter Saame ausgestreut werden kann. Diese Männer werden unter allen Formen die nämliche Richtung beybehalten, und desswegen sehe ich ruhig allen Verfügungen oder Modifikationen entgegen, welche die Weisheit der Gesetzgeber treffen mag. Einrichtungen, welche sich bisher schon so sehr bewährt haben, dürfen eine genauere Prüfung abwarten, und die Aufmerksamkeit, welche man ihnen schenkt, wird für den Gemeingeist kein kleiner Gewinn seyn.

Das was bisher durch die Erziehungsräthe und ihre Gehülfen ist geleistet worden, wird jede künftige Verbesserung vorbereiten und einleiten, und dadurch habt Ihr, verehrungswürdige Mitbürger! den Zwecken der Regierung thätig ent-

sprochen, denn diese wollte die Verwilderung der Nation nicht einreissen lassen, während dem andere grosse Aufgaben der politischen Gesetzgebung die Stellvertreter des Volkes beschäftigen. Bleibende, gesetzliche Verfügungen für die öffentliche Erziehung hängen überdies zu genau mit dem Glück der Nation zusammen, als dass dieselben übereilt werden dürften; wer daher Materialien dazu sammelt, sie beleuchtet, ordnet, und dadurch den Gesetzgebern oder den Exekutoren der Gesetze die richtigsten Einsichten und Hülfsmittel an die Hand giebt, der macht sich um sein Vaterland in hohem Grade verdient.

Unsere Revolution hat die einzelnen Kantone Helvetiens auf sehr verschiedenen Stuffen der Kultur *übereilt;* denn in der That kann wohl keiner derselben sich rühmen, dass die Masse seiner Einwohner denjenigen Grad von intellektueller und moralischer Bildung erreicht habe, welcher mit den Grundsätzen unsrer Staatsverfassung in gehörigem Verhältnis stände. Hier erhob sich der Städter über den Landbürger, welchen er von den Quellen der Kultur zu verdrängen suchte; dort nahm der so genannte Unterthan das von seinem sorglosen Regenten verlassene Feld in Besitz; in einer andern Gegend blieben *beyde* hinter ihren gebildetern Nachbarn zurück, indem sie von einer geisttödtenden Tradition sich fesseln liessen. Alle Anstalten für die öffentliche Erziehung tragen noch das Gepräge dieses äusserst verschiedenen Maassstabes; aber eben darum musste ein neuer, für alle gültiger, aufgestellt werden. Dieses, Bürger! ist die Antwort auf die Einwendung gegen die Ausführbarkeit gegenwärtiger Instruktionen. Was in einem Kanton unübersteiglich Schwierigkeiten findet, das ist in einem andern schon in Ausübung gebracht, und es kann nur darauf ankommen, es mit dem Ganzen in gehörige Harmonie zu bringen, und was in allen Kantonen bisher noch nicht vorhanden war, das wird allmählig in allen zu Stande kommen, wenn anders die Sorgfalt der Regierung und die Kräfte der Nation so richtig, wie bisher, auf einander berechnet werden.

Wir wollen uns nicht täuschen; in manchen ist unser Vaterland weit zurück; allein eben so gewiss ist es, dass wir an uns selbst grosse Forderungen thun dürfen.

Indem Ihr, Mitbürger und Freunde! jeder in seinem Wirkungskreis Kräfte wecket und leitet, indem Ihr in den untersten Volksklassen Rohheit und Unwissenheit zu verdrängen suchet; indem Ihr alles vorhandne Gute vervollkommnet, erweitert: so werden wir, auch bey unvorgesehenen Unfällen, die sittlichen und intellektuellen Zerrüttungen in unserm Volke nicht sehen, welche sonst die Gefährten und Folgen von grossen politischen Revolutionen zu seyn pflegen.

Freye Völker sollen vorzüglich durch Einheit des Sinnes, und durch feste, allen Bürgern tief eingeprägte Grundsätze des Rechts, der Wahrheit und der Sittlichkeit stark seyn. Ihr werdet also, würdige Freunde und Mitbürger! durch Eure Bemühungen unserer Nation selbst in der grossen Waagschale der Völker Gewicht geben, und da sich dieses so sicher berechnen lässt; so fasset mit der Regierung den nämlichen Gesichtspunkt ins Auge, beurtheilt ihre Verfügungen nach ihrem Einfluss auf's Ganze, übersehet kleinere Missverhältnisse im Einzelnen,

und suchet unterdessen allmählig, aber mit nie ermüdeter Beharrlichkeit, diese Lücken auszufüllen, während dem andre Eurer Mitgehülfen, von den Umständen begünstigt, rascher dem Ziel entgegen gehen; denn am Ende werden wir gewiss *alle* zusammen treffen.

Je mehr Freunde der öffentlichen Erziehung sich wechselweise die Hand reichen, desto mehr wird diese zur eigentlichen National-Angelegenheit erhoben. Die Schulinspektoren werden, in der Ernennung *ihrer Gehülfen,* diese Wirkung am sichersten herbeyführen. *Geistliche* werden gerne mit Bürgern aus allen Ständen die Verdienste theilen, welche sich um dieselbe erwerbenlassen, und die letztern werden hinwieder die Einsichten und die Erfahrung schätzen und benutzen, welche die erstern zu diesen Geschäften mitbringen.

Endlich erinnere ich noch, dass nichts den Fortgang der Kultur so sehr belebt, als Publizität. Diese soll sich von prahlendem Schein gleich weit entfernt halten, als sie andrerseits die Trägheit oder die Einseitigkeit verscheuchen soll, welche sich so gerne verhüllen, so gerne die Aufmerksamkeit des Beobachters sich entziehen. Wir wollen durch Wort und That belehren; diese geht oft jenem vorher, und wohl uns, dass ein solcher Gang, insonderheit im Charakter unsers Volkes, zu liegen scheint! Die Frucht einer besser organisierten öffentlichen Erziehung soll endlich vielen geniessbar, die Aufmunterung allgemein, das Zusammenwirken durchgängig werden, und dieses wird der Erfolg seyn unsrer aufrichtigen Bestrebungen; unsre Mitbürger werden sie sehen, warmen Antheil daran nehmen, und die Aufgaben des öffentlichen Unterrichts zu einem der wichtigsten Gegenständen eines wohlgeleiteten Gemeingeistes erheben.

Gruss und Bruderliebe!
Der Minister der Künste und Wissenschaften
Stapfer

II. Anrede Stapfers an die Erziehungsräte und Schulinspektoren des Kantons Luzern, 20. Januar 1799

Druck: Luginbühl Biogr. Beil. V, S. 549 ff. nach BA HZA Bd. 1451. – Vgl. dazu oben 1.3.VI und Anm. 25.

Der Erziehungsminister liess es sich nicht nehmen, am damaligen Regierungssitz Luzern als Schirmherr der Bildungsverwaltung vor zahlreich versammeltem Publikum persönlich zu einer programmatischen Erklärung das Wort zu ergreifen.

Bürger!
Ich glaube nicht bei der heutigen Feierlichkeit ein blosser Zuschauer bleiben zu dürfen. Wenn auch der Teil, welchen ich als Organ der helvetischen Regierung an ihrer Veranstaltung habe, mir stille zu schweigen gestattete: so würde es mir doch mein Herz nicht erlauben. Nein! edle Männer, die ihr mit ebenso uneigennütziger als rührender Bereitwilligkeit die Sorge für das Erziehungswesen im Kanton

Luzern übernommen habet, ich kann mich unmöglich enthalten, Euch im Namen des Vollziehungsdirektoriums für diesen Beweis von Gemeinsinn und Vaterlandsliebe noch einmal und öffentlich zu danken; Euch zu grüssen im Namen aller unserer Mitbürger, die den Wert der Aufklärung und die Bedürfnisse unseres Volkes kennen, im Namen der ganzen Nation, die auf ihren dürftig bekleideten Felsen nur durch Geistesbildung und Tugend sich ein unabhängiges und ehrwürdiges Dasein verschaffen kann, im Namen der noch unerzogenen Kinder, die Euch die Kenntnis ihrer Würde, ihrer Bestimmung und einen froheren Lebensgenuss verdanken werden. Ja, seid gegrüsst im Namen aller Vaterlandsfreunde, aller derer, die Helvetien in ihrem Busen tragen; seid gegrüsst im Namen der jetzigen und kommenden Geschlechter, im Namen aller noch Ungeborenen, die im Dunkel der Zukunft auf das Tageslicht harren, welches ihnen durch Eure und Eurer Mitarbeiter Bemühungen sanfter, heller und froher erscheinen wird.

Es wird gewiss niemand aus dieser Versammlung befremden, und am wenigsten Euch, Bürger Erziehungsräte, deren weitherzige Gesinnung und gemeinnützige Denkart sich weit über die Gränze eines Kantons ausdehnt und das ganze Vaterland umfasst; Euch wird es nicht auffallen, dass ich im Geiste alle Eure Brüder und Gehülfen im Erziehungsfache in allen übrigen Teilen Helvetiens hier gegenwärtig denke.

Sie sind eure würdigen Arbeitsgenossen. Auch sie haben wie Ihr den Anfang ihrer kaum betretenen Laufbahn mit Proben des edelsten Eifers und der einsichtsvollsten Tätigkeit bezeichnet und die Absichten des Vollziehungsdirektoriums gerechtfertigt, welches beim ersten Blick auf den Zustand des Erziehungswesens in unserer Republik die Notwendigkeit fühlte, sich für die Ausführung seiner Pläne tauglichere Werkzeuge in den einzelnen Teilen Helvetiens zu bilden, als die bisherigen Schul- oder Kirchenräte sein konnten.

Gleichförmigkeit des Unterrichts, genauere Aufsicht, rascherer Gang, Erforschung der Mängel und geheimen Wunden der Nation in diesem wichtigen Zweige der Staatsverwaltung und die Grundsätze unserer politischen Verfassung forderten gleich laut und gleich dringend die Errichtung besonderer Ausschüsse, denen die Sorge für das köstlichste Gut eines Volkes, für seinen intellektuellen und sittlichen Wert anvertraut werden durfte. Diese Vorteile sind viel zu auffallend, als dass sie ein nachdenkender und aufgeklärter Vaterlandsfreund verkennen könnte. Es wäre also eben so überflüssig als unbescheiden, eine solche Versammlung, wie die gegenwärtige ist, mit ihrer Erörterung aufzuhalten.

Nur einen einzigen Vorteil kann ich nicht unbemerkt lassen, weil er mit den Grundsätzen der gesellschaftlichen und moralischen Revolutionen, die das Ende des scheidenden achtzehnten Jahrhunderts auf ewig auszeichnen und mit den Fortschritten der Menschheit in wissenschaftlicher und sittlicher Kultur in genauer Verbindung steht.

Ihr seid Erziehungsräte, nicht akademische, nicht Schul- und Kirchenräte. Nein, Ihr seid Erziehungsräte. Nicht einzelne Teile, nicht einzelne Kräfte des

Menschen, nein! den ganzen Menschen nach seinem sinnlichen und geistigen Vermögen sollet Ihr mit Eurer Sorge und Euren Anstalten umfassen. Die Zeiten der Einseitigkeit in dem Bildungsgeschäfte des Menschen sind vorüber. Nicht blos das Gedächtnis, nicht blos den Verstand, nicht die Einbildungskraft, auch nicht die spekulative Vernunft soll der Unterricht, wie es bisher geschah, zu seinem vorzüglichen Gegenstande machen. Vielseitige, ja allseitige Kultur soll nun an die Stelle jener partiellen Bildung treten, welche vielleicht mehr als irgend ein anderes Hindernis, alle gemeinnützigen Pläne und alle Hoffnungen edeldenkender Menschen zertrümmert oder fruchtlos gemacht hat.

Nur wenn der Mensch nach allen seinen physischen, geistigen und sittlichen Anlagen von seinen Erziehern behandelt worden, nur wenn der Versuch einmal mit einem ganzen Volke gemacht sein wird, alle Kräfte des Menschen harmonisch und vollständig zu entwickeln: nur dann wird die grosse Frage entschieden werden können, ob das Menschengeschlecht wirklich zu unendlichen Fortschritten in Licht und Kraft, in Tugend und Genuss, oder ob es zu Sisyphus Loose, zum Herauf- und Herunterwälzen in ewigem Kreise bestimmt sei.

Jede der einzelnen Anlagen der menschlichen Natur hat ihre besondere Periode erlebt. Nur *eine* auf einmal und zwar gerade die, welche mit den Zeitideen näher verwandt schien, oder durch dieselbe vorzüglich entwickelt und gehoben ward, beschäftigte die Aufmerksamkeit der Denker und genoss der Pflege des Erziehers. Von der Sorge für körperliche Stärke, Gewandtheit oder Schnelligkeit ging die Menschheit zur Kultur der Einbildungskraft und des Gedächtnisses über. Ernstere Übungen des Verstandes folgten auf die Spiele der Imagination, und aus der vereinten Wirksamkeit beider Vermögen keimte die Blüte des Geschmackes hervor. Von der Anordnung des bunten Vorrats, welchen Erfahrung und Einbildung in der Erinnerung niedergelegt hatten, war der Fortschritt des Verstandes zum Ausfüllen der in den Wahrnehmungsreihen von ihm bemerkten oder geahndeten Lücken, vermöge seiner Gesetze unvermeidlich. Aus seinen Vorstellungen oder aus den Bildern der Phantasie ergänzte er das Mangelhafte seiner Beobachtungen: die Urteilskraft erweiterte die Sinnensphäre und zog das Reich der Zweckbegriffe auf den Boden der Erfahrung herab. Allein das Gefühl der Lücken und Mängel, die keine Geschäftigkeit der sinnlichen Wahrnehmung, kein Flug der vergrössernden Einbildungskraft und keine Versuche des knüpfenden, ordnenden und scheidenden Verstandes zu ersetzen oder zu verbessern vermochten, erweckte ein noch schlummerndes Seelenvermögen, die spekulative Vernunft, und fand in ihren Schlussreihen und Forschungen eine genugtuende Befriedigung des Triebes nach Vollendung und Einheit.

Zwar fühlten die kühnsten und scharfsinnigsten Denker die Fruchtlosigkeit ihrer Anstrengungen und sahen das Haltlose ihrer Spekulationsgebäude ein. Allein getäuscht über die Ursache des Fehlschlagens ihrer Bemühungen suchten sie dieselbe bald in den Gränzen der menschlichen Kraft, bald in der zu geringen Zahl von gemachten Erfahrungen, bald in dem verkehrten Gebrauch der Ver-

nunft. Einige klagten das Schicksal an, andere dankten dem Urheber unserer Natur für die einsichtsvolle und heilsame Kargheit seiner Gaben; viele erwarteten von der Zukunft Enthüllung des Rätsels entweder durch Anstrengung der geübteren Vernunft oder durch vollzählige Einsammlung von Datis oder durch Eröffnung neuer, unbekannter Erkenntnisquellen. Die ermüdeten Denker retteten sich dort auf den Boden der Erfahrung, oder nahmen den gesunden Verstand zum gütlichen Schiedsrichter; hier trieb das edlere Herz die bessern der Philosophen aus den öden Gefilden der Spekulation in die Mitte ihrer Brüder; sie ergriffen auf dem Meere der Zweifel den Anker des Gewissens und der Tugend mit einer Zuversicht, die zwar Ruhe in ihre Seelen, aber kein Licht in ihre Systeme goss.

Es war den Weisen unseres Zeitalters aufbehalten, aus haltbaren Gründen befriedigend zu zeigen, dass das moralische Bewusstsein nicht blos die Zufluchtsstätte der ermattenden Vernunft, sondern wirklich der Schlussstein des ganzen Gebäudes menschlicher Wissenschaft sei.

Indessen ward durch den Kampf und die Wirkungen dieser Versuche des Forschungsgeistes unsere Natur von allen Seiten beleuchtet, erforscht und geübt. Fertigkeiten, zu deren Erlangung, Kenntnisse, zu deren Einsammlung ehemals ein ganzes Leben erforderlich waren, erwirbt man jetzt in Tages- oder Monatsfrist. Aus Lagranges oder Laplaces Hörsaal geht jetzt in kürzerer Zeit und mit weniger Kraftaufwand ein trefflicher Algebraist hervor, als vordem aus des besten Mathematikers Schule der gemeinste Rechner.

Wenn einst die Methoden der möglichst schnellen und guten Bildung aller Anlagen und Kräfte des Menschen werden erfunden und vervollkommnet worden sein, so werden in einem kürzern Zeitraum alle körperlichen, geistigen und sittlichen Vermögen seiner Natur geweckt, genährt, ausgebildet und in das gehörige Verhältnis gegen einander gebracht werden, als jetzt einzelne seiner Fähigkeiten gebildet werden können. Zu dieser allseitigen, durchgreifenden Veredlungskunst des Menschen sind nun durch die Erfahrungen und Forschungen der Besten unseres Geschlechts, durch die unwillkürliche Bildung der Natur und die absichtliche Kultur der Erzieher so viele Data gesammelt, so viele Vorarbeiten gemacht, die als Wartsteine eines grösseren und schönern Gebäudes der Erziehungswissenschaft da stehen, so viele Wege angebahnt, die zum Ziele vollständiger Ausbildung der Menschheit hinführen, dass der Erzieher dieses Ziel nicht mehr aus den Augen verlieren darf.

Noch einmal.

Dann erst, wenn der Versuch der allseitigen Kultur mit einem ganzen Volke, vermittelst seiner Verfassung, aller seiner Anstalten und des Zusammenwirkens seiner Edeln wird unternommen und von den Umständen begünstigt, ausgeführt sein: wird es erlaubt sein zu urteilen, ob eine immer steigende Veredlung des Menschengeschlechts im Plane der Vorsicht lag; dann erst werden die einzelnen Vorzüge des Menschen, als Blumen in einem unsterblichen Kranz gewunden, sein Haupt zieren und seinen himmlischen Adel bewähren.

Also nicht Verfeinerung, nicht Aufklärung, nicht Schöpfung einer Denk- oder Sprach- oder Arbeitsmaschine, nicht Bildung, sondern Ausbildung des Menschen wird Euer Geschäft sein. Deswegen forderte der Beschluss des Vollziehungsdirektoriums, welcher den Erziehungsräten das Dasein gegeben hat, dass sich in diesen Versammlungen Repräsentanten aller Kunst und Wissenschaften, aller Kulturbedürfnisse befinden, um keines ausschliessend und mit nachteiliger Vorliebe für die andern zu befriedigen.

Diese Bemerkung mag denjenigen zur Antwort dienen, welche mit Verwunderung fragen, wie aus so verschiedenartigen Elementen, aus Bürgern von allen Berufsarten zusammengesetzte Collegien dem gelehrten akademischen und Schulunterrichte werden vorzustehen vermögen.

Die Erziehungsräte sind blos Keime künftiger Stellvertreter aller Wissenschaften und Fertigkeiten des gebildeten Menschen, welche nur dann sich zu schönen Blüten entfalten und zu reifen Früchten emporwachsen werden, wenn die Kultur unserer Nation so weit gediehen sein wird, dass sich Landwirte, Künstler, Handelsleute finden und in den Erziehungsrat sitzen, die mit der Kenntnis ihres besonderen Erwerbszweiges oder Lieblingsfaches eine Übersicht des ganzen Feldes menschlicher Wissenschaft verbinden.

Ich würde Bedenken tragen, Bürger, Eure Aufmerksamkeit noch länger zu beschäftigen, wenn mir nicht die Pflicht geböte, noch einen Einwurf zu berühren, welcher gegen die Verordnungen der Regierung gemacht worden ist. Ich höre, dass die Instruktionen, welche mir das Vollziehungsdirektorium nach reiflicher Prüfung befohlen hat, den helvetischen Erziehungsräten und Schulinspektoren als einstweilige Norm ihres Verhaltens zukommen zu lassen und deren Inhalt Euch jetzt bald im Auszug mitgeteilt werden soll, einen verschiedenen und ganz entgegengesetzten, aber doch aus einer Quelle fliessenden Eindruck gemacht haben. Hier haben sie Niedergeschlagenheit und Klagen, dort frohen Mut und Anstrengung erzeugt. Die einen finden die darin getanen Forderungen überspannt und ihre Aufträge unausführbar; die andern haben einen so hohen Begriff von ihrer Bestimmung und eine so herzerhebende Vorstellung von den Wirkungen, die ihre Erfüllung vorbereiten muss, aus der näheren Prüfung des Inhalts ihrer Instruktionen geschöpft, dass jene alle ihre Kräfte zur regsten Tätigkeit aufruft, und diese ihnen durch reizende Aussichten auf die künftige Ernte ihrer Bemühungen den reinsten Vorgenuss des Verdienstes gewährt, welches sie sich zu erwerben hoffen.

Beide Gefühle haben einen edlen Ursprung und beide sind in gleichem Grade ehrwürdig. Die Äusserungen über Unmöglichkeit der Ausführung haben eine Gewissenhaftigkeit zum Grunde, die jeder Pflicht in ihrem ganzen Umfange genug zu tun wünscht, und den Auftrag in Vereinigung mit andern zahlreichen und beschwerlichen Berufsgeschäften nicht so genau erfüllen zu können glaubt, als der edle Drang des Pflichtgefühls gebietet.

Günstige Aufnahmen haben die Instruktionen bei Männern gefunden, denen jede neue Aussicht auf Volksveredlung das Herz höher hebt, die vor keiner

Unternehmung erschrecken und keine Mühe scheuen, die ihnen neuen Tätigkeitsstoff verschafft und den süssesten Lohn gemeinnütziger Wirksamkeit verspricht.

Es ist heilige Pflicht für mich, die Niedergeschlagenen und Zweifelnden aufzumuntern und die Feurigen, Mutvollen vor zu sanguinischen Erwartungen zu warnen, damit nicht die unerfüllten Hoffnungen, die betrogenen Wünsche, Unzufriedenheit und Mutlosigkeit nachher in doppeltem Mass erzeugen.

Also noch einige Worte zur Rechtfertigung der Instruktionen, welche Euch bald ihrem wesentlichen Inhalte nach sollen vorgelesen werden. Es war unmöglich, dieselben bei der Verschiedenheit, welche in Kultur, Aufklärung, Bildungsmitteln und Stimmung des Volkes durch unsere Republik von einer Grenze zur andern herrschet, so abzufassen, dass sie in irgend einem Kanton jetzt schon ganz ausführbar wären. Hier ist an Hülfsquellen Überfluss, dort die grösste Armut. Hier gebrechen die Mittel und Menschen; hier der gute Wille und der Glaube an Menschheit. Bald gestattet die Lokalität die Befolgung eines Teils der Instruktionen, anderswo fordert sie ihn sogar, und an einem dritten Orte ist es vor der Hand unmöglich, daran auch mit dem besten Vorsatze und grössten Mute zu denken.

Wenn aber aus diesen Instruktionen nur dasjenige wäre ausgemerzt worden, was in diesem oder jenem Teil unseres Vaterlandes noch unausführbar ist: so wären sie zu einer leeren Tafel geworden. Nein! es musste, es sollte darin ein Ideal aufgestellt werden, dem sich die Erziehungsräte und ihre Inspektoren mit eben dem Edelsinne nähern könnten, welchen sie bei der unentgeltlichen Übernahme eines so schwierigen Auftrages gezeigt haben, während sie sich gewiss versprechen können, dass die Regierung bei der Beurteilung ihrer Arbeit die Schwierigkeiten der Aufgabe, die Hindernisse der Lokalität und die Zahl gleichzeitiger Amtspflichten und häuslicher Geschäfte nicht aus den Augen verlieren wird.

Jede Norm muss etwas Idealisches enthalten, dem man sich nur stufenweise annähern kann, so lange uns so viele Schranken umringen, aber auch nähern soll, sobald man sich ihrer Vortrefflichkeit und seines Menschenwertes bewusst ist. Noch weit mehr idealische Forderungen muss ihrer Natur nach eine Vorschrift für Erzieher und Pflegeväter der Erzieher enthalten. Denn sie betrifft ja gerade die Perfektibilität des Menschen, die Möglichkeit seiner Veredlung ins Ungemessne, das heilige Dunkel, worin seine beschränkte sinnliche Natur sich mit dem Unendlichen auf eine ewig unerforschbare Weise gattet. In dieser heiligen, geheimnisvollen Werkstätte, auf diesem Isthmus zweier Welten, der wirklichen und der noch zu schaffenden, steht der Erzieher und der, welcher für denselben Entwürfe macht. Wie könnten sie anders als ins Grosse sehen, ins Grosse malen?

Wenn unser Jahrhundert sich durch einen Vorzug vor andern auszeichnet, so ist es der, dass seine Weisen das idealische Gemälde der Menschheit zu deutlichen Umrissen gebracht haben. Es verdient das Jahrhundert der Ideale genannt

zu werden. Durch Winkelmann wurde das Ästhetische aus den Gräbern und Ruinen des Altertums wieder aufgeweckt. Kant hat das Moralische aus der Verworrenheit, worin es im sittlichen Bewusstsein lag, herausgewickelt und in erhabnen Umrissen gezeichnet, Condorcet von der Perspektive, welche die Revolution ihm eröffnete, begeistert, das Historische entworfen und dem Menschengeschlecht seinen Horoskop gestellt.

Von solchen Ideen angefüllt, mit dieser Ansicht im Auge, die Hand auf eine Constitution gestützt, welche die moralische Veredlung zum Zwecke des Staates macht und den geistigen Wert des Menschen höher schätzt als seine äussern Güter, vom Gefühl des unschätzbaren Menschenwertes durchdrungen, Achtung für das, was tätige Männer auszuführen vermögen, in der Brust, das Vaterland im Herzen, im Angesicht des Urteils der Zukunft und aller Hülfsmittel der Gegenwart – mit so schönen Farben, auf einer solchen Tafel können Vorbilder, die man für den Gebrauch des gebildetsten und edelsten Teils einer Nation entwirft, unmöglich klein und schwach ausfallen!

Wenn man vollends Eure Instruktionen mit denjenigen vergleicht, was unsere Nation von sich selbst und ihren Vorstehern im Fache der öffentlichen Erziehung am Ende des achtzehnten Jahrhunderts und nach der Einführung einer auf die Menschenwürde gegründeten Verfassung mit Recht fordern kann, so wird man sich nicht wundern, dass die Vorschriften für die Erzieher des Volks zahlreicher und strenger ausfallen, als ehemals. Die Hülfsmittel einer bessern Erziehung, ja einer ganz umgeschaffnen Bildungsmethode der Menschheit umringen uns auf allen Seiten. – Eine Staatsveränderung, die alle Fesseln zerbricht, in welche die helvetische Nation geschlagen war, und sie aus ihrer Wiege hebt, um das Selbstgehen zu versuchen, eine Staatsverfassung, welche die sittliche Ausbildung seiner Bürger zum Grundgesetze macht; die trefflichen Vorarbeiten der Verbesserer des Erziehungswesens in Deutschland, die Entdeckung des Leitsatzes der Erziehung durch die Aufstellung der Urgesetze der menschlichen Natur und durch die Erforschung der Gesetze der moralischen Welt, die wir dem Newton der Metaphysik und Moral, dem unsterblichen Philosophen von Königsberg verdanken, die psychologische Beleuchtung des Menschen auf allen Bildungsstufen und von allen Seiten, der edle moralische Charakter unserer Nation, der laute Ruf der öffentlichen Meinung, die sich über keine Angelegenheit so allgemein und so stark erklärt hat, wie über die heilige Sache der Unterrichtsverbesserung, die Lage unseres Vaterlandes, welche ihm das Licht und die Hülfsmittel der drei kultivirtesten europäischen Völker zuführt – alles dieses berechtigt unsere Nation zu grossen Erwartungen. Es ist buchstäblich wahr, dass alle Freunde der Aufklärung und der Menschheit auf Helvetien sehen und ihre schönen Träume da realisirt, die Rechtfertigung der Revolution in seinen Bildungsanstalten zu sehen wünschen.

Sehet da, Bürger Erziehungsräte und Bürger Schulinspektoren, die Gründe eurer Aufmunterung, die Hülfsmittel eurer Bemühungen und die Pfänder ihres

glücklichen Erfolgs. Ihr seid vielleicht der Kern einer künftigen, besondern Gewalt im Staate, welche die Nationalkultur, einen ins Unendliche wuchernden Teil des Staatsvermögens, ebenso unabhängig besorgen wird, als die Gesetzgeber, die richterliche und die vollziehende Gewalt die übrigen Teile des Volksinteresses verwalten. Aber in Folge eben dieser Betrachtungen lade ich dann auch die hier gegenwärtigen Vorsteher und Gesetzgeber der helvetischen Nation ein, die Dringlichkeit der gesetzlichen Organisation des Erziehungswesens zu beherzigen und die Forderungen der Nation, die Stimme aller Menschenfreunde und ihrer Pflicht recht bald zu erfüllen.

Hingegen erinnere ich alle Unzufriedenen und Tadler daran, dass dieses Werk ungeheuer, dass die Folgen von jahrhundertlanger Nachlässigkeit nicht in Monaten gehoben werden können, und dass man in Revolutionszeiten so viele Klagen besonders deswegen hört, weil man alle Übel aufdeckt und alte Gebrechen der Menschheit mit ihren Idealen vergleicht.

Zum Verhältnis von Kirche und Staat in der Helvetischen Republik

III. Aus Stapfers Verteidigungsschrift gegen die vom bernischen Kirchenrat erhobenen Vorwürfe
«Einige Bemerkungen über den Zustand der Religion und ihrer Diener in Helvetien». Von P. A. Stapfer, Minister der Künste und Wissenschaften. Bern, gedruckt in der Nationaldruckerey. 1800. Oktav 68 Seiten.

Auszüge:
a) Titelblatt, Frontispiz, Text S. 3–21.

Combien de défiances injustes, de soupçons et de Calomnies, qui ont divisé les grandes familles sociales, seraient bannis du sein de l'état, où les Hommes publics pourroient mettre à nud les replis de leur âme, et où les citoyens pourroient s'expliquer franchement avec eux!
(Entretien politique. Paris an 8. p. 5.)

Eine Zuschrift des Bernerschen Kirchenraths an den Vollziehungs-Ausschuss der helvetischen Republik, die ohne Vorwissen des leztern auf Veranstaltung ihrer Verfasser gedruckt und überall hin verbreitet worden ist, enthält eine Stelle, welche das Verhältnis des Ministeriums der Wissenschaften zur Geistlichkeit berührt, und durch ein gänzliches Missverständniss, wie der Kirchenrath mich versichert, von der Person des Ministers selbst ausgelegt worden ist.

So wenig ich nun Ursache habe, in die feyerliche Erklärung solcher Männer irgend ein Misstrauen zu setzen: so unbestreitbar ist es doch, dass die Missdeutung, über welche sie sich beschweren, die Aufmerksamkeit des Publikums auf

meine Verwaltung gezogen, und mir zur Pflicht gemacht hat, bey diesem Anlass über die Grundsätze, die mich leiteten und noch jetzt beseelen, mich mit republikanischer Freymüthigkeit zu äussern.

Nach dieser Erklärung wird niemand diese wenigen Blätter für das halten, was sie nicht sind und nicht seyn sollen, für eine Streitschrift, sondern lediglich für das Organ von Bemerkungen und Erinnerungen, die ich im gegenwärtigen Augenblicke für nöthig und heilsam ansehe, und zu deren Mittheilung mir nicht blos persönliche Rüksichten rathen, sondern wahres Interesse für Religion und Sittlichkeit mich auffordert. Am ersten erwarte und verspreche ich mir den Beyfall des Bernerschen Kirchenraths selbst, in allem was ich sowohl der Regierung als der Geistlichkeit selbst ans Herz legen werde.

Es ist gar kein Zweifel, dass seine Adresse nicht viele sehr gegründete Klagen zur Sprache bringe. Gewiss bin ich der letzte, ihre Wichtigkeit zu läugnen. Diejenigen Mitglieder des Vollz. Ausschusses, welche in ununterbrochener Reihe seit der Einsetzung des Direktoriums bis zu seiner Auflösung Zeugen meines Betragens gewesen sind, wissen es, dass die Klagpunkte des Bernerschen Kirchenrahts Gegenstände meiner unermüdeten, obgleich vergeblichen, Vorstellungen und Einsprüche waren, dass ich alles dasjenige, was dieser Kirchenrath mit Gründen rügt, bey tausend Anlässen viel stärker, eindringender und gründlicher und zwar zu einer Zeit vorgetragen habe, wo das Verdienst noch grösser war, die Wahrheit zu entwickeln und zu behaupten.

Da mich meine Lage in den Stand sezt, theils die Gerechtigkeit der angebrachten Beschwerden in ihrem ganzen Umfange zu fühlen, theils einige für Staats- und Kirchenvorsteher gleich interessante Berichtigungen anzubringen: so durchgehe ich Schritt vor Schritt die verschiedenen Punkte der Zuschrift, und sage dabey einige Worte über mein, auf dieselben Bezug habendes, Betragen als öffentlicher Beamter.

Dass die Geistlichkeit, in einem nach dem Stellvertretungssystem regierten Lande, nicht repräsentirt ist, dass sie, eine der gebildetsten Volksklassen, zum Volksrathe keine Abgeordnete schickt, dass die grosse Masse von Talenten, Einsichten und Tugenden, die sie auszeichnet, für die Berathung und Leitung der vaterländischen Angelegenheiten unbenuzt bleibt, dass sie, die Lehrerin der Tugend und die Erzieherin der Nation, unter allen Bürgern allein von dem Genuss der staatsbürgerlichen Rechte ausgeschlossen ist, und dass sie gerade in der sturmvollsten Zeit, wo alle Nationalanstalten, hiemit auch diejenigen, welche die Bildung und Veredlung der Menschheit bezwecken, umgeschaffen werden sollten, keinen Sprecher in der Nationalversammlung hatte: ist ein solcher Widerspruch mit den Rechten des Menschen und dem Interesse des Staates, eine so augenscheinliche Ungerechtigkeit, dass darüber unter Denkenden und Rechtgesinnten nur eine Stimme seyn kann.

Was ich zur Hebung dieser ersten und wesentlichen Beschwerde zu thun vermochte, habe ich redlich gethan. Schon im Frühjahr 1798 wagte ich in Paris bey

den Herrn unseres Schicksals, bey den fränkischen Machthabern selbst, einen Versuch, und benuzte zur Sicherung seines Erfolgs alle Umstände und Verhältnisse, von denen damals irgend ein Vortheil gezogen werden konnte. Mit den stärksten Gründen drang ich in einem, der fränkischen Regierung überreichten, Aufsatze auf die Nothwendigkeit, die Geistlichen nicht gegen alle Menschenrechte wie *capite censi* und *proletarii* und gegen das Wesen der Stellvertretungstheorie als unrepräsentirte Sklaven zu behandeln. Die Schilderung, die ich von den Verdiensten der helvetischem, besonders der, mir bekanntern, reformierten Geistlichkeit um wissenschaftliche Aufklärung und durch die kirchlichen sowohl als bürgerlichen Institute Calvin's um Beförderung des wahren Republikaner-Sinnes entwarf, war, ich darf es wohl sagen, vollständiger und eindringender, als sie mir von irgend einer Hand gemacht seit unserer Revolution zu Gesichte gekommen ist.

Da nun einmal die französischen Regierungs-Grundsätze bey unserer Umbildung als Vorbilder zu dienen bestimmt waren, und unter diesen ein gänzlicher Religions-Indifferentismus des Staates als Staats eine der ersten Stellen einnahm: so glaubte ich mich berufen, diese unselige Maxime, deren verheerenden Einfluss ich für mein Vaterland befürchtete, an der Quelle selbst mit meinen geringen Hülfsmitteln zu bestreiten und zu untergraben. Ich war überzeugt, dass die Theorie, welche die kritische Philosophie von dem Begriff, der Organisation, den Rechten und den Pflichten einer Kirche aufstellt, das passendste Mittel abgeben könnte, die redlichern unter den französischen Philosophen und Staatsmännern mit der Idee einer Kirche und ihrer Verbindung mit dem Staate, als Beschützer und Beförderer ihrer Anstalten, zum grossen Vortheile beider auszusöhnen. Wenn *die Kirche* die zu ihrer sittlichen Veredlung vereinigte und organisierte, *der Staat* die zur Sicherung ihrer bürgerlichen Rechte vereinigte und organisirte Menscheit ist; wenn der Staat das Eigenthum einer Kirche so gut zu schützen aufgefordert ist, als das Eigenthum irgend einer anderen Person oder Gesellschaft; wenn er von den, seiner Verwaltung anvertrauten, Gütern der Kirche getreue Rechnung ablegen, und die Zinse von ihren geborgten Kapitalien (denn gestohlen wird er sie doch nicht haben wollen) regelmässig und ungeschmälert entrichten soll; wenn er zwar kein Recht hat zu verbieten, dass religiose Gesellschaften sich bilden und gottesdienstliche Anstalten treffen oder Zusammenkünfte halten, im Falle dass ihre Lehren und Gebräuche, noch mit den Fortschritten der Moralität im Widerspruche stehen, hingegen dabey sehr interessirt ist, dass seine Bürger sittlich handeln, und die heilige Verpflichtung auf sich hat, theils die vorhandenen Anstalten zur moralischen Bildung zu schützen, theils für ihre Vervollkommnung und die Errichtung neuer Veredlungsinstitute nach Vermögen zu sorgen; wenn er auf der einen Seite ohne alle Befugnis ist, sich in den Lehrbegriff, das Rituale und die innere Organisation irgend einer politisch und moralisch unschädlichen Kirchenpartey einzumischen, aber auf der andern Seite diejenigen Religionsgesellschaften, die sich offenbar um die öffentliche Ruhe und

Versittlichung der Nation verdient machen, aufmuntern, begünstigen, und sogar diejenige, welche sich die moralische Besserung und Veredlung der Menschheit mit dem sichtbarsten Erfolge angelegen seyn lässt, vor den übrigen durch Unterstützung und Achtungsbezeugung auszeichnen soll: so ergiebt sich aus diesen unbestreitbaren Vordersätzen ein Verhältniss des Staates zur Kirche oder zu den verschiedenen Kirchen unter seinem Schutze, welches eine wohlthätige, mit der aufgeklärtesten Philosphie und der reinsten Staatslehre vereinbare, Wechselwirkung zwischen beiden zur Folge haben, und eben so sehr von leichtsinniger Religionsgleichgültigkeit, als von Unduldsamkeit oder willkührlicher Einmischung der bürgerlichen Obrigkeit in kirchliche Angelegenheiten entfernt seyn muss.

Diese, so natürliche als die schärfste Prüfung der Philosophie aushaltende, Ansicht, schien mir sich den Prinzipien der repräsentativen Regierungsform freundlich anzuschliessen, und bey redlicher Benutzung, der Kirche selbst eine noch grössere Selbstständigkeit und freyere, ungehindertere Wirksamkeit auf ihre Glieder als je, unter dem schützenden aber nicht anmassenden Einflusse des Staates, zu versprechen. Sie hat mich auch unter den grössten Hindernissen, mit welchen ich in meiner Stelle kämpfte, keinen Augenblick verlassen; sie schwebte mir mitten im drückendsten Geschäftsgewühle vor; und vor gänzlicher Muthlosigkeit bey den unüberwindlichen Schwierigkeiten, die sich einer vorurtheilsfreyen, vernünftigen Behandlung der kirchlichen Interessen entgegen zu thürmen schienen, rettete mich allein die Hoffnung, dass diese Ansicht bey tieferblickenden Staatsmännern und leidenschaftslosen, vom Joche der Nachahmungssucht nicht ernidrigten, eines sorgfältigern Nachdenkens über die höheren Nationalangelegenheiten fähigen, Stellvertretern und Beamten, am Ende durchdringen, und sich bis zur höchsten Evidenz läutern *müsse*. Freilich war's nöthig, dass diese Zeit einer hellern Einsicht und liberaleren Ideen einträte, ehe Vandalische Stürme und revolutionärer Unsinn uns, wie in Frankreich geschah, in die Unmöglichkeit versetzt hätte, von dieser bessern Überzeugung Gebrauch zu machen.

Der geringe Erfolg, den meine Bemühungen und Versuche bey den vorzüglichsten französischen Denkern gehabt hatten, und die sklavische Bewunderung ihrer Maximen in Rücksicht auf Religion und Kirche, die ich bey einigen Männern von Einfluss in meinem Vaterlande wahrnahm, konnten meine Hoffnung eines noch zeitig genug zu erringenden Sieges der reinern Grundsätze über Unvernunft und Leichtsinn nicht gänzlich unterdrücken, weil es für sachkundige Beobachter höchst wahrscheinlich war, dass die Anhänglichkeit der helvetischen Nation an den Gottesdienst ihrer Väter, ungleich weniger verdorbene Sitten, deutscher Ernst, deutsche Gründlichkeit, und durch die bessere deutsche Litteratur verbreiteter religios-moralischer Sinn, das Ansehen, die Aufklärung und die Familien-Verhältnisse der helvetischen Religionslehrer, vorzüglich aber die unzweydeutige Religiosität der grossen Mehrheit der Volksrepräsentanten einigen unbesonnenen Nachahmern der französischen Religionsstürmerey viel länger die Wage halten würden, als der Widerstand in Frankreich gedauert hatte. Weit

sicherer noch hätte der Freund der Religion und der Menschheit auf den Triumph der guten Sache zählen dürfen, wenn der geistliche Stand mehrere Glieder aus seiner Mitte in die helvetischen Gesezräthe hätte abschicken können.

Ich drang deswegen beym Vollz. Direktorium widerholt auf eine Bothschaft an den Senat, welche ihm die Wiedereinsetzung der Geistlichen in den Genuss ihrer bürgerlichen Rechte als eine dringende Verbesserung der Constitutionsakte empfehlen sollte.

Wie dem aber auch sey: so wird keinem nachdenkenden Lehrer entgangen seyn, dass, zufolge der Grundsätze, die ich oben angedeutet und der Thatsachen oder Aussichten, die ich in Erinnerung gebracht habe, die gewissenhafte einstweilige Erhaltung des *status quo* der christlichen Kirche beym Ausbruche der Revolution das Augenmerk und die Richtschnur meines Betragens als Minister des öffentlichen Unterrichts seyn mussten. Ein solches System schien mir um so pflichtmässiger, da einerseits nach meiner Überzeugung niemand in der Organisation, Lehr-Form und Religionsübung Veränderungen vorzunehmen befugt ist, als die Kirche selbst auf den Vorschlag ihrer ausdrücklich zu solchen Modifications Entwürfen beauftragten Stellvertreter, und andrerseits die helvetische Nation sich die Annahme einer neuen Staatsform, nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des damaligen Bestands ihrer kirchlichen Anstalten, hat gefallen lassen, also die *durch* die Constitution gebildete gesetzgebende Gewalt selbst nicht einen Schatten von Recht hat, die *vor* und *ausser* der Constitution bestehenden kirchlichen Einrichtungen zu modificieren oder gar umzuschmelzen. Dazu bedürfte es einer förmlichen Bevollmächtigung von Seite der Nation: und dieser Auftrag der in der Kirche zu sittlich-religiosen Zwecken vereinigten Menschheit könnte nicht einmal den bürgerlichen Behörden, d. h. nicht den Vorstehern der im Staate zu bürgerlichen Zwecken vereinigten Menschheit gegeben werden.

Wenn nun ein förmliches Gesez die Geistlichen dem Ministerium des öffentlichen Unterrichts unterordnete: so konnte dieses Gesez keinen andern Sinn haben als folgenden. Die helvetische Nation forderte von ihren vermöge der Constitution bestellten Civilbehörden, dass die kirchlichen Anstalten in ihrem wesentlichen Bestand so lange erhalten würden, als sie sich nicht weiter darüber erklärte oder Veränderungen durch die Mehrheit ihrer Kirchenversammlungen genehmigte. Es war also an diesen politischen Behörden (denn den geistlichen fehlt es dazu an den nöthigen Hülfsmitteln und Coercitiven) dafür zu sorgen, dass erstlich die Verwaltung der geistlichen Güter zur Bestreitung der Cultus-Unkosten, wie bisher, hinreichend abwürfe: dass zweytens die zu den Zwecken der Kirche unentbehrliche Sittenzucht und Subordination theils der Kirchenlehrer unter einander, theils der Pfarrgenossen unter ihre Vorsteher nicht aufgelöst; und dass endlich die Religionsdiener selbst, in vorkommenden Fällen, angehalten würden, ihre Berufspflichten zum Vortheil ihrer Kirchenangehörigen nach Vorschrift genau zu erfüllen. Nächst diesen unerlässlichen Pflichten der Gerechtigkeit sollte eine aufgeklärte Staatsverwaltung noch durch den sanften, keinen

Zwang sich erlaubenden Einfluss der Belehrung und Aufmunterung, die Religionslehrer für beide Kirchen und die Veredlung der Menschheit in denselben durch Unterricht und Bildung jüngerer und älterer Kirchengenossen, immer wohlthätiger, und in den Augen des Publikums nützlicher zu machen suchen.

Von der Polizey-Aufsicht, die in den kirchlichen Anstalten und Lehren nichts gegen das Staatsinteresse und die Moralität streitendes dulden soll, ist nicht einmal nöthig zu sprechen.

Aus diesen Erörterungen ist klar, dass zwar die Kirchenpartheyen im Ganzen genommen, zufolge der Constitution, unter dem Schutze und den allgemeinen Polizey-Gesetzen des Staates selbstständig und unabhängig, hingegen einzelne Gemeinen, Glieder, Lehrer und Behörden der Kirche den Verfügungen derjenigen politischen Behörden untergeordnet waren, welche, theils unbefugte Eingriffe der Kirchengenossen in die Staatsrechte zu verhüten und zu ahnden, theils den Bestand der kirchlichen Einrichtungen dem helvetischen Volke gegen willkührliche Veränderungen oder Pflichtversäumnisse zu sichern Beruf hatten.

Und da durch die politische Umwälzung mehrere bürgerliche Behörden waren vernichtet worden, welche vormals zur Erhaltung der Kirche und zur Besorgung ihrer Angelegenheiten wesentlich mitwirkten: so musste eine der ersten Sorgen der neuen Regierung seyn, diese alten Behörden und ihren herkömmlichen Einfluss auf die Kirche auf eine Art zu ersetzen, und die daher unvermeidlich entstehenden Zweifel oder Irrungen durch Entscheidungen und Maassregeln zu heben, welche den vom souveränen Volk gewollten *status quo* mit so wenigen Abweichungen als möglich wieder herstellten und befestigten.

Dass nun zur Einleitung, Vorbereitung, Entwerfung, Regulierung und Vollziehung aller dieser, der constitutionellen Regierung von der Nation selbst bey der Annahme der politischen Verfassung auferlegten Pflichten, ein Minister von der obersten vollziehenden Gewalt aufgefordert und bestellt, dass gerade der Minister des öffentlichen Unterrichts und der Nationalerziehung zu diesem Geschäfte als Vorbereitungs- und Mittheilungs- oder Vollstreckungsorgan bestimmt ward: diess wird gewiss kein Sachkenner unzweckmässig, sondern im Gegentheil, er wird diese Verfügung um so schicklicher finden, je unentbehrlicher zur Volksbildung religioser Unterricht und kirchliche Anstalten sind, und je nothwendiger es ist, dass, bei kargen Hülfsmitteln, ein armer Staat zur Erfüllung seiner unabwendbaren Erziehungspflichten die Kirche und ihre Diener um Hülfe anrufe, und als wesentlichen Bestandtheil in den Kreis seiner Culturanstalten aufnehme.

Die Kirche soll und darf deswegen ihre Unabhängigkeit in Lehrbegriff und Ritus nicht einbüssen; und gegenseitige Handbietung zwischen Staat und Kirche ist mit derselben vollkommen vereinbar.

Wenn nun der Bernersche Kirchenrath unter der *Vormundschaft eines Ministers,* welchem die helvetische Geistlichkeit unterworfen ward, jene Verrichtungen versteht, die der Erziehungsminister, in Folge des Willens der Nation und zur

möglichst genauen Handhabung des *status quo* der Kirche bey der Revolution, nach den oben entwickelten Grundsätzen, zu übernehmen verpflichtet war: so sehe ich nicht wohl ein, was dagegen eingewendet werden könnte. Hat er aber die willkührlichen Eingriffe des Vollziehungs-Direktoriums in die Rechte der Kirche und die unnöthigen oder ungerechten Veränderungen desselben in ihren Einrichtungen, von denen der Minister zufolge seiner Amtspflicht, wie der Soldat im Felde, das Mittheilungs- und Vollziehungswerkzeug seyn musste, durch jene Ausdrücke bezeichnen wollen: so sind sie nicht einmal hart genug. Allein, dann muss ich mir jede Deutung derselben auf meine Person sehr, und mit dem heiligsten Rechte verbitten. Denn die Protokolle des Direktoriums zeugen, dass ich in meinen Verrichtungen, als Organ der Rechte und der Bedürfnisse der Kirche bey der vollziehenden Gewalt, jene oben von mir auseinandergesezten Ansichten und Prinzipien unwandelbar vor Augen behalten habe.

Wer weiss nicht, dass ich zwischen dem Direktorium und der helvetischen Geistlichkeit eine vermittelnde, besänftigende, schützende Rolle spielte, um bessere Zeiten zu gewinnen. Meine Adressen selbst, in denen ich wohlgemeinte Räthe, aber nie unbefugte Befehle ertheilte, hatten keine andere Absicht als dem geistlichen Stande in den Augen seiner Gegner selbst Achtung zu verschaffen, und sollten einerseits der Regierung die Kirchendiener in dem vortheilhaftesten Lichte zeigen, welches, nach meiner individuellen Kenntniss des Personale der Regierung, auf die leztern geworfen werden konnte, anderseits den Religionslehrern Winke geben, wie sie ihre Nuzbarkeit in den damaligen Umständen am besten geltend machen, und ihren Stand den Gewalthabern empfehlen könnten. Jetzt sind jene bessern Zeiten da, ehe rasche Maasregeln die Kirche zertrümmert haben; und nun fordere ich für meine Bemühungen, für den Verlust meiner Gesundheit und für die moralischen Leiden, die ich zwey Jahre durch ausstand, nichts, als dass man meine Grundsätze und meine Benehmensart nicht verkenne.

Besonders lebhaft fühlte ich, nebst der Eingeschränktheit meiner Kräfte, den Mangel an Selbstständigkeit meines Amtes und die Unhinlänglichkeit desselben zur wirksamen Stellvertretung und Vertheidigung des geistlichen Standes. Allein, wenn ich schon keine Vollmachten von demselben erhalten hatte, um in seinem Namen zu sprechen und zu handeln: so verhehlte, so verschwieg ich doch seine Anforderungen und Bedürfnisse da nicht, so machte ich sie doch da mit Wärme und unter allen Formen geltend, wo ich konnte und Beruf hatte. Aber freylich waren meine Vorstellungen und Vorschläge nur Petitionen und Motionen, auf die man nicht einmal zu reflektiren brauchte, die gegen alle andern Staatsbedürfnisse abgewogen und ihnen aufgeopfert werden konnten. Wegen dieser Abhängigkeit reichte meine Stelle zu einer wahren Repräsentation der Kirche lange nicht hin.

Wenn nun aber schon das Verhältniss des Ministers der Wissenschaften zur Geistlichkeit weder von der Verfassung noch von den obersten helvetischen Behörden bestimmt auseinandergesezt ward: so kann, in Folge der oben angestellten, sich jedem nachdenkenden Beobachter unserer politischen Umbildung auf-

dringenden, Betrachtungen, nicht wohl behauptet werden, dass dieses Verhältniss im Dunkeln schwebte. Klar genug ist, dass ich das Organ der Wünsche und der Vertheidiger der Rechte der Geistlichkeit beym Direktorium war, und eben so klar, dass dieses mir, nach Gutdünken, Gehör geben konnte oder nicht.

Denjenigen geistlichen Behörden, die über meine Verhältnisse zu ihnen Auskunft verlangten, gab ich jedes Mal alles Licht, das ich selbst hatte, als Beispiel setze ich hier eine Stelle her, die sich wörtlich in einem meiner Briefe an den bernerschen Kirchenrath (vom 1. Nov. 1799) befindet.

«Die Benennung *Minister der Künste und Wissenschaften* ist zwar aus unserer Constitution selbst hergenommen, auch insofern z. B. Erziehungs-Minister, Minister des öffentlichen Unterrichts, der Nationalbildung u. s. w. wären gewiss sowohl richtiger als bestimmter und deutlicher.»

«Wie dem auch sey, so sind seine Attribute und Fächer durch ein besonderes Gesetz bestimmt, welches unter andern Gegenständen Unterrichtsanstalten und Lehrer jeder Art, Geistliche, Professoren, Schullehrer seiner Aufsicht übergiebt.»

«Er ist zwar nicht der Repräsentant dieser Lehrer im eigentlichen Sinn des Wortes, d i. er hat keinen Auftrag von denselben, in ihrem Namen Gesetze für ihr Verhalten und über ihre Verhältnisse unter einander oder zu ihren Mitbürgern und zum Staate abzufassen; was er vorschlägt und verfügt, kann nicht betrachtet werden, als wenn sie es durch ihn vorgeschlagen, er die Verfügung in ihrem Namen und mit ihrer Gutheissung getroffen hätte, mit einem Wort, sie sind nicht seine Constituenten. Er ist bloss ihr Sprecher bei dem Vollz. Direktorium, d. h. er macht dasselbe aufmerksam auf alle ihre Bedürfnisse, ist bei demselben das Organ ihrer ihm geäusserten Wünsche und Ansprüche, der Vertheidiger ihrer Rechte, und der Aufseher über die Erfüllung ihrer gesetzmässigen Pflichten gegen den Staat und seine Bürger.»

«Insonderheit darf nicht übersehen werden, dass ein Minister keine selbstständige Person ist. Er ist bloss das Vorbereitungs- und Vollziehungsorgan der Entscheidungen des Direktoriums in Sachen seines Departements. Wenn er sein Gutachten über geschehene Anfragen vorgelegt, die Bedürfnisse seines Fachs vorgestellt, die Rechte der zu denselben gerechneten Personen geltend gemacht, die Art, wie beide am vortheilhaftesten, vollständigsten und schnellsten befriediget werden könnten, nach seiner besten Einsicht auseinandergesezt, auch dann die darauf folgenden Beschlüsse des Direktoriums auf die schleunigste und mit dem Interesse und den Gesetzen des Staates sowohl als seines Faches übereinstimmendste Weise in Vollziehung gebracht hat: so hat er seine Pflichten erfüllt. An dem Vollz. Direktorium ist es, seine Vorschläge und Forderungen theils mit denen der anderen Minister, theils mit den Kräften, den Bedürfnissen und dem Interesse des gemeinen Wesens und den vorhandenen Gesetzen überhaupt zu vergleichen, und alle diese Ansprüche und Bedürfnisse einander gehörig zu coordiniren und unterzuordnen, oder gar, wenn es nicht anders seyn kann, und höhere Pflicht es gebietet, einander aufzuopfern.»

«Als Sprecher des geistlichen Standes, Stellvertreter seiner Rechte und Organ seiner Bedürfnisse, habe ich unverrückt folgende Grundsätze vor Augen gehabt und in Ausübung gebracht.»

«Ich habe gesucht, 1) den *status quo,* wo möglich und in allem, was durch die Constitution nicht wegfiel oder durch die Gesetze ausdrücklich abgeschaft oder durch die Umstände unmöglich worden war, unversehrt, die Rechte der Geistlichen ungekränkt, ihre Einkünfte ungeschmälert, und ihren veredelnden Einfluss auf Volksbelehrung und Versittlichung unvermindert, mithin der vorhandenen, nicht abgeschaften Ordnungen in Kraft zu erhalten, und selbst die Sittengerichte wieder herzustellen.»

«2) Aus diesem Zustande, ohne Zwang oder Beeinträchtigung des Rechts irgend einer Menschenklasse, einen vollkommenern zu entwickeln, worin die Existenz des geistlichen Standes und seine Rechte besser gesichert, seine Bedürfnisse vollständiger befriediget, sein Einfluss wohlthätiger gemacht würde, und seine Belehrungen eine immer moralischere Tendenz erhielten. Zu dem Ende habe ich z. B. den Versuch gewagt, denselben allmälig repräsentativ zu organisiren, und ihm dadurch mehr innere Kraft, Consistenz, Äusserungs- und Vertheidigungsmittel seiner Rechte zu verschaffen. Diesem Unternehmen ist aber von Seite der Geistlichkeit am meisten entgegengewirkt worden. Und ich habe mich gehütet, derselben etwas aufdringen zu wollen, was ihr nicht selbst einleuchten würde.»

«Ich habe mich zwar sorgfältig gehütet, Einmischungen des Staates in die innern Angelegenheiten der Kirche zu veranlassen; allein eine Wechselwirkung unter denselben unterhalten und befördert, damit sich die Regierung nicht daran gewöhne, den Staat als von jeder Sorge für die Kirche losgezählt anzusehen. Da weder die Verfassung noch die Gesetzgebung bisher bestimmt hat, in welchem Verhältnisse sie gegen einander stehen, ob die Staatsvorsteher sich auch wie unsere ehemalige Obrigkeit, als Kirchenvorsteher betrachte, ob die christliche Kirche als Nationalanstalt anzusehen seyen, oder ob diese Kirche eine ganz isolirte Gesellschaft bilde, gegen die der Staat keine andere Pflichten, als die eines Polizeyaufsehers und Schuldners, zu beobachten habe: so floss hieraus ein schwankendes Verhältniss, welches der Willkühr Raum gab, bald unbefugte Einmischungen, und bald sorglose Vernachlässigung erzeugte.

«Diesem Übel suchte ich vor allem aus dadurch zu begegnen, dass ich wiederholt auf eine Botschaft an die Gesetzgebung über diesen Gegenstand drang; und als es mir damit nicht gelingen wollte, so trachtete ich einerseits in allen Fällen, wo es auf Schutz, Wohlthun, Unterstützung, Erhaltung und Achtungsbezeigung ankam, die Regierung gegen die Kirche in Thätigkeit und Verbindung zu setzen; anderseits bedenkliche Einmischungen abzuhalten, wo sie zu Eingriffen in die Selbstständigkeit der Kirche hätten erwachsen können. Aber zu allen Zeiten und bei jedem Anlass stellte ich die Kirche als *persona moralis* vor, welche ein heiliges, ihr ausschliesslich zugehördendes, unveränderliches Eigenthum besäs-

se, welches der Staat zu schützen und zu erhalten schuldig sey. Immer sprach ich von diesem als von einem Schuldner, welcher die Kapitalien der Kirche in Händen habe, ihren Vorstehern und Dienern die Interessen davon regelmässig und ungeschmälert auszuzahlen und die Vertheilung und Anwendung dieses Geldes entweder bei dem Alten zu lassen, oder der Kirche selbst in ihren dazu ausdrücklich gewählten und bevollmächtigten Repräsentanten anheim zu stellen schuldig sey.»

b) Schlusswort S. 60–62. Vgl. dazu oben 1.6 und besonders 1.7.I.

Helvetische Kirchenlehrer! Ihr werdet in dieser aufrichtigen Enthüllung meiner geheimsten Denkweise die zarteste Schonung der Gewissens-Freyheit mit dem heiligen Interesse der Wahrheit und des Fortschritts der Religionswissenschaft in enger Vereinigung bey einander sehen.

Diese Erinnerungen seyen das Versöhnopfer, welches ich dem Vaterlande für die Verwendung der, meinen Amtspflichten entzogenen Augenblicke auf die Herausgabe dieser Blätter, zum Ersatz des Verlustes bringe!

Seyd überzeugt, Helvetische Religionsdiener aller Klassen, Bekenntnisse und Graden, dass mir nie nur der entfernteste Gedanke aufstieg, der christlichen Kirche irgend eine Neuerung aufzudringen, oder mich als Werkzeug irgend eines theophilanthropischen Umbildungsplans des Christenthums gebrauchen zu lassen. Seyd überzeugt, dass ich, in Übereinstimmung mit den republikanischen Grundsätzen, die ich angelobt habe, zu befolgen, und mit der grossen, ehrwürdigen Mehrheit der Helvetischen Geistlichkeit, zwar Erhaltung, immer sittlichere Tendenz, immer gemeinnützigere Wirksamkeit der Kirche Christi und möglichste Unterstützung ihrer Veredlungsanstalten durch den Staat wünsche, aber, in gleichem Grade, Unduldsamkeit, Verketzerung, Verfolgungsgeist, die Anmassungen einer herrschenwollenden Kirchenparthey, und die intolerante Reformationssucht eines philosophischen Hildenbrands in christlichen Hirtenkleidern, oder die zudringliche und abgeschmakte Neuerungslust eines Aufklärers verabscheue, der seine Privatmeynungen oder unverdaute Modeideen für Christenthum ausgiebt, und dem Volke mit spekulativem Schnickschnack und mit Hülfe alter Ausdrücke unter ganz verändertem Sinne seine trostvollsten und heilsamsten Lehren escamotiren will.

Wenn es mir, durch diese offenherzigen Ergiessungen, hie und da einen unbefangenen und redlichen Diener des Evangeliums, der an mir irre geworden war, weil man ihm sonderbare Begriffe von meinen philosophischen Reformationsplanen beygebracht hatte, von seinem Irrthume zu befreyen gelungen ist: so bin ich für die eckelhafte Nothwendigkeit, so viel von meinem Individuum haben sprechen zu müssen, hinreichend belohnt. Einen grösseren Erfolg erwarte ich nicht. Es fällt mir nicht im Traume bey, durch diese Blätter auf gereizte, im Tadel Trost, in Rekrimationen Selbstentschuldigung, in der bittersten Galle Bal-

sam für ihr wundes Herz, in der Vermehrung von politischen Schlachtopfern Ersaz für ihre Einbussen suchende, vom Gifthauch des politischen Fanatismus beyder Extreme angestekte Menschen, zum Vortheil der Unschuld und der Wahrheit, wirken zu wollen.

Engelszungen vermögen nichts auf starrsinnige Rechthaberey oder verblendete Leidenschaft; und vor jeder Täuschung sichert mich die innige Überzeugung, dass Dankbarkeit und Gerechtigkeit Forderungen sind, auf welche ein, seinem Gewissen folgender, Beamter in Zeiten und Ländern, die der Partheygeist brandmarkt und zerwühlt, schlechterdings Verzicht thun muss.

Bern, den 6ten Febr. 1800.

Stapfer als Gesandter der Helvetischen Republik in Paris

IV. Der Widerstand gegen die französische Absicht, 1802 das Wallis zu annektieren.
Notenwechsel mit dem französischen Aussenminister Talleyrand; BA, Kopien aus dem Pariser Gesandtschafts-Archiv 191, p. 213ff. Druck: ASHR VII, S. 1183ff. und Luginbühl Biogr. Anhang, Beil. VIII c, d, e. Note c auch: Stapfer, Mélanges I, p. LIXff. Dazu oben 2.4.VII und VIII, Anm. 62, 63, 64, 70.

a) Ministre des Relations extérieures au citoyen Stapfer, ministre plénipotentiaire de la République helvétique.

Paris, le 4 germinal, an 10 [25. März 1802].*
Citoyen,
J'ai mis sous les yeux du premier Consul la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser le 19 Ventose et la copie d'adresse qui y était jointe. Il m'a chargé de vous exprimer combien il a été peu satisfait de l'espèce d'ostentation que le gouvernement helvétique a mise à recevoir quelques individus se disant députés du Valais et à les admettre à déclamer contre les autorités françaises. Je suis chargé de vous déclarer qu'il reconnaît le Valais comme un peuple indépendant et qui, ayant toujours eu une constitution et une organisation séparée, doit être gouverné comme un Etat à part et sans aucune relation de concert ni de dépendance à l'égard de l'Helvétie. – Telles sont, Citoyen, les vues du Gouvernement de la République sur ce pays. En les contrariant, en accueillant les tentatives faites par des hommes inconsidérés pour s'opposer au bonheur de leurs concitoyens, votre gouvernement, je dois vous le dire, ne ferait que priver l'Helvétie du bien que le premier Consul est dans l'intention de lui faire.

Il est disposé a lui céder le Fricktal et d'autres parties du territoire que les événements de la guerre ont mis au pouvoir de la France. Mais s'il se vérifie que le gouvernement helvétique ait ouvert des négociacions pour obtenir de quelque

puissance que ce soit des concessions qu'il ne doit attendre que de la France, il peut être assuré d'avance qu'en manquant l'objet de ses démarches il perdra encore tous les fruits qu'il doit espérer des dispositions liberales du premier Consul. – Le premier Consul du reste ne connaît pas de Confédération helvétique; il ne reconnaît qu'une République helvétique. Si les anciens rapports que les soi-disant députés du Valais aiment tant à citer, pouvaient fonder une telle dénomination, il n'y aurait pas de raison pour qu'on n'en revînt pas à reconnaître et les Ligues grises et les peuples sujets et le droit de conquête etc. Je laisse au Gouvernement à tirer toutes les conséquences qui peuvent naître de telles inductions.

Recevez, je vous prie, Citoyen, l'assurance de ma haute considération.

Ch. Mau. Talleyrand.

* *Aufgrund der Kollation der Kopie mit dem Original im Archiv des französischen Ministeriums des Auswärtigen wird angenommen, der obige Text sei von Bonaparte persönlich diktiert worden.*

b) Ohne Instruktionen seiner Regierung abzuwarten, verfasste Stapfer seine Antwortnote:

Le ministre plénipotentiaire de la République helvétique au ministre des relations extérieures de la République française.

Le 27 [resp. 29?] mars 1802.

Citoyen Ministre,

Je manquerais à tous mes devoirs, si j'attendais de nouvelles instructions de mon gouvernement pour répondre à la lettre que vous m'avez fait l'honneur de m'adresser sous la date du 4 Germinal an 10. Il me suffit de la connaissance la plus superficielle des rapports qui existent entre les deux Républiques et des engagements aussi solennels que sacrés qui les lient mutuellement, pour mettre en évidence que jamais les droits de la nation helvétique sur le Valais ne peuvent être contestés, ni la conduite de son gouvernement à l'égard de cette contrée blâmée par les motifs que vous alléguez dans cette lettre. Non seulement le Valais est partie intégrante de l'Helvétie et partage toutes les destinées depuis des siècles, mais il n'aurait jamais été, même lors de l'existence de l'ancienne Confédération suisse, au pouvoir de l'Etat du Valais d'altérer ses relations avec les puissances étrangères, et encore moins de disposer de son sort, au préjudice et sans le consentement de ses confédérés helvétiques. Supposé donc que le lien qui unit aujourd'hui le Valais à la République helvétique ne fût pas plus fort que celui qui l'attachait anciennement aux cantons suisses, il serait encore impossible que l'Helvétie restât spectatrice passive des grands changements que ce pays doit éprouver; le devoir le plus impérieux prescrirait également au gouvernement helvétique, d'influer sur les modifications qu'il doit subir, et de prévenir autant que possible qu'elles ne portassent atteinte aux droits incontestables de la nation entière et aux intérêts majeurs qu'elles pourraient compromettre. A plus forte rai-

son ce gouvernement doit-il aujourd'hui veiller sur le sort de cet ancien Etat helvétique devenu partie intégrante d'une seule et même République. Eh! n'est-ce donc pas votre gouvernement, citoyen Ministre, qui, par la puissance des bayonnettes, a fondu le Valais, ainsi que tous les autres Etats helvétiques, dans une masse commune? ne sont-ce pas vos guerriers qui, à différentes reprises, ont porté le fer et le feu dans le Valais, pour forcer ses habitants à se laisser gouverner par des lois communes à toute l'Helvétie? N'est-ce pas vous, citoyen Ministre, qui avez signé le traité d'alliance de votre nation avec la République helvétique une et indivisible? Le Valais ne faisait-il pas alors partie essentielle de cette République, et le traité de Lunéville ne consacre-t-il pas toute l'étendue de notre territoire telle qu'elle était à l'époque de sa conclusion? – Certes le gouvernement helvétique ne songe pas à exercer des droits qui ne seraient pas les siens. Heureux s'il pouvait conserver ceux que la nation redemandera tôt ou tard de ses mains; il désire ardemment donner au premier Consul toutes les marques de reconnaissance, d'admiration et de déférence qui seront compatibles avec son honneur, et se borne à le prier de n'en pas exiger le sacrifice à des hommes déterminés à le conserver intact, pour prix de leurs travaux pénibles et des dégoûts dont on les abreuve. – Sûrement le premier Consul serait le premier a les mépriser comme des lâches, indignes de gouverner un peuple si brave et dévoué à sa patrie, s'ils ne donnaient pas à ce peuple tout l'appui qu'il a le droit d'exiger des ses gouvernants. Le premier Consul a déclaré plusieurs fois qu'une route militaire était la seule chose qui l'intéressait dans le Valais pour l'avantage de la République française. Cette déclaration est connue; elle est devenue le centre auquel se rattachent toutes les espérances. Que dirait le peuple suisse, qui chérit les Valaisans comme des frères; quelle serait l'indignation des braves Valaisans qui mettent leur bonheur ainsi que leur orgueil à rester Suisses, si le gouvernement helvétique donnait au sacrifice qu'on lui demande plus d'étendue que l'intérêt même de la France et la parole du premier Consul ne l'exigent! Mais que dira l'Europe, de voir les Français, après qu'ils avaient premièrement porté la dévastation et la mort dans le Valais, pour le rattacher par des nœuds plus forts à l'Helvétie, quelques instants après y porter le fléau de la discorde et le poids de l'autorité militaire la plus dure, pour l'arracher de nouveau à des liens qu'on venait de cimenter de sang pour les rendre plus forts? – Vraiment, citoyen Ministre, tous les motifs possibles de justice, d'humanité, d'honneur et de véritable gloire se réunissent pour engager le premier Consul à rendre aux Valaisans leur patrie et aux Suisses leur Valais, sous des conditions qui remplissent le seul but que la France peut se proposer. Ces conditions ne seront pas difficiles à stipuler dans le cours d'une négociation franche et amicale. Si mon gouvernement se refuse à des cessions qui ne sont pas de sa compétence; s'il ne se condamne pas à une inactivité qui trahirait les droits de la nation helvétique, je suis convaincu que le premier Consul et vous-même, citoyen Ministre, n'en estimez que davantage les membres du gouvernement helvétique, et que votre cœur plaide pour des hom-

mes qui, aux dépens de leur repos et sans aucun motif d'intérêt, remplissent si bien leurs devoirs. C'est cette conviction, c'est la noble ambition qu'ils ont de vous inspirer de l'estime qui leur donne le courage de persévérer dans le chemin d'honneur qu'ils ont suivi jusqu'à ce moment. Je vous prie d'agréer l'assurance réîtérée de ma haute considération.

Stapfer.

Die Reaktion auf Stapfers energische Demarche: derartiger Zorn Bonapartes und Verstimmung Talleyrands, dass der helvetische Gesandte mit der Abberufung rechnen musste. Landammann Redings Regierung hingegen liess Stapfer am 4. April 1802 durch den Staatssekretär Thormann die allgemeine Anerkennung aussprechen; protokollarisch: «Mittheilung von Acten betreffend Wallis [...] Allgemeine Befriedigung über die bezügliche Note des Gesandten vom 27. März, die gleichsam die Stimmung der Nation ausspreche». ASHR VII, S. 1188.

c) Drohende mündliche Vorhaltungen des Ministers Talleyrand wies Stapfer Mitte April 1802 schriftlich zurück und verwahrte sich gegen die Unterstellung, er habe sich als Unitarier mit seiner Aktion bei den regierenden Föderalisten anbiedern wollen. Zugleich appellierte er feierlich an den Ersten Konsul für das Wallis. Einleitend steht in der persönlich gefärbten ausführlichen Note:

Le Ministre plénipotentiaire de la République helvétique près la République française, au citoyen Talleyrand ministre des relations extérieures de la République française,
le 23 germinal, an 10 [13. April 1802].
Citoyen ministre,
Ce que vous m'avez fait l'honneur de me dire sur l'impression que ma seconde note relative au Valais a faite sur l'esprit du premier Consul, m'afflige profondément, non seulement parce qu'il est douloureux de déplaire au premier homme du siècle, mais bien plus encore, parce que le motif auquel il paraît attribuer cette note, serait aussi flétrissant pour moi qu'il est en opposition avec mon caractère et mes principes. C'est le désir de faire ma paix avec la majorité du sénat helvétique qui doit avoir dicté ma lettre du 8 germinal: mais, citoyen ministre, jamais calcul de l'intérêt personnel n'aurait été plus faux, car je vous assure sur mon honneur, que la diversité d'opinions qui règne dans le sénat ne porte point sur le Valais, ni sur le droit incontestable de la nation helvétique d'influer sur le sort de ce pays. Unitaires et fédéralistes, hommes dévoués à l'ancien régime et partisans des principes de la révolution, tous pensent d'une même manière sur le Valais; ce n'est pas à tel parti ou tel parti qu'on fait la cour; ce n'est pas telle ou telle couleur d'opinion à laquelle on sacrifie; ce sont les vœux de tous les Suisses qu'on remplit, ce sont les intérêts de la nation entière qu'on défend [...]

V Aus dem Briefwechsel mit Aloys Reding

Die nachfolgenden Dokumente illustrieren den Disput des helvetischen Gesandten mit dem durch den vierten Staatsstreich am 17. April 1802 von den Unitariern aus dem Amt verdrängten Landammann Aloys Reding. Dieser protestierte, im Vertrauen auf das ihm wenige Monate vorher von Bonaparte bezeigte Wohlwollen in Paris, schriftlich gegen die unitarische Aktion und beauftragte in einem Begleitbrief Stapfer, das Schreiben dem Ersten Konsul zu überreichen. Ein vom Gesandten entworfenes Konzept hält die Antwort an Reding auf dessen scharfe Vorwürfe gegen die politischen Gegner fest. Stapfer, wiewohl unitarisch gesinnt, machte deutlich, dass er in seiner Stellung einzig für das Landeswohl und im Interesse der nationalen Unabhängigkeit der Schweiz zu handeln gedenke.

*BA STA, Korrespondenzen III. Reding an Stapfer, Bern, 24. April 1802, und Konzept von Stapfers Antwort, Paris, 1. May 1802. – Vgl. oben 2.5.*II.

Reding erwartet von Stapfer:

«... in diesem entscheidenden Zeitpunkt mit Zuversicht, dass Sie an Ihrer Stelle ohne Rücksicht auf Ihre ehmaligen Freunde dasjenige thun werden, was Pflicht und Eid zum Vaterland von Ihnen fordert, und das ist, dem ersten Consul zu sagen, dass die arme Schweiz unter Mengaud nicht ärger sey bearbeitet worden, als sie es seit einigen Monaten ist; wenn er den usurpations Streich vom 17. April billige, so sey die ganze Nation überzeugt, dass er anstatt jener mir geäusserten wohlwollenden Gesinnungen für die Schweiz wirklich solche Absichten auf selbe haben müsse, zu welchen die wahren Vatterlands Freunde nicht nur keine Hand bieten sondern sich dagegen mit allen Kräften wenden müssen [...] Wie lange wird doch Frankreich noch sein treuloses Spiel mit der armen Schweiz führen? [...] Nun will ich durch Ihr Benehmen Gelegenheit haben, zu sehen, ob ich mich mit meinem Zutrauen auf Sie beim publico wird rechtfertigen können [sic] [...]»

Stapfer:

«Ich habe, lieber Herr Landammann, den Brief, womit Sie mich unter dem 24ten Aprils beehrten, richtig erhalten und den Einschluss sogleich an den Minister Talleyrand übergeben, damit er denselben ohne Verzug dem ersten Consul überreiche. Bonaparte wohnt seit mehreren Wochen in Malmaison und ist, den 15ten jedes Monats ausgenommen, für die auswärtigen Gesandten unzugangbar.

Was nun mein Benehmen bey dieser wie bey allen andern ordentlichen und ausserordentlichen Veranlassungen betrifft: so ist meine Pflicht, die Wahrheit zu sagen, nach Überzeugung zu sprechen und wo möglich zu verhüten, dass die grosse Sache der Unabhängigkeit meines Vaterlandes nicht durch den fatalen Geist der politischen Partheyen leide. Allein dass meine Bemühungen hier an dem Gang der Dinge und an den beschlossenen Planen etwas ändern können,

lass ich mir nicht einmal im Traum beykommen und kein unterrichteter und nachdenkender Beobachter der Tagsgeschichte wird sich einen Augenblick überreden können, dass ein diplomatischer Agent hier etwas vermöge. Hingegen kann ich Ihnen, mit der höchsten Wahrscheinlickeit sagen, was nun erfolgen wird.

Man wird Sie nun und Ihre Gegenparthey einander, ohne weder der einen noch der andern den geringsten Vorschub zu thun, sich eine Weile bekämpfen lassen, still zusehen, um inne zu werden, welche von beyden die wahre Nationalstimme für sich hat, und dann zu demjenigen Mann, welcher die tauglichsten Eigenschaften dazu zu besitzen scheinen wird, in folgender Sprache wenden: ‹Ihr seht, dass der Partheyenkampf in der Schweitz durch eigene Nationalanstrengung nicht zu Ende gebracht werden kann; wenn *Ihr Vicepräsident* der Helvetischen Republik seyn wollt, so will ich Euch das Übergewicht verschaffen.› Sollte dann der Schweitzer, dem man diesen Antrag thun wird, noch Vaterlandssinn genug haben, um den Triumph über seine Gegner um diesen Preis nicht erkaufen zu wollen, so wird man ihm zu Gemüthe führen, dass die Annahme des Vorschlags das einzige Mittel sey, die Schweitz zu retten und zu verhüten, dass sie in die deutsche Indemnitäten-Masse geworfen werde.*

Nun will ich nur noch eins zu meiner Prophezeiung hinzufügen, was Sie gewiss in Erstaunen setzen wird, allein nichts destoweniger eine ganz natürliche Folge der Begebenheiten und Herrschergesinnungen ist: Wenn Sie, Herr Reding, der Melzi der Schweiz seyn wollen und Ihnen der Preis der Stelle, was ich nimmermehr glaube, nicht theuer ist: so steht es ganz zuverlässig in Ihrer Gewalt.**

Sehn Sie, lieber Herr, die Briefe nach, die ich Ihnen gleich nach Ihrer Abreise von Paris schrieb, erinnern Sie sich an einige Ausdrücke und an den ganzen Ton desjenigen, den ein grosser Mann an Sie sandte, und vergleichen Sie dann damit, was sich bald entwickeln wird.

Wenn Sie mich nun fragen, was ich über dieses alles denke und was ich zu thun entschlossen sey, so will ich es Ihnen, ungeachtet ich als Helvetischer Gesandter in Paris mit dem Partheyenkampfe in der Schweitz eigentlich nichts zu thun und keinen andern Beruf habe, als die Aufträge der bestehenden Helvetischen Regierung zu erfüllen, ohne Rückhalt heraussagen, weil ich fest überzeugt bin, dass meine Denkungsart ebenfalls die Denkart aller *unbefangenen,* aufgeklärten und redlichen Vaterlandsfreunde ist.

Ich werde und kann nur so lange von der Helvetischen Regierung mich gebrauchen lassen, als ich überzeugt bin, dass Nationalwürde und Nationalselbstständigkeit der grosse Zweck ist, den sie beständig im Auge hat. Sobald ich diese Überzeugung nicht mehr habe und ich gewahr würde, dass man die Unabhängigkeit des Vaterlandes irgend einem Zwecke unterordnet, ziehe ich mich zurück.

Hingegen kann ich Ihnen meinen tiefen Schmerz nicht bergen, dass Sie dasjenige für die Schweiz nicht haben seyn wollen, was Sie hätten seyn können, der Mann der Nation, der Vereinigungspunkt aller noch so verschieden denkenden

Vaterlandsfreunde. Sie waren durch Ihren Namen, Ihren Kanton, Ihre Verdienste um die Vertheidigung desselben im Jahr 1798 ganz eigentlich dazu geschaffen gewesen, zwischen die Anhänger städtischer Innungsherrschaft und die unverständigen Demagogen hinzutreten, und durch die Unterstützung der liberalen Männer in der Nation verstärkt, dem politischen Hader ein Ende zu machen.

Allein, statt dieser Unbefangenheit und des *bloss* vaterländischen Sinnes, haben Sie den Verfechtern des Zunftinteresses und den Wiederherstellern der Stadtgildenvorrechte zu viel Einfluss auf Sie eingeräumt. Ich warnte Sie gleich am ersten Tage, da ich Sie hier in Paris zu sehen die Ehre hatte, dass Ihre habituelle Gesellschaft und die Überzeugung, dass Sie in den Händen eines Comités exaltierter Berner seyen und mehr die Leidenschaften dieser enragés als Ihre eigenen Grundsätze vertheidigten, Sie depopularisiren [?] und Ihnen den Kredit bey der Nation im allgemeinen nehmen werde. Dieses ist dann auch erfolgt.»

(Ende des Textes ohne Schlussformel)

* *Anspielung auf den damals unter französischem Einfluss im Gang befindlichen Auflösungs- und Neugliederungsprozess der Territorien im Deutschen Reich (Reichsdeputationshauptschluss 25. Februar 1803).*

** *Der Mailänder Aristokrat Francesco Melzi führte als Vizepräsident der Italienischen Republik von Anfang 1802 an in Mailand die Geschäfte für den zum Präsidenten ernannten Bonaparte.*

Zeittafel zu Philipp Albert Stapfers Leben

14. September 1766	geboren in Bern als ältestes von drei Geschwistern der Eltern Pfarrer Daniel Stapfer, Bürger von Brugg, und Sophie Louise Burnand von Moudon
1773–1780	Untere Schule (Lateinschule) in Bern
1780	Promotion ad publicas lectiones (Akademie)
1780–1789	Ausbildung zum Theologen an der Berner Akademie; Hinwendung zum Kantianismus
1789	Konsekration zum VDM (Verbi Divini Minister)
1789–1791	Studien an der Universität Göttingen und Bildungsreise nach Holland und England
1791	Lehrer für deutsche und lateinische Sprache und Altertumskunde am Politischen Institut, der patrizischen Standesschule, in Bern; Vorlesungen und Stellvertretung für seinen Onkel Professor Johannes Stapfer (Theologie) an der Akademie
1796	Wahl zu dessen Nachfolger als Professor der didaktischen Theologie; Freundeskreis von Karl Viktor von Bonstetten
1798	von März bis Juni Teilnahme an der diplomatischen Mission in Paris wegen Berns Kriegslasten
2. Mai 1798	Berufung zum Minister «der Wissenschaften und Künste, der öffentlichen Bauten und Strassen» der Helvetischen Republik; Formulierung einer zukunftsweisenden gesamtschweizerischen Bildungs- und Kulturpolitik; Vermittlung zwischen Kirche und Staat im Sinne eines vernünftigen Staatskirchentums
1. August 1798	Vermählung mit Marie-Madeleine-Pierrette Vincens aus Pariser Hugenottenfamilie
1800–1803	Gesandter der Helvetischen Republik in Paris; Koordinationsfunktion an der helvetischen Consulta anlässlich der Mediation Bonapartes
1803	Präsident der Liquidationskommission der Helvetischen Republik; Rückzug ins Privatleben
1803–1840	Dauernder Wohnsitz mit seiner Familie in Frankreich unter Verzicht auf ehrenvolle Berufungen in der Heimat; Erzie-

hung seiner zwei Söhne Charles (*1799) und Albert (*1802); Mittelpunkt gebildeter Zirkel in Paris mit dem Ziel, «in kosmopolitischer Absicht» deutsche und französische Literatur und Wissenschaft miteinander in Verbindung zu bringen; neben der schriftstellerischen Tätigkeit Mitarbeit an kirchlichen Hilfswerken; während der Restaurationsperiode ein Wortführer der französischen Protestanten; Alterssitz auf Schloss Talcy sur Mer im Loiregebiet

1835 Ehrenpromotion durch die juristische Fakultät der Berner Hochschule

27. März 1840 Tod in Paris; Beisetzung auf dem Friedhof Père-Lachaise

Aus Stapfers Grabinschrift:

«Je suis condamné au tribunal de Dieu
à cause de mes péchés. Mais je suis sauvé
par le sang de notre Seigneur Jésus-Christ.
J'ai examiné tous les systèmes et je
n'ai trouvé que des citernes crevassées.»

«Ich bin verworfen vor Gottes Richterstuhl
meiner Sünden wegen. Doch bin ich erlöst
durch das Blut unseres Herrn Jesus-Christus.
Alle Lehrgebäude habe ich geprüft und habe
nur geborstene Zisternen gefunden.»
(Übers. A. R.)

Anmerkungen

Vorwort
Seiten 9–11

1 Philipp Albert Stapfer. Eine Biographie. Im alten Bern vom Ancien régime zur Revolution (1766–1798). Verlag Peter Lang Bern, 1998.
2 Vgl. Philipp Albert Stapfers Briefwechsel 1789–1791 und Reisetagebuch. Hg. von Adolf Rohr. Aarau 1971.
3 Albert Jahn, Bonaparte, Talleyrand et Stapfer. 1800–1803. Zürich 1869.

1.1 Stapfer im Kraftfeld der Helvetischen Revolution
Seiten 15–33

1 Vgl. Biogr. 1766–1798 S. 277 ff. u. 306 ff. Aus den helvetischen Akten geht allerdings hervor, dass Stapfer seine Professur an der bernischen Akademie noch fast drei Jahre lang reservierte, wobei sein jüngerer Bruder Johann Friedrich die Stellvertretung innehatte. Erst vom Gesandtenposten in Paris teilte er am 4. März 1801 dem helvetischen Vollziehungsrat mit, er wünsche seine Professur aufzugeben, in Erwartung, sein Bruder, der sie inzwischen versehen habe, werde zum Nachfolger ernannt. Dies geschah denn auch. ASHR XVI, S. 73 Nr. 628.
2 BA HZA, Bd. 507 S. 17. «Arau d. 2. May 1798. An den Bürger Albrecht Stapfer (gestrichen: Professor der Gottesgelehrtheit) gegenwärtig Legations secretair bey dem Bernischen Abgeordneten in Paris». Dazu: ASHR I, S. 676. Prot. ds. Dir. «Wahl von Ministern: 2. Mai: für den öffentlichen Unterricht: (Phil. Alb.) Stapfer von Brugg [...] Annahme den 10. Mai schriftlich, von Paris aus, am 11. Juni mündlich erklärt; sodann wurde ihm für einige Tage Urlaub bewilligt».
3 Vgl. Albert Soboul, Die grosse Französische Revolution, dt. Übers. 2. A. Frankfurt 1962. – Condorcet, Marie-Jean-Antoine-Nicolas de Caritat, Marquis von (1743–1794) fiel dem jakobinischen Terror zum Opfer. Sein geistiges Vermächtnis war die kurz vor dem Tod verfasste Schrift «Esquisse d'un tableau historique des progrès de l'esprit humain», mit dem Grundgedanken von der ursprünglichen Güte und unbegrenzten Vervollkommnungsfähigkeit des Menschen und der ganzen Menschheit, sofern sie nur ihre Vernunft walten lasse.
4 Soboul a. a. O. S. 567, erwähnt einen Erlass des französischen Direktoriums von 1798 zur Eindämmung des Einflusses der konfessionellen Privatschulen auf die Mentalität der Schüler.
5 BA HZA Bd. 507 S. 21. Vgl. auch Biogr. 1766–1798, S. 310 ff. u. Anm. 10. In «Der Mythos von Paris» zeichnet Karlheinz Stierle das faszinierende Bild der durch die Revolution im Wandel begriffenen europäischen Kulturmetropole. München/Wien 1993. A. a. O. S. 14.
6 Helvet. Verf. v. 12. April 1798. Erster Titel, Haupt-Grundsätze 4. – Art. 14 legte deklamatorisch fest: «Der Hauptzweck des Bürgers ist die moralische Veredelung des menschlichen Geschlechts». – Art. 84 legte vier Ministerien fest, worunter: «[...] der Minister der Wissenschaften, schönen Künste, der öffentlichen Gebäude, Brücken und Strassen». – Die späthelvetischen Verfassungsentwürfe sprachen sich bestimmter aus über die Kompetenzen im Erziehungswesen, vielleicht eine Folge von Stapfers Erziehungsplanung.
7 ASHR I, S. 1222. 18. Mai 1798, Aarau. – Zu Stapfers Anteil an der Mission Lüthardt und den Verhandlungen in Paris vgl. Biogr. 1766–1798, Kap. 7.
8 Wydler II, S. 4. Paris, 28. April 1798.
9 BA STA. Korresp. Aarau, 21. Mai [17]98. – Über L. Bay s. Biogr. 1766–1798 S. 316 Anm. 15.
10 Dunant S. 50 Nr. 167. 15 Prairial (3. Juni) 1798.
11 ASHR I, S. 1134. – Über Stapfers zusätzliche persönliche Demarchen in Paris mit direkt an das französische Direktorium gerichteten Memoranden, beispielsweise hinsichtlich der Einschränkung der politischen Rechte der Geistlichkeit in der Helvetischen Verfassung, vgl. Biogr. 1766–1798 S. 295 ff.
12 ASHR II, S. 235. Erlass des französischen Regierungscommissärs Rapinat an das helvetische Direktorium. Zürich, 28. Prairial VI (16. Juni 1798).
13 QSG 11, Nrn. 3–8, 10, 11. – Am 1. August 1793 segnete Ith in der Kirche von Meyriez bei Murten Stapfers Ehe mit Marie-Madeleine-Pierrette Vincens aus Paris ein. Darüber im Nachfolgenden. Vgl. auch Biogr. 1766–1798 S. 306 u. Abb. XXVI.

[14] ASHR I, S. 1151. Beschlüsse der gesetzgebenden Räte über die Zahl der Minister. Aarau, 18. Mai 1798. ASHR II, S. 467, 2. Juli. Dieselben über ihre Fachbereiche. Luginbühl Biogr. S. 57 konstatiert einfach die Annahme als selbstverständlich, Kirche und Schule stünden wie vor der Revolution in engster Verbindung. – Vgl. auch Helvetische Verfassung Art. 84.

[15] ASHR I, S. 567 f. Erster Titel. Haupt-Grundsätze 6. Und: Dritter Titel. Politische Verhältnisse der Bürger. 26. Vgl. unten 1.6.

[16] Wernle Prot. Helv. I, S. 331.

[17] ASHR I, S. 1140 ff. u. Anm. 1, 2. Diesbezügliche Schriftwechsel von Mai bis Juli 1798.

[18] ASHR I, S. 1140 Anm. 2. – Die Französische Revolution strebte danach, auch auf diesem Gebiet neue einheitliche Massstäbe zu setzen, «d'organiser un meilleur système et de déterminer une unité de mesure pour convenir à tous les temps, à tous les peuples».

[19] ASHR I, S. 1141. Aarau, 11. Juli 1798 an Prof. Tralles in Bern. – Vgl. Biogr. 1766–1798 S. 52 f. sowie Briefwechsel 1789–1791 S. 77. – Nach dem Zusammenbruch der Helvetischen Republik verliess der renommierte Gelehrte Bern aus Enttäuschung über die unzureichende Dotierung seines Lehrstuhls und folgte 1804 einem Ruf an die Berliner Akademie.

[20] Das Schriftgut der gesetzgebenden, ausführenden und richterlichen Gewalt der Helv. Rep. hat als abgeschlossener historischer Bestand einen Umfang von mehreren tausend Folianten und ist im Schweiz. Bundesarchiv als «Zentralarchiv der Helvetischen Republik» gesammelt und erschlossen. Vgl. Schweiz. Bundesarchiv Inventare. Die wichtigsten Schriftstücke aus dem Helv. Zentralarch., ergänzt mit Dokumenten aus kantonalen, privaten und ausländischen Archiven in: Amtliche Sammlung der Akten aus der Zeit der Helv. Republik (1798–1803), bearb. v. Johannes Strickler u. Alfred Rufer, 16 Bde. 1886–1966. Sigle ASHR.

[21] Vgl. Andreas Fankhauser, Die Zentralbehörden des helvetischen Einheitsstaates. In: Itinera. Fasc. 15. Helvetik – neue Ansätze. Basel 1993. – Ders., Die Exekutive der Helvetischen Republik. Studien und Quellen 12. Schweiz. Bundesarchiv. Bern 1986.

[22] Die beiden Berneraargauer Rengger und Stapfer, beide aus Theologenfamilien in Bern, aber heimatberechtigt im aargauischen Brugg, zählten nun zum von Alt-Bern abgespaltenen neuen Kanton. An dessen Hauptort und helvetischem Regierungssitz Aarau kamen sie jetzt während einige Monate in engere Verbindung mit ihm. Daher setzten sie sich auch beim Übergang von der Helvetik zur Mediation sowie 1814/15 wirksam für seine Unabhängigkeit und liberale Entwicklung ein.

[23] ASHR IV, S. 1044 f.

[24] Vgl. die Studie von Peter Stadler, Die Hauptstadtfrage in der Schweiz 1798–1848. SZG 21 (1971), H. 4 S. 526–582. Und: Stefan Blank et al., Stadt im Aufbruch – Aarau um 1798. Notbehelfe, Neubauten und ein städtebaulicher Entwurf für die erste Hauptstadt der Schweiz. Sauerländer Aarau 1998.

[25] Vgl. Anm. 21. Fankhauser, Studien u. Quellen S. 175. – Aus der Eröffnungsrede des Präsidenten des Grossen Rates Hans Konrad Escher am 4. Oktober 1798 in Luzern spricht das patriotische Pathos der Helvetiker: Luzern ist im «Mittelpunkt des ächt klassischen Bodens von Helvetien gelegen, ganz in der Nähe von Rütli, Teilskapelle, Morgarten und Sempach, wo die tapferen Vorfahren [...] in mythischer Vergangenheit schon einmal für die Sache der Freiheit gekämpft hatten». Vgl. Anm. 24, Stadt im Aufbruch S. 33.

[26] Dass. S. 157. – Bürger Hunziker scheint im Mai 1798 in geheimer Aktion in Zürich liegende öffentliche Gelder vor dem Zugriff der Franzosen gerettet zu haben.

[27] ASHR I, S. 1069 f. – Am 14. September 1798 beschloss die Legislative, «dass vom Tage der ersten Sitzung in Lucern an alle Mitglieder der obersten Gewalten in ihrem Costume erscheinen sollen». Das Direktorium hielt seine erste Sitzung in Luzern am 24. September.

[28] Vgl. Abb. S. 83.

[29] Biogr. 1766–1798 S. 237 ff.

[30] ASHR II, S. 860 f. Aarau, 16. August 1798.

[31] Dass. S. 479.

[32] Vgl. dazu Biogr. 1766–1798 S. 306 u. Anm. 27.

[33] Biogr. 1766–1796 S. 306. Porträt Abb. XXVI u. S. 369.

[34] Luginbühl Biogr. S. 52 f.

[35] Ph. A. Stapfer 1766/1966. SchR Stapferhaus H. 3; dazu H. 12. – Der Autor verdankt den Familien Jean D. Lebel in St. Rémy-L'Honoré, P. D. Weisgerber in Paris, Dr. Hubert Debaste in La Rochelle (†) sowie Madame Lucienne Méha, Tavers, Präsidentin der Amis du Château et Moulin de Talcy, wichtige Hinweise sowie tätige Unterstützung bei französischen Amtsstellen.

[36] BA STA. Vgl. auch die Bibliogr. in Biogr. 1766–1798 S. 361 f.

[37] BA HZA Bd. 507 S. 25. Stapfer erhielt auch Dispens von der üblichen Verkündigung (bans) der Ehe.

[38] QSG 11, Nr. 5. Siselen, 6. August 1798. «In der Hoffnung, mein theuerster Freund, dass Sie von Evas und Hymenäus geleitet, den Ort Ihrer Bestimmung glücklich erreicht und den Faden der Geschäfte wieder aufgenommen haben [...]»

[39] Bonstettiana XXX. Sophienholm (Dän.), 6. September 1798. – Die in den 1790er-Jahren entstandene Freundschaft zwischen Bonstetten und Stapfer ist eine Sternstunde geistiger Beziehungen und wird von den Herausgebern der Briefkorrespondenzen *Bonstettiana* aufs Schönste dokumentiert. Vgl. auch Biogr.

1766–1798 S. 213 ff., 237 ff., 264 f., 272 u. Anm. 22.

40 Commune de Paris. Archives du Dép. de la Seine No. 215. Obwohl der protestantischen Religionsgemeinschaft zugehörig, war das Kind also vor der Revolution im katholischen Pfarreiregister St. Eustache einzutragen.

41 Lucienne Méha (vgl. Anm. 35) erforschte die Lebensläufe der Vorfahren von Stapfers Gattin, der späteren Erbin des Schlosses, das heute Museum ist. «Talcy au fil des ans», 3 Hefte in Privatkopien, ca. 1995.

42 Ihr Porträt im heutigen Schloss-Wohnmuseum Talcy befindet sich als Toile Nr. 114 in der Chambre Catherine de Médicis (die französische Königin soll anlässlich einer Konferenz mit den Hugenottenführern dort übernachtet haben). Es ist eines der eindrücklichsten Bildnisse daselbst, das Gesicht von leiser Melancholie überhaucht, der Blick der dunklen Augen ernst und prüfend, die Kleidung schlicht, jedoch geschmackvoll. Kein Schmuck, sondern insgesamt ein Anflug von calvinistischer Strenge.

43 Das erste erhaltene Porträt Stapfers, beschriftet «portrait présumé», gelangte vermutlich über die Tante seiner Gattin Anne-Sophie von Ernst-Gastebois nach Bern, wo es sich noch heute in Privatbesitz befindet. Die patrizische Verwandtschaft in Bern schrieb stets «de» Gastebois, weil Ludwig XIV. einem der Vorfahren den niederen Adelstitel «écuyer» verliehen hatte; nicht so die Chronistin von Schloss Talcy. Vgl. Rohr. Briefw. Tf. 1 u. S. 295; Biogr. 1766–1798 Abb. XI u. XXVI u. S. 367 ff.

44 Archives Nationales Paris. MC,CXVII 985. 16. prairial 6. Mariage. Le citoyen Stapfer et la citoyenne Vincens.

45 Méha, Talcy au fil des ans. Cahier «Le siècle des Stapfer». Facs. p. 15. Extrait du régistre des Actes de publication de mariage. Du neuf Messidor an six de la République.

1.2 Ideelle Grundsätze und politische Triebkräfte im Wechselspiel
Seiten 34–54

1 BA HZA Bd. 507, S. 17 ff. – Dazu oben 1.1.I u. Biogr. 1766–1798 S. 310 ff.

2 Fankhauser, vgl. oben 1.1.IV Anm. 21.

3 ASHR I S. 567. Erste Verfassung der helvetischen Republik. Erster Titel. Haupt-Grundsätze 4. 28. März bzw. 12. April 1798.

4 ASHR II S. 467 f. Aarau, 2. Juli 1798.

5 BA HZA Bd. 507 Bl. 27–30. Randvermerk: «Projet d'Organisation du Bureau du M. de l'Instruction publique ajourné le 1 Octobre.» Offensichtlich von Stapfer verfasst und unterzeichnet. Spätere Eingaben an das Direktorium sind von anderer Hand geschrieben.

6 Das. Bl. 31–39.

7 Vgl. zu den Studienjahren: Briefwechsel 1789–1791 passim und Biogr. 1766–1798 4.1–3 und 7.1 (Paris).

8 Vgl. Biogr. 1766–1798 5.

9 Wernle Prot. Helv. I, S. 1. Vgl. dazu unten 1.6: Das Kultusministerium.

10 Für den Minister selber setzten am 16. August 1798 die gesetzgebenden Räte ein Gehalt von 400 Dublonen fest, dazu freie Wohnung. ASHR II S. 860.

11 Fisch hatte als reformerisch gesinnter zweiter Stadtpfarrer in Aarau beim Umsturz eine Rolle gespielt und war dann aus dem geistlichen Stand ausgetreten. Dazu auch unten V. – Am 13. Mai 1798 gratulierte er dem ehemaligen Kollegen zur Ministerwahl unter anderem mit den Worten: «Du hast die Sorge für eine bessere Zukunft zu Deinem Antheil bekommen. Du sollst die Anstalten treffen, besseres, edleres, glücklicheres Geschlecht zu erziehen und wirst unsere Hoffnungen erfüllen». – Er selber habe gestern vor dem Grossen Rat seinem Pfarrdienst entsagt und sei zu dessen Sekretär ernannt worden. Doch sein Wunsch wäre, im Erziehungsministerium Stapfers Gehülfe zu sein. Auch der Direktor Bay sähe ihn auf diesem Posten. (BA STA. Aarau, 13. Mai 1798).

12 BA HZA Bd. 507, Bl. 31–39 u. 55–73. Die Blätter in Folioformat weisen einige sprachliche Korrekturen auf. Stapfer unterzeichnete den Text.

13 Vgl. oben 1.1.IV u. Anm. 24. «Projet d'agrandissement de la Commune d'Aarau». Der aus dem Elsass stammende Architekt stand im Spannungsfeld zwischen Spätbarock und Klassizismus und hatte bei der Ausbildung die Ideen der französischen Revolutionsarchitektur aufgenommen.

14 Zum schillernden Begriff «esprit public» vgl. Dict. Furet/Ozouf, S. 711 ff. – Für Stapfer wohl «Gemeingeist, Bürgergesinnung, Patriotismus». Fraglich ist die romantisierende Übersetzung «Volksgeist» in der deutschen Ausgabe des Krit. Wörterbuches Bd. 2, S. 1369 ff. – Stapfer hingegen in seinem Organisationsplan: «L'éducation qui opère sur le peuple en général, peut s'appeler formation de l'esprit publique et annoblissement du caractère national».

15 Fankhauser. Vgl. 1.1 Anm. 21.

16 BA HZA Bd. 507, Bl. 75 betr. Zschokke: «Das D[irectorium] gestattet Euch zufolge Eures Wunsches, den Bürger Zschokke aus Bündten in Euerm Bureau anzustellen. Denn es ist dem D[irectorium] angenehm, dass Männer von solchen Kenntnissen und Fähigkeiten angestellt werden». Vgl. dazu auch unten 1.5.

17 Vgl. oben S. 37 u. all. Dazu: Rev. AG S. 133.

18 Zur Charakteristik dieses «Revolutionspfarrers»: Während des Februar-Aufstands der

Aarauer griff er von der Kanzel aus mässigend ein und suchte dem Volk Sinn und Bedeutung der Umwälzung klarzumachen. Er sprach über die Bedeutung des eben errichteten Freiheitsbaumes, über Ordnung und Eintracht und wahre Vaterlandsliebe, erwähnte mit Ehrfurcht und Dank die Wohltaten der bisherigen Landesregierung und versicherte, nicht Eigennutz, nicht Unzufriedenheit, sondern der Geist der Zeit, die unwiderstehliche Kraft der wahren Freiheitsgrundsätze und der Drang der Umstände habe die Aarauer Patrioten bewogen, einen Schritt zu tun, den die Hauptstadt Bern, vom guten Genius des Vaterlandes geleitet, bald selbst nachahmen werde.

19 Siegfried Abt, Johann Rudolf Fischer von Bern. Frauenfeld 1882. Zur Begegnung mit Pestalozzi: Stadler I S. 444 f., II Kap. 3 passim. – Stapfers Ruf an ihn traf auf offene Bereitschaft. Davon spricht ein Brief des kongenialen zukünftigen Mitarbeiters: «Unter Ihrer Aufsicht zu arbeiten wird mir erwünscht seyn, denn ich sehe darinn Pfand eigenen grossen Gewinns, und Sie erhöhen den Werth desselben durch das freundschaftliche Verhältnis, das Sie mir zusichern. Ich bin gerührt über die offene humane Weise, mit der Sie mich in Ihr Bureau einladen. Sie haben zu mir eine Sprache geredet, die mir Muth einflösst». (BA STA – Höchstetten, 5. Oktober 1798).

20 Der vielsagende Titel: «Der Aufrichtige und wohlerfahrene Schweizerbote, welcher nach seiner Art einfältiglich erzählt, was sich im lieben schweizerischen Vaterlande zugetragen und was ausserdem die klugen Leute und die Narren in der Welt thun». – Böning urteilt auf S. 205: «Dieses Blatt mit seiner für schweizerische Verhältnisse riesigen Abonnentenzahl von mindestens 3000 wurde von den Zeitgenossen zu Recht als ‹Muster an Popularität› empfunden und darf als die grösste journalistische Leistung der Helvetischen Republik gelten».

21 BA HZA Bd. 507. Vgl. Näheres dazu unten 1.3.

22 BA HZA Bd. 507, Bl. 123.

23 Heinrich Zschokke ist einer der bedeutendsten Zeitzeugen der Helvetik, in seinem «Schweizerboten» auch etwa als unerschrockener Kritiker von Regierung und Verwaltung. Nach der Helvetik trat der unermüdliche Volksaufklärer und viel gelesene Autor in den Dienst seiner Wahlheimat, des neu geschaffenen Kantons Aargau. Als liberale Leitfigur trug er manches vom helvetischen Gedankengut in die nachfolgende Epoche hinüber. – Vgl. Paul Schaffroth, Heinrich Zschokke als Politiker und Publizist während der Restauration und Regeneration. Argovia 61 (1949). – Wolfgang von Wartburg, Die grossen Helvetiker. S. 120 ff. 1997. – Werner Ort, Der modernen Schweiz entgegen. Heinrich Zschokke prägt den Aargau. Baden 2003.

24 Hans Radspieler, Franz Xaver Bronner. Leben und Werk. Argovia 77/78 (1967). – Lebensbilder aus dem Aargau, S. 252–256. Aarau 1953.

25 Zit. Luginbühl Biogr. S. 212 ff. – Vgl. auch Theodor Schwegler, Geschichte der katholischen Kirche in der Schweiz. Stans 1943.

26 Vgl. Organisationsplan 30. Oktober 1798, f. 70.

27 BA HZA Bd. 507. Rapport S. 123 ff.

28 Stapfer blieb auch nach der Helvetik mit Pater Girard verbunden, dessen Pädagogik in Frankreich in hohem Ansehen stand, und machte sich anheischig, dem in Fribourg von den zurückberufenen Jesuiten Angefeindeten im Nachbarland Asyl zu verschaffen.

29 BA HZA Bd. 579. Eingabe Stapfers an das Dir. 27. November 1798.

30 Vgl. Anm. 26. Dazu die vielsagende Schlussbemerkung: «NB. Aucun de mes employés ne l'a été dans l'ancien régime».

1.3 Stapfer als Erziehungsminister Seiten 55–87

1 Vgl. die bibliografischen Angaben HBSG II, Anm. S. 828 ff. u. 837–839; Stadler II, S. 49 ff.; Böning, bes. S. 223 ff.

2 QSG 11, Nrn. 5–11. Am 9. Juli 1798 berichtete er von einer diesbezüglichen Abhandlung, die er hernach durch Stapfer zum Druck befördern liess: «Über die Grundlagen der Helvetischen Constitution und die Notwendigkeit eines darauf zu gründenden National-Instituts». – Am 6. August zum selben Thema: «In dem ersten Theil werde ich die Notwendigkeit einer solchen Anstalt theils aus der Erörterung jener Grundlagen der Einheit, der Repräsentation, der Gleichheit und Freiheit überhaupt, und theils besonders aus der Ansicht unseres Vaterlandes, seiner gegenwärtigen Beschaffenheit und seiner Bedürfnisse auf die neue Ordnung auffallend zu machen suchen».

3 BA HZA Bd. 577, S. 3.

4 Da Stapfer noch in Paris weilte, ging das im Mai verfasste Schreiben an den ihn vertretenden Justizminister Meyer von Schauensee. Dieser führte am 20. Mai mit Pestalozzi ein längeres Gespräch und empfahl dessen Vorschlag dem Direktorium. Es beschloss zuzuwarten, bis Stapfer da sei. Damit bahnte sich der Kontakt Pestalozzis zum Erziehungsminister an. Ein diesem am 25. Oktober 1798 eingereichter Plan zu einer Armen- und Industrieschule fand seine volle Zustimmung. Stapfer empfahl darauf im November dem Direktorium den Erzieher für die Führung des Waisenhauses in Stans. – Vgl. Luginbühl Biogr. S. 174 ff.

5 Wie Gertrud ihre Kinder lehrt. Burgdorf, Neujahrstag 1801. Vgl. Stadler II, S. 134 f.

6 Aus Stapfers Vorrede zur Publikation der Direktorialbotschaft vom 18. November 1798 mit dem Schulgesetzentwurf. ASHR III, S. 616.

7 Luginbühl Biogr. S. 80 u. 195 ff.

8 BA HZA Bd. 577, S. 9–11. Französisch und deutsch. Die französische Version anscheinend von Stapfer selber niedergeschrieben unter dem Titel: «Message sur les écoles des campagnes. Le Directoire exécutif de le République helvétique aux conseils législatifs».

9 ASHR II, S. 574 ff. Aarau, 19./20. Juli 1798. Debatte der gesetzgebenden Räte über die am 17. Juli vorgelegte Botschaft des Direktoriums über die dringende Notwendigkeit, ohne Verzug das öffentliche Erziehungswesen zu organisieren, insbesondere zuerst die «Primär-Schulen».

10 Dass. S. 607 ff. Text der dringlichen Verordnung betr. «Einsetzung von cantonalen Erziehungsräthen und Bezirks-Inspectoren nebst Bestimmungen über die Prüfung und Anstellung von Lehrern, die Leitung der höheren Schulen etc.» – Darauf erfolgte Anfang August eine parlamentarische Debatte, wobei eine Kommission den Inhalt des in Frage stehenden Direktorialbeschlusses zwar «vollkommen billigte», ihn sehr gut und nützlich fand, aber eben doch festhielt, das Direktorium habe seine verfassungsmässigen Befugnisse überschritten. Hierauf hatte der Minister den Räten gegenüber dieses Vorgehen zu rechtfertigen. Dabei umging der diplomatische Stapfer auf elegante Art die Grundsatzfrage der Gewaltentrennung, indem er betonte, die Exekutive habe aus Rücksicht auf die starke Arbeitsbelastung des Parlaments diesem die Regelung von Detailfragen ersparen wollen, in der Annahme, die in Frage stehende Verordnung entspreche ja auch den Absichten der Gesetzgeber, und es handle sich eigentlich bei den Erziehungsräten im Wesentlichen um die Anpassung der Bestimmungen über die ehemaligen akademischen Räte an die neue Verfassung, das heisst um den Fortschritt der Aufklärung und eine aktive und unparteiische Oberaufsicht. – Vgl. Luginbühl Biogr. S. 81 ff. unten, Anhang Beil. I. Auch Wernle Prot. Helv. I, S. 203.

11 Vgl. Biogr. 1766–1798, S. 297.

12 ASHR III, S. 314 ff. – Diesen Appell sekundierte fast gleichzeitig ein durch den Kabinettschef Fisch an die Regierungsstatthalter gehendes, zur Übermittlung an die Dorfgeistlichen bestimmtes persönliches Schreiben mit der Beteuerung: «Die helvet. Republik wird [...] ihre Würde und ihre Stärke auf die grösstmögliche Ausbildung des Verstandes ihrer Staatsbürger gründen. Die Verbesserung der Schulen, die Vervollkommnung des öffentlichen Unterrichts wird ihr heiligstes Mittel zum allgemeinen Volksglück ausmachen». ASHR III, S. 318.

13 Ausgerechnet der Kantianer Professor Ith – zur Zeit Seelsorger auf dem Land – warnte Stapfer beizeiten davor, die Geistlichen als «Sittenlehrer» statt als «Religionslehrer» oder «Kirchendiener» zu bezeichnen; denn das heisse «in den Augen des Volkes, besonders des katholischen, die Religion zu Grunde richten; es heisst das Christenthum durch Heidenthum verdrängen wollen». QSG 11, Nr. 3. Siselen, 9. Juli 1798. – Stapfer war sich der Bedeutung dieser Frage bewusst und ging denn auch am 15. Oktober in einem Kreisschreiben auf die Frage des Verhältnisses der Geistlichen als Religions- und Sittenlehrer des Volkes im neuen Staat ein: «An die Religionslehrer Helvetiens über ihre Pflichten und Bestimmung». Druck Luginbühl Biogr. Anh. VII. Dazu unten: Das Kultusministerium: 1.6 bes. IV.

14 Was meint «Veredlung», ein heutzutage ausser Gebrauch und Bedeutung gekommener Begriff? Für Stapfer und andere Kantianer unter den Helvetikern bedeuten «edle» Handlungen: «sofern man voraussetzt, dass dadurch noch mehr geleistet werde, als die eigentliche Pflicht, die Achtung für das Gesetz nothwendig erfordert [...]» und «insofern sie pflichtmässig, nicht aus ehrgeitzigen, sympathetischen oder schwärmerischen Gefühlen und mit grosser Aufopferung, d. h. mit Überwindung starker Neigungen ausgeübt werden [...]» C. Ch. E. Schmid, Wörterbuch zum Gebrauch der Kantischen Schriften, S. 196.

15 Vgl. Biogr. 1766–1798, S. 179 ff. «Die fruchtbarste Entwicklungsmethode der Anlagen des Menschen zufolge eines kritisch-philosophischen Entwurfs der Culturgeschichte unseres Geschlechts [...]» Inaugurationsrede 13. November 1792. Vgl. dazu Rohr, Von den geistigen Voraussetzungen für Ph. A. Stapfers helvetischen Erziehungsplan. 1960.

16 Vgl. Luginbühl Biogr. S. 91 ff., Druck Beil. II (franz. Version). BA HZA Bd. 1422.

17 ASHR III, S. 602 ff., von Stapfer Anfang Januar 1799 auch in eine Sammelpublikation aufgenommen, dass. S. 65 ff., s. unten.

18 Einer seiner grossen Verehrer, der bedeutende radikalliberale Arzt-Philosoph Ignaz Paul Vital Troxler, postulierte in der schweizerischen Regenerationsperiode die Schaffung einer Nationaluniversität unter ausdrücklicher Berufung auf den grossen Helvetiker.

19 ASHR III, S. 607 ff., Druck Luginbühl Biogr., Beil. III, sowie in der Sammelbroschüre «Entwurf der Instruktionen [...]», vgl. unten.

20 Zum Vergleich mit Stapfers «Projet», oben S. 64 f., hier das erweiterte Curriculum für den Elementarunterricht gemäss Gesetzesvorschlag: «Er müsste [...] ausser einer genauen Anleitung zum richtigen Lesen, Sprechen und Schreiben in der Muttersprache und Rechnen, sich über die Anfangsgründe der französischen Sprache, für das deutsche, der deut-

schen für das französische und beyder Sprachen für das italienische Helvetien, über die Planimetrie, einige Kenntniss der Naturgeschichte, der Physik, Geographie und Geschichte, die nützlichsten Gewerbe und Handwerke, den Bau des menschlichen Körpers, seine Verrichtungen und die notwendigsten Gesundheitsregeln, über die Hauswirtschaft und die Buchhaltung, die Konstitution, die wichtigsten Gesetze, die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Moral verbreiten».

[21] Gedruckt bei Gruner u. Gessner, National-Buchdruckerei. Luzern 1799. – Dazu ASHR XVI, S. 4f.: 1798, 22. Dez. V[ollziehungs] D[irektorium] verordnet, das vom Minister der Künste und Wissenschaften am 15. d. M. vorgelegte Projekt einer Instruktion für die Erziehungsräte und die Anleitung für Schulinspektoren soll als Zirkular in die Kantone verschickt werden. – 1799, 5. Jan. VD ermächtigt den Min. d. K. u. W. zum Druck der Instruktionen. – Die Inhaltsübersicht zeigt den Umfang der Themen: S. V-XVI Vorrede. S. 3–26 Bestimmung und Organisation der Erziehungsräthe. S. 27–54 Instruktion für die Schulinspektoren in den Distrikten. S. 55–58 Anhang (Prüfung und Erwählung der Schulmeister). S. 59–93 Zweyter Anhang. Einleitung Minister Stapfers zur nachfolgenden Publikation der Direktorialbotschaft an die Gesetzgeber vom 18. November 1798 und Vorschlag eines Gesetzes für die untern Bürgerschulen. S. 94–100 Nachricht über die beygedruckten Fragen an die Schullehrer und Fragen über den Zustand der Schulen an jedem Orte. – Vgl. dazu Anhang Beil. I, S. 389 ff. Vorrede.

[22] Vgl. oben Abschnitte II–IV.

[23] Vgl. Abschn. IV.

[24] Angaben ASHR XVI, S. 260–290.

[25] Anrede Stapfers an die Erziehungsräte und Schulinspektoren des Kantons Luzern. BA HZA Bd. 1451. Druck Luginbühl Biogr. Beil. V S. 549 ff. – Die Rede wird auch hier im Anhang als Beil. II, S. 393 ff. abgedruckt.

[26] Vgl. Biogr. 1766–1798, S. 179 ff.

[27] Vgl. Anm. 21 u. Abschn. V. – Die beim Ministerium einlaufenden Bogen füllten etwa 20 Bde. Vgl. ASHR XVI, S. 260–290.

[28] Das Direktorium beauftragte am 12. März 1799 Minister Stapfer, die eingegangenen Antworten eines jeden Kantons kurz und kritisch zu beleuchten und auf Ende Monat drucken zu lassen. ASHR XVI, S. 262.

[29] Vgl. 1.2. Anm. 12.

[30] ASHR II, S. 610 Art. XII.

[31] Vgl. oben Abschn. IV.

[32] Vgl. seine Korrespondenz mit Stapfer im Sommer 1798. QSG 11, Nrn. 3–9, dazu die diesem unterbreitete und dann auch zum Druck beförderte Abhandlung «Ideen zur National-Erziehung Helvetiens». Ith drängte nicht zuletzt auf die Gründung einer Nationaluniversität, weil er hoffte, zu deren Leitung berufen zu werden.

[33] Darüber oben Abschn. IV, S. 66 f.

[34] ASHR III, S. 1082 f.

[35] Mélanges I, p. 479 f.

[36] ASHR IV, S. 581 ff.

[37] Stapfers lateinische Frühschriften auf der Berner Akademie, insbes. «De natura, conditore et incrementis Reipublicae ethicae», 1797. Vgl. Biogr. 1766–1798, S. 244 ff.

[38] Briefwechsel 1789–1791 S. 160 f.

[39] Zit. Luginbühl Biogr. S. 129 f.

[40] Hier möge das schöne Wort Paul Wernles über Stapfers Schirmherrschaft für Pestalozzi stehen: «Aber was bedeuteten alle diese Gründungsversuche [sc. für Lehrerbildungsanstalten] neben der einen Tatsache, dass die helvetische Regierung und ihr Minister Stapfer es ihrem grössten Bürger *Heinrich Pestalozzi* ermöglichten, auf die richtige Bahn zu kommen, wohin sein Genius ihn wies, und seine berühmte Methode zu finden und zu erproben». Prot. Helv. I. S. 238. – Vgl. auch Luginbühl Biogr. S. 171–195.

[41] Vgl. Stadler II, Kap. 2 u. 3.

[42] Zit. Luginbühl Biogr. S. 191 aus BA HZA Bd. 579.

[43] Zit. Stadler II, S. 52.

[44] Tillier I, S. 235.

[45] ASHR III, S. 1057 f.

[46] A. a. O. S. X. – Der Kontrast zu einem seiner frühern Departementsberichte könnte nicht schärfer sein, wo er noch geklagt hatte: «Les notions de liberté confuses et fausses que l'ignorance engendre et que les passions propagent ont porté l'indiscipline et l'anarchie dans les écoles. Beaucoup de parents croient par la révolution avoir acquis le droit de priver leurs enfants des avantages inappréciables de l'instruction. Le mal est surtout augmenté par les actes arbitraires de destitution et d'élection des maîtres d'écoles que les communes se permettent et qui découragent les meilleurs instituteurs». Zit. Luginbühl Biogr. S. 136 f.

[47] Der von Stapfer geschätzte und zunächst für die Leitung des Büros für Nationalkultur vorgesehene Zschokke realisierte in den verschiedenen Landesteilen im Kontakt mit der Bevölkerung deren Stimmung etwa ein Jahr nach dem politischen Umbruch und hielt seine Eindrücke in den «Historischen Denkwürdigkeiten» für die Nachwelt fest. Bei aller Kritik blieb er den Idealzielen der helvetischen Revolution treu. Vgl. auch Markus Kutter, Der Anfang der modernen Schweiz, S. 87.

[48] Zit. Luginbühl Biogr. S. 142. – Zum Beweis für Stapfers Beschwerde S. 147 ff. Angaben über die helvetischen Generalrechnungstabellen für das Erziehungswesen.

[49] Vgl. oben Abschn. IV. S. 63.

[50] Bonstettiana VIII/1, S. 360 ff., Bern, 20. November 1799.

1.4 Im Schatten des Kriegsjahres 1799
Seiten 88–95

1 In einem nach Luzern gehenden Brief Iths steht am 31. Januar 1799 bezeichnenderweise: «Ich kenne Ihre Geschäfte, mein vortrefflicher Freund, und Antworten auf meine Briefe von Ihnen fordern, wäre Unbescheidenheit. Erlauben Sie mir nur, dass ich Ihnen in vorkommenden Angelegenheiten schreiben dürfe, und erinnern Sie Ihren werthen Secretär, es bisweilen gegen mich zu thun». QSG 11, Nr. 11.

2 Vgl. den von Wydler herausgegebenen Briefwechsel über vier Jahrzehnte.

3 Frdl. Mitteilung durch Frau Evelyn Boesch betr. die im StALU vorhandenen Briefe Louise Stapfers an Josephine Meyer von Schauensee-Rüttimann. – Louise Stapfer verlobte sich im September 1798 mit Samuel Schnell aus Burgdorf (1775–1849), Richter am obersten helvetischen Gerichtshof, also einen Monat nach der Heirat ihres Bruders.

4 StALU PA 919/19176.

5 Dorothea Finsler-Escher, Gattin des Finanzministers Hans Konrad Finsler aus Zürich.

6 Marie-Aimée Steck-Guichelin (1776–1821) aus Paris, Dichterin und Übersetzerin, Gattin des Generalsekretärs des helvetischen Direktoriums, beide mit Stapfer befreundet.

7 S. Anm. 3.

8 S. Anm. 4. Aarau, 8. August 1798.

9 ASHR III, S. 1277 ff. Die Akten ergeben ein Hin und Her hinsichtlich unklarer Kompetenzen zwischen Ministerien, Verwaltungskammer und Munizipalität. Es ist die Rede von Unordnungen und Dilapidationen. Das Direktorium entgegnete zum Beispiel den Vorhaltungen der Legislative, der relativ hohe Betrag für das Bureau des Ministers der Künste und Wissenschaften betrage nur deswegen so viel, «weil man genöthigt war, drei kleine schlechte Häuser zu vereinigen, um ein geräumiges für das Bureau und den Minister zu erhalten».

10 BA HZA Bd. 507, S. 127 ff.

11 A. a. O.

12 Vgl. Biogr. 1766–1798, bes. S. 95 ff. Dazu Briefwechsel 1789–1798 Nr. 14. Der Arzt J. G. Zimmermann an Stapfers Vater. Hannover, 23. April 1790.

13 BA STA, Korrespondenzen II.

14 ASHR IV, S. 643. Luzern, 1799, 28. Mai. Vorschriften betr. die ev. Abreise nach einem andern Regierungssitz.

15 Dass. S. 645.

16 Zit. Hilty S. 327 ff. aus BA HZA Bd. 293.

17 «Les mêmes vices qui dérangent la marche du Directoire Exécutif affectent plus ou moins les Bureaux de plusieurs ministères». – Mit dem ehemaligen Direktor, sie beide grundsätzlich unitarisch gesinnt, unterhielt Stapfer später einen freundschaftlichen Briefwechsel. Zur Erinnerung an das gemeinsame Wirken während der Helvetik vermachte Laharpe dem ehemaligen Erziehungsminister 1837 eine kostbare Ovid-Ausgabe, «comme souvenir des travaux qu'il entreprit, dans le but de réformer l'éducation publique, et de rendre les Suisses dignes de la liberté qu'ils recouvrèrent en 1798. C'est à lui qu'appartient l'organisation des *Conseils d'éducation,* qui obtint dans le temps l'approbation de tous ceux, qui désirent voir la liberté reposer sur les lumières». – Zit. Hilty S. 364 f.

18 Oben S. 86 f.

19 Die zwei Jahre ältere Schwester von Stapfers Gattin, Louise Elisabeth Bouffé-Vincens (1777–1850), genannt Betsi. Vgl. Typoskript Lucienne Méha, Talcy au fil des ans. Le siècle des Stapfer. S. 5.

1.5 Helvetische Kulturpläne
Seiten 96–120

1 Vgl. Ulrich Im Hof, François de Capitani, Die Helvetische Gesellschaft. 1983. Sowie Emil Erne, Die Schweiz. Sozietäten. 1988. S. 35–40.

2 Vgl. oben 1.2.

3 Vgl. oben 1.2 Abschn. III u. IV.

4 BA HZA Bd. 507, f. 28 f.

5 A. a. O. p. 717.

6 BA HZA Bd. 507, f. 56.

7 BA HZA Bd. 507, f. 75. Vgl. oben 1.2.V. Stapfers Mitarbeiterstab.

8 Stapfers Schreiben, Luzern, 2. November 1798 abgedr. b. Luginbühl Biogr. S. 263 aus BA HZA Bd. 1497.

9 Eine Selbstschau von Heinrich Zschokke. 1. Teil, Aarau 1843, S. 100 f.

10 BA HZA Bd. 507. Stapfers Ministerialakten. Vgl. oben 1.2.V.

11 Anm. 9.

12 Vgl. Luginbühl Biogr. S. 265 ff. Wernle Prot. Helv. I, S. 267 ff. – Vaterländisch-gemeinnützige Gesellschaften entstanden in Bern, Basel, Zürich, Winterthur und Schwyz. Nach Luzerner Vorbild legten sie programmatisch fest: Beförderung des vaterländischen Gemeingeistes und des wahren Patriotismus im Gegensatz zum Kantonsgeist, dem oligarchischen Föderalismus und der Anarchie, ferner Aufklärung des helvetischen Volkes über seine wichtigsten Angelegenheiten, endlich Aufmunterung der Wissenschaften, des Kunstfleisses und nützlicher Gewerbe aller Art im Vaterlande. Abgemahnt wurde von Themen der Politik, Theologie und philosophischer Spekulation.

13 A. a. O. S. 101 f. – Ausdrücklich hielt Zschokke fest: «Und so rein von politischen Einmischungen hielten sie sich, dass selbst die erbittertsten Gegner der neuen Staatsordnung ihnen nicht den Vorwurf von Jakobinerei machen konnten».

[14] ASHR II, S. 591.
[15] Zit. Luginbühl Biogr. S. 231.
[16] Einer der geistigen Erben der Helvetik, der liberal-radikale Vordenker des modernen Bundesstaates I. P. V. Troxler, schrieb in seiner tiefsinnigen Abhandlung «Über die Freiheit der Presse [...]»: «Pressfreiheit ist eine Wiederherstellung der Seelenfreiheit, die der Aufhebung der Leibeigenschaft entspricht». Schweizerisches Museum 1816. Polit. Schr. hg. von A. Rohr. Bd. 1, S. 500 ff.
[17] A. a. O. S. 68. – In seinen Presseplänen postulierte er neben politischen auch soziale und kulturelle Ziele: Verbreitung nützlicher Einsichten über Gewerbe, Haus-, Land- und Staatswirtschaft, Pflichten und Rechte des Bürgers und der verschiedenen Beamten, Bildung und Veredlung des Volkscharakters, Erweckung der Vaterlandsliebe, Erschaffung des Gemeingeistes.
[18] Helvetisches Volksblatt S. 1–9. Druck ASHR II, S. 1060 ff. – Vgl. dazu Böning S. 201 ff. u. ders., Zeitungen für das Volk während der Helvetischen Republik. 4. Helvetik-Kolloquium 1995.
[19] Ein unabhängiges Presseorgan hätte, wie er einräumt, eigentlich dem Wunsch der Regierung, bzw. seiner persönlichen Einstellung entsprochen, «denn die Erfahrung beweist, dass auch in diesem Fache das Produkt der freien, durch keine Rücksicht als die des öffentlichen Wohls geleiteten Menschenkraft besser und gefälliger wird, als was auf Befehl der Staatsbeamten und obrigkeitliche Veranstaltung geschieht».
[20] Vgl. Anm. 18.
[21] ASHR III, S. 1260. Luzern, 28. Februar 1799.
[22] ASHR III, S. 738. 20. Dezember[?] 1798. Zschokke berief sich gegenüber dem Minister Stapfer auf «das heilige Recht, welches mir die Constitution gewährt – Pressfreiheit».
[23] Prot. Helv. I, S. 262. Vgl. über Zschokke auch oben 1.2.V u. Anm. 19, 22.
[24] Vgl. oben Anm. 9. Zschokke, Zitat S. 102.
[25] Seine Wahlheimat, der in der Helvetik neu geschaffene Kanton Aargau, hat dem fruchtbaren aufklärerischen Publizisten, dem liberal gesinnten Politiker und gemeinnützigen Philantropen unweit des ersten Regierungssitzes der Helvetischen Republik ein Standbild errichtet.
[26] Vgl. Biogr. 1766–1798 4 u. 7.1.
[27] Vgl. oben 1.2, Anm. 5.
[28] Vgl. oben 1.2, Anm. 12.
[29] Vgl. oben 1.2.V.
[30] ASHR XVI, S. 120 f.
[31] Dass. S. 120. Kreisschreiben des Ministers der K. u. W. an die Erziehungsräte über den Bestand an Bibliotheken und Kunstsammlungen. Im Nov. u. Dez. 1798 ging eine Umfrage an alle Buchhändler des Landes. Dass. S. 92. Deren Ergebnis war ein Indiz für den tiefen Bildungsstand mancher Landesgegenden und erhärtete die Forderung nach Erwachsenenbildung neben den Elementarschulen.
[32] ASHR II, S. 850 f. Aarau. 10. August 1798 – Dazu auch: Hanspeter Marti, Zwei Klosterbibliotheken in der Zeit der Helvetik und aus helvetischer Sicht. Helvetik-Kolloquium 1995, S. 41 ff. Dass. Peter H. Kamber, Luzern: Bibliotheken und ihr Publikum im helvetischen Luzern. S. 36 ff.
[33] ASHR XVI, S. 120.
[34] Dass. S. 126. Dazu Luginbühl Biogr. S. 287 f. – Der im September 1800 zum Generalinspektor der helvetischen Bibliotheken ernannte Luzerner Josef Anton Balthasar hatte sich noch bis zum Ende der Helvetischen Republik mit der Frage zu befassen. Stapfer verhalf dazu, dass die einmalige Sammlung – sie wird erst in der Gegenwart wissenschaftlich aufgearbeitet – von seinem Heimatkanton Aargau erworben werden konnte. Vgl. auch: Rev. AG S. 126 f.
[35] Vgl. Luginbühl Biogr. S. 277 ff., bes. S. 284 f.
[36] ASHR III, S. 787. Luzern, 15. Dezember 1798. – Übrigens hatte sich Stapfer kurz nach Amtsantritt gegen die blindwütige Zerstörung «interessanter Monumente» gestellt, «nur weil der Hass gegen die Oligarchie soweit ging, dass alle alten Herrschaftszeichen zerstört wurden, gleichgültig, wo sie sich befanden». Dieser Vandalismus war offensichtlich durch den rabiaten französischen Kommissar Rapinat angestiftet worden. ASHR XVI, S. 134.
[37] Eingabe Stapfers an das Direktorium vom 15. April 1799. BA HZA Bd. 583. Zit. Luginbühl Biogr. S. 295 f., dazu ASHR XVI, S. 135.
[38] Pierre Chessex, Documents pour servir à l'histoire des arts sous la République Helvétique. Lausanne 1980 und: Helvetik-Kolloquium 1995, Les artistes de la République Helvétique.
[39] Der Maler Karl Ludwig Zehender schlug einen Kurs über bildende Kunst vor, der Bildhauer Johann Valentin Sonnenschein eine freie Zeichnungs-Akademie. Vgl. Hans Gustav Keller, Minister Stapfer und die Künstlergesellschaft in Bern. Thun 1945. – Dazu ASHR XVI, S. 133.
[40] Vgl. Anm. 39, Zit. S. 9 ff.
[41] ASHR XVI, S. 131, dazu Luginbühl Biogr. S. 296 ff.
[42] ASHR III, S. 1081 f., vgl. auch oben 1.3.IIIff., bes. VII.
[43] Briefwechsel 1789–1791 Nr. 27a.
[44] Luginbühl Biogr. S. 302 f. zit. aus BA HZA Bd. 1479. Zur wiederholten Anfrage jenes Gesuchstellers auch ASHR XVI, S. 139 f.
[45] ASHR IV, S. 544. Luzern, 16. Mai 1799. Dazu auch Wernle Prot. Helv. I S. 536 ff. – Die Senatoren Usteri und Pfyffer plädierten zwar grundsätzlich gegen derart einengende Verfügungen. «Aber die Zeitumstände! Welchen Eindruck wird dies auf das Volk machen, wenn man in *Luzern* Komödie spielt. Das

Volk glaubt, Schauspiele seien eine böse Lustbarkeit. So ist es ein Vorurteil des Volkes wie viele andere, denen die Gesetzgeber entgegenarbeiten sollen»; so Pfyffer.

46 Vgl. Luginbühl Biogr. S. 272 ff., Wernle. Prot. Helv. I S. 272 ff., Böning S. 211 f., F. de Capitani, Rituale der «Religion civile». In: Itinera Fasc. 15, 1993, S. 25 ff., ders. Die Ideen der Franz. Revolution und die schweizerische Festkultur. In: Jahresber. 1989 Schweiz. Akad. d. Geisteswiss. S. 15 ff.

47 ASHR I, S. 1063.

48 ASHR II, S. 521–527, 544 f., 577 f., 602 f., 781 ff.

49 ASHR II, S. 781 ff. 6. August 1798; Luginbühl Biogr. S. 275 u. Druck Beil. VI.

50 ASHR III, S. 1375. Gutachten des Ministers vom 16. März 1799.

51 ASHR III, S. 1055 u. 1065. Anträge im Parlament und Gesetzesbeschluss, «[...] in Erwägung, dass Volksfeste den Patriotismus und die Bande der Einigkeit und Bruderliebe immer stärker knüpfen [...]» – S. 1315 gesetzliche Vorschrift für die Feier des 12. April aufgrund eines Kommissionsvorschlages. – S. 1352 Direktorialbeschluss zur Durchführung des Festes entsprechend dem Antrag des Ministers der Künste und Wissenschaften vom 14. März. – S. 1394 ff. Anweisung der Räte, die Direktorialverfügung über die Feier des gesetzlichen Nationalfestes zurückzunehmen. 21. März 1799.

52 ASHR IV, S. 96 ff. Aufschub der Feier des Bürgerfestes. 5. April 1799.

53 ASHR III, S. 1374 ff. – Die Anspielung auf die aktuelle politische Lage des Frühjahrs 1799 ist deutlich.

54 Gemäss obrigkeitlicher Weisung fand am 5. April 1799 zu Glarus ein Nationalfest statt, wurde indes von Unruhen überschattet und verfehlte damit gerade die von Stapfer angestrebte Wirkung.

55 Vgl. Biogr. 1766–1798 S. 261 f. – Zur Mission Johannes von Müllers im November 1797 im Auftrag Österreichs.

1.6 Das Kultusministerium
Seiten 121–146

1 ASHR I, S. 567 f. Erster Titel. Hauptgrundsätze 6. Und: Dritter Titel. Politische Verhältnisse der Bürger. 26.

2 Oben 1.1.II, 1.2.II, IV.

3 Anm. 2.

4 Prot. Helv. I, S. 85. Er fusst auf Stapfers Schrift «Versuch eines Beweises der göttlichen Sendung und Würde Jesu aus seinem Charakter». 1797. Vgl. dazu Biogr. 1766–1798, S. 249 ff.

5 Anm. 4, dass. S. 253.

6 Vgl. Biogr. 1766–1798, 4.1.IV.

7 Vgl. Briefwechsel 1789–1791, bes. Nr. 7.

8 Edward Gibbon, History of the Decline and Fall of the Roman Empire, erschienen zwischen 1776 und 1788.

9 Widmungsschreiben zur gedruckten Rede an Johann Georg Zimmermann, königlich-britannischer Leibarzt in Hannover. Briefwechsel 1789–1791 Anh. Nr. 2. 2. Februar 1793. Vgl. auch Biogr. 1766–1798, 5.5.2.

10 Anm. 9, a. a. O. 5.4.

11 Vgl. Anm. 4.

12 Biogr. 1766–1798, 7.1.IV. Die Mission Lüthardt-Stapfer nach Paris, März 1798.

13 Dunant S. 11.

14 ASHR I, S. 1182, auch für das Folgende. – Kirchenpolitisch Zurückhaltung übte der Minister auf die Anfrage des Regierungsstatthalters von Luzern, wie man es mit der Fronleichnamsprozession halten solle. Da die Regierung sich nicht in religiöse Gegenstände einmische und die Gesetzgebung keine Verfügung über den äusserlichen Gottesdienst getroffen habe, solle man bei der bisherigen Übung bleiben, aber wachen, «dass dabei die Schranken der guten Ordnung und Ruhe nicht überschritten werden».

15 Vgl. 1.2. II.

16 1.4. Anm. 18.

17 Stapfer, Einige Bemerkungen ... S. 43.

18 Vgl. oben 1.2, Organisationspläne 1.3. bes. III.

19 Biogr. 1766–1798, bes. 5.2., 5.4.

20 Vgl. Anm. 17.

21 Zit. Luginbühl Biogr. S. 315 nach BA HZA Bd. 563. – Die distanzierte Haltung im Direktorium gegenüber der Kirche brachte der Direktor Glayre gegenüber einigen Waadtländer Pfarrern zum Ausdruck mit den Worten, in den Augen der Oberbehörde seien sie bloss «instituteurs de morale, qu'il surveille et salarie. Voilà en deux mots [...] comment la religion est envisagé sous le régime actuel.» ASHR XVI, S. 146.

22 Vgl. Anm. 17. Dass. S. 6 f. u. für das Folgende S. 8 f.

23 Anm. 22, a. a. O. S. 16.

24 dass. S. 14 f.

25 ASHR Iff. passim.

26 Zu denken ist an seine Reaktion auf die unhaltbaren Vorwürfe des bernischen Kirchenrates im Jahr 1800 oder an polemische Urteile über gewisse katholische Kleriker, über Klöster und Mönchtum.

27 QSG 11, Nr. 3. Siselen, 9. Juli 1798.

28 Anm. 27 Nr. 6. Siselen, 25. September 1798. – Zu Stapfers theologischer Genealogie vgl. Biogr. 1766–1798, 2.

29 Text Luginbühl Biogr. S. 320 f. anhand BA HZA Bd. 1422.

30 Paul Bernet, Der Kanton Luzern zur Zeit der Helvetik. Luzern 1993. Vf. zeigt, wie die Pläne des mit Stapfer in Verbindung stehenden Luzerner Theologen Thaddäus Müller zur Reform der bischöflichen Kirchenstruktur und

Ämterhierarchie an den äusseren Bedingungen und inner-klerikalem Widerstand scheiterten.

31 Vgl. Anm. 17, a. a. O. S. 14 f.

32 Vgl. oben 1.3.III.

33 «Der Minister der Künste und Wissenschaften der einen und unteilbaren helvetischen Republik an die Religionslehrer Helvetiens über ihre Pflichten und Bestimmung». 15. Oktober 1798. BA HZA 1342. Druck: Luginbühl Biogr. Beil. VII, S. 559 ff. Vgl. 1.3.III Anm. 13. Und: Kreisschreiben des Ministers der K. u. W. «An die Religionslehrer Helvetiens». 30. Oktober 1798. ASHR III, S. 314 ff., auch: Luginbühl Biogr. S. 85–91. Dazu 1.3.III.

34 In diesem Zusammenhang sei auch auf Biogr. 1766–1798, 5.4. verwiesen, auf Stapfers Gedankengänge in seiner lateinischen Antrittsvorlesung an der Berner Akademie 1796. «De natura, conditore et incrementis Reipublicae Ethicae». Er handelt vom Endzustand der Geschichte unter dem Gebot des Gewissens, vom Reich Gottes auf Erden. Um es zu gründen, ist der Stifter des Christentums erschienen.

35 Vgl. oben 1.3.VI.

36 ASHR III, S. 314 ff. Kreisschreiben des Ministers der Künste und Wissenschaften «An die Religionslehrer Helvetiens»; dazu auch oben 1.3.III.

37 Vgl. oben 1.5.V.

38 Druck: Luginbühl Biogr. Beil. VI, S. 557 f.

39 Zit. Wernle Prot. Helv. I, S. 285.

40 Dazu die Akten ASHR II, S. 746. – Wernle Prot. Helv. I, S. 288. «Mit der Feier des Bettags treffen wir den Punkt, wo Religion und Politik sich schneiden, die Religion ganz vaterländisch und der Patriotismus ganz religiös zu sein unternimmt».

41 Anm. 39.

42 Dass. Zit. S. 299.

43 Text und Begleitakten ASHR IV, S. 1169 ff.

44 Anm. 43. A. a. O. S. 1173. – Stapfer verband mit seinem bereits an den oben genannten Regierungsstatthalter des Kantons Léman abgesandten und erst danach unterbundenen Zirkular noch ein sehr persönliches Anliegen. Er war besorgt darüber, dass die Waadtländer Geistlichen sich beschwerten, der Minister wolle die christliche Religion durch einen philosophischen Kult, «la morale de Kant», ersetzen.

45 Vgl. oben III. Es gab Berichte, wonach verarmte Pfarrfamilien gezwungen waren, ihre Kinder reihum im Dorf an den Mittagstisch zu schicken.

46 ASHR II, S. 941; dazu auch Luginbühl Biogr. S. 322 und Wernle Prot. Helv. I, S. 338, 555 ff.

47 Luginbühl S. 328 nach BA HZA 563.

48 ASHR XVI, S. 240 ff. – Dazu aus protestantischer Sicht: Wernle I, S. 490 ff., aus katholischer: Bernet, Der Kanton Luzern zur Zeit der Helvetik, S. 382 ff.

49 Luginbühl S. 333.

50 «Der Helvetische Minister der Künste und Wissenschaften an die Religionslehrer Helvetiens und die Grenzkantone insbesondere». Zit. Luginbühl Biogr. S. 331 f.

51 Veröffentlichung allerdings erst im März 1800.

52 «Sur la repourvue des cures». Zit. Wernle Prot. Helv. I, S. 549.

53 ASHR XVI, Nr. 1229b.

54 ASHR XVI, Nr. 1267. 2./3. Februar 1800. Stapfer an alle Regierungsstatthalter.

55 Vgl. Itinera, Fasc. 15, 1993. Insbes. die beiden konzisen Beiträge von Alban Norbert Lüber, Die Stellung des katholischen Klerus zur Helvetischen Republik, und Erich Wenneker, Die Stellung der reformierten Pfarrer zur Helvetik. Dazu auch Paul Bernet Anm. 48.

56 QSG 11, Nr. 8.

57 Vgl. ASHR XVI, S. 143 ff., bes. Anh. S. 291–341. – So kritisierte das stift-st. gallische Ordinariat die kirchenpolizeilichen Verordnungen des Direktoriums und warf dem Unterrichtsminister Unkenntnis der geltenden Bestimmungen über Kollaturen u. a. m. vor. Es pochte auf die hierarchische Ordnung: «Sollte dieses Band zerrissen werden, so würde die Religion in ihrem Wesen angegriffen». ASHR II, S. 972 ff. Stapfer replizierte ungehalten unter Hinweis auf das zivile Oberaufsichtsrecht in Kirchensachen von alters her. – So auch im Februar 1800 für einen Beschluss des Vollziehungsausschusses betreffend das obrigkeitliche Plazet, bezogen auf beide Konfessionen, aus Anlass eines Hirtenbriefs des Bischofs von Lausanne über den Tod des Papstes Pius VI. ASHR V, S. 719 ff. Dazu Tillier II, S. 133 f. u. Wernle Prot. Helv. II S. 31–33.

58 ASHR XVI, Nr. 1738. Oktober 1798.

59 Anm. 58, a. a. O. Nr. 1891. 20. Februar 1799.

60 Anm. 58, a. a. O. Nr. 1893. 21. Mai 1799. Stapfer betonte aber: «Diese Überzeugung kann freilich niemandem aufgezwungen werden, aber Ihr, die Ihr sie habt, entschliesset Euch, wieder Teil an der Welt zu nehmen».

61 Vgl. dazu Anm. 55. Lüber, S. 58 ff.

62 ASHR V, S. 660. 17./20. Januar 1800.

63 Dass. S. 669. Beschluss des Vollziehungs-Ausschusses vom 22. Januar 1800.

64 ASHR V, S. 1319. So bei der Erläuterung der Hauptgrundsätze für die neue Verfassung.

65 ASHR V, S. 808 f. Eingabe des Ministers an den Vollziehungsausschuss 25. März 1800, in französischer Sprache. – Die Verhandlungen über die Einsetzung von Sitten- und Polizeigerichten Februar–Juni 1800 S. 801–814.

1.7 Die Krise Stapfers und das Ende der Ministertätigkeit
Seiten 147–168

1 Vgl. Biogr. 1766–1798 passim, bes. S. 53 ff.; auch oben 1.6.III u. Anm. 27.

[2] Druck: Herzog Anh. S. 120 ff. – «Der Kirchenrath des Kantons Bern an den Vollziehungs-Ausschuss.» – Dazu Luginbühl Biogr. S. 348 ff., Wernle Prot. Helv. I, S. 588 f., II, S. 16 ff., Kurt Guggisberg, Bernische Kirchengeschichte, S. 551 ff.

[3] Ein Dekret am Tag darauf bestätigte Stapfers Kompetenzen. Vgl. 1.6 Anm. 63.

[4] 29. Januar 1800, zit. Wernle a. a. O. II, S. 18 ff., ebenso Lavaters Antwort vom 1. Februar 1800.

[5] Gedruckt in der Nationalbuchdruckerei in Bern im Februar 1800. Vgl. dazu auch oben 1.6.III. – Vgl. Anhang Beil. III, S. 400 ff. Auszüge aus Stapfers Verteidigungsschrift.

[6] Anm. 5.

[7] Zu Stapfers Theologie vgl. Biogr. 1766–1798, 5.2 u. bes. 5.4. Auch der Ansatz während des Göttinger Studienjahres 1789/90, 4.1.

[8] Biogr. 1766–1798, 3 u. 5.1, 5.3. Die mit Bonstetten befreundete deutsch-dänische Schriftstellerin schrieb 1797 in ihrem Berner Tagebuch von Iths «Elephantenschritt in der Conversation».

[9] QSG 11, Nr. 11. Siselen, 31. Januar 1799. – Am 15. Juli hatte es geheissen: «Wie glücklich, dass das Fach der Wissenschaften gerade dem Mann in die Hände fiel, der nach dem allgemeinen Urtheil, selbst nach dem einmüthigen Gefühl aller seiner vormaligen Lehrer der würdigste war, dasselbe zu führen». Dass. Nr. 4, insgesamt Nr. 3–11. Bezeichnung Stapfers als «Haupt der Kirche», «Vertheidiger ihrer Rechte», «Beschützer der Religion und ihrer Lehrer».

[10] Darüber Wernle a. a. O. II, S. 221 ff. Am 2. Dezember 1800 Lavater († 3. Januar 1801) an Müslin: «Nun noch zwei einzige Worte kann ich lieber Müslin, mit harter Not diktieren».

[11] A. a. O. S. 20.

[12] Anm. 10, a. a. O. S. 34. – Die ein Jahr danach tastend erfolgte formelle Versöhnung mit Ith ging bezeichnenderweise von Stapfer in Paris aus.

[13] Einige Bemerkungen ..., Anh. S. 66 ff. Öffentliche Erklärung Stapfers auf eine Notiz in Das Neue republikanische Blatt, Nr. 40 vom 29. Januar 1800.

[14] Anm. 10. Brief vom 2. Oktober 1800. Zit. a. a. O. S. 34

[15] BA STA. Bern, 19. Heumonat 1804.

[16] An der auf den Münsterplatz in Bern mündenden Herrengasse lagen die Amtswohnungen der Münsterpfarrer und Theologieprofessoren.

[17] Vgl. über Pfarrer Daniel Stapfer: Biogr. 1766–1798, 2.II. – Auf die Pfarrer-Enquête des helvetischen Ministeriums gab er auf die Frage nach seiner Lieblingsbeschäftigung lakonisch zur Antwort: «Was zur Religion gehört».

[18] Vgl. oben 1.3.IX, Anm. 50; 1.4.III, Anm. 19. – Über das Fazit des Unheilsjahres 1799: «Un pauvre Ministre d'une République gueuse, d'un clergé aux abois, d'écoles désorganisées et des batimens ruinés [...]»

[19] Stapfer war am Regierungssitz in Bern in einem Wattenwyl-Haus eingemietet, vermutlich an der ihm von Jugend an vertrauten Herrengasse.

[20] Bonstettiana VIII/1. Kopenhagen, 17. Dezember 1799.

[21] BA HZA Bd. 507, f. 149. – Karl Wild (1765–1848) aus bernischer Patrizierfamilie, im helvetischen Staatsdienst, versah Stapfers Ressort zweimal provisorisch, im Juli 1800 und 1801; nach 1803 eidgenössischer Bundesarchivar. Im August 1800 löste ihn im Erziehungsministerium Albrecht Friedrich May von Schadau (1773–1853) ab, jedoch nur für kurze Zeit. Wild war ein Berner Jugendfreund Stapfers, der noch lange mit ihm in vertrautem Briefwechsel stand. Vgl. BA STA, Korresp. IV.

[22] BA STA J I 66. – Das Porträt der jungen Frau in Biogr. 1766–1798, Abb. XXVI. – Dazu Notiz in den Akten zu Verhandlungen des Vollziehungsausschusses vom 8. Juli 1800 (BA HZA Bd. 563, p. 629–633), Stapfer habe am 8. Juli 1800 die letzte Audienz im Vollziehungsausschuss gehabt und habe alsbald den ihm bewilligten Urlaub angetreten. ASHR V, S. 1405.

[23] Abb. S. 160. Das Porträt befindet sich auf Schloss Talcy, Stapfers Tusculum und Altersitz. Château de Talcy, no. d'inventaire T. 195. Autor unbekannt. «Début XIXe s.». – Reproduktion dank freundlicher Vermittlung durch Madame M. Tissier de Mallerais, Conservateur en Chef du Patrimoine, Schloss Chaumont. – Zum Vergleich: Porträt Munier, Frontispiz Kurzbiographie Stapfer. SchR Stapferhaus H. 12; Porträt Chéradame, Frontispiz Biographie Stapfer 1766–1798.

[24] Bern, 24. Juli 1800. Zit. Luginbühl, Polit. JbS 20 (1906), S. 83 ff.

[25] Dass. S. 88. Bern, 8.–12. August 1800.

[26] Dass. S. 91. Bern, 10. August 1800.

[27] Karl Friedrich Reinhard (1761–1837), aus Württemberg gebürtig, Theologiestudium, Eintritt in den französischen Staatsdienst, unter der Direktorialregierung Minister des Äussern, vom Februar 1800 bis September 1801 Gesandter in der Schweiz. Er begünstigte zunächst die von Senator Usteri geleitete Parteigruppierung der Republikaner, der auch Stapfer nahe stand und die durch den zweiten Staatsstreich vom 7. August 1800 die radikalrevolutionären «Patrioten» zurückdrängte, mit dem Ziel, einer Aristokratie der Bildung und der Talente die politische Führung zu übertragen. Reinhard sollte aber dafür sorgen, dass in der Schweiz vorerst alles in der Schwebe blieb.

[28] QSG 11, Nr. 13. Bern, 30. Messidor Jahr 8 (19. Juli 1800). An Stapfers private Wohnadresse übermittelt.

[29] Einer der Söhne des grossen Albrecht von Haller. Seit den 1770er-Jahren Bankier in Paris. Während Bonapartes Italienfeldzug 1796/97 «Administrateur des finances de l'armée d'Italie», d. h. Schatzmeister des Generals und Exekutor von dessen Konfiskationen. Später beim Ersten Konsul von bedeutendem Einfluss hinter den Kulissen, neben dem offiziellen Vertreter der Helvetischen Republik Jenner. – H. war seit Jugendjahren mit Karl Viktor von Bonstetten befreundet. Daher zahlreiche Bezugspunkte in den Bonstettiana I/1 ff.

[30] Vgl. Biogr. 1766–1798, 7.1, S. 177 ff.

[31] Der helvetische Gesandte in Paris Jenner zu Stapfers Sendung: «In diesem Zeitpunkte langte der helvetische Minister Stapfer in Paris an, in eigenen Angelegenheiten zwar [der Zweck seiner Reise war nämlich Besuch bei Verwandten]; doch hatte er auch den Auftrag, sich mit mir gegen die Absichten der gesetzgebenden Räthe, welche den Vollziehungsrath zu stürzen suchten sowie zu einem gemeinschaftlichen Begehren an die französische Regierung, um die Auslieferung Laharpes zu vereinigen». – Jenner S. 77.

[32] Bern, 5. September 1800. – Wild wünschte die Ablösung, weil er zum Bürochef des Gesetzgebenden Rates gewählt worden war. ASHR XVI, S. 2. 12. August 1800.

[33] ASHR XVI, S. 2. Ernennung durch den Vollziehungsrat am 13. August 1800. Er gab das Amt allerdings ein Vierteljahr später wieder auf, wonach der Vollziehungsrat am 12. Dezember 1800 den ehemaligen Luzerner Chorherrn Johann Melchior Mohr (1762–1846) als Erziehungsminister berief. Als ehemaliger Offizier war er in den geistlichen Stand getreten, entsagte ihm in der Helvetik und diente als Sekretär beim Minister des Auswärtigen.

[34] Jenner S. 77 f.

[35] Dass. Beil. 69.

[36] Dass. S. 78 und Beil. 70.

[37] QSG 11, Nr. 15. Talcy sur Mer, den 18. August 1800. Zu diesem später für Stapfer bedeutungsvollen Ort: Schloss und Umschwung 1780 von der früh verwitweten Grossmutter seiner Gattin als «campagne» für sich und ihre Familie erworben, kam nach 1830 im Erbgang an Frau Stapfer. – Zu Usteris Erklärung im Senat am 7. August: Seine eindringliche Mahnung zur Mässigung und Austrittserklärung anlässlich der tumultuösen Vertagung der gesetzgebenden Räte. ASHR V, S. 1522.

[38] Der Verfasser, aufklärerischer Unitarier, ging vom Grundsatz aus, dass sich Einheit und Nation gegenseitig bedingen. Die Verfassung müsse dem Charakter eines Volkes entsprechen, was bei Ochs nicht der Fall war. Das Einheitssystem soll die für die Schweiz unabdingbare Neutralität garantieren. Kuhns Schrift gab Stichworte für Stapfers zukünftige diplomatische Mission in Paris. Vgl. QSG 11, Nr. 15 ff.

[39] Dass. Nr. 16. Paris, 8. September 1800.

[40] Karl Viktor von Bonstetten klagte am 30. Dezember 1800 von Kopenhagen aus dem Zürcher Freund und Verleger Johann Heinrich Füssli: «Wer ist an Stapfersstelle Minister der Wissenschaften. Ich denke die Stelle und Sache vacat». Bonstettiana VIII/2, S. 646.

[41] A. a. O. S. 630 u. 646.

[42] QSG 12, Nr. 179. Bern, 15. Augstmonat 1812.

[43] «An die Religionslehrer Helvetiens über ihre Pflichten und Bestimmung». Vgl. oben 1.3.III.

[44] ASHR III, S. 602–607. Vgl. oben 1.3.IV.

[45] Dass. u. 1.3.V u. VI.

[46] Anm. 43.

2.1 Der Wechsel auf den Gesandtenposten Seiten 171–184

[1] Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Herder Bd. 201 f., S. 169.

[2] Zur Teilnahme Stapfers an der Mission Lüthardt in Paris von März bis Juni 1798 vgl. Biogr. 1766–1798 Kap. 7, S. 277 ff.

[3] Über Zeltners Schwierigkeiten vgl. ASHR I, S. 833 u. a.

[4] ASHR V, S. 495. Direktorialbeschluss vom 18. November 1799. Zeltner hatte Anfang November um Entlassung ersucht. Mit der Entsendung Jenners auf diese Erkundungsmission bahnte sich die erste Ablösung auf dem Pariser Gesandtenposten an.

[5] Dass. S. 500. 8. Dezember 1799. Zeltner an den helvetischen Aussenminister.

[6] Dass. S. 663.

[7] Dass. S. 692. Karl Friedrich Zimmermann am 25. Januar 1800 in den geheimen Verhandlungen der Räte.

[8] Dass. S. 703. 1. Februar 1800. Über allem lastet die Besorgnis, die Schweiz könnte wie im Jahr zuvor zum Kriegsschauplatz werden.

[9] ASHR V, S. 705. Paris, 15. Februar 1800. Jenner an den helvetischen Vollziehungsausschuss. Vgl. die gleichlautenden Versicherungen des Ersten Konsuls anlässlich der Vorstellung Jenners vor dem diplomatischen Corps.

[10] Vgl. oben 1.7.III u. Anm. 27.

[11] ASHR V, S. 829 ff. Paris, Mitte Januar 1800? Rapport du ministre Talleyrand au premier Consul sur la mission du citoyen Reinhard en Suisse.

[12] Dass. S. 992. Paris, 22. Juni 1800.

[13] Dass. S. 1096 ff.

[14] Dass. S. 1100. Paris, 26. Mai 1800.

[15] Vgl. 1.7.III.

[16] ASHR V, S. 1128 f. 21. Mai 1800, abends. Vertrauliche Verhandlung des französischen Gesandten mit dem Vollziehungs-Ausschuss und Abgeordneten der gesetzgebenden Räthe.

[17] Vgl. 1.7.III.

[18] QSG 11, Nr. 14. Paris, den 22. Thermidor, Jahr

8 (10. August 1800). Kuhn verfocht als gemässigter Unitarier die Einheit und das Repräsentativsystem, lehnte aber zugleich eine radikale Demokratisierung als verfrüht ab. Hingegen stellte er sich entschieden gegen jeden Föderalismus als dezentralisierende Auflösung, als Gefahr einer Restauration und sah eine bundesstaatliche Zwischenlösung noch nicht gegeben. – Das implizite Eingeständnis Roederers im Brief, die französische Invasion von 1798 habe sich zerstörerisch ausgewirkt, lässt aufhorchen und gewährte einen Hoffnungsschimmer: «La paix en vous rendant votre liberté vous rendra aussi votre gloire et votre prosperité».

19 Dass. Nr. 15. An Paul Usteri. Talcy sur Mer, den 18. August 1800. Hier wird erstmals der spätere Ruhe- und Alterssitz Stapfers erwähnt, das im Loiregebiet gelegene geschichtsträchtige, idyllische Schlossgut im Besitz der Familie seiner Gattin.

20 Jahn Nr. l. Paris, le 31 Juillet 1800. Le Ministre des Arts et des Sciences à la Commission Exécutive Helvétique.

21 Vgl. 1.7. III, IV.

22 QSG 11. Nr. 16. Paris, 8. September 1800. An Paul Usteri.

23 Jahn Nr. 2. Paris, 8. September 1800. Le Ministre des Arts et Sciences de la République Helvétique une et indivisible au Conseil exécutif.

24 Dass. Nr. 5. Le Ministre plénipotentiaire de la République helvétique près la République Française au citoyen Bégos, Ministre des Relations extérieures de la République Helvétique à Berne. Paris, 28. September 1800.

25 Luginbühl Hg. in Polit. JbS 1906, S. 98 ff. Bern, 2. Oktober 1800. – Vgl. oben 1.7.II.

26 Ernennungsdekret vom 12. Dezember 1800 (Entwurf mit stilistischen Korrekturen). BA HZA Bd. 793, p. 339. Abb. – Zum gleichen Termin beauftragte der Vollziehungsrat «den Bürger Melchior Mohr von Lucern,vormals Chef de bureau für auswärtige Angelegenheiten» mit der einstweiligen Geschäftsführung des Ministeriums der Künste und Wissenschaften. ASHR VI, S. 453.

27 Jahn Nr. 15. Paris, 25. Dezember 1800. Vgl. oben Anm. 21.

28 Jenner Beil. 70, S. 196.

29 Dass. S. 70 f. Zum gesellschaftlichen Umfeld der Besitzerin bemerkte er: «Bei ihr, so wie bei der bekannten Frau von Montesson [Witwe des vorletzten Herzogs von Orléans], die das gleiche Gebäude bewohnte und auerlesene Gesellschaft des alten und neuen Hofes um sich versammelte, fand ich freundliche Aufnahme, die mir grosses Interesse bot».

30 Anm. 28.

2.2 Helvetische Diplomatie im Schatten des französischen Konsularregimes
Seiten 185–226

1 Tillier II, S. 175. – Die diplomatische Korrespondenz nach Bern ging bis zum föderalistischen Staatsstreich im Oktober 1801 an Stapfers bisherigen Ministerkollegen, den Waadtländer *Louis Bégoz* (Bégos, 1763–1827) aus Aubonne. Der juristisch gebildete gemässigte Unitarier spielte von Anfang an eine wichtige Rolle in der helvetischen Politik und in der Waadt. Engere persönliche Beziehungen zu Stapfer sind nicht nachweisbar.

2 A. Jenner. Brunnadern, 14. Dezember 1800. Polit. JbS 20 (1906), S. 107.

3 Dunant S. LXIVff. La mission de Reinhard. Feb. 1800 – Sept. 1801.

4 Jahn S. 1 Nr. l. Paris, 31. Juli 1800. Le Ministre des arts et sciences à la Commission Executive Helvétique.

5 Vgl. Dunant. Seine Dokumentation aus den Pariser Archiven.

6 Dass. S. 382. 14. Oktober 1800.

7 Dass. S. 410. 17. Januar 1801.

8 Dass. S. 406. 12. Januar 1801.

9 Jahn Nr. 3, S. 3 ff. Paris, 17. September 1800.

10 A. a. O. S. 9, Nr. 5. Paris, 28. September 1800. Vgl. oben Anm. 1.

11 A. a. O. S. 14 f. Nr. 6. Paris, 4. Oktober 1800. Restauranda ... Das Wehrwesen unserer Vorfahren ist zu erneuern.

12 A. a. O. S. 9. Nr. 4. u. 5. Paris, 24. u. 28. September 1800.

13 Vgl. Anm. 11.

14 Vielseitig begabter Arzt und Naturforscher, dann der führende Kopf im helvetischen Senat sowie in den Folgebehörden. Eifriger, liberal gesinnter Republikaner. Als Herausgeber des politischen Blattes «Der schweizerische Republikaner» «der Erste auf Schweizerboden, der Politik und Presse in engste Verbindung brachte» (Guggenbühl I, S. 84). Stapfer rühmte, ihm verdanke in erster Linie die Presse ihre Entwicklung, Veredlung und Freiheit (QSG 11, S. CXLI).

15 Vgl. oben 2.1.II.

16 QSG 11. Nr. 16. Paris, 8. September 1800. Das Schreiben liess er durch den aus Paris abreisenden Amtsvorgänger Jenner dem Adressaten übermitteln und bemerkte dazu: «Man fängt schon an, auf der Post meine Briefe zu öffnen; ich habe Spuren davon».

17 Briefwechsel 1789–1791 Anh. Nr. 1. Bern, 21. Januar 1792. – Rückblickend schilderte Stapfer, damals Lehrer am Patrizierinstitut, seinem Mentor während der Göttinger Zeit, dem Hofarzt Johann Georg Zimmermann, jene Vorgänge: «Sieyès ist bey weitem die Hauptperson in der Assemblée constituée, selbst Mirabeau nicht ausgenommen. Wenn schon die Revolution vielleicht auch ohne ihn vorgegangen wäre, so hätte sie doch ohne

Sieyès niemals die Wendung genommen, die sie genommen hat. Darüber könnte ich Ihnen vieles erzählen [...] Niemals ist so viel Gründlichkeit mit soviel Kraft und Klarheit in einem Buch verbunden worden, wie in Sieyès Schriften».

18 Vgl. Biogr. 1766–1798, S. 292 f.

19 Vf. verdankt die freundliche Mitteilung von Briefen Stapfers an Sieyès Herrn T. Hafen, Institut für Politikwissenschaft HSG St. Gallen. Archives Personnelles des französischen Nationalarchivs, Dossier Nr. 284 AP 16 03. «Le ministre des arts et des sciences de la République Helvétique au citoyen *Sieyès,* membre de la Commission consulaire exécutive de la Republique Française. Berne 30 Brumaire 8 (21. November 1799). – Zur gleichen Zeit äusserte er seine Kritik am Gang der helvetischen Politik in einem Brief an den befreundeten Karl Viktor von Bonstetten in Kopenhagen: «Mon seul espoir est dans le Consulat Français». Bonstettiana VIII/1. Bern, 20. November 1799.

20 Anm. 19, a. a. O. 284 AP 16 05. Paris, Rue Marc no. 195. 20. Thermidor 8 (8. August 1800).

21 QSG 11, Nr. 15 u. 16. Talcy sur Mer, 18. August 1800 u. Paris, 8. September 1800.

22 QSG 11, Nr. 18. Paris, 29. November 1800 an Usteri. Und Schreiben Stapfers an Sieyès, Paris 3. März 1801. Vgl. Anm. 19. Z 84 AP 16 05.

23 Im Dictionnaire von Furet/Ozouf bemerkt Keith-Michael Baker zur Rolle Sieyès' bei der Übertragung der Macht an Bonaparte, es sei «eine der grossen Ironien der Französischen Revolution: Der Theoretiker, dessen Schriften dem revolutionären Drama zum Ausbruch verholfen hatten, ist derselbe, der dessen Ende beschleunigte». Dt. Übers. Bd. l, S. 544. – In Paris ging die Rede auf die Frage nach dem Inhalt der Konsularverfassung von 1799: «Qu'y-a-t-il dans la Constitution? Il y a Bonaparte».

24 QSG 11, Nr. 17. Paris, den 5. Vendémiaire 9 (27. September 1800).

25 Tacitus, Annalen I/l, dem Sinn entsprechend zitiert. Stapfer bezieht Bonapartes Regierungsstil auf den Herrschaftsbeginn des Octavian/Augustus in Rom, «der sich das durch Bürgerkrieg erschöpfte Volk unterwarf unter dem Anschein, den Staat zu bewahren». – Das nachfolgende ausführlichere Zitat a. a. O. cap. 2.

26 Constantin François Volney (1757–1820), französischer Senator.

27 2.1 Anm. 18.

28 Die Ernennung zum bevollmächtigten Minister durch den helvetischen Vollziehungsrat erfolgte am 12. Dezember 1800. Vgl. oben 2.1.II u. Anm. 26

29 ASHR VI, S. 253 f. 25. September 1800. Der Vollziehungsrat an Consul Bonaparte.

30 Dass. S. 254. 3. Oktober 1800. Minister Stapfer an Minister Talleyrand.

31 Dass. S. 259 f. und gekürzt bei Jahn Nr. 340. Paris, 8. Oktober. Minister Stapfer an Minister Bégoz.

32 Warnung des Priesters Laokoon vor dem trojanischen Pferd. Aeneis 2,49. «Ich fürchte die Griechen auch dann, wenn sie schenken».

33 BA HZA Bd. 3360, Nr. 341. Druck: ASHR VI, S. 261 ff. und Jahn S. 16 ff. Paris 10. Oktober 1800. Bericht an den Aussenminister Bégoz über die angekündigte Unterredung mit dem Consul Bonaparte am 8. des Mittags im Pavillon de l'Unité.

34 Stapfers Memorandum vom 3. Oktober an Talleyrand schloss: «[...] le retour de la Suisse à son ancienne et sage neutralité et l'établissement d'un gouvernement fort à la fois et organisé sur les bases du système représentatif».

35 Bernhard Friedrich Kuhn, De l'Unité et du Fédéralisme, considérés comme bases de la constitution future de l'Helvétie, und Monneron, Essai sur les nouveaux principes politiques. Vgl. 2.1.II Anm. 18.

36 Annex zum Hauptbericht. ASHR VI, S. 265.

37 Dem ausserordentlichen helvetischen Bevollmächtigten Glayre gab die französische Regierung auf Anfrage zu verstehen, der Geschäftsträger Stapfer sei ihr als Gesandter genehm.

38 Zu Maurice Glayre (1743–1819) vgl. oben 2.2.III. Er hatte bis 1787 über zwei Jahrzehnte im Dienst des polnischen Königs Stanislaus-August Poniatowski gestanden. Vgl. Hofmann Anne, Pierre-Maurice Glayre (1743–1819): Des lumières Polonaises à l'engagement de la République. In: Republikanische Tugend. Travaux sur la Suisse des Lumières. Genf 2000, S. 529 ff. – Aus einem Waadtländer Pfarrhaus stammender Politiker und Diplomat. – Luginbühl Biogr. S. 365 schreibt, Glayre habe am Kongress zu Lunéville teilnehmen können. Davon fehlt in den Akten und Korrespondenzen jede Erwähnung. Vgl. dazu unten.

39 QSG 11, Nr. 18. Paris, 29. November 1800.

40 Jahn Nr. 14. Stapfer an Bégoz. Paris, 21. Dezember 1800: «Il y a quelques semaines que Bonaparte était très porté à sanctionner une constitution basée sur l'unité: Les conversations qu'il avait eues avec le citoyen Glayre et avec moi, l'avaient parfaitement disposé. Mais encore une fois: si on ne profite pas du moment et si on abandonne le champ à l'intrigue, on aura lieu de s'en repentir. Nous sommes véritablement sur les braises jusqu'au moment où l'acte constitutionnel arrivera».

41 Vgl. oben 1.7.IV, 2.1.II u. Anm. 26. – Voller Zuversicht versicherte er der vorgesetzten Behörde «bonne foi, loyauté et persévérance» in seiner Funktion.

42 Jahn Nr. 17 f. Stapfer an Bégoz, 4. und 8. Januar 1801. Auf Talleyrands Schalmeienklänge

habe er zweifelnd repliziert: «Vous ne cessez de m'en assurer [...] commencez donc une fois par quelque chose». – Ermutigende Äusserungen der französischen Konsuln stimmten dann einigermassen zuversichtlich.

43 ASHR VI, S. 532. Beschluss des Vollziehungsrats. Bern, 6. Januar 1801. – Der Verfassungsentwurf, zur Hauptsache von Albrecht Rengger redigiert, knapp und klar in der Form, trug gewisse oligarchische Züge; Druck: ASHR VI, S. 533–540. Vgl. Oechsli I, S. 309 f. und HBSG II, S. 811.

44 QSG 11, Nr. 19. Bern, 24. Februar 1801. – Am Schluss scheint Ith mit einer betont freundschaftlichen persönlichen Anmerkung irgendwie wieder den Weg zum ehemaligen Vertrauensverhältnis zu suchen. Es sei ihm von einem Bekannten über Stapfers Familienleben in Paris berichtet worden: «Er ist ausserordentlich eingenommen von Ihrem kleinen Karl (Charles-Louis, geboren am 29. Mai 1799) und glaubt schon im Kinde alle Anlagen des Vaters entdeckt zu haben. An dieser Glückseligkeit bezeuge ich Ihnen meine aufrichtige Theilnahme».

45 ASHR VI, S. 720 f. Paris, 23. Februar 1801. Stapfer an den Vollziehungsrat.

46 Jahn S. 30. Paris, 28. Januar 1801. Stapfer an Bégoz.

47 A. a. O. S. 31 f. Paris, 1. Februar 1801. Stapfer an Bégoz: «[...] nous n'avons aucun sujet d'être inquiets sur les grandes bases d'organisation sociale qui intéressent essentiellement les amis de l'humanité et de la patrie».

48 A. a. O. S. 35. Paris, 27. Februar 1801. An Aussenminister Bégoz.

49 A. a. O. S. 40 f. Paris, 9. und 10. März 1801 an Dens. Vgl. oben V und Anm. 43.

50 QSG 11, Nr. 21. Paris, 10. März 1801.

51 ASHR VI, S. 728. Paris, 19. und 21. März 1801. Stapfer an Bégoz.

52 A. a. O. S. 735. Paris, 10. April 1801. Stapfer an dens. Über die kontroversen Tendenzen in der Verfassungsfrage Anfang 1801 vgl. auch Oechsli I, S. 310–316 u. 321–325.

53 Jahn S. 44 ff. Paris, 25. März 1801. Stapfer an Bégoz.

54 A. a. O. S. 51. Paris, 10. April 1801. Stapfer an Bégoz. – Er erwähnt hier übrigens, der einflussreiche General Dumas bestärke Bonaparte darin, alle wichtigen Stützpunkte in der Schweiz zu behalten. «Il conseille d'affaiblir l'Helvétique pour disposer facilement des débouchés qu'elle commande, et son attachement au système fédératif n'a pas d'autres motifs que celui de nous paralyser».

55 A. a. O. S. 49. Paris, 4. April 1801. Stapfer an Bégoz.

56 ASHR VI, S. 737. Paris, 20. April 1801. Ders. an dens.

57 A. a. O. S. 874 f. Paris, 24. April 1801. Ders. an dens.; auch Jahn S. 53 f. – Der Abteilungschef Hauterive war offenbar an der Redaktion des französischen Entwurfs beteiligt. – Vgl. auch Oechsli I, S. 323–325.

58 A. a. O. S. 874 ff. die einschlägigen Akten und Korrespondenzen. S. 875–877 Text der Verfassung von Malmaison: c. 24. April, Paris. «Projet de Constitution». – Was sich hier gewissermassen als Lösungsversuch der helvetischen Verfassungskrise kristallisierte, hatte sich im Verlauf der vorangegangenen Monate bei den französischen Regierungsstellen vorbereitet, wie das die von *Dunant* edierten Quellen aufgrund von Memoranden Talleyrands und Reinhards an Bonaparte belegen. Vgl. dass. S. 423 ff. Z. B. «L'Helvétie est divisée par des opinions et surtout par des passions extrêmement opposées». Oder: «Dans cet état ils tournent leurs regards vers la France, vers le Premier Consul [...]» (Rapport Talleyrands an Bonaparte, 24. Februar 1801).

59 A. a. O. S. 880. Der Herausgeber weist in Anm. 1 zur Datierung «dieses Hauptmoments der nächsten Vorgänge» auf eine Differenz in der Audienz-Datierung bei Stapfer hin. Es scheint stichhaltig, dass das Treffen am 29. April 1801 stattfand, nicht am 30., der auf einen Décadi (rev. Kalender) fiel. – Bonaparte soll jeweils das Dekadenende auf Schloss Malmaison verbracht haben, wo seine Gattin Joséphine residierte.

60 A. a. O. S. 883 ff. – Glayre: «le citoyen Stapfer s'est chargé de vous rendre un compte détaillé de l'entretien.» An den Vollziehungsrat.

61 A. a. O. S. 883.

62 Hilty S. 409 beurteilte das Projekt von Malmaison wie folgt: Es sei «das erste positive Auftreten dieser seither beliebten Staatsform in unserer Geschichte, und es ist die Verfassung von Malmaison überhaupt, was die Ausscheidung der kantonalen und Bundeskompetenzen betrifft, unseren dermaligen Zuständen ähnlich [...] Damals erschien sie den besten Eidgenossen zu locker. Die damalige allgemeine Annahme eines solchen Bundesstaates, der immer noch bei weitem einheitlicher und fortschrittlicher gestaltet war, als die spätere Mediationsakte, würde uns vielleicht [...] einen Umweg von hundert Jahren erspart haben».

63 QSG 11, Nr. 25. Paris, 15. Mai 1801.

64 ASHR VI, S. 682 f. Paris, 1. Mai 1801. Glayre an den Vollziehungsrat.

65 A. a. O. S. 886–890.

66 A. a. O. S. 888 f. Paris, 16. Mai 1801. Stapfer an Bégoz, und Jahn S. 56 f.

67 A. a. O. S. 889 f. Paris, 24. Mai 1801. Stapfer an den helvetischen Vollziehungsrat. – S. 908. Bern, 29. Mai 1801. Auftrag des Vollziehungsrats an Stapfer, der französischen Regierung unter Anerkennung des vom Ersten Konsul bezeugten Interesses für die Schweiz mitzuteilen, er nehme das Verfassungsprojekt an, soweit er dafür zuständig sei, und werde es der im September einzuberufenden Tagsatzung zur Sanktion vorlegen. – S. 932 ff. Publikation

des Verfassungsentwurfs als «Proclam» des Vollziehungsrats an das helvetische Volk. – Zur Verfassung von Malmaison vgl. Oechsli I, S. 321 ff. Hilty S. 408 ff. u. 748 ff., Kölz S. 138 ff., wo allerdings die Begleitumstände unklar dargestellt werden.

68 Vgl. Anm. 63.

69 Bonstettiana VIII/2, S. 658. Berne le 3 Pluviôse 9 (23. Januar 1801). K. Fr. Reinhard an K. V. von Bonstetten.

70 QSG 11, Nr. 24. Bern, 10. Mai 1801. Usteri an Stapfer.

71 Vgl. oben und Anm. 63. – Ähnliche Gedanken äusserte er gegenüber dem inzwischen aus Paris nach Bern zurückgereisten Rengger. Vgl. Wydler II, S. 5 f. ca. 10. Mai 1801. – Es ist interessant, dass Johannes Müller am 25. Mai 1801 Karl Viktor von Bonstetten gegenüber die Verfassung von Malmaison lobt, zugleich in Kritik am Zentralismus der Helvetik: «[...] eine durch ewiges Gesetzgeben und lästige Menge nicht verwirrende und drückende, ihre Herrschgier nicht auf jeden Kühstall ausdehnende, sondern auf die wahrhafft allgemeinen Gegenstände sich beschränkende, wenig zahlreiche Centralregierung, und neben ihr die Vollgewalt der Cantonsverfassungen in allem, dem gemeinen Wohl unschädlichen. 4–5 Artikel des Plans sollten [...] anderst seyn: ich bin aber überzeugt, dass es auch nur brauchen wird, es Bonaparte deutlich zu machen, und er wird eingehen! So hätten wir widerum eine brauchbare, nach und nach perfictible Verfassung». Bonstettiana VIII/2, S. 696 f. Nancy, 28. Mai 1801. Johannes von Müller an Karl Viktor von Bonstetten.

72 Vgl. Anm. 63.

73 Bonstettiana IX/1, S. 46 f. – *Friederike Brun* (1765–1835), von früher her auch mit Stapfer freundschaftlich verbunden, weilte im Herbst 1801 bei Karl Viktor von Bonstetten in Valeyres bei Orbe und hatte mit ihm zusammen Glayre in Romainmôtier besucht. Über Stapfer im Freundeskreis Bonstettens im alten Bern vor dem Umsturz: Biogr. 1766–1798, 5.3 passim, bes. S. 237 ff.

2.3 Relevanz der Experimente am Verfassungsprojekt von Malmaison
Seiten 227–242

1 Vgl. Wydler II, S. 6 u. 7 f. – Dem bewährten Innenminister Rengger gab er zu bedenken: «Widerstand eröffnet eine Reihe von Bewegungen und wahrscheinlich Machtstreichen, deren Ende unabsehbar ist und gewiss für die Schweiz unglücklicher ausfällt als momentanes Nachgeben bis zur Epoche eines unausweichlichen europäischen Kongresses».

2 Vgl. oben S. 221 u. Anm. 63. Paris, 15. Mai 1801 an Usteri. Interessant ist auch die Ansicht Johannes Müllers zum in Frage stehenden Verfassungsprojekt. Vgl. oben Anm. 71.

3 Dunant S. 432 f. Talleyrand à Reinhard, 18 Floréal IX (8. Mai 1801). «Tels sont les motifs que j'ai développés aux ministres helvétiques pour leur faire comprendre que l'Europe entière, et la France surtout, ne pouvaient regarder la constitution que l'Helvétie était sur le point de se donner comme un événement qui leur fût étranger.»

4 Vgl. oben S. 221.

5 Dunant S. 451. Talleyrand: Instructions de Verninac. Fructidor IX (August 1801).

6 Vgl. 2.2.VI und Anm. 67. Paris, 24. Mai 1801. – Die wachsende Ungeduld Bonapartes angesichts mehrfacher Rückfragen über Modifikationen am Verfassungsprojekt spiegelt ein ungehaltener Bescheid an Talleyrand: «Vous me consultez sans cesse, vous ne faites rien de vous-même, je ne veux plus entendre de la Suisse«. So Stapfer in einem Bericht an Bégoz am 3. Juni 1801. Jahn S. 61 f.

7 Was von den genannten Extremen allenfalls zu erwarten wäre, deutete er am 5. Juni in einem Schreiben an den amtierenden Vollziehungsrat an, nämlich eine Art von Politikern «dont les idées constitutionnelles et les nominations aux autorités centrales porteraient nécessairement l'empreinte de l'ignorance, de la passion et de l'inimitié des villes». – Jahn S. 61.

8 Dass. S. 67.

9 Dass. S. 68 f.

10 Dass. S. 71. Paris, 6. August 1801. Bemerkung über die Audienz vom Vortag.

11 Paris, 6. August 1801. Bericht an Bégoz über die Audienz vom Vortag. Jahn S. 70 f. – Dass. S. 72 seine Bemerkungen über Talleyrands Kommentar dazu. 10. August.

12 Stapfer gab offensichtlich zufrieden eine erste Einschätzung des neuen Mannes an seine Zentrale weiter: «Vous trouverez en lui [sc. Verninac] de formes très aimables et de principes libéraux. Il appartient à cette classe estimable des premiers amis de la révolution, qui ont voulu la diriger vers le bien de l'humanité [...] Il part avec les meilleures intentions, rempli d'estime pour notre nation et fort disposé à s'attacher de préférence au parti des républicains modérés, qui veulent assurer l'organisation de l'Helvétie sur les principes avoués par la saine raison et réclamés par le progrès des lumières». Paris, 20. August 1801, an Bégoz. Jahn S. 74 f.

13 Paris, 14. August 1801. Stapfer an Talleyrand. ASHR VII, S. 567 f.

14 Paris, 24. August 1801. Stapfer an Bégoz. Dass. S. 568 f. u. Jahn S. 75 f.

15 Vgl. Tillier II, S. 273. «Wenn an einem Tag das Einheitssystem den Sieg davontrug, so unterlag es am folgenden, und das Übergewicht neigte sich wieder auf die Seite des Föderalismus».

16 Vgl. Dunant, bes. S. 450 ff.
17 A. a. O. S. 464. Paris, 15 Vendemiaire X (7. Oktober 1801). Talleyrand an Verninac.
18 Paris, 26. September 1801. Stapfer an Bégoz. ASHR VII, S. 570.
19 Paris, 20. Oktober 1801. Ders. an dens. Dass. S. 571.
20 Paris, 24. Oktober 1801. Ders. an dens. Dass. S. 572.
21 QSG 11, Nr. 36. Paris, 7. September 1801. An Paul Usteri.
22 A. a. O. Nr. 31. Paris, 15. August 1801. An dens. – Es ist darin auch die Rede von einem Brief in dieser Sache, der dem «Zeus» Bonaparte zugespielt wurde und bei ihm einen Zornausbruch erregte.
23 A. a. O. Nr. 32. Paris, 19. August 1801. An dens.
24 Vgl. oben Anm. 5 u. 12.
25 Vgl. Anm. 22.
26 Oben III u. Anm. 12.
27 Wydler II. Bern, 17. Juni 1801. An Stapfer.
28 Dass. Bern, 28. Mai 1801. An dens.
29 QSG 11, Nr. 35. Bern, 1. September 1801. Usteri an Stapfer. Usteri war vor kurzem halb wider Willen in die Exekutive, den Vollziehungsrat, eingetreten.
30 Wydler II. Paris, 15. Mai 1801. Stapfer an Rengger.
31 QSG 11, Nr. 34. Paris, 1. September 1801. Stapfer an Usteri.
32 Dass. Nr. 36. Paris, 7. September 1801. Stapfer an Usteri.
33 Dass. Nr. 38. Paris, 28. September 1801. Stapfer an Usteri. – «[...] gewiss ist unter allen unsern ehemaligen vornehmen Herren kein einziger, der so liberal, so unpartheiisch und weitherzig dächte und gesinnt wäre als Bonstetten». Zu Stapfers Freundschaftsverhältnis mit B. im alten Bern: Biogr. 1766–1798, 5.3 und Bonstettiana passim.
34 Es handelt sich um den Auslandschweizer Jos. Planta (1744–1827), Oberbibliothekar und erster Vorsteher des British Museum, mit dem Stapfer auf seiner Bildungsreise 1790 in freundschaftliche Verbindung gekommen war. Vgl. Biogr. 1766–1798, S. 111 u. 135 dazu Briefwechsel 1789–1791 Nr. 22 u. S. 262.
35 Das nie in Kraft gesetzte Verfassungswerk der Zentraltagsatzung vom Oktober 1801: ASHR-VII, S. 592 ff.
36 Die französische Gesandtschaftskorrespondenz liefert genügend Belege für die ambivalente Haltung der französischen Machthaber. So instruierte beispielsweise Talleyrand am 14. Oktober 1801 Verninac und den General Montchoisy wie folgt: «Il est dans les devoirs de sa position et de la vôtre que la force française n'intervienne pas pour appuyer les prétentions des divers partis qui divisent l'Helvétie, à moins d'ordres directs et spéciaux de la République française à cet égard». Dunant S. 465.

2.4 Gefährdungen der Position Stapfers
Seiten 243–279

1 Rengger am 21. Oktober 1801 an Stapfer, Wydler S. 20 f. – Luginbühl Biogr. S. 384 ff. beleuchtet die Ereignisse wesentlich aus der Sicht Usteris. – Gerüchte drangen auch bis zu Stapfer, der Mitte Oktober eine Pariser Persönlichkeit unter einem Decknamen informiert, man befürchte einen Handstreich gegen die Unitarier. Dabei flocht er heftige Klagen ein gegen den französischen Befehlshaber General Montchoisy, der die von den Urkantonen betriebene Sezession decke. Dem liess er eine scharfe Invektive folgen gegen die politischen Missstände der Landsgemeindeordnungen vor der Revolution. QSG 11, Nr. 42. Paris, 17. Oktober 1801. Stapfer an Marca(?).
2 QSG 11, Nr. 43. Paris, 24. Oktober 1801. Stapfer an Usteri.
3 Polit. JbS 20, S. 155 f. Bern, 24. Oktober 1801. Samuel Schnell an Stapfer.
4 Dass. S. 157 f. Bern, 29. Oktober 1801. Ders. an dens.
5 Dass. S. 162. Bern, 25. November 1801. Ders. an dens.
6 Biogr. 1766–1798, 5.1.2 und 7.1. – Greyerz, Nation u. Gesch. stellte die Ablösung Stapfers vom alten Bern als gravierenden Verlust dar: «Wir stellen den Aargauer und bisherigen bernischen Untertan Philipp Albert Stapfer als gewichtigsten Verlust für Bern in die erste Reihe». S. 81.
7 Brief an Marca. Vgl. oben Anm. 1.
8 Vgl. oben 2.3 Anm. 36. – Luginbühl Biogr. S. 388 stellt kategorisch fest, der ehemalige französische Gesandte Reinhard habe den Putsch mit Berner Aristokraten geplant. Bonaparte habe ihn approbiert, und ausgeführt hätte ihn Dolder zusammen mit dem General Montchoisy. – Tillier II, S. 286 ff. geht unter detaillierter Nachzeichnung der Vorgänge in Bern allerdings nicht so weit und enthält sich dieser Schlussfolgerung. – Vgl. auch die Aktenfolge ASHR VII, S. 630 ff.
9 Dunant S. 472. Talleyrand à Verninac, 16 Brumaire X (7. November 1801). – Zu Verninacs Rolle vg. ASHR VII, S. 627.
10 ASHR VII, S. 731. Paris, 30. Oktober 1801. Stapfer an Bégoz. – Aus Dunant S. 470 f. ist der Korrespondenz Talleyrands mit Verninac zu entnehmen, dass der Erste Konsul persönlich diese Besetzung anordnete: «Le gouvernement helvétique ne doit pas être surpris de cette mesure, car la cession d'une partie du Valais qu'on lui demandait n'est que l'équivalent de la cession du Frickthal faite par la France et de la modification des articles du traité de l'an VI (1798) que le gouvernement helvétique a demandé». Verninac solle im Übrigen zur definitiven Regelung im Wallis keine Erklärung abgeben. Frankreich habe im

Allianzvertrag von 1798 eine Militärstrasse im Wallis zur Verbindung mit der Cisalpinischen Republik ausbedungen und habe die Durchführung nun selber in die Hand genommen, da die helvetische Regierung nichts getan habe.

[11] ASHR VII, S. 651. Bern, 29. Oktober 1801. Kundmachung der provisorischen Vollziehungsgewalt über die eingetretene Veränderung der Oberbehörden.

[12] Jahn S. 87. Paris, 5. November 1801. Stapfer an Bégoz.

[13] Luginbühl Biogr. Zit. S. 389 und Jahn S. 86. Paris, 3. November 1801. Stapfer an Bégoz.

[14] Vgl. Dunant S. 471. Verninac à Talleyrand. 13 Brumaire X (4. November 1801).

[15] Wydler S. 21. Bern, 21. Weinmonat 1801. Rengger an Stapfer. Zum Zitat: Aeneis II/774 und III/48. «Obstupui, steteruntque comae». Ich war starr, und mir sträubte sich das Haar. Hier: Obmutui, ich schwieg [...]

[16] Dass. Bern, 24. November 1801.

[17] Luginbühl Biogr. S. 391. Zit. Usteri an Stapfer. 2. November 1801: «Ungewiss, mein wertester Freund, ob Sie die paar Zeilen, die ich Ihnen vor zwei Tagen schrieb, empfangen, ungewiss, ob Sie die Briefe Ihrer Freunde überall erhalten, ungewiss, ob Sie selbst noch an Ihrer Stelle sind (man sagte gestern das Gegenteil aus), ist es nur ein Wort des freundschaftlichsten Grusses, das ich heute an Sie sende [...] Das Wallis – eine ihm ganz ergebene Regierung – vielleicht auch ein neues Provisorium nur wollte Frankreich; an der Stelle bleiben wollte der ökonomisch-, sich an Zimmermann und Comp. rächen wollte der moralisch-verdorbene D[older]. Ein abermaliges Provisoire und den Sturz der Männer von Grundsätzen und von aufgeklärtem Republikanismus wollten die Berner; Schurken decken, im Trüben fischen, Almosen durch Verrat erkaufen, wollte eine grosse Zahl von Schurken. Und die Zusammenstimmung dies Alles schuf den 28. Oktober. Ihren Zweck haben die fränkischen erreicht und die Schurken [...] Und alles dieses ist dem Zweck der Franken, uns zu teilen und zu verschlingen, willkommen. Bürgerkrieg allein könnte die Schweiz retten; aber wir werden nicht einmal dazu gelangen; auch für diese Rettung ist die Nation zu verdorben».

[18] Wydler S. 24. Bern, 26. November 1801. Rengger an Stapfer: «Ich schätze mich glücklich, ausser dem Sturme zu sein, und werde keinen weitern Antheil nehmen, als um die öffentliche Meinung, so viel an mir liegt, aufzuklären».

[19] Dunant S. 477. Talleyrand à Verninac. 9 Frimaire X (30. November 1801).

[20] Wydler S. 23. Bern, 26. November 1801. Rengger an Stapfer.

[21] Jahn S. 89 f. Paris, 27. November 1801. Stapfers letzter Bericht an den bereits am 23. November durch Staatssekretär Thormann abgelösten Minister des Äussern Bégoz. Vgl. oben I. – ASHR VII, S. 728. Bern, 23. November 1801. Thormann an Stapfer. 1. Nachricht über die vom Senat getroffenen Wahlen für die Stellen der Landammänner und den Kleinen Rath. 2. Anerkennung der Verdienste des abgehenden Ministers Begos (Bégoz), der ihm die zunächst erforderlichen Anleitungen ertheilt habe.

[22] ASHR VII, S 724 ff. Wahlen und Besetzung der politischen Schlüsselstellungen. – S. 728. 24. November 1801. «Citoyen Premier Consul! Chargé par la constitution de la direction des relations extérieures, mon premier soin est de recommander la république hélvetique et ses nouveaux magistrats à la continuation de votre bienveillance et de votre protection [...]» Es folgt die Versicherung, die neuen Behörden würden der Sicht Bonapartes zu genügen suchen. Und: «Ennemis de toute réaction, nous cherchons tous à parvenir à une organisation et administration cantonale qui puisse contenter la grande majorité des citoyens, heureux si nous pouvons y réussir et renouer avec vous, Citoyen premier Consul, les intimes relations qui pendant plusieurs siècles ont fait le bonheur des deux nations».

[23] Dunant S. 477, Talleyrand à Verninac. 9 Frimaire X (30. November 1801).

[24] Jahn S. 90 f. Paris, 1. Dezember 1801. Stapfer an Thormann.

[25] Dunant S. 478. Talleyrand à Verninac. Paris, 14 Frimaire X (5. Dezember 1801).

[26] Jahn S. 91 f. Paris, 7. Dezember 1801. Stapfer an Thormann. – Am Tag der Ankunft Redings, eben dem 7. Dezember, bekundete auch Talleyrand sein Interesse an einer Begegnung mit ihm. «Le ministre des Relations extérieures m'a dit qu'il serait charmé de faire la connaissance d'un homme d'un aussi grand mérite que le citoyen Reding». – Seltsam ist, dass über jene «longue conversation» keine näheren Angaben folgen. Zum Grund dafür s. unten V.

[27] ASHR VII, S. 875. Paris, 11. Dezember 1801. Stapfer an Thormann. Bei Dunant S. 476 steht das Regest einer Meldung Verninacs an Talleyrand vom 30. November zur Pariser Reise. Reding und sein Begleiter hätten sich eben aufgemacht. «Verninac estime que ce voyage aura des conséquences très importantes pour la Suisse. Il pense que le gouvernement français profitera de cette occasion pour dénouer toutes les difficultés de ce pays, ou que s'il y trouve de la résistance, il prononcera assez ouvertement son mécontentement pour que le parti qui se rattache à Reding ne soit plus dangereux».

[28] ASHR VII, S. 876. Paris, 17. Dezember 1801. Stapfer an Thormann.

[29] Zit. Luginbühl Biogr. S. 396.

[30] Wydler S. 24 f. Paris, 6. Dezember 1801. Stapfer an Rengger.

[31] QSG 11, Nr. 45. Paris, 17. Februar. Stapfer an Rengger (kurz vorher aufgrund des unter französischem Druck während der Verhandlungen mit Reding beschlossenen Amalgams der helvetischen Parteien durch Stapfers Empfehlung zum Senator und danach bei der Regierungsbildung zum zweiten Landammann neben Reding ernannt. Vgl. ASHR VII, S. 1022 f.). – Private Korrespondenz überbrachten aus Vorsicht etwa Vertrauensleute, wie hier der Pariser Bankier Vidal. Rengger berichtete beispielsweise über die Verletzung des Briefgeheimnisses durch Funktionäre des föderalistischen Regimes: «Unsere Briefe werden mit der grössten Schamlosigkeit erbrochen, aufgehalten und auch wohl ganz unterschlagen». – Vgl. auch oben IV.

[32] Vgl. oben IV und V. Darüber auch Tillier II, S. 406 ff.; ASHR VII, S. 872 ff.; Luginbühl Biogr. S. 399 f.; Strickler, Das Ende der Helvetik, Pol Jb. Schw. 16 (1902), S. 156 ff.

[33] Dunant S. 480 ff. Stapfer an Talleyrand. Paris, 24 Frimaire X (15. Dezember 1801). Die auf Anforderung des französischen Aussenministers durch Stapfer gelieferten «Renseignements confidentiels» begleitete dieser mit den Worten: «J'ose garantir l'exactitude de tous les faits». Und in einer kurz danach folgenden Ergänzung mit Bezug auf die in Aussicht stehenden unitarischen Kandidaten: «Ils sont, j'en atteste tout ce qu'il y a de sacré au monde, dictés par le plus pur amour de ma patrie et par un esprit entièrement libre de toutes préventions».

[34] A. a. O. S. 482. Stapfers Anregung: «Il seroit utile et même nécessaire que le Premier Consul fît expressément déclarer, qu'il considère la séparation du pays de Vaud et de l'Argovie d'avec Berne comme décidée pour une fois et toutes, et qu'il entend qu'on ne revienne plus d'aucune manière sur cette mesure».

[35] ASHR VII, S. 881 f. – Am Schluss hatte der Erste Konsul auf alle eingereichten Noten Redings einzig mit der vielsagenden Mahnung geantwortet: «Citoyen Reding, depuis deux ans vos compatriotes m'ont quelquefois consulté sur leurs affaires. Je leur ai parlé comme l'aurait fait le premier magistrat des Gaules dans le temps où l'Helvétie en faisait partie. Les conseils que je leur ai donnés pouvaient les conduire à bien et leur épargner deux ans d'angoisses. Ils en ont peu profité. Vous me paraissez animé du désir du bonheur de votre patrie; soyez secondé par vos compatriotes, et que l'Helvétie se replace enfin parmi les puissances de l'Europe». – Dem fügte er hinzu, Frankreich werde in Helvetien die revolutionären Errungenschaften, Freiheit und Gleichheit der Bürger schützen. «Il est vrai que vous êtes sans organisation, sans gouvernement, sans volonté nationale. Pourquoi vos compatriotes ne feraient-ils pas un effort? Qu'ils évoquent les vertus patriotiques de leurs pères, qu'ils sacrifient l'esprit de système, l'esprit de faction à l'amour du bonheur et de la liberté publique».

[36] Dunant S. 516. So in seiner Note an Reding am 6. Januar 1802. ASHR VII, S. 883.

[37] ASHR VII, S. 883 f. Paris, 10. Januar 1802. Stapfer an Thormann. Auch Jahn S. 94 f. – Vgl. dazu die Relation Redings vor dem helvetischen Senat am 19. Januar. ASHR VII, S. 884. Der Landammann erwähnte drei Konferenzen mit Talleyrand, an denen Stapfer teilgenommen habe. Am Schluss erklärte er ganz im Sinn des «Amalgam», er werde mit jedem rechtschaffenen Mann, welches auch immer seine politische Meinung sein möge, zum Wohl des Landes zusammenarbeiten.

[38] Dunant S. 513. Paris, 15 Nivôse X (5. Januar 1802). Stapfer an Talleyrand. – Ein paar Wochen später schrieb er im Rückblick an Rengger über dieses Intermezzo: «Übrigens lässt sich der wahre Grund der vorübergehenden Verstimmung der Post nicht anvertrauen». Wydler S. 36.

[39] QSG 11, Nr. 105. Belair (F), 30. September 1809. Stapfer an Usteri.

[40] Pol. Jb. Schw. 20 (1906), S. 191 f. Bern, 5. Februar 1802. S. Schnell an Stapfer.

[41] A. a. O. S. 192. Berne, le 11 février 1802. Briatte an Stapfer. Auch der Sekretär schrieb von einer «finesse bernoise» hinter allem.

[42] Wydler S. 35 f. Paris, 15. Hornung 1802. Stapfer an Rengger.

[43] A. a. O. S. 34 f. Bern, 7. Hornung 1802. Rengger an Stapfer.

[44] Vgl. Anm. 42.

[45] Dunant S. 35. Rapport de Talleyrand au 1er Consul. 9 Pluviôse X (29. Januar 1802).

[46] Gemeint ist unter anderem seine glanzvolle Rede vom Jahr 1792 am Bildungsinstitut der Berner Patriziersöhne über seinen visionären Glauben an den sittlichen Idealstaat mittels der humanistisch-christlichen Bildung und Erziehung. Vgl. Biogr. 1766–1798. 5.2. S. 191.

[47] Vgl. Anm. 31.

[48] Jahn S. 97 f. Paris, 5. Februar 1802. Stapfer an Thormann.

[49] Stapfer deutet in einem späteren Bericht an, seine Gattin liege krank. Offenbar war sie auch bei dieser zweiten Geburt, wie 1799 bei der ersten, gesundheitlich gefährdet.

[50] Dazu Luginbühl Biogr. S. 400 ff., auch Beil. VIII; Tillier II S. 417 ff.; ASHR VII, S. 1081 ff., 1181 ff.; Jahn passim; Dunant S. 562 ff.

[51] Vgl. oben VI u. Anm. 35.

[52] ASHR VII, S. 885 f.

[53] Dunant S. 528; ein detaillierter Protest Stapfers vom 6. Februar 1802 an Talleyrand beleuchtet die Willkürakte des Generals Turreau. ASHR VII, S. 973 f.

[54] Luginbühl Biogr. S. 567 f. Beil. VIIIa.

[55] ASHR VII, S. 1073. Nr. 37. Paris, 1. März 1802. Stapfer an Thormann; Jahn S. 100.

[56] ASHR VII, S. 1073 f. Paris, 5. März 1802. Stapfer an Thormann; Jahn S. 100 ff. auszugsweise.

[57] Vgl. oben Anm. 49. Es dürfte sich noch immer um Folgen der Geburt des zweiten Sohnes Albert von Ende Januar handeln.

[58] ASHR VII, S. 1074 ff. Paris, 7. März 1802. Stapfer an Thormann.

[59] A. a. O. S. 1076.

[60] A. a. O. S. 1182 f. Paris, 18 Ventôse an X (9. März 1802). Schreiben Stapfers an Talleyrand mit Beilage einer Treueadresse des Walliser Volkes für die Schweiz; auch Jahn S. 107.

[61] A. a. O. S. 1076 f. Paris, 11. und 15. März 1802. Stapfer an Thormann. Vgl. oben 2.2 und 2.3.

[62] ASHR VII, S. 1183, 8. Paris, 29 Ventôse X (20. März 1802). Consul Bonaparte an Minister Talleyrand.

[63] A. a. O. S. 1183, 10. Paris, 4 Germinal X (25. März 1802). Talleyrand an Stapfer. – Dieser übermittelte das Schreiben nach Bern, indem er seiner tiefen Bestürzung Ausdruck gab: «Ce n'est que la force, vis-à-vis de la faiblesse, qui puisse se permettre des déductions semblables». – Auch Jahn S. 112. Paris, 27. März 1802. Stapfer an Thormann. – Nach Dunant wäre die Note von Bonaparte persönlich diktiert worden. ASHR VII, S. 1184. Vgl. Anhang Beil. IVa–c.

[64] ASHR VII, S. 1184 f., 11. Paris, 27. resp. 29. März 1802 (8 Germinal X). Stapfer an Talleyrand. – Abdruck Luginbühl Biogr. S. 57 ff. Beil. VIIId. – Seiner Depesche vom 27. März nach Bern fügte er die Bemerkung bei: «[...] j'ai cru, sans attendre des ordres, devoir répondre aujourd'hui par une note où je me borne à relever la fausseté des allégués de celle du Ministre». ASHR VI, S. 1077. Paris, 27. März 1802. Stapfer an Thormann; auch Jahn S. 112.

[65] ASHR VII, S. 1188, 18. Bern, 4. April 1802. Thormann an Stapfer. – S. 1186 f., 16. 3. April 1802. Der Senat an den Ersten Konsul.

[66] A. a. O. S. 118 f., 20. Paris, 6. April 1802. Stapfer an Thormann.

[67] A. a. O. S. 1190 f., 25. Paris, 14. April 1802. Stapfer an Thormann. Jahn S. 118 ff.

[68] Vgl. Anm. 66.

[69] Jahn S. 117 f. Paris, 10. April 1802. Stapfer an Thormann. Es ging darin auch um die Zurückweisung unhaltbarer französischer Vorwürfe, die Schweiz habe andere Mächte um Intervention ersucht.

[70] ASHR VII, S. 1191. Paris, 17. April 1802. Stapfer an Thormann. «Je suis toujours en discussion animée et presque amère avec le ministre des Relations extérieures au sujet du Valais et de l'évacuation de la Suisse par les troupes françaises».

[71] A. a. O. S. 1189 im Auszug. Paris, le 23 Germinal X (13. April 1802) Stapfer an Talleyrand. – Druck des ganzen Textes Luginbühl, Biogr. S. 575 ff. Beil. VIIIe. – A. Vinet nahm die weitläufige Note in Stapfers Mélanges I, p. LIX ff. auf.

[72] Dunant S. 540. Talleyrand à Verninac. 30 Germinal X (20. April 1802). – Aus der Napoleon-Korrespondenz erfährt man, dass er am 20. April dem Kriegsminister schrieb: «Je vous prie, Citoyen Ministre, de faire connaître au général Turreau, en lui recommandant de bien traiter les Valaisans, et à bien activer les travaux de la route du Simplon, que le Gouvernement connaît les tracasseries qu'on cherche à lui faire, et qu'il est content de sa conduite». ASHR VI, S. 1191–1198.

[73] Vgl. dazu die Aktenfolge ASHR VII, S. 1191–1198.

[74] Am 23. August 1802 unterzeichneten je ein Vertreter Frankreichs, der Helvetischen Republik und der Republik Italien eine Vereinbarung mit dem Eingangsartikel: «Le Valais forme un état libre et indépendant, isolé des Républiques française, helvétique et italienne, sous l'appui des ces trois républiques qui se portent garantes à cet effet». ASHR VIII, S. 983. Bex.

[75] ASHR VII, S. 1198, 42. 16. Mai (26 Floréal X) Paris. Consul Bonaparte an Minister Talleyrand. – Als Instruktion Talleyrands an Verninac. 30 Floréal X (20. Mai 1802). Dunant S. 545.

[76] ASHR VIII, S. 188. Paris, 29. Juni 1802. Consul Bonaparte an Vizepräsident Melzi.

[77] ASHR VII, S. 1198. Paris, 8. Mai 1802. Stapfer an Staatssekretär Müller-Friedberg. – Mit dem «morcellement» war die anfangs anvisierte Abtretung des linken Rhoneufers bis Brig und zum Simplon gemeint, die jetzt vermieden wurde. Allerdings annektierte Kaiser Napoleon am 12. November 1810, ohne lange Verhandlungen, mit einem Federstrich die 1802 geschaffene «unabhängige Republik Wallis». Vgl. HBSG II, S. 864 u. Anm. 130 f.

[78] Anm. 77. Dazu Jahn S. 135 f.

2.5 Die Wahrung der Interessen der Schweiz bis zum Abzug der Franzosen
Seiten 280–319

[1] Man lese seine Gesandtenberichte, wie beispielsweise ASHR VII, S. 1077 f. und Jahn S. 113. Paris, 29. März 1802. Stapfer an Thormann.

[2] Dass. S. 121. Paris, 17. April 1802. Stapfer an Thormann. – Der helvetische Gesandte und seine Gattin wurden auch einbezogen in die von Madame Bonaparte veranstalteten glanzvollen Empfänge in den Tuilerien, ganz im Stil der französischen Königinnen, «il paraît que le Premier Consul attache du prix à ce qu'elle se renouvelle régulièrement, et que la

réunion soit complète. Car il remarqua l'absence de ma femme et demandait pourquoi elle n'était pas venue». Jahn S. 109.

3 Wydler S. 38 f. Bern, 9. März 1802. Rengger an Stapfer. «[...] aber wenn das Mass voll ist, so erlauben Sie doch, *dass es auch von unserer Seite überlaufe!*» – Eine knappe föderalistische Mehrheit im Senat hatte am 26. Februar 1802 das nach dem dritten Staatsstreich ausgearbeitete Verfassungsprojekt angenommen.

4 A. a. O. S. 40 ff. Paris, 17. und 27. März 1802. Stapfer an Rengger.

5 A. a. O. S. 44 f. Bern, 1. April 1802. Rengger an Stapfer.

6 Vgl. ASHR VII, S. 1239 ff., dazu Tillier II, S. 450 ff. und Wyss I, S. 403 ff.

7 Wydler S. 25 f. Paris, 6. Dezember 1801. Stapfer an Rengger.

8 ASHR VII, S. 1247 f. Bern, 17. April 1802. Der Kleine Rat an Minister Stapfer und Bern, 22. April 1802. Staatssekretär Thormann an dens. Vgl. auch ASHR VII, S. 1276. Bern, 22. April 1802. Landammann Reding an den Ersten Konsul.

9 Jahn S. 124 f. Paris, 26. April 1802. Stapfer an Thormann. – Zur Entlassung des Staatssekretärs: ASHR VII, S. 1279, 23. Statthalter Rüttimann an Minister Stapfer. Nachricht über die jüngsten Vorgänge: Beschluss betreffend die Leitung des Departements des Auswärtigen; Entlassung des Staatssekretärs Thormann, der provisorisch durch Mohr, W. Min., jetzt Notabler, ersetzt werde. Bern, 26. April 1802.

10 Wydler S. 45 ff. Bern, 18. und 20. April 1802. Rengger an Stapfer.

11 A. a. O. S. 47 f. Paris, 24. April 1802. Stapfer an Rengger.

12 Vgl. oben Anm. 8 und a. a. O. S. 1283 ff. Paris (23. oder 24. April 1802) Stapfer an den Kleinen Rat; auch Jahn S. 125 ff. «sans date, reçu le 29 Avril.»

13 A. a. O. S. 1396 f. Paris, 28. April 1802. Stapfer an den Landammann und den Kleinen Rat.

14 Hingegen stiess die Absicht, den im Kanton Léman zurückgezogen seinen Studien lebenden 70-jährigen ehemaligen Minister Ludwigs XVI. Jacques *Necker* (1732–1804) in die verfassungsberatende Notabelnversammlung zu berufen, in Paris auf eine unerwartet heftige Reaktion. Im oben, Anm. 12, zitierten Schreiben erwähnte Stapfer die ressentimentgeladene Ablehnung Talleyrands und seine eigene überlegene Erwiderung darauf: «Le citoyen Talleyrand me dit que c'était le plus grand désorganisateur existant et qu'il suffirait que son nom fût mêlé dans une entreprise politique ou financière, pour la discréditer et la faire manquer. A cela je répliquai que Monsieur Necker était appelé comme grand propriétaire et homme de marque, que l'auteur du livres *sur le pouvoir exécutive* s'était placé à côté de Montesquieu: qu'il était visiblement entré dans le plan du Petit Conseil de réunir des hommes estimés qui avaient jusqu'ici été étrangers aux agitations des partis en Helvétie; que Monsieur Necker jouissait d'une réputation méritée de probité et de capacité administrative». Seines Alters wegen werde er dem ehrenvollen Ruf kaum Folge leisten. – So fertigte Stapfer den ehemaligen Jakobiner ab. Rengger schrieb er dazu: «Das Geschrei gegen Necker dauert fort. Talleyrand sagte mir: es fehlt nur noch, dass ihr Frau von Staël zum Staatssekretär macht» (Wydler S. 49).

15 ASHR VII, S. 1397. Bern, 28. April 1802. Müller-Friedberg an Stapfer. – Vgl. Johannes Dierauer, Müller-Friedberg, Lebensbild eines schweizerischen Staatsmannes (1755–1836). St. Gallen 1884. – Er amtete drei Monate als Staatssekretär des Auswärtigen.

16 A. a. O. S. 1397 ff. Bern, 30. April 1802. Müller-F. an Stapfer und Paris, 4. Mai 1802. Stapfer an Müller-F.

17 A. a. O. S. 1398 f. Paris, 6. Mai 1802. Stapfer an Müller-F. – Vgl. Anhang Beil. V zu einem Briefwechsel zwischen Reding und Stapfer.

18 A. a. O. S. 1399, 33. Paris, 6. Mai. Aus: Botschaft des Consulats an die Gesetzgebung.

19 A. a. O. S. 1399, 34. Paris, 8. Mai 1802. Stapfer an Müller-F. (chiffriert). – Von diesem Bericht war schon in 2.4.VIII die Rede hinsichtlich der Frage, ob Stapfer in Paris noch als Gesandter erwünscht sei.

20 A. a. O. S. 1400 f. Paris, 10. Mai 1802. Stapfer an Müller-F. (privatim).

21 A. a. O. S. 1401. Paris, 4. Mai 1802. Stapfer an Müller-F. (privatim)

22 A. a. O. S. 1403. Paris, 20. Mai 1802. Stapfer an Müller-F. (privatim). In der «Gazette de France» erschien ein Artikel, in welchem eine Aufteilung der Schweiz als im Interesse Europas angeregt wurde.

23 A. a. O. S. 1403. Bern, 20. Mai 1892. Müller-F. an Stapfer. Unter Verdankung seiner Hinweise verhiess er ihm wenige Tage später die baldige Lösung der Verfassungsfragen.

24 A. a. O. S. 1404. Paris, 22. Mai 1802. Stapfer an Müller-F. (privatim).

25 A. a. O. S. 1405. Paris, 26. Mai 1802. Stapfer an Müller-F.

26 Wydler S. 58 f. Bern, 25. Mai 1802. Rengger an Stapfer. ASHR VII, S. 1406 f. Paris, 28. Mai 1802. Stapfer an Müller-F.

27 Jahn S. 142. Paris, 30. Mai 1802. Stapfer an Müller-F.

28 A. a. O. S. 145. Paris, 5. Juni 1802. Ders. an dens.

29 Der helvetische Politiker Johann Rudolf Dolder (1757–1807), nach BLA «ein politisch amoralischer, von brennendem Ehrgeiz erfüllter Karrieremacher», der seinen Aufstieg über verschiedene Spitzenämter und jetzt 1802 zum Landammann, seiner unentwegten Parteinahme für Frankreich verdankte. Integere Helvetiker, wie Rengger und Usteri, suchten seinen Aufstieg vergeblich zu verhindern.

[30] Jahn S. 131. Paris, 11 Floréal an X (1. Mai 1802) Stapfer an Talleyrand. – Realpolitik dominierte vorderhand Stapfers Traum von der unabhängigen, neutralen Schweiz.

[31] A. a. O. S. 129. Paris, 4. Mai 1802. Stapfer an Müller-F.

[32] A. a. O. S. 133. Paris, 6. Mai 1802. Ders. an dens. – Die Schweizer Angelegenheiten waren um die Jahreswende 1801/02 Gegenstand eines Briefwechsels zwischen dem russischen Kaiser und dem Ersten Konsul. Dieser erwähnte seine an Reding gerichteten Ratschläge zur Befriedung der Helvetischen Republik. Und: «Les troupes françaises évacueront l'Helvétie dès l'instant que le Sénat croira pouvoir s'en passer, afin d'éviter le retour de l'anarchie et du désordre». ASHR VII, S. 1394. 24. Paris, 16. Februar 1802. Consul Bonaparte an den Kaiser von Russland.

[33] ASHR VII, S. 1402. Paris, 18. Mai 1802. Stapfer an Müller-F. (privatim).

[34] A. a. O. S. 1403 ff. Paris, 22. und 24. Mai 1802. Ders. an dens.

[35] Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit dem Kaiserhof war übrigens in Paris über Stapfer und den dortigen österreichischen Gesandten angebahnt worden. Er hätte eigentlich dem befreundeten bernischen Patrizier Karl Viktor von Bonstetten gern zu diesem Posten verholfen, was auch nach dem Sinn des mit diesem eng verbundenen Geschichtsschreibers Johannes Müller gewesen wäre. Dieser stand damals im Rang eines Hofrats in österreichischen Diensten. Bei der späteren Lösung der Diesbach-Affäre kamen Stapfer seine guten Beziehungen zu den beiden österreichischen Gesandten Ludwig und Philipp Josef Cobenzl sehr zustatten.

[36] ASHR VII, S. 996. Wien, 20. Februar 1802. Diesbach an Thormann.

[37] Johannes Müller schrieb am 22. Februar 1802 aus Wien in Beantwortung einer Anfrage Bonstettens an die Schriftstellerin Friederike Brun: «Er frägt mich von Diessbach; weder er noch Lentulus haben mich besucht, entweder aus altem Bernerstolz oder weil ich für nicht orthodox genug in Sachen der herzustellenden Regierung passire. Die guten Leute wollen sich durchaus nicht gestehen, dass das alte vergangen ist». Bonstettiana IX/1, S. 143. – Nach Diesbachs Abberufungsaffäre schrieb Bonstetten im Sommer 1802 an Müller: «Dein Diesbach scheint ein Narr geworden zu sein; er stellt in seiner Persohn unsere ganze Kaste an den Pranger». A. a. O. S. 269.

[38] Jahn S. 110. Paris, 19. März 1802. Stapfer an Thormann.

[39] Die einschlägigen Akten ASHR VIII, S. 324 ff.

[40] A. a. O. S. 340. Wien, 16. Juni 1802. Von Diesbach-Carouge an Thormann.

[41] Jahn S. 156 f. Paris, 27. Juni 1802. Stapfer an Müller-F.

[42] ASHR VIII, S. 71, 224. Paris, 25. Juni 1802. Stapfer an Müller-F.

[43] Jahn S. 151. Paris, 30 Prairial an X (19. Juni 1802). Talleyrand an Stapfer.

[44] A. a. O. S. 152. Paris, le I Messidor an X (20. Juni 1802). Stapfer an Talleyrand.

[45] A. a. O. S. 158. Paris, 1. Juli 1802. Stapfer an Müller-F.

[46] Adrien Lezay-Marnésia, Graf von (1770–1814), Spross einer kultivierten, liberal gesinnten Adelsfamilie, lebte während der ersten Revolutionsjahre im Exil im Ausland. Verbindung mit Deutschland und England. Nach der Rückkehr in Paris politische Publizistik gegen die Radikalrevolutionäre. Im September 1797 vom Direktorium proskribiert. Aufenthalt in der Waadt und Verbindung zur Familie Necker. Schriftstellerisch tätig, u. a. Übersetzung des «Don Carlos» von Schiller ins Französische. Unter dem Konsulat Protektion durch Joséphine de Beauharnais Vgl. Biogr. univ., Paris 1819, t. 24, p. 405–407.

[47] QSG 11, Nr. 46. Paris, 6. Juni 1802. Stapfer an Usteri, dem denn auch dieses Schreiben durch Lezay übermittelt wurde. – Wydler S. 62 f. Paris, 6. Juni 1802. Stapfer an Rengger. – Jahn S. 148 f. Paris, 15. Juni 1802. Stapfer an Müller-F. – Der Staatssekretär seinerseits empfahl entsprechend Stapfers Anregung am 24. Juni dem im Waadtland weilenden Kriegsminister Lanther, den französischen Gast weder den «Oligarchen» noch den lemanischen «Anarchisten» zu überlassen. «Il paraît jouir de quelque estime particulière du Premier Consul». ASHR VIII, S. 71. Bern, 24. Juni 1802 – Lezay hielt sich 1797 in der Waadt auf. Vgl. Anm. 46.

[48] Dunant S. 564. Berne, 12 Messidor X (1. Juli 1802). Verninac an Talleyrand.

[49] Darüber schrieb er am 4. Juli 1802 aus Bern voller Begeisterung an den ehemaligen Erziehungsminister Stapfer: «J'ai vu avec le plus grand intérêt votre Institut de Berthoud [...] Je souhaite pour la Suisse, mais je souhaite aussi pour la France le succès d'une méthode dont les plus grands esprits avoient souhaité la possibilité, mais que Monsieur *Pestalozzi* le premier a su rendre pratique. J'ai engagé Roederer à envoyer deux ou quatre instituteurs qui, bien appris, formeraient à leur retour en France un collège de maîtres d'école». Pol. Jb. 20, S. 195. Bern, 4. Juli 1802. Lezay an Stapfer. – Stapfer seinerseits orientierte am 13. Juli Müller-Friedberg: «J'ai reçu une lettre du citoyen Adrien Lezay qui est pleine d'expression de la plus vive reconnaissance pour les bontés dont vous l'avez comblé. Il a envoyé au conseiller d'Etat, chargé de l'instruction publique, un tableau de l'Institut du citoyen Pestalozzi, en l'invitant pressamment à y envoyer des instituteurs qui pussent s'y former et rapporter en France l'excellente méthode de notre illustre concitoyen. Ce serait bien ho-

norable pour nous, si nous étions destinés à réformer l'enseignement élémentaire d'un vaste empire tel que la France où les plus grands esprits se sont jusqu'ici vainement tourmentés pour rendre la première instruction expéditive, populaire et instrumentale». Jahn S. 163. Paris, 13. Juli 1802 Stapfer an Müller-F. – Und durch Dekan Ith aus Bern bekam Stapfer am 18. August zu hören: «Der junge *Briqueville, Lezays* Stiefsohn, hält sich in Burgdorf auf, und studiert die Methode mit einem Enthusiasmus, der ihm allgemein Achtung verschafft». QSG 11, Nr. 51.

50 Pol. Jb. 20, S. 196. Bern, 12. August 1802. Füssli an Stapfer.

51 ASHR VIII, S. 230 ff. Bericht von Alexander Georg Thormann w. Landvogt von Morges über Besprechungen mit Adrien Lezay-Marnésia. – Dunant S. 609 ff. Rapporte Lezays an Bonaparte aus Bern, Genf und Zürich. 30. Juni, 14. Juli, 27. Juli 1802. Frz. Nat.-Arch.

52 Vgl. E. F. von Fischer, Erinnerung an Niklaus Rudolf von Wattenwyl. Bern, 1867. Zum Briefwechsel Thormann-Lezay S. 25–27.

53 Vgl. oben Anm. 49. Auf Thormanns schriftliche Anregungen antwortete Lezay nur: «Es ist meiner Reise allerlei beigemessen worden: Leider haben gute Wünsche keinen Einfluss, und ich kann nur Wünsche bilden». Vgl. Fischer S. 28 und oben Anm. 52. – Eine nachträgliche Bemerkung Stapfers: «Je pense bien qu'Adrien Lezay ne veut pas avoir l'air de faire autre chose que le botaniste. Mais j'ai lieu de croire qu'on le questionnera sur beaucoup d'autres choses à son retour». ASHR VIII, S. 302. Paris, 3. Juli 1802. Stapfer an Müller-F.

54 ASHR VIII, S. 365. Bourbon d'Archambault, 8. Juli (19 Messidor an X) Talleyrand an Stapfer.

55 Jahn S. 163 f. Paris, 15. Juli 1802. Stapfer an Müller-F. – Vgl. auch ASHR VIII, S. 295 ff. Referat von: «Notizen über die gestrige öffentliche Audienz» samt Hinweisen über die dem Gesandten aufgetragenen Kontakte zu andern Diplomaten und betr. den franz. Truppenabzug sowie seine neuen Kreditive (vgl. S. 290, 293 f., 297 ff.).

56 ASHR VIII, S. 377, 34a. Paris, 25. Juli (6 Thermidor an X). Consul Bonaparte an das Ministerium des Auswärtigen. Die Schweiz betreffend: «en laissant une indépendance entière et absolue à cette république».

57 A. a. O. S. 365, 10. Paris, 12. Juli (früh) 1802. Stapfer an Landammann und Statthalter.

58 A. a. O. S. 368 ff., bes. S. 372 die Instruktion an Stapfer vom 17. Juli.

59 QSG 11, Nr. 48. Paris, 22. Juli 1802. Stapfer an Talleyrand; auch ASHR VIII, S. 376 f.

60 ASHR VIII, S. 377 f., 34c. Paris, 25. Juli 1802 (6 Thermidor X). Consul Bonaparte an General Berthier, Kriegsminister.

61 A. a. O. S. 378. Paris, 6 Thermidor X (25. Juli 1802). Dass. Nr. 37, Stapfers diesbezügliche Meldung an den Staatssekretär (jetzt nach der Ablösung des in den Senat gewählten Müller-Friedberg: Gottlieb Abraham von Jenner, Stapfers Vorgänger in Paris). Paris, 29. Juli 1802.

62 Jahn S. 168 ff. Paris, 23. Juli 1802. Stapfer an Staatssekretär Jenner.

63 QSG 11, Nr. 49. Paris, 31. Juli 1802. Stapfer an die diplomatischen Vertreter der fremden Mächte in Paris. – Es ging um Russland, England, Preussen, den Heiligen Stuhl sowie die Batavische und Ligurische Republik.

64 ASHR VIII, S. 381 f., 50. Paris, 8. August 1802. Stapfer an Jenner.

65 Wydler S. 65. Bern, 12. August 1802. Rengger an Stapfer.

2.6 Das Ende der Gesandtschaft Stapfers
Seiten 320–385

1 Jahn S. 178. Paris, 4. August 1802. Stapfer an Jenner.

2 ASHR VIII, S. 931 f. Paris 12. und 14. August 1802. Stapfer an Jenner.

3 A. a. O. S. 934. Paris, 16. August 1802. Stapfer an Jenner.

4 A. a. O. S. 934 ff. Paris, 17. August 1802. Stapfer an Talleyrand; auch QSG 11, Nr. 50; 20. August und 28. August. Stapfer an Jenner; 28. August. Stapfer an Talleyrand; auch QSG 11, Nr. 52; 1. September Stapfer an Talleyrand; auch QSG 11, Nr. 54. – Genügte aber eine französische Pressenotiz, Frankreich anerkenne nur *eine* helvetische Republik und keine «Rebellen», als die Innerschweizer Insurgenten ein Schreiben direkt an den Ersten Konsul richteten?

5 Oben 2.5 Anm. 65.

6 Jahn S. 187 f., 189. Paris, 3. und 5. September 1802. Stapfer an Jenner. – Es handelte sich um das Gefecht an der Rengg am 28. August 1802.

7 ASHR VIII, S. 1443 ff. Paris, 8. September 1802. Stapfer an Jenner.

8 A. a. O. S. 1445 f. Paris, 9. September 1802 (22 Fructidor an X). Talleyrand an Stapfer. Dazu seine Bemerkung: «Mais serait-il donc décidé qu'après tant de maux vous dussiez être encore en proie au plus grand de tous, aux horreurs de la guerre civile? » – Paris, 9. September. Stapfer an den Vollziehungsrat per Eilkurier.

9 A. a. O. S. 1448. Paris, 11. September 1802. Stapfer an Jenner; dazu an denselben S. 1449 vom 15. September 1802.

10 Vgl. Biogr. 1766–1798, S. 261 ff. – In diesem Zusammenhang J. Müllers politisches Testament von 1797/98: «Mein politisches Testament, das Resultat aller meiner Wahrnehmungen über die Schweiz und in derselben, ist, dass sie sich nicht anders erhalten kann als durch das Mittel wodurch sie entstanden ist: nicht aber durch den Buchstaben, sondern

den Geist der ewigen Bünde». Vgl. auch Bonstettiana VII/2, S. 650 ff.

[11] ASHR VIII, S. 1451 f. Paris, 19. September 1802. Stapfer an Staatssekretär Jenner; auch Jahn S. 200 ff.

[12] A. a. O. S. 1450 f. Bern, 17. September 1802. Der Vollziehungsrat an Consul Bonaparte, und S. 1452 ff. Paris, 20. September. Stapfer an Talleyrand (Begleitschreiben); auch QSG 11, Nr. 56.

[13] Es erübrigt sich, die schiefe Darstellung der Rolle des helvetischen Gesandten Stapfer in einer vor kurzem erschienenen militärhistorischen Studie zu berichtigen (Jürg Stüssi-Lauterburg, Föderalismus und Freiheit. Der Aufstand von 1802: ein in der Schweiz geschriebenes Kapitel Weltgeschichte. Brugg 1994, S. 246 ff.). Die Berücksichtigung der gesamten Gesandtentätigkeit Stapfers von 1800 an und seiner Berichte würde genügen. Man könnte allenfalls darüber streiten, welches die besseren Schweizer Patrioten waren: die idealistischen, integeren Helvetiker, wie Stapfer und Rengger, die den neuen Staat auf der Rechtsgleichheit und den Menschen- und Freiheitsrechten aufzubauen trachteten, oder die zusammen mit den Innerschweizer Insurgenten die Rückkehr in die vorrevolutionäre Abhängigkeit und Untertanenschaft postulierenden Berner Patrizier.

[14] ASHR VIII, S. 1454 f. Paris, 21. September 1802. Talleyrand an Stapfer.

[15] A. a. O. S. 1455. Lausanne, 28. September 1802. Staatssekretär Jenner an Stapfer.

[16] A. a. O. S. 1456. Paris, 28. September 1802. Talleyrand an Stapfer und Consul Bonaparte an den Kriegsminister.

[17] A. a. O. S. 1456 f. Paris, 29. September 1802. Stapfer an Talleyrand.

[18] Dem befreundeten Paul Usteri gegenüber äusserte er einige Jahre später sein Bedauern über das schwächliche Versagen der helvetischen Regierung im September 1802: «Die helvetische Regierung hat sich äusserst schwach und ungeschickt benommen; wenn man den kleinen Kantonen ihren Willen nicht lassen wollte, so musste man wenigstens selbst einen Willen haben und ihn zu behaupten wissen». Zit. Luginbühl Biogr. S. 422. 26. Oktober 1809. Als ihr Gesandter bewahrte er ihr jedoch seine volle Loyalität, auch wenn ihn die Tagsatzung in Schwyz mit Versprechungen auf die Seite der Insurgenten zu ziehen suchte.

[19] Vgl. Oechsli I, S. 396 ff.; Rengger, Kleine Schriften, S. 112 f.

[20] ASHR VIII, S. 1437 ff. Proclamation Consul Bonapartes betreffend die Übernahme der Vermittlung zwischen den Parteien der Schweiz. St. Cloud, 30. September 1802 (8 Vendémiaire an XI).

[21] A. a. O. S. 1457. St. Cloud, 30. September 1802 (8 Vendémiaire XI). Consul Bonaparte an Talleyrand.

[22] ASHR IX, S. 9 f. St. Cloud, 2. oder 3. Oktober 1802. Consul Bonaparte an Talleyrand. – Am Schluss des Schreibens liess er von Mülinen die sofortige Abreise aus Paris nahe legen.

[23] A. a. O. S. 4 ff. Paris, 2. Oktober 1802. Stapfer an den Vollziehungsrat in Lausanne.

[24] A. a. O. S. 117. Paris, 6. Oktober 1802. Stapfer an Staatssekretär Jenner. Auch Jahn S. 209 ff. – Am 4. Oktober hatte die helvetische Regierung zu Lausanne im Senat der Vermittlungsproklamation des Ersten Konsuls «mit innigster Erkenntlichkeit» zugestimmt. – Die bedrängte Lage der nur noch auf Zusehen amtierenden Behörde veranlasste Stapfer im oben genannten Schreiben zu einem Wort des Mitgefühls: «Je compatis de toute mon âme à votre position pénible. C'est une des plus difficiles et des plus désagréables dans laquelle un homme sensible se puisse trouver. Je souhaite de tout mon cœur que, par des événemens propices à notre commune patrie, vous sortirez promptement. C'est un enfer qu'une pareille situation».

[25] A. a. O. S. 117 ff. Paris, 9. Oktober 1802. Stapfer an den Vollziehungsrat.

[26] A. a. O. S. 316 ff. Paris, 18. Oktober 1802. Talleyrand an General Ney. – Übrigens sollte der General mit Entschiedenheit der in der Schweiz verbreiteten Furcht entgegentreten, der Erste Konsul beabsichtige, sich, wie im Jahr zuvor in Cisalpinien, zum Präsidenten der Helvetischen Republik zu machen.

[27] A. a. O. S. 329. Paris, 21. Oktober 1802. Stapfer an den Vollziehungsrat.

[28] A. a. O. S. 224. Bern, 14. Oktober 1802. Die Standeskommission an die HH. Oberst von Mülinen, Oberst Hünerwadel von Lenzburg, Frisching von Rümligen und General von Wattenwyl, als Abgeordnete nach Paris. – Dazu Wyss I, S. 461 f.

[29] QSG 11, Nr. 57. Paris, 26. Oktober 1802. Stapfer an Usteri.

[30] A. a. O. Nr. 58. Zürich, 10. November 1802. Usteri an Stapfer.

[31] Wydler S. 72 ff. Paris, 2., 9. und 22. Oktober 1802. Stapfer an Rengger. – Über die Sorgen um den von Bern abgelösten und nun wieder beanspruchten Aargau: «Um alle Gefahr vom Aargau abzuwenden, ist nöthig, dass Sie, Zimmermann, Meyer von Aarau etc. etc. erscheinen. Je kräftiger und zahlreicher es repräsentirt wird, desto besser. Es muss so wenig als möglich in die Augen fallen, dass wir dort beinahe keinen Tiersetat haben».

[32] A. a. O. S. 76 ff. Bern, 26. Oktober 1802. Rengger an Stapfer. – Der plötzliche Tod seines Bruders verpflichtete ihn zur Fürsorge für dessen drei Kinder: «[...] ich bin Vater dreier Waisen geworden und habe keinen Menschen, dem ich meine Stelle auch nur für einige Wochen anvertrauen könnte. Würden Sie mich nicht selber missbilligen, wenn ich unter solchen Umständen daran dächte, mich zu ent-

fernen? Ich habe vier Jahre von den besten meines Lebens dem gemeinen Wesen geopfert, um mich im Gefolge einer verachteten Regierung mit Koth bewerfen zu lassen oder – wenn es unsern Gegenern gelungen wäre – gar das Allerschlimmste zu erfahren; soll ich diese Aufopferungen nun auch bis auf meine nächsten heiligsten Pflichten ausdehnen?»

33 ASHR IX, S. 462 f. Paris, 1. und 7. November 1802. Stapfer an Senator Mousson, Generalsekretär (nach dem Rücktritt Staatssekretär Jenners).

34 Vgl. Wydler S. 80 f. Bern, 9. Dezember 1802. Rengger an Stapfer. Renggers Ratschlag entsprach einer nüchternen Einschätzung der Lage «[...] ich würde vorzüglich dahin zu wirken trachten, dass die Konstitution nur keine *Hindernisse* gegen eine allmälige bessere Ordnung aufstellt».

35 ASHR IX, S. 516. Paris, 1. Dezember 1802. Stapfer an Senator Mohr.

36 A. a. O. S. 515 f. Paris, 17. und 21. November und 1. Dezember 1802. Stapfer an Mohr.

37 A. a. O. S. 887. Paris, 3. Dezember 1802. Stapfer an Mohr.

38 Die subtil analysierende Darstellung dieses politischen Zwischenspiels an der Consulta durch Stadler II, S. 189 ff.

39 Wydler S. 83. Bern, 14. Februar 1803. Rengger an Stapfer. – Vgl. auch QSG 11, Nr. 59. Bern, 11. November 1802 (in lateinischer Sprache). Johann Samuel Ith an Stapfer mit der Bitte, Pestalozzi in Paris zu betreuen.

40 ASHR IX, S. 888. Paris, 6. Dezember 1802. Die vom Ersten Konsul ernannten französischen Senatoren orientierten Stapfer offiziell: «Les soussignés, membres du Sénat, ont l'honneur d'informer Monsieur Stapfer, ministre plénipotentiaire de la République helvétique, que le premier Consul les a chargés [...] de la mission de conférer avec les députés du peuple helvétique convoqués à Paris en vertu de la médiation du premier Consul. Monsieur Stapfer est prié de donner connaissance individuellement à tous les députés de son pays de la formation de cette commission [...] Sigg. Barthélemy, Roederer, Fouché, Démeuniers».

41 Wydler S. 81. Bern, 9. Dezember 1802. Rengger an Stapfer.

42 ASHR IX, S. 889. Paris, 7. Dezember 1802. Stapfer an Mohr.

43 A. a. O. S. 890. Paris, 9. Dezember 1802. Von Mülinen an Thormann.

44 Dunant S. 639 ff. Arrêté du 1er Consul. 13 Frimaire XI (4. Dezember 1802). Règles à observer relativement à l'organisation de l'Helvétie. – Vgl. auch ASHR IX, S. 886. Dazu daselbst vorangehend: Paris, 8 Frim. XI (29. November 1802). Rapport von Talleyrand an Consul Bonaparte: «Le Premier Consul veut que l'ordre de choses à établir dans ce pays puisse se maintenir par lui-même. Il est dès lors nécessaire qu'il s'adapte aux différentes localités, et qu'aucun parti ne se croie sacrifiée au système général qui doit les embrasser toutes. Pour résoudre ce problème, on peut organiser un gouvernement central qui agisse uniformément sur chaque portion de l'Helvétie, et des administrations cantonales qui par leur forme et par la nature de leurs pouvoirs, se rapprocheront des habitudes et des institutions anciennes».

45 ASHR IX, S. 890 f. Paris, 11. Dezember 1802. Stapfer an Mohr. – Er nahm Bezug auf die Vollsitzung der Consulta vom Vortag: Je fus ensuite [...] invité [...] à désigner cinq d'entre tous les députés pour être présentés au premier Consul en audience extraordinaire, et je désignai, non sans éprouver le plus pénible embarras, et non sans émettre le vœu qu'il eût plu au premier Consul de faire ce choix par le corps entier de la députation, les citoyens Rüttimann, Müller-Friedberg, Kuhn, d'Affry, Reinhard».

46 A. a. O. S. 876 ff. St. Cloud, 10. Dezember 1802 (19 Frim. XI). Bonaparte, premier Consul et Président (de la République italienne) aux députés des dix-huit Cantons de la République helvétique. – Vgl. auch oben Anm. 44.

47 A. a. O. S. 881 ff. St. Cloud, 1802, 12. Dezember. Allocutions aux cinq députés de la Suisse. – Vgl. dazu Dunant S. 651 f. Barthélemys Rapport an Bonaparte vom 13. Dezember: «La commission s'empressera, citoyen Premier Consul, de seconder vos vues de célerité».

48 A. a. O. S. 893 f. Paris, 15. und 17. Dezember 1802. Stapfer an Mohr. – Das Antwortschreiben des Staatssekretärs an Stapfer, Bern, 17. Dezember 1802. Für jenen stand die drohende Föderalisierung obenan: «On veut commencer par chercher les bases pour les organisations cantonales, et c'est sur elles que l'on établira ensuite le gouvernement central [...] je me bornerai d'observer que le fédéralisme le plus complet en doit être le résultat».

49 Mémoire sur le Canton d'Argovie. Paris, 29 Frimaire an XI. – Am 20. Dezember 1802 den französischen Kommissaren eingereicht. Druck: Jörin S. 272 ff. – Vgl. dazu auch Dunant S. 644 f. Procès verbal des assemblées générales des députés helvétiques et des opérations de la Commission nommeé par le 1er Consul pour conférer avec eux. An XI.

50 ASHR IX, S. 952. Paris, 2. Januar 1803. Stapfer an Mohr: «Quant aux Cantons, notre projet pour l'Argovie, basé sur le système représentatif, avec des précautions pour empêcher l'ochlocratie, a été adopté presque entier à ce que le citoyen Roederer a dit à la députation du Canton de Berne, une espèce de modèle pour les nouveaux Cantons».

51 A. a. O. S. 895. Paris, 21. Dezember 1802. Stapfer an Mohr.

52 A. a. O. S. 950 f. Paris, 27. Dezember 1802.

Stapfer an Mohr. – Während der genannten Kommissionssitzung überreichten die Delegierten den französischen Kommissaren neben Stapfers Denkschrift zur Frage der Zentralregierung einen von Müller-Friedberg ausgearbeiteten Bundesverfassungsentwurf, der zwar das föderalistische Prinzip übernahm, jedoch von der Einheit so viel als möglich zu retten suchte.

53 A. a. O. S. 954 f. Paris, 10. Januar 1803. Stapfer an Mohr und dessen sarkastische Replik aus Bern: «Nous aurons donc de bonnes constitutions cantonales à l'instar de celles qui ont été détruites à tant de frais et de sang par la révolution 1798. Il est vrai qu'il n'y aura plus de sujets, mais en revanche je crains qu'on aura peine à trouver le souverain [...] La centralité sera ambulante»; so Statssekretär Mohr.

54 A. a. O. S. 955. Paris, 12. Januar 1803. Kuhn an Rengger.

55 A. a. O. S. 957. Paris, 18. Januar 1803. Stapfer an Mohr.

56 A. a. O. S. 941–946. Paris, 29. Januar 1803. Conferenzverhandlung des Ersten Konsuls mit den Delegierten der helvetischen Deputation («Conférence que les dix députés suisses nommés par les deux partis ont eue avec le Premier Consul [...] depuis 1 heures après midi jusqu'à 8 heures du soir»). – Stapfer kündigte am 22. Januar den Anlass mit den Worten an: «Enfin j'ai la satisfaction de vous apprendre que nous touchons au dénouement [...] Nous allons avoir au premier jour une assemblée générale, dans laquelle on nommera 10 à 12 députés destinés à être présentés au premier Consul, pour entendre de sa bouche le développement des motifs qui l'ont décidé à préférer les bases adoptées. Ensuite nous serons peut-être admis en masse à son audience et congédiés». A. a. O. S. 957.

57 Zusammenfassende Schilderungen: Tillier III, S. 344 ff.; Oechsli I, S. 432., auch die vorausgehenden Kommissionssitzungen betreffend, mit Auflagen für die Deputierten, die Bestimmungen über die Bundesakte strikt geheim zu halten oder die Weigerung, ihnen nach mündlichen Mitteilungen schriftliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen. – Müller-Friedberg berichtete dem helvetischen Senat über die französischen Verhandlungspraktiken und die Sorge der Pariser Amtsstellen, es könnte etwas vorzeitig durchsickern und öffentliche Diskussionen auslösen: «[...] il ne convenait pas que rien transparât avant temps». ASHR IX, S. 963. Paris, 28. Januar 1803. Die (helvetischen) Senatsdeputierten an den Senat.

58 ASHR IX, S. 963 ff. Paris, 30. Januar 1803. Stapfer an Mohr. Nachfolgend zwei einschlägige Berichte am 3. und 9. Februar.

59 Jahn S. 231 ff. u. 236–240. Paris, 3. und 9. Februar 1803. Stapfer an Mohr. – In die Rapporte aufgenommene Wortzitate aus den sich stundenlang hinziehenden Verhandlungen mögen in Vergleich gesetzt werden mit den Berichten anderer Teilnehmer, um den Quellenwert von Stapfers Berichterstattung einzustufen. Dieser übernahm 1835 rückblickend die Aufzeichnungen vom Verhandlungsmarathon des 29. Januar 1803 als Anhang zur Abhandlung «Histoire et description de la ville de Berne», indem er sie zusätzlich kommentierte. Mélanges I, p. 523–540. – Seltsamerweise verschweigt er hier wie dort die gewichtigen Voten, die er persönlich während der Beratungen mit Bonaparte einwarf. Aus Tillier III, S. 356 ist zu entnehmen, dass er beispielsweise beanstandete, mit der den sechs alten Städten zugewiesenen Direktorialfunktion würden die neuen Kantone übergangen: «Es müsse den neuen Kantonen, unter denen vier der grössten sich befänden, welche zwei Stimmen auf der Tagsatzung führten, sehr schmerzhaft auffallen, dass keiner von ihnen unter die Direktorialkantone aufgenommen würde [...] Sie besässen zur Bekleidung der Würde eines Landammanns der Schweiz ebenso fähige Männer, als jene sechs, und würden auch eben so aufgeklärte Regierungen zur Unterstützung dieses obersten Beamten aufstellen».

60 Vgl. von Greyerz, Nation u. Gesch. S. 113. Zum Versuch Stapfers, angesichts der Wende zum Föderalismus hin, möglichst viel von helvetischem Geist in die Kantonsverfassungen hinüberzuretten. «Dieser [sc. Stapfer] wollte in der Verfassungsfrage die innern Verhältnisse der alten Patrizierkantone nach Möglichkeit auf die gleiche Linie bringen mit denjenigen der neuen Kantone».

61 Mélanges I, p. 538. Appendice. «Acte de Médiation. – Comment le Patriciat, exclu de fait et de droit du gouvernement par la Révolution, rentra au pouvoir de fait par la Médiation».

62 ASHR IX, S. 1028.

63 A. a. O. S. 1029. Paris, 7. Februar 1803. Stapfer an Mohr: «J'ai représenté hier au Premier Consul que le pacte fédéral devrait stipuler pour tout Suisse le droit de s'établir et d'exercer son industrie dans tous les Cantons. Il m'a répondu que cela lui paraissait juste et qu'il ne s'opposait pas à l'insertion d'une clause pareille». – A. a. O. auch das Nachfolgende.

64 A. a. O. S. 1030 f. Paris, 17. und 19. Februar 1803. Stapfer an Mohr. Ergänzung bei Jahn S. 241.

65 A. a. O. S. 1035. Paris, 27. Februar 1803. Stapfer an Mohr. Damit blieb Stapfer erspart, in die nachfolgenden diplomatischen Verhandlungen über die der mediatisierten Schweiz auferlegte Defensivallianz samt der drückenden Militärkapitulation involviert zu werden.

66 A. a. O. S. 1033. Paris, 21. Februar 1803. Niklaus Friedrich von Mülinen an Gottlieb Thormann. – A. a. O. steht ein Résumé der nach Schluss der Consulta den beiden Berner Patri-

ziern gewährten Sonderaudienz bei Bonaparte. Unter der Bedingung einer frankreichfreundlichen Haltung habe er dabei für das Patriziat folgendermassen Avancen gemacht: «Sous la condition d'une déférence entière pour la France, je suis disposé à donner au patriciat dans les villes jusqu'ici souveraines, outre les fonctions publiques, force, honneur, considération et moyens de fortune. J'estime les noms et les Souvenirs historiques, surtout dans une république, et j'aime mieux voir l'autorité dans les mains des classes élevées que dans la boue». Vgl. dazu Tillier III, S. 362 ff. und oben Anm. 61.

67 A. a. O. S. 1037. Zürich, 3. März 1803. Usteri an seine Wahlmänner.

68 A. a. O. S. 1175. Freiburg, 3. März 1803. Landamman d'Affry an Stapfer.

69 A. a. O. S. 1197. Paris, 7. März 1803. Stapfer an Talleyrand (Concept eigenhändig). – Der von Landammann d'Affry provisorisch als chargé d'affaires bestimmte Legationssekretär Stapfers L. Boisot teilte am 12. März jenem mit, Stapfer sei am 9. von Paris abgereist. Er habe ihn mündlich folgendermassem instruiert: «Tout qui est relatif aux affaires diplomatiques, négociations etc. vous devez, sans autre, en référer au citoyen Landammann. Quant aux affaires civiles, le moindre retard pouvant être nuisible, agissez comme j'étais habitué de le faire; vous pouvez même sans inconvénient, a-t-il ajouté, aider les citoyens suisses dans les réclamations qu'ils seraient dans le cas de faire auprès du gouvernement français, en donnant connaissance de vos démarches au citoyen Landammann et en lui demandant ses ordres. Voilà, Monsieur, les instructions que Monsieur Stapfer m'a données à son départ». A. a. O. S. 1398 f. Paris, 12. März 1803. L. Boisot an Landammann d'Affry.

70 A. a. O. S. 1177. Paris, 14 Ventôse XI (5. März 1803). Talleyrand an Landammann d'Affry.

71 Über Stapfers innige Familienbindung vgl. Biogr. 1766–1798, S. 39 ff. und Briefwechsel 1789–1791 passim.

72 Wydler S. 83 ff. Aarau, 30. März 1803. Rengger an Stapfer. Dass. auch für das Folgende. – Doch erst Ende April scheinen sich die beiden in Bern persönlich getroffen zu naben. Rengger schrieb am 27. April nach Freiburg: «Ihr Schwager macht mir Hoffnung, dass Sie sonnabends herüberkommen; ich sehne mich herzlich danach, Sie zu sehen, auch wenn kein Wort von Politik zwischen uns sollte gewechselt werden». A. a. O. S. 91.

73 Acte de Médiation. Chapitre XX. Acte fédéral. Titre III. Anhang betreffend die helvetischen Schulden und Nationalgüter, Artikel VII–IX. «Une commission de cinq membres, savoir les citoyens Stapfer, Kuster, Raemy, Sulzer, Laurent Mayr [...] vérifiera les besoins des municipalités, déterminera l'étendue de leurs besoins et les fonds nécessaires pour reconstituer leur revenu, liquidera les dettes des cantons, liquidera la dette nationale, assignera à chaque dette le fonds nécessaire pour asseoir l'hypothèque ou opérer la libération et déterminera les biens qui rentreront dans la propriété de chaque canton».

74 ASHR IX, S. 1365. 22. März 1803. Die Liquidationskommission an den Landammann.

75 QSG 11, Nr. 61 f. Freiburg, 5. und 15. April 1803. Stapfer an Usteri. – Jakob Laurenz Custer (1753–1828), helvetischer Finanzminister 1802. Johann Rudolf Sulzer (1749–1828) aus Winterthur, an der Consulta zur Gruppe der Föderalisten zählend. – Der hier erwähnte Brief an Rengger mit Angabe der Gründe Stapfers für die Übernahme des Mandats fehlt. Der Aufenthalt in Freiburg kommt aber später in anderem Zusammenhang wieder zur Sprache. Vgl. Wydler S. 95.

76 ASHR IX, S. 1388 f. 14. Juni 1803. Landammann an H. Leonhard Heusler, Legationsrath Basel, und 20. Juni Schreiben an Stapfer.

77 QSG 11, Nr. 63. Freiburg, 20. Mai 1803. Stapfer an Usteri. – Zu den Schlusszahlen vgl. oben.

78 Wydler S. 89 f. Aarau, 18. April 1803. Rengger an Stapfer. Auch QSG 11, Nr. 63. Freiburg, 20. Mai 1803. Stapfer an Usteri. Vgl. dazu: Heinrich Staehelin, Der Kanton Aargau 1803. Druck aus: Bonaparte, le Suisse et l'Europe, publ. par Alfred Dufour et al. Genève 2003.

79 QSG 11, Nr. 61 u. 63. Freiburg, 5. und 15. April 1803. Stapfer an Usteri.

80 ASHR IX, S. 1400. 21. Juni. Patentbrief des Landammanns für Stapfer. – Vgl. Anm. 76.

81 A. a. O. S. 1399. Freiburg, 27. April 1803. Landammann d'Affry an den französischen Legationssekretär Gandolphe; und dass. Paris, 28. Mai 1803. Talleyrand an Landammann d'Affry. – Antoine Constantin Maillardoz (1765–1832), dessen Vater für seine Dienste in Frankreich von König Ludwig XV. mit dem Marquistitel ausgezeichnet wurde, hatte ebenfalls dort gedient. Nach dem Tuileriensturm kehrte er in die Schweiz zurück. Jetzt kam er also zunächst in ausserordentlicher Mission wieder nach Paris und wirkte dann dort als bevollmächtigter Minister der Schweizerischen Eidgenossenschaft bis 1814.

82 QSG 11, Nr. 62. Freiburg, 15. April 1803. Stapfer an Usteri.

83 Tillier I, S. 75. Laut Landammann d'Affry, 15. September 1803, sei Maillardoz durch Tagsatzungsbeschluss zum bevollmächtigten Minister der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Paris ernannt worden. – Stapfers Bericht Wydler S. 102 f. Paris, 20. März 1804. Stapfer an Rengger.

84 Mélanges I, p. 529. Appendice zu «Histoire et description de la ville de Berne». Paris 1835.

85 Wydler S. 95 f. Lavue près Bourg-la-Reine bei Paris, 22. Oktober 1803. Stapfer an Rengger.

86 A. a. O. S. 97 ff. Lausanne, 27. Januar 1804. Rengger an Stapfer.

[87] QSG 11, Nr. 64. Biberstein bei Aarau, 10. März 1804. Zschokke an Stapfer. – Z. plante in seinem Werk «eine Gallerie historischer Gemälde solcher Männer [...], welche sich in unserer neuern Geschichte am meisten ausgezeichnet haben [...] Ihre Biographie [...] darf in dieser wichtigen Sammlung, ohne eine allzu grosse Lücke zu veranlassen, nicht fehlen».

[88] Wydler S. 112 ff. u. 116 ff. Lausanne, 17. Heumonat 1804. Rengger an Stapfer betr. Übersendung der Schrift. Und: Paris, 8. September 1804. Stapfer an Rengger in Verdankung und Würdigung derselben. Druck: Rengger, Kleine Schriften S. 13–98.

[89] A. a. O. S. 110. Paris, 18. Juni 1804. Stapfer an Rengger.

[90] Vgl. Anm. 88. – Rengger, Kleine Schriften S. 13 f.

[91] QSG 12, Nr. 169. Belair, 21. Oktober 1811. Stapfer an Usteri. – Vgl. oben 2.3. – Übrigens kommt hier auch Stapfers Verhalten während des hektischen Verhandlungsprozesses über Napoleons Intervention in den Stecklikrieg zur Sprache. Gegenüber der Diffamierung durch die föderalistischen Gegner und entsprechenden späteren schiefen Darstellungen wirkt seine Selbstverteidigung im vorliegenden Brief aufgrund der heutigen Quellenlage durchaus überzeugend. – Darüber auch oben I, II u. Anm. 12.

[92] Wydler S. 143. Paris, 20. September 1810. Stapfer an Rengger.

[93] Bonstettiana. Briefwechsel Bonstetten-Stapfer, dank freundlicher Mitteilung von Peter Walser: Genf, 17. September 1815. Bonstetten an Stapfer in Belair/près l'Amaury et Montfort/Seine et Oise. Und: Belair, 2. Oktober 1815. Stapfer an Bonstetten. – Die infolge der zeitweiligen Emigration Bonstettens von 1798 an etwas gelockerte und bis 1813 nur durch sporadische Korrespondenz aufrechterhaltene Verbindung der innerlich verwandten Geistesaristokraten erhielt immer wieder Impulse durch Bonstetten, der zwischen 1798 und 1803 vermutlich über mehr Musse verfügte als der gehetzte helvetische Gesandte in Paris. Jedoch gestand Stapfer bei allen Sympathiebezeugungen dem Partner auch offen ein, er sei «graphophobe», ja «plumifuge». So in dem bezeichnenderweise mehrfach unterbrochenen, entschuldigenden Schreiben vom 4.–5. Dezember 1801 – 9. April 1802. – Darin steht: «Ce n'est cependant pas manque du dévouement le plus entier et du plus tendre attachement que je vous ai voué et qui ne me quittera qu'avec ma vie, qui rend si scandaleusement négligent en correspondance; c'est une misérable santé qui me fait de l'écriture un poison et un supplice; c'est la vie de Paris qui fouette les momens sans permettre qu'on saisisse un seul; c'est l'indiscible répugnance pour des lettres de trois lignes, pendant que j'attends en vain le loisir d'en écrire de plus longues: c'est la trop grande richesse de matières qui fait le désespoir d'un malade, graphophobe, ou plumifuge [...]»

[94] Horaz, Sat. I 4,62. – die Glieder eines zerrissenen Dichters.

[95] QSG 12, Nr. 201. Paris, 14. Mai 1814. Stapfer an Laharpe.

[96] An der Auslösung der Julirevolution in Paris, die 1830 das bourbonische Restaurationsregime stürzte, hatte Stapfers jüngerer Sohn Albert als Journalist Anteil.

[97] Zit. Luginbühl Biogr., deutsch nach Adolphe Monod, vol. II, choix de lettres.

[98] Wydler S. 125. Paris, 26. August 1805. Stapfer an Rengger.

[99] Marie-Madeleine-Pierrette Stapfer, née Vincens (1778–1854) hing sehr an ihrer bejahrten Grossmutter Elisabeth Gastebois (1719–1811), die, früh verwitwet, zusammen mit der ebenfalls verwitweten Mutter die Verantwortung für die Erhaltung des Familienbesitzes trug und mit energischer Hand die Zügel führte. Ihren zeitweiligen Wohnsitz Schloss Talcy vererbte sie ihrer Enkelin, Stapfers Gattin. Deren Tante Anne Sophie Gastebois war übrigens die Schwiegermutter des Berner Patriziers Niklaus Rudolf von Wattenwyl (1760–1832), des Schultheissen, Generals und bekannten Landammanns der Mediationszeit. Zu ihm stand Stapfer schon an der helvetischen Consulta – «le grand cousin» – in einem höflich-distanzierten Verhältnis, begreiflicherweise.

Bibliografie

Abkürzungen von Quellen, Nachschlagewerken, viel zitierter Literatur

A	Archiv
AHVB	Archiv des Historischen Vereins Bern
Argovia	Jahresschrift der Historischen Gesellschaft des Kantons Aargau
ASHR	Sammlung der Acten aus der Zeit der helvetischen Republik, 16 Bde. Bern und Freiburg 1886–1966.
BA HZA	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, Helvetisches Zentralarchiv
BA STA	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, Stapfer-Archiv
BB BE	Burgerbibliothek Bern
Biogr. 1766–1798	Adolf Rohr, Philipp Albert Stapfer. Eine Biographie im alten Bern vom Ancien régime zur Revolution (1766–1798). Bern 1998.
BLA	Biographisches Lexikon des Kantons Aargau 1803–1957
Böning	Holger Böning, Der Traum von Freiheit und Gleichheit. Zürich 1998.
Bonstettiana	Historisch-kritische Ausgabe der Briefkorrespondenzen Karl Viktor von Bonstettens und seines Kreises. Hg. von Doris und Peter Walser-Wilhelm. Bern und Göttingen 1996 ff.
Briefwechsel 1789–1791	Philipp Albert Stapfer. Briefwechsel 1789–1791 und Reisetagebuch. Hg. Adolf Rohr. Aarau 1971.
Dict. Furet/Ozouf	Dictionnaire critique de la Révolution française. Hg. von Furet/Ozouf. Paris 1988. Deutsch, Suhrkamp 1996.
Dunant	Emile Dunant, Les relations diplomatiques de la France et de la République helvétique. 1798–1803. Quellen zur Schweizergeschichte 19. Basel 1901.
Greyerz, Nation u. Gesch.	Hans von Greyerz, Nation und Geschichte im bernischen Denken. Bern 1953.
Guggenbühl	Gottfried Guggenbühl, Bürgermeister Paul Usteri (1768–1831), 2 Bde. Aarau 1924–1931.

HBLS	Historisch-biographisches Lexikon der Schweiz. 7 Bde. Neuenburg 1921–1934.
HBSG II	Handbuch der Schweizergeschichte. Bd. 2. Zürich 1980.
Herzog	Eduard Herzog, Über Religionsfreiheit in der helvetischen Republik. Bern 1884.
Hilty	Carl Hilty, Öffentliche Vorlesungen über die Helvetik. Bern 1878.
Jahn	Albert Jahn, Bonaparte, Talleyrand et Stapfer. Zürich 1869.
JbSG	Jahrbuch für Schweizergeschichte
Jenner	Abraham Gottlieb von Jenner, Denkwürdigkeiten meines Lebens. Hg. E. von Jenner-Pigott. Bern 1887.
Kölz	Alfred Kölz, Neuere schweizerische Verfassungsgeschichte. Bern 1992.
Luginbühl Biogr.	Rudolf Luginbühl, Philipp Albert Stapfer, helvetischer Minister der Künste und Wissenschaften. 1. Ausg. Basel 1887, 2. Ausg. 1902. Zitate nach der 2. Ausg.
Mélanges I/II	Mélanges philosophiques, littéraires, historiques et religieuses, par M. P.-A. Stapfer; précédés d'une notice sur l'auteur par M. A. Vinet. Paris 1844.
NBT	Neues Berner Taschenbuch
Oechsli I	Wilhelm Oechsli, Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert. Bd. 1. Leipzig 1903.
Polit. JbS	Politisches Jahrbuch der Schweiz
QSG 11, 12	Aus Philipp Albert Stapfers Briefwechsel. Hg. Rudolf Luginbühl. Quellen zur Schweizergeschichte Bd. 11 und 12. Basel 1891.
Rev. AG	Revolution im Aargau. Umsturz, Aufbruch, Widerstand. 1798–1803. Hg. Bruno Meier et al. Aarau 1997.
SchR Stapferhaus	Schriftenreihe Stapferhaus auf der Lenzburg 1966 ff.
StAAG	Staatsarchiv Aargau
StALU	Staatsarchiv Luzern
Stadler	Peter Stadler, Pestalozzi. Geschichtliche Biographie, 2 Bde. Zürich 1988–1993.
SZG	Schweizerische Zeitschrift für Geschichte
Tillier I–III	Anton von Tillier, Geschichte der helvetischen Republik, 3 Bde. Bern 1843.

Tillier VA	Ders., Geschichte der Eidgenossenschaft während der Herrschaft der Vermittlungsakte. Zürich 1845.
Wernle Prot. 18. Jh.	Paul Wernle, Der schweizerische Protestantismus im XVIII. Jahrhundert, 3 Bde. Tübingen 1923–1925.
Wernle Prot. Helv.	Ders., Der schweizerische Protestantismus in der Zeit der Helvetik, 2 Bde. Zürich/Leipzig 1938–1942.
Wydler	Leben und Briefwechsel von Albrecht Rengger, Minister des Innern der helvetischen Republik. Hg. Ferd. Wydler. Zürich 1847.
Wyss	Friedrich von Wyss, Leben der beiden Zürcherischen Bürgermeister David von Wyss. Zürich 1884.

Verzeichnis der Druckschriften Stapfers
(helvetische Periode; vgl. Luginbühl Biogr. S. 581)

1. Rapport au directoire sur les objets de l'instruction.
2. Der Minister der Künste und Wissenschaften an die Religionslehrer Helvetiens über ihre Pflichten und Bestimmungen. Luzern, 15. October 1798.
3. Der Minister der Künste und Wissenschaften an die Religionslehrer Helvetiens (die Schulen betreffend). Luzern, 30. October 1798.
4. Botschaften an die gesetzgebenden Räte. Luzern, November 1798.
5. Instruktionen für die Erziehungsräte und Schulinspektoren. Luzern, Januar 1799.
6. Der Minister der Künste und Wissenschaften an die Religionslehrer der Schweiz, an die der Grenzkantone insbesondere. Luzern, Frühling 1799.
7. Über die Besoldungen der Kirchendiener. Bern, Januar 1800.
8. Einige Bemerkungen über den Zustand der Religion und ihrer Diener in Helvetien. Bern, Februar 1800.

Quellen und Literatur
(Stapfer insbesondere betreffend; vgl. auch oben *Abkürzungen* und bibliografische Angaben im Text)

Bernet Paul, Der Kanton Luzern zur Zeit der Helvetik. Luzern 1993.

Biaudet J.-C., Henry Druey et Ph. A. Stapfer. Festgabe H. v. Greyerz, 1967, S. 452 ff.

Bircher Patrick, Der Kanton Fricktal. Laufenburg 2002.

Büchi Hermann, Die politischen Parteien im ersten schweizerischen Parlament. Polit. JbS 31.

Damour Carl, Philipp Albert Stapfer, mit besonderer Berücksichtigung der theologischen Entwicklung und der kirchenpolitischen Tätigkeit. Diss. Zürich 1930.

De Capitani François, Die Ideen der Französischen Revolution und die schweizerische Festkultur. Jahresber. Schweiz. Akad. d. Geisteswissensch. Fribourg 1989.

Ders., Rituale der «Religion civile». Zur Selbstdarstellung der Helvetischen Republik. Itinera Fasc. 15, 1993.

Dossier Helvetik. Vol. I–VI. Hg. Christian Simon et al. Basel 1995 ff.
Fankhauser Andreas, Die Exekutive der Helvetischen Republik 1798–1803. Studien und Quellen 12. Bern 1986.
Frei Daniel, Neutralität – Ideal oder Kalkül? Frauenfeld 1967.
Grosse Schweizer. Hg. Martin Hürlimann. Zürich 1938.
Guggisberg Kurt, Philipp Emanuel von Fellenberg und sein Erziehungsstaat, 2 Bde. Bern 1953.
Ders., Bernische Kirchengeschichte. Bern 1958.
Halder Nold, Geschichte des Kantons Aargau, 1. Bd. Aarau 1953.
Hasler Friedrich und Hans Alfred Hartmann, «Gallerie berühmter Schweizer» der Neuzeit. Baden 1868–1871.
Helbling Hanno und Martin Meyer, Die Grosse Revolution 1789 und die Folgen. Zürich 1990.
Itinera, Fasc. 15, 1993. Helvetik – neue Ansätze. Hg. Allg. Geschichtforschende Gesellschaft der Schweiz. Basel 1993.
Jörin Ernst, Der Aargau 1798–1803. Aarau 1929.
Keller Hans Gustav, Minister Stapfer und die Künstlergesellschaft Bern. Thun 1945.
Kim Kurt, Tschudi Hans Peter, Meylan Henri, Ansprachen: Philipp Albert Stapfer 1766/1966. SchR Stapferhaus H. 3. Aarau 1967.
Kopp Peter F., Peter Ochs. Basel 1992.
Kutter Markus, Der Anfang der modernen Schweiz. Basel 1996.
Ders., Der modernen Schweiz entgegen, Bd. 2. Eine Schweiz von Napoleons Gnaden. Basel 1997.
Lebensbilder aus dem Kanton Aargau 1803–1953. Aarau 1953.
Lefebvre Georges, Napoleon. Hg. Peter Schöttler. Stuttgart 2003.
Luginbühl Rudolf, Die Geschichte der Schweiz von 1800–1803 nach Briefen helvetischer Staatsmänner an Ph. A. Stapfer. Polit. JbS 20, 1906.
Ders., Zur Geschichte Berns und der Schweiz 1803–1830 aus Briefen des Prof. Samuel Schnell u. a. an Ph. A. Stapfer. NBT 1906.
Ders., Nachtrag zum Briefwechsel des Ph. A. Stapfer und Paul Usteri. Anz. f. Schweizergeschichte Bd. 6, 1893.
Ders., Aristokratische Gegenrevolutionsversuche am Schluss der Helvetik. Blätter f. bern. Gesch. 2 (1906), H. 4.
Monnier Victor (hg.), Bonaparte et la Suisse. Travaux préparatoires de l'Acte de Médiation (1803). Genève 2002.
Muralt Leonhard von, Alte und neue Freiheit in der helvetischen Revolution. In: Der Historiker und die Geschichte. Zürich 1960.
Omodeo Adolfo. Die Erneuerung Italiens und die Geschichte Europas 1700–1920. Zürich 1951.
Ort Werner, Der modernen Schweiz entgegen. Heinrich Zschokke prägt den Aargau. Baden 2003.

Reinalter Helmut, Die Französische Revolution. Schr. d. Internat. Forschungsstelle Demokratische Bewegungen in Mitteleuropa 2. Frankfurt 1991.
Ders., Republikbegriff und Republiken seit dem 18. Jahrhundert im europäischen Vergleich. Schr. 28. 1999.
Rengger Albrecht, Kleine, meist ungedruckte Schriften. Hg. Fr. Kortüm. Bern 1838.
Rohr Adolf, Von den geistigen Voraussetzungen für Ph. A. Stapfers helvetischen Erziehungsplan. Festgabe Otto Mittler. Aarau 1960.
Rufer Alfred, Ein Beitrag zur helvetischen Revolutionsgeschichte auf Grund eines Mémoire von Ph. A. Stapfer. JbSG 36 (1911).
Ders., Der Völkerbundsgedanke und Ph. A. Stapfer. Bern 1919.
Ders., Helvetische Republik. HBLS IV. 1927.
Ders., Pestalozzi, die Französische Revolution und die Helvetik. Bern 1928.
Ders., Vertrauliche Äusserungen des Ersten Konsuls über seine Schweizerpolitik. In: Polit. Rundschau. Januar 1940.
Sammlung bernischer Biographien. Hg. Historischer Verein des Kantons Bern. Bern 1884–1906.
Schlunegger Hans. Samuel Friedr. Lüthardt (1767–1823). Diss. Bern 1923.
Schwegler Theodor, Geschichte der katholischen Kirche in der Schweiz. Stans 1943.
Steck Rudolf, Aus der Zeit der Helvetik. NBT 1899.
Steiner Gustav, Mittel und Weg zur helvetischen Revolution. Basler Zeitschr. f. Altertum und Geschichte 1931.
Ders., Napoleons I. Politik und Diplomatie in der Schweiz. Zürich 1907.
Strickler Johannes, Die alte Schweiz und die helvetische Revolution. 1899.
Ders., Das Ende der Helvetik. Polit. JbS 16 (1902).
Stüssi-Lauterburg Jürg, Föderalismus und Freiheit. Brugg 1994.
Talcy, Livres et Archives du Château de Talcy. Collections Stapfer. Vente le 16 Novembre 1931. Etude de Me Giard. Paris 1931.
Travaux sur la Suisse des Lumières. Republikanische Tugend. Ausbildung eines Schweizer Nationalbewusstseins und Erziehung eines neuen Bürgers. Hg. Schweiz. Akademie d. Geistes- und Sozialwissenschaften. Genf 2000.
Waresquiel de Emanuel, Talleyrand. Paris 2003.
Wartburg Wolfgang von, Die grossen Helvetiker. Schaffhausen 1997.

Bildnachweis

21	Aus: Rev. AG, G. Pelloli, Wohlen
22	Aus: Le véritable messager, boiteux de Vevey 1799, StAAG
23	Stadtmuseum Aarau
28/29 sowie Einband	Schloss Talcy sur Mer
31	Archives Nationales Paris, MC, Et. CXVII, 1. 985
38	BA HZA Bd. 507
48	Universitätsbibliothek Basel, Porträtsammlung Benedikt Meyer-Kraus, F 476
50	Aus: Lebensbilder aus dem Kanton Aargau, 1953
51	Historisches Museum Baden
52	Zentralbibliothek Zürich
83	Musée Historique de Lausanne
89	Zentralbibliothek Luzern
93	Musée Historique de Lausanne
94	Aus: Bonstettiana VIII/2
104	Stadt- und Universitätsbibliothek Bern
105	Aargauer Kantonsbibliothek
115	Historisches Museum Bern
148	BB BE
160	Schloss Talcy sur Mer
162	Aus: Bonstettiana VIII/2
163	BB BE
173	Napoleon-Museum Arenenberg
182	BA HZA Bd. 793, fol. 339
186	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern, Pariser Gesandtschaft
193	Historisches Museum Baden
194	Albert Mathiez, Die Französische Revolution. Bd. 2, S. 249
205	Aus: Talleyrand, le prince immobile, 2003
207	Schweizerische Landesbibliothek Bern
210	Musée historique de Lausanne
217	Bibliothèque Nationale, Paris

229	Bibliothèque Nationale, Paris
245	Historisches Museum Baden
245	BB BE
253	Schweizerische Landesbibliothek Bern
291	Historisches Museum Baden
297	Aus: Lebensbilder aus dem Kanton Aargau, 1953
304	Bibliothèque Nationale, Paris
328	Bibliothèque Nationale, Paris
329	Bibliothèque Nationale, Paris
330	Bibliothèque Nationale, Paris
332	BB BE
344	Historisches Museum Luzern
345	BB BE
346	Historisches Museum Baden
348	Bibliothèque Nationale, Paris
349	Schweizerische Landesbibliothek Bern
357	Schweizerisches Landesmuseum Zürich
358	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
360	Schweizerisches Bundesarchiv, Bern
361	StAAG
362	Historisches Museum Baden
375	Historisches Museum Baden
382	Schloss Talcy sur Mer
383/84	Schloss Talcy sur Mer

Die Ziffern nach ST I beziehen sich auf das hier einbezogene Register des 1998 erschienenen ersten Teils von Stapfers Biografie (Ph. A. Stapfer. Eine Biographie ... 1766–1798). Die Seitenzahlen verweisen dort entweder auf den Text oder nach der Sigle a auf Fussnoten der betreffenden Seite.

Hinter ST II folgen nur die Seitenzahlen aus dem vorliegenden Werk. Die besonders häufigen Ortsnamen Bern und Paris sind ausgelassen, und ab Kapitel 2.2 verweist das Register für Napoleon/Bonaparte und Talleyrand nur auf besonders wichtige Stellen (v. a. Audienzrapporte Stapfers).

Aarau ST I 5, 14a4, 25+a3, 167a7, 293, 294a14, 300, 307 f., 311 ff., 316, ST II 5, 15 ff., 21 f., 23, 25 ff., 30, 37, 46, 86, 88 f., 126, 156, 168
Aarburg ST I 25
Aargau/Argovie ST I VII, 3, 8+a11 f., 9 f., 13, 14+a4, 16a6, 23, 25, 38, 42, 160, 287, 294, 313, 371, ST II 6, 10, 46, 50, 100, 185, 223, 243, 246, 259, 336, 338, 351 f., 356, 362, 368, 370, 372, 374, 382, 422, 426, 437, 442 f., 451
Aberli, Johann Ludwig ST I 367 (Abb. III)
Abt, Siegfried ST II 422
Achilleus 302+a22, 306
Affry, Louis d' ST II 7, 320, 341, 343, 359, 361 ff., 365 ff., 371, 443, 445 f.
Aldenrath, N. N. ST I 371 (Abb. XXIII)
Alexander d. Gr. ST I 200
Alexander, Zar von Russland ST II 440
Amiens ST II 232, 270, 274, 280, 296
Amsterdam ST I 105, 108 ff., 112 ff.
Anacharsis ST I 200+a26
Ancona ST II 315
Angleterre/Anglois (s. auch England) ST I 116, 124, 134 ff., 138, 321, 323
Anna-Amalia, Herzogin ST I 218
Aristoteles ST I 200
Arnhem ST I 109
Athen ST I 33a15, 62
August, Prinz ST I 225
Augustinus Aurelius ST I 86
Aulard, Alphonse ST I 145a10

Babylonisch(e) (Gefangenschaft) ST I 317
Bächli, Johann Gottlieb ST I 63a39, 210+a19
Bailly, Jean-Sylvain ST I 328
Balthasar, Franz Urs von ST II 96
Balthasar, Josef Anton ST II 426
Banks, Sir Joseph ST I 118, 120
Bantiger ST I 243
Barras, Paul ST I 281
Barthélemy, Jean-Jacques ST I 200a26
Barthélemy, François de ST II 150, 164, 342, 345, 349, 359, 367, 443
Basel ST I 4+a3, 5a7, 71, 233, 257, 295a16, ST II 80
Bay, Ludwig ST I 267, 274, 316+a15, ST II 18, 421
Beauharnais ST II 305
Bégoz (Bégos), Louis ST II 23, 179, 191 f., 201, 209 f., 215, 228, 237, 245 f., 248, 431, 433
Belair (F) ST I 206a10
Berend, Eduard ST I 223a39 f.
Bergasse, Nicolas ST I 103
Berlepsch (später Harmes), geb.von Oppel, Emilie von ST I 93+a32, 218ff.+a29, 224a41, 232+a53, 234, 237, 240, 242, Abb. XXII
Berlin ST I 78, 89, 241a65, 312a11, ST II 315
Bernet, Paul ST II 428, 450
Beromünster ST II 81
Berthier, Louis Alexandre ST II 316
Berthollet, Claude-Louis ST I 299a18
Best, N. N. ST I 118
Biaudet, Jean-Charles ST I 103a50, ST II 450
Bircher, Patrick ST II 450
Birr (Neuhof) ST II 46
Blank, Stefan ST II 420
Blauner, Niklaus ST I 52+a15 f., 53
Bloesch, Hans ST I 241a66
Blumenbach, Johann Friedrich ST I 78, 79a12
Blumer, Giovanni ST I 92a31
Bodenmann, Eduard ST I 33a16
Böning, Holger ST I 366, ST II 426 f., 447
Boesch, Evelyn ST II 425
Boisot, N. N. ST II 364, 445
Boissier, Henri ST I 217a28
Bonaparte, Joseph ST II 180
Bonaparte, Josephine ST II 439
Bonaparte, Napoleon s. Napoleon
Bondeli, Julie ST I 19, 28 f., 33a16, 51+a13
Bondeli, Martin ST I 213a23, 366
Bonstetten, Karl David von ST I 217
Bonstetten, Karl Viktor von ST I 11+a21, 93a32, 118, 124+a32, 164 f., 177a21, 193, 198, 204a7, 209, 213ff.+a25, 221+a35, 226 f., 231, 232a53, 234f.+a56, 237 ff., 258, 262 ff., 266, 271f.+a22,

277, 371, Abb. XXI, ST II 23 f., 30 f., 86 f., 94, 96, 120, 125, 127, 147, 155, 158, 223, 241, 288, 326, 343, 380, 384, 417, 420, 429 f., 432, 434, 440, 446 f., 453
Bonstettiana ST I 11+a21, 147a14, 164a3, 214a25, 217a28 f., 221a35 f., 231a52, 232a53, 237a60, 239a61, 240a63, 242a67, 262a8 f., 11, 13, 271a20 f., 367
Borgia, Stefano, Kardinal ST I 227
Bourbonen ST II 377
Braun-Bucher, Barbara ST I 44a3
Braun, Rudolf ST I 18a7
Brenner, Ernst ST I 5
Briatte, N. N. ST II 263, 300
Brig ST II 81
Briqueville, N. N. ST II 441
Britannien (s. auch Angleterre, England) ST I 115, 124, 135
Bronner, Franz Xaver ST I 14a4, ST II 5, 34, 49 f., 159 f., 422
Brugg ST I 8, 13, 14+a4, 15, 19, 23–25, 32–34, 42, 63a39, 90, 93a32, 94, 160, 267, 294+a14, 309 f., 313, 361, 369 f.
Brun, geb. Münter, Friederike ST I 221a35, 222a37, 232+a53, 237ff.+a60, Abb. XXIII, 239a61, 240 ff., 271+a20 f., 277, 371, ST II 27, 155, 225 f., 434, 440
Brun, Konstantin ST I 237a60
Brune, Guillaume, General ST I 273f.+a26, 277, 280, 286f.+a10, 314, 371
Büchi, Hermann ST II 450
Bürchler, Felix ST I 366
Burckhardt, Jacob ST I 5+a5, 6
Burckhardt, Max ST I 5a5
Burgdorf ST I 14a4, 41, 42a34, 241a66, ST II 47, 81 f., 305, 311, 425, 440 f.
Burke, Edmund ST I 122a30, 126ff.+a39, 131, 132+a44, 136, 156, 175, 177, 196 f., 258, 321
Burnand, Denis Guérard ST I 37
Burnand, George ST I 38, 115a16, 138+a57, 140a4, 143, 145, 149, 151, 157, 207, 323, 328
Burnand, Jacques-Olivier-Paul ST I 115+a16, 116 f., 134, 138, 146, 202
Burnand, Sophie-Louise s. Stapfer-Burnand, Sophie-Louise (Mutter Stapfers)

Caesar, Julius ST II 240
Calais ST I 138f.a2, 157 f., 323, 329
Calvin, Jean ST I 296 f., ST II 125, 402
Cambacérès, Jean-Jacques ST II 161
Campe, Joachim Heinrich ST I 197a22, ST II 83
Campoformio ST I 257, 262
Caprara, Johann Baptiste, Kardinal ST II 298
Carouge ST I 266
Cerber(us) ST I 316, ST II 19
Chabaud-Latour, François ST II 164
Chardonne (Vevey) ST I 145a11
Charlotte, Königin von England ST I 118, 121a29
Chéradame, née Bertrand, S. ST I 369, ST II 159, 429
Chessex, Pierre ST II 110, 112, 426
Clermont ST I 139 f.
Cobenzl, Ludwig ST II 241, 298, 301, 440
Cobenzl, Philipp Josef ST II 440
Colchester ST I 115
Comersee ST I 232
Condorcet, Marie Jean Antoine Caritat, marquis de ST II 16, 73, 75, 399, 419
Coppet ST I 214, 220 f., 242
Cotta, Verleger ST II 379
Custer, Jakob Laurenz ST II 367

Dänemark ST I 237a60, 265, ST II 30
Damen, N. N. ST I 110
Damour, Carl ST I 366, ST II 450
Danton, Georges-Jacques ST I 152
Debaste, Hubert ST I VIII, 10a17, ST II 420
De Capitani, François ST I 18a7, 52a15, 366, ST II 425 f., 450
Deluc, Jean André ST I 118, 120+a29, 122+a30, 131, 133 f., 368, Abb. XV
Demetz, Jean Pierre ST II 33
Démeunier, Jean Nicola ST II 342, 443
Den Haag (La Haye) ST I 107f.+a1, 109 f.
Deutschland/Deutsche ST I 34, 67, 89, 97, 101a45, 111, 132a44, 151, 160, 176, 193, 210, 219 ff., 232, 265, 322
Diderot, Denis ST II 83
Dierauer, Johannes ST II 439
Diesbach-Carouge, Bernhard, Gottlieb, Isaak von ST II 245 f., 249, 254 f., 259, 262, 297 f., 299 ff., 440
Dolder, Johann Rudolf ST II 149, 242, 252, 256, 282 f., 296 f., 316, 325, 333, 361 f., 435, 439 f.
Dôle (F) ST I 143
Dorer, Sebastian Franz Xaver Aloys ST II 361
Douglas, Andrew Snape ST I 227, 229 f.
Druey, Henri ST I 103+a50
Dünz, Abraham ST I 50
Dufour, Alfred ST II 445
Düsseldorf ST I 107 f., 110 f., 114
Duisburg ST I 109
Dumas, Alexandre, General ST II 433
Dunant, Emile ST I 280a4, 298a17, 304a25, 308a2, ST II 431, 433, 443, 447
Dunker, Balthasar Anton ST I 369, ST II 115
Duplessi-Bertaux, J. ST I 368

Eberle, Friedrich ST I 101a45
Egli, Emil ST I 9
Eichhorn, Johann Gottfried ST I 80+a15, 81ff.+a23, 112 f., ST II 122
Eichler, M. G. ST I 371
Eidgenossenschaft, Alte ST I 115, 177, 257, 261, 301, ST II 25
Einsiedeln ST II 81, 108
Elysées, champs ST I 116, 321
Engelmann, N. N. ST I 370
England (s. auch Britannien, Angleterre) ST I 34, 37 f., 67, 74, 81, 89, 97 f., 100, 105f.+a57, 108 f., 111, 115, 117a21, 118, 120 ff., 131 ff., 138, 151, 160, 176, 193, 283, 322, 361
Erasmus, von Rotterdam ST I 113
Erlach, Gabriel Albrecht von (von Spiez) ST I 234a56
Erlenbach ZH ST I 224+a41

Ermatinger, Emil ST I 18a9, 92a31
Erne, Emil ST I 19a10, ST II 425
Ernst, Hieronymus Friedrich von ST I 370, ST II 32
Ernst, née Gastebois Sophie von ST I 370
Erskine, Henry ST I 129
Escher, Hans Konrad ST I 3, 67, 218, 304a25, ST II 28, 177, 259, 420
Evian ST II 330
Eyck, Erich ST I 128a37

Fäsi, Johann Kaspar ST I 262a8, 263f.a10 f.
Fankhauser, Andreas ST II 420 f., 431
Faoug ST II 329, 335
Feer, Jakob Emanuel ST I 294+a14
Fehr, Karl ST I 92a31
Fellenberg, Daniel von ST I 198, 200+a26
Fellenberg, Philipp Emanuel von ST I 5a6, 43a1, 83+a21, 177a21, 193, 198, 200f.+a26, 202, 205, 209, 211, 258+a21, 260+a5, 269, 281, 287, 290+a12, 298f.a18, 300f.+a21, 304, 371, Abb. XX, ST II 19, 33, 59, 125, 451
Feller, Richard ST I 18a8, 23a2, 43+a1, 53+a19, 147a14, 150a18, 177a21, 213a24, 259a3, 273a24, 280a4, 281a5, 285a7, 287a11
Fichte, Johann Gottlieb ST I 211 ff., 233, ST II 46
Finsler-Escher, Dorothea ST II 425
Finsler, Hans Konrad ST II 88, 149, 425
Fisch, Johann Georg ST I 165, 167+a7, 169, 181, ST II 5, 34, 37, 40, 46, 60, 115 f., 421 f.
Fischer, E. F. ST II 441
Fischer, Friedrich Albert ST I 71a4
Fischer, Johann Rudolf ST II 5, 34, 41, 46 f., 68, 71, 81 f., 132, 422
Fitte, N. N ST II 297 f.
Florenz ST I 228, 230
Fontana, Felice ST I 228
Forster, Georg ST I 71, 83a21, 113f.+a12
Fouché, Joseph ST II 342, 443
Fouquet, Jean ST I 371
Fox, Charles ST I 126 f., 129
François I., König ST II 326
Frankfurt ST I 71, 106
Fraubrunnen ST I 269, 358
Frei, Daniel ST II 451
Freiburg/Fribourg ST I 152, 266, ST II 7, 51, 365, 370 f., 372, 385, 422, 445
Frey, Remigius ST I 295a16
Friedrich II., der Grosse ST I 92f.+a32, ST II 225
Fri(e)drich, Josef Venerand ST II 361
Frisching, Johann Rudolf ST II 160 f., 163, 249, 442
Frisching, Karl Albrecht von ST I 273
Frossard, Daniel-Louis ST II 29
Füssli, Johann Heinrich ST I 218, ST II 305, 430
Furet/Ozouf ST I 152a22, 280a3, ST II 421, 432, 447

Gallifet, Hôtel de (Paris) ST II 348
Gamboni, Dario ST I 18a7
Garve, Christian ST I 235
Gasser, Adolf ST I 3, 4a1
Gastebois-Dupont, Elisabette Pauline ST I 306a27, 370, ST II 32 f., 421, 446
Gastebois, Anne-Sophie ST I 370, ST II 446
Gastebois, Jean Joseph ST I 370
Gauss, Julia ST I 366
Gebenstorf ST I 24 f.
Genf ST I 118, 120a29, 139a2, 143f.+a8, 145 f., 157 f., 214, 241, 297, 323, 329, 370, ST II 125, 308 f., 328, 380, 440
Georg II., König von England ST I 74
Georg III., König von England ST I 77, 97, 125, 126a35, 129
Georgia Augusta (Universität Göttingen) ST I 74, 77a11, 78 f., 82, 85, 111
Germann, Georg ST I 18a7
Gessner, Georg ST I 211f.+a22
Gessner, Heinrich ST II 101
Gessner, Salomon ST I 218
Geymüller, Jean Luc ST II 33
Gibbon, Edward ST I 87, ST II 123, 427
Girard, Grégoire, Pater ST II 5, 34, 50 ff., 60, 107, 141, 422
Girondisten ST I 159a27
Glayre, Maurice ST II 6, 149, 176, 185, 189, 200, 206 ff., 214 ff., 221, 224 ff., 231, 378, 427, 432 f.
Glutz, Peter Jakob Josef Anton ST II 340
Göhring, Martin ST I 143a6
Goethe, Johann Wolfgang ST I 92+a31
Göttingen ST II 23, 46, 79 f., 122, 417, 429
Goldau ST I 211
Grape, Heinrich Christoph ST I 370
Grauholz ST I 269
Gresky, Wolfgang ST I 366
Grey, Charles ST I 129
Greyerz, Hans von ST I 7a10, 42a34, 103a50, 176f.+a20, 179a1, 192+a16, 193+a18, 285a7, 313+a12, 331a1, ST II 435, 444, 447, 450
Grottaferrata ST I 225
Gruber, Gottlieb Emanuel ST II 341
Gruber, Margaretha («Gritli») Salome ST I 239, 241+a65
Gruner, Erich ST I 16a6, 23a2
Guggenbühl, Gottfried ST II 431, 447
Guggisberg, Kurt ST I 43a1, 258a1, 260a5, 366, ST II 429, 451

Haag, Friedrich ST I 6a8, 44a2 f., 49a6, 57a24, 60a29, 31, 150a18, 163a1, 164a4, 167a5–7, 169a8–10, 171a11, 178a22, 181a2, 205a8 f., 209a17, 234a55, 235a58
Hafen, T. ST II 432
Halder, Nold ST I 8a11, ST II 451
Haller, Albrecht von ST I 19, 33, 43, 53, 74, 77 ff., 90, 118, 218 f., 239, 281a5, 285a7, 370
Haller, Albrecht d. J. ST I 239
Haller, Henriette ST I 239
Haller, Karl Ludwig von ST I 42a34, 104, 285+a7
Haller, Rudolf Emanuel ST II 161, 176, 179 f., 200, 216, 220, 430
Hamilton, Lady (Neapel) ST I 228
Handmann, Emanuel ST I 29, 34, 36, 367 (Abb. V–VII)

Hannover ST I 19, 33, 39, 58a26, 71 ff., 89 f., 93 ff., 100, 122, 124 f., 146, 154, 171, 203, 218, 223, 225, 322, 330a14, 370
Hartmann, Hans Alfred ST I 364, ST II 451
Harwich ST I 115+a15
Hasler, Friedrich ST I 364, ST II 451
Hauterive, N. N. ST II 216, 261 f., 433
Haydn, Joseph ST I 119a24
Heeren, L. A. ST I 227
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich ST I 213+a23
Helbling, Hanno ST II 451
Helvoet (NL) ST I 115a15
Herbart, Johann Friedrich ST II 46
Herder, Johann Gottfried ST I 66, 164, 218
Herzog, Eduard ST II 429, 448
Hess, Johann Jakob ST I 201, 254 f., ST II 136, 149
Heusler, Leonhard ST II 369, 445
Heyne, Christian Gottlob ST I 77 f., 79a12, 81, 83a21, 85, 88 f., 95+a35, 102, 105+a53, 106, 109 f., 112, 120+a27, 124, 132+a44, 150, 163 f., 181, 185, 189, 312, 368, Abb. XIII, ST II 80
Heyne, Therese ST I 71, 80a15
Hildebrand ST II 150, 154 f., 409
Hilty, Carl ST I 4a1, ST II 166, 425, 433, 448
Hofmann, Anne ST II 432
Hofwyl ST I 198, 269, 299, 371
Holland ST I 34, 37, 89, 98, 105, 108, 110 f., 114, 116, 134, 321, 361
Homer ST I 120
Horaz ST I 236, ST II 446
Hottinger, Johann Jakob ST I 201
Hotze, Johann ST I 317a17
Houlet, Jacques ST I 369
Howard, John ST I 136
Hubler, Lucienne ST I 147a14
Hünerwadel, Gottlieb Heinrich ST II 442
Hüningen ST II 308
Hürlimann, Martin ST I 7a10, 366, ST II 451
Hugi, Walther ST I 53a18, 54a20, 56a22, 59a28
Huizinga, Johan ST I 114+a13 f.
Humboldt, Alexander von ST I 5+a5
Humboldt, Wilhelm von ST I 78
Hunziker, Gottlieb ST II 26, 420

Im Hof, Ulrich ST I 19a11, 44a3, 49a6, 57a24, 366, ST II 425
Ischer, Rudolf ST I 33a15
Iselin, Isaak ST I 19
Israel ST I 316, ST II 19
Italienreise ST I 255ff.+a44, 228a46, 229, 231, 233, 261, 263, 280a3, 286
Ith, Johann Samuel ST I 45, 51+a13 f., 53ff.+a18, 24, 58 f., 64, 67, 83, 105, 150, 163 ff., 170, 173, 175, 177f.+a21 f., 179, 181a2, 205, 208ff.+a17, 213, 218, 220 f., 235 f., 239, 241 f., 248, 258a1, 267, 306, 309 f., 367, Abb. X, ST II 6, 15, 20, 23, 30 f., 33, 55 f., 57, 59, 62 f., 78, 131, 141 f., 147 ff., 155 ff., 181, 208, 419, 423, 425, 429, 433, 441, 443

Jacobi, Heinrich Friedrich ST I 111
Jahn, Albert ST II 10, 419, 448
Jakobiner/Jacobins/Jakobinismus ST I 98, 133, 141, 144, 147, 149, 150ff.+a19 f., 152a22, 154 f., 156 f., 163, 197, 202, 215, 234, 258, 323ff.+a14
Jeanne d'Arc ST II 116
Jean Paul (Richter, Johann Paul Friedrich) ST I 223+a39 f., 224, 231 f.
Jena ST I 80, ST II 46
Jenner, Abraham Gottlieb von ST I 280+a4, 281a5, 287, 290, 299 f., 304+a25 f., 307 ff., 369, Abb. XXIVb, ST II 6, 15, 18–20, 161 ff., 171 f., 173 f., 179, 181, 183–186, 245, 331, 430, 441, 448
Jenner-Pigott, Eugen von ST I 281a5
Jenner, Ludwig Rudolf ST I 210f.+a21, 229 f., 268 f., ST II 91
Jesuiten ST I 155, 325
Jesus Christus ST I 62f.+a36, 64ff.+a41–43, 84, 87 f., 173 f., 182, 187, 192, 197, 244+a1 f., 246 ff., 249 ff., 269 f., 298, 337, 340, 344, 346, 347+a1, 358 f., ST II 61, 63, 122, 123 f., 136, 153 f., 418, 427
Jörin, Ernst ST I 8+a11, ST II 443, 451
Johannes Evangelist ST I 244a2, 249 f., 253, 347, 350
Joseph II., Kaiser ST I 102
Juel, Jens ST I 371
Justinus Martyr ST I 61f.+a35

Kaegi, Werner ST I 11a22
Kamber, Peter H. ST II 426
Kant, Immanuel/Kantianismus ST I 1, 18, 29, 35, 45, 51, 53 f., 58, 60, 65f.+a43, 67, 83+a21, 99, 106, 112, 118a21, 136, 163, 173f.+a16, 176, 179 ff., 198, 200 ff., 208, 210 f., 213, 215, 221, 226, 235 f., 240–243, 245f.+a3 f., 247f.+a7, 250, 253, 255, 257ff.+a1, 260 f., 264, 268, 285, 290, 296 f., 298, 301, 303a23, 317f.+a19, 332 ff., 340, 343ff.+a2 f., 354, 361, ST II 16, 42, 50, 62 f., 67, 73, 75, 122 f., 125, 147, 153 f., 195, 264, 285, 376, 385, 399, 417
Karlsruhe ST I 71
Kassel ST I 107
Katharina II. von Russland ST I 93a32
Keller, Hans Gustav ST II 426, 451
Kestner, Lotte ST I 97
Kim, Kurt ST I 9a13, 366, ST II 451
Kirchberger, Niklaus Anton von (Gottstadt) ST I 326, 330a14
Knigge, Adolf von ST I 96
Koch, Karl ST II 341
Kocher, David ST I 28, 51, 85, 171a11, 172, 196
Kölliken ST I 23 ff.
Kölz, Alfred ST II 434, 448
Kopenhagen ST I 237a60, 242 f., 271, 277, ST II 86
Kopp, Peter T. ST II 451
Koppe, Johann Benjamin ST I 97a39
Kortüm, Johann Friedrich Christoph ST II 452
Kotzebue, August von ST I 97
Kuhn, Bernhard Friedrich ST I 165, 267, 274, ST II 155, 165, 177 f., 192, 259, 338, 341, 343, 345, 353, 430–432, 443
Kutter, Markus ST II 424, 451

Lafayette, Marie-Joseph-Gilbert Motier de ST I 141, 328
La Harpe (Laharpe), Amédée de ST I 147
La Harpe (Laharpe), Frédéric-César de ST I 38, 57, 206, 266, 281, 283, 291, 294f.+a16, 299ff.+a21, 369, Abb. XXIVa, ST II 15, 18f., 26, 42, 68, 85, 92f., 126, 137, 156, 162, 168, 176, 340, 355, 382, 425, 430, 446
Lally-Tollendal, Gérard de ST I 102f.
Lanther, Joseph ST II 245, 440
Laokoon ST II 432
Laplace, Pierre Simon ST II 396
La Roche, Sophie von ST I 29+a12
La Rochelle ST I 306, 370, ST II 32
Lausanne ST I 37, 135, 148f., 221, 266, 371, ST II 46, 328, 374, 442
Lavater, Johann Caspar ST I 201, 211a22, 218, 255f.+a17, 317+a17, ST II 135, 149ff., 155, 429
Lebel, Claude ST I 10a17
Lebel, Jean Daniel ST I VIII, 10a17, ST II 420
Lebrun, Charles François ST II 341
Lecarlier, Marie-Jean-François-Philibert ST I 286, 297, ST II 126
Lefèbvre, Georges ST I 280a3, ST II 451
Leibniz, Gottfried Wilhelm ST I 66
Leiden (NL) ST I 108, 110+a6–8, 111ff.
Leipzig ST I 232
Lentulus, Scipio Rupert ST II 297
Lenzburg (Schloss, Stapferhaus) ST I 8+a12, 9, 13+a1, 24, 32, ST II 30
Leopold II., Kaiser ST I 106
Less, Gottfried ST I 88, 193
Levaches, N. N. ST I 371
Lezay-Marnésia, Adrien de ST II 7, 231, 280, 303ff., 312, 314, 317, 440f.
Lichtenberg, Georg Christoph ST I 72a6, 77f., 81, 102+a47
Lissabon ST I 33a15
Locke, John ST II 83
London ST II 113, 315
Lousiana ST I 218a98
Lucchesini, Giordano, Marquis ST II 298, 317
Ludwig der Heilige ST II 116
Ludwig XIV., König ST II 32, 197
Ludwig XV., König ST II 445
Ludwig XVI., König ST I 141ff., 144f.a10, 151a20, 152, 157, 178, 327f., 370
Lüber, Alban Norbert ST II 428
Lüthardt, Samuel Friedrich ST I 67, 267, 273f.+a24, 26, 277, 280f., 290, 295a16, 299, 303a23, 307ff., 316a15, ST II 5, 15, 18–20, 33, 157, 162, 172, 193, 419, 430, 452
Luginbühl, Rudolf ST I 4+a3, 5+a4–6, 6+a8, 7+a9, 9f., 13a1, 14a2, 23a1, 24, 33a15, 40a31, 41a33, 44a2, 48a5, 54a21, 59a27, 63a39, 64a41, 82a20, 94a33, 150a18, 151a19, 164a4, 170a10, 175a18, 178a22, 179a1, 181a2, 295a16, 306a28, 369, ST II 9f., 55, 393, 410, 422, 429, 438, 448, 451
Lunéville ST II 6, 185, 200f., 204ff., 212, 232, 240, 270, 272, 280, 296, 322, 343, 355, 432
Luther, Martin ST I 296, ST II 125
Luzern ST II 5, 8, 26f., 37, 40, 50, 55, 64f., 72, 81, 85f., 88f., 92, 98ff., 107, 109f., 133, 156, 167f., 393f., 420, 424, 426f., 450
Lyon ST I 139, 143, 325

Madiswil ST I 25
Madrid ST I 90
Magdeburg ST II 47
Mailand ST I 258
Maillardoz, Constantin de ST II 371, 445f.
Maillefer, Paul ST I 147a14
Mainz ST I 71
Mallet-du Pan, Jacques ST I 219+a30, 221a34
Malmaison ST II 6f., 185, 196, 215ff., 224, 227, 231, 234, 236, 238f., 247, 251, 259, 282ff., 288, 292, 313, 334, 338f., 350, 353, 378, 414, 433f.
Mannheim ST I 71
Manuel, Rudolf Gabriel ST I 181a2
Marburg ST I 27
Marengo ST II 171, 175, 212
Markov, Arkadi Ivanovic ST II 298f., 318f.
Marti, Hanspeter ST II 426
Masséna, André, General ST II 85, 92
Mathiez, Albert ST I 280a3
Matthisson, Friedrich ST I 232, 237
May, Albrecht Friedrich ST II 164, 429
May, Fam. von ST I 210
Mayr, Laurent? ST II 445
Meerman, Johan von ST I 110+a5
Méha, Lucienne ST II 28, 420f., 425
Meier, Bruno ST II 448
Meikirch ST I 24, 41
Meiners, Christoph ST I 18a8, 20, 63, 80a15, 82a19, 94, 100f.+a43f., 105, 111, 132a44, 151, 158, 327, 366
Meister, Jakob Heinrich ST II 305
Meister, Leonhard ST I 201
Melanchthon, Philipp ST I 82
Melzi d'Eril, Francesco ST II 415
Ménard, Philippe, General ST I 266
Mendelssohn, Moses ST I 66
Mengaud, Joseph ST I 262, 270a19, ST II 414
Merian, Matthaeus ST I 369
Merlin, Philippe-Antoine de Douai ST I 281ff., 286, 291
Messerli, Alfred ST I 92a31
Mett ST I 24, 27, 28a7
Meyer von Knonau, Gerold ST I 5a6
Meyer von Schauensee, Franz Bernhard ST II 17, 25, 56, 88f., 126f., 131, 141, 341, 422
Meyer, Johann Friedrich ST I 193
Meyer, Johann Rudolf ST II 442
Meyer-Rüttimann, Josephine ST II 88, 245
Meyer, Martin ST I VIII, 8a12, ST II 11
Meylan, Henri ST I 9a16, 366, ST II 451
Meyrat, Walter ST I 10a18, 366
Meyriez ST I 306, ST II 30f., 155, 420
Michaelis, Johann David ST I 72+a6, 77, 79, 81ff., 102
Michaelis, Karoline ST I 80a15
Miltiades ST I 62
Milton, John, ST I 127
Mittler, Otto ST I 11a20, 331a1

Mohr, Johann Melchior ST II 352, 363, 430 f., 439, 443 f.
Moncey, Jeannot ST II 176
Moncherand (VD) ST I 214a25
Monnier, Victor ST II 451
Monod, Adolphe ST II 446
Monod, Henri ST II 330, 341 f.
Montchoisy, General ST II 235, 237, 246, 435
Montesquieu, Charles de Secondat ST I 124, ST II 282
Montmorin-Saint-Hérem de, Armand-Marc ST I 328
Morgarten ST II 420
Morin, N. N. ST I 256+a18
Moudon ST I 13a1, 16, 36f.+a25, 115a16, 139a2, 145ff.+a11, 265, 320, 323, 351, 369
Mounier, Jean-Joseph ST I 103, 221a34, ST II 325
Mousson, Jean Marc ST II 68, 443
Mülinen, Niklaus Friedrich von ST II 331 f., 337, 339, 342, 356, 364, 442, 445
Müller, August ST I 367
Müller, Johann Georg ST II 57, 60
Müller, Johannes von ST I 164, 240, 241a65, 262f.+a8, 264, 271, ST II 23, 120, 241, 326, 427, 434, 440–442
Müller-Friedberg, Karl ST II 7, 228, 278, 280, 289, 291 ff., 296, 301, 303, 305, 343, 438–440, 443 f.
Müller, Marcel ST I 367
Müller, Thaddäus ST II 59, 139, 141
München ST II 315
Münchhausen, Gerlach Adolph von ST I 74, 77
Münsingen ST I 24 f., 27, 32+a14
Münster (Westfalen) ST I 107, 109
Müslin, David ST I 36, 165, 213, 233, ST II 149, 155, 158
Munier-Romilly, Jeanne Louise Amélie ST II 27, 83, 159, 429
Muralt, Beat Ludwig von ST I 118, 124
Muralt, Leonhard von ST II 451
Muri ST II 107
Murten ST I 13, 24 f., 34, 263, 269, 306, ST II 30 f.
Mutach, Abraham Friedrich ST I 73a7

Näfels ST II 114, 117 f., 119 f.
Nantes ST II 32
Napf ST I 243
Napoleon Bonaparte (vgl . ST I unter Bonaparte) ST I 3, 35, 120a28, 233, 257 f., 259, 275, 293, 299a18, 313, ST II 6, 10, 34, 93 f., 161, 164, 171 f., 173 ff., 178, 184 f., 187, 191, 197 ff., 200, 201 ff., 208 f., 212 ff., 216 ff., 220 ff., 225, 230–232, 234 f., 239 f., 242 f., 251 f., 254 f., 256 ff., 260 f., 265, 269 ff., 280 f., 285, 287 f., 289, 292, 295, 303, 305–307, 309, 311–314, 317, 321 f., 324, 327, 329 ff., 333 f., 339 f., 342 f., 345 ff., 350 f., 353 ff., 357 f., 363 f., 370, 372 f., 376, 378, 380, 410, 412–414, 417, 430, 432 f., 435–443, 446, 448, 451
Neapel ST I 225a42, 227, 230 f., 261, ST II 315
Necker, Jacques ST I 131, ST II 439
Neuenegg ST I 269, 358a1
Neufchâteau, François de ST II 17, 83, 97
Ney, Michel, General ST II 328, 330, 334 f., 442
Niederlande ST I 108, 110, 112, 114+a13, 115a15
Niklaus von Flüe ST II 119
Nîmes ST I 159a27, ST II 32
Nyon ST I 214, 220, 237, 266

Oberdiessbach ST I 27
Oberland (BE) ST I 219a30, 222, 287, 371
Ochs, Peter ST I 259, 272, 283 f., 291 ff., 295a16, 298, ST II 26, 62 f., 65, 92, 121, 124, 126, 135, 194, 340, 430, 451
Octavian, Augustus ST II 432
Oechsli, Wilhelm ST I 18a9, ST II 433, 444, 448
Oelsner, Conrad Engelbert ST II 164
Österreich ST I 102, 257, 262
Omodeo, Adolfo ST II 451
Orbe ST I 215, 221
Orpheus ST I 346
Ort, Werner ST II 422, 451
Ossian ST I 218
Osterrieth, Johann Daniel ST II 23, 26, 37, 90
Ostindien ST I 298a18
Otto, Christian ST I 223a39
Ouchy ST II 330
Oxford ST I 120
Ozouf, Mona ST I 152a22, 280a3, ST II 447

Paderborn ST I 107
Paine, Thomas ST I 126, 132a44
Paulus ST II 240
Perikles ST I 33a15
Pestalozzi, Johann Heinrich ST I 3, 28, 41, 258a1, ST II 5 f., 52 f., 55 f., 64, 77, 81 ff., 101 ff., 305, 311, 342, 385, 422, 443, 452
Pestel, Friedrich Wilhelm ST I 110+a6
Petersburg ST II 315
Pfenninger, Johann Caspar ST II 50
Pfister, Willi ST I 14a4, 23a1, 24, 25a3 f., 367
Pfyffer, Alfons ST II 17, 426
Philippus, Apostel ST I 350
Pisa ST I 230a50
Pitt, William d.J. ST I 124, 126, 128, 134, ST II 298
Planck, Gottlieb Jakob ST I 79+a12, 82
Planta, Florian ST II 341
Planta, Joseph ST I 119, 133, ST II 435
Platon ST I 61f.+a34
Polier, Henri ST II 136
Poniatowski, Stanislaus, König ST II 189, 225, 432
Prieur, N. N. ST I 370
Pythagoras ST I 58, 60

Rabaut, dit Rabaut-Saint-Etienne, Jean Paul ST I 159+a27, 329 f.
Radspieler, Hans ST II 422
Raffael ST I 111
Rahn, Johann Heinrich ST II 60
Rapinat, Jean Jacques ST I 287, 299a19, 308 f., 316+a15, ST II 19, 26, 419, 426

Rapp, Jean, General ST II 329 ff., 335
Rau, Sebald Fulco Johann (Ravius) ST I 111f.+a10
Rautiner, J. M. ST II 108
Reding, Aloys ST II 7, 243 f., 252 f., 254 ff., 260–262, 265 f., 277, 283 f., 286, 288 f., 296, 298–301, 308 f., 314, 321, 329, 333, 413–415, 436 f.
Reding, Karl von ST II 305
Regensburg ST I 229a48
Rehberg, N. N. ST I 193
Reichenau ST II 47
Rein (AG) ST I 63a39, 210a19
Reinalter, Helmut ST I 101a45, 152a22, ST II 452
Reinhard, Hans von ST II 344, 346, 354, 443
Reinhard, Karl Friedrich ST II 161 f., 175–177, 187 f., 206, 208, 213, 215, 223, 228 f., 231 f., 237 f., 262, 297 f., 429 f., 434 f.,
Reinhold, Karl Leonhard ST I 334
Rengger, Abraham ST I 93a32, 218
Rengger, Albrecht ST I VII, 2 f., 67, 93a32, 94a33, 178+a23, 197a23, 200, 210, 218, 258a1, 267 f., 274, 292+a13, 310, 313, ST II 6, 18, 25, 28, 85, 88, 93, 158, 168, 177, 185, 196, 200, 207, 209 ff., 222, 227, 238, 242, 246, 249–251, 255 f., 258, 262–264, 275, 277 f., 281, 283–286, 292 f., 303–305, 319, 322, 329, 336 ff., 342, 353, 361, 366 f., 370, 372–378, 382, 420, 433–436, 439 f., 442 f., 445 f., 449, 452
Reubell (Rewbell), Jean-François ST I 281, 283, 299a19, ST II 238
Rheinau ST II 108
Richardson, Samuel ST I 119a24
Ringier, Elisabeth ST I 24 f., 32+a14
Ringier, Samuel ST II 361
Robespierre, Maximilien ST I 152, 283
Robinson ST I 72
Rödel, Wolfgang ST I 102a47
Roederer, Pierre Louis ST II 178, 180, 199, 209, 342, 354, 440, 443 f.
Rolle ST I 145 f.
Rom (Römer) ST I 227, 230 f., 233, 237, 340
Rotenthurm ST II 254
Rothpletz, Johann Heinrich ST II 361
Rousseau, Jean-Jacques ST I 51a13, 174, 197, 219a30, 247, 284, ST II 118
Rubens, Peter Paul ST I 111
Ruby, N. N., General ST I 274a26
Rued (Schloss, AG) ST I 210
Rütli(bund) ST I 301, ST II 420
Rüttimann, Vinzenz ST II 88, 259, 289, 344, 439, 443
Rufer, Alfred ST I 83a21, 200a26, 245a3, 261a6, 295a16, 303a23, 367, ST II 452

Saanen ST II 24 f.
Sainte-Beuve, Charles Augustin ST I 214
Salis, Jean Rodolphe von ST I 8a12
Sarasin, Hans Bernhard ST II 340
Savary, Franz Peter ST II 149
Sax, Christoph Gottlob (Saxius) ST I 111f.+a10
Secrétan, René ST I 294a14
Segesser, Philipp Anton von ST I 3
Ségur, Louis-Philippe ST II 192
Seiler, Christophe ST I 8a11
Selle, Götz von ST I 77a1
Sempach ST II 119, 420
Seyffer, Karl Felix ST I 120+a28, 124
Sheridan, Richard Brinsley Butler ST I 129
Siddons, Sarah ST I 119a24
Sieyès, Emmanuel-Joseph de ST I 103a50, 176, 260, 292 f., 369, Abb. XXVb, ST II 6, 17, 161, 164, 185, 192 ff., 199, 282, 432
Signau ST I 63a39
Simon, Christian ST I 178a23, ST II 451
Siselen ST I 56, 235, 267, 310, 369, ST II 20, 30, 148, 423
Sizilien ST I 289a18
Smith, Adam ST II 43 f.
Soboul, Albert ST II 419
Sokrates ST I 45, 60 ff., 66, 187, 200, 210
Solothurn ST I 152
Sonnenschein, Johann Valentin ST I 371, ST II 426
Spaen, N. N. von ST I 110a9
Spittler, Ludwig Timotheus ST I 99, 103, 132a44
Sprecher-von Bernegg, Jakob Ulrich ST II 341
Suchet, N. N., General ST I 274a26
Suez ST I 298a18
Sulzer, Johann Rudolf ST II 367, 370, 372, 445
Suter, Peter ST II 361
Suworow, Alexander, General ST II 220, 299
Schaffroth, Heinrich ST II 422
Scheffler, Herbert ST I 83a21
Schenk, Johann Heinrich ST I 111
Schenkenberg (AG) ST I 28
Schib, Karl ST I 263a10
Schiel, N. N.ST I 369
Schiller, Friedrich ST I 241, ST II 113
Schindellegi ST II, 251
Schinznach (AG) ST I 19 f.
Schleiermacher, Friedrich Ernst Daniel ST I 256, 312a11
Schleussner, Johann Friedrich ST I 84
Schlözer, August Ludwig von ST I 77, 81f.+a19, 99, 102, 109, 151
Schlözer, Dorothea ST I 80a15
Schluchter, André ST I 178a23
Schlunegger, Hans ST I 367, ST II 452
Schmid, C. Ch. E. ST II 423
Schmid, Johann Jakob ST II 259, 329
Schnabel, Franz ST II 172
Schneckenburger, Matthias ST I 173a16, 244a2, 312a11, 367
Schnell, Hans ST I 241a66
Schnell, Karl ST I 5a6
Schnell, Ludwig Samuel ST I 5a6, 24, 36a21, 40a31, 41a33 f., 241a66, 267, ST II 82, 151, 244 ff., 249, 262 f., 366, 425, 451
Schöftland (AG) ST I 63a39
Schultens, Hendrik Albert ST I 110a7
Schwegler, Theodor ST II 422, 452
Schwenterley, Heinrich ST I 370
Stadler, Peter ST II 420 f., 423 f., 443, 448

Staehelin, Heinrich ST II 445
Stammen, Theo ST I 101a45
Stans ST II 77, 82, 84
Stapfer (Stammbaum) ST I 24, Abb. IV.
Stapfer, Albert (Frédéric-*Albert*-Alexandre) ST I 24, 36, ST II 265, 418, 446
Stapfer, Albrecht ST I 13a1, 24, 27, 32, 35
Stapfer, Catharina ST I 13a1
Stapfer, *Charles* Louis ST I 24, 362, ST II 5, 88, 91, 418, 433
Stapfer, Daniel (Urgrossvater Stapfers) ST I 23 ff.
Stapfer, Daniel (Vater Stapfers) ST I 13a1, 19, 23a1, 24 f., 27f.+a7, 29, 32ff.+a15, 20, 22, 39f.+a31 f., 54, 66+a46, 71, 90, 94, 97, 134, 196, 204+a6, 222, 315 f., 319 ff., 361, 369, Abb. VI, ST II 149, 151, 157 f., 181, 366, 417, 429
Stapfer, Johann (Grossvater Stapfers) ST I 23 ff., 32a14
Stapfer, Johann Friedrich (Onkel Stapfers) ST I 24, 27
Stapfer, Johann *Friedrich* («Fritz», Bruder Stapfers) ST I 24, 40f.+a31, 52, 80, 83, 134, 207+a13, 234, 274a26, 282, 319 f., ST II 152, 157, 181, 366
Stapfer, Johannes, Prof. (Onkel Stapfers) ST I 13, 19, 24, 25+a3, 27f.+a8, 29+a10, 32, 34 f., 40, 45, 51, 54+a21, 61, 64+a41, 69a1, 71, 73, 80, 83, 85 f., 88 f., 104, 117+a21, 122a30, 133, 149+a17, 155, 164, 169+a8, 170, 172 f., 202, 205, 207+a12, 14, 222, 233 f., 248 f., 251, 319 ff., 367, Abb. V, ST II 122, 151, 181, 417
Stapfer, Katharina *Louise* («Luise», Schwester Stapfers, verheiratet mit Samuel Schnell) ST I 24, 40 f., 146, 149+a17, 207+a12, 241+a66, 271a21, 319 f., ST II 88, 366, 425
Stapfer, née Burnand, Sophie-Louise (Mutter Stapfers) ST I 13a1, 16, 24, 29, 35, 36f.+a22, 39, 69 ff., 78, 87+a25, 116, 119, 146, 265, 286+a8, 306, 319f.+a2, 361, 369, Abb. VII, ST II 417
Stapfer, née Vincens, Marie-Madeleine-Pierrette (Gattin Stapfers) ST I 24, 275, 306+a27 f., 315, 359 f., Abb. XXVI, ST II 29 ff., 72, 88, 90 f., 95, 157–159, 171, 268 f., 278, 300, 366, 372, 382, 385, 417, 437 f., 446
Stapfer, Valentine ST I 369
Stapferhaus, Schloss Lenzburg ST II 9, 11
St. Blasien ST II 109
St. Cloud (F) ST II 292, 320, 328 ff., 340, 345, 347, 442 f.
St. Gallen ST II 107
St. Petersburg ST I 90, 93+a32
St. Urban ST II 81
Steck, Johann Rudolf ST I 308+a5, ST II 19, 88, 425
Steck-Guichelin, Marie Aimée ST II 425
Steck, Rudolf ST I 290a12, 367, ST II 452
Steiger, Carl Friedrich von (Tschugg) ST I 213
Steiger, Niklaus Friedrich von ST I 173, 272, 330a14
Steigmeier, Andreas ST I 8a11
Steiner, Gustav ST II 452
Steinmüller, Rudolf ST II 60
Stephani, Franz Ludwig ST II 149
Stephanus, Märtyrer ST I 66
Sterchi, J. ST I 273a24, 367
Stettler, Albrecht Friedrich ST I 154
Stettler, Johann Rudolf (Kurator) ST I 153 f., 324 f.
Stierle, Karlheinz ST I 312a10, ST II 419
Stoss (Schlacht am) ST II 119
Strähl, Cathérine ST I 115a16
Strassburg ST I 71, ST II 290
Strich, Fritz ST I 179a1
Strickler, Johannes ST II 437, 452
Stüssi-Lauterburg, Jürg ST II 442, 452
Studer, Daniel Ludwig ST I 54a21
Studer, Samuel ST I 209, 234

Tacitus ST II 432
Talcy (Schloss, F) ST I VIII, 1, 10a17, 18, 29a11, 36, 206a11, 367, 369 f., ST II 10 f., 28 ff., 32, 164, 383 f., 418, 421, 429–431, 446, 452–454
Talleyrand-Périgord, Charles-Maurice de ST I 3, 274 f., 281+a5, 286 f., 298, 300, 304+a25, 306 ff., 313, 362, 369, Abb. XXVa, ST II 7, 19, 23 f., 33, 54, 75, 113, 126, 161, 164, 171 ff., 179, 191, 201, 205–207, 212, 214 ff., 221–223, 228, 230–234, 237, 242, 246, 252, 254, 257–261, 265–267, 270 ff., 280, 285–288, 290, 296–298, 300, 302 f., 312 ff., 320 ff., 325, 327, 333 ff., 340, 342 f., 351, 363–366, 371, 384, 410 f., 413 f., 430, 432–439, 441–443, 445, 448
Tatter, Georg ST I 225a42, 227, 229f.+a50, 230f.+a51, 233, 261, 280a3
Tavel, Franz Ludwig von ST I 71a4
Telephos, König von Mysien ST I 302a22
Tell, Wilhelm ST I 270, 302, ST II 116, 218
Tessin (Vogteien) ST I 231+a52, 258
Thermidorianer ST II 16
Thormann, Alexander Georg ST II 305 ff., 311, 441
Thormann, Gottlieb ST II 228, 243–246, 249, 255, 257, 260, 266 ff., 273, 281, 284–286, 289, 300 f., 342, 364, 413, 436, 438 f., 445
Thüringen ST I 237a60
Thugut, Johannes Amadeus Franz von ST I 262, ST II 301
Thun ST I 14a4, 18a8, 24, 115a16
Tillier, Anton von ST II 84, 185, 371, 424, 428, 435, 444 f., 448 f.
Tralles, Johann Georg ST I 53+a17, 58, 165, 205, 241+a65, 243, ST II 23 f., 420
Trapp, Christian Heinrich ST I 197a22
Treilhard, Jean-Baptiste ST I 304
Tribolet, Samuel Albrecht ST I 120a28
Troxler, Ignaz Paul Vital ST I 3, 263, 264a11, ST II 383, 423, 426
Trub ST I 24 f.
Tscharner, Karl Ludwig Salomon ST I 164
Tscharner, Niklaus Emanuel ST I 28, 43, 49, 51a13, 117a21
Tscharner, Vinzenz Bernhard ST I 28, 117a21
Tschudi, Hans Peter ST I 9a16, 366, ST II 9, 451

Tübingen ST I 198
Turin ST I 52
Turreau, General ST II 247, 265 f., 270, 438
Tychsen, Thomas Christian ST I 84

Ungarn ST I 102
Unterwalden ST II 323
Usteri, Leonhard ST I 51a13
Usteri, Paul ST I 3, 67, 197a23, 205, 218, 268, ST II 20, 144 f., 164–167, 177, 192 f., 196 ff., 206 f., 221, 223, 225, 227, 237, 239 f., 243, 249 f., 255, 258, 262, 303, 305, 336, 341, 364 f., 367, 369 f., 377, 379 f., 426, 429–431, 435 f., 440, 442, 445, 447, 451
Utrecht ST I 108, 113 f.
Utz, Hans ST I 117a21, 218a29, 219a31, 220a33, 221a34, 223a39, 228a46, 367

Valeyres-sous-Rance (VD) ST I 214a25, 215, 221, 228a46, 231, 234, 237, 239, 242 f., 263.
Varennes ST I 140 f., 146, 368, Abb. XVII
Verninac, Raymond de ST II 229–232, 234, 238, 246, 250 ff., 263, 266, 278 f., 283–286, 288, 292, 304, 316, 327, 330 f., 334, 434–436
Versailles ST I 301, 367
Vevey ST I 117, 139a2, 145ff.+a11, 256+a18, 323
Vidal, N. N. ST II 256, 437
Vigneron, N. N. ST I 370
Villers, Charles, François Dominique ST I 105a63
Vincens-Gastebois, Elisabeth Pauline ST II 32 f.
Vincens, François Charles ST I 306a27, 370, ST II 32
Vincens (Vincent), Louise Elisabeth ST II 95, 158, 425
Vincens, Marie-Madeleine-Pierrette s. Stapfer-Vincens, M.-M.-P.
Vinet, Alexandre ST I 4+a3, 6, 13a1, 63, 250+a11, 275, 358a1, ST II 438, 448
Volkmann, J. J. ST I 115a15
Volney, Constantin François ST II 180, 199, 432
Voltaire ST I 124
Vorländer, Karl ST I 61a35
Vorster, Pankraz ST II 142

Waadt(land)/Vaud ST I 38+a27, 138a57, 146 ff., 151, 158 f., 208, 213, 221, 228, 230, 265 ff., 280, 287, 295, 329, 371
Wälchli, Karl ST I 16a6
Wallis ST II 8, 10
Walser-Wilhelm, Doris und Peter ST I VIII, 11a21, 214a25, 367, ST II 11, 446 f.
Waresquiel, Emmanuel de ST II 452
Wartburg, Wolfgang von ST II 422, 452
Was(s)mer, Anna Maria ST I 24 f.
Wattenwyl, Charlotte von ST I 117, 124, 134, 136a51, 146, 151
Wattenwyl, Karl Emanuel von ST I 136a51, 147
Wattenwyl, Marianne Salome von ST I 237a60
Wattenwyl, Niklaus Rudolf von ST I 41, 205+a10, ST II 32, 341, 356, 441 f., 446
Weber, Berchtold ST I 367
Weimar ST I 164, 218, 227, 232, ST II 46
Weis (Wyss?), N. N. ST I 201
Weisgerber, P. D. ST I VIII, 10a17, 13a1, 306a27, ST II 420
Wenneker, Erich ST II 428
Wernle, Paul ST I 10a19, 14a3, 25a3, 27a5 f., 28a7 f., 29a9, 51a13, 53a18, 64a40, 88a25, 171a11, 173f.+a15, 179a1, 192+a17, 209a17, 235a57, 255a16 f., 317a17, ST II 22, 106, 122, 155 f., 423–428, 449
Wesel ST I 108 f.
Westminster ST I 116, 129
Westphalen (Westfalen) ST I 107 f.
Wettingen ST II 107
Wieland, Christoph Martin ST I 29, 33a15, 239, 242
Wien ST I 257, 262 f., ST II 315
Wild, Karl Samuel ST II 159 f., 163, 429 f.
Wilhelmi, Samuel A. ST I 51+a13, 164
Winckelmann, Johann Joachim ST II 75, 399
Windsor ST I 121a29, 122
Winkelried, Arnold ST II 119
Wrisberg, Heinrich August ST I 78, 79a12
Wydler, Ferdinand ST I 268a16, 292a13, ST II 425, 449
Wyss, David von ST II 449
Wyss, Friedrich von ST II 442, 449
Wyttenbach, Daniel ST I 110+a4, 112

Xenophon ST I 61

Yverdon ST I 147

Zeerleder, geb. von Haller, Charlotte ST I 218 ff., 226, 228f.+a46, 231 f.
Zeerleder, Karl ST I 220, 229a47
Zeerleder, Ludwig ST I 220a33
Zehender, Karl Ludwig ST II 426
Zeltner, Peter Joseph ST I 281a5, 287, 290, 295a16, 299 ff., 304ff.+a26, 307 f., 371, ST II 15, 17, 19, 33, 172 ff., 300, 430
Zeyst (NL) ST I 113
Zimmermann, Johann Georg ST I 5a6, 19, 32ff.+a15 f., 39, 51a13, 58a26, 82a19, 90 ff., 101 f., 105 f., 113, 117 f., 121f.+a29, 124, 126 f., 127a36, 129 ff., 132f.+a44, 137 f., 141a5, 144, 150, 152f.a21, 154, 156+a26, 158 ff., 171 f., 174 ff., 193 f., 202 ff., 207 f., 218 f., 246, 322, 323ff.+a14, 367 f., Abb. XIV, ST II 425, 427, 432
Zimmermann-Berger, Frau von ST I 99, 327
Zimmermann, Karl Friedrich ST II 430, 442
Zofingen ST I 14+a4, 25
Zschokke, Heinrich ST II 5, 34, 44 f., 47 ff., 85, 98 ff., 103 ff., 374, 376, 421, 424–426, 446, 451
Zürich ST I 200, 213, 218, 222, 227, 243, 254, 255a17, 317, ST II 26, 49, 53, 92, 109, 137, 305, 440
Zurlauben, Beat Fidel ST II 108 f.